

Die Bundesversammlungen 1949-2004

Die Bundesversammlungen 1949 -2004

Eine Dokumentation
aus Anlass der Wahl des Bundespräsidenten
am 23. Mai 2009

Berlin 2009

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Die Bundesversammlungen 1949–2004
eine Dokumentation aus Anlass der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 2009
Hrsg.: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit – Berlin
Dt. Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 2009

ISBN 978-3-930341-79-5

NE: Deutschland/Bundestag

Herausgeber: Deutscher Bundestag
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Manuskript: Abteilung Wissenschaft und Außenbeziehungen
Fachbereich WD 1 - Geschichte, Zeitgeschichte und Politik
Gesamtherstellung: jva druck+medien, Geldern
Fotos: Bundesbildstelle, Bundestagsarchiv
Berlin 2009

Geleitwort

Am 23. Mai 1949 hat der Parlamentarische Rat in Bonn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet; es trat mit Ablauf desselben Tages in Kraft. Die Bundesversammlung war eine verfassungsrechtliche Neuschöpfung des Parlamentarischen Rates und verfassungsgeschichtlich ohne Vorbild. Sechs Jahrzehnte später lässt sich feststellen, dass sich das Verfassungswerk auch in diesem Punkt bewährt hat.

Am 23. Mai 2009, 60 Jahre nach der Verkündung unseres Grundgesetzes, treten gemäß Artikel 54 Absatz 3 des Grundgesetzes die Mitglieder des Bundestages und eine gleiche Anzahl von Mitgliedern, die von den Parlamenten der Länder gewählt werden, als Wahlfrauen und Wahlmänner zur 13. Bundesversammlung zusammen – bereits zum vierten Mal seit der am 3. Oktober 1990 besiegelten Einheit unseres Landes und zugleich zum dritten Mal im umgebauten Reichstagsgebäude.

Die vorliegende Dokumentation der Protokolle der bisherigen zwölf Bundesversammlungen erlaubt nicht nur Einblicke in die Geschichte des Verfassungsorgans „Bundesversammlung“. Insbesondere die Ansprachen der Bundespräsidenten lassen auch Entwicklungen und Konstanten deutscher Politik und deutschen Selbstverständnisses deutlich werden. Zu diesen Konstanten zählt, unabhängig von der politischen Heimat des jeweiligen Bundespräsidenten, der feste Wille, Deutschland in ein vereintes Europa einzubinden. Schon Theodor Heuss unterstrich 1949, dass Deutschland und Europa einander brauchen. Das in der Präambel unseres Grundgesetzes bekundete Ziel, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, zählt zu den Voraussetzungen der Einheit in Freiheit, die unser Land nach dem Fall der Mauer vor 20 Jahren wieder erlangte.



Prof. Dr. Norbert Lammert
Präsident des Deutschen Bundestages

Inhaltsübersicht

Geleitwort

Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages 7

Zur Einführung

Rechtsgrundlagen, Entstehung und Geschichte der Bundesversammlung
Von Wolfgang Kessel 13

Gesetzliche Grundlagen

Die Bestimmungen des Grundgesetzes 27
Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung
vom 25. April 1959 29

Die Bundespräsidenten im Porträt

Theodor Heuss - Bundespräsident 1949-1959 35
Heinrich Lübke - Bundespräsident 1959-1969 40
Gustav Heinemann - Bundespräsident 1969-1974 44
Walter Scheel - Bundespräsident 1974-1979 49
Karl Carstens - Bundespräsident 1979-1984 54
Richard von Weizsäcker - Bundespräsident 1984-1994 58
Roman Herzog - Bundespräsident 1994-1999 62
Johannes Rau - Bundespräsident 1999-2004 68
Horst Köhler - Bundespräsident 2004-2009 73

1. Bundesversammlung (12. September 1949)

Übersicht 80
Verzeichnis der Mitglieder 81
Zusammensetzung nach Parteien 88
Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nichtmitgliedern
von Landesparlamenten 89
Stenographischer Bericht der Bundesversammlung 91
Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 12. September 1949:
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Theodor Heuss 95

2. Bundesversammlung (17. Juli 1954)

Übersicht 102
Verzeichnis der Mitglieder 103
Zusammensetzung nach Parteien 111
Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nichtmitgliedern
von Landesparlamenten 112
Stenographischer Bericht der Bundesversammlung 114

3. Bundesversammlung (1. Juli 1959)

Übersicht	128
Verzeichnis der Mitglieder	129
Zusammensetzung nach Parteien	137
Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nichtmitgliedern von Landesparlamenten	138
Stenographischer Bericht der Bundesversammlung	140
Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 15. September 1959: Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Dr. h. c. Heinrich Lübke	148

4. Bundesversammlung (1. Juli 1964)

Übersicht	156
Verzeichnis der Mitglieder	157
Zusammensetzung nach Parteien	165
Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nichtmitgliedern von Landesparlamenten	166
Stenographischer Bericht der Bundesversammlung	168

5. Bundesversammlung (5. März 1969)

Übersicht	178
Verzeichnis der Mitglieder	179
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nichtmitgliedern von Landesparlamenten	187
Stenographischer Bericht der Bundesversammlung	188
Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1969: Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten D. Dr. Dr. Gustav Heinemann	198

6. Bundesversammlung (15. Mai 1974)

Übersicht	206
Verzeichnis der Mitglieder	207
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nichtmitgliedern von Landesparlamenten	215
Stenographischer Bericht der Bundesversammlung	216
Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1974: Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Walter Scheel	222

7. Bundesversammlung (23. Mai 1979)

Übersicht	230
Verzeichnis der Mitglieder	231
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nichtmitgliedern von Landesparlamenten	239
Stenographischer Bericht der Bundesversammlung	240
Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1979: Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Karl Carstens	246

8. Bundesversammlung (23. Mai 1984)

Übersicht	256
Verzeichnis der Mitglieder	257
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nichtmitgliedern von Landesparlamenten	265
Stenographischer Bericht der Bundesversammlung	266
Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1984:	
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Dr. Richard von Weizsäcker	273

9. Bundesversammlung (23. Mai 1989)

Übersicht	288
Verzeichnis der Mitglieder	289
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nichtmitgliedern von Landesparlamenten	297
Stenographischer Bericht der Bundesversammlung	298

10. Bundesversammlung (23. Mai 1994)

Übersicht	306
Verzeichnis der Mitglieder	307
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nichtmitgliedern von Landesparlamenten	317
Stenographischer Bericht der Bundesversammlung	318
Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1994:	
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Roman Herzog	329

11. Bundesversammlung (23. Mai 1999)

Übersicht	342
Verzeichnis der Mitglieder	343
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern	353
Stenographischer Bericht der Bundesversammlung	354
Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1999:	
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Dr. h. c. Johannes Rau	362

12. Bundesversammlung (23. Mai 2004)

Übersicht	374
Verzeichnis der Mitglieder	375
Zusammensetzung nach Parteien und Ländern	385
Stenographischer Bericht der Bundesversammlung	386
Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1999:	
Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler	393

Tabellarische Übersichten und Literaturverzeichnis

Zusammensetzung nach Parteien 1.-12. Bundesversammlung (1949-2004)	404
Ergebnisse der Bundespräsidentenwahlen 1.-12. Bundesversammlung (1949-2004)	406
Literaturverzeichnis	410
Abkürzungsverzeichnis der Parteien bzw. Wählergemeinschaften	412

Zur Einführung

Rechtsgrundlagen, Entstehung und Geschichte der Bundesversammlung

Von Wolfgang Kessel

I

Die Bundesversammlung ist das verfassungsmäßige Organ, das in der Bundesrepublik Deutschland den Bundespräsidenten wählt. Sie setzt sich zusammen

„aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden“.¹⁾

Die Bundesversammlung wird vom Präsidenten des Bundestages einberufen, der Ort und Zeit ihres Zusammentritts bestimmt und der auch die Sitzungen leitet. Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt, was jedoch bei den bisherigen Bundesversammlungen nicht der Fall war.²⁾

Der Bundespräsident wird ohne Aussprache gewählt.³⁾ Gewählt ist, wer im ersten bzw. zweiten Wahlgang die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung, d. h. der Mehrheit ihrer gesetzlichen Mitgliederzahl erhält. Wenn diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht wird, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.⁴⁾ Bisher war zweimal – bei der Wahl von Dr. Gustav Heinemann in der 5. Bundesversammlung am 5. März 1969 und bei der Wahl von Professor Dr. Roman Herzog in der 10. Bundesversammlung am 23. Mai 1994 – ein dritter Wahlgang erforderlich.

Auf die Mitglieder der Bundesversammlung finden die Artikel 46 GG über die Indemnität und Immunität der Bundestagsabgeordneten, Artikel 47 GG über ihr Zeugnisverweigerungsrecht und Artikel 48 Abs. 2 GG über das Recht auf ungehinderte Übernahme und Ausübung des Amtes entsprechende Anwendung. Die Mitglieder der Bundesversammlung sind, wie die Mitglieder des Deutschen Bundestages, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.⁵⁾

¹⁾ Art. 54 Abs. 3 GG.

²⁾ § 8 des Wahlgesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten für die Bundesversammlung vom 25. April 1959 (BGBl. I S. 230) mit der Änderung des § 2 v. 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593) und den Änderungen der §§ 7 und 13 v. 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326) – im folgenden abgekürzt: BPräsWahlG. Siehe unten S. 29.

³⁾ Art. 54 Abs. 1 GG.

⁴⁾ Art. 54 Abs. 6; Art. 121 GG. 5; § 7 BPräsWahlG. 6; § 2 BPräsWahlG.

⁵⁾ § 7 BPräsWahlG.

Die Bundesversammlung besteht zu gleichen Teilen aus den Mitgliedern des Bundestages und Mitgliedern, die von den Landesparlamenten gewählt werden. Die Gesamtzahl der Mitglieder der Bundesversammlung und ihre Verteilung auf die einzelnen Länder werden von der Bundesregierung jeweils durch einen Beschluss festgestellt und im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.⁶⁾ Diese Feststellung richtet sich nach der Mitgliederzahl des Bundestages und der letzten amtlichen Bevölkerungszahl.

Das Wahlgesetz von 1959 sieht vor, dass der Beschluss der Bundesregierung „rechtzeitig“ zu fassen ist, und dass nach seiner Bekanntgabe die Landesparlamente die Wahl „unverzüglich“ vorzunehmen haben. Die Zeitspanne zwischen Bekanntmachung durch die Bundesregierung und Zusammentritt der Bundesversammlung war bisher unterschiedlich groß. Wiederholt lagen noch Landtagswahlen zwischen diesen beiden Terminen.

So erfolgte 1964 die Bekanntmachung durch die Bundesregierung am 22. April. Die Bundesversammlung fand am 1. Juli 1964 statt. Am 26. April wählte Baden-Württemberg seinen neuen Landtag, der am 10. Juni die Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung vornahm.

Ähnlich war es bei der 6. Bundesversammlung 1974. Die Bekanntmachung durch die Bundesregierung erfolgte am 11. Februar, der Zusammentritt der Bundesversammlung am 15. Mai. Am 3. März fanden in Hamburg Bürgerschaftswahlen statt. Die neue Bürgerschaft wählte ihre Mitglieder zur Bundesversammlung am 17. April 1974.

Genauere Fristen für die Bekanntmachung durch die Bundesregierung und für die Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung durch die Landesparlamente hat der Gesetzgeber nicht festgelegt. Das Grundgesetz sieht jedoch für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Amtszeit des Bundespräsidenten vor, dass die Bundesversammlung spätestens 30 Tage nach diesem Zeitpunkt zusammentreten muss.⁷⁾ Daraus ergibt sich, dass der Gesetzgeber für die Vorbereitung der Wahl des Bundespräsidenten eine Frist von 30 Tagen für ausreichend hält.

Für die Wahl in den Landesparlamenten werden von deren Fraktionen Vorschlagslisten aufgestellt. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, die Verteilung der Sitze gemäß Stimmenanteil nach dem Höchstzahlverfahren (d'Hondt). Wählbar ist jeder, der zum Bundestag wählbar ist, also nicht nur, wer einem Landesparlament angehört. Aus Aufstellungen über die Zusammensetzung der 1. bis 12. Bundesversammlung ergibt sich, dass der Anteil der Bundesversammlungsmitglieder, die von einem Landtag entsandt wurden, aber diesem nicht als Abgeordnete angehörten, zwischen einem Fünftel und einem Drittel betrug. Unter den von den Landtagen entsandten Mitgliedern waren Landtagsabgeordnete zumeist in der Mehrheit.⁸⁾

⁶⁾ § 2 BPräsWahlG.

⁷⁾ Art. 54 Abs. 4 Satz 1 GG.

⁸⁾ Vgl. die Tabellen zur Dokumentation der einzelnen Bundesversammlungen sowie am Schluss des Dokumentationsbandes.

Die Berliner Abgeordneten haben an allen Bundesversammlungen teilgenommen, waren aber in der 1. Bundesversammlung nicht stimmberechtigt. Erst in der 2. Bundesversammlung 1954 waren sie an der Wahlhandlung mit vollem Stimmrecht beteiligt. Davon wurde auch in den folgenden Bundesversammlungen nicht abgewichen. Seit der Vereinigung Deutschlands versteht sich die volle Stimmberechtigung aller Mitglieder der Bundesversammlung von selbst.⁹⁾

II

Zur Frage, wie der Bundespräsident gewählt werden soll, gab es bei den Beratungen des Grundgesetzes unterschiedliche Vorstellungen. Zunächst aber war die Vorfrage zu beantworten, ob denn wieder – wie in der Weimarer Republik – ein Präsident an der Spitze des Staates stehen sollte. Der aus den Beratungen des Herrenchiemseer Verfassungskonvents hervorgegangene Entwurf enthielt dazu zwei verschiedene Vorschläge. Während sich die Mehrheit für die Institution eines Bundespräsidenten ausgesprochen hatte, trat eine Minderheit für ein Triumvirat, ein Dreierkollegium („Bundespräsidium“) ein, das aus dem Präsidenten des Bundestages, dem Präsidenten des Bundesrates (bzw. eines Senats) sowie dem Bundeskanzler bestehen und unter regelmäßig wechselndem Vorsitz die Aufgaben des Staatsoberhauptes wahrnehmen sollte. Zur Begründung dieses zunächst auch im Parlamentarischen Rat von der SPD-Fraktion vertretenen Vorschlags wurde im darstellenden Teil des Herrenchiemseer Berichts der „provisorische Charakter der zu schaffenden staatlichen Ordnung“ genannt. Darüber hinaus wurden auch staatstheoretische Überlegungen angeführt: Grundsätzlich sei der Gedanke eines „pouvoir neutre“ überholt, da sich gezeigt habe, dass „in Grenzsituationen der Politik kein Präsident neutral über den kämpfenden Parteien stehen“ könne, und es „konstruktiv besser“ sei, „die Dynamik des Staatslebens auch an der obersten Spitze klar zum Ausdruck zu bringen“. ¹⁰⁾

Im Parlamentarischen Rat wurde von Vertretern der SPD später auch noch der Gedanke zur Diskussion gestellt, auf eine solche Institution ganz zu verzichten und stattdessen „für das Provisorium des Grundgesetzes“ dem Präsidenten des Deutschen Bundestages die Aufgaben und Funktionen eines Staatsoberhauptes zu übertragen. ¹¹⁾

Die Mehrheit im Parlamentarischen Rat entschied sich jedoch für einen eigens gewählten Bundespräsidenten an der Spitze des Staates. In seinen grundsätzlichen Ausführungen in der zweiten Sitzung des Parlamentarischen Rates bekräftigte der Abgeordnete Dr. Süsterhenn (CDU) die Auffassung seiner Fraktion, dass „ein gut funktionierender Bundesstaat grundsätzlich auch eines Bundespräsidenten“ bedarf. Auch in den alten Demokratien erachte man „eine solche Repräsentation des Staates als unersetz-

⁹⁾ Vgl. die Eröffnungsansprache in der 1., 2. und 3. Bundesversammlung; s. unten S. 89, 112 und 138.

¹⁰⁾ Bericht über den Verfassungskonvent von Herrenchiemsee. Darstellender Teil. München, 1948. S. 42 f. Wiederabdruck in: Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle, Bd. 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, bearb. von Peter Bucher, Boppard am Rhein 1981, S. 549.

¹¹⁾ Vgl. Kurzprotokoll der 9. Sitzung des „Kombinierten Ausschusses“ des Parlamentarischen Rates v. 1. Okt. 1948 sowie Drucksache Nr. 203 mit dem Antrag, dass die Funktion des Bundespräsidenten „bis auf weiteres“ von dem Präsidenten des Bundestages ausgeübt werden sollte. Das stenografische Wortprotokoll jetzt in: Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle, Bd. 13: Ausschuss für Organisation des Bundes/Ausschuss für Verfassungsgerichtshof und Rechtspflege, bearb. von Edgar Büttner und Michael Wettengel (2 Teilbände), München 2002, S. 301-345. Vgl. dazu auch Michael F. Feldkamp, Der Parlamentarische Rat 1948-1949, Göttingen 1998, bes. S. 72 f.

lich“. Ein Bundespräsident könne als Exponent des „pouvoir neutre“ wirken und „überhaupt der moralische Repräsentant der Volkseinheit“ sein.¹²⁾

Ebenso setzte sich auch der Abgeordnete Prof. Dr. Theodor Heuss (FDP) namens seiner Fraktion sehr entschieden für die Schaffung eines solchen Amtes ein:

„Wir halten dafür, dass die Person, die Amtsfunktion des Bundespräsidenten nicht in die ungewisse Geschichte abgeschoben werden soll, weil die Zeit noch nichts Rechtes für ihn zu tun gibt. Verkennen Sie nicht die Symbolkraft, die davon ausgeht, und vermeiden Sie das Provisorium eines Direktoriums, was dann in der Bevölkerung gleich wieder so ausgedeutet wird: man will also die verschiedenen Leute und Parteien mit daran beteiligt haben. Man muss den Mut haben, in das Strukturelle das Feste einzubauen.“¹³⁾

Die Frage, auf welche Weise der Bundespräsident gewählt werden solle, spielte bei den Beratungen im Plenum und in den Ausschüssen des Parlamentarischen Rates eine erhebliche Rolle, da sie eng zusammenhing mit der Frage, welche Stellung der Bundespräsident im Verfassungsgefüge erhalten und mit welchen Machtbefugnissen er ausgestattet werden solle. Das zunächst Naheliegendste – eine direkte Wahl durch das Volk – wurde zwar von einzelnen Vertretern der FDP wie Thomas Dehler und Max Becker zur Debatte gestellt, schließlich aber von allen Fraktionen – wenn auch mit unterschiedlichem Nachdruck – abgelehnt, um den verhängnisvollen Dualismus von parlamentarischer Regierung und Präsidialsystem der Weimarer Verfassung auszuschließen. Hinzu kam das tiefe Misstrauen des Parlamentarischen Rates gegen alle „plebiszitären Regelungen“, die man als eine Gefahrenquelle für die Demokratie ansah, weil sie gerade in besonders schwierigen innen- und außenpolitischen Situationen demagogisch ausgenutzt und auf eine den Staat und die demokratische Ordnung gefährdende Weise missbraucht werden könnten. In diesem Sinne begründete Dr. Süsterhenn bereits in der ersten allgemeinen Plenardebatte die Ablehnung einer direkten Wahl, indem er auf die damit erlebten Erfahrungen aus den letzten Jahren der Weimarer Republik hinwies:

„Hinsichtlich der Wahl des Bundespräsidenten ist das System der direkten Volkswahl, das in der Weimarer Republik herrschte, abzulehnen. Die Präsidentenwahlen von 1925 und 1932 haben bewiesen, dass diese Form der Wahl für das deutsche Volk jedenfalls nicht die geeignete Form ist. Im Jahre 1925 wurde der Kandidat der Reaktion gewählt, und im Jahre 1932 haben auch die demokratischen Kräfte durch ihren damaligen Wahlakt geradezu aus Angst vor dem Tode Selbstmord begangen. Infolgedessen dürfte es sich für die Zukunft empfehlen, nach dem Beispiel Frankreichs den Bundespräsidenten von den beiden gesetzgebenden Körperschaften wählen zu lassen. Durch diesen Wahlmodus würde die Gefahr vermindert, dass ein Agitator unter

¹²⁾ Parlamentarischer Rat, Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen, Bonn 1948/49, hier S. 24 f. (2. Sitzung vom 8. Sept. 1948). Vgl. zum Folgenden auch Henning Landgraf, Reichspräsident – Bundespräsident. Aus den Debatten 1919 und 1948/49 über den Wahlmodus, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 10 (1959), S. 422-431.

¹³⁾ Parlamentarischer Rat, Stenographische Berichte, S. 42.

Ausnutzung der Not und Missbrauch der emotionalen Kräfte des Volkes auf dem Wege des Plebiszits noch einmal nach der Macht zu greifen versucht.“¹⁴⁾

Da also die direkte Wahl ausschied, musste ein anderer Weg gefunden werden, um für die Wahl des Staatsoberhauptes eine angemessen breite Legitimationsbasis zu schaffen. Sie fand sich in dem Gedanken, die Wahl des Bundespräsidenten von den beiden an der Gesetzgebung beteiligten Organen vornehmen zu lassen, die zu einer Wahlkörperschaft verbunden werden sollten. Der Herrenchiemseer Entwurf hatte für die Wahl des Bundespräsidenten noch getrennte Abstimmungen im Bundestag und in der Länderkammer (Bundesrat oder Senat) vorgesehen, mit der Maßgabe, dass ein besonderes Wahlgremium aus den Mitgliedern der Länderkammer und einer gleichgroßen Zahl von Mitgliedern des Bundestages gebildet wird, wenn bei den getrennten Abstimmungen keine Übereinstimmung zu erzielen ist. Dieser Vorschlag sollte dem föderativen Prinzip genügend Rechnung tragen und wurde auch im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates von den Vertretern von CDU und CSU befürwortet, die auch noch bei der späteren Beratung von Alternativvorschlägen daran festhielten, den Bundesrat in irgendeiner Form an der Wahl des Bundespräsidenten zu beteiligen.

Gegen eine Beteiligung der Ländervertretung sprachen sich die Vertreter von FDP und SPD aus, wobei der Abgeordnete Dr. Katz (SPD) als Hauptgrund für die Ablehnung des Bundesrates die Weisungsgebundenheit seiner Mitglieder anführte:

„Es geht nicht an, dass Wähler, die über die Besetzung des höchsten Amtes des neuen Staatsgebildes entscheiden sollen, nach Instruktionen ihrer Landesregierungen handeln. Das ist eines freien Staates unwürdig. Aber es ist auch irgendwie systemwidrig. Man kann von Wählern, die an Weisungen gebunden sind, nicht erwarten, dass sie die Stimme des Volkes wiedergeben. Eine echte Wahl setzt voraus, dass die Wähler ihre Stimmen nach bestem Wissen und Gewissen abgeben. Ein instruierter Wahlmann, ein instruierter Elektor ist eine *Contradictio in sich selbst*“.¹⁵⁾

Aus diesem Grunde wurde der Gedanke eines Zusammenwirkens von Bundestag und Bundesrat bei der Wahl des Bundespräsidenten fallen gelassen zugunsten einer aus gewählten Vertretern des Bundes und der Länder zu bildenden Wahlkörperschaft. Dieser Vorschlag kam aus der Fraktion der FDP und nimmt Gedanken des späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss auf, wie dieser in seiner Abschiedsansprache als Bundespräsident am Ende seiner Amtszeit ausgeführt hat:

„[...] die so genannte Bundesversammlung, als Wahlgremium, in dem das Gesamt des Bundestages mit den von den Einzellandtagen benannten ‚Wahlmännern‘ sich fänden, also ein unitarisches und ein föderatives Element sich einten, ist meine persönliche Erfindung, wenn ich das so sagen darf,

¹⁴⁾ Parlamentarischer Rat, Stenographische Berichte, S. 25 (2. Sitzung vom 8. Sept. 1948).

¹⁵⁾ Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses Bonn 1949, Bonn 1950, S. 114 (10. Sitzung vom 30. Nov. 1948).

lange bevor von einem Parlamentarischen Rat die Rede gewesen ist, und ohne dass ich damals je daran gedacht hätte, dass die politische Kombination, die sich später ergab, mir diese nie gesuchte, aber auch nicht gescheute Aufgabe, das Staatsoberhaupt zu sein, zuweisen würde“.¹⁶⁾

Im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates wurde dieser Vorschlag der Bildung eines „Nationalkonvents“ – wie man die spätere Bundesversammlung zunächst bezeichnete – von Dr. Dehler (FDP) wie folgt begründet:

„Ein Bundespräsident soll ein breites Fundament haben. Wenn schon kein plebiszitärer Bundespräsident erwünscht ist, so soll er doch – darin sind wir uns wohl alle einig – vom Vertrauen einer größeren Zahl von Vertretern des Volkes getragen werden. Daher schlagen wir vor, dass ein Nationalkonvent, eine Bundesversammlung zusammentritt, dass also ein besonderes Wahlgremium den Bundespräsidenten wählt“, zusammengesetzt „aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichgroßen Zahl von Wahlmännern, die von den Landtagen der einzelnen Länder gewählt werden.“¹⁷⁾

Anschließend erklärte Dr. Katz, dass sich auch die Fraktion der SPD diesen Vorschlag der FDP zu Eigen gemacht habe.

Daraufhin brachte die Deutsche Partei (DP) noch einen Vermittlungsvorschlag ein, der vorsah, dass der gewählte Bundespräsident zu seiner Amtsübernahme einer Vertrauenserklärung des Bundesrates bedürfe, der selbst jedoch nicht dem Wahlkörper angehören sollte. Der Vorschlag wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, dass dadurch der Bundesrat praktisch zum Zensor der Bundesversammlung, der höchsten Gesamtvertretung des deutschen Volkes überhaupt gemacht werde und dass im Übrigen ein auf solche Weise gewählter Präsident nicht die erforderliche Autorität erhalten könne.¹⁸⁾

So wurde als Ergebnis der Beratungen die Bundesversammlung in der von der FDP vorgeschlagenen Zusammensetzung als Verfassungsorgan und Wahlgremium für die Wahl des Bundespräsidenten vorgesehen und der Bundesrat schließlich dadurch berücksichtigt, dass ihm – zusammen mit dem Deutschen Bundestag – die Funktion eines Zeugen bei der Eidesleistung des Bundespräsidenten übertragen wurde. Artikel 56 GG bestimmt, dass der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt „vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates“ einen Amtseid leistet.

Die Bestimmungen des Grundgesetzes von 1949 über die Wahl des Bundespräsidenten gelten bis heute unverändert fort. Zwar hat sich die 1971 eingesetzte Enquete-Kommission für Fragen der Verfassungsreform im Zusammenhang mit Überlegungen zur Funktion des Bundespräsidenten und der Organisation der Regierungsgewalt auch mit der Frage beschäftigt, ob die unmittelbare Volkswahl

¹⁶⁾ Bulletin der Bundesregierung, Nr. 169 vom 15. September 1959, S. 1693.

¹⁷⁾ Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 103 (8. Sitzung vom 24. Nov. 1948).

¹⁸⁾ Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 116/117.

des Bundespräsidenten der jetzigen Regelung vorzuziehen sei. Sie ist dabei jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass das Präsidentenamt durch die Volkswahl mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in jene betont politische Position hineingedrängt würde, die das Grundgesetz ihm vorenthalten hat, und dass damit auch die Tendenz zur „doppelten Spitze“ der Regierungsgewalt, wie sie für die Weimarer Reichsverfassung charakteristisch war, aufleben würde. In ihrem Schlussbericht vom 9. Dezember 1976 (Bundestagsdrucksache 7/5924) stellt die Enquete-Kommission abschließend dazu fest:

„Die Kommission hat jedoch keinen Anlass gesehen, die vom Parlamentarischen Rat bewusst getroffenen Entscheidungen über die Ausgestaltung des Präsidentenamtes und die Organisation der Regierungsgewalt in Frage zu stellen oder gar zu revidieren. Sie spricht sich daher gegen die Einführung der unmittelbaren Volkswahl des Bundespräsidenten aus.“

Die nach der Vereinigung Deutschlands von Bundestag und Bundesrat eingesetzte Gemeinsame Verfassungskommission hat in ihrem Abschlussbericht vom 28. Oktober 1993 (Bundestagsdrucksache 12/6000) nicht erneut zur Frage der Wahl des Bundespräsidenten Stellung genommen. Sie hat lediglich den wiederholt in der Öffentlichkeit aufgeworfenen Gedanken einer Verlängerung der Amtszeit des Bundespräsidenten auf sieben Jahre (unter Wegfall der Möglichkeit einer Wiederwahl) kursorisch am Rande erörtert, ohne jedoch eine Änderung der bisherigen Regelung vorzuschlagen.

III

Ort und Zeit des Zusammentritts der Bundesversammlung bestimmt der Präsident des Bundestages.¹⁹⁾

Um so bald wie möglich nach der Konstituierung der Legislative die Wahl eines Bundespräsidenten vornehmen zu können, wurde die Einberufung der ersten Bundesversammlung zur Wahl des ersten Bundespräsidenten den Ministerpräsidenten der Länder übertragen. Die von ihnen einberufene Bundesversammlung trat am 12. September 1949, fünf Tage nach der Konstituierung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, unter dem Vorsitz des ersten Bundestagspräsidenten Dr. Erich Köhler (CDU) in dem dafür hergerichteten Plenarsaal des Deutschen Bundestages im Bundeshaus zusammen.

Die zweite Bundesversammlung wurde von Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers (CDU) nach Berlin einberufen. Sie trat am 17. Juli 1954 in der Ostpreußenhalle des Messegeländes am Funkturm zusammen. Bedenken oder Einwände gegen Berlin als Tagungsort wurden damals von keiner der vier Mächte erhoben.

Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU) folgte dem Beispiel seines Amtsvorgängers und berief ebenfalls trotz aufkommender Bedenken und Proteste von östlicher Seite die Bundesversamm-

¹⁹⁾ Art. 54 Abs. 4 Satz 2 GG; § 1 BPräsWahlG.

lung 1959 nach Berlin ein. Er verfuhr ebenso bei Einberufung der vierten Bundesversammlung von 1964. Schon vor der Einberufung 1959 erhob die sowjetische Regierung in einer Note an die drei Westmächte und an die Bundesregierung Protest und bezeichnete die Absicht, die Bundesversammlung in Berlin abzuhalten, als eine „Provokation“. Auch 1964 wiederholte die sowjetische Regierung diese Proteste. Sie verband sie mit der Androhung von Folgen, falls die Bundesversammlung in Berlin tatsächlich abgehalten würde.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier ging in seiner Eröffnungsansprache zur vierten Bundesversammlung am 1. Juli 1964 auch auf die entstandene Diskussion ein und wies darauf hin, dass man bei dem Beschluss, die Bundesversammlung wieder nach Berlin einzuberufen, den Standpunkt der drei westlichen Schutzmächte berücksichtigt habe. Er unterstrich die Pflicht der Bundesrepublik Deutschland zu einer loyalen Partnerschaft mit den drei die Freiheit verbürgenden Westmächten und erklärte:

„Diese Loyalität – und nichts anderes – verlangt von mir zwar nicht die Einholung einer formellen Zustimmung der drei Mächte, wohl aber eine angemessene Berücksichtigung ihres jeweiligen politisch begründeten Standpunktes auch in dieser Frage [...] Die drei Mächte, die die Sicherheit West-Berlins garantieren, haben auch den Schutz dieser Bundesversammlung übernommen, und sie haben die Proteste der Regierung der Sowjetunion sogleich und einhellig abgewiesen“.²⁰⁾

Auch die fünfte Bundesversammlung wurde nach längerem Hin und Her zur Frage des Tagungsortes und nach längerem diplomatischem Tauziehen wieder nach Berlin einberufen. Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) folgte damit einer Vorentscheidung seines Vorgängers Dr. Eugen Gerstenmaier, der am 18. Dezember 1968 schriftlich angekündigt hatte, dass die 1969 fällige Bundesversammlung wieder nach Berlin einberufen wird. Daraufhin hatte die Sowjetunion, beginnend mit einer Protesterklärung an die drei Westmächte vom 23. Dezember 1968, eingehende diplomatische Bemühungen entfaltet, um eine Änderung der Entscheidung zu erreichen.²¹⁾ Auch in der deutschen Presse entspann sich eine heftige Diskussion um das Für und Wider der Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin.

Im Verlauf ihrer diplomatischen Bemühungen machte die Sowjetunion der Bundesregierung das Angebot verbesserter Beziehungen, falls die Tagung der Bundesversammlung nicht in Berlin stattfindet. Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger gab gegenüber dem sowjetischen Botschafter Semjon K. Zarapkin zu verstehen, dass die Bundesregierung zu einem Verzicht auf die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin bereit wäre, wenn sich die Sowjetunion als Gegenleistung für eine Regelung einsetzen würde, die Besuche von Bewohnern aus den drei Westsektoren Berlins in Ost-Berlin ermöglichte. Im Anschluss an die deutsch-sowjetischen Kontakte kam es tatsächlich zu Passierscheingesprächen zwischen dem Berliner Senat und der DDR, die jedoch an den Bedingungen Ost-Berlins scheiterten.

²⁰⁾ Vgl. unten S. 170.

²¹⁾ Vgl. dazu und zum Folgenden: Die Berlin-Regelung. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1971, S. 252 f.

Von östlicher Seite wurden außerdem auf diplomatischem Wege Zugeständnisse in Aussicht gestellt. So deutete die sowjetische Regierung an, dass sie bereit sein könnte, die Unterhaltung „normaler Verbindungen“ zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik zuzusichern. Gleichzeitig operierte sie jedoch mit Drohungen und Zwangsmaßnahmen. Am 8. Februar 1969 verkündete die DDR ein Durchreiseverbot für Mitglieder der Bundesversammlung. Anfang März wurden Manöver des Warschauer Pakts im Raum von Berlin angekündigt. Am 28. Februar verlangte Moskau in einer Note an die DDR Maßnahmen gegen angebliche militärische Tätigkeiten der West-Berliner Industrie. Ost-Berlin verfügte darauf scharfe Transportkontrollen. Schließlich kam es vom 1. bis 7. März zu erheblichen Verkehrsbehinderungen auf den Autobahnen; fast täglich wurde der Zugang für mehrere Stunden ganz gesperrt.

Trotzdem fand am 5. März 1969 auch die fünfte Bundesversammlung wie vorgesehen wieder in Berlin und wieder in der Ostpreußenhalle statt.²²⁾

Für die folgende Bundesversammlung ergab sich jedoch eine neue Situation. Im März 1970 hatten Verhandlungen zwischen den vier Mächten über Berlin begonnen, die zum Abschluss des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 führten. Dieses Abkommen legt unter anderem fest, dass „die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden“, und dass die Westsektoren Berlins „wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“.²³⁾

Dazu wurden in einem Brief der drei Botschafter an den Bundeskanzler „Klarstellungen und Interpretationen“ gegeben, in denen auch die Bundesversammlung genannt wird. Es heißt in diesem Brief unter Punkt b):

„In den Westsektoren Berlins werden keine Sitzungen der Bundesversammlung und weiterhin keine Plenarsitzungen des Bundesrates und des Bundestags stattfinden“.²⁴⁾

Mit diesem Satz war klargestellt, dass die Bundesversammlung nicht mehr nach Berlin einberufen werden darf. Nachdem in der Öffentlichkeit über eine Reihe von möglichen Tagungsorten spekuliert worden war, entschied Bundestagspräsidentin Frau Renger (SPD), die Bundesversammlung nach Bonn einzuberufen. So versammelte sich die 6. Bundesversammlung am 15. Mai 1974 in der Beethovenhalle in Bonn.

In ihrer Eröffnungsansprache ging die Bundestagspräsidentin auch auf ihre Entscheidung für Bonn als Tagungsort ein und begründete diese damit, dass Bonn dafür als Sitz des Bundespräsidenten, des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung besonders geeignet sei. Sie betonte zugleich aber auch die fortbestehende Verbundenheit mit Berlin und die Verpflichtung, alles zu tun, um entsprechend dem Viermächte-Abkommen die Bindungen aufrechtzuerhalten und zu entwickeln:

²²⁾ Die Berlin-Regelung, a.a.O., S. 253.

²³⁾ Die Berlin-Regelung, a.a.O., S. 163-164.

²⁴⁾ Die Berlin-Regelung, a.a.O., S. 173-174.

„[...] die Berliner und ihre Stadt, unser Berlin, werden uns an unsere Aufgabe erinnern, 'in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden'“.²⁵⁾

Auch die folgenden Bundesversammlungen wurden nach Bonn in die Beethovenhalle einberufen, wo sie jeweils am 23. Mai, dem Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes, stattfanden. Mit der Vereinigung Deutschlands war das Viermächte-Abkommen vom 3. September 1990 gegenstandslos geworden, so dass die Bundesversammlungen wieder nach Berlin einberufen werden konnten. Mit dem Einigungsvertrag von 1990 und dem Beschluss des Bundestages vom 20. Juni 1991 ist nunmehr Berlin Hauptstadt und Sitz von Parlament und Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Schon aus diesem Grunde lag es nahe, die 10. Bundesversammlung zum 23. Mai 1994 wieder nach Berlin einzuberufen. Tagungsstätte war der Berliner Sitz des Bundestages, das Gebäude des ehemaligen Reichstags. Nach dessen Herrichtung zum ständigen Haus des Bundestages wurde dort am 23. Mai 1999, dem 50. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes, die 11. Bundesversammlung abgehalten. Auch die 12. Bundesversammlung am 23. Mai 2004 wurde dorthin einberufen. Ebenso wird die 13. Bundesversammlung am 23. Mai 2009 wieder im Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Berlin stattfinden.

IV

Der Ablauf der Bundesversammlung ergibt sich aus ihrer Funktion als Wahlorgan und folgt stets demselben Grundmuster.

Der Präsident des Deutschen Bundestages oder einer seiner Stellvertreter eröffnet die Sitzung und hält eine kurze Begrüßungsansprache. Anschließend erfolgt die formelle Konstituierung mit der Bestätigung der Zahl der Mitglieder und der verfassungsgemäßen Wahl durch die Landesparlamente, die Übernahme der Geschäftsordnung des Bundestages, die Feststellung der Beschlussfähigkeit, die Wahl der Schriftführer und deren Einsetzung. Anschließend werden die Wahlvorschläge und die nach § 9 Abs. 1 Satz 3 BPräsWahlG vorgeschriebenen Zustimmungserklärungen der Vorgeschlagenen bekannt gegeben. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das 40. Lebensjahr vollendet hat. Diese Bedingung eines im Vergleich zum Wahlrecht zum Bundestage wesentlich höheren Mindestalters erklärt sich aus der von dem Amt und der Person des Bundespräsidenten erwarteten besonderen „auctoritas“. Die Wahlvorschläge sind schriftlich einzureichen. Dazu müssen schriftliche Zustimmungserklärungen der Vorgeschlagenen beigelegt werden.

Vor dem Eintritt in die Wahl erläutert der Präsident der Bundesversammlung das geschäftsordnungsgemäße Verfahren der Stimmabgabe. Er leitet die Wahl und stellt nach Auszählung der Stimmen das Ergebnis fest. Gewählt wird mit „verdeckten amtlichen Stimmzetteln“, d. h. also in geheimer Wahl in den dazu bestimmten Wahlkabinen. Wenn keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenmehrheit erreicht hat, findet ein zweiter, nötigenfalls auch ein dritter Wahlgang statt. Vor jedem Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingereicht werden. Hierfür müssen jedoch ebenfalls die vorgeschriebenen Zustimmungserklärungen der Vorgeschlagenen vorgelegt werden.

²⁵⁾ Vgl. unten S. 216

Die Bundesversammlung endet mit der Annahmeerklärung, die der Gewählte „binnen zwei Tagen“ abgeben muss, wenn er die Wahl annimmt. Bisher haben alle Gewählten die Annahme ihrer Wahl unmittelbar nach der Verkündung des Wahlergebnisses abgegeben und daraufhin noch Gelegenheit erhalten, Worte an die Versammlung zu richten. Im Übrigen erfolgt jedoch die Wahl gemäß Art. 54 Abs. 1 GG ohne Aussprache.

Mit Ausnahme der 9. Bundesversammlung von 1989 sind in den Bundesversammlungen stets mehrere Wahlvorschläge eingereicht worden. In der 1. Bundesversammlung am 12. September 1949 wurde Professor Dr. Theodor Heuss von der FDP vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde aufgrund einer Koalitionsabsprache von der CDU/CSU und den anderen Koalitionspartnern unterstützt. Die SPD schlug ihren Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher und das Zentrum den nordrhein-westfälischen Sozialminister Dr. Rudolf Amelunxen vor. Der zweite Wahlgang brachte die erforderliche Stimmenzahl für Theodor Heuss.

In der 2. Bundesversammlung am 17. Juli 1954 wurde Theodor Heuss zur Wiederwahl vorgeschlagen. Diesmal wurde der Vorschlag von der Fraktion der CDU/CSU eingebracht. Zu Beginn der Versammlung benannte die KPD unerwartet den Heidelberger Professor Dr. Alfred Weber als ihren Kandidaten. Weber, der von dem Vorschlag offenbar überrascht wurde, teilte telefonisch mit, dass er die kommunistische Fraktion weder aufgefordert noch ermächtigt habe, ihn als ihren Kandidaten zu benennen, und dass er sich gegen seine Aufstellung verwahre. Gewählt wurde mit großer Stimmenmehrheit wiederum Professor Dr. Theodor Heuss im ersten Wahlgang.

In der 3. Bundesversammlung am 1. Juli 1959 schlug die CDU/CSU den bisherigen Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. h. c. Heinrich Lübke, vor. Ursprünglich hatte der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer für das Amt kandidieren wollen. Er erklärte jedoch am 5. Juni 1959 vor der Fraktion der CDU/CSU, dass er dazu nicht mehr bereit sei und stattdessen weiterhin im Amt des Bundeskanzlers bleiben wolle. Für die SPD bewarb sich Professor Dr. Carlo Schmid, der langjährige Vizepräsident des Deutschen Bundestages, um das Amt, und für die FDP kandidierte Dr. Max Becker, ebenfalls Vizepräsident des Bundestages. Heinrich Lübke erhielt die erforderliche Stimmenzahl im zweiten Wahlgang.

In der 4. Bundesversammlung am 1. Juli 1964 schlug die CDU/CSU den bisherigen Bundespräsidenten zur Wiederwahl vor. Die SPD-Fraktion brachte keinen eigenen Vorschlag ein und befürwortete mehrheitlich die Wiederwahl Lübkes. Dies wurde vielfach als Vorleistung für eine große Koalition gewertet. Die FDP nominierte ihren ehemaligen Bundesminister der Justiz, Dr. Ewald Bucher. Heinrich Lübke wurde im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit wiedergewählt.

In der 5. Bundesversammlung am 5. März 1969 nominierte die CDU/CSU Dr. Gerhard Schröder, Bundesminister der Verteidigung, und die SPD Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Bundesminister der Justiz. Beide Kandidaten waren zum Zeitpunkt ihrer Nominierung Mitglieder im Kabinett Kiesinger der Regierung der „Großen Koalition“. Da im ersten und im zweiten Wahlgang keiner der beiden Bewerber die erforderliche Mehrheit der Stimmen der gesetzlichen Mitgliederzahl erhielt, musste ein dritter

Wahlgang stattfinden, in dem nach Artikel 54 Abs. 6 GG gewählt ist, wer „die meisten Stimmen auf sich vereinigt“. Die meisten Stimmen erhielt auch im dritten Wahlgang Gustav Heinemann, der damit zum Bundespräsidenten gewählt war.

In der 6. Bundesversammlung am 15. Mai 1974 wurden von den Fraktionen der SPD und der FDP gemeinsam Walter Scheel, der bisherige Bundesminister des Äußeren, Vizekanzler im Kabinett Brandt und Vorsitzender der FDP, und von der CDU/CSU deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Richard von Weizsäcker benannt. Walter Scheel erhielt bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenzahl und war damit zum Bundespräsidenten gewählt.

In der 7. Bundesversammlung am 23. Mai 1979 nominierte die Fraktion der CDU/CSU den bisherigen Präsidenten des Deutschen Bundestages, Karl Carstens. Die SPD benannte Frau Annemarie Renger, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Auch Carstens erhielt wie sein Vorgänger bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenzahl.

In der 8. Bundesversammlung am 23. Mai 1984 wurden von der CDU/CSU der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, und von der Fraktion DIE GRÜNEN die Schriftstellerin Luise Rinser nominiert. Richard von Weizsäcker erhielt im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenzahl und war damit gewählt.

In der 9. Bundesversammlung am 23. Mai 1989 wurde Richard von Weizsäcker erneut und ohne einen Gegenkandidaten vorgeschlagen und mit großer Stimmenmehrheit für eine zweite Amtsperiode wiedergewählt.

In der 10. Bundesversammlung am 23. Mai 1994 wurden von der CDU/CSU Professor Dr. Roman Herzog, von der FDP Dr. Hildegard Hamm-Brücher, von der SPD der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. h. c. Johannes Rau und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Professor Dr. Jens Reich nominiert. Am Vorabend der Wahl nominieren auch noch die Republikaner mit dem Publizisten Hans Hirzel einen eigenen Kandidaten. Roman Herzog wurde im dritten Wahlgang mit der erforderlichen Stimmenzahl gewählt.

In der 11. Bundesversammlung am 23. Mai 1999 wurden insgesamt drei Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten nominiert: Professor Dr. Uta Ranke-Heinemann von der PDS, Ministerpräsident a. D. Dr. h. c. Johannes Rau von der SPD und Professor Dr. Dagmar Schipanski von der CDU/CSU. Johannes Rau wurde im 2. Wahlgang mit der erforderlichen Mehrheit der Zahl der Mitglieder zum Bundespräsidenten gewählt.

In der 12. Bundesversammlung am 23. Mai 2004 nominierten die SPD Professor Dr. Gesine Schwan, CDU/CSU und FDP Professor Dr. Horst Köhler als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. Horst Köhler erhielt im 1. Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit und war damit zum Bundespräsidenten gewählt.

V

Für die Eidesleistung beim Amtsantritt eines neu gewählten Bundespräsidenten ist vom Grundgesetz ein besonderer Staatsakt vorgesehen. Nach Art. 56 GG leistet der Bundespräsident den Amtseid „vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates“. Bundestagspräsident von Hasel hat dazu bei der Eröffnung der gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat nach Art. 56 GG am 1. Juli 1969 ausgeführt:

„Es gibt in unserer Demokratie keinen repräsentativeren Staatsakt als diesen. Die Anwesenheit des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung, der Vertreter der höchsten Gerichte und der Verwaltung verleiht dieser Versammlung den Charakter einer Gesamtrepräsentation der Bundesrepublik Deutschland. Sie bedeutet nicht nur Zeugenschaft an der Vereidigung des Staatsoberhauptes, sie ist darüber hinaus ein Zeugnis für unseren Staat und seine Verfassung, wie wir es eindrucksvoller nicht ablegen können“.²⁶⁾

In dieser gemeinsamen Sitzung der beiden legislativen Organe kommt, wie Bundespräsident Carstens anlässlich seiner Eidesleistung ausführte, „die große Bedeutung zum Ausdruck, die unser Grundgesetz dem föderativen Aufbau unseres Staates beimisst“.²⁷⁾

Nach § 11 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung wird die Eidesleistung vom Präsidenten des Bundestages veranlasst, der die gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat eröffnet und leitet. Die Eidesleistung in diesem Staatsakt wird umrahmt von Ansprachen des scheidenden und des neuen Bundespräsidenten sowie von Ansprachen der Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates. Dieser Staatsakt fand bis zur Vereinigung Deutschlands und letztmalig 1999 im Plenarsaal des Bundestages in Bonn, 1994 und 2004 im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes in Berlin statt. Direktübertragungen erlauben es, den Verlauf der Bundesversammlung ebenso wie den Ablauf des Staatsaktes der Vereidigung eines neuen Bundespräsidenten über Rundfunk oder Fernsehen zu verfolgen.

²⁶⁾ Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 245. Sitzung (zugleich 341. Sitzung des Bundesrates), S. 13661 B.

²⁷⁾ Ebd.

Gesetzliche Grundlagen

Die Bestimmungen des Grundgesetzes

Artikel 54

(1) Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.

(2) Das Amt des Bundespräsidenten dauert fünf Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

(3) Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

(4) Die Bundesversammlung tritt spätestens dreißig Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten, bei vorzeitiger Beendigung spätestens dreißig Tage nach diesem Zeitpunkt zusammen. Sie wird von dem Präsidenten des Bundestages einberufen.

(5) Nach Ablauf der Wahlperiode beginnt die Frist des Absatzes 4 Satz 1 mit dem ersten Zusammentritt des Bundestages.

(6) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

(7) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 56

Der Bundespräsident leistet bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Artikel 121

Mehrheit der Mitglieder des Bundestages und der Bundesversammlung im Sinne dieses Grundgesetzes ist die Mehrheit ihrer gesetzlichen Mitgliederzahl.

Artikel 46¹⁾

(1) Ein Abgeordneter darf zu keiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen einer Äußerung, die er im Bundestage oder in einem seiner Ausschüsse getan hat, gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Bundestages zur Verantwortung gezogen werden. Dies gilt nicht für verleumderische Beleidigungen.

¹⁾ Nach § 7 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 (BGBl. I S. 230) finden Artikel 46, 47 und 48 Abs. 2 des Grundgesetzes auf die Mitglieder der Bundesversammlung entsprechende Anwendung.

(2) Wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung darf ein Abgeordneter nur mit Genehmigung des Bundestages zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß er bei Begehung der Tat oder im Laufe des folgenden Tages festgenommen wird.

(3) Die Genehmigung des Bundestages ist ferner bei jeder anderen Beschränkung

der persönlichen Freiheit eines Abgeordneten oder zur Einleitung eines Verfahrens gegen einen Abgeordneten gemäß Artikel 18 erforderlich.

(4) Jedes Strafverfahren und jedes Verfahren gemäß Artikel 18 gegen einen Abgeordneten, jede Haft und jede sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit sind auf Verlangen des Bundestages auszusetzen.

**Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten
durch die Bundesversammlung
vom 25. April 1959¹⁾**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt

Die Bundesversammlung

§ 1

Der Präsident des Bundestages bestimmt Ort und Zeit des Zusammentritts der Bundesversammlung.

§ 2

(1) Die Bundesregierung stellt rechtzeitig fest, wieviel Mitglieder die einzelnen Landtage zur Bundesversammlung zu wählen haben. Dabei sind die gesetzliche Mitgliederzahl des Bundestages im Zeitpunkt der Beschlußfassung der Bundesregierung und das Verhältnis der letzten amtlichen Bevölkerungszahlen der Länder zugrunde zu legen. Bei Ermittlung der Bevölkerungszahlen bleiben Ausländer (§ 2 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes) unberücksichtigt. Die Bundesregierung macht die Zahl der von den einzelnen Landtagen zu wählenden Mitglieder im Bundesgesetzblatt bekannt.

(2) Die Landtage haben die Wahl unverzüglich vorzunehmen. Besteht am Tage der Bekanntmachung nach Absatz 1 Satz 3 kein Landtag oder hat ein Landtag vor Ablauf seiner Wahlperiode die Wahl nicht mehr vorgenommen, so wählt der neue Landtag die Mitglieder. Kann der neue Landtag die Wahl nicht mehr rechtzeitig vornehmen, so tritt an seine Stelle der Ausschuss, der ver-

fassungsgemäß die Rechte des Landtages gegenüber der Regierung bis zum Zusammentritt des neuen Landtages wahrnimmt, oder ein vom Landtag für die Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung gebildeter Ausschuss. Kommt eine rechtzeitige Wahl nicht zustande, so bleiben die auf das Land entfallenden Sitze unbesetzt.

§ 3

Zur Bundesversammlung ist wählbar, wer zum Bundestag wählbar ist.

§ 4

(1) Der Landtag wählt die auf das Land entfallenden Mitglieder nach Vorschlagslisten. Bei der Wahl sind die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages entsprechend anzuwenden.

(2) Jeder Abgeordnete hat eine Stimme.

(3) Die Sitze werden, wenn mehrere Vorschlagslisten vorliegen, den Listen nach der Zahl der ihnen zugefallenen Stimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt zugeteilt. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das vom Präsidenten des Landtages zu ziehende Los. Die Sitze werden den Bewerbern in der Reihenfolge ihrer Namen auf den Vorschlagslisten zugewiesen. Entfallen auf eine Liste mehr Sitze, als Bewerber benannt sind, so gehen die Sitze in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen auf die anderen Listen über.

(4) Der Präsident des Landtages fordert die Gewählten auf binnen zwei Tagen schriftlich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.

¹⁾ Bundesgesetzblatt I S. 230 mit der Änderung des § 2 v. 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593) und den Änderungen der §§ 7 und 13 v. 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326).

Die Gewählten erwerben die Mitgliedschaft in der Bundesversammlung mit dem Eingang der schriftlichen Annahmeerklärung bei dem Präsidenten des Landtages. Gibt der Gewählte bis zum Ablauf der gesetzten Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als zu diesem Zeitpunkt angenommen.

(5) Nimmt ein Gewählter die Wahl nicht an oder scheidet ein Mitglied aus, so tritt der nächste nicht gewählte Bewerber der gleichen Vorschlagsliste ein. Ist die Vorschlagsliste erschöpft, so geht der Sitz auf die Liste über, auf die die nächste Höchstzahl entfällt. Die Feststellung, wer als Listennachfolger eintritt, trifft der Präsident des Landtages. Absatz 4 gilt entsprechend.

(6) Der Präsident des Landtages übermittelt das Ergebnis der Wahl dem Präsidenten des Bundestages.

§ 5

Jedes Mitglied des Landtages und jeder in eine Vorschlagsliste aufgenommene Bewerber kann binnen zwei Tagen nach Verkündung des Wahlergebnisses beim Präsidenten des Landtages Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl erheben. Über den Einspruch entscheidet der Landtag unverzüglich, spätestens jedoch eine Woche vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung. Ergeht bis dahin keine Entscheidung, so entscheidet die Bundesversammlung. Der Präsident des Bundestages bereitet die Entscheidung der Bundesversammlung vor.

§ 6

Wird die Wahl nach § 2 Abs. 2 Satz 3 von einem Landtagsausschuss vorgenommen, so gelten §§ 4 und 5 entsprechend.

§ 7

Artikel 46, 47, 48 Abs. 2 des Grundgesetzes finden auf die Mitglieder der Bundesversammlung entsprechende Anwendung. Für Immunitätsangelegenheiten ist der Bundestag zuständig; die vom Bundestag oder seinem zuständigen Ausschuss erlassenen Regelungen in Immunitätsangelegenheiten gelten entsprechend. Die Mitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Zweiter Abschnitt

Wahl des Bundespräsidenten

§ 8

Der Präsident des Bundestages leitet die Sitzungen und Geschäfte der Bundesversammlung. Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt.

§ 9

(1) Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Präsidenten des Bundestages schriftlich einreichen. Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Die Wahlvorschläge dürfen nur die zur Bezeichnung des Vorgesprochenen erforderlichen Angaben enthalten; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgesprochenen ist beizufügen.

(2) Der Sitzungsvorstand prüft, ob die Wahlvorschläge den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen. Über die Zurückweisung eines Wahlvorschlages entscheidet die Bundesversammlung.

(3) Gewählt wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln. Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten, sind ungültig.

(4) Der Präsident des Bundestages teilt dem Gewählten die Wahl mit und fordert ihn auf, ihm binnen zwei Tagen zu erklären, ob er die Wahl annimmt. Gibt der Gewählte innerhalb dieser Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als abgelehnt.

(5) Der Präsident des Bundestages erklärt die Bundesversammlung für beendet, nachdem der Gewählte die Wahl angenommen hat.

§ 10

Das Amt des Bundespräsidenten beginnt mit dem Ablauf der Amtszeit seines Vorgängers, jedoch nicht vor Eingang der Annahmeerklärung beim Präsidenten des Bundestages.

§ 11

Der Präsident des Bundestages veranlasst die Eidesleistung des Bundespräsidenten.

Dritter Abschnitt

Schlussvorschriften

§ 12

Die Mitglieder der Bundesversammlung erhalten eine Entschädigung, deren Höhe der Präsident des Bundestages in sinngemäßer Anwendung der für die Mitglieder des Bundestages geltenden Bestimmungen festsetzt.

§ 13

(weggefallen)

§ 14

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die Bundespräsidenten im Portrait

Theodor Heuss Bundespräsident 1949-1959

Theodor Heuss wurde am 31. Januar 1884 im württembergischen Brackenheim als jüngster Sohn des Straßenbauingenieurs und späteren Stadtbaurats Louis Heuss geboren. Er besuchte das humanistische Gymnasium in Heilbronn und studierte nach dem Abitur Nationalökonomie und Kunstgeschichte in München und Berlin. 1905 wurde er von dem Volkswirt Lujo Brentano mit einer Arbeit über Weinbau promoviert.

Schon als Schüler und Student war Heuss Mitglied der nationalsozialen Bewegung Friedrich Naumanns, für dessen Zeitschrift „Die Hilfe“ er von 1905 bis 1912 als Redakteur in Berlin tätig war. 1908 heiratete er Elly Knapp, die Tochter des Straßburger Nationalökonomens Friedrich Knapp. 1912 wurde Heuss mit 28 Jahren zum Chefredakteur der „Neckarzeitung“ in Heilbronn berufen. Gleichzeitig redigierte er die Kunst- und Kulturzeitschrift „März“, an der auch schon Hermann Hesse und Ludwig Thoma mitgearbeitet hatten. Ende des Ersten Weltkrieges zog Heuss nach Berlin, wo er Mitglied der Geschäftsführung des „Deutschen Werkbundes“ und Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Deutsche Politik“, später der Zeitschrift „Deutsche Nation“ wurde. Auch in der „Vossischen Zeitung“, der „Frankfurter Zeitung“ und in ausländischen Blättern erschienen Artikel von ihm. Darüber hinaus verfasste er bis 1933 regelmäßig die innen- und außenpolitischen Glossen in Gustav Stolpers „Deutscher Volkswirt“. Bis 1931 nahm er zudem Lehraufträge an der Berliner Hochschule für Politik wahr.

Von 1903 bis 1910 war Heuss Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, danach der Fortschrittlichen Volkspartei. 1918 gehörte er zu den Mitgründern der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Diese vertrat er zunächst in der Schöneberger Bezirksversammlung, später auch in der Stadtverordnetenversammlung von Berlin. Von 1924 bis 1928 war er für die DDP und von 1930 bis 1933 für die Deutsche Staatspartei Mitglied des Deutschen Reichstages. Er publizierte zahlreiche politische Bücher, darunter 1932 die Schrift „Hitlers Weg“, in der er die Ursachen des aufkeimenden Nationalsozialismus analysierte. 1933 wurde sein Buch von den Nationalsozialisten öffentlich verbrannt.

Von 1933 bis 1935 gab Heuss mit vielen Schwierigkeiten die Zeitschrift „Die Hilfe“ heraus, sah sich dann aber genötigt, das Blatt einzustellen. Er zog er sich aus dem öffentlichen Leben zurück und widmete sich ganz seinen schriftstellerischen Arbeiten. Unter anderem schrieb er Biographien über eine Reihe namhafter deutscher Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker. Die Lebensbeschreibung seines politischen Mentors Friedrich Naumann erschien 1937 unter dem Titel „Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit“. 1941 wurde Heuss fester Mitarbeiter bei der „Frankfurter Zeitung“, wo er vor allem historische und kulturpolitische Aufsätze veröffentlichte. Nach einem Publikationsverbot erschienen seine Artikel teilweise unter einem Pseudonym. 1943 zog die Familie nach Heidelberg. Dort arbeitete Heuss an einer Biografie über Robert Bosch, die erst nach Kriegsende erschien.

Anfang September 1945 war Heuss Mitgründer und Herausgeber der in Heidelberg erscheinenden „Rhein-Neckar-Zeitung“. Noch im selben Monat wurde er von der amerikanischen Militäradministration als Kultusminister in die von seinem Parteifreund Reinhold Maier geführte Landesregierung von

Württemberg-Baden berufen, der er bis Dezember 1946 angehörte. Im Juni 1946 wurde Heuss für die im Januar 1946 gegründete Demokratische Volkspartei (DVP) in die Verfassungsgebende Landesversammlung und im November 1946 in den Landtag von Württemberg-Baden gewählt. Bereits im September hatte die DVP in der amerikanischen Besatzungszone Heuss zu ihrem Vorsitzenden gewählt, 1947 rückte er auch in den neu gegründeten Vorstand der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) ein. Zudem übernahm Heuss im März dieses Jahres eine Honorarprofessur für Politische Wissenschaft an der Technischen Hochschule in Stuttgart.

Im September 1948 ging Heuss als liberaler Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender in den Parlamentarischen Rat nach Bonn, wo er auf die Arbeit am Grundgesetz entscheidenden Einfluss nehmen konnte. Im Dezember desselben Jahres wurde er zum ersten Bundesvorsitzenden der neu gegründeten Freien Demokratischen Partei (FDP) gewählt. Im August des folgenden Jahres wurde er als FDP-Abgeordneter in den ersten Deutschen Bundestag gewählt. Kurz darauf erklärten Liberale und Christdemokraten, den FDP-Vorsitzenden als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten unterstützen zu wollen. Am 12. September 1949 wurde er mit 416 Ja-Stimmen von der Bundesversammlung zum ersten Bundespräsidenten gewählt. Auf seinen Gegenkandidaten Kurt Schumacher entfielen 312 Stimmen. Am 17. Juli 1954 wurde Heuss für weitere fünf Jahre im Amt des Bundespräsidenten bestätigt.

Kraft seiner Persönlichkeit und Integrität gelang es Heuss, das Amt des Bundespräsidenten in spezifischer Weise auszugestalten. Durch die Art seiner Amtsausübung verlieh er dem Bundespräsidentenamt in der öffentlichen Wahrnehmung ein derart hohes moralisches Gewicht, dass er über die verfassungsrechtlichen Bestimmungen hinaus weitreichenden Einfluss auf die Entwicklung von Gesellschaft und Politik zu nehmen vermochte. Auch hat er als Präsident dazu beigetragen, das Bild der Deutschen in der Weltöffentlichkeit zu korrigieren. Vor allem dem Wirken des ersten Bundespräsidenten ist es zu verdanken, dass die Bonner Villa Hammerschmidt, Amtssitz des Bundespräsidenten bis zur deutschen Vereinigung und seitdem sein zweiter Amtssitz, zum Symbol eines Amtes wurde, das sich in besonderer Weise durch Augenmaß und Versöhnungswillen auszeichnet. Hermann Rudolph zählt Heuss zu den „großen Demokratielehrern“ der Bundesrepublik. Der erste Bundespräsident habe wesentlich zur Ausbildung des Staatsverständnisses in der jungen Bundesrepublik beigetragen. „Dass sich die Deutschen in ihrer Nachkriegswelt zurechtfinden, sich mit ihr befreundeten und schließlich in ihr heimisch wurden, ist nicht zuletzt sein Verdienst“, so der Herausgeber des Berliner „Tagesspiegels“. Auch die von allen Bundespräsidenten gepflegte Tradition, die Bürgerinnen und Bürger zum Engagement für die Demokratie und öffentliche Angelegenheiten aufzurufen, wurde von Heuss begründet. Nicht zuletzt seine Bemühungen um eine Wiederbelebung des Gemeinsinns und der staatsbürgerlichen Verantwortung bewogen Heuss im Jahr 1951, das Bundesverdienstkreuz in mehreren Klassen einzuführen. Auch hierin sah er eine Möglichkeit für die Deutschen, sich positiv mit der gemeinsamen Ordnung zu identifizieren. Im folgenden Jahr erklärte er das Deutschlandlied zur Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland.

Ein besonderer Höhepunkt seiner ersten Amtszeit war seine Rede im ehemaligen KZ Bergen-Belsen im Jahre 1952. Diese Rede wurde als eines der ersten substantziellen Bekenntnisse zur Verpflichtung der Deutschen, sich der eigenen Verantwortung für die Verbrechen des „Dritten Reichs“ zu stellen, ange-



sehen. Heuss lehnte den Begriff der Kollektivschuld ab und stellte ihm den Begriff der Kollektivschatte entgegen. Diese Haltung der Demut vor den Verbrechen und der Mut zur Aufklärung, verbunden mit dem Wissen, dass man die Deutschen auf dem Weg zu Wahrheit mitnehmen muss, machten Heuss zu einem eminent politischen Bundespräsidenten. Das schon zu seinen Lebzeiten verbreitete Bild vom gutmütigen „Papa Heuss“ lässt dies manchmal in Vergessenheit geraten.

Die zweite Amtszeit war durch zahlreiche Staatsbesuche gekennzeichnet, durch die Heuss dazu beitragen konnte, Vorbehalte gegen Deutschland abzubauen. Im Mai 1956 reiste er nach Athen, im Mai 1957 in die Türkei und im November nach Rom, wo er auch im Vatikan empfangen wurde. Im Juni 1958 folgte er Einladungen nach Kanada und in die USA. Schließlich wurde er im Oktober 1958 in London von Königin Elisabeth II. empfangen. Im Gegensatz zu der betonten Herzlichkeit der Königin und der Regierung des Vereinigten Königreichs bereiteten ihm die britischen Bürger allerdings einen sehr kühlen Empfang.

Heuss wurde als Präsident so sehr als Idealfall empfunden, dass im Hinblick auf die Präsidentenwahl am 1. Juli 1959 in Berlin sogar eine Änderung des Grundgesetzes für eine dritte Amtszeit erwogen wurde. Heuss lehnte jedoch ab, weil er keinen Präzedenzfall schaffen wollte. Nach der aufsehenerregenden Nominierung Adenauers und dessen umstrittenem Verzicht wurde schließlich der Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke (CDU) zum Bundespräsidenten gewählt. Heuss wurde in einer feierlichen Sitzung des Bundestages und unter starker Teilnahme der Bevölkerung verabschiedet.

Im Herbst 1959 verließ Heuss Bonn und zog sich in sein Haus in Stuttgart zurück, wo er sich von nun an vor allem mit literarischen Arbeiten befasste. Neben der Arbeit an seinen Lebenserinnerungen schrieb er eine Reihe von Aufsätzen und arbeitete an der Edition bereits früher fertig gestellter Texte. Heuss war als Schriftsteller ungemein produktiv und beschäftigte sich mit zahlreichen Themen und Wissensgebieten. Aus der Vielzahl der von ihm verfassten Texte über Politik, Geschichte, Kunst, Literatur sowie zur eigenen Lebensgeschichte seien hier nur folgende Werke genannt: „Schattenbeschwörung, Randfiguren der Geschichte“ (1947), „1848 – Werk und Erbe“ (1949), „Verfassungsrecht und Politik“ (1950), „Kräfte und Grenzen einer Kulturpolitik“ (1951), „Formkräfte eines politischen Stilbildes“ (1952), „Vorspiele des Lebens, Jugenderinnerungen“ (1954), „Zur Ästhetik der Karikatur“ (1954), „Hugo von Hofmannsthal“ (1954), „Schiller“ (1955), „Zur Kunst dieser Gegenwart“ (1956), „Die großen Deutschen“ (5 Bde, 1956/1957, herausgegeben zusammen mit Hermann Heimpel und Benno Reifenberg), „Von Ort zu Ort – Wanderungen mit Stift und Feder“ (1959), „Vor der Bücherwand, Skizzen zu Dichtern und Dichtung“ (1961) und „Bei Gelegenheit“ (1962).

Das Interesse an seinen Veröffentlichungen war groß: Bereits drei Wochen nach Erscheinen des unter dem Titel „Theodor Heuss, Erinnerungen, 1905-1933“ (1963) erschienenen ersten Teils seiner Autobiographie musste eine zweite Auflage gedruckt werden. Heuss' Memoiren schildern seinen Lebensweg bis zum Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, die Entwicklung vom freisinnigen Literaten und Publizisten zum Staatsmann. Sie sind darüber hinaus ein bedeutender Beitrag zur vielschichtigen, katastrophreichen und folgenschweren Geschichte des ersten Jahrhundertdrittels und ein politischer, kultur- und geistesgeschichtlicher Abriss dieser Epoche. Es begegnen uns der junge Student und sei-

ne akademischen Lehrer, die ihn prägten, allen voran Lujo Brentano. Später bildete sich der Kreis um Friedrich Naumann – die große entscheidende Figur seiner Jugend –, wo er auch Elly Knapp, seiner späteren Frau, begegnet. Man spürt den starken, geistig weitenden Einfluss der intelligenten, großzügigen Lebensgefährtin und verfolgt, wie er schon 1907 für Naumann ein Reichstagsmandat erkämpfte, wie er als junger Redakteur bedeutende Menschen wie Max Weber, Hans Pölzig, Friedrich Meinecke, Matthias Erzberger oder Ernst Kokoschka kennenlernte, wie er von 1924 bis 1928 und dann noch einmal ganz am Ende der Weimarer Zeit als Reichstagsabgeordneter aktiv Politik machte. Es war ihm nicht mehr vergönnt, den geplanten zweiten Teil seiner Memoiren, den Bericht über die Hitlerjahre und die Bonner Zeit, niederzuschreiben, obwohl er bis zu seinem Tode daran gearbeitet hatte.

Nach seinem Rückzug ins Privatleben wurden ihm eine Reihe von Ehrenämtern angetragen und Auszeichnungen verliehen. So erhielt er beispielsweise 1959 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels für seine Lebensleistung. Heuss war Ehrendoktor zahlreicher Universitäten des In- und Auslandes, Träger vieler in- und ausländischer Orden, Ehrenbürger einer ganzen Anzahl deutscher, aber auch ausländischer Städte und Ehrenmitglied vieler Gremien der Kunst und Wissenschaft. Wiederholt nahm er auch zu Zeitfragen Stellung. Unter anderem protestierte er im April 1961 gegen Angriffe auf Emigranten der Jahre 1933 bis 1945.

Am 12. Dezember 1963, nur wenige Wochen vor seinem 80. Geburtstag, verstarb Theodor Heuss nach langer schwerer Krankheit. Tief betrauert vom ganzen deutschen Volk wurde er in einem Staatsbegräbnis auf dem Stuttgarter Waldfriedhof beigesetzt.

Im April 1964 nahm das „Theodor Heuss-Archiv“ in Stuttgart seine Arbeit auf. Es gab in der Folgezeit mehrere Publikationen aus den Nachlassbeständen heraus. Nach einer erfolgreichen Heuss-Ausstellung in Marbach (1967) wurde das Archiv im Jahr 1972 aufgelöst. Der literarische Nachlass ging an das Deutsche Literaturarchiv in Marbach und der politische Nachlass an das Bundesarchiv in Koblenz. Seit 1997 widmet sich die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus dem Andenken des ersten Bundespräsidenten (www.stiftung-heuss-haus.de). In seinem früheren Wohnhaus in Stuttgart wurde eine Gedenkstätte eingerichtet. Eine Dauerausstellung dokumentiert das Leben und geistige Vermächtnis des ersten Bundespräsidenten. Seit 1964 wird der „Theodor-Heuss-Preis“ für „beispielhafte demokratische Gesinnung“ verliehen (Stiftung Theodor-Heuss-Preis e.V.).

Heinrich Lübke Bundespräsident 1959-1969

Heinrich Lübke wurde am 14. Oktober 1894 in Enkhausen im Sauerland als Sohn eines katholischen Schuhmachers und Landwirts geboren. Er und seine vier Geschwister wuchsen, insbesondere nach dem frühen Tod des Vaters, in bescheidenen Lebensverhältnissen auf. Nach dem Progymnasium in Werl besuchte Lübke das Gymnasium Petrinum in Brilon im Hochsauerland, wo er 1913 das Abitur ablegte. Nach einem praktischen Jahr ging Lübke zum Studium nach Bonn, wo er an der Landwirtschaftlichen Akademie Landwirtschaft, Geodäsie und Kulturbautechnik studierte. Als wenig später der Erste Weltkrieg ausbrach, unterbrach Lübke sein Studium, um als Kriegsfreiwilliger (zuletzt Leutnant der Reserve) an den Kämpfen an der Ost- und Westfront teilzunehmen. Mehrfach verwundet und ausgezeichnet mit dem EK I und II, nahm er nach seiner Rückkehr sein Studium an den Universitäten Berlin und Münster wieder auf, wo er zusätzlich Volkswirtschaft, Verwaltungsrecht, Boden- und Siedlungsrecht studierte. Nach Ablegung des geodätischen und des großen kulturbautechnischen Examins 1921 war er zunächst als Vermessungs- und Kulturingenieur beim Westfälischen Pächter- und Siedlerbund in Münster tätig. Seit 1923 arbeitete Lübke als Geschäftsführer des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe in Berlin. Seiner Initiative war es maßgeblich zu verdanken, dass sich 1926 Klein- und Mittelbauernverbände sowie die Kleinpächterverbände zur „Deutschen Bauernschaft“ zusammenschlossen. Als Geschäftsführer dieses Verbandes und der Siedlungsgesellschaft Bauernland AG lernte er in Berlin die ebenfalls aus dem Sauerland stammende, neun Jahre ältere Studienrätin Wilhelmine Keuthen kennen, die er 1929 heiratete. 1932 wurde Lübke als Abgeordneter des Zentrums in den Preußischen Landtag gewählt, dem er bis zur Auflösung im Oktober 1933 angehörte.

Die nationalsozialistische Machtübernahme beendete vorläufig die berufliche Karriere Lübkes. Als Vertreter der verhassten Weimarer Republik wurde er Opfer der nationalsozialistischen Propagandamaschine, die gegen ihn wegen „Korruption in der Systemzeit“ ein Ermittlungsverfahren einleitete. Er wurde aus allen Ämtern entlassen und wegen angeblicher Zweckentfremdung öffentlicher Gelder angeklagt. Ohne gerichtliches Verfahren wurde er ab Februar 1934 zwanzig Monate lang in der Strafanstalt Plötzensee inhaftiert, die von den Nationalsozialisten als Untersuchungsgefängnis für die zunehmende Zahl an politischen Strafverfahren genutzt wurde. Erst am 10. Oktober 1935 wurde Lübke wegen mangelnder Beweise aus der Haft entlassen.

Nach seiner Rückkehr war Lübke zunächst arbeitslos. Er und seine Frau lebten bis 1937 auf dem Hof seines Bruders Friedrich-Wilhelm Lübke in Augaard bei Flensburg. Erst im Sommer 1937 fand Lübke bei der Niedersächsischen Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft in Berlin wieder eine Anstellung als leitender Mitarbeiter. 1939 ging er als Vermessungs- und Bauleiter zum Architektur- und Ingenieurbüro Schlempp, das der Verfügung des „Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt“ und späteren Rüstungsministers Speer unterstand, Bauvorhaben in der Flugzeugindustrie plante und ausführte und später vor allem Objekte der Heeresversuchsanstalt Peenemünde baute. Als Schlempp im Mai 1944 zur Organisation Todt (OT) verpflichtet wurde, sorgte Lübke als dessen Stellvertreter für die Fertigstellung einer Reihe bereits begonnener ziviler und militärischer Anlagen. Diese Tätigkeit wurde Lübke später in seiner Amtszeit als Bundespräsident zum Vorwurf gemacht.



1945 trat Lübke der CDU bei und wurde 1946 Mitglied des von der britischen Militäradministration ernannten Landtags von Nordrhein-Westfalen. Nach der Landtagswahl vom 20. April 1947 übernahm er im Juni 1947 in der neu gebildeten Landesregierung unter Ministerpräsident Karl Arnold das Landesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Wegen der schwierigen Versorgungslage der Bevölkerung an Rhein und Ruhr geriet er wiederholt in Konflikt mit der britischen Militärverwaltung. Im Sommer 1949 errang Lübke, dessen 1954 verstorbener Bruder Friedrich-Wilhelm von 1951 bis 1954 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein war, bei den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag für die CDU das Direktmandat im Wahlkreis Arnsberg-Soest und wurde Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses. Schon im Oktober 1950 legte er aber sein Bundestagsmandat wieder nieder. Am 18. Dezember 1952 trat Lübke auf eigenen Wunsch als Ernährungsminister von Nordrhein-Westfalen zurück. 1953 war er mehrere Monate als Generalanwalt des Raiffeisenverbandes in Bonn tätig.

Im September 1953 wurde er bei der zweiten Bundestagswahl im Wahlkreis Rees-Dinslaken direkt in den Bundestag gewählt. Einen Monat später berief Bundeskanzler Konrad Adenauer den erfahrenen Landwirtschaftsexperten als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in sein zweites Kabinett. Mit seinem im Juli 1955 verabschiedeten „Grünen Plan“ zur Förderung der deutschen Landwirtschaft, der auch als „landwirtschaftliches Grundgesetz“ bezeichnet wurde und die naturgegebenen und wirtschaftlichen Nachteile der Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen ausgleichen sollte, gelang es Lübke, die Agrarpolitik der frühen Bundesrepublik nachhaltig zu prägen. Als Bundeslandwirtschaftsminister engagierte er sich zudem sehr für die noch ganz am Anfang stehende Entwicklung eines gemeinsamen Agrarmarkts innerhalb der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

Im Sommer 1959 schlug die CDU Heinrich Lübke als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vor. Bundeskanzler Adenauer hatte zunächst selbst für das Amt kandidieren wollen, später aber seine Meinung geändert. Lübke, der lieber Ernährungsminister geblieben wäre und sich selbst als „wenig geeignet“ für das neue Amt bezeichnete, nahm schließlich die Kandidatur an und trat in der dritten Bundesversammlung vom 12. September 1959 gegen Carlo Schmid, der von der SPD nominiert worden war, und den FDP-Kandidaten Max Becker an. Lübke erhielt schließlich im zweiten Wahlgang die erforderliche Mehrheit und war damit als Nachfolger von Theodor Heuss zum Bundespräsidenten gewählt. Trotz heftiger öffentlicher Kontroversen über die Person Lübkes und seine fachliche Eignung für das höchste Staatsamt wurde seine Wiederwahl am 1. Juli 1964 neben der CDU/CSU auch von der SPD unterstützt.

Im Zentrum der beiden Amtsperioden Lübkes standen sein Eintreten für die Entwicklungshilfe und sein Engagement für die Einigung Europas. Zwischen 1962 und 1969 absolvierte Lübke 33 Staatsbesuche, von denen ihn 29 in die Dritte Welt führten. Mit seinem bescheidenen, einfühlsamen Auftreten, seinem Einsatz für den Kampf gegen den Hunger sowie seiner Unterstützung des Konzepts der „Hilfe zur Selbsthilfe“ hat er sich bei seinen Gastgebern in der Dritten Welt große Sympathien erworben. Die Einheit Deutschlands lag ihm ebenso am Herzen wie die Aussöhnung mit den Nachbarstaaten, ohne die ihm die Entstehung eines modernen Europas undenkbar erschien. Ganz besonders verdient machte er sich um die Überwindung der tief verwurzelten Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich.

Seine Frau, die zahlreiche Fremdsprachen beherrschte, war ihm in diesem Anliegen eine wichtige Stütze. Sie führte im Übrigen die ehrenamtliche Arbeit ihrer Vorgängerin Elly Heuss-Knapp fort und setzte mit der Gründung der „Aktion Gemeinsinn“ und der „Deutschen Altershilfe“ auch eigene gesellschaftspolitische Akzente.

Gegen den gesundheitlich angeschlagenen und zuweilen müde wirkenden Bundespräsidenten wurden seit Mitte der sechziger Jahre zunehmend Vorwürfe wegen seiner Tätigkeit während des Krieges erhoben. Die ursprünglich von der DDR-Staatssicherheit lancierten Anschuldigungen wurden von westlichen Medien aufgegriffen und richteten sich vor allem gegen seine Arbeit als leitender Mitarbeiter des Architektur- und Ingenieurbüros Schlempp. Als „KZ-Baumeister“ verleumdet, geriet Lübke in der öffentlichen Debatte immer stärker in die Defensive. Lübke zögerte lange, sich öffentlich gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zur Wehr zu setzen, und konnte mit seiner schließlich im März 1968 gehaltenen Rundfunkansprache sein in der Öffentlichkeit beschädigtes Ansehen nicht mehr retten. Tief getroffen von den Anschuldigungen, trat er am 30. Juni 1969, drei Monate vor Ablauf seiner regulären Amtszeit, zurück. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt verschlechterte sich Lübkes Gesundheitszustand kontinuierlich. Er starb am 6. April 1972 in Bonn. Nach einem Staatsakt im Plenarsaal des Deutschen Bundestages und einem Requiem im Kölner Dom wurde der Alt-Bundespräsident am 13. April 1972 in seinem Geburtsort Sundern-Enkhausen beigesetzt.

Lübke erhielt 1953 die Ehrendoktorwürde der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn, 1957 das Großkreuz des Bundesverdienstordens, 1959 die Sonderstufe des Großkreuzes des Bundesverdienstordens sowie 1965 das Großkreuz mit Großer Ordenskette des Verdienstordens der Italienischen Republik. Die Städte Berlin, Karlsruhe und Bonn verliehen ihm die Ehrenbürgerwürde.

Gustav Heinemann Bundespräsident 1969-1974

Gustav Walter Heinemann wurde am 23. Juli 1899 in Schwelm an der Ruhr als Sohn eines leitenden Angestellten der Krupp-Werke geboren. Nachdem er in Essen am Realgymnasium das Notabitur abgelegt hatte, wurde er 1917 zu einem Artillerieregiment eingezogen. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nahm Heinemann das Studium der Rechtswissenschaften, Nationalökonomie und Geschichte auf, das er an den Universitäten in Münster, Marburg, München, Göttingen und Berlin absolvierte. Bereits 1922 wurde er in Marburg zum Dr. rer. pol. promoviert. Nach juristischem Vorbereitungsdienst und Assessorexamen trat er 1926 in das renommierte Anwaltsbüro Niemeyer in Essen ein. Im selben Jahr heiratete er Hilda Ordemann. 1928 wurde er Justitiar und Prokurist der Rheinischen Stahlwerke in Essen, deren Vorstand er seit 1936 als stellvertretendes Mitglied angehörte. 1929 legte er eine zweite Dissertation vor, mit der er zum Dr. jur. promoviert wurde. Zwischen 1933 und 1939 war er außerdem Dozent für Berg- und Wirtschaftsrecht an der Universität Köln.

Politisch engagierte sich Heinemann schon als Student in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Während des Kapp-Putsches 1920 schloss er sich mit seinem Freund Ernst Lemmer einer demokratischen Initiative an und wurde kurzzeitig verhaftet. In den zwanziger Jahren erwachte auch Heinemanns tiefes Interesse am christlichen Glauben und der Kirche. 1930 wurde er Mitglied des Christlich Sozialen Volksdienstes (CSVD), einer protestantisch konservativ geprägten Partei. 1934 gehörte er mit zu den Teilnehmern der Barmer Synode und damit mit zu den Vertretern der Bekennenden Kirche, die nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten für den Erhalt der Unabhängigkeit von Glaube und Kirche eintraten. Heinemann wurde in den Bruderrat der Bekennenden Kirche des Rheinlandes gewählt. Auch wenn er sein Amt später wegen Meinungsunterschieden über die Form des Widerstandes gegen Hitler niederlegte, blieb er den Zielen der Bekennenden Kirche weiterhin eng verbunden. Nicht zuletzt über die Schwester seiner Frau, Gertrud Staewen geb. Ordemann, hatte Heinemann Kenntnis über die Verfolgung bestimmter Personenkreise während des „Dritten Reiches“. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wählte die Kirchenversammlung in Treysa Heinemann als Vertreter der Laien in den Rat der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland). In diesem Amt wurde er mehrfach (bis 1967) bestätigt. Von 1949 bis 1955 wirkte er außerdem als Präses der Gesamtdeutschen Synode.

Unterdessen war er 1946 von der britischen Besatzungsmacht als Oberbürgermeister von Essen eingesetzt worden. Kurz darauf wurde er durch Wahlen in dem Amt bestätigt. In Essen gehörte er zu den Mitbegründern der CDU. Damit war sein Weg in die Politik vorgezeichnet. Bereits ein Jahr später wurde er zum Justizminister von Nordrhein-Westfalen berufen. Im September 1949 holte ihn Bundeskanzler Adenauer als Innenminister in sein erstes Kabinett. Am 9. Oktober 1950 trat er als überzeugter Pazifist demonstrativ zurück, weil Adenauer den Westmächten ohne Wissen des Kabinetts einen Wehrbeitrag angeboten hatte. Heinemann befürchtete, dass die Wiederbewaffnung der jungen Bundesrepublik die Deutschland-Politik blockieren würde. Im Herbst 1951 gründete Heinemann die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ als Sammlungsbewegung der Remilitarisierungsgegner. Am 14. Oktober 1952 trat er aus der CDU aus und gründete mit Helene Wessel die „Gesamtdeutsche



Volkspartei“ (GVP). Die GVP plädierte für eine Politik des „bedingten Neutralismus“, in der Heinemann die einzige Chance zur Wiedervereinigung sah. Bei der Bundestagswahl am 6. September 1953 erreichte die GVP jedoch nur 1,2 Prozent der Zweitstimmen. Die Kontakte zur SPD wurden enger, bis sich die GVP schließlich im Mai 1957 auflöste und ihren Mitgliedern den Beitritt zur SPD empfahl. Zu den neugewonnenen SPD-Mitgliedern gehörten neben Heinemann und Helene Wessel auch Erhard Eppler und Johannes Rau.

Seit Herbst 1957 war Heinemann Mitglied des Bundestages und gehörte dem Vorstand der SPD-Fraktion an. In einer Bundestagsdebatte am 23. Januar 1958 erhob er schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzler Adenauer, dessen Außenpolitik in seinen Augen verfehlt war und der die Chancen zur Wiedervereinigung Deutschlands seiner Meinung nach nicht genutzt hatte. Einen Monat später bezeichnete Heinemann den Plan einer begrenzten Demilitarisierung in Mitteleuropa, den der polnische Außenminister Adam Rapacki (Rapacki-Plan) propagierte, als eine Einstiegsmöglichkeit ins Ost-West-Gespräch. Kurz nach dem 13. August 1961 erklärte Heinemann, mit der Errichtung der Berliner Mauer habe Adenauer die Antwort auf seine Deutschlandpolitik bekommen. Seine Reden und Aufsätze zu diesen Fragen erschienen 1966 unter dem Titel „Verfehlt Deutschlandpolitik – Irreführung und Selbsttäuschung“. In den folgenden Jahren tat sich Heinemann als Rechtsexperte und Deutschlandpolitiker hervor. Nebenher behielt er seine Anwaltspraxis in Essen. 1962 vertrat er die Zeitschrift „DER SPIEGEL“ gegen den damaligen Bundesminister der Verteidigung, Franz Josef Strauß, sowie Carlo Schmid gegen den Schriftsteller Kurt Ziesel.

Nach der Bonner Regierungskrise im Herbst 1966, die in die Bildung der Großen Koalition unter Kiesinger mündete, wurde Heinemann Anfang Dezember 1966 neuer Bundesjustizminister. Geprägt von einer fortschrittlich-liberalen Grundhaltung, bemühte er sich mit Erfolg um die Große Strafrechtsreform, die Reform des Unehelichenrechts und des politischen Strafrechts. Er setzte sich auch mit besonderem Nachdruck für die Beseitigung der Verjährung bei Mord ein, was insbesondere im Hinblick auf die NS-Verbrechen von Bedeutung war. Die Entwürfe zur Einführung einer Vorbeugehaft lehnte er ab.

Als sich Bundespräsident Lübke bereit erklärte, vorzeitig am 30. Juni 1969 zurückzutreten, wählte die SPD Anfang November 1968 Heinemann zu ihrem Kandidaten. Doch die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung waren unklar. So kam es 1969 zu einem dramatischen Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem CDU-Kandidaten, Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder. Die bemerkenswert geschlossene Haltung der FDP gab schließlich den Ausschlag. Heinemann wurde im dritten Wahlgang mit 512 Stimmen gegen 506 Stimmen für Schröder gewählt. Vor allem im Ausland wurde die Wahl Heinemanns positiv beurteilt. Der „Daily Telegraph“ bezeichnete ihn als „das Aushängeschild eines anständigen Deutschen“. Heinemann genoss in der Bevölkerung durch sein bescheidenes Wesen, seine Integrität und sein soziales Engagement hohes Ansehen. Er wirkte nach innen als Integrationsfigur und war auch im Ausland ein gern gesehener Gast. Sein Besuch in den Niederlanden, deren Bevölkerung die Verbrechen der Deutschen Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges noch gut in Erinnerung hatte, im November 1969 war ein hochpolitisches Ereignis. Im Mai 1970 reiste er zur Weltausstellung in Osaka sowie nach Tokio und Hiroshima, im Sommer 1970 nach Dänemark und Schweden, im Herbst 1970 nach Norwegen. Im März 1971 besuchte er die südamerikanischen Länder Venezuela,

Kolumbien und Ecuador. Im Mai 1971 folgte er einer Einladung nach Rumänien. Aufgrund einer Erkrankung musste sich Heinemann während des Staatsbesuchs des japanischen Kaisers in Bonn im Oktober 1971 vertreten lassen. Auch die anlässlich der 2500-Jahr-Feier des Persischen Reiches vorgesehene Reise nach Persepolis, die in die Kritik geraten war, konnte Heinemann krankheitsbedingt nicht antreten. Weitere Auslandsbesuche führten ihn 1972 in die Schweiz und nach Großbritannien, wo er sehr freundlich empfangen wurde. 1973 reiste er nach Luxemburg und Italien und wurde im Vatikan empfangen. 1974 folgte ein Besuch in Belgien.

Heinemanns Ansprachen zu Weihnachten, Neujahr oder bei besonderen Anlässen bewiesen seinen Ruf als friedliebenden, mutigen und bescheidenen Mann. Aus dieser Haltung heraus trat Heinemann mit der gebotenen Zurückhaltung konsequent für die Ostpolitik Brandts ein. Willy Brandt zeichnete sein Charakterbild so: „G. Heinemann ist ein erfahrener, ein überzeugungstreuer und gerechter Mann, ein Mann des Rechts und der Gerechtigkeit. Man hat über ihn gesagt, er leuchte vor Integrität. Die Unbestechlichkeit des Urteils ist bei ihm im besonderen Maße vereint mit liberaler Gesinnung und der Fähigkeit zur Toleranz.“ Heinemann, der seine Funktion als Staatschef mit einer nüchternen Würde ausübte, blieb wie keiner seiner Vorgänger von Kritik verschont. Auch seine Frau war in der Bevölkerung beliebt. Über ihr gemeinsames Leben sagte sie: „Bei uns hat sich alles zusammengefügt, die Interessen und die Anschauungen.“ Hilda Heinemann übernahm von ihren Vorgängerinnen den Stiftungsratsvorsitz des Müttergenesungswerkes. Sie war außerdem Schirmherrin von Amnesty International und engagierte sich für den Deutschen Frauenring. Ihr besonderes Interesse galt den Behinderten. Dank ihres Engagements wurden zahlreiche Heimstätten zur Wiedereingliederung erwachsener Behinderter in das Berufsleben eröffnet. Hohes Ansehen genoss das Ehepaar Heinemann auch unter Intellektuellen, die sich durch die geistige Unabhängigkeit und das bescheidene Auftreten der Beiden angezogen fühlten. Zu ihrem Freundeskreis zählten Carl Zuckmayer, Karl Barth, Günter Grass sowie Brigitte und Helmut Gollwitzer.

Gegen Ende 1973 begannen Spekulationen über die Nachfolge Heinemanns, der aufgrund seiner gesundheitlichen Situation signalisiert hatte, 1974 nicht mehr antreten zu wollen. Er könne, so sagte er im November 1973, „die Anforderungen dieses Amtes nicht bis zum 80. Lebensjahr erfüllen“.

Am 15. Mai 1974 wurde Walter Scheel von der Bundesversammlung in der Bonner Beethovenhalle zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Heinemann schied offiziell am 1. Juli 1974 aus seinem Amt. Nach seinem Auszug aus der Villa Hammerschmid kehrte er in seine Essener Heimat zurück, meldete sich in der Folge aber noch verschiedentlich zu politischen Tagesereignissen und Problemen zu Wort. Im Dezember 1974 appellierte er in einem Brief an Ulrike Meinhof für einen Abbruch des Hungerstreiks der Baader-Meinhof-Gruppe, lehnte es aber ab, zwischen den Häftlingen und der Vollzugsanstalt zu vermitteln. Im baden-württembergischen Landtagswahlkampf 1976 setzte er sich für den SPD-Spitzenkandidaten Erhard Eppler ein.

Heinemann hinterließ zahlreiche Veröffentlichungen, die ihn als unbequemen Mahner zeigen. Zu seinen Werken gehören vor allem Aufsatzsammlungen und gesammelte Reden (darunter: „Plädoyer für den Rechtsstaat“, 1969; „Es gibt schwierige Väterländer“, 1988; „Unser Grundgesetz ist ein großes An-

gebot“, 1989; „Allen Bürgern verpflichtet“, 1990; „Glaubensfreiheit – Bürgerfreiheit – Gesellschaft“, 1990). Zahlreiche Biografien geben Einblick in sein Leben, darunter „Ein Christ lebt für morgen. Heinemann im Dritten Reich“ (von Werner Koch, 1972) sowie „Ein Leben für die Demokratie“ (von Helmut Lindemann, 1978). Das ZDF brachte aus Anlaß des Endes seiner Amtszeit eine Dokumentation von H. Henning „Der Bürger-Präsident“.

Ende 1967 erhielt Heinemann die theologische Ehrendoktorwürde der Universität Tübingen, 1974 die der New York School of Social Research, 1968 den Theodor-Heuss-Preis, 1970 den Fritz-Bauer-Preis, 1975 den Lessing-Preis. Er war Träger zahlreicher weiterer Auszeichnungen. Unter anderem war Heinemann Ehrenbürger von Berlin und Bonn.

Heinemann verstarb am 7. Juli 1976 in Essen. Die Beerdigung fand unter großer Anteilnahme der Bevölkerung statt. In zahlreichen Nachrufen wurde Heinemann als eine Persönlichkeit von hohem moralischem Anspruch, als unbequemer Mahner und als ein im Christentum fest verwurzelter Politiker gewürdigt. Er hinterließ seine Frau und vier erwachsene Kinder.

Walter Scheel Bundespräsident 1974-1979

Walter Scheel wurde am 8. Juli 1919 in Höhscheid bei Solingen als Sohn eines Stellmachers geboren. 1938 bestand er am Reformgymnasium Solingen das Abitur und absolvierte anschließend eine Banklehre. Nach Abschluss seiner Lehre wurde er im Oktober 1939 zum Kriegsdienst einberufen. Von 1939 bis 1945 diente er in der Luftwaffe, zuletzt als Oberstleutnant. Er wurde mit dem EK I und dem EK II ausgezeichnet. Zu Kriegsende geriet er kurzzeitig in britische Kriegsgefangenschaft. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges kehrte er nach Solingen zurück. Scheel trat 1946 in die FDP ein und wurde 1948 in Solingen Stadtverordneter. Seine kommunalpolitischen Lehrjahre bezeichnete er „als besten Zugang zur Demokratie“. In der Tat blieb auch später sein politischer Stil von alltagsnahem Pragmatismus und Konzilianz geprägt.

Noch während des Krieges heiratete er 1942 die Fabrikantentochter Eva Kronenberg. Nach seiner Rückkehr nach Solingen trat Scheel als Prokurist und Geschäftsführer in die Stahlwarenfabrik seines Schwiegervaters ein. Zugleich wurde er in der Personalberatung aktiv und war Gesellschafter der „Intermarket GmbH“ in Düsseldorf. Von 1958 bis 1961 war er außerdem Geschäftsführer der von ihm mitgegründeten Finanzfirma „Interfinanz GmbH“ in Düsseldorf.

Mit Beginn der 1950er Jahre engagierte sich Scheel zunehmend mehr in der Politik. Von 1950 bis 1953 gehörte er dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an, bis ihm 1953 auf der nordrhein-westfälischen Landesliste der Sprung in den Bundestag gelang. Mit erst 48 Jahren wurde er 1967 Vizepräsident des Bundestages. Während seiner Bonner Abgeordnetenjahre war er zugleich von 1955 bis 1957 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Versammlung für Kohle und Stahl sowie von 1958 bis 1961 Mitglied des Europaparlaments. Im Europaparlament war er stellvertretender Vorsitzender der Liberalen Fraktion, außerdem Präsident des Ausschusses für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Im Oktober 1961 benannte ihn Bundeskanzler Adenauer zum ersten Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Unter Bundeskanzler Erhard führte er weiterhin dieses Ressort. Als im Oktober 1966 die FDP-Minister geschlossen im Streit um den Bundeshaushalt zurücktraten, zerfiel die CDU/CSU-FDP-Koalition. Die anschließende Bildung der Großen Koalition erschütterte nachhaltig die Position des langjährigen FDP-Vorsitzenden Erich Mende. Die Reformer um Scheel drängten auf einen Politikwechsel. Auf dem FDP-Parteitag am 30. Januar 1968 in Freiburg wurde Scheel mit großer Mehrheit (216 von 251 Stimmen) zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Bereits 1956 hatte er beim Sturz der nordrhein-westfälischen Regierung unter Ministerpräsident Karl Arnold zu einer neuen Koalition von FDP und SPD beigetragen. Als neuer Parteivorsitzender arbeitete Scheel zielstrebig an einem sozialliberalen Profil, das sich besonders in den „Freiburger Thesen“ vom Oktober 1971 manifestierte. Ungeachtet der Proteste aus dem konservativen Flügel um Mende und der zahlreichen Parteiübertritte von FDP-Mitgliedern zur CDU wurde die Partei auf eine Zusammenarbeit mit der SPD vorbereitet.

Besonders greifbar wurde Scheels Strategie in der Bundesversammlung am 5. März 1969, als seine Partei anlässlich der Wahl zum Bundespräsidenten geschlossen für den SPD-Politiker Gustav Heinemann votierte. Diese Unterstützung zahlte sich später entscheidend für Scheel anlässlich seiner eige-

nen Wahl zum Bundespräsidenten aus, als sich die SPD ihrerseits geschlossen für den FDP-Kandidaten aussprach. Im Juli 1969 führte Scheel, zusammen mit Wolfgang Mischnick und Hans-Dietrich Genscher, Gespräche in Moskau, unter anderem mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin. Wenige Wochen später erklärte Scheel in einem SPIEGEL-Interview, dass sich die FDP in der Außen- und Deutschlandpolitik mit der SPD eher einigen könne als mit der CDU/CSU. Diese Äußerung führte zu heftigen Reaktionen. Bei den Bundestagswahlen im September 1969 verlor die FDP fast die Hälfte ihrer Stimmen und sank von 9,5 Prozent (1965) auf 5,8 Prozent ab. Zwar blieben CDU/CSU mit 242 von 496 Mandaten stärkste Fraktion, doch die FDP-Parteispitze zeigte kein Interesse an einer Koalition. Stattdessen einigten sich Willy Brandt und Walter Scheel noch in der Wahlnacht auf die Bildung einer sozialliberalen Koalition. Am 21. Oktober 1969 wurde Willy Brandt mit den Stimmen von SPD und FDP zum Bundeskanzler gewählt. Walter Scheel übernahm in der neuen Regierung das Außenressort und die Stellvertretung des Bundeskanzlers. Mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages (28.11.1969) und neuen Initiativen gegenüber der UdSSR, Polen und der CSSR gelang der Regierung Brandt-Scheel eine neue außenpolitische Weichenstellung. 1970 kam es zur Unterzeichnung der Ostverträge, mit denen die Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion, zu Polen und zur Tschechoslowakei auf eine neue Grundlage gestellt wurden. Zwar waren die Verträge vorwiegend von Egon Bahr vorverhandelt worden, doch gelang es Scheel, in den abschließenden Verhandlungen in Moskau entscheidende Verbesserungen durchzusetzen. Er gehört mit Willy Brandt und Egon Bahr zu den wesentlichen Architekten der Ostverträge.

Seine politischen Grundsatzentscheidungen waren in der Partei nicht unumstritten, sodass es zu heftigen Flügelkämpfen zwischen den stark nach links tendierenden Jungdemokraten und der konservativen Gruppe um Mende und Zoglmann kam. Erst der Parteiwechsel des rechten Flügels um Mende zur CDU im Oktober 1970 brachte wieder Ruhe in das Parteileben. Die Wähler honorierten die geklärte Situation. Im November 1970 gewann die FDP in Hessen zehn Prozent der Wählerstimmen. Bedeutsam bleibt Scheels parlamentarisches Eintreten für die Ostpolitik Brandts. Dass der Warschauer und der Moskauer Vertrag am 17. Mai 1972 schließlich vom Deutschen Bundestag bei Stimmenthaltung der CDU ratifiziert wurden, ist auch Scheels Verdienst. Der anschließende Wahlerfolg der FDP bei den Bundestagswahlen vom November 1972 stärkte seine innerparteiliche Stellung. Die FDP konnte ihren Stimmenanteil wieder auf 8,5 Prozent erhöhen. In seine weitere Amtszeit als Außenminister fiel im Dezember 1972 die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO im September 1973.

Unter Scheels zahlreichen Reisen in dieser Zeit war besonders diejenige nach Israel im Juli 1971 von Bedeutung, da erstmalig ein deutscher Außenminister den israelischen Staat besuchte. Anlässlich seines Besuchs in Peking im Oktober 1972 wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und der Bundesrepublik vereinbart. Auch um die weitere Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen bemühte sich Scheel intensiv.

Als deutlich wurde, dass der amtierende Bundespräsident Gustav Heinemann aus Altersgründen keine zweite Amtszeit anstreben würde, signalisierte Scheel sein Interesse. Die SPD verzichtete auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten. Am 15. Mai 1974 wurde er von der Bundesversammlung im ers-



ten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt. Scheel erhielt 530 Stimmen. Sein Gegenkandidat von der CDU/CSU, Richard von Weizsäcker, gewann 498 Stimmen. Scheel trat sein neues Amt am 1. Juli 1974 an, in seinen bisherigen Ämtern als Parteivorsitzender, Vizekanzler und Außenminister folgte ihm Hans-Dietrich Genscher.

Zu Beginn seiner Präsidentschaft konzentrierte sich Scheel auf die repräsentative Ausgestaltung des Amtes. Außerdem verstand er es, dem Präsidentenamts rhetorischen Glanz zu verleihen. Viele seiner Reden gelten heute noch als lesenswert. Seine Gabe, mit heiterer Besonnenheit „über den Dingen zu stehen“, trug ihm die Sympathie der Bevölkerung ein. Dolf Sternberger bescheinigte ihm ein „großes Talent verbindlicher Gelassenheit“. Seine Reden zeichneten sich ebenso durch mahnende wie durch aufmunternde Worte aus. Immer wieder forderte Scheel die Bevölkerung dazu auf, selbst Verantwortung für die Gestaltung des Gemeinwesens zu übernehmen. Scheels zweite Frau Mildred geb. Wirtz war ebenfalls sehr angesehen. Sie initiierte die „Deutsche Krebshilfe“, für die sie sich intensiv engagierte. 1975 wurde der „Mildred-Scheel-Förderkreis“ zur Unterstützung von langfristigen Forschungsprojekten gegründet.

Während Scheels Amtszeit standen zahlreiche Staatsbesuche auf dem Programm. Sie führten ihn 1975 nach Frankreich, in die USA und die Sowjetunion sowie zur Inthronisierung des spanischen Königs Juan Carlos in Madrid. Im Mai 1976 besuchte Scheel Finnland. 1977 folgten Staatsbesuche in Costa Rica und Mexiko sowie in der Schweiz. 1978 reiste Scheel nach Japan, in den Iran sowie nach Neuseeland und Australien. Sein Besuch in Österreich im Februar 1979 war seine letzte Auslandsreise als deutsches Staatsoberhaupt.

Als sich seine Amtszeit dem Ende näherte, kam es zu einem monatelangen Parteienstreit um die Neubesetzung des Amtes. Scheel hielt sich bedeckt. Erst als am 6. März 1979 die Nominierung von Karl Carstens durch CDU und CSU bekanntgegeben wurde, der mit einer deutlichen Mehrheit in der Bundesversammlung rechnen konnte, verzichtete er definitiv auf eine erneute Kandidatur. Seine Amtszeit als Bundespräsident endete am 30. Juni 1979.

Scheel zog sich nach seinem Auszug aus der Villa Hammerschmidt nicht aus dem öffentlichen Leben zurück. Nachdem er seine Parteimitgliedschaft in der FDP während seiner Amtszeit als Bundespräsident hatte ruhen lassen, engagierte er sich nun wieder parteipolitisch. Im Herbst 1982 unterstützte Scheel den Koalitionswechsel der FDP, nachdem er bereits im Frühjahr 1981 „schwindende Gemeinsamkeiten“ zwischen seiner Partei und den Sozialdemokraten festgestellt hatte. Seine rege Vortrags- und Interviewtätigkeit sowie eine Vielzahl von Ehrenämtern bezeugen sein Ansehen als „elder statesman“. 1979 wurde er Ehrenvorsitzender der FDP und übernahm den Kuratoriumsvorsitz der Friedrich-Naumann-Stiftung. Im April 1980 wurde er Vorsitzender der angesehenen Bilderberg-Konferenz, die manchen als „vornehmster Debattierclub der Welt“ gilt. Außerdem wurde Scheel in den Aufsichtsrat der Thyssen AG, später auch der Thyssen Stahl AG berufen. Von 1980 bis 1998 war Scheel außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der bundeseigenen, aber privatwirtschaftlich geführten Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG), die Beteiligungen in Entwicklungsländern finanziert. Von 1992 bis 1994 gehörte Scheel dem Medienrat Berlin/Brandenburg an, bis 1993 war er Verwaltungsratsvorsitzender des

Germanischen Nationalmuseums Nürnberg. Neun Jahre lang (1980-1989) war er Präsident der Europa-Union Deutschland, der er heute noch als Ehrenpräsident verbunden ist. Von 1982 bis 1992 war er Präsident des Direktoriums für Vollblutzucht und Rennen in Köln (seither Ehrenpräsident). Seit September 1995 ist er Vorsitzender des Kuratoriums der Willy-Brandt-Stiftung.

Für Aufsehen sorgte 1986 seine umstrittene Festrede im Deutschen Bundestag zum 17. Juni, die er zu einem Plädoyer für die Fortsetzung der Entspannungs- und Abrüstungspolitik gestaltete. Er warnte den Bundestag und die Bundesregierung davor, das Reaktorunglück in Tschernobyl zu nutzen, um die eigene Überlegenheit gegenüber der angeschlagenen Sowjetunion auszuspielen. Das Gespräch solle die „Grundfigur der Politik“ im nuklearen Zeitalter bleiben. Im Frühjahr 1987 übernahm Scheel, zusammen mit Amelie Fried und Trutz Beckert, die Moderation der ZDF-Talkshow „Live“, zog sich aber nach Kritik an seiner Person wieder zurück. Im Mai 1995 äußerte er erste Zweifel am Fortbestehen des Bonner Regierungsbündnisses der FDP mit den Unionsparteien und meinte, seine Partei dürfe zur Not „auch den harten Weg in die Opposition nicht scheuen“. Scharfe Kritik äußerte er an der seiner Meinung nach zu großen Loyalität des damaligen FDP-Parteivorsitzenden Klaus Kinkel gegenüber Helmut Kohl, die zwar dem Kanzler nütze, aber dem Profil der FDP schade. Später beklagte er in einem Interview mit einem Nachrichtenmagazin den „totalen Stillstand“ in der Politik der Regierung Kohl. Auch seine eigene Partei wurde von der Kritik nicht ausgenommen.

Nach dem Tod seiner zweiten Frau Mildred (1985) heiratete Walter Scheel 1988 in dritter Ehe die Krankengymnastin Barbara Wiese. Aus seinen beiden ersten Ehen stammen vier Kinder: Sohn Ulrich aus der ersten Ehe, aus der zweiten Ehe seine Stieftochter Cornelia sowie Andrea Gwendolyn und der Adoptivsohn Simon Martin. Zahlreiche Veröffentlichungen belegen das rege Schaffen Walter Scheels (darunter: „Konturen einer neuen Welt – Schwierigkeiten, Ernüchterungen und Chancen der Industrieländer“, 1965; „Formeln deutscher Politik“, 1968; „Die Zukunft der Freiheit – Vom Denken und Handeln in unserer Demokratie“, 1979 sowie die von Hans-Dietrich Genscher zum 65. Geburtstag Scheels herausgegebene Festschrift „Heiterkeit und Härte. Walter Scheel in seinen Reden und im Urteil von Zeitgenossen“). Vielen ist Scheel auch als Hobbysänger bekannt. Seine Einspielung des Volksliedes „Hoch auf dem gelben Wagen“ wurde in den 1970er Jahren zu einem großen Erfolg. 1991 nahm er die Schallplatte „Wohlauf in Gottes schöne Welt“ mit dem Düsseldorfer Männergesangsverein auf.

Sein politisches und ehrenamtliches Wirken trug ihm zahlreiche Auszeichnungen ein (darunter: Wolfgang-Döring-Medaille, 1969; Theodor-Heuss-Preis, 1971; Friedenspreis Kajima-Institut, Tokio 1973; Karlspreis der Stadt Aachen, 1977; Goldmedaille der Fondation du Mérite Européen, 1984). Er erhielt die Ehrendoktorwürde der Georgetown University, Washington/USA sowie der Maryland-University/USA, der Universität Auckland, Neuseeland, der Universität Bristol und des Asian Technology Institute in Bangkok. Er ist Ehrenbürger der Städte New York, Chicago, San José, Mexiko-Stadt, Solingen, Bonn, Berlin und Düsseldorf.

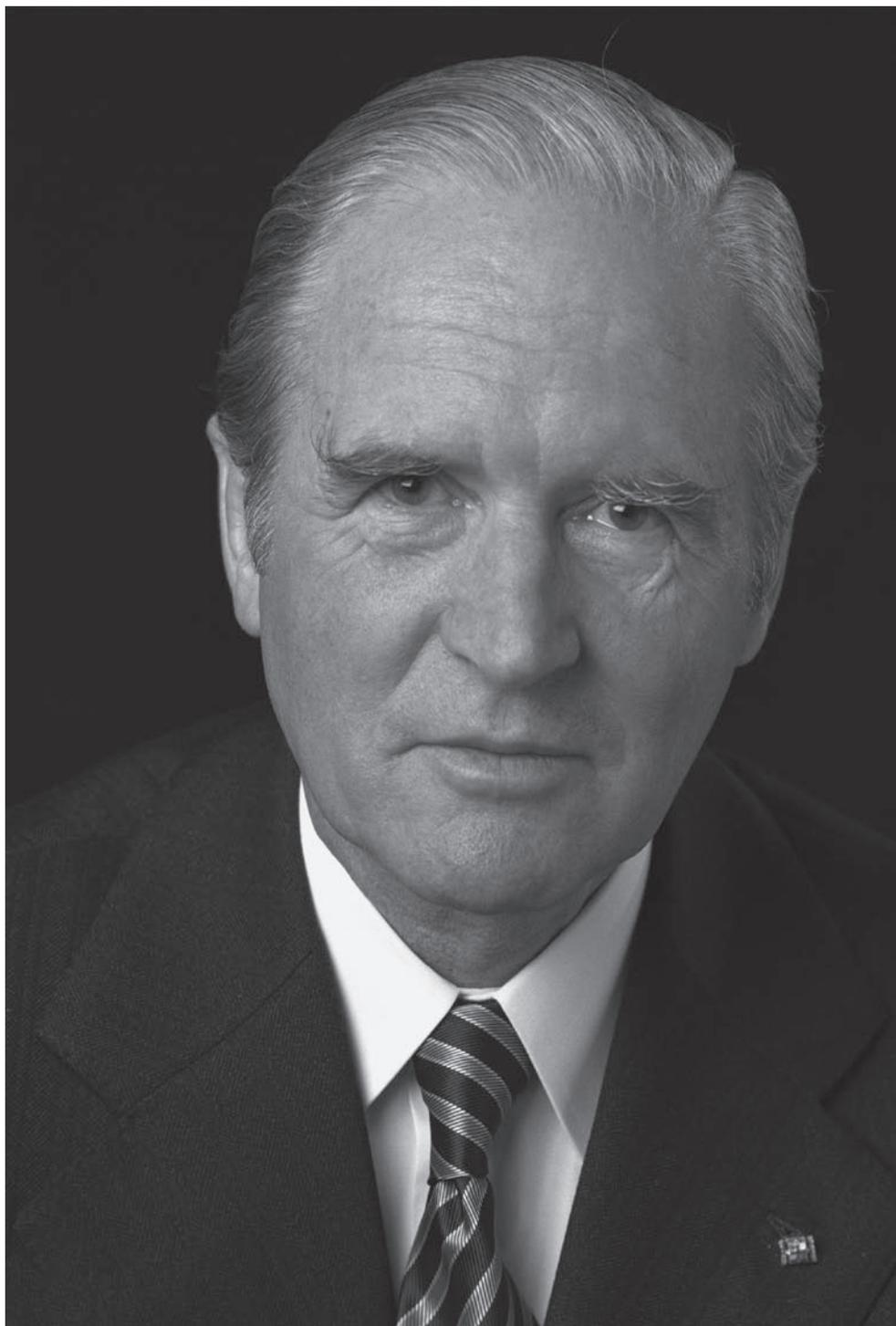
Karl Carstens Bundespräsident 1979-1984

Karl Carstens wurde am 14. Dezember 1914 in Bremen als Sohn eines Lehrerehepaares geboren. Sein Vater war noch vor der Geburt seines Sohnes zu Kriegsbeginn gefallen. Carstens besuchte das Alte Gymnasium Bremen. Nach dem Abitur 1933 studierte er Rechtswissenschaften und politische Wissenschaften an den Universitäten Frankfurt, Dijon, München, Königsberg und Hamburg. Ein Jahr nach der „Machtübernahme“ durch die Nationalsozialisten trat er als Student in die SA ein. Nach einem zügigen Studium legte er 1936 das 1. Staatsexamen in Hamburg ab. Im Folgejahr wurde Carstens zum Dr. jur. promoviert. 1939 folgte das 2. Staatsexamen. Im gleichen Jahr trat Carstens in die NSDAP ein. Es folgte die Einberufung. Zwischen 1939-45 diente er zunächst bei einer Batterie im Westwall, dann ab 1940 als Ordonnanzoffizier bei einem Flak-Abteilungsstab in der Nähe von Bremen. Von 1943 bis Kriegsende war er Ausbilder bei der Flakartilleriegruppe 111 in Berlin. In dieser Zeit heiratete er die Medizinstudentin Veronica Prior. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges setzte Carstens seine Ausbildung fort und studierte mit einem Jahresstipendium 1948-49 an der amerikanischen Elite-Universität Yale. Dort erwarb er den Grad eines Master of Law sowie ausgezeichnete englische Sprachkenntnisse.

Bereits im Mai 1945 hatte Carstens in Bremen eine Anwaltspraxis eröffnet. Ein Jahr später trat er in eine renommierte Bremer Anwalts-Sozietät ein. Nach seiner Rückkehr aus Amerika wurde er 1949 Rechtsberater des Bremer Senats, der ihn von 1949 bis 1952 als Bevollmächtigten beim Bund nach Bonn sandte. Neben seiner Bonner Tätigkeit habilitierte sich Carstens 1952 als Privatdozent an der Universität Köln, wo er über Staatsrecht und Völkerrecht las. 1958 wurde er außerplanmäßiger Professor, 1960 Ordinarius und Leiter des Instituts für das Recht der Europäischen Gemeinschaften.

In der Zwischenzeit war Carstens 1954 ins Auswärtige Amt gewechselt, das ihn bis 1955 als ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat entsandte. In demselben Jahr wurde der erst 41jährige aufgrund seiner Kenntnisse in Europafragen zum Ministerialdirigenten ernannt. Außerdem trat Carstens in die CDU ein. 1956 wurde er Leiter der politischen Abteilung West I Europa. In dieser Eigenschaft war er entscheidend an den EG-Verhandlungen beteiligt, die 1957 in die „Römischen Verträge“ mündeten. 1960 berief ihn der damalige Außenminister Gerhard Schröder zum Staatssekretär. 1961 ernannte er ihn zu seinem Stellvertreter. Zu seinen Aufgaben gehörten wichtige Konsultationen in Washington, wo es ihm 1963 gelang, das Misstrauen der USA gegen den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag zu zerstreuen. Indessen versuchte er auf dem Höhepunkt der Nahostkrise im Jahr 1965 vergeblich, die Arabischen Staaten davon abzubringen, in Reaktion auf die Aufnahme vollständiger diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Staat Israel ihrerseits die Beziehungen zur Bundesrepublik abzubrechen.

Nach Bildung der ersten Großen Koalition am 1. Dezember 1966 wechselte Carstens als Staatssekretär in das Verteidigungsministerium, das nun von Gerhard Schröder geleitet wurde. Ab 1. Januar 1968 leitete er als Staatssekretär die Geschäfte im Bundeskanzleramt. Nach der Bildung der Koalition aus SPD und FDP im Herbst 1969 schied Carstens aus dem Staatsdienst aus und übernahm Anfang 1970 die Leitung des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Bei der Bun-



destagswahl am 19. November 1972 wurde Carstens über die schleswig-holsteinische Landesliste der CDU in das Parlament gewählt.

Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses hinterließ er bereits mit seiner Antrittsrede im Februar 1973 aus Anlass der Debatte um den Grundvertrag einen bleibenden Eindruck. Nach dem Rücktritt Rainer Barzels im Mai 1973 konnte er sich bei den Wahlen zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion ebenso überraschend wie deutlich gegen Gerhard Schröder und Richard von Weizsäcker durchsetzen. In seiner neuen Position setzte Carstens mit Erfolg Sachkenntnis und natürliche Autorität ein. Der konfrontative Debattenstil des neuen Oppositionsführers führte zu einer Verschärfung des Klimas im Bundestag. Für Aufsehen sorgte 1975 die Behauptung, Carstens habe von illegalen Waffengeschäften des Bundesnachrichtendienstes (1969) Kenntnis gehabt und hierzu falsche Angaben gemacht. Carstens verklagte daraufhin den SPD-Abgeordneten Metzger, woraus sich ein lang dauernder Rechtsstreit entwickelte. Schwierigkeiten in der Fraktion gab es bei der Abstimmung über die Polenverträge. Carstens trat für Ablehnung ein und forderte neue Verhandlungen.

Als im Januar 1979 die Wahl des neuen Bundespräsidenten anstand, schlug die CDU/CSU gegen den starken Widerstand von SPD und FDP Carstens für das höchste Staatsamt vor. Im Vorfeld seiner Nominierung zum Kandidaten der Union war er heftigen Angriffen ausgesetzt. Dabei ging es weniger um seine konservativen Ansichten oder seinen wenig um Konsens bemühten Politikstil. Vielmehr holte ihn die Vergangenheit ein. Besonders an seiner Mitgliedschaft in der NSDAP entzündete sich in Politik, Presse und Öffentlichkeit der Widerspruch gegen seine Nominierung für das höchste Staatsamt. Auch der langjährige Rechtsstreit mit dem ehemaligen SPD-Abgeordneten Metzger kam wieder in die Schlagzeilen. Dieser Konflikt wurde allerdings Anfang März mit einem Vergleich beendet. Metzger gab zu Protokoll, seine Erklärung, Carstens habe vor einem Untersuchungsausschuss des Bundestages nicht die Wahrheit gesagt, enthalte „nicht den Vorwurf der schuldhaften Falschaussage“. Daraufhin zog Carstens seine Klage zurück. Die Kosten des Verfahrens gingen allerdings zu seinen Lasten.

Die CDU/CSU hielt ungeachtet der Vorwürfe an ihrem Kandidaten fest. Am 23. Mai 1979, dem 30. Geburtstag des Grundgesetzes, wurde Carstens von der Bundesversammlung im ersten Wahlgang zum neuen Bundespräsidenten gewählt. 528 von 530 Wahlmännern der CDU/CSU gaben ihm ihr Votum. Die einzige Gegenkandidatin, die ehemalige Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (SPD), erhielt 431 von 435 Stimmen der Wahlmänner ihrer Partei. Von den insgesamt 72 Enthaltungen fielen 66 auf die FDP, die beschlossen hatte, keinen der beiden Abgeordneten zu wählen.

Die Befürchtungen, Carstens rechtskonservative Ansichten würden in der Amtsführung zu einem Mangel an Neutralität führen, trafen nicht ein. Zwar blieb er in seinen Reden ein unbeirrbarer Fürsprecher von Tugenden und Normen wie Leistungswillen, Einsatzwillen und Pflichtbewusstsein, zeigte aber dennoch die gebotene Zurückhaltung bei tagespolitischen Ereignissen und bewies bei vielen Gelegenheiten Würde, Stil sowie politische Sensibilität. Mit Einladungen zu Jugendtreffen in der Villa Hammer Schmidt suchte er den Dialog mit der jungen Generation. Sympathien bei der Bevölkerung und großes Interesse der Medien trugen ihm seine Wanderungen durch die Bundesrepublik ein.

Sein erster Staatsbesuch als Bundespräsident führte Carstens im Mai 1980 nach Irland. Es folgten Besuche in Portugal (Juli 1980), Indien (März 1981) und Spanien (Oktober 1981). Im Oktober 1981 besuchte er in Brüssel die EG und die NATO und sprach sich bei dieser Gelegenheit gegen eine einseitige Abrüstung aus. Im gleichen Monat war er zu Gast in Rumänien. Weitere Staatsbesuche führten ihn nach Jamaika (April 1982), in die Schweiz (August 1982), in die VR China (Oktober 1982) sowie nach Italien (Oktober 1982; mit Besuch beim Papst). Im November 1982 nahm er an den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen sowjetischen Staats- und Parteichef Breschnew teil und traf bei dieser Gelegenheit auch mit dem neuen sowjetischen Parteichef Andropow und dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zusammen. Als erstes deutsches Staatsoberhaupt besuchte er im Januar 1983 den Europarat in Straßburg.

Nachdem ein konstruktives Misstrauensvotum im Oktober 1982 die Regierung Schmidt zu Fall gebracht hatte und von einer Regierung aus CDU/CSU und FDP unter Helmut Kohl abgelöst worden war, löste Carstens nach einer von der neuen Regierung herbeigeführten Niederlage bei einem Vertrauensvotum im Januar 1983 den Deutschen Bundestag auf und setzte Neuwahlen zum 6. März des Jahres an. Carstens nicht unumstrittene Entscheidung wurde im Februar 1983 vom Bundesverfassungsgericht bestätigt.

Für sein politisches Wirken erhielt Carstens zahlreiche Auszeichnungen, darunter den Karlspreis der Stadt Aachen (1984), den Schuman-Preis (1985), die Stresemann-Medaille in Gold (1985), den Hanns-Martin-Schleyer-Preis (1987) sowie zahlreiche Ehrendoktorwürden und Ehrenbürgerschaften. Sein ehrenamtliches Engagement galt besonders der wissenschaftlichen Erforschung der Naturheilkunde. Gemeinsam mit seiner Frau gründete er 1981 die „Karl und Veronica Carstens-Stiftung“. Veronica Carstens setzte sich darüber hinaus für die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, für UNICEF und das Müttergenesungswerk ein.

Carstens hatte frühzeitig klar gemacht, dass er aufgrund seines Alters keine zweite Amtszeit anstrebte. So nominierte die CDU/CSU den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, für das Amt. Er wurde im Mai 1984 gewählt. Am 1. Juli 1984 erfolgte der Amtswechsel. Carstens zog sich aus der Politik zurück. Er starb am 30. Mai 1992 in seinem Haus in Meckenheim bei Bonn.

Carstens hinterließ zahlreiche Schriften, darunter „Grundgedanken der amerikanischen Verfassung und ihre Verwirklichung“ (1954); „Das Recht des Europarates“ (1956); „Die kleine Revision des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (1961); „Politische Führung – Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung“ (1971) sowie „Zusammenleben in Freiheit. Reden und Schriften. Der politische Weg des 5. Bundespräsidenten“ (1979).

Richard von Weizsäcker Bundespräsident 1984-1994

Richard Freiherr von Weizsäcker wurde am 20. April 1920 in Stuttgart als Sohn einer württembergischen Theologen- und Juristenfamilie geboren. Sein Großvater Karl war von 1906 bis 1918 Ministerpräsident des Königreichs Württemberg. Sein Vater Ernst Heinrich war Diplomat und von 1938 bis 1943 Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Wegen der dienstlichen Auslandsverwendungen seines Vaters besuchte von Weizsäcker Schulen in Kopenhagen und Bern, das Abitur legte er in Berlin ab. Von 1937 bis 1938 studierte er in Oxford und Grenoble Rechtswissenschaften und Geschichte. 1938 folgte die Einziehung zum Reichsarbeitsdienst, 1939 trat er in den Militärdienst ein, wo er dem Infanterieregiment 9 in Potsdam angehörte. Im sogenannten „IR 9“ knüpfte von Weizsäcker Kontakte zu Männern, die sich dem Widerstand gegen Hitler anschlossen. Als Truppenführer, Ordonnanzoffizier und Adjutant in Stabsstellen bekam er Kenntnis von der Verschwörung, gehörte jedoch nicht zum aktiven Kreis. Von Weizsäcker diente an der Ostfront, zuletzt als Hauptmann d. R. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges studierte er von 1945 bis 1950 Rechtswissenschaften und Geschichte in Göttingen. Erfahrungen als Anwalt hatte von Weizsäcker bereits 1948 bei der Verteidigung seines Vaters sammeln können, der im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozess im Rahmen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse angeklagt worden war.

Nach dem Examen ging von Weizsäcker 1950 zu der Firma Mannesmann AG, wo er nach einiger Zeit Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung wurde. 1953 heiratete er Marianne von Kretschmann. 1954 wurde er in Göttingen zum Dr. jur. mit einer Dissertation zum Vereinsrecht promoviert. 1958 wechselte er in die Bankbranche und ging als Geschäftsleiter zum Düsseldorfer Bankhaus Waldthausen & Co. 1963 gelang ihm der Sprung zum geschäftsführenden Gesellschafter der Firma Boehringer & Co in Ingelheim am Rhein, wo er bis 1966 blieb.

Neben seinem Beruf engagierte sich von Weizsäcker zunächst vor allem für kirchenpolitische Belange. Seit 1962 gehörte er dem evangelischen Kirchentagspräsidium an. Von 1964 bis 1970 war er Präsident des Evangelischen Kirchentages. Dieses Amt nahm ihn zunächst mehr in Anspruch als seine Karriere in der CDU, der er bereits 1954 beigetreten war. Als ihn Helmut Kohl, damals Fraktionsführer der rheinlandpfälzischen CDU, als Kandidat für den Bundestag gewinnen wollte, lehnte er wegen Unvereinbarkeit mit seinem kirchlichen Ehrenamt ab. Er engagierte sich darüber hinaus von 1968 bis 1975 im Zentralkomitee des Ökumenischen Rates der Kirchen sowie von 1968 bis 1984 als Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands.

1966 wurde von Weizsäcker Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Schließlich kandidierte er 1969 auf der Landesliste Rheinland-Pfalz für den Deutschen Bundestag und blieb bis zur Niederlegung seines Mandats am 15. Juni 1981 Mitglied des Deutschen Bundestages. In der Debatte um die Ratifizierung der Ostverträge hielt er zwei vielbeachtete Reden, die dazu beitrugen, dass die CDU/CSU-Opposition durch Stimmenthaltung die Ratifizierung ermöglichte. Er nahm nach eigener Aussage zur Ostpolitik der Bundesregierung stets eine „kritisch-konstruktive Haltung“ ein, wobei er sich besonders für den Warschauer Vertrag einsetzte. Bei dieser Gelegenheit wurde erstmals seine Begabung zum Brückenbau zwischen unversöhnlich scheinenden politischen Positionen deutlich.



Von 1972 bis 1974 leitete er die Grundsatzkommission der CDU. 1972 übernahm er auch das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, das er bis 1979 behielt. Er legte das Amt nieder, als er 1979 Vizepräsident des Deutschen Bundestages wurde, was er bis 1981 blieb. Unterdessen war er im März desselben Jahres CDU-Landesvorsitzender der Berliner CDU geworden und wurde am 11. Juni 1981 zum Regierenden Bürgermeister Berlins gewählt. Er übte dieses Amt bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Jahre 1984 aus. Im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler reiste von Weizsäcker als erster Regierender Bürgermeister von Berlin in die DDR und wurde von Erich Honecker empfangen. Während dieser Reise konnte er in seiner Eigenschaft als Ratsmitglied der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Stadtkirche Wittenberg sprechen.

Im Dezember 1983 trat er als CDU-Landesvorsitzender zurück. Für seine Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten gab es bereits im Vorfeld eine breite Mehrheit über Fraktionsgrenzen hinweg. So wurde er am 23. Mai 1984 als Nachfolger von Karl Carstens zum Bundespräsidenten gewählt. Als Kandidat der CDU erhielt er auch aus den Reihen von SPD und FDP Zustimmung und gewann im ersten Wahlgang mit 832 Stimmen gegen die Kandidatin der GRÜNEN, die Schriftstellerin Luise Rinser, welche 68 Stimmen erhielt. Von Weizsäcker konnte sich im Amt des Bundespräsidenten auf eine breite Vertrauensbasis stützen, die auch in die SPD und FDP hineinreichte.

Von Weizsäcker wollte sich von Anfang an nicht auf repräsentative Aufgaben beschränken, sondern verstand es, seinem Amt auch ein größeres politisches Gewicht zu geben. Er suchte den Weg zu allen Schichten der Bevölkerung, besonders zur Jugend. Sein Interesse erstreckte sich auch auf die Entwicklungsländer (u. a. als Schirmherr der Welthungerhilfe), die weltweite Arbeitslosigkeit und den Umweltschutz. Außerdem plädierte er für eine behutsame Abwendung von der Kernenergie. Innenpolitisch hielt er an der Westbindung Deutschlands bis zum Ende des Kalten Krieges fest, betonte aber zugleich die deutsche Mittellage und die daraus erwachsenden besonderen Verpflichtungen Deutschlands. Er forderte zur Aussöhnung mit dem Osten auf und regte das Gespräch mit der damaligen DDR an. Auch für die Reformpolitik Gorbatschows setzte er sich ein. Mit seinem rhetorischen Talent und politischen Fingerspitzengefühl erwarb er sich in der Bevölkerung, aber auch im Ausland hohes Ansehen und Respekt. In besonderer Erinnerung bleibt seine Rede vom 8. Mai 1985, in der er sich aus Anlass des 40. Jahrestages des Kriegsendes mit der besonderen deutschen Verantwortung auseinandersetzte.

Von CDU/CSU, SPD und FDP für eine zweite Amtszeit gemeinsam vorgeschlagen, wurde von Weizsäcker 1989 mit großer Mehrheit wiedergewählt. Der Beginn seiner zweiten Amtszeit stand unter dem Zeichen des sich abzeichnenden Zusammenbruchs des Kommunismus und des Endes des Kalten Krieges. Von Weizsäcker begleitete diese Ereignisse mit Reden und öffentlichen Äußerungen und mahnte Behutsamkeit beim Zusammenwachsen von DDR und Bundesrepublik Deutschland an, auch Behutsamkeit im Umgang mit den Bürgern der damaligen DDR. Er erinnerte zugleich daran, dass diese die größere Last der deutschen Teilung getragen hätten.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 war von Weizsäcker Präsident aller Deutschen geworden. In seiner Rede beim Staatsakt in Berlin wies er Deutschland eine Schlüsselrolle für die gemeinsame Ostpolitik des Westens zu. Seine Devise „sich zu vereinen, heißt teilen lernen“, prägte

te den politischen Umgang. Indessen wurde sein wegweisendes Eintreten für Berlin als Hauptstadt und Regierungssitz nicht von allen gebilligt. Auch sein Entschluss, ab 1994 einen wesentlichen Teil seiner Amtsgeschäfte von Berlin aus zu führen, sorgte für Unmut. In der Folgezeit äußerte sich das Staatsoberhaupt kritisch über die politische Kultur in Deutschland. Seine unverhohlene Kritik an den bestehenden Verhältnissen führte zu mancher kontroversen Debatte in Politik und Presse. Von Weizsäcker ging insbesondere während seiner zweiten Amtszeit kontroversen politischen Positionen nicht aus dem Weg. Er gilt auch deshalb als der wohl „politischste Präsident“ in der bisherigen bundesrepublikanischen Geschichte.

Von Weizsäcker unternahm 49 offizielle Auslandsbesuche. Die letzte Station war sein Besuch im Vatikan bei Papst Johannes Paul II. Bei seinen Abschiedsvisiten in London und Polen wurde noch einmal deutlich, wie viel Ansehen er sich im Ausland erworben hatte. Auch seine Ehefrau Marianne hat durch ihr soziales Engagement dazu beigetragen. Ganz besonders setzte sie sich für drogenabhängige Jugendliche ein. 1989 gründete sie die „Stiftung Integrationshilfe ehemals Drogenabhängiger e.V.“, die Suchtkranken den Weg in ein normales Leben öffnen sollte.

Nach dem Ausscheiden aus dem höchsten Staatsamt übernahm von Weizsäcker zahlreiche ehrenamtliche Funktionen, darunter 1994 den Vorsitz im Bergedorfer Gesprächskreis der Hamburger Körper-Stiftung sowie den Kuratoriumsvorsitz der Theodor-Heuss-Stiftung. Er zog nach Berlin-Dahlem und blieb auch örtlich der Politik eng verbunden, obwohl er weiterhin seine CDU-Mitgliedschaft ruhen ließ. Er übernahm den Ko-Vorsitz einer internationalen Arbeitsgruppe zur Reform der UNO sowie 1999 die Leitung der „Kommission gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“. Im selben Jahr folgte er der Bitte des designierten EU-Präsidenten Prodi, an Vorschlägen zu einer Reform des EU-Vertrages mitzuwirken. Außerdem übernahm er im Jahre 2002 den Vorsitz des Kuratoriums „Fluthilfe“, das sich um die Entschädigungsansprüche der Opfer des verheerenden Elbhochwassers kümmern sollte. Seine Lebenserinnerungen, die 1997 unter dem Titel „Vier Zeiten“ erschienen, legen Zeugnis von seinem politischen Ethos ab. Außerdem erschienen zahlreiche Sammelbände mit seinen Reden und Aufsätzen.

Roman Herzog Bundespräsident 1994-1999

Roman Herzog wurde am 5. April 1934 in Landshut als ältester Sohn eines aus dem bayerischen Schwabenland stammenden Archivars geboren. In einem überwiegend katholischen Umfeld erzogen die evangelischen Eltern ihre beiden Söhne im protestantischen Glauben. Nach dem Abitur studierte Herzog in München Rechtswissenschaften. 1956 bestand er die Erste Staatsprüfung, 1958 promovierte er mit dem Thema „Grundrechtsbeschränkung nach dem Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention“ zum Dr. jur. und war anschließend Assistent des Staatsrechtlers Theodor Maunz. 1961 legte Herzog die zweite Staatsprüfung ab. Drei Jahre später habilitierte er sich mit der Schrift „Die Wesensmerkmale der Staatsorganisation in rechtlicher und entwicklungsgeschichtlicher Sicht“ an der Juristischen Fakultät der Universität München und lehrte dort bis 1965. In dieser Zeit war er unter anderem Mitherausgeber des Grundgesetzkommentars „Maunz-Dürig-Herzog“.

Bereits 1958 hatte Herzog die Hauswirtschaftslehrerin und Pastorentochter Christiane Krauß geheiratet. Aus der Ehe gingen zwei Söhne hervor. Nach dem Tod seiner Ehefrau Christiane heiratete Herzog im Jahr 2000 die verwitwete Leiterin der Burgfestspiele von Jagsthausen Alexandra Freifrau von Berlichingen (geb. von Vultejus).

1966 übernahm Herzog den Lehrstuhl für Staatslehre und Politik an der Freien Universität Berlin. In dieser Funktion war er von 1967 bis 1968 auch Mitglied des Senats und Dekan, von 1968 bis 1969 Prodekan der Juristischen Fakultät der Freien Universität. Seit 1966 war er auch Mitherausgeber des „Evangelischen Staatslexikons“. 1969 ging Herzog als ordentlicher Professor für Staatslehre und Politik an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften nach Speyer, wo er von 1971 bis 1972 auch als Rektor amtierte.

Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit engagierte sich Herzog auch in Politik und Kirche. 1970 trat er der CDU bei, deren Bundesvorstand er von 1979 bis 1983 angehörte. Von 1978 bis 1983 leitete er als Bundesvorsitzender den Evangelischen Arbeitskreis der Union. In der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) war er zwischen 1971 und 1980 als Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung und zwischen 1973 und 1991 als Ordentliches Mitglied der EKD-Synode aktiv.

Mit seiner Berufung zum Staatssekretär und Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund in die von Helmut Kohl geführte rheinland-pfälzische Landesregierung verließ Herzog 1973 den Bereich der Wissenschaft und wechselte hauptberuflich in die Politik. Im Mai 1978 ging er nach Baden-Württemberg, wo er im Kabinett des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger Minister für Kultus und Sport wurde. Nach der Landtagswahl vom März 1980, bei der Herzog im Wahlkreis Göppingen auch ein Landtagsmandat erringen konnte, ernannte ihn Ministerpräsident Späth zum Innenminister.

Einige der Maßnahmen, die Roman Herzog als Innenminister in Umsetzung seiner Rechts- und Sicherheitspolitik in die Wege leitete – so etwa sein Vorhaben, den Teilnehmern nicht genehmigter Demonstrationen die Kosten des Polizeieinsatzes aufzubürden oder die Ausrüstung der Polizei mit Gum-



miwuchtgeschossen – führten zu heftigen öffentlichen Kontroversen und trugen dazu bei, dass von ihm allgemein das Bild eines rechts- und sicherheitspolitischen „Hardliners“ vorherrschte.

Im Oktober 1983 schied Herzog aus der Landesregierung aus und ging als Vizepräsident und Vorsitzender des Ersten Senats zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe. Im November 1987 wurde Herzog als Nachfolger von Wolfgang Zeidler zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes ernannt. Neben seiner Tätigkeit als Verfassungsrichter nahm er als Honorarprofessor von 1984 bis 1994 Lehraufträge an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und von 1986 bis 1994 an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen wahr.

Während seiner Amtszeit als Bundesverfassungsrichter hat Herzog mit einer Reihe von Urteilen und Stellungnahmen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. So hat der Verfassungsjurist mit seiner Entscheidung, das Verbot einer Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf aufzuheben, nicht nur seine Kritiker überrascht. In der Begründung hierzu hieß es, „der von der Verfassung jedem Staatsbürger garantierte Schutz der Versammlungsfreiheit“ sei auch dann zu erhalten, „wenn mit Ausschreitungen durch einzelne oder eine Minderheit zu rechnen ist“. Immer wieder hat er – unter Wahrung der Grenzen, die einem Verfassungsrichter auferlegt sind – auch zu politischen Fragen Stellung genommen. So beklagte er 1989 die wachsende „Pulverisierung“ des Verfassungsrechts und warnte vor der „realistischen Gefahr der Auflösung des bisherigen Parteiensystems“. In der Auseinandersetzung um die Anerkennung der polnischen Westgrenze bestätigte Herzog im Januar 1990 die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach sich die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zwingend auf die Grenzen vom 31. Dezember 1937 beziehen müsse. Seine öffentlich bekundete Auffassung, dass nur ein Friedensvertrag für ganz Deutschland die deutschen Grenzen endgültig festlegen könne, rief insbesondere im linksliberalen Lager heftigen Widerspruch hervor. Nach der deutschen Vereinigung schloss Herzog eine „Totalrevision des Grundgesetzes“ aus, erklärte aber 1990 eine „Generalüberholung“ für denkbar. Er forderte mehr Kompetenzen für die Länder sowie den Umbau der Finanzverfassung und die Aufnahme von Volksabstimmungen in das Grundgesetz. In die Debatte um die umstrittenen Änderungen des Asyl- und Einwanderungsrechts schaltete er sich 1992 mit der Bemerkung ein, das Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahre 1913 sei „total veraltet“. Darüber hinaus hat Herzog wiederholt die zunehmende Verlagerung politischer Streitthemen nach Karlsruhe kritisiert und auf die Gefahr hingewiesen, „dass Politik immer mehr in Karlsruhe statt in Bonn gemacht“ werde.

In der Diskussion über die Nachfolge von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der nach zwei Amtszeiten nicht mehr zur Wiederwahl antreten konnte, wurde von der CSU im Sommer 1993 auch der Name Herzogs ins Spiel gebracht. Doch erst als der vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl favorisierte Kandidat, der sächsische Justizminister Steffen Heitmann, seine in der Öffentlichkeit heftig umstrittene Kandidatur zurückgezogen hatte, wurde Herzog vom CDU-Bundesvorstand im Januar 1994 nominiert. Die erste gesamtdeutsche Bundesversammlung in Berlin wählte Roman Herzog am 23. Mai 1994 im entscheidenden dritten Wahlgang, in dem die relative Mehrheit ausreichte, mit 696 Stimmen zum neuen Bundespräsidenten. Der von der SPD als Kandidat vorgeschlagene Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, kam auf 605 Stimmen, der Kandidat der Republikaner, Hans Hirzel, erhielt elf Stimmen. Hinzu kamen sieben Enthaltungen und eine ungültige Stimme. Die auf Vor-

schlag der FDP kandidierende Hildegard Hamm-Brücher war in diesem Wahlgang nicht mehr angetreten, Jens Reich, der parteilose Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen, hatte bereits nach dem ersten Wahlgang verzichtet.

Am 1. Juli 1994 wurde Herzog im Berliner Reichstagsgebäude als neuer Bundespräsident vereidigt. Seine erste Amtsreise führte nach Dresden, die erste Auslandsreise nach Paris. Für ein großes Medienecho sorgte sein Staatsbesuch in Polen anlässlich des 50. Jahrestags des Warschauer Aufstandes am 1. August 1994. Seine Rede am Mahnmal des Warschauer Aufstandes wurde allgemein als historisch bedeutsamer Schritt auf dem Weg zur Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen gewertet. Herzogs „Bitte um Vergebung“ trug ihm auf beiden Seiten Sympathien ein. Während der Vorbereitungen zur umstrittenen deutsch-tschechischen Versöhnungserklärung erteilte er zwei Jahre später allen Ansprüchen auf ehemalige deutsche Ostgebiete eine unmissverständliche Absage und forderte auch die Vertriebenen dazu auf, das vereinigte Deutschland als ihre Heimat zu betrachten. Große Beachtung fand auch seine Rede vor beiden Häusern des tschechischen Parlamentes in Prag am 29. April 1997. Außerdem reiste Herzog im selben Jahr als erstes deutsches Staatsoberhaupt seit der deutschen Vereinigung nach Moskau. Weitere Reisen führten ihn in die USA, die Niederlande und die Ukraine sowie nach China, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Israel, Albanien, Pakistan, Kasachstan, Usbekistan, Rumänien, Finnland, Brasilien, Uganda, Äthiopien, Eritrea, Bulgarien, Nicaragua, Venezuela, Georgien, Mazedonien, Slowenien, Ungarn, Irland, Malaysia, Japan, Kirgisistan, Namibia, Dänemark, Südkorea, Großbritannien und Argentinien. Seine letzten Staatsbesuche stattete er Litauen und Lettland ab.

In seiner ersten programmatischen Rede zur Außenpolitik plädierte er für eine Neuformulierung der weltpolitischen Rolle Deutschlands und erklärte das „Ende des Trittbrettfahrens“ für erreicht. Vor dem Europäischen Parlament in Straßburg setzte er sich engagiert für die Europäische Währungsunion ein. Im Januar 1996 proklamierte Herzog den 27. Januar zum alljährlichen „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“. Der Bundespräsident begründete dies mit der Verpflichtung, die Erinnerung an die Gräueltaten der Nationalsozialisten wach zu halten: „Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“ Auch mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit hat sich Herzog während seiner Amtszeit wiederholt befasst. So sprach er sich in seiner mit Spannung erwarteten Rede vor der Enquetekommission des Bundestages zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im März 1996 unter anderem gegen eine „generelle, undifferenzierte Amnestie von Tätern der SED-Diktatur“ aus.

Große Beachtung fanden schließlich auch seine Reden zur Bildungspolitik, in denen er eine größere öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Bildung einforderte und einer Stärkung des Leistungsgedankens an deutschen Schulen das Wort redete. Mit seinem unabhängigen Urteilen und seiner unpräntentiösen Art gewann er Umfragen zufolge in der Bevölkerung breite Zustimmung. In Erinnerung bleibt vor allem seine Rede anlässlich der Neueröffnung des traditionsreichen Hotels Adlon in Berlin am 26. April 1997, in der er angesichts des allenthalben beklagten Reformstaus einen notwendigen „Ruck“, der durch Deutschland gehen müsse, anmahnte. Auch in der letzten Grundsatzrede sei-

ner Amtszeit, die er anlässlich des Festakts zum 50-jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 23. Mai 1999 hielt, rief Herzog Bürger und Politiker in Deutschland noch einmal zu mehr Veränderungsbereitschaft auf.

Nachdem Herzog bereits frühzeitig zu erkennen gegeben hatte, dass er keine Wiederwahl anstrebe, endete seine Amtszeit am 1. Juli 1999. Nachfolger wurde der von der 11. Bundesversammlung am 23. Mai 1999 gewählte ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau. Der Alt-Bundespräsident siedelte mit seiner Gattin nach Landshut über, wo er sich mit wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten befasst. 1999/2000 übernahm er die Heinrich Hertz-Gastprofessur an der TH Karlsruhe. Auch nach Ende seiner aktiven Laufbahn hat sich Roman Herzog in vielfältiger Weise öffentlich engagiert. Im Jahre 2000 leitete er in Brüssel den Konvent zur Erarbeitung der EU-Grundrechte-Charta. Seine Partei beauftragte ihn mehrfach mit der Leitung von parteiinternen Kommissionen, so im Jahre 2000 mit der Kommission zur Bewältigung der CDU-Spendenaffäre. Die sogenannte Herzog-Kommission, in der auch der ehemalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer und der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof mitwirkten, erarbeitete Empfehlungen zur künftigen Parteienfinanzierung. Mitte Februar 2000 wurde Herzog zum Vorsitzenden des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung berufen. Außerdem übernahm er im Auftrag der Union die Leitung einer „Kommission soziale Sicherheit“, die im Herbst 2003 eine Reihe von Reformvorschlägen vorlegte. Im Februar 2003 wurde das Roman-Herzog-Institut gegründet, das langfristige Trends und Perspektiven für Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitswelt erforschen soll. Im Oktober 2003 übernahm Herzog den Vorsitz des Konventkreises des im selben Jahr von Hans-Olaf Henkel und Manfred Pohl gegründeten „Konvents für Deutschland“, der sich mit der Reform des Föderalismus und der Finanzverfassung beschäftigt. Des Weiteren ist Herzog Vorstandsvorsitzender der Stiftung Bündnis für Kinder – gegen Gewalt und war bis 2008 Mitglied der Jury zur Verleihung des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises.

Herzog ist mit zahlreichen Publikationen hervorgetreten, darunter als Mitverfasser des bekannten Kommentars zum Grundgesetz von Maunz/Dürig/Herzog/Scholz sowie des „Evangelischen Staatslexikons“ (3. Auflage 1987). Von ihm erschienen ferner „Staaten der Frühzeit: Ursprünge und Herrschaftsformen“ (1988), „Staat und Recht im Wandel“ (1994), „Vision für Europa“ (1996), „Zukunft bauen. Erziehung und Bildung für das 21. Jahrhundert“ (1998), „Freiheit des Geistes. Reden zur Kultur“ (1999), „Die Zukunft der Erinnerung. Wegmarken deutscher Geschichte“ (1999), „Mut zum Aufbruch. Bilanz einer Amtszeit“ (1999), „Was bleibt von der Vergangenheit? Die junge Generation im Dialog über den Holocaust“ (1999), „Strukturängel der Verfassung? Erfahrungen mit dem Grundgesetz“ (2000), „Wider den Kampf der Kulturen. Eine Friedensstrategie für das 21. Jahrhundert“ (2000).

Für sein Wirken erhielt Roman Herzog zahlreiche Ehrendoktorwürden, darunter die der Universität Oxford (1996), der Universität Notre Dame in South Bend/USA (1997), der Ben-Gurion-Universität in Beersheba/Israel (1998) sowie der Universität Wrocław (1998). Außerdem wurden ihm der Karlspreis der Stadt Aachen (1997), das Großkreuz mit Großer Ordenskette des Verdienstordens der Italienischen Republik (1997), der European Statesman Award (1997; zusammen mit Václav Havel), der Leo-Baeck-

Preis (1998), der Europäische St.-Ulrichs-Preis (1999), der Humanismus-Preis (2000), der Deutsche Staatsbürgerpreis (2001), der Leibniz-Ring des Presse Clubs Hannover (2005) sowie der Landshuter Friedenspreis (2006) verliehen. Herzog ist Ehrenbürger von Berlin, Bonn und Landshut sowie Ehrensenator der Universität Bonn.

Johannes Rau

Bundespräsident 1999-2004

Johannes Rau wurde am 16. Januar 1931 in Wuppertal als Sohn eines Wanderpredigers geboren. Die Zugehörigkeit zur evangelisch-reformierten Kirche und die pietistische Glaubenspraxis der Eltern prägten Rau, der schon früh in Schülerbibelgruppen engagiert war. In kirchlichen Kreisen begegnete er unter anderem dem Pfarrer Karl Immer, der zu den Mitbegründern der Bekennenden Kirche gehörte und den Rau später als die für ihn prägende Gestalt und Vaterfigur bezeichnete. Von der Bekennenden Kirche übernahm er auch sein Lebensmotto, „Teneo quia teneor“ („Ich halte stand, weil ich gehalten werde“). Rau besuchte zunächst das Gymnasium, verließ es aber kurz vor dem Abitur. Er begann eine Lehre als Verlagsbuchhändler und wurde an der Buchhändlerschule in Köln ausgebildet. Dort legte er 1952 die Gehilfenprüfung ab.

Rau blieb zunächst in Wuppertal und wurde 1954 Geschäftsführer des Jugenddienst-Verlags, bevor er 1962 in dessen Vorstand eintrat und 1965 Direktor wurde. Ende 1952 trat Rau nicht zuletzt aus Protest gegen die geplante Wiederbewaffnung der Bundesrepublik in die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) von Gustav Heinemann ein. Er war Orts- und Kreisvorsitzender und arbeitete seit 1954 auch in der Redaktion der „Gesamtdeutschen Rundschau“ mit. Nach Auflösung der GVP folgte er 1957 Heinemann in die SPD. Von 1964 bis 1978 war er Stadtverordneter, später auch Vorsitzender der SPD-Fraktion im Wuppertaler Stadtrat. Von 1969 bis 1970 amtierte Rau als Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal. Seit 1968 gehörte Rau auch dem Bundesvorstand der SPD an, in dessen Präsidium er 1978 einrückte.

Bereits 1958 war Rau in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Von 1962 an gehörte er dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion an, bis er Anfang 1967 Heinz Kühn als Fraktionsvorsitzendem nachfolgte. Nach der Landtagswahl im Juni 1970 ernannte ihn Ministerpräsident Kühn zum ersten Minister für Wissenschaft und Forschung. Während seiner Amtszeit setzte sich Rau für die Gründung von Gesamthochschulen ein. Im Juni 1977 übernahm er den SPD-Landesvorsitz, bevor er am 20. September 1978 Heinz Kühn auch als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen nachfolgte.

Rau engagierte sich ehrenamtlich für die evangelische Kirche. Seit 1965 war er berufenes Mitglied der Synode und stellvertretendes Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland. Seit 1985 gehörte er dem Herausgeberkreis der Zeitschrift „Evangelische Kommentare“ an. Zeitlebens wichtig war ihm auch sein Einsatz für das deutsch-jüdische und deutsch-israelische Verhältnis. Es trug ihm insbesondere in Israel, aber auch in der deutschen Bevölkerung hohen Respekt ein.

Die Landtagswahl vom 11. Mai 1980 brachte der SPD die absolute Mehrheit ein. Rau galt in seiner Partei fortan als „Mann für höchste Ämter“. Diese Einschätzung bestätigte sich auf dem SPD-Bundesparteitag im April 1982, als Rau nach dem Ausscheiden von Helmut Schmidt einer der Stellvertreter des SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt wurde. Nach der Landtagswahl vom Mai 1985, bei der die SPD ihre absolute Mehrheit verteidigte, wurde Rau von der SPD zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl von 1987 gekürt. Er ging die Aufgabe mit großem Engagement an und warb um eine „Mehr-



heit aus eigener Kraft“. Bei den Bundestagswahlen setzte sich die Koalition aus CDU/CSU und FDP durch. Rau verzichtete auf das Amt des Parteivorsitzenden, blieb aber stellvertretender Parteivorsitzender.

In den folgenden Jahren kümmerte sich Rau vor allem um den anstehenden Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen. Als Erfolg galt unter anderem das Ergebnis der Montan-Konferenz mit Bundeskanzler Helmut Kohl im Februar 1988, bei der ein umfassendes Hilfsprogramm für einen schnellen Strukturwandel im Ruhrgebiet beschlossen wurde. Nachdem die SPD bei der Landtagswahl vom Mai 1990 erneut ihre absolute Mehrheit behauptet hatte, wurde Rau zum vierten Mal vom Landtag von Nordrhein-Westfalen zum Ministerpräsidenten gewählt.

Sowohl als Ministerpräsident wie auch in seinen parteipolitischen Funktionen bewies Rau immer wieder seine Fähigkeit, zwischen verhärteten Fronten zu vermitteln. Als Krisenmoderator der SPD bewährte sich Rau nach dem Rücktritt des SPD-Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden Engholm im Mai 1993, als er auf Wunsch des Parteivorstands den Vorsitz der SPD für eine Übergangszeit übernahm. Im August 1993 erklärte sich Rau bereit, als Kandidat der SPD für das Amt des Bundespräsidenten anzutreten. Am 23. Mai 1994 unterlag er jedoch im entscheidenden dritten Wahlgang gegen den Kandidaten der Union, Roman Herzog, der mit 696 Stimmen Nachfolger von Richard von Weizsäcker wurde.

Im Mai 1995 verfehlte die SPD ihr Ziel, ihre absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen zu verteidigen und musste mit Bündnis 90/Die Grünen eine Koalition eingehen. Zwar wurde Rau am 6. Juli 1995 zum fünften Mal in Folge zum Ministerpräsidenten von NRW gewählt, in den folgenden Jahren aber nahmen die Spekulationen über seinen baldigen Rücktritt zu. Schließlich kündigte Rau im März 1998 an, sowohl das Amt des Ministerpräsidenten als auch den Landesvorsitz der SPD abzugeben. Am 27. Mai 1998 legte Rau das Amt als Regierungschef nieder.

Im November 1998 nominierte der SPD-Parteivorstand Rau erneut für das Amt des Bundespräsidenten. Am 23. Mai 1999 wählte die Bundesversammlung im zweiten Wahlgang Johannes Rau zum Bundespräsidenten. Im ersten Wahlgang waren auf Rau 657 Stimmen entfallen, auf die parteilose Kandidatin der CDU und ostdeutsche Wissenschaftlerin, Dagmar Schipanski, 588 Stimmen und auf die ebenfalls parteilose Kandidatin der PDS, Uta Ranke-Heinemann, 69 Stimmen. Im zweiten Wahlgang entfielen auf Rau 690, auf Frau Schipanski 572 und auf Frau Ranke-Heinemann 62 Stimmen.

Rau trat das Amt mit dem Anspruch an, als „Bürgerpräsident“ zu integrieren, statt zu spalten oder zu polarisieren. Als Präsident strebte er an, „Menschen zusammenzuführen“, Minderheiten vom Rand der Gesellschaft in deren Mitte zu holen und im Verhältnis nach außen die Beziehungen zu anderen Kulturen und Völkern zu verbessern. Öffentliches Ansehen verschaffte er sich mit einer Reihe klarer Stellungnahmen zu aktuellen Streitfragen. So forderte Rau in seiner Berliner Rede vom 12. Mai 2000 eine geregelte Einwanderungspolitik und die Integration von Ausländern. Anlässlich einer Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin am 9. November 2000 erinnerte Rau an die rund 100 Toten, die seit 1990 in Deutschland Opfer rechter Gewalt geworden waren, und versprach unter anderem: „Wir arbeiten für ein Deutschland, in dem niemand Angst haben muss, ganz gleich, wie er aussieht, ganz gleich,

wo er herkommt, ganz gleich, was er glaubt, ganz gleich, wie stark oder wie schwach er ist“. Mit einer Rede zur Gentechnik schaltete er sich nach Wochen der Debatten um die Gründung und Besetzung des Nationalen Ethikrates in die Diskussionen um die Präimplantationsdiagnostik ein. „Was ethisch unvertretbar ist, wird nicht dadurch zulässig, dass es wirtschaftlichen Nutzen bringt“, mahnte Rau.

Nicht zuletzt auch wegen seines beharrlichen Eintretens für ein gutes und enges deutsch-israelisches Verhältnis wurde er von der Knesset, dem israelischen Parlament, eingeladen. Er kam im Februar 2000 dieser Einladung nach, und ihm wurde auf seinen Wunsch hin als erstem deutschen Staatsoberhaupt die Möglichkeit gegeben, in deutscher Sprache vor dem israelischen Parlament zu sprechen. Er bat das jüdische Volk sowie Israel um Vergebung für die Verbrechen des Holocaust. Das Thema der deutschen Schuld und Verantwortung hat Rau immer wieder beschäftigt. Als erstes deutsches Staatsoberhaupt besuchte er während eines Staatsbesuchs in Italien den Ort Marzabotto bei Bologna, wo 1944 Einheiten der Waffen-SS über 700 Zivilisten ermordet hatten. In Anwesenheit des italienischen Staatspräsidenten bekundete Rau öffentlich seine Trauer und seine Scham angesichts der Gräueltaten. Besonders setzte er sich dafür ein, dass sich auch die junge Generation mit diesem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte beschäftigt. Zu diesem Zweck hat er unter anderem im Jahr 2002 den Band: „Hilfe für Verfolgte während der NS-Zeit. Jugendliche forschen vor Ort. Ein Lesebuch“ herausgegeben.

Mit seinen zahlreichen Staatsbesuchen versuchte Rau, Zeichen zu setzen und Stellung zu aktuellen internationalen Problemen zu beziehen. Dabei scheute er auch vor klaren Worten gegenüber seinen Gastgebern nicht zurück. So forderte er auf einer Reise nach Südafrika im Januar 2002 internationale Sanktionen gegen die Regierung von Simbabwe unter Präsident Mugabe. Im Herbst 2003 führte ihn ein weiterer Staatsbesuch nach China, wo er so deutlich wie kein deutsches Staatsoberhaupt vor ihm die Einhaltung der Menschenrechte anmahnte. Wenige Tage nach den islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001 sicherte Rau in einer Ansprache vor dem Brandenburger Tor der amerikanischen Nation die deutsche Unterstützung zu, warnte aber davor, ganze Religionen, Völker oder Kulturen als schuldig zu verdammen. In einer Rede vor dem EU-Parlament in Straßburg plädierte er nachdrücklich für die Bildung einer europäischen Föderation und rief das EU-Parlament dazu auf, umgehend mit der Diskussion über eine europäische Verfassung zu beginnen. Im Oktober 2003 sorgte eine von ihm und dem polnischen Ministerpräsidenten, Aleksander Kwasniewski, verfasste Erklärung für Aufsehen, in der sie die Europäer aufforderten, alle im 20. Jahrhundert geschehenen Fälle von Flucht, Vertreibung und Deportation zu dokumentieren und neu zu bewerten.

Im Herbst 2003 gab Rau nach monatelangen Spekulationen bekannt, dass er nicht für eine zweite Amtszeit kandidieren werde. Nach dem Ausscheiden aus dem Amt am 1. Juli 2004 nahm Johannes Rau nur noch zwei öffentliche Termine wahr. Am 29. Mai 2005 wurde ihm der deutsch-türkische Friedenspreis in Solingen verliehen. Am 30. Oktober 2005 reiste er zur Einweihung der wieder errichteten Frauenkirche in Dresden. Er starb am 27. Januar 2006.

Johannes Rau erhielt zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband, das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, den Orden „Heiliger Daniil“ der Russisch-Orthodoxen Kirche, den Kulturpreis Europa, die Buber-Rosen-

zweig-Medaille, die Leo-Baeck-Medaille. Die Universitäten Düsseldorf und Haifa, die britische Open University, die Theologische Akademie Budapest, die Reformierte Kirche Ungarns, die Fernuniversität-Gesamthochschule Hagen und die Ruhr-Universität Bochum verliehen ihm die Ehrendoktorwürde. Er war Ehrenbürger von Wuppertal und Bonn sowie Ehrensenator der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.

Seit dem 9. August 1982 war Rau mit Christina Delius, einer Enkelin des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann, verheiratet.

Horst Köhler

Bundespräsident seit 23. Mai 2004

Als siebtes von acht Kindern deutschstämmiger Bauern wurde Horst Köhler am 22. Februar 1943 im polnischen Skierbieszów geboren. Die Eltern, Eduard und Elisabetha geb. Bernhardt, waren als „Volksdeutsche“ zwangsweise aus dem rumänischen Bessarabien in das von der Wehrmacht besetzte Polen umgesiedelt worden. Bereits ein Jahr nach der Geburt von Horst Köhler floh die Familie vor den heranrückenden sowjetischen Truppen in Richtung Westen und baute sich auf einem kleinen Bauernhof in Markkleeberg-Zöbiger bei Leipzig eine neue Existenz auf. Noch vor dem 17. Juni 1953 gelang der Familie die Flucht über West-Berlin in den Westen. Nach vierjährigem Aufenthalt in verschiedenen Flüchtlingslagern siedelte sich die Familie schließlich 1957 in Ludwigsburg an. Am dortigen Mörike-Gymnasium legte Köhler 1963 das Abitur ab. Er leistete seinen Wehrdienst, verpflichtete sich für zwei Jahre bei den Panzergrenadieren und wurde Leutnant d. R. 1965 nahm Horst Köhler das Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen auf.

1969 schloss Köhler seine Studien als Diplom-Volkswirt ab und wurde wissenschaftlicher Referent am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen. Dort wurde er 1977 mit einer Dissertation über die „Freisetzung von Arbeit durch technischen Fortschritt“ promoviert. 1976 trat Köhler in die Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft in Bonn ein, das zu dieser Zeit von Otto Graf Lambsdorff geleitet wurde.

1981 wechselte Köhler aus der Bundes- in die Landespolitik und arbeitete als Referent von Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg in der Schleswig-Holsteinischen Staatskanzlei in Kiel. Im selben Jahr trat Köhler der CDU bei. Als Stoltenberg 1982 im Zuge des Regierungswechsels Bundesfinanzminister wurde, kehrte auch Köhler aus Kiel zurück nach Bonn, wo er zunächst im Leitungsstab arbeitete und dann die Leitung des Ministerbüros übernahm. Seit 1987 war er Leiter der Grundsatzabteilung, seit 1989 Leiter der Abteilung Geld und Kredit, die für die internationale Finanz- und Währungspolitik zuständig war.

1990 ernannte Bundesfinanzminister Theo Waigel Horst Köhler zum beamteten Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen. Zu seinen Aufgaben gehörten die Verhandlungen mit der DDR-Regierung über die deutsch-deutsche Währungsunion. In Moskau handelte Köhler mit der Regierung der UdSSR das Abkommen über den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR aus. Die Verhandlungen zum Maastricht-Vertrag über die Europäische Währungsunion begleitete Köhler als Chefunterhändler. Zugleich war er persönlicher Beauftragter von Bundeskanzler Helmut Kohl für die Weltwirtschaftsgipfel der sieben führenden Industrienationen (G7). Die Organisation des Weltwirtschaftsgipfels von München, bei dem Deutschland 1992 als Gastgeber der G-7-Nationen auftrat, fiel in Köhlers Zuständigkeit.

1993 schied Köhler aus der Bundesregierung aus und übernahm die Präsidentschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Hier setzte er sich insbesondere für die Modernisierung des Sparkassenwesens ein und betonte die besondere Verantwortung der Sparkassen für den Mittelstand und das soziale Klima in den Kommunen. 1998 bat Bundeskanzler Kohl Horst Köhler, Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London zu werden, deren Aufgabe es ist, Marktwirt-

schaft und Demokratie in den ehemaligen Ostblockstaaten aufzubauen. Auch in dieser Funktion legte Köhler Wert auf die Stärkung mittelständischer Unternehmen, die er für den Aufbau eines funktionierenden marktwirtschaftlichen Systems „von unten“ als unerlässlich betrachtete.

Auf Vorschlag von Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde Köhler im Jahr 2000 zum Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds IWF in Washington D.C. ernannt. Köhler setzte es sich zum Ziel, die Geschäftspolitik des IWF transparenter zu gestalten und stärker auf Krisenprävention auszurichten. Daher intensivierte er die Zusammenarbeit des IWF mit der von James D. Wolfensohn geleiteten Weltbank. Nicht zuletzt zur Verstärkung des Kampfes gegen Armut, ohne den Frieden und Stabilität dauerhaft nicht zu sichern sind, leitete Köhler umfangreiche Reformen des IWF ein.

Am 4. Mai 2004 benannten CDU/CSU und FDP Horst Köhler zum gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. Im Zusammenhang mit dieser Nominierung legte Köhler das Amt als Geschäftsführender Direktor des IWF nieder. Er trat gegen die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan an, zu diesem Zeitpunkt Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Schwan war als gemeinsame Kandidatin von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nominiert worden. Am 23. Mai 2004 wurde Köhler von der Bundesversammlung im ersten Wahlgang mit der absoluten Mehrheit von 604 Stimmen zum neunten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Auf Gesine Schwan entfielen 589 der 1202 gültigen Stimmen. Am 1. Juli 2004 legte Köhler vor den Mitgliedern von Bundestag und Bundesrat im Plenum des Deutschen Bundestages seinen Amtseid ab.

Nach seinem Amtsantritt absolvierte Köhler allein während der ersten beiden Jahre seiner Bundespräsidentschaft 45 Besuche im Ausland, darunter acht Staatsbesuche. Seine erste Auslandsreise führte Köhler im Juli 2004 nach Polen, daran im Anschluss reiste er nach Frankreich. Weitere Besuche folgten in Großbritannien, Italien, Österreich, der Tschechischen Republik, den Niederlanden, Litauen, Lettland und Estland. Im Februar 2005 reiste Köhler nach Israel, wo er als zweiter deutscher Bundespräsident vor der Knesset sprach. Weitere Staatsbesuche führten Köhler in verschiedene afrikanische Staaten.

Am 21. Juli 2005 löste Horst Köhler nach der vom Bundeskanzler verlorenen Vertrauensfrage den Deutschen Bundestag auf und setzte für den 18. September 2005 Neuwahlen an. Die Klage zweier Bundestagsabgeordneter gegen diese Entscheidung wies das Bundesverfassungsgericht zurück.

Dass Köhler kein bequemer Präsident für die Bundesregierung war, bewies er mehrfach und unabhängig von der jeweils regierenden Koalition. So nahm er etwa im November 2004 öffentlich zu Plänen der Bundesregierung unter Gerhard Schröder Stellung, den Tag der Deutschen Einheit als Feiertag zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums nicht mehr jährlich am 3. Oktober, sondern stattdessen am ersten Sonntag im Oktober zu begehen. Im Januar 2005 unterzeichnete er zwar das „Gesetz zur Neuregelung von Luftsicherheitsaufgaben“, bewies aber gleichzeitig sein Unbehagen, in dem er gleichlautende Briefe an den Bundeskanzler, den Präsidenten des Deutschen Bundestages und an den Präsidenten des Bundesrates sandte und ihnen seine Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit einzelner Vorschriften des Gesetzes mitteilte. Im Oktober und im Dezember 2006 verweigerte Köhler sowohl dem Gesetz zur Privatisierung der Deutschen Flugsicherung als auch dem Verbraucherinformationsgesetz seine Zustimmung.



Seine erste vielbeachtete Rede hielt Horst Köhler am 15. März 2005 auf dem Arbeitgeberforum „Wirtschaft und Gesellschaft“, in der er von der Wirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen einforderte. Anknüpfend an die von Bundespräsident Roman Herzog begründete Tradition der „Berliner Rede“, hielt Köhler seine erste Rede in Berlin zum Thema „Bildung für alle“ an der Kepler-Oberschule in Berlin-Neukölln. Am 8. Mai 2005 äußerte sich Köhler in einer weiteren vielbeachteten Rede zum sechzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges.

Im Jahr 2003 wurde Köhler von der Universität Tübingen zum Honorarprofessor ernannt. Horst Köhler ist evangelisch. Seit 1969 ist er mit Eva Luise Bohnet verheiratet. Das Paar hat zwei Kinder.

1. Bundesversammlung

12. September 1949

Übersicht

Zusammensetzung nach Parteien¹⁾

CDU/CSU	280	(+ 4 Berliner)
SPD	279	(+ 9 Berliner)
FDP	87	(+ 3 Berliner)
Sonstige	158	
insgesamt	804	(+ 16 Berliner)

¹⁾ Die Berliner Mitglieder waren in der 1. Bundesversammlung nicht stimmberechtigt.

Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder

Baden	12
Bayern	78
Berlin	8
Bremen	5
Hamburg	13
Hessen	36
Niedersachsen	58
Nordrhein-Westfalen	109
Rheinland-Pfalz	25
Schleswig-Holstein	23
Württemberg	33
Württemberg-Hohenzollern	10

Tagungsort und Tagungsstätte: Bonn, Bundeshaus

Präsident der Bundesversammlung: Bundestagspräsident Dr. Erich Köhler

Wahlergebnisse

	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Theodor Heuss (FDP)	377	416
Kurt Schumacher (SPD)	311	312
Rudolf Amelunxen (Z)	28	30
Sonstige	9	2
Enthaltungen	76	37
ungültig	2	3
abgegebene Stimmen insgesamt	803	800

Gewählt: Theodor Heuss im 2. Wahlgang mit 416 Stimmen²⁾

²⁾ erforderliche Mehrheit: 403 Stimmen

Amtszeit: 13. September 1949 bis 12. September 1954

Verzeichnis der Mitglieder

A

Dr. Adenauer *
Agatz *
Ahrens, Adolf *
Ahrens, Bernhard
Albers, Johann
Albers, Johannes *
Albertini, Hans
Frau Albertz *
Frau Albrecht *
von Almsiek
Altenhain
Altmaier, Jakob *
Altmeier, Peter
Dr. Amelunxen *
Andresen
Dr. Annabring
Frau Ansorge
von Aretin *
Arndgen *
Dr. Arndt *
Arnholz *
Arnold, Karl
Frau Arnold *
Dr. Atzenroth *
Aumer *

B

Dr. Baade *
Bach, Ernst
Bach, Otto
Dr. Bärsch *
Bäßler
Bahlburg *
Bahnsen
Barche
Bauereisen *
Bauknecht *
Dr. Baumgartner *
Dr. Baur, Georg *

Baur, Valentin *
Bausch *
Bazille *
Dr. Beck
Beckenbach
Becker, Joseph *
Becker, Ludwig
Dr. Becker, Max *
Frau Beckmann
Behrisch *
Benz
Bergmann *
Dr. Bergsträßer *
Berlin *
Berliner
Dr. Besold *
Bettgenhäuser *
Betz
Bezold
Frau Bieganowski
Bielig *
Biester
Birkelbach *
Birstiel
Bisseis
Bitom
Blachstein *
Dr. Blank, Martin *
Blank, Theodor *
Bleek
Dr. Bleiss *
Frau Dr. Bleyler
Bliesner
Block
Blomeyer
Blücher *
Blume
Dr. Boden
Bodenbender
Bodensteiner *
Bögler
Böhm *

Dr. Boettcher
Boljahn
Brandt *
Bratschke
Frau Brauksiepe *
Dr. von Brentano *
Brese *
Dr. Brill *
Brockmann
Frau Dr.Brökelschen *
Dr. Brönner *
Bromme *
Brookmann *
Brück
Brünen *
Brunner, Karl *
Brunner, Michael
Dr. Bucerius *
Buddeberg
Budke

C

Catta
Centmeyer
Dr. de Chapeaurouge
Cierocki
Cillien
Clausen *
Cramer *
Dr. Czech

D

Dali
Frau Damkowski
Dannebom *
Dannemann *
Daum
Dr. Decker *
Degener *

* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Dr. Dehler *
Deiningner
Deppermann
Determann *
Deutz
Dichtel
Diekmann
Diel, Anton *
Diel, Jakob
Dietl, Hans
Frau Dietz *
Dirscherl *
Dittmann
Dobbert
Frau Döhring *
Frau Döll
Döllken
Frau Doerne
Dr. Dohr
Donhauser *
Dr. Doris *
Drechsel
Dreier
Dr. Dresbach *
Drescher
Drobe
Duffhues

E

Eberhard
Ebert
Eckstein *
Eckstrand *
Dr. Edert *
Dr. Ehlers *
Ehren *
Eichler *
Eichner *
Eickhoff *
Frau Eisfeld
Elsen
Dr. Emcke
Endemann
Engelbrecht
Eplée

Dr. Erhard *
Erler *
Ersing
Etzel, Franz *
Dr. Etzel, Hermann *
Euler *
Even *
Ewers *
Ezenbach *

F

Faßbender *
Dr. Falkner *
Farke *
Feldmann, Alois *
Feldmann, Emil
Feller
Dr. Fink *
Fisch *
Dr. Fischbacher
Fischer, Heinrich
Fischer, Willy *
Fitzner
Flamme
Dr. Flecken
Fleckenstein
Föge
Freidhoff *
Freitag *
Freudenberg *
Dr. Frey *
Dr. Friedrich *
Fries
Frings
Fröhlich *
Frommhold *
Frühwald *
Fuchs, Gustav *
Frau Fuchs
von Fürstenberg *
Füsser
Fürst Fugger von Glött
Funk *
Funke
Fuß

G

Gärtner
Graf von Gahlen
Graf von Galen, Emanuel
Frau Gassmann
Gaßner
Gaul *
Gebler
Gehring
Gehrmann
Gengler *
Gerber
Dr. Dr. Gereke
Geritzmann *
Gerns *
Gerrich
Dr. Gerstenmaier *
Gibbert *
Giencke *
Frau Giesemann
Dr. Glasmeyer *
Glæssner *
Gluesing *
Gockeln *
Göbel
Görlinger *
Götschenberg
Dr. Götz *
Götzendorff *
Gog
Goldammer
Goldschmidt
Goldstein
Dr. von Golitschek *
Gräßler
Graf *
Greib
Dr. Greve *
Frau Gröber
Frau Dr. Gröwel *
Gronowski
Groß
Dr. Großkopf
Grube
Grün

Grundmann *
Dr. Gülich *
Günther, Bernhard *
Frau Günther
Gundelach *

H

Haag
Haake
Dr. Haas, Albrecht
Haas, Franz
Frau Härdle
Hagedorn
Hagen, Georg
Hagen, Lorenz
Hagge *
Dr. Haindl
Dr. Hamacher *
Hamm
Dr. Hammer *
Happe *
Harig *
Frau Hartmann
Hartmeyer
Dr. Häusler
Dr. Hasemann *
Frau Hauke
Dr. Haussmann
Dr. Haux
Hebborn
Hedler *
Heide
Heidelberg
Heiland *
Heile
Frau Heiler *
Heinecke
Dr. Dr. Heinemann
Heinen
Heißwolf
Heix *
Helfrich
Hellenbrock
Hellwege *

Helmstädter
Henkel
Dr. Henle *
Hennig *
Henssler *
Herbig *
Hergenröder
Hermann, Friedrich
Herrmann, Matthäus *
Hertel
Herzner
Heurich
Dr. Heuss *
Dr. Heydorn
Hilbert *
Hilgers
Hillenkötter
Dr. Hilpert *
Höcker *
Höfler *
Höft
Dr. Hoegner
Höhenberger
Höhne *
Dr. Höhnle
Dr. Dr. Höpker-Aschoff *
Hoffmann, Johannes
Dr. Hoffmann *
Hofmann, Leopold
Dr. Hofmeister
Holla
Holweg
Dr. Holzapfel *
Hoogen *
Hoppe *
Dr. Horlacher *
Dr. Horster
Frau Dr. Hubert *
Husch
Huth *

I

Frau Dr. Ilk
Imig *

J

Jacob
Jacobi *
Jacobs *
Jäckle
Dr. Jaeger *
Jahn *
Jaksch
Janssen
Jennes
Josten
Jürgens
Juncker *
Junglas *

K

Dr. Kahn *
Kaiser, Ewald
Kaiser, Jakob *
Kalbfell *
Kalbitzer *
Frau Kalinke *
Frau Dr. Kamlah
Karpf *
Dr. Kather *
Frau Katz
Keil
Frau Keilhack *
Dr. Keller
Kemmer *
Kemper *
Kerber
Kern *
Dr. Kessler
Keuning *
Kiener
Kiesinger *
Kinat *
Frau Kipp-Kaule *
Klabunde *
Frau Kleinbeckes
Dr. Kleindinst *
Kliewer
Klinge *

Dr. Kneipp *	Langer *	Maier, Fritz *
von Knoeringen *	Frau Langner	Majonica
Knothe *	Lauenstein	Margulies *
Dr. Koch, Harald *	Lausen *	Markscheffel
Dr. Koch	Layritz	Markwardt
Koch, Willi	Leddin *	Marx *
Dr. Köhler *	Ledwohn	Massoth *
Frau Kötting	Lehmann	Matthes *
Kohl *	Dr. Dr. Lehr *	Mattick
Kohlhoff	Leibfried *	Matzner *
Dr. Kopf *	Leibbrand, Robert *	Mayer, Ernst *
Frau Korpeter *	Dr. Leibbrandt, Friedrich	Mayer, Hugo *
Krämer	Lensing	Mayerhofer *
Kraft	Lenz *	Mayr
Frau Krahnstöver *	Leonhard *	Dr. Meerfeld
Kral	Dr. Leuchtgens *	Mehs *
Dr. Krapp	Frau Dr. Linden	Meitingen
Frau Krappe	Dr. Linnert *	Meitmann *
Krause *	Frau Lockmann	Mellies *
Dr. Krekeler	Löbe *	Mende *
Kriedemann *	Löfflad *	Frau Menne
Kriegseis	Loher	Mensing *
Dr. Krombach	Lohmann	Dr. Menzel *
Dr. Krone *	Lohmüller *	Dr. von Merkatz *
Krüger	Loibl *	Mertins *
Kübler	Frau Loreck	Meuser
Kühling *	Loritz *	Meyer, Erich *
Kühn, Adolf	Lubke	Meyer, Heinz *
Kühn, Heinz	Dr. Luchtenberg	Meyer, Richard
Kühn, Walter *	Ludwig, Adolf *	Frau Meyer-Laule *
Kuhlemann *	Ludwig, Georg	Dr. Middelhaue *
Kuhn	Lübke *	Dr. Mießner *
Kukielczynski	Lücke *	Dr. Miller
Kuntscher *	Dr. Lueken	Missmahl *
Kunze *	Dr. Lützens *	Mittermeier
Kuraner	Lutz, Hermann	Moll
Kurlbaum *	Lutz, Josef	Dr. Mommer *
Kwiencinski	Lux, Anton	Moosdorf
L	M	Morgenthaler *
Dr. Laforet *	Maag	Muckermann *
Lampl	Dr. Maas	Dr. Mücke *
Landgrebe	Maderer	Mühlenberg *
Landsberg	Maerkl	Dr. Mühlenfeld *
Lange *	Maier, Anton	Müller, Emil
		Müller, Hans
		Müller, Heinrich *

Dr. Müller, Karl *
 Müller, Kurt *
 Müller, Oskar *
 Müller, Theodor
 Müller, Willy * DP
 Müller, Willy SPD

N

Frau Nadig *
 Nägel *
 Nagel
 Neber *
 Nellen *
 Frau Nettebeck
 Dr. Neuburger *
 Neuenkirch
 Neumann *
 Neumayer *
 Nickl *
 Niebergall *
 Dr. Nies
 Nießwandt
 Frau Niggemeyer *
 Dr. Dr. Noell von der Nahmer *
 Dr. Nölting *
 Dr. Nowack, Wilhelm *
 Nowak, Friedrich *
 Nuding *

O

Dr. Oellers *
 Dr. Oesterle *
 Ohlig *
 Ollenhauer *
 Olson
 Onnen *
 Dr. Orth *
 Ortman
 Dr. Oswald
 Dr. Ott *

P

Pannebecker *
 Parzinger *

Paschek *
 Frau Pascher
 Passarge
 Paul, Ernst *
 Paul, Hugo *
 Pehle, Fritz
 Pelster *
 Dr. Person
 Pesch
 Peters, Georg *
 Dr. Peters, Johannes
 Dr. Pfad
 Dr. Pfeiffer
 Pfender *
 Dr. Pfeiderer *
 Pflüger
 Philipp
 Pickl
 Pichler
 Pittroff
 Frau Pitz
 Platte
 Pösl
 Pohle *
 Dr. Povel *
 Precht
 Dr. Preiß *
 Dr. Preusker *
 Priebe *
 Frau Dr. Probst *
 Dr. Pünder *
 Putz
 Pytlik

R

Dr. Raabe
 Rademacher, Heinrich
 Rademacher, Willi Max *
 Raestrup *
 Frau Rahn
 Rahn, Wilhelm
 Rath *
 Frau Rautenbach
 Dr. von Rechenberg *
 von Reden-Hastenbeck

Frau Dr. Rehling *
 Dr. Reif *
 Reimann *
 Reindl *
 Dr. Reismann *
 Reitzner *
 Dr. Remele
 Renger
 Renner *
 Revenstorff *
 Ribbeheger *
 Dr. Richter, Franz *
 Richter, Georg
 Richter, Willi *
 Riedmiller
 Rieser
 Rimmelspacher
 Ringel
 Rippel
 Risch
 Rische *
 Rislser
 Ritzel *
 Röger
 Frau Rösch *
 Roesing
 Dr. Ronge
 Dr. Roser
 Rost
 Roth *
 Rothen
 Rüdiger *
 Rümmele *
 Ruhnke *
 Runge *
 Ruppert

S

Sabel *
 Sailer
 Salkowski
 Sander *
 Sassnick *
 Dr. Schäfer, Hermann *
 Schäffer, Fritz *

Schaeven
Frau Schanzenbach *
Scharnberg *
Dr. Schatz *
Frau Schaub
Scheler
Schick
Schiffer
Schill *
Schinle
Schirpenbach
Dr. Schlange-Schoeningen *
Schleicher
Seifried
Schloß
Schmehl
Dr. Schmid, Carlo *
Dr. Schmidt, Martin *
Schmidt, Otto
Schmidt, Walter
Schmidt, Wilhelm *
Schmitt, Joseph *
Schmitt, Nikolaus
Dr. Schmitt, Otto
Schmitz, Hans *
Schmitz, Heinrich
Schmücker *
Schneider, Eugen
Schneider, Heinrich
Schneider, Hermann
Dr. Schneider, Ludwig *
Schönauer *
Dr. Schöne *
Schönfelder
Schoettler *
Dr. Schreiber
Schröder, Ewald
Dr. Schröder, Gerhard *
Frau Schroeder, Louise *
Schröter, Carl *
Dr. Schüler
Schüttler *
Schütz *
Schuler *
Schulz, Kurt
Schulze, Friedrich

Schulze-Pellengahr *
Dr. Schumacher *
Schuster *
Schwabrod
Schwarzmann
Schwebke
Schwennicke
Dr. Schwering
Schwieger
Dr. Seebohm *
Seeger
Dr. Seelos *
Frau Sehlmeier
Seifried
Frau Seitz
Frau Dr. Seibert
Frau Seppi
Dr. Serres *
Seuffert *
Dr. Severing
Sewald *
Siebel *
Dr. Siemer
Simmel
Simpfendörfer
Simstedt
Dr. Solleder *
Sommerfeld
Frau Spangenberg
Spies, August
Spies, Joseph *
Graf von Spreti *
Stahl *
Stauch *
Stech *
Steger, Alfred
Stegner, Arthur *
Frau Stehle
Frau Dr. Steinbiss *
Steinfeldt
Steinhörster *
Stieler
Stierle *
Stobbe
Stock
Stöcklein

Stoffer
Stolte
Stopperich *
Storch *
Dr. Storm
Strauß *
Dr. Strickrodt
Striebeck *
Striefler
Frau Strobel *
Struve *
Stübinger
Stücklen *
Stump
Dr. Suhr *
Susemihl
Swolinsky

T

Tackmann
Temmen *
Tenhagen *
Frau Teusch
von Thadden *
Frau Thiele *
Thielke
Thole
Tichi *
Dr. Tillmanns *
Tobaben *
Töpfer
Dr. Trischler *
Troppenz *
Trumpfheller

U

Dr. Uhrmacher

V

Dr. Veit *
Vesper *
Völker
Dr. Vogel *

Vogelbein
Volkholz *
Vomfelde
Frau Voos
Frau de Vries

W

Wacker *
Wackerzapp *
Dr. Waeldin
Wagner, Albert
Wagner, Friedrich-Wilhelm *
Frau Wagner
Dr. Wahl *
Wallner *
Walter *
Wartner *
Wascher
Frau Dr. Weber *
Dr. Weber, Karl *
Wehner *
Weickert *
Weinhold *

Dr. Weiß *
Dr. Weißenseel
Dr. Weitz
Welke *
Dr. Wellhausen *
Weltner *
Dr. Wenzel *
Werner, Hugo
Werner, Theodor
Frau Wessel *
Wiedemeier
Wieland
Wild
Wildermuth *
Wilke
Winkelheide *
Dr. Winkler
Winter
Wirsching
Wirthle
Wirths *
Witte
Wittenburg *
Wittighoff

Wittmann *
Wittrock
Wönner *
Wörz
Wolf, Hans Coburg
Wolf, Hans Lahr
Wolters, August
Dr. Würmeling *
Dr. Wutzlhofer

Z

Zängerle
Dr. Zawadil *
Frau Zehner
Dr. Ziegler, Franz *
Ziegler, Jakob
Zietsch
Dr. Zimmer, Alois
Zimmer, Rudolf
Zinn *
Zormaier
Frau Zorwald
Zühlke *

Zusammensetzung nach Parteien

Parteien	Mitgl. d. Bundesvers., die Mitgl. des Bundestages sind	Mitgl. d. Bundesvers., die von den Volksvertretungen der Länder gewählt wurden ¹⁾	Insgesamt
CDU/CSU	140 + (2) ²⁾	140 + (2)	280 + (4)
SPD	131 + (5)	148 + (4)	279 + (9)
FDP	52 + (1)	35 + (2)	87 + (3)
DP	17	11	28
BP	17	17	34
Z	10	11	21
KPD	15	25	40
WAV	12	12	24
DRP	6	-	6
SSW	1	2	3
BDV	-	1	1
Unabhängige oder Fraktionslose	1	-	1
Insgesamt:	402³⁾ + (8) = 410	402³⁾ + (8) = 410	804³⁾ + (16) = 820

1) Vgl. Artikel 54 Abs. 3 GG

2) Zahlen in Klammern: Mitglieder der Bundesversammlung aus Berlin

3) Die 8 Berliner Mitglieder des Bundestages u. die 8 Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses - insges. 16 - haben bei der 1. Bundesversammlung nicht mitgestimmt

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages

Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten

Länder	SPD		CDU/CSU		FDP		BP		DP		KPD	
	MdL	Nicht-MdL	MdL	Nicht-MdL	MdL	Nicht-MdL	MdL	Nicht-MdL	MdL	Nicht-MdL	MdL	Nicht-MdL
Baden	3	-	3	4	1	1	-	-	-	-	-	-
Bayern	18	-	9	15	2	5	-	17	-	-	-	-
Berlin	4	-	2	-	2	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	3	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hamburg	7	4	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-
Hessen	15	1	11	-	5	-	-	-	-	-	1	3
Niedersachsen	2	27	8	2	4	-	-	-	7	4	-	2
Nordrhein-Westfalen	12	20	12	36	2	4	-	-	-	-	7	7
Rheinland-Pfalz	5	4	12	-	1	1	-	-	-	-	2	-
Schleswig-Holstein	7	7	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Württ.-Baden	5	6	8	5	4	2	-	-	-	-	-	3
Württ.-Hohenzollern	2	-	5	1	2	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt:	83	69	79	63	24	13	37	17	7	4	11	15
				142								25

Fortsetzung
nächste Seite

–Fortsetzung–

Länder	WAV		Zentrum		SSW		BDV		Insgesamt		
	MdL	Nicht-MdL insg.	MdL	Nicht-MdL insg.	MdL	Nicht-MdL insg.	MdL	Nicht-MdL insg.	MdL	Nicht-MdL insg.	
Baden	-	-	-	-	-	-	-	-	7	5	12
Bayern	-	12	-	-	-	-	-	-	29	49	78
Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	8 ^{a)}	-	8 ^{a)}
Bremen	-	-	-	-	-	-	1	1	5	-	5
Hamburg	-	-	-	-	-	-	-	-	9	4	13
Hessen	-	-	-	-	-	-	-	-	32	4	36
Niedersachsen	-	-	2	2	-	-	-	-	23	35	58
Nordrhein-Westfalen	-	-	2	7	9	-	-	-	35	74	109
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-	-	-	20	5	25
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	-	2	2	-	16	7	23
Württ.-Baden	-	-	-	-	-	-	-	-	17	16	33
Württ.-Hohenzollern	-	-	-	-	-	-	-	-	9	1	10
Insgesamt:	-	12	4	7	11	2	2	1	210 ^{a)}	200	410 ^{a)}

*) Die 8 Berliner Mitglieder des Bundestages u. die 8 Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses - insges. 16 - haben bei der 1. Bundesversammlung nicht mitgestimmt

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages

Stenographischer Bericht

1. Sitzung, Bonn, Montag, den 12. September 1949¹⁾

Die Sitzung wird um 16 Uhr durch den Präsidenten Dr. Köhler eröffnet.

Präsident Dr. Köhler: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die erste Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland zum Zwecke der Wahl des Bundespräsidenten.

Ich stelle fest, daß die Bundesversammlung gemäß § 25 Absatz 1 des Wahlgesetzes von den Herren Ministerpräsidenten ordnungsgemäß einberufen worden ist. Die Bundesversammlung wird gemäß § 25 Absatz 2 des Wahlgesetzes vom Präsidenten des Deutschen Bundestages geleitet. Zu Schriftführern habe ich die in der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages benannten — zunächst in alphabetischer Reihenfolge zwei — zu mir berufen.

Ich beginne nunmehr mit der **Konstituierung** durch den

Namensaufruf der Mitglieder der Bundesversammlung.

Ich bitte die Herren Schriftführer, die Namen vorzulesen. Ich darf die Mitglieder des Hauses bitten, an Hand der vor ihnen liegenden Mitgliederliste die Verlesung zu verfolgen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren! Ich frage: Ist eins der anwesenden Mitglieder der Bundesversammlung nicht aufgerufen worden?

(Zuruf.)

— Ich bitte um Ihren Namen!

(Abg. Gog: Gog, G-o-g!)

— Das ist dann also ein Druckfehler in der Liste. Meldet sich sonst niemand? — Dann stelle ich fest, daß hiermit die erste Bundesver-

sammlung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 2 der Ihnen vorliegenden Tagesordnung:

Wahlvorschläge.

Bevor ich um Wahlvorschläge bitte, darf ich mir erlauben, noch einmal auf die einschlägigen Bestimmungen des Grundgesetzes hinzuweisen. Ich verlese Artikel 54 Absatz 1:

Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.

Ich verlese weiter Absatz 6 des Artikels 54:

Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

Ich bitte nunmehr um Wahlvorschläge. — Herr Abgeordneter Blücher!

Blücher (FDP): Ich schlage für die Wahl des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland den Abgeordneten Theodor Heuss vor.

Präsident Dr. Köhler: Werden weitere Vorschläge gemacht? — Herr Abgeordneter Ollenhauer, bitte!

Ollenhauer (SPD): Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion schlage ich als ersten Bundespräsidenten den Abgeordneten Dr. Kurt Schumacher vor.

¹⁾ 1.-3. Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland. Stenographischer Bericht. Bonn 1959

Präsident Dr. Köhler: Werden weitere Vorschläge gemacht? — Bitte, Frau Wessel.

Wessel (Z): Namens der Zentrumsfraktion schlage ich für das Amt des Bundespräsidenten den Sozialminister von Nordrhein-Westfalen Dr. Amelunxen vor.

(Unruhe.)

Präsident Dr. Köhler: Werden noch weitere Vorschläge gemacht? — Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist, und erkläre damit die Abgabe der Wahlvorschläge für beendet.

Meine Damen und Herren, dann kommen wir zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Wahl des ersten Bundespräsidenten.

Ich bitte die Mitglieder der Bundesversammlung, ihr Wahlrecht durch Abgabe der Stimmzettel auszuüben. Es sind drei Vorschläge gemacht worden: Dr. Heuss, Dr. Schumacher, Dr. Amelunxen. Ich bitte, die Stimmzettel gefaltet in die Umschläge zu stecken und darauf zu achten — auch diese Bemerkung gestatte ich mir zu machen —, daß sich nicht versehentlich ein zweiter, leerer Stimmzettel in dem Umschlag befindet. Es sind drei Urnen aufgestellt, eine Urne in der Mitte, eine Urne rechts und eine Urne links.

Während Sie die Stimmzettel ausfüllen, bestelle ich zur Entgegennahme der Stimmzettel für die drei Urnen die Abgeordnete Frau Albertz — ich bitte, der Einfachheit halber gleich die Urne zu meiner Linken zu übernehmen —, den Abgeordneten Dr. Zawadil für die Urne in der Mitte und den Abgeordneten Karpf für die Urne zu meiner Rechten. Ich bitte die genannten Abgeordneten, sich zur Entgegennahme der Stimmzettel an die Wahlurnen zu begeben. —

Die Mitglieder der Bundesversammlung haben die alphabetische Namensliste in den Händen. Ich bitte, bei der Aufrufung der Namen die Liste zu verfolgen und sich so rechtzeitig zu der Ihnen nächstgelegenen Urne zu begeben, daß die Stimmabgabe mit einem Minimum an Verzögerung vonstatten gehen kann. — Befin-

den sich an den drei Urnen die Abgeordneten, die die Stimmzettel entgegennehmen müssen? Ich bitte, mir das zu bestätigen.

(Geschieht.)

Dann bitte ich, die Urnen zu öffnen, um festzustellen, daß sich nichts in ihnen befindet. — Haben Sie sich überzeugt? — Danke schön!

Die Wahlhandlung beginnt. Ich lasse aufrufen.

(Namensaufruf.)

Ich bitte doch die Damen und Herren, wenn sie aufgerufen werden, zur Bestätigung dessen, daß sie ihr Wahlrecht ausüben, noch einmal „Hier“ zu rufen.

(Der Namensaufruf wird fortgesetzt.)

Darf ich einen Moment unterbrechen und eine Bemerkung zur Geschäftsordnung machen. — So schmerzlich es für uns ist, dies festzustellen, der Ordnung halber muß ich es aber aussprechen, daß die Mitglieder der Bundesversammlung, soweit sie aus Berlin sind, bekanntlich nicht in der Lage sind, sich an der Abstimmung zu beteiligen.

Ich bitte fortzufahren.

(Der Namensaufruf wird fortgesetzt.)

Meine Damen und Herren, der Aufruf zur Abgabe der Stimmen ist beendet. Ich frage pflichtgemäß, ob jedes Mitglied der Bundesversammlung bei Abgabe seiner Stimme aufgerufen worden ist.

— Es meldet sich niemand. Dann erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen.

Wir kommen zur Auszählung. Ich bitte die Schriftführer, die die Urnen betreut haben, diese auf den Regierungstisch zu bringen und derart zu leeren, daß der Inhalt der drei Urnen einen gemeinsamen Haufen bildet. Zur weiteren Unterstützung der Auszählung berufe ich noch als Schriftführer den Abgeordneten Matthes. — Die Auszählung beginnt.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Meine Damen und Herren! Die Auszählung der abgegebenen Stimmen ist beendet. Ich kann Ihnen nunmehr das Ergebnis des Wahlganges verkünden. Abgegeben worden sind 803 Stimmen; davon waren zwei ungültig. Auf die einzelnen Kandidaten sind entfallen an Stimmen: auf Dr. Heuss 377, Dr. Schumacher 311, Dr. Amelunxen 28, Dr. Schlange-Schönigen 6, Arnold 1, Dr. Müller — ausdrücklich mit „CSU“ bezeichnet — 1, Loritz 1 Stimme.

(Heiterkeit.)

— Ich bitte, Kundgebungen zu unterlassen. Ferner wurden 76 Stimmenthaltungen gezählt.

Damit, meine Damen und Herren, ist eine Mehrheit für einen Kandidaten im ersten Wahlgang im Sinne des Artikels 54 Absatz 6 nicht erzielt. Nach der gleichen Bestimmung schreiten wir nunmehr zum *zweiten Wahlgang*. Wie beim ersten Wahlgang bitte ich um **Wahlvorschläge**.

Herr Abgeordneter Blücher, bitte.

Blücher (FDP): Ich schlage zur Wahl als ersten Bundespräsidenten den Abgeordneten Theodor Heuss vor.

Präsident Dr. Köhler: Werden weitere Vorschläge gemacht? — Herr Abgeordneter Ollenhauer!

Ollenhauer (SPD): Ich schlage für die Wahl des ersten Bundespräsidenten Herrn Abgeordneten Dr. Kurt Schumacher vor.

Präsident Dr. Köhler: Werden weitere Vorschläge gemacht? — Frau Abgeordnete Wessel!

Wessel (Z): Ich schlage für die Wahl den Herrn Abgeordneten, Sozialminister von Nordrhein-Westfalen Dr. Amelunxen vor.

(Unruhe.)

Präsident Dr. Köhler: Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen, darf ich wohl annehmen, daß weitere Vorschläge nicht gemacht werden, und erkläre daher die Abgabe von Wahlvorschlägen für beendet.

Wir schreiten nunmehr zum zweiten Wahlgang nach denselben Grundsätzen, die wir vorhin im ersten Wahlgang angewendet haben. Ich bitte, wiederum darauf zu achten, daß die Wahlzettel in die Wahlumschläge gelegt werden. Die Herren Schriftführer, die sich vorhin bereits zur Entgegennahme der Stimmzettel an den Wahlurnen befunden haben, bitte ich, liebenswürdigerweise Ihre Plätze wieder einzunehmen, und gleichzeitig bitte ich, in aller Form festzustellen, daß die Wahlurnen leer sind. — Ist das geschehen? — Danke.

Wir beginnen nunmehr mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren! Der Aufruf ist geschlossen. Ich frage: Ist jedes Mitglied der Bundesversammlung zur Stimmabgabe aufgerufen worden?

(Abg. Stücklen: Nein!)

— Bitte, geben Sie Ihre Stimme ab! —

Ich stelle fest, daß die Mitglieder der Bundesversammlung, soweit sie hier im Saal anwesend sind, keinen Widerspruch gegen meine Feststellung erheben, daß jedes Mitglied der Bundesversammlung zur Stimmabgabe aufgerufen worden ist. Ich erkläre damit die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nunmehr die Damen und Herren, die die Wahlurnen betreut haben, wieder wie im ersten Wahlgang die Wahlurnen hier auf dem Tisch auszuschütten und das weitere Verfahren durchzuführen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Darf ich die Herren Abgeordneten Dr. Mießner und Pannebecker bitten, zur Ablösung der beiden Herren Schriftführer hier heraufkommen zu wollen.—

Meine Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen. Das *Ergebnis des zweiten Wahlganges* für die Wahl des Bundespräsidenten ist das folgende. Es sind insgesamt 800 Stimmen abgegeben worden. Ich mache, ehe ich die einzel-

nen Ziffern bekanntgebe, darauf aufmerksam, daß irgendwelche Kundgebungen seitens der Besucher der Tribüne unzulässig sind. Auf die einzelnen Kandidaten sind an Stimmen entfallen: auf Dr. Heuss 416, Dr. Schumacher 312, Dr. Amelunxen 30, Dr. Schlange-Schöningen 2. Enthaltungen: 37, ungültig: 3 Stimmen.

Nach Artikel 54 Absatz 6 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 121 des Grundgesetzes beträgt die Mehrheit bei einer Gesamtzahl von 804 Mitgliedern der Bundesversammlung 403. Demnach ist die Mehrheit der Stimmen im Sinne der Vorschriften des Grundgesetzes auf Herrn Abgeordneten Dr. Theodor Heuss entfallen.

Herr Dr. Heuss, ich habe die Frage an Sie zu richten, ob Sie bereit sind, die danach auf Sie

entfallene Wahl als Bundespräsident anzunehmen.

Dr. Heuss: Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Köhler: Ich danke Ihnen. Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß Herr Dr. Theodor *Heuss* damit zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland *gewählt* worden ist und seine Wahl angenommen hat.

Herr Bundespräsident, ich beglückwünsche Sie im Namen der Bundesversammlung zu dieser Wahl.

Ich schließe nunmehr die erste Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland.

(Schluß der Sitzung: 19 Uhr 17 Minuten.)

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 12. September 1949

Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Heuss

Deutscher Bundestag, 2. Sitzung, Bonn, Montag, den 12. September 1949¹⁾

Die Sitzung wird um 19 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Dr. Köhler eröffnet.

Präsident Dr. Köhler: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Sitzung des Bundestags.

Nach unserer Tagesordnung haben wir nunmehr zur

Eidesleistung des Herrn Bundespräsidenten

zu schreiten. Nach Artikel 56 des Grundgesetzes leistet der Herr Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestags und des Bundesrats seinen Eid.

Ich stelle fest, daß auf Grund des Namensaufrufs die Mitglieder des Bundestags versammelt sind. Ich darf Sie, Herr Präsident des Bundesrats, fragen, ob im Sinne des Artikels 56 der Bundesrat versammelt ist.

Arnold, Präsident des Bundesrats: Der Bundesrat ist versammelt, Herr Präsident.

Präsident Dr. Köhler: Ich danke für diese Erklärung. Ich stelle damit fest, daß die Mitglieder des Bundestags und des Bundesrats versammelt sind.

Ich darf Sie nunmehr bitten, Herr Bundespräsident, sich zu mir heraufzubegeben.—

Ich lege das Original des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland auf diesen Tisch.

Herr Bundespräsident, ich darf Sie bitten, mir nun den Eid nachzusprechen, den ich mir erlauben werde Ihnen vorzusprechen:

Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Der Bundespräsident leistet diesen Eid.)

Meine Damen und Herren, der Herr Bundespräsident hat den Eid geleistet.

Ich darf Sie fragen, Herr Bundespräsident, ob Sie den Wunsch haben, an die Versammlung eine Ansprache zu richten.

Bundespräsident Dr. Heuss: Ja, ich habe den Wunsch.

Präsident Dr. Köhler: Ich erteile dem Herrn Bundespräsidenten das Wort.

Bundespräsident Dr. Heuss: Verehrte Mitglieder des Bundestags, des Bundesrats und der Bundesversammlung! Niemand wird — so hoffe ich — mißdeuten, und mancher wird, denke ich, verstehen, wenn ich in dieser mich sehr bewegenden Stunde, die mein Leben verwandelt, zunächst sehr persönliche Dinge ausspreche und zweier Männer gedenke: meines früh verstorbenen **Vaters**, der in die Seelen seiner jungen Söhne die Legenden des Jahres 48 gegossen hat, die mit der Familiengeschichte verbunden sind, und der uns einen Begriff davon gab, daß die Worte Demokratie und Frei-

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 1, S. 9-11

heit nicht bloß Worte, sondern lebengestaltende Werte sind; und **Friedrich Naumanns**, des Mannes, der das wachsende Leben gestaltet hat, ohne den ich nicht das wäre, was ich bin, dem ich das Wissen zumal verdanke, das als Erbe in mir geblieben ist, daß die Nation nur leben kann, wenn sie von der Liebe der Massen des Volkes getragen wird, von dem ich gelernt habe, daß die soziale Sicherung mit die Voraussetzung der politischen Sicherung ist. Er hat uns das Wort in die Seele geschrieben: „Das Bekenntnis zur Nationalität und zur Menschwerdung der Masse sind für uns nur die zwei Seiten einer und derselben Sache.“

Ich darf an dieser Stelle mit aller Gelassenheit aussprechen: dieses Amt wurde von mir nicht in einem unruhigen Ehrgeiz erstrebt. Es ist für mich mit persönlicher Resignation verbunden; denn manche Pläne wissenschaftlicher und literarischer Natur entfliehen mit ihm. Aber ich darf sagen, daß ich noch nie einer Aufgabe ausgewichen bin, wenn die Pflicht es verlangte. Ich möchte in der **Berufung in dieses Amt** die Deutung so sehen dürfen, daß sie eine Anerkennung darstellt für die **Mittleraufgabe**, die mir im Verlaufe des letzten Winters und Frühjahrs in Bonn zugewachsen war, als wir das Grundgesetz zu bilden hatten.

Noch ein persönliches Wort! In den Zeitungen habe ich in diesen letzten Tagen allerhand seltsame Dinge von mir lesen können — nette Sachen —, aber daß mir die „Ellbogenkraft“ fehle, die zum Politiker gehöre. Ich selber habe das Gefühl: von der Ellbogenpolitik haben wir reichlich genug gehabt. Ich betrachte es persönlich als einen Gewinn meines Lebens im öffentlichen Sein, daß ich, um die Worte von ehemals zu gebrauchen, auf der Rechten wie auf der Linken persönliche Freundschaften und Vertrauensverhältnisse besaß und heute besitze; das wird so bleiben. Es mag einer auch darin einen Mangel sehen; aber mir scheint, daß dieses Amt, in das ich gestellt bin, keine Ellbogenveranstaltung ist, sondern daß es den Sinn hat, über den Kämpfen, die kom-

men, die nötig sind, die ein Stück des politischen Lebens darstellen, nun als ausgleichende Kraft vorhanden zu sein.

Was ist denn das Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesrepublik? Es ist bis jetzt ein Paragraphengespinnt gewesen. Es ist von dieser Stunde an ein Amt, das mit einem Menschentum gefüllt ist. Und die Frage ist nun, wie wir, wir alle zusammen, aus diesem Amt etwas wie eine Tradition, etwas wie eine Kraft schaffen, die Maß und Gewicht besitzen und im politischen Kräftefeld sich selber darstellen will.

Es ist nicht meine Aufgabe und kann nicht meine Vermessenheit sein, in dieser Stunde so etwas wie ein Regierungsprogramm Ihnen vorzutragen. Das ist nicht meines Amtes. Aber Sie haben einen Anspruch darauf, Auffassungen von mir kennenzulernen.

Wir sind eine **Bundesrepublik**. Und nun die Frage: Sind wir **zusammengefügt** aus Staaten oder sind wir **auseinandergegliedert** in Staaten? Wenn man sich das plastisch vorstellt, so spürt man gleich, daß hier zwei Geschichtsauffassungen, die gleichzeitig politisch aktuellen Charakter haben, nebeneinandertreten. Wir stehen in der dauernden Auseinandersetzung mit unserer Geschichte. In dem Bundestag kommt dies zum Ausdruck, daß das deutsche Volk in diesen letzten acht Jahrzehnten eine historische Rechtspersönlichkeit eigenen Ranges geworden ist und nicht bloß eine Addition von Landsmannschaften darstellt.

(Sehr richtig!)

Aber indem wir das sagen, bejahen wir doch die **Landsmannschaft**. Die Schwierigkeiten, die in dieser Frage stecken, sind jedem, der im öffentlichen Leben gewirkt hat, offenkundig genug. Nach dem ungeheuren Vorgang, in dem wir heute drinstehen, dieser furchtbaren Binnenwanderung von Millionen Heimatloser, die eine neue Heimat finden sollen, finden müssen, ist der Begriff der Landsmannschaft in mancher Wandlung mitbegriffen.

Aber die **Länder** als Staatsfiguren sind Elemente unseres staatlichen Lebens und hier die große Schwierigkeit: sie stehen in den Paragraphen gleichen Rechts und gleicher Art nebeneinander, aber sie haben eine verschiedene Geschichtsträchtigkeit, und an dieser Frage werden sich sehr große Schwierigkeiten entwickeln. Wir sind uns dieser Reibungen bewußt. Wir wissen dies: in Deutschland wird in den einzelnen Ländern nicht nur sprachlich, sondern auch politisch ein verschiedener Dialekt gesprochen. Das schadet nichts. Es ist nur zu wünschen, daß die, die diese verschiedenen Dialekte sprechen, der gemeinsamen Grundsprache sich je und je bewußt bleiben.

Wir hatten in den Verhandlungen über das Grundgesetz — und wir werden das hier wieder bekommen — die Problematik des Verhältnisses der einzelnen Länder zu dem Bund. Dazu ein persönliches Wort: wir wollen keinen **Zentralismus** in Deutschland haben. Wir haben die Lehre der Nationalsozialisten hinter uns, die uns gezeigt haben, wohin es führt, wenn der deutsche Mensch genormt werden soll. Wir wollen nicht den genormten Deutschen! Wir wollen dies so aussprechen: die Länder sollen ihr Eigenleben führen, aber nicht ihr Sonderleben, sondern im Verband des Gemeinen. Man möge das nicht falsch verstehen, wenn ich sie begreifen will als die hohen Entfaltungen — gleichviel wie die psychologisch-historischen Voraussetzungen sind — der **Selbstverwaltung**.

Man hat von den Deutschen oft geredet, daß sie ein „**unpolitisches Volk**“ seien. Das will ich jetzt nicht vertiefen, es geht ja durch unsere eigene Kritik hindurch. Aber dies möchte ich sagen dürfen: die Legende von dem unpolitischen Volk der Deutschen ist falsch, wenn wir etwas davon wissen, was die Selbstverwaltung in Deutschland, seitdem sie der Freiherr vom Stein geschaffen hat, aus diesem deutschen Volk in den konkreten Aufgaben gemacht hat. Und so begreife ich — wenn wir das Zentralistische, Befehlsmäßige ablehnen — die Gliede-

rung, in der wir leben, als die großen Schulungsmöglichkeiten und als die Voraussetzungen zu dem, was ich eine **lebendige Demokratie** nennen möchte. Eine lebendige Demokratie!

Es, ist — davon ist neuerlich nicht viel zu sagen — das geschichtliche Leid der Deutschen, daß die Demokratie von ihnen nicht erkämpft wurde, sondern als letzte, als einzige Möglichkeit der Legitimierung eines Gesamtlebens kam, wenn der Staat in Katastrophen und Kriegen zusammengebrochen war. Dies ist die Last, in der der Beginn nach 1918, in der der Beginn heute mit uns steht, das Fertigwerden mit den Vergangenheiten. Diese Aufgabe war 1918 da. Damals dynastische Empfindungen, die weitergingen, von denen nicht gering zu sprechen ist; heute das Problem, vom Ausland stärker gesehen und groß gemacht, wieweit die nahe Vergangenheit, die hinter uns liegt, noch seelisch zwischen uns vorhanden.

Es ist eine Gnade des Schicksals beim Einzelmenschen, daß er vergessen kann. Wie könnten wir als einzelne leben, wenn all das, was uns an Leid, Enttäuschungen und Trauer im Leben begegnet ist, uns immer gegenwärtig sein würde. Und auch für die Völker ist es eine Gnade, vergessen zu können. Aber meine Sorge ist, daß manche Leute in Deutschland mit dieser Gnade Mißbrauch treiben und zu rasch vergessen wollen. Wir müssen das im Spürgefühl behalten, was uns dorthin geführt hat, wo wir heute sind. Das soll kein Wort der Rachegefühle, des Hasses sein. Ich hoffe, daß wir dazu kommen werden, nun aus dieser Verwirrung der Seelen im Volk eine Einheit zu schaffen. Aber wir dürfen es uns nicht so leicht machen, nun das vergessen zu haben, was die Hitlerzeit uns gebracht hat.

Die Bundesrepublik Deutschland umfaßt nur einen Teil unseres Volkes. Ich darf von den Deutschen im Osten sprechen. Ich muß von **Berlin** sprechen. Mehr als die Hälfte meines Lebens — verzeihen Sie das persönliche Wort — habe ich in dieser Stadt gelebt. Ich

habe jahrelang als Bezirks- und Stadtverordneter mit in ihr gewaltet. Es ist mir eine Herzenssache und nicht bloß rationale Überlegung, dies auszusprechen: Berlin ist heute an das Schicksal Westdeutschlands gebunden; aber das Schicksal von Gesamtdeutschland bleibt an Berlin gebunden. Dessen müssen wir uns bewußt bleiben.

Und dann das andere. Ich habe selber, als wir das Grundgesetz berieten, den Antrag gestellt, daß wir uns als „stellvertretend“ empfinden für die deutschen Brüder, die an dieser Aufgabe nicht mitwirken konnten. Wir wissen gut genug, daß das Herausarbeiten aus unserer Quasi-Souveränität, in der wir stecken, nicht bloß von uns geleitet wird, daß hier eine Weltproblematik vorliegt, daß wir in dem Mächteschicksal der anderen mit gebunden sind. Aber wir sprechen dies aus: Es ist mir in den politischen Erörterungen der vergangenen Jahre manchmal begegnet, daß man von dem Ackerboden, von den Kartoffelfeldern, von dem Kalorienvorrat sprach. Es ist ganz gut, wenn wir den anderen etwas davon erzählen, was es für die Ernährung Deutschlands bedeutet, daß diese Basis entrückt ist. Aber der **deutsche Osten** ist nicht bloß Getreideacker und Kartoffelfeld; er ist die **Heimat deutscher Menschen**. Dessen sollen wir uns in diesen Auseinandersetzungen im Innern wie nach außen hin immer bewußt bleiben. Seit die großen Wanderungen des späten Mittelalters zu Ende kamen und sich festigten, ist dort deutsches Land, das wir nicht vergessen können, weil es in unserem Geschichtsgefühl und in dem Wissen um das Schicksal von Millionen deutscher Menschen bleibt. Dessen sollen auch die anderen innerwerden und innebleiben.

Der Bundesrat und der Bundestag werden vor schier unzählige **Aufgaben** gestellt sein: die Vereinheitlichung des Rechts, das in den Ländern und in den Zonen auseinandergelaufen ist, die Fragen des Lastenausgleichs, Finanzprobleme, die Fragen des Wohnungsbaus, der Kriegsbeschädigten, der Kriegshinterbliebe-

nen, die Sorge für die Vertriebenen, die Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft, ohne die wir nicht leben können. Die Frage aber ist die erste im Sinne des Rangs, nicht im Sinne des Morgen-damit-fertig-Werdens. Wann wird es möglich sein, die vornehmste Aufgabe hier mit zu lösen, daß wir die **staatliche Selbständigkeit** für unser Volk und unseren werdenden Staat zurückgewinnen?

Wir wissen, daß eine Gesamtwende der Fragestellungen gegenüber den historischen Vorstellungen und Gegebenheiten von nationalstaatlicher Bindung im Werden ist und daß die europäische Gesamtstaatlichkeit nun nicht mehr bloß Traum- oder Wunschbild von Idealisten oder Geschichtskonstruktoren ist, sondern daß sie als realistische Aufgabe vor uns steht.

Deutschland braucht Europa, aber Europa braucht auch Deutschland. Wir wissen es im Geistigen: wir sind in der Hitlerzeit ärmer geworden, als uns die Macht des Staates von dem Leben der Völker abspernte. Aber wir wissen auch dies: die anderen würden ärmer werden ohne das, was Deutschland bedeutet. Wir stehen vor der großen Aufgabe, ein **neues Nationalgefühl** zu bilden. Eine sehr schwere erzieherische und erlebnismäßige Aufgabe, daß wir nicht versinken und steckenbleiben in dem Ressentiment, in das das Unglück des Staates viele gestürzt hat, und daß wir nicht ausweichen in hochfahrende Hybris, wie es ja nun bei den Deutschen oft genug der Fall war. Seltsames deutsches Volk, voll der größten Spannungen, wo das Subalterne neben dem genial spekulativ Schweifenden, das Spießbürgerliche neben der großen Romantik steht. Wir haben die Aufgabe im politischen Raum, uns zum Maß, zum Gemäßen zurückzufinden und in ihm unsere Würde neu zu bilden, die wir im Innern der Seele nie verloren.

Darf ich den Zufall der Zeit und des Ortes als Symbol nehmen, daß wir in diesem Jahre 1949 den 200. Geburtstag von **Goethe** began-

gen haben und daß wir hier in der Geburtsstadt von **Beethoven** weilen. Es steht uns nicht an, aus diesen beiden Namen, aus diesen beiden großen Erscheinungen etwas zu machen wie Reklameartikel und Propagandageschäfte. Es steht uns auch nicht an, wohlwollend auf ihre Schultern zu klopfen. Aber wir spüren dies: daß in diesen beiden Männern aus dem deutschen Mutterboden Weltwerte geworden sind, vor denen wir selber stolz und bescheiden stehen. Sie mögen uns in der Zerschlagenheit der Zeit Festigung und Trost bedeuten.

Verehrte Mitglieder des Bundestags, des Bundesrats und der Bundesversammlung! Im Bewußtsein meiner Verantwortung vor Gott

trete ich dieses Amt an. Indem ich es übernehme, stelle ich dieses Amt und unsere gemeinsame Arbeit unter das Wort des Psalmisten: „**Gerechtigkeit erhöht ein Volk.**“

(Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Köhler (dem Bundespräsidenten die Hand reichend): Möge Ihre Wahl dem deutschen Volke zum Segen und zum Wohle gereichen!

Wir werden nunmehr den Herrn Bundespräsidenten hinausgeleiten.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 19 Uhr 43 Minuten.)

2. Bundesversammlung

17. Juli 1954

Übersicht

Zusammensetzung nach Parteien

CDU/CSU	431	KPD	10
SPD	347	Hamburg-Block	9
FDP	112	SSW	1
GB/BHE	61	DRP	1
DP	15	fraktionslos	4
BP	15		
Z	12	insgesamt	1 018

Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder¹⁾

Baden-Württemberg	68	Hessen	44
Bayern	91	Niedersachsen	65
Berlin	22	Nordrhein-Westfalen	141
Bremen	6	Rheinland-Pfalz	32
Hamburg	17	Schleswig-Holstein	23

¹⁾ Bekanntmachung der Bundesregierung vom 17. Mai 1954 (BGBl. I S. 125, Nr. 13 vom 18. Mai 1954)

Tagungsort und Tagungsstätte: Berlin, Ostpreußenhalle

Präsident der Bundesversammlung: Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers

Wahlergebnis

	1. Wahlgang
Theodor Heuss (Vorschlag CDU/CSU)	871
Alfred Weber ²⁾ (Vorschlag KPD)	12
Sonstige	6
Enthaltungen	95
ungültig	3
abgegebene Stimmen insgesamt	987

²⁾ Wahlvorschlag der KPD. Prof. Alfred Weber teilte mit, daß er die Kommunistische Fraktion in der Bundesversammlung weder aufgefordert noch ermächtigt habe, ihn als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vorzuschlagen, und daß er sich entschieden gegen diesen Mißbrauch seines Namens verwehre.

Gewählt: Theodor Heuss im 1. Wahlgang mit 871 Stimmen³⁾

– **Wiederwahl** –

³⁾ erforderliche Mehrheit: 510 Stimmen

Amtszeit: 13. September 1954 bis 12. September 1959

Verzeichnis der Mitglieder

A

Frau Ackermann *	Bauer (Wiesbaden)	Dr. Blank (Oberhausen) *
Dr. Adenauer *	Bauer (Würzburg) *	Dr. Bleiß *
Albers (Jever)	Bauereisen *	Frau Dr. Bleyler (Freiburg) *
Albers (Köln) *	Bauerochse	Dr. h. c. Blücher *
Frau Albertz *	Bauknecht *	Bock *
Albrecht (Leimen)	Baumann	von Bodelschwingh *
Frau Albrecht (Mittenwald) *	Frau Baumbach	Dr. Boden
Altenhain	Baur (Augsburg) *	Bögler
Altmaier *	Bausch *	Böhm (Düsseldorf) *
Amberger	Bazille *	Dr. Böhm (Frankfurt) *
Angstmann	Becker (Altena)	Dr. Böhm (Stuttgart)
Frau Ansorge	Becker (Bochum)	Böllersen
Archimowitz	Becker (Hamburg) *	Dr. Bogner
Arfsten	Dr. Becker (Hersfeld) *	Bohnekamp
Arndgen *	Becker (Oberneisen)	Bolbrinker
Dr. Arndt *	Becker (Pirmasens) *	Bollwein
Arnholz *	Dr. Behn	Dr. Borttscheller
Arnold	Behrisch *	Frau Boschulte
Dr. Atzenroth *	Bender (Idar-Oberstein)	Brand (Remscheid) *
	Bender (München) *	Dr. Brandenburg (Pforzheim)
	Benecke	Brandenburg (Warburg)
	Frau Bennemann *	Brandt (Berlin) *
	Ferberich (Gottersdorf)	Frau Brauksiepe *
	Berberich (Würzburg)	Dr. von Brentano *
	Berendsen *	Brese *
	Berger	Brockhagen
	Bergmann *	Brockmann (Rinkerode) *
	Dr. Bergmeyer *	Frau Brodersen
	Berlin *	Frau Dr. Brökelschen *
	Frau Berthold	Dr. Brönner *
	Besser	Brookmann (Kiel) *
	Beth	Brück *
	Bettgenhäuser *	Brühl
	Bex	Dr. Brühler *
	Frau Beyer (Frankfurt) *	Brusch
	Bielmeier	Bruse *
	Birkelbach *	Dr. Bucerius *
	Fürst von Bismarck *	Dr. Bucher *
	Dr. Bitzer	Dr. von Buchka *
	Blachstein *	Budde
	Frau Blaeser	Frau Budow
	Blank (Dortmund) *	Bühmann

* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Dr. Bürkel *
Büttner
Burgemeister *
Frau Buscham
Busen

C

Caspers *
Catta
Cillien *
Claus
Clausen
Dr. Conring *
Cortier *
Dr. Czaja *
Dr. Czermak *

D

Dannebom *
Dannemann *
Daum *
Dr. Dehler *
Deininger
Dr. Deist *
Demmelmeier *
Dennhardt
Deutz
Dewald *
Dey
Diederichs (Mühlheim)
Diedrichsen (Altjellingsdorf) *
Diekmann *
Diel (Burg Leyen)
Diel (Horressen) *
Frau Dr. Diemer
Diesbach
Frau Dietz *
Distler
Dr. Dittrich *
Frau Döhning *
Döllken
Dr. Dohr (Lippstadt)
Dr. Dohr (Trier)

Dr. Dollinger *
Donderer
Donhauser *
Drachsler
Dr.-Ing. Drechsel *
Dreher
Dr. Dresbach *
Dröscher
Droll
Drott
Dürr
Dullenkopf

E

Eberhard *
Ebert
Frau Ebner
Dr. Eckhardt *
Eckstein *
Egbring
D. Dr. Ehlers *
Frau Ehlert
Ehren *
Eickhoff *
Eilers
Dr. Elbrächter *
Eisner *
Frau Elze
Engel (Straubing)
Engelbrecht-Greve *
Engell (Hildesheim) *
Frau Engländer
Eplée
Erfen
Dr. Dr. h. c. Erhard *
Erler *
Erny
Erpenbeck
Eschenbach
Eschmann *
Etz
Etzenbach *
Euler *
Dr. Even (Düsseldorf)
Even (Köln) *
Ey

F

Fährnich
Faller *
Fassbender *
Feldmann (Geseke) *
Feldmann (Schötmar)
Feller *
Fiedler
Gräfin Finckenstein *
Finckh (Süßen) *
Frau Finger
Fink (Freyung)
Frau Finselberger *
Fisch
Fischer (Ansbach)
Fischer (Augsburg)
Fischer (Stuttgart)
Fister
Flattich
Fleckenstein
Flöl
Frau Foshagen
Franke (Hannover) *
Franke (Mainzlar)
Dr. Franz *
Franzen *
Freese (Oldenburg)
Frehsee (Hann. Münden) *
Freidhof *
Frenken
Frenzel *
Frey
Friede
Dr. Friedensburg *
Friese *
Frau Friese-Korn *
Frühwald *
Fuchs *
Funcke (Hagen)
Funk(Neuses) *
Dr. Furier *
Furtwängler

G

Gärtner (Aibling)
Frau Gärtner (Frankfurt)

Gailer	Gontrum *	Hegemann
Gailing	Gorski	Heidbüchel
Gallitz	Dr. Graf (München) *	Heide *
Frau Dr. Gantenberg	Graff (Köln)	Heiland *
Garvens	Grantze	Heinen
Gaßmann	Dr. Greve *	Heinrich *
Gaßner	Griem *	Frau Heise *
Gaul *	Griese	Heißwolf
Gebhardt	Gross	Heitkamp
Gedat *	Dr. Großkopf	Heix *
Gefeller *	Grosspeter	Helf
Gegenwarth	Grünekle	Helle-Haeusler
Gehring	Grünes	Hellenbrock *
Gehrmann	Dr. Gülich *	Frau Hellermann
Geiger (Aalen) *	Frau Günther (Hamburg)	Hellmann
Geiger (München) *	Günther (Hückeswagen)	Hellwege *
Frau Geisendörfer *	Günther (Köln) *	Dr. Hellwig *
Dr. Geislhöringer	Gumrum *	Helmers
Geißler		Dr. Graf Henckel *
Gemein *	H	Hendker
Gengler *	Dr. Haas (Schwandorf)	Dr. Henn *
Gerhard	Dr. Haas (Villingen)	Dr. Henningsen
Geritzmann *	Haasler *	Hepp *
Gerns *	Dr. Habighorst	Herbert
D. Dr. Gerstenmaier *	Häussler *	Frau Herchenröder
Gewandt	Hagedorn	Herder
Gibbert *	Hagen	Hergenröder
Giencke *	Hahn *	Frau Herklotz
Giesen	Dr. Hahne	Dr. Hermann
Giesker	Dr. Haindl	Hermsdorf *
Dr. Gille *	Hamacher	Herold *
Gillmann	Dr. Hammer *	Hertel
Frau von Glasenapp	Hansen (Kiel)	Dr. Hertz
Dr. Glasmeyer *	Hansen (Köln) *	von Herwarth-Bittenfeld
Gleichauf	Hansing (Bremen) *	Dr. Hesberg *
Gleisner (Unna) *	Harbrecht	Heuer
Dr. Gleissner (München) *	Harnischfeger *	Heye *
Glüsing *	Hartmann (Daun)	Hilbert (Untereggingen) *
Gnaß	Frau Hartmann (Köln)	Dr. Hildenbrand
Gockeln *	Hartmann (München)	Dr. Hilpert (Säckingen)
Göbel (Frankfurt)	Hasenfuß	Höcherl *
Göbel (Hersfeld)	von Hassel *	Dr. Hock *
Dr. Dr. Gönnerwein	Hauffe *	Höcker *
Görgner	Hauke	Höfler *
Dr. Götz *	Dr. Haußmann	Höhne (Eltmannshausen)
Goldhagen *	Hedergott	

Höhne (Regensburg) *
 Dr. Höhnle
 Höllerer
 Hörauf *
 Dr. Hoffmann *
 Hohlwegler
 Holla *
 Holle
 Holsten
 Holthus
 Homann
 Hoogen *
 Hopmann
 Hoppe
 Dr. Horlacher *
 Frau Horn (Darmstadt)
 Horn (Frankfurt) *
 Huber
 Frau Dr. Hubert *
 Hübner *
 Hufnagel *
 Huth *

I

Frau Dr. Ilk *
 Illerhaus *
 Imbiel

J

Jacobi (Köln) *
 Frau Jacobi (Marl)
 Jacobs *
 Dr. Jaeger *
 Jahn (Frankfurt) *
 Jahn (Stuttgart) *
 Jahn (Würzburg)
 Jaksch *
 Jansen
 Dr. Jentzsch *
 Frau Dr. Jochmus *
 Josten *

K

Kahn *
 Kahn-Ackermann *
 Kaifer

Kaiser (Königswinter) *
 Kalbfell
 Kalbitzer *
 Kalinowski
 Dr. Kaltenpoth
 Kaltenthaler
 Dr. Kanka
 Karpf *
 Frau Karpinski
 Dr. Kather *
 Dr. Kaufhold
 Kaum
 Frau Kayser (Cuxhaven)
 Keil
 Frau Keilhack *
 Dr. Keller *
 Kemmer (Bamberg) *
 Kemper (Gelsenkirchen)
 Kemper (Trier) *
 Dr. Kessler
 Frau Kettig *
 Keuning *
 Kiesinger *
 Dr. Kihn (Würzburg) *
 Kinat *
 Frau Kipp-Kaule *
 Kirchhoff *
 Klammt
 Klausner *
 Dr. Kleindinst *
 Kleinknecht
 Frau Kletke
 Dr. Kliesing *
 Klingelhöfer *
 Dr. Klings
 Klingspor
 Klinkner
 Dr. Klötzer *
 Klotz
 Knäpper
 Knapp *
 Knobloch *
 Köcher
 Köhler (Donauwörth)
 Dr. Köhler (Wiesbaden) *

Könen (Düsseldorf) *
 Koenen (Lippstadt)
 König (Kempfeld)
 Dr. König (Pforzheim)
 Dr. Königswarter *
 Körner *
 Dr. Kohler
 Kohlmeier
 Dr. Kohz
 Dr. h. c. Kolb
 Konrad
 Koops *
 Dr. Kopf *
 Korbach
 Frau Korskper *
 Korte
 Kortmann *
 Kotschenreuther
 Kowalski
 Kraft *
 Kramel *
 Krammig *
 Kranz
 Frau Krappe
 Kreiterling
 Kressmann
 Dr. Kreyssig *
 Kriedemann *
 Kroll *
 Dr. Krone *
 Frau Kruchen
 Krüger
 Krug
 Frau Dr. Kuchtner *
 Kühlthau *
 Kühn (Bonn) *
 Kühn (Karlsruhe)
 Frau Kühn (Köln)
 Kühn (Köln) *
 Kuhn (Lörrach)
 Kuhn (Mannheim)
 Frau Kuhnert
 Kuhngamberger
 Kuntscher *
 Kunz (Schwalbach) *
 Kunze (Bethel) *

Kurlbaum *
Kutschera *

L

Dr. Lacherbauer
Ladebeck *
Lahr *
Landsberg
Lang (München) *
Lange (Essen) *
Langeheine
Lausen
Dr. Leber
Lechner
Ledwohn
Lehmann (Aschaffenburg)
Lehmann (Marl)
Leibfried *
Dr. Leiske *
Lekve
Dr. Lemaitre
Lemmer *
Lenz (Brühl) *
Dr. Lenz (Godesberg) *
Lenz (Trossingen) *
Lenze (Attendorn) *
Leonhard *
Lerch
Lermer *
Leser
Leukert *
Dr. Leverkusuhn *
Lichtenberg
Dr. Lichtenberger
Lied
Dr. Lindenberg *
Dr. Lindrath *
Lingk
Linneweh
Lipp
Lipschitz
Frau Lockmann *
Löbe
Löffler
Dr. Löhr *

Dr. Loeprecht
Dr. Dr. h. c. Prinz zu
Löwenstein *
Lorenz
Lotter
Dr. Luchtenberg
Luda
Ludwig *
Dr. h. c. Lübke *
Lücke *
Lücker (München) *
Frau Dr. Dr. h. c. Lüders *
Frau Lüthje
Dr. Lütkens *
Lulay *

M

Dr. Maas
Maier (Freiburg) *
Maier (Herzogenaurach)
Maier (Mannheim) *
Dr. Maier (Stuttgart) *
Majonica *
Mann
von Manteuffel (Neuß) *
Dr. Baron Manteuffel-Szoege *
Margulies *
Markscheffel
Marx *
Massoth *
Matthes (Mainz)
Matthes (Walsrode) *
Mattick *
Matzner *
Mauch (Stuttgart)
Maucher *
Mauk (Lauffen) *
Maul
Mauschewsky
Frau Dr. Maxsein *
Mayer (Birkenfeld) *
Mayr (Göppingen)
Frau van Megern
Meinicke (Oberhausen)
Dr. Meinicke-Pusch
Meitmann *

Meiwes
Mellies *
Dr. Mende *
Mengelkamp
Menke *
Mensing *
Dr. Menzel *
Dr. von Merkatz *
Merten *
Metter
Metzger *
Meyer (Berlin)
Frau Meyer (Dortmund) *
Meyer (Goslar)
Meyer (Oldenburg)
Meyer (Oppertshofen) *
Meyer (Schwelm)
Meyer (Wanne-Eikel) *
Frau Meyer-Laule *
Meyer-Ronnenberg *
Frau Dr. Meyer-Spreckels
Dr. Middelhaue *
Miebach
Dr. Miessner *
Miller *
Dr. Mocker *
Dr. Moerchel *
Dr.-Ing. E. h. Möller (Karlsruhe)
Möller (Meerdorf)
Mohr
Moll *
Molter
Dr. Mommer *
Morgenthaler *
Muckermann *
Mühlenberg *
Dr. Dr. h. c. Müller (Bonn)
Müller (Erbendorf) *
Müller (Nauheim)
Müller (Nordenham)
Müller (Osterode)
Müller (Ravensburg)
Müller (Soest)
Müller (Wehdel) *
Müller (Worms) *
Müller-Hermann *
Müser *

N

Frau Nadig *
 Naegel *
 Naumann
 Dr. Neddenriep
 Dr. Neinhaus
 Nellen *
 Nemitz
 Nerlinger
 Neubauer *
 Neuburger *
 Neumann *
 Dr. Neumann-Wedekindt
 Neumayer *
 Niederalt *
 Nieter
 Frau Niggemeyer *
 Nitsche
 Dr. Nittner
 Noll
 Noß

O

Dr. Dr. Oberländer *
 Obersteller
 Odenthal *
 Dr. Oesterle *
 Oetzel *
 Ohlig *
 Ollenhauer *
 Onnen *
 Op den Orth *
 Dr. Orth *
 Otto

P

Paul (Obereßlingen) *
 Paul (Tente)
 Pehle
 Pelster *
 Pens
 Peter (Godesberg)
 Peter (Paderborn)

Peters (Norden) *
 Petersen *
 Frau Pfeifer
 Dr. h. c. Pferdmenes *
 Dr. Pfeleiderer *
 Pickel
 Frau Pitz *
 Platner *
 Plös
 Pöhler *
 Dr. Pohle (Düsseldorf) *
 Pohle (Eckernförde) *
 Post
 Dr. Pracher
 Frau Praetorius *
 Prechtl
 Dr. Preiß *
 Dr. Preller *
 Dr. Preusker *
 Priebe *
 Frau Dr. Probst *
 Dr. Dr. h. c. Pünder *
 Puls

Pusch *
 Putzig *

R

Dr. Raabe
 Rack
 Rademacher *
 Radke
 Raestrup *
 Frau Raiser
 Rasch *
 Raskop
 Rasner *
 Regling *
 Frau Dr. Rehling *
 Rehs *
 Reichl
 Reichling
 Dr. Reichstein *
 Dr. Reif *
 Reimann
 Reinköster

Reitz *
 Reitzner *
 Frau Renger *
 Renner
 Frau Reventlow
 Richarts *
 Richter *
 Riedel
 Freiherr Riederer von Paar *
 Rieper
 Dr. Rinke *
 Rische
 Ritzel *
 Rockrohr
 Röhl
 Frau Rösch *
 Rösing *
 Frau Röskau
 Dr. Rohloff
 von Rohr
 Dr. Ronge
 Roth
 Frau Rothemund
 Frau Rotter
 Frau Rudoll *
 Rümmele *
 Rueß
 Ruf *
 Ruhnke *
 Runge *
 Rupprecht

S

Saam
 Sabaß *
 Sabel *
 Sack
 Sackmann
 Saffran
 Samwer *
 Sassnick *
 Scarabis
 Schabrod
 Dr. Schäfer (Hamburg) *
 Schäfer (Nürnberg)

Schäffer (München) *	Schreiber (Dornap)	Spies (Brücken) *
Frau Schanzenbach *	Dr. Schreiber (Köln)	Spies (Emmenhausen) *
Scharnberg *	Frau Schroeder (Berlin) *	Spörl *
Scheel *	Dr. Schröder (Düsseldorf) *	Graf von Spreti *
Dr. Schellenberg *	Dr. h. c. Schröder (Wiesbaden)	Srock *
Schellin	Schroer	Stahl *
Scheppmann *	Schröter (Wilmersdorf) *	Dr. Stammler *
Scheuren *	Dr.-Ing. E. h. Schubert *	Dr. Starke *
Schieler	Schüler	Stauch *
Dr. Schiffers	Schütte	Frau Staudinger (Hamburg)
Dr. Schild (Düsseldorf) *	Schüttler *	Dr. Staudinger (Weißenburg)
Schill (Freiburg) *	Schütz *	Steeger
Schlensker	Schuhmann	Steffan
Schlick *	Schuler *	Stegner *
Schlingmann	Schulz (Überlingen)	Frau Stehle
Schloß *	Dr. Schulz (Zwischenahn)	Stein
Schlotfeld	Schulze-Pellengahr *	Steinberg
Schlüter	Frau Schumacher (Gladbeck)	Frau Dr. Steinbiß *
Schmeck	Schumacher (Kiel)	Steinfeldt
Schmid (Calw)	Schuster	Steinhart
Dr. Schmid (Tübingen) *	Schwann *	Steinhausen
Schmidt (Burbach)	Schwarz *	Steinhoff
Dr. Schmidt (Gellersen) *	Frau Dr. Schwarzaupt *	Dr. Steinmetz
Schmidt (Giesenhausen)	Schwennicke	Stendel
Schmidt (Hamburg) *	Dr.-Ing. Seebohm *	Stierle *
Schmidt (Norden)	Seeger	Stiller *
Schmidt-Wittmack *	Dr. Seffrin *	Stingl *
Schmitt (Vockenhausen) *	Seiboth *	Stobbe
Schmitz (Köln)	Seidel (Bremerhaven)	Stöhr
Schmude	Seidel (Fürth) *	Frau Stommel
Schmücker *	Seidl (Dorfen) *	Stooß
Schneider (Bremerhaven) *	Seither *	Storch *
Frau Schneider (Essen)	Senhold	Dr. Storm *
Schneider (Hamburg) *	Frau Seppi	Sträter *
Dr. Schneider (Lollar) *	Dr. Serres *	Straßer
Schneider (Rinteln)	Frau Servaes	Strauß *
Schneider (Weilburg)	Seuffert *	Strobel (Memmingen)
Schneider (Wiesbaden)	Siebel *	Frau Strobel (Nürnberg) *
Dr. Schöne *	Sieber	Strodt
Schönfelder (Hamburg)	Dr. Siemer *	Strömer
Schönfelder (Woltersdorf)	Simmel	Strohmayer
Schoettle *	Dr. Simon	Dr. Strosche *
Schrader *	Simpfendörfer	Struve *
Schramm	Solke *	Dr. Stuckel
Dr. Schranz *	Dr. Sornik *	Stücklen *
Dr. Dr. Schreiber (Berlin)	Sperber	Stümer *

Sudheimer
Dr. Suhr
Sußmann
Swolinsky

T

Temmen
Tenhagen *
Teriete *
Theis
Thelen
Frau Thiele
Thieme *
Thomas
Thome
Dr. Tillmanns *
Timmer
Tollmann
Traub *
Tretter
Trittelvitz *

U

Ulrich
Unertl *

V

Varelmann *
Dr. E. h. Veit *
Frau Vietje *
Dr. Vietzen
Vitt
Vittinghoff
Dr. Vogel *
Vogt (Aschaffenburg)
Vogt (Pfullendorf)
Volkemer
Volmert

Dr. h. c. Vomfelde
Vortisch
Voß *
Voßhenrich

W

Wacher (Hof) *
Wacker (Buchen) *
Wagner (Deggenau) *
Wagner (Ludwigshafen) *
Dr. Wahl *
Walter (Hamburg) *
Dr. Walters (München)
Walz *
Frau Dr. Wasmuht
Frau Dr. h. c. Weber (Aachen) *
Weber (Berlin)
Weber (Hannover)
Dr. Weber (Koblenz) *
Weber (Würzburg)
Weberpals
Wehking *
Wehner *
Wehr *
Wehren
Weigl
Frau Weiler
Weinhuber
Weiß (Hofheim)
Dr. Weiß (Kissingen)
Welke *
Dr. Wellhausen *
Dr. Welskop *
Frau Welter (Aachen) *
Weltner (Rinteln) *
Wendt (Hamburg)
Wendt (Heiligenkirchen)
Wenke
von der Wense
Dr. Dr. Wenzel *
Dr. Werber *

Weyer senior
Weyer junior *
Frau Widmann
Wiedeck *
Frau Wieland (Heessen)
Wienand (Schladern) *
Wieninger *
Wiesmann
Dr. Will *
Dr. Willeke *
Wilms
Winkelheide *
Winter *
Winterstein
Wintzen
Wirths *
Witte
Wittenburg *
Wittmann (Schirnbrunn) *
Wittmann (Sulzbach)
Witrock (Kassel)
Witrock (Wiesbaden) *
Dr. Wlaschek
Wöll
Wohlleben
Dr. Wolf (Maikammer)
Wolf (Stuttgart) *
Frau Ida Wolff
Frau Jeanette Wolff *
Wolgast
Wolters
Dr. Wuermeling *
Wulfert
Wullenhaupt *

Z

Baron von Zanthier
Ziegler *
Dr. Zimmermann *
Zinnkann
Zühlke *

Zusammensetzung nach Parteien

Parteien	Mitgl. d. Bundesvers., die Mitgl. des Bundestages sind	Mitgl. d. Bundesvers., die von den Volksvertretungen der Länder gewählt wurden*)	Insgesamt
CDU/CSU	250	181	431
SPD	162	185	347
FDP	52	60	112
DP	15	-	15
GB/BHE	28	33	61
BP	-	15	15
Z	-	12	12
KPD	-	10	10
DRP	-	1	1
SSW	-	1	1
Hamburg-Block	-	9	9
Unabhängige oder Fraktionslose	2	2	4
insgesamt:	509	509	1 018

*) Vgl. Artikel 54 Abs. 3 GG

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages

Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten

Länder	SPD		CDU/CSU		FDP		GB/BHE		BP		KPD	
	MdL	Nicht-MdL	MdL	Nicht-MdL	MdL	Nicht-MdL	MdL	Nicht-MdL	MdL	Nicht-MdL	MdL	Nicht-MdL
Baden-Württemberg	10	12	14	14	10	3	13	3	-	-	1	1
Bayern	1	24	2	34	-	4	4	4	7	14	1	15
Berlin	9	2	4	2	5	-	5	-	-	-	-	-
Bremen	3	-	1	-	1	-	1	-	-	-	-	-
Hamburg	5	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hessen	14	13	6	-	3	4	7	2	2	-	-	-
Niedersachsen	-	26	-	-	6	-	6	5	5	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	16	28	15	47	1	16	17	-	-	-	-	8
Rheinland-Pfalz	9	3	14	-	4	2	6	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	2	5	4	5	1	-	1	-	5	-	-	-
Insgesamt:	69	116	60	102	31	29	60	14	19	14	1	15
								33			1	9
												10

Fortsetzung
nächste Seite

–Fortsetzung–

Länder	DP		Niedersächs. Union		Hamburg-Block		Sonstige *)		Insgesamt		
	MdL	Nicht-MdL insg.	MdL	Nicht-MdL insg.	MdL	Nicht-MdL insg.	MdL	Nicht-MdL insg.	MdL	Nicht-MdL insg.	
Baden-Württemberg	-	-	-	-	-	-	-	-	38	30	68
Bayern	-	-	-	-	-	-	-	-	21	70	91
Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	18	4	22
Bremen	-	1	-	-	-	-	-	-	5	1	6
Hamburg	-	-	-	-	9	-	-	-	14	3	17
Hessen	-	-	-	-	-	-	-	-	25	19	44
Niedersachsen	-	-	8	10	-	-	5	-	24	41	65
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	-	1	9	33	108	141
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	32
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	2	-	-	1	7	16	23
Insgesamt	-	1	8	10	9	-	6	10	212	297	509

*) Zentrum, SSW, DRP, parteilos

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages

Stenographischer Bericht

Berlin, Sonnabend, den 17. Juli 1954¹⁾

Die Sitzung wird um 15 Uhr 5 Minuten durch den Präsidenten D. Dr. Ehlers eröffnet.

Präsident D. Dr. Ehlers: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Deutsche Bundesversammlung. Ich heiße alle Mitglieder, die Mitglieder des Bundestages und die von den Landtagen der deutschen Länder gewählten Wahlmänner, herzlich willkommen. Ich begrüße alle Gäste aus dem In- und Ausland, die zu unserer Freude an dieser Bundesversammlung teilnehmen.

Ich glaube Ihrer gemeinsamen Überzeugung Ausdruck zu geben, wenn ich sage, daß wir uns freuen, die 2. Deutsche Bundesversammlung in *Berlin* abhalten zu können.

(Allgemeiner Beifall.)

Wir haben von der Berliner Bevölkerung viele Zeichen der Freundlichkeit und des Dankes dafür empfangen, daß wir hierher nach Berlin gekommen sind. Das bewegt uns tief, und ich darf in Ihrer aller Namen unseren Dank dafür aussprechen.

(Erneuter Beifall.)

Aufgabe der 2. Deutschen Bundesversammlung ist die Wahl des Bundespräsidenten.

Bevor wir zur Wahl schreiten, haben wir einige geschäftsordnungsmäßige Notwendigkeiten zu erfüllen.

Meine Damen und Herren! Die Bundesversammlung hat keine eigene **Geschäftsordnung**. Ich bitte Sie, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zugleich als Geschäftsordnung der Deutschen Bundesversammlung gilt und sinngemäß Anwendung findet. — Ich höre keinen Widerspruch und darf feststellen, daß dieser mein Vorschlag von der Bundesversammlung gebilligt wird. Wir bedienen uns

also der Geschäftsordnung des Bundestages als unserer Geschäftsordnung.

Nach dieser Geschäftsordnung hat die Bundesversammlung die **Schriftführer** der Bundesversammlung zu wählen. Ich mache Ihnen den Vorschlag, daß in dieser Sitzung der Bundesversammlung folgende Mitglieder als Schriftführer ihr Amt ausüben: Frau Albertz, Frau Albrecht, Berlin, Burgemeister, Dr. Czermak, Frau Geisendörfer, Giencke, Huth, Josten, Karpf, Lange (Essen), Massoth, Matthes, Matzner, Frau Meyer (Dortmund), Frau Rösch, Scheel, Siebel Tenhagen, Wullenhaupt.

Ich frage die Bundesversammlung, ob sie damit einverstanden ist, daß die Abgeordneten und Wahlmänner, deren Namen ich soeben verlesen habe, heute als Schriftführer fungieren. — Ich höre keinen Widerspruch; die Bundesversammlung ist damit einverstanden.

Ich darf bitten, daß folgende Schriftführer zu meiner Rechten Platz nehmen: die Abgeordneten Huth, Siebel und Matthes; zu meiner Linken: die Abgeordneten Matzner, Dr. Czermak und Scheel. —

Meine Damen und Herren! Die Bundesversammlung zählt 1018 Mitglieder. Aus triftigen Gründen haben sich **entschuldigt**, nehmen also nicht an der Bundesversammlung teil folgende Wahlmänner, zum Teil Mitglieder des Deutschen Bundestages, zum Teil von den Landtagen gewählte Wahlmänner: Dr. Becker (Hersfeld), Dr. Bürkel, Diederichs (Mülheim), Geritzmann, Gibbert, Hahn, Jansen, Jahn (Frankfurt), Dr. Keller, Kemper (Trier), Dr. Kleindinst, Dr. Köhler (Wiesbaden), Kunze (Bethel), Ladebeck, Leser, Dr. Leverkus, Dr. Maier (Stuttgart), Dr. von Merkatz,

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 21, S. 1 -9

Muckermann, Dr. Dr. h. c. Müller (Bonn), Dr. h. c. Pferdenges, Frau Pitz, Rehs, Dr. Rinke, Schäffer (München), Frau Dr. Schwarzhaupt, Dr. Vogel, von der Wense, Winkelheide. — Ich höre soeben, daß der Wahlmann Winkelheide anwesend ist, der Wahlmann von der Wense ebenfalls. Daß die Unvollkommenheit solcher Mitteilungen auch hier einmal deutlich wird, empfinden wir nur als Hinweis darauf, daß hier nichts gestellt ist.

(Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.)

Außerdem fehlen noch die Mitglieder Dr. Greve und Lenz (Brühl).

Ferner hat der Abgeordnete Dr. Miessner mitgeteilt, daß er wegen Maschinenschadens einer nach Berlin fliegenden Maschine, in der sich mehrere Mitglieder der Bundesversammlung und auch des Bundesrates befinden, erst verspätet in Berlin eintreffen kann.

Meine Damen und Herren! Angesichts der Zahl der anwesenden Mitglieder der Bundesversammlung besteht kein Zweifel daran, daß die **Bundesversammlung beschlußfähig** ist. Ich stelle das ausdrücklich fest.

Jeder von Ihnen hat ein **Verzeichnis der Mitglieder der Bundesversammlung** zur Hand. Ich darf Sie bitten, sich der Mühe zu unterziehen und festzustellen, ob Ihr Name in diesem Verzeichnis, das wir nachher dem Namensaufruf bei der Abstimmung zugrunde legen, enthalten ist. Ich frage: Sind Wahlmänner anwesend, deren Namen in diesem Verzeichnis nicht enthalten sind? — Das ist offenbar nicht der Fall. Ich stelle also fest, daß das Ihnen vorliegende Verzeichnis die Gesamtheit der Mitglieder der Bundesversammlung umfaßt.

Meine Damen und Herren! Gegenstand der heutigen 2. Bundesversammlung ist die

Wahl des Bundespräsidenten.

Ich fordere Sie auf, Vorschläge zur Wahl des Bundespräsidenten zu machen. — Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. von Brentano.

Dr. von Brentano (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir schlagen der Bundesversammlung vor, den amtierenden Präsidenten der Bundesrepublik Professor **Dr. Theodor Heuss** auf weitere fünf Jahre zum Bundespräsidenten zu wählen.

(Allgemeiner Beifall. — Abg. Reimann:
Herr Präsident!)

Präsident D. Dr. Ehlers: Das Wort hat das Mitglied der Bundesversammlung Herr Reimann.

(Lachen und Unruhe.)

Reimann (KPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus höchster Verantwortung für den Frieden in Europa, für die Herbeiführung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit

(lebhafter Widerspruch —
wachsende Unruhe)

und der Sicherung des Friedens in Europa erkläre ich namens der kommunistischen Abgeordneten der 2. Bundesversammlung:

(Erneuter starker Widerspruch.)

Wir betrachten die Wiederwahl von Professor Heuss als ein Unglück für das deutsche Volk.

(Glocke des Präsidenten.— Abg. Reimann versucht weiterzusprechen.)

Präsident D. Dr. Ehlers: Im Augenblick spreche ich, Herr Abgeordneter Reimann.

(Lebhafte Zustimmung. — Abg. Reimann versucht weiterzusprechen; seine Worte gehen in der großen Unruhe unter.)

— Herr Abgeordneter Reimann, ich rufe Sie zur Ordnung.

(Abg. Reimann spricht weiter.)

— Herr Abgeordneter Reimann, ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung! Ich entziehe Ihnen das Wort. Verlassen Sie das Rednerpult!

(Erneute lebhafte Zustimmung. —
Abg. Reimann übergibt dem Präsidenten das Manuskript seiner Rede.)

Meine Damen und Herren! Denen, die mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vertraut sind, ist bekannt, daß der Bundespräsident ohne Aussprache gewählt wird. Das beinhaltet, daß weder vor noch nach den Wahlvorschlägen Ausführungen und Aussprachen stattzufinden haben.

Ich entnehme dem schriftlichen Wahlvorschlag, den Herr Reimann mir übergeben hat, daß die kommunistischen Mitglieder der Bundesversammlung vorschlagen, zum Bundespräsidenten zu wählen Professor **Dr. Alfred Weber** (Heidelberg).

(Lachen und lebhaftes Zurufe.)

Meine Damen und Herren! Sie haben die Vorschläge gehört. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Wir haben jedem Mitglied der Bundesversammlung einen **amtlichen Stimmzettel** mit dem Aufdruck „Bundesversammlung“ zugeleitet. Ich frage: Sind Abgeordnete vorhanden, die nicht im Besitz eines solchen Stimmzettels sind? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle also fest, daß alle Abgeordneten den amtlichen Stimmzettel zur Hand haben. Ich bitte Sie, freundlichst davon Kenntnis zu nehmen, daß wir um der Ordnung willen und um eine Gleichmäßigkeit der Abstimmung und der Auszählung sicherzustellen, nur diesen Stimmzettel benutzen.

Wir werden bei der **Abstimmung** folgendermaßen verfahren. Die Herren Schriftführer werden die Namen der Mitglieder der Bundesversammlung aufrufen. Ich bitte die Mitglieder, beim Aufruf ihres Namens aufzustehen und ihre Anwesenheit durch das Wort „Hier“ zu bekunden, sich dann zu einer der aufgestellten Urnen — drei zur Rechten und drei zur Linken — zu begeben und dort unter Nennung ihres Namens, damit die Protokollierung erfolgen kann, ihren Stimmzettel einzuwerfen.

Ich bitte die Wahlmänner, die von *Berlin* gestellt werden, ihren Stimmzettel in die in der Mitte befindliche Urne 4 einzuwerfen. Dieses

Sonderverfahren ist um der Protokollierung willen erforderlich.

Ich bitte folgende Schriftführer, an den Urnen Platz zu nehmen: an der Urne 1 die Abgeordneten Josten und Wullenhaupt, an der Urne 2 die Abgeordnete Frau Meyer (Dortmund) und Karpf, an der Urne 3 die Abgeordneten Massoth und Tenhagen, an der Urne 4 die Abgeordneten Frau Albrecht und Frau Rösch, an der Urne 5 die Abgeordnete Frau Albertz und Giencke, an der Urne 6 die Abgeordnete Lange (Essen) und Frau Geisendörfer, an der Urne 7 die Abgeordnete Berlin und Burgemeister. — Ich bitte die an den einzelnen Urnen sitzenden Schriftführer, sich zunächst davon zu überzeugen, daß die Urnen leer sind. — Das ist an allen Urnen der Fall; ich stelle das fest.

Meine Damen und Herren! Da mehrere Vorschläge gemacht sind und im übrigen natürlich die Möglichkeit besteht, Kandidaten zu wählen, die nicht ausdrücklich vorgeschlagen sind, bitte ich Sie, gemäß der Übung der 1. Bundesversammlung auf Ihre Stimmzettel nicht Ja oder Nein zu schreiben, sondern den **Namen des Kandidaten**, den Sie zu wählen wünschen. Ein Stimmzettel mit Ja oder Nein müßte als ungültig behandelt werden. Selbstverständlich ist auch die Möglichkeit gegeben, sich der Stimme zu enthalten. Ich möchte auf diese verschiedenen Möglichkeiten ausdrücklich hingewiesen haben, damit keinerlei Zweifel entstehen können.

Darf ich fragen, meine Damen und Herren, ob hinsichtlich des Abstimmungsvorgangs noch irgendwelche Zweifel vorhanden sind? — Das ist nicht der Fall. Wir können also mit dem

Namensaufruf

beginnen. Wir wollen ihn nicht überstürzen, damit auch unsere Gäste die Möglichkeit haben, von den einzelnen Wahlmännern hinreichend Kenntnis zu nehmen.

(Heiterkeit.)

Ich bitte Sie also, beim Aufruf Ihres Namens freundlichst aufzustehen, „Hier“ zu rufen und sich dann zu einer der Urnen zu begeben. Ich wiederhole: die Berliner Wahlmänner zu der Urne in der Mitte. Das hat eine symbolische Bedeutung.

(Folgt Namensaufruf — Bundeskanzler Dr. Adenauer wird bei der Abgabe seiner Stimme mit lautem Beifall begrüßt.)

Präsident D. Dr. Ehlers: Meine Damen und Herren! Die Zuhörer und Gäste, die nicht ständig Gelegenheit haben, an den Sitzungen des Bundestages teilzunehmen — ich weiß nicht, welche Übung das Abgeordnetenhaus von Berlin hat —, weise ich darauf hin, daß Beifallskundgebungen auf den Tribünen nicht zulässig sind, ebensowenig natürlich Mißfallskundgebungen.

(Heiterkeit.)

Ich bitte, den Namensaufruf fortzusetzen. — Ich wiederhole meine Bitte an die Wahlmänner, beim Aufruf ihres Namens aufzustehen und „Hier“ zu rufen. Das hat seinen guten Grund.

(Der Namensaufruf wird fortgesetzt. — Die Abg. Ollenhauer, Dr. Dr. Schreiber (Berlin), Frau Schroeder (Berlin) und Dr. Wuermeling werden bei der Stimmabgabe mit Beifall begrüßt.)

Meine Damen und Herren! Ich frage: Sind noch Mitglieder der Bundesversammlung vorhanden, die nicht aufgerufen sind? — Wünschen Mitglieder der Bundesversammlung, die aufgerufen sind, aber versehentlich nicht abgestimmt haben, ihre Stimme noch abzugeben? — Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich fest, daß alle anwesenden Mitglieder der Bundesversammlung von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben. Ich schließe die Abstimmung über die Wahl des Bundespräsidenten. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung an dem Tisch zu meiner Rechten zu beginnen, die Stimmen der Berliner Wahlmänner gesondert.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Ich unterbreche die Sitzung bis zur Feststellung des Ergebnisses.

(Unterbrechung der Sitzung von 16 Uhr 8 Minuten bis 16 Uhr 41 Minuten.)

Präsident D. Dr. Ehlers: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Inzwischen ist der Herr Bundespräsident eingetroffen und wird den Saal betreten.

(Der Bundespräsident betritt, während die Mitglieder der Bundesversammlung sich erheben, den Saal.)

Meine Damen und Herren! Ich gebe das **Ergebnis der Abstimmung** über die Wahl des Bundespräsidenten bekannt. Es sind abgegeben 987 Stimmkarten. Von diesen 987 Stimmen sind entfallen auf den Vorschlag Professor Dr. Heuss 871 Stimmen,

(allgemeiner lebhafter Beifall)

auf den Vorschlag Professor Dr. Weber (Heidelberg) 12 Stimmen. Weitere Stimmzettel sind mit folgenden Namen gekennzeichnet: einer mit dem Namen Adenauer, einer mit dem Namen Dönitz,

(Rufe: Pfui!)

einer mit dem Namen Prinz Louis Ferdinand von Hohenzollern,

(Heiterkeit)

einer mit dem Namen Lüders, einer mit dem Namen Herzog Ernst August von Braunschweig,

(Heiterkeit)

einer mit dem Namen Wuermeling.

(Große Heiterkeit. —
Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren, ich würde empfehlen, der Stimmabgabe durch die Aufnahme nicht eine übertriebene Bedeutung beizulegen.

Ungültige Stimmkarten sind drei abgegeben worden. Leere Stimmkarten, also Enthaltungen, liegen 95 vor. Das sind insgesamt 987.

Gemäß Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Die Mehrheit der Bundesversammlung beträgt 510 Stimmen. Die Mehrheit der Stimmen ist auf den Kandidaten **Professor Dr. Heuss** entfallen.

Herr Bundespräsident, ich habe an Sie die Frage zu stellen, ob Sie die auf Sie entfallene gültige Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland für eine weitere Amtsperiode annehmen.

Bundespräsident Dr. Heuss: Ja, ich bin bereit, die Wahl anzunehmen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Präsident D. Dr. Ehlers: Ich stelle fest, daß Herr Bundespräsident Professor Dr. Heuss nach dem Grundgesetz rechtmäßig für eine weitere Amtsperiode zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt ist.

Ich darf annehmen, Herr Bundespräsident, daß Sie beabsichtigen, einige Worte an die Bundesversammlung zu richten. Darf ich Sie bitten, das Wort zu nehmen.

Bundespräsident Dr. Heuss: Verehrte Mitglieder der Bundesversammlung! Es ist für mich eine schöne Pflicht, den warmen **Dank** auszusprechen für die **Wiederwahl zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland**. Weil es kein „Auswählen“ war, möchte ich den Vorgang als eine Bestätigung des sachlichen und menschlichen Vertrauens begreifen dürfen, das — ich konnte es mit Freude manchmal spüren — meine Amtsführung in diesem Jahr fünf begleitet hat und das in den Vorentscheidungen der zuständigen politischen Gremien seinen Ausdruck fand. Es wurde mir zugleich eine Kräftigung, daß sich, zumal auch zu Regierungen der Länder, gleichviel, wie sie politisch gestaltet waren, Beziehungen entwickelten, die ich als persönliche Freundschaft empfinden konnte. Das wurde mir selber zum wahren Gewinn dieser Jahre, und es hat dem ungeschriebenen Sinn des Amtes, aus der gemeinsa-

men vaterländischen Verantwortung beratend dem Ausgleich zu dienen, die Stütze gegeben.

Ich finde es aber auch nicht erstaunlich, daß sich manche Stimmen dieses Hauses mir versagt haben. Ich konnte und wollte *diese* gar nicht erwarten; bei anderen durfte ich es nicht. Denn es mußte ganz notwendig in diesen Jahren zu mancher Entscheidung, zu mancher politischen oder geistigen Äußerung kommen, die diesem und jenem mißfiel, so sehr mißfiel, daß er mir in seiner Stimmabgabe dies mitteilen wollte, vielleicht mußte.

Die **Stellung des Bundespräsidenten** hat durch das Grundgesetz eine eigentümliche rechtliche Strukturierung erfahren, und dies gewiß nicht ohne Erinnerung an die vorangegangene Periode: Distanz zu den laufenden Regierungsgeschäften, zu den parteipolitischen, zu den interessenpolitischen Kontroversen bei den Erörterungen der Legislative, gegenüber dem Hin und Her im Gestrom der öffentlichen Stimmungen und Verstimmungen. Man hat sich dafür gemeinhin des Begriffs des „Neutralen“ bedient, des „Überparteilichen“. Das soll mir recht sein, wenn dem nicht der Anspruch der „Meinungslosigkeit“ beige packt wird. Diese kann man nicht recht von einem Manne meiner Art und Vergangenheit erwarten, der seit bald 50 Jahren in der politischen Publizistik, später auch der parlamentarischen Arbeit stand und der glaubt, auch in der geistesgeschichtlichen, in der künstlerischen und literarischen Auseinandersetzung dieser Jahrzehnte sich einigermaßen profiliert zu haben.

Ein Mann einer immerhin farbigen Vergangenheit ist durch einen Wahlakt für fünf Jahre nicht zu einer Staatsapparatur geworden, für Unterschriften, Ordensverleihungen, Empfänge, und was man so „Repräsentation“ nennt, sondern er bleibt, was er war, weil er mit sich selber im Reinen bleiben will.

(Beifall.)

Er ist also *nicht* „neutral“, wenn er zu ökonomischen oder sozialpolitischen Fragen

seine wissenschaftliche Meinung, zu den Dingen der akademischen Lebensform, der künstlerischen und literarischen Bewertungen seine Auffassungen ausspricht.

Sie mögen erstaunt sein, daß ich derlei der Bundesversammlung vortrage. Es ist der Reflex von vielerlei Erfahrung, da, in naiver Verkenntnis der Rechtslage, hier höchst vertrauensvoll mein „Eingreifen“ gefordert, dort aber das Aussprechen einer Anschauung, auch das aus freiem eigenem Urteil verantwortete staatliche Entscheiden getadelt wird.

Die **politische Figur eines deutschen Bundespräsidenten** konnte nach dem Geschehen der nahen Vergangenheit, nach der Lage, wie sie der Parlamentarische Rat vorfand, im großen geschichtlichen Raum, der so vieles an Zeitbedingtem und Fragmentarischem erzwang, nichts anderes als eine **Improvisation** werden. Mein Bemühen konnte nur dies sein, dessen Rahmen auch für den Nachfolger abzustecken und zu füllen, und niemand, denke ich, wird es mir verübeln, wenn ich in dieser Stunde in wehmütiger Dankbarkeit **meiner Frau** gedenke, die, diesen Weg als Forderung des vaterländischen Pflichtsinns begreifend, dem Wandernden ihren menschlich und politisch klugen Rat schenkte und der Aufgabe selber ihre hilfswillige Liebeskraft opferte.

Am 12. September 1949, in der Ansprache vor der ersten Bundesversammlung, habe ich gesagt: „**Berlin** ist heute an das Schicksal Westdeutschlands gebunden. Aber das Schicksal von Gesamtdeutschland bleibt an Berlin gebunden.“

(Beifall.)

Es gab — Sie wissen es alle — Vorerörterungen über die technische Möglichkeit und sachliche Zweckmäßigkeit, Sie hierher zu berufen. Wir sind hier, um das, was politischer Wille und geistiges Bedürfnis fordern, im Symbolhaften darzutun: im Symbolhaften, im geschichtlich Begründeten und im seelisch immer Gesicherten, nicht im rational Taktischen.

Wir weilen in dieser Stadt, die nicht bloß im staatsrechtlichen Verstehen seit der Reichsgründung die Mitte der politischen Entscheidungen gewesen und damit ihrer preußischen Sonderbedeutung entwachsen: sie hat seit der großen Bevölkerungsbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts Menschen aus allen deutschen Landschaften und Stämmen zu sich gerufen, um sie zu ihrer sonderlichen Aufgabe umzuprägen. Sie war als Hauptstadt eines Reiches, sie war als großartiger Gemeindeorganismus eine *Mitte*, nach ihrer Lage wie als Willenskraft, und ist heute geographisch ein *Rand*, in ihren Lebensfunktionen als gewachsenes Stadtgebilde kläglich, ja schändlich zerschnitten.

Von keiner Stadt erhalte ich so viel Briefe, nicht weil sie soviel Menschen hat, sondern weil sie so viele Menschen in Not und Bedrücktheit beherbergt, Briefe der Hoffnung, Briefe der Erwartung: wann, wann? Sie sind nicht mit bloßen Sprüchen zu beantworten.

Viele Berliner sind es müde — ich denke an manche älteren Angestellten, die mir schreiben —, um ihrer Tapferkeit willen gelobt zu werden, mit der sie in den Notjahren 1948/49 halfen, ein echtes Bild des deutschen Menschen vor der Welt wiederherzustellen. Aber es ist ja die Tragik, daß ihr Schicksal wie das unserer Landsleute in der Sowjetzone in die Entwicklung der so verwirrten Weltpolitik eingeschlossen ist.

Das war nie so deutlich zu spüren wie bei der Berliner Konferenz des Jahresbeginns, in der, an so geschichtsträchtig gewordenem Platze, die **Wiedervereinigung Deutschlands** mit der Sicherung einer freien Entscheidung über den staatlichen und geistig-freiheitlichen Charakter seiner Zukunft als Mitte der Weltfragen begriffen war. Die Erfolgslosigkeit staatsmännischer Mühen hat unsere *eigenen* Pflichten nur *vermehrt*. Denn die politischen und wirtschaftlichen Mühen der Bundesrepublik, die zwischen allen Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten dank der Arbeitswilligkeit der

breiten Bevölkerung zu einer Stabilisierung der demokratischen Grundhaltung geführt haben — denken Sie an die kalte und nüchterne Ablehnung, die der deutsche Wähler dem verstimmten Radikalismus, wo er seine Ehrgeize oder seine romantischen Phantasien an die Öffentlichkeit brachte, zuteil werden ließ —: jene Mühen haben ihren tieferen geschichtlichen Sinn doch nur, wenn sie als **Starkmachen der Bundesrepublik** begriffen werden für den Tag, da wieder das **unteilbare Deutschland** als Wirklichkeit in seiner Wirksamkeit vor uns steht.

Was haben wir zu tun? Nicht bloß dies: in rednerischen Beteuerungen es zu bekunden. Der Helferwille des einzelnen, von Familie zu Familie, von Gruppe zu Gruppe ist vielfach vorhanden; er muß gestärkt werden. Aber das ist es nicht allein, — unsere Landsleute in Mittel- und Ostdeutschland sollen nicht bloß als Nehmende, als Empfangende sich fühlen. Das wollen sie nicht sein, das dürfen sie nicht sein. Mir ist es so wichtig, daß das **geistige Einheitsbewußtsein der Nation** nicht in der Verschiedenheit des politischen Klimas notleidet. Die Gefahr ist kaum für die älteren Menschen vorhanden; sie zehren noch von der gemeinsamen Substanz, und ein Glück ist es, wo sie deren Kraft ihren Kindern noch mitteilen können, deren Aufwachsen in das orthodoxe Schlagwort eingezwängt wird. Ich denke jetzt aber an jene Gruppe die der Außenwelt Resolutionen für die Einheit entwirft und selber weiß, daß deren Verwirklichung, aus dem freien Willen gerade auch von Mittel- und Ostdeutschland, sie geschichtlich in das Gewesene verabschieden wird.

Was ist es für ein Widersinn, das Auseinanderleben Deutschlands technisch vollziehen zu wollen, wenn schon der Austausch von Büchern, Zeitschriften, Zeitungen aus dem gemeinsamen Sprachraum als Staatsgefahr betrachtet wird! Wenn man von der albernsten, politisch zweckgebundenen Fabrikation von sogenannter Dichtung und Kunst absieht, die

wir schon im Nationalsozialismus erlebt haben und die in der Sowjetzone eine pflegliche Weiterentwicklung fand, gibt es keinen nach den so kurzsichtigen Artikeln von Yalta und Potsdam grenzpolitisch geschiedenen „deutschen Geist“, weder eine westdeutsche noch eine mittel- und ostdeutsche Kultur. Die **landsmannschaftlichen Farbigkeiten der Herkünfte** waren **nie Trennung**, sondern **immer Bereicherung**. Es gibt nur — in der fruchtbaren Weltwertung — dies eine: Bach, Leibniz, Kant, Herder, Kleist, Eichendorff; das ist doch Deutschland, Gesamtdeutschland, ein unverlierbares Stück, niemals vom fremden Entscheid, der Hitlers Kriege gegen die deutsche Geschichte wie gegen die deutsche Zukunft in machtpolitischen Interessensphären zu beenden glaubte, in seiner Geschichtswürde, an der auch die anderen teilhaben, auszulöschen!

Ich bin so froh um der volkspolitischen und seelischen Sicherung willen, daß in **dem Bereich des Religiös-Kirchlichen**, „metapolitisch“, wie man sagt, „hinter der Politik“, die **Kraft der Einigung und der Einheit** unzerstört blieb. Das weiß ich aus den Erzählungen über den Verlauf der Bonifatius-Feier zu Erfurt bei dem Besuch des päpstlichen Nuntius, des Herrn Erzbischofs Muench, das weiß ich von den Berichten über den Evangelischen Kirchentag in Leipzig. Denn beide Veranstaltungen wurden zu spontanen und rührenden Bezeugungen des Einsseins und entwickeln aus sich selber heraus eine auch politisch tragende Kraft.

Die Bundesversammlung ist in einem Zeitpunkt zusammengetreten, da die **Spannungen im Kräftespiel der Weltpolitik** die sorgende Phantasie von uns allen bewegen. Niemand erwartet, daß ich den Versuch mache, sie in dieser Stunde zu analysieren. Aber dies ist uns allen deutlich: auch unser Schicksal hängt davon ab, was immer in diesem Ringen um Frieden und Friedensformen mit entschieden wird.

Wir sind dankbar dafür, daß, zumal in der Bundesrepublik, die **politische und wirt-**

schaftliche Konsolidierung vorangeschritten ist, wohl über die Erwartungen hinaus, die ihren Beginn begleiteten. Wir sollen uns dessen nicht zu laut berühen und über den Statistiken, die dem so eindrucksvoll gewachsenen sogenannten „Sozialprodukt“ gelten, nicht die Lebensangst und die bare Lebensnot aus dem Wissen, d. h. auch aus dem Gewissen verdrängen. Denn welche Traurigkeit wandert mit durch das Tagesleben der alten **Rentner**, der ihrer Entfaltungsmöglichkeiten beraubten **Kriegsopfer**, der **Vertriebenen**, die zwischen wirtschaftlichen und seelischen Nöten ihr Leben zu gestalten suchen! Die **soziale Befriedung** bleibt das vornehmste Werkzeug der inneren politischen Festigung.

Diese politische Festigung muß auch ihren Ausdruck finden in der **völkerrechtlichen Stellung** unseres Staates. Wir sprechen hier ganz nüchtern: Die sogenannten Potsdamer Beschlüsse von 1945, die aus der Psychologie harten, opfervollen und längst sinnlos gewordenen kriegerischen Ringens erwachsen, sind durch die geschichtliche Entwicklung konsumiert, aufgezehrt, sinnentleert, wenn sie je einen Sinn hatten.

(Beifall.)

Dieser Zustand fordert seine Folgerungen: ein aus wahrhaft freien Wahlen, die das Wesen der Demokratie nicht als schändliches Machtmanöver behandeln, sondern auch als eine sittliche Lebensform anerkennen, hervorgegangenes, gleichberechtigtes, in seinen Verantwortungen rechtlich wieder auf sich selbst gestelltes Volk wird und will der **Partner einer breiteren, freieren Völkerordnung** sein, die wohl die echten Werte seiner Geschichte — ich sage: die echten — zu wahren und zu pflegen weiß, um sich treu zu bleiben, aber nicht als Gefangener eines bloßen Traditionalismus sich selber einengt, und ein gereinigtes und freies Vaterlandsgefühl, um das wir ringen, in der emotioneilen Selbsteigerung der lärmenden Worte nicht verderben und verdumpfen läßt.

Es gehört zu meinen frohen Erfahrungen, daß die gute **deutsche Jugend**, wenn sie nicht in verstaubte Konventionen eingeklemmt wird, die Aufgaben dieser Gegenwart, wie ich sie zu sehen glaube, tiefer begriffen hat als mancher Ältere, dem es schwer wird, neu zu denken. Sie ist der bloßen Phrase müde, sie ist nüchterner geworden, als die Legende über den Stil der Jahresringe das will, aber sie hat im rechten Kern ein Gefühl für die auf sie zukommende Verantwortung.

Ich weiß, hier gibt es Grenzfragen. Das mit so viel gutem Willen begonnene **Gespräch über Europa**, das der junge deutsche Mensch mit so viel Einsicht begonnen, darf nicht von den banalen Vorurteilen der Partner erstickt oder gelähmt werden.

(Beifall.)

Und dies andere: wir haben in der rückliegenden Epoche die Verstaatlichung des Menschen erlebt; wir wollen zur **Vermenschlichung des Staates** zurückfinden.

(Lebhafter Beifall.)

Das spürt auch die Jugend.

Ich möchte wünschen, daß Sie dieses Wort nicht als sentimentale Floskel betrachten, sondern als die gemeinsame Aufgabe, die Hybris, den *Übermut* — die Gefahr der Völker, nicht bloß des deutschen — durch das *Maß* zu ersetzen und den Sinn unserer gemeinsamen Arbeit darin zu erkennen, daß das **Recht** zwischen den Bürgern, zwischen den Völkern herrsche, um die **Freiheit der Bürger**, die **Freiheit der Völker** zu sichern und zu krönen.

Das möchte ich, mag der und jener Zyniker es für verschwärmt halten, als den inneren Sinn von unser aller Arbeit betrachten.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Präsident D. Dr. Ehlers: Herr Bundespräsident! Ich darf mich zum Sprecher der 2. Deutschen Bundesversammlung machen, wenn ich Ihnen die herzlichsten **Glückwünsche** zu der eben erfolgten Wahl und für Ihre am 12. Sep-

tember beginnende zweite Amtsperiode ausspreche.

(Lebhafter Beifall.)

Sie haben, Herr Bundespräsident, in Ihrer Ansprache die Erinnerung an die Worte, die Sie anlässlich der Vereidigung im September 1949 an Bundestag und Bundesrat gerichtet haben, heraufbeschworen. Es ist uns allen und unserm ganzen Volk heilsam, wenn wir auf diese Weise immer wieder an das Bedenken des Weges gemahnt werden, den wir in diesen fünf Jahren zurückgelegt haben. Wir sollten verstehen, daß die **Festigung unserer staatlichen Ordnung**, von der Sie gesprochen haben, keine Selbstverständlichkeit war. Damals, 1949, haben wir mit Zweifeln und Fragen auf den Weg vor uns gesehen. Die zwar gelockerte Gewalt von Besatzungsmächten und die im Besatzungsstatut festgelegte begrenzte Zuständigkeit deutscher gesetzgebender und regierender Organe bedeuteten eine ebenso schwere Belastung wie die Notwendigkeit, den Beginn einer deutschen staatlichen Ordnung nur in einem Teil Deutschlands setzen zu müssen.

Das waren äußere Schwierigkeiten. Aber es mag sein, daß die inneren noch größer waren. Sie, Herr Bundespräsident, haben sicher wie wir alle vor der bangen Frage gestanden, ob das deutsche Volk nach den verwüstenden Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft und angesichts der Folgen des totalen Zusammenbruchs überhaupt die inneren Kräfte und die politischen Fähigkeiten noch besitzen würde, um einen **eigenen freien und demokratischen Staat** aufzubauen. Ohne Frage ist dieser Aufbauweg noch nicht zurückgelegt. Gerade diejenigen, die in einer besonderen politischen Verantwortung in der Staatsspitze, im Parlament und in der Regierung stehen, sind sich klar darüber, daß noch vieles getan und erreicht werden muß, um ein in sich gefestigtes und von der inneren Verantwortungsbereitschaft des ganzen Volkes getragenes Staatswesen zu bauen.

Wir haben in diesen Jahren aber auch verstanden, daß das Gewicht politischen Lebens im Staat nicht im *Institutionellen* liegt, sondern daß es seine entscheidenden Antriebe im *Menschlichen* hat. Es ist mir darum ein Bedürfnis, Ihnen dafür zu danken, daß Sie Ihr hohes Amt mit warmer Menschlichkeit ausgefüllt haben.

(Beifall)

und in der Darstellung dieses Amtes den Bürgern unseres Staates so begegnet sind, daß sie die echte Repräsentation des Staates darin empfanden. Unser Volk ist so arm an Symbolik geworden, nicht zuletzt durch den verbrecherischen Mißbrauch von Symbolen und Zeichen in der jüngsten Vergangenheit, daß jedes echte Symbol unter uns gehegt und gehütet werden muß.

(Beifall.)

Das gilt für die Fahne, die **schwarz-rot-goldene Fahne** der Bundesrepublik

(stürmischer Beifall)

ebenso wie für die **Nationalhymne**, für deren Inkraftsetzung wir Ihnen auch zu danken haben.

(Erneuter Beifall.)

Wir sind alle aufgerufen, die Symbole vor einer aus Engstirnigkeit und Rückschrittlichkeit kommenden Beeinträchtigung ebenso zu schützen wie vor einer aus einem verflachten Staatsbegriff kommenden lärmenden Übersteigerung.

(Zustimmung)

Ich möchte sagen, daß Sie durch die Ausfüllung Ihres Amtes zu dem Wachsen echter Symbolik mitten zwischen diesen Gefahrenpunkten Entscheidendes beigetragen haben.

(Erneute Zustimmung.)

Herr Bundespräsident, Sie haben in bewegender Weise die Bedeutung der Stadt, in der wir heute versammelt sind, für Ihr Leben und für die deutsche Vergangenheit und Gegen-

wart geschildert. Sie haben damit die innere Rechtfertigung dafür gegeben, daß die Bundesversammlung in der alten Reichshauptstadt sich versammelt hat. Ich brauche dem nichts hinzufügen. Das starke Drängen darauf, daß die Bundesversammlung nach **Berlin** einberufen werden sollte, gründete sich zweifellos auf das Wissen, daß hier die Darstellung des Willens, die Einheit aller Deutschen wiederherzustellen, am überzeugungskräftigsten möglich ist.

(Lebhafter Beifall.)

Wir beziehen heute in die Bekundung unseres Willens zur **Wiederherstellung der Einheit Deutschlands** nicht nur Berlin ein, sondern die weiten Gebiete, in denen die Menschen wohnen, die nicht durch ihren oder unseren Willen, sondern durch die Folgen der Politik anderer Mächte noch von uns getrennt sind.

(Lebhafter Beifall.)

Der Deutsche Bundestag und die Regierung der Bundesrepublik haben immer wieder ihren Willen zur Einheit Deutschlands bekundet. Sie haben praktische Vorschläge zu ihrer Wiederherstellung gemacht, insbesondere auch bei den Mächten, die heute eine entscheidene Bedeutung für die Ermöglichung der Wiedervereinigung Deutschlands haben.

Wir stehen mit unseren Brüdern in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands vor der erschütternden Tatsache, daß alle diese Versuche bisher zu keinem Erfolg geführt haben. Unsere Bereitschaft, jeden möglichen Weg zu beschreiten, um die Einheit der Deutschen zu gewinnen und das Recht aller Deutschen, in ihrer Heimat zu wohnen, wiederherzustellen, ist unverändert.

(Lebhafter Beifall.)

Wir sind in diesen bitteren Jahren hüben und drüben Realisten geworden, die die Einheit Deutschlands nicht von Illusionen erwarten. Wir wissen, daß wir niemandem einen Dienst tun, wenn wir den Eindruck aufkommen ließen, als ob wir bereit wären, die Freiheit unse-

res Lebens für die Einheit zu verkaufen. Das Wort, daß wir Einheit in Freiheit wollen, steht auch über dieser Bundesversammlung in Berlin.

(Erneuter Beifall.)

Das, was wir jedem Volk auf dieser Erde zugehen, daß es sein politisches Geschick nach eigenem Willen und in eigener Verantwortung frei gestalten kann, fordern wir auch für *unser* Volk, *unser ganzes* Volk.

(Stürmischer Beifall.)

Und diejenigen, die einen großen Teil unseres Volkes daran hindern, diese freie Entscheidung, die sie auch wollen, zu fällen, sind keine Partner auf dem Wege zur Freiheit und Einheit des deutschen Volkes.

(Lebhafter Beifall.)

Wir wissen, daß wir mitten zwischen den großen Machtblöcken der Welt in einer gefährdeten Lage sind. Gerade deswegen und weil wir in dieser Lage den Frieden wollen, wissen wir uns den Mächten verbunden, die wie wir die **Selbstbestimmung und Freiheit der Völker** verteidigen. Ich bin gewiß, daß das ganze deutsche Volk in seinen politischen Entscheidungen immer auf der Seite der Freiheit zu finden sein wird.

(Beifall.)

Wir wissen uns bei dieser Tagung der Bundesversammlung in Berlin gerufen, unsere Verbundenheit mit all denen zu bekunden, die in besonderer Weise dieser Freiheit ermangeln müssen. Mit Genugtuung haben wir gehört, daß eine Reihe von **Menschen aus den Strafanstalten der sowjetisch besetzten Zone** entlassen ist, und es ist uns, der Bundesversammlung, eine Freude, daß eine größere Zahl von ihnen an dieser Bundesversammlung heute teilnehmen kann.

(Anhaltender starker Beifall.)

Wir denken in diesem Augenblick mit Bewegung an alle, die in diesen Zuchthäusern zurückbleiben mußten.

(Abg. Reimann: Und in Westdeutschland!)

Unser Gedenken gilt in gleicher Weise all denen, die noch infolge des Krieges oder seiner Folgen neun Jahre nach Kriegsende in Gefangenschaft oder Haft gehalten werden, insbesondere den vielen tausend **Kriegsgefangenen in Rußland**.

(Beifall.)

Diejenigen, die sie in Haft und Lagern halten, können ihren Willen, die Zustände auf dieser Erde zu bessern und das Zusammenleben der Völker zu ermöglichen, durch nichts mehr bezeugen als durch die endliche und vollständige Beendigung dieser unmenschlichen Gefangenschaften.

(Lebhafter Beifall.)

Worte haben auf dieser Erde ihre Kraft verloren. **Taten der Befriedigung** allein können noch Glaubwürdigkeit herstellen.

(Abg. Reimann: Also keine EVG!)

Wenn wir davon sprechen, geht es uns nicht um Demonstration oder Propaganda, es geht uns lediglich um die schlichte Forderung nach Menschlichkeit für alle bedrückten und verfolgten Menschen auf dieser Erde, insbesondere für die am meisten gequälten Menschen unseres Volkes.

(Beifall.)

Für ein Zeichen menschlicher Gesinnung ist es nie zu spät, daraus allein kann ein neuer Geist unter den Völkern wachsen.

Herr Bundespräsident, Ihre Wiederwahl erfolgt — Sie haben darauf hingewiesen — in einer Zeit **krishafter politischer Erscheinungen** in der uns so sehr am Herzen liegenden europäischen und in der Weltpolitik. Wir sind gewiß, daß Sie auch in Ihrer zweiten Amtsperiode mit den übrigen Organen unseres Staates Ihre Kraft, Ihr Herz und — ich darf es hier einmal sagen — Ihren so wohltuenden Humor

für das Leben, den Aufbau und die Freiheit unseres Volkes einsetzen werden. Sie haben in der Bundesversammlung nicht nur den Deutschen Bundestag, sondern die von den Parlamenten der Länder gewählten Vertreter vor sich, also eine umfassende Darstellung der Einheit und der Vielfalt unseres staatlichen Lebens. Sie dürfen gewiß sein, daß alle, denen unser Volk am Herzen liegt, in Bund und Ländern Ihnen jede mögliche Hilfe in der Erfüllung Ihrer hohen und schweren Aufgabe leisten werden.

Bei Übernahme Ihres hohen Amtes im Jahre 1949 haben Sie auf das Wort der Bibel hingewiesen: „**Gerechtigkeit erhöht ein Volk**“. Wenn es eine Möglichkeit gegeben hätte, die fundierende Bedeutung dieses Wortes für unser Volk und für alle Völker der Erde noch mehr verstehen zu lernen, dann wäre uns diese Möglichkeit in den vergangenen fünf Jahren gegeben worden. Wir wünschen Ihnen von Herzen, daß Sie auch künftig Ihr Amt in diesem Geiste ausfüllen können, damit wir gemeinsam das wahrmachen, was im Grundgesetz unseres Staates uns aufgegeben ist, in der Verantwortung vor Gott und den Menschen uns von dem Willen beseelen zu lassen, die **nationale und staatliche Einheit des deutschen Volkes** zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem **vereinten Europa** dem **Frieden der Welt** zu dienen. Gott geleite Sie und uns alle auf diesem Wege auch fernerhin!

(Anhaltender starker Beifall.)

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der Tagesordnung der 2. Deutschen Bundesversammlung. Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit und hoffe, daß Sie diesen Tag in Berlin in Ihrer Erinnerung für Ihre Arbeit bewahren werden.

Die 2. Deutsche Bundesversammlung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 17 Uhr 27 Minuten.)

3. Bundesversammlung

1. Juli 1959

Übersicht

Zusammensetzung nach Parteien

CDU/CSU	517	GB/BHE	20
SPD	386	BP	6
FDP	82	DPS	3
DP	24	insgesamt	1 038

Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder¹⁾

Baden-Württemberg	70	Niedersachsen	62
Bayern	88	Nordrhein-Westfalen	147
Berlin	21	Rheinland-Pfalz	32
Bremen	6	Saarland	10
Hamburg	17	Schleswig-Holstein	22
Hessen	44		

¹⁾ Bekanntmachung der Bundesregierung vom 19. Mai 1959 (BGBl. I S. 260, Nr. 17 vom 16. Mai 1959)

Tagungsort und Tagungsstätte: Berlin, Ostpreußenhalle

Präsident der Bundesversammlung: Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier

Wahlergebnisse

	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Heinrich Lübke (Vorschlag CDU/CSU)	517 ²⁾	526
Carlo Schmid (Vorschlag SPD)	385	386
Max Becker (Vorschlag FDP)	104	99
Enthaltungen	25	22
abgegebene Stimmen insgesamt	1 031	1 033

²⁾ Bei der ersten Zählung wurden für Lübke 516 Stimmen gezählt.

Gewählt: Heinrich Lübke im 2. Wahlgang mit 526 Stimmen³⁾

³⁾ erforderliche Mehrheit: 520 Stimmen

Amtszeit: 13. September 1959 bis 12. September 1964

Verzeichnis der Mitglieder

A

Dr. Achenbach *
 Frau Ackermann *
 Addicks
 Graf Adelman *
 Dr. Adenauer (Rhöndorf) *
 Dr. Adenauer (Köln)
 Adorno
 Dr. Aigner *
 van Aken
 Alber (Urach)
 Albers (Vöhrum)
 Frau Albertz *
 Alles
 Altenhain
 Althaus
 Altmaier (Frankfurt) *
 Dr. h. c. Altmeier (Koblenz)
 Amm
 Amrehn
 Archimowitz
 Arend (Letter)
 Arndgen
 Dr. Arndt (Bonn) *
 Arndt (Frankfurt)
 Dr. Atzenroth *
 Auge *

B

Dr. Baade *
 Bach
 Bachmeier
 Bading *
 Bähre
 Dr. Bärsch *
 Baeuchle
 Bäume *
 Baier (Mosbach) *
 Baldauf *
 Dr. Balke *
 Balkenhol *

Bals *
 Bantele
 Dr. Bartels (Bochum) *
 Dr. Barzel (Paderborn) *
 Bauer (München)
 Bauer (Wasserburg) *
 Bauer (Würzburg) *
 Bauereisen *
 Bauknecht *
 Baumgartner
 Baur (Augsburg) *
 Bausch *
 Bazille *
 Becher (Mayen)
 Dr. Bechert (Gau Algesheim) *
 Becker (Bochum)
 Dr. Becker (Hersfeld) *
 Dr. Becker (Mönchen-Gladbach) *
 Becker (Pirmasens) *
 Becker (Saarbrücken)
 Behncke
 Behrendt (Dortmund) *
 Behrens (Rastede)
 Behrisch *
 Benda *
 Frau Bennemann *
 Berberich *
 Berchtenbreiter
 Edler von Berdeis
 Berding
 Berendsen *
 Berger *
 Frau Berger-Heise *
 Bergmann (Essen) *
 Dr. Bergmeyer *
 Berkhan (Hamburg) *
 Berlin *
 Bernoth
 Frau Berns
 Dr. Besold *
 Dr. Best
 Bettgenhäuser *
 Bex

Frau Beyer (Frankfurt) *
 Dr. Bieringer
 Billen
 Birkelbach *
 Dr. Birrenbach
 Fürst von Bismarck *
 Bitter
 Blachstein *
 Blank *
 Dr. Bleiß *
 Frau Dr. Bleyler *
 Blöcker *
 Frau Blohm *
 Blumenfeld
 Bock
 von Bodelschwingh *
 Böglér
 Dr. Böhm *
 Börger (Alsfeld)
 Börner (Berlin)
 Börner (Kassel) *
 Bolbrinker
 Boljahn
 Frau Dr. Bonnemann
 Dr. Borgmann
 Brand (Remscheid) *
 Brandes (Hamburg)
 Brandes (Holzwiesen)
 Brandl (Kleinwinden)
 Brandt (Berlin)
 Brandt (München)
 Dr. Brauda
 Frau Brauksiepe *
 Dr. Brecht *
 Brenner
 Dr. von Brentano *
 Dr. Brentano-Hommeyer
 Brese *
 Frau Dr. Brökelschen *
 Brück *
 Brügger
 Dr. Brünner
 Bruse *
 Dr. Bucerius *

* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Dr. Bucher *
 Buchholz
 Bühler *
 Büttner (Hilchenbach)
 Büttner (Moers) *
 Bugert
 Bulthaupt
 Burauen
 Dr. Burgbacher *
 Burgemeister *
 Busen

C

Caspers *
 Cillien *
 Claussen
 Clemens
 Conrad *
 Dr. Conring *
 Corterier *
 Cramer *
 Dr. Cremer
 Dr. Czaja *

D

Dr. Dahlgrün *
 Dannecker
 Danzl
 Frau Dauber
 Dedenbach
 Degen
 Dr. Dehler (Bamberg) *
 Dr. Dehler (Nürnberg)
 Dr. Deist *
 Demmelmeier *
 Demmerle
 Deppermann
 Deringer (Stuttgart) *
 Dertinger (Burgau)
 Dewald *
 Dewitz
 Dichtel
 Diebäcker *
 Diekmann *
 Diel (Burg Leyen) *

Frau Dr. Diemer-Nicolaus *
 Diez
 Dr. Dittrich *
 Frau Döhring (Stuttgart) *
 Frau Doell (Kork)
 Döring (Düsseldorf) *
 Dr. Dörinkel
 Dr. Dollinger *
 Dopatka *
 Dowidat *
 Drachsler *
 Draeger *
 Dr. Dresbach *
 Drescher (Brilon)
 Dreyer
 Drews
 Dröscher (Kirm) *
 Droll (Bochum)
 Dürr *
 Durchholz
 Duschl

E

Ebert
 Dr. Eckhardt (Bonn) *
 Eckhardt (Gemünden) *
 Edler
 Ehren *
 Ehrhardt (Stuttgart)
 Eichelbaum *
 Frau Eilers (Bielefeld) *
 Eilers (Bremerhaven)
 Eilers (Oldenburg) *
 Eisenmann *
 Dr. Elbrächter *
 Endres
 Engelbrecht-Greve *
 Frau Engländer *
 Enk *
 Eplée *
 Dr. Erbe
 Erhard (Bad Schwalbach)
 Dr. Dr. h. c. Erhard (Bonn) *
 Erhardt (Kulmbach)
 Erlenbusch

Erler *
 Eschmann *
 Etzel *
 Etzenbach *
 Dr. Even (Düsseldorf) *
 Even (Köln) *
 Ey

F

Faller *
 Faltermeier
 Felder (Bad Reichenhall) *
 Feldmann (Geseke)
 Feldmann (Schötmar)
 Feller (Heidelberg)
 Fellmann (Rodenkirchen)
 Dr. Filbinger
 Finckh *
 Fischer
 Fleckenstein
 Dr. Flehinghaus
 Fley
 Folger *
 Dr. Frank
 Franke (Haldorf)
 Franke (Hannover) *
 Dr. Franz *
 Franzen *
 Dr. Frede *
 Frehsee *
 Frenzel *
 Fretschner
 Freund
 Dr. Frey *
 Dr. Friedensburg *
 Frau Friese-Korn *
 Fricke
 Dr. Fritz (Ludwigshafen) *
 Fritz (Welzheim) *
 Froböse
 Fuchs (Kraisdorf) *
 Fuchs (Mainz)
 Fuhrmann
 Funk *
 Dr. Furier *
 Fyrnys

G

Frau Gärtner
 Frau Dr. Gantenberg *
 Ganter
 Garvens
 Gaßmann (Stuttgart) *
 Gassner (Vilshofen)
 Gedat *
 Gefeller
 Gehring *
 Geiecke
 Geiger (Aalen) *
 Geiger (München) *
 Frau Geisendörfer *
 Geist
 Gerards (Hauerhof)
 Gerhard (Münster)
 Geritzmann *
 Dr. Gerlich
 Germscheid
 Gerns *
 Dr. Gerrads (Karlsruhe)
 D. Dr. Gerstenmaier *
 Gewandt *
 Gibbert *
 Giencke *
 Frau Giesemann
 Glahn *
 Dr. Glasmeyer
 Dr. Gleissner (München) *
 Glesius
 Frau Glinka
 Glüsing (Dithmarschen) *
 Gnad
 Dr. Gönnenwein
 Dr. Görgen *
 Dr. Götz *
 Gog
 Goldhagen *
 Golüke
 Gontrum *
 Dr. Gossel *
 Gottesleben *
 Dr. Gradl *
 Grässler

Graf
 Frau Gregory
 Dr. Greve *
 Griese
 Gross
 Grosspeter
 Grote
 Dr. Grotmann
 Grundmann
 Dr. Gülich *
 Günther *
 Frau Günzl
 Gutermuth
 Freiherr zu Guttenberg *

H

Haage *
 Haase
 Habelitz
 Hackenberg
 Hackethal *
 Haehser
 Häußler *
 Haferkamp
 Hahn *
 Dr. Haindl
 Hamacher *
 Dr. von Haniel-Niethammer *
 Hansen (Hürth)
 Hansen (Kiel)
 Hansen (Stuttgart)
 Hansing *
 Dr. Harm *
 Harnischfeger *
 Frau Hartmann
 von Hassel
 Hauffe *
 Dr. Haußmann
 Dr. Heck (Rottweil) *
 Hedergott
 Hegemann
 Heide *
 Dr. Heieck
 Heiland *
 Heinemann (Bochum)

Dr. Dr. Heinemann (Essen) *
 Heinen
 Frau Heinke
 Heinrich (Mering)
 Heinrichs (Lendersdorf)
 Heitkamp
 Heise
 Heix *
 Hellenbrock *
 Heller
 Hellwege
 Dr. Hellwig *
 Henn
 Henneberg
 Dr. h. c. Hennig
 Frau Herklotz *
 Hermsdorf *
 Herold *
 Herzog
 Dr. Hesberg *
 Hesemann *
 Heuer
 Heye *
 Hilbert *
 Hildebrandt
 Hilke
 Hirrlinger
 Höcherl *
 Dr. Höck (Salzgitter) *
 Höcker *
 Hoefler (Hannover)
 Höfler (Freiburg) *
 Högn
 Dr. Hoegner
 Höhmann *
 Höhne *
 Hölzel
 Hörauf *
 Hövelmeyer
 Hofmann (Regensburg)
 Hofmann (Rothenburg)
 Holderbaum
 Holkenbrink
 Holla *
 Holtzhauer
 Holz

Hoogen (Kempen) *
 Hopmann
 Horn *
 Hort
 Dr. Hoven (Kornelimünster) *
 Huber (Fürstenfeldbruck)
 Dr. Huber (München)
 Frau Dr. Hubert (Göttingen) *
 Hübner *
 Hülser
 Hufnagel *
 Huisgen
 Huth *
 Frau Huthmann
 Dr. Huys *

I

Illerhaus *
 Iven (Düren) *

J

Jacobi *
 Jacobs *
 Dr. Jaeger *
 Jahn (Frankfurt) *
 Jahn (Marburg) *
 Jahn (Stuttgart) *
 Jaksch *
 Janota
 Jansen (Schlüchtern)
 Jensen (Ausacker)
 Dr. Jordan *
 Josten *
 Jürgens
 Jürgensen *
 Junghans *
 Jungherz
 Jungmann

K

Käber
 Kaesehage
 Frau Kaiser
 Kalbers

Kalbitzer *
 Frau Kalinke *
 Dr. Kammhuber
 Dr. Kanka *
 Kappius
 Frau Kassen
 Katzer *
 Frau Keilhack *
 Keller (Groß Sittensen)
 Keller (Neheim) *
 Kellner (Regensburg)
 Kemmer *
 Dr. Kempfler *
 Kerl
 Kersten
 Frau Kettig *
 Keuning *
 Kiesecker
 Kiesinger
 Killat (Unterbach) *
 Kinat (Spork) *
 Frau Kipp-Kaule *
 Kirchhof (Detmold)
 Kirchhoff (Werdohl) *
 Klausch
 Dr. Klein (Berlin)
 Klein (Flensburg)
 Klein (Niederkostenz)
 Kleinknecht
 Frau Klemmert *
 Dr. Kliesing (Honnaf) *
 Klindworth
 Klingen
 Klingspor
 Klinker
 Dr. von Klüchtzner
 Knäpper
 Knapp
 Knobloch *
 von Knoeringen
 Dr. Knorr *
 Knudsen
 Koch *
 Köcher
 Dr. Köchling
 Köhler *

Köglasperger
 Köllen
 Könen (Düsseldorf) *
 Koenen (Lippstadt) *
 König (Diersheim)
 Königs (Ratingen)
 Dr. Königswarter *
 Kohl
 Dr. Kohut *
 Frau Dr. Konrad
 Dr. Kopf (Freiburg) *
 Kopp (Marpingen)
 Frau Korpeter *
 Kraft *
 Kramel *
 Krammig *
 Krampe
 Frau Krappe *
 Kraus *
 Dr. Krause (Hanau)
 Krause (Mannheim)
 Kreibohm
 Kreitmeyer *
 Kremer
 Dr. Kreyssig *
 Kriedemann *
 Kroll *
 Dr. Krone *
 Frau Krüger (Lübeck)
 Krüger (Neheim) *
 Krüger (Olpe) *
 Krug *
 Frau Dr. Kuchtner *
 Kühlthau *
 Kühn (Bonn) *
 Kühn (Köln) *
 Dr. Küsswetter
 Kuhngamberger
 Kuhr
 Kummernuss
 Kunst *
 Kuntscher *
 Kunze (Bassum)
 Kunze (Bethel) *
 Kurlbaum *
 Kuske

L

Lang (Kochertürn)
 Lang (München) *
 Lange (Essen) *
 Lantermann *
 Lautenschlager
 Leber (Frankfurt) *
 Dr. Leber (Öffingen)
 Leeger (Stuttgart)
 Leicht *
 Dr. Leiske *
 Dr. Lemke
 Lemmer (Berlin) *
 Lemmer (Remscheid)
 Lemmer (Siegburg)
 Lempken (Homburg)
 Lensing
 Lenz (Brühl) *
 Lenz (Trossingen) *
 Lenze (Attendorf) *
 Leonhard *
 Lermer *
 Leukert *
 Leuninger
 Dr. Leuze
 Dr. Leverkuschn *
 Limbeck
 Linden
 Dr. Lindenberg *
 Dr. Lindrath *
 Linke
 Dr. Löhr *
 Logemann *
 Lohmann (Walsum)
 Lohmar (Bielefeld) *
 Lohreng (Felsberg)
 Lorenz (Berlin)
 Frau Lowka
 Ludwig *
 Dr. h. c. Lübke *
 Lücke (Bensberg) *
 Lücke (Osnabrück) *
 Lückner (München) *
 Frau Dr. Dr. h. c. Lüders *
 Lünenstraß *

Lulay *
 Luth
 Lutz

M

Dr. Maas
 Maier (Freiburg) *
 Maier (Mannheim) *
 Dr. Maier (Stuttgart) *
 Majonica *
 Dr. Baron Manteuffel-Szoegge *
 Margulies *
 Marquardt
 Dr. Martin *
 Marx (München) *
 Marx (Rüsselsheim)
 Matthes *
 Mattick *
 Matzner *
 Maucher *
 Mauk *
 Frau Maurer (Mannheim)
 Frau Maurer (Stuttgart)
 Frau Dr. Maxsein *
 Dr. Meder
 Meis *
 Meitmann *
 Frau Mellies
 Memmel *
 Dr. Mende *
 Mengel
 Mengelkamp *
 Menges
 Menke *
 Mensing *
 Mentzel (Eckernförde)
 Dr. Menzel (Bonn) *
 Dr. von Merkatz *
 Merten *
 Metter *
 Metzger *
 Meyer (Berlin) *
 Dr. Meyer (Frankfurt)
 Meyer (Hagen) *
 Meyer (Oppertshofen) *

Meyer (Wanne-Eickel)
 Frau Meyer-Laule *
 Dr. Meyers
 (Mönchen-Gladbach) *
 Michel
 Mick *
 Dr. Middelhaue
 Dr. Miessner *
 Mikolaschek
 Miltenberger
 Mischnick *
 Mittwich
 Möhlmann
 Möhring
 Möller (Hausberge)
 Dr. Möller (Karlsruhe)
 Dr. Mommer *
 Frau Most
 Muckermann *
 Mühlbauer
 Mühlenberg *
 Müller (Brakel)
 Müller (Erbendorf) *
 Müller (Eschweiler)
 Müller (Ludwigshafen)
 Dr. Müller (Mannheim)
 Müller (Ravensburg) *
 Dr. Müller (Schwäbisch Hall)
 Müller (Tettau)
 Müller (Worms) *
 Müller-Hermann *
 Müller-Link
 Müser *
 Muhler
 Munzinger *
 Murr *

N

Frau Nadig *
 Dr. Nebinger
 Dr. Neinhaus
 Nellen *
 Nerlinger
 Neubauer *
 Neuburger *

Neumann *
 Dr. Neuwirth
 Nieberg *
 Niederalst *
 Nieswandt
 Frau Niggemeyer *
 Nischwitz
 van Nes Ziegler

O

Dr. Dr. Oberländer *
 Oberle
 Odenthal *
 Oesterheld
 Dr. Oesterle *
 Oetzel *
 Ohning
 Ollenhauer (Bonn) *
 Frau Ollenhauer (Hamburg)
 Dr. von Oppen
 Orgass
 Dr. Orth
 Osterndorff
 Osterroth
 Ostmeyer

P

Frau Dr. Pannhoff *
 Pape
 Paul *
 Paulmann
 Dr. Paulssen
 Pawlik
 Pelster *
 Pernoll *
 Pesch
 Peters *
 Pfeifer
 Dr. h. c. Pferdenges *
 Pfestorf
 Dr. Pfirstinger
 Dr. Pflaumbaum *
 Dr. Philipp *
 Picard

Pieper
 Pietscher *
 Frau Pitz-Savelsberg *
 Platte (Treysa)
 Platten (Mörsdorf)
 Pöhler *
 Poellath
 Pohle *
 Post
 Dr. Pottebaum
 Prasuhn
 Dr. Preiß *
 Prennel *
 Dr. Preusker *
 Priebe *
 Probst (Freiburg) *
 Frau Dr. Probst *
 Pürsten
 Pütz *
 Pusch *

R

Dr. Raabe
 Rack
 Rademacher *
 Radke
 Ramms *
 Rasch *
 Rasner *
 Dr. Ratzel *
 Rau
 Rauch (Kitzingen)
 Rauch (Laufen)
 Regitz
 Regling *
 Frau Dr. Rehling *
 Rehm
 Rehs *
 Dr. Reinhard (Unterweissenborn) *
 Frau Reinhardt (Stade)
 Reinke
 Reinköster
 Dr. Reith *
 Reitz *
 Reitzner *

Frau Renger *
 Reuter
 Frau Restle
 Richardon
 Richarts *
 Richter (Frankfurt)
 Richter (Hamburg)
 Riedel (Frankfurt) *
 Riegel (Göppingen)
 Dr. Riesebrodt
 Dr. Ripken *
 Ritterbecks
 Ritzel *
 Rock
 Rodemer
 Frau Rösch *
 Rösing *
 Rohde *
 Rohlmann
 Rohner
 Ropers (Sittensen)
 Dr. Roters (Münster)
 Rothley
 Frau Rudoll *
 Rübenstrunk
 Dr. Rüdell (Kiel) *
 Ruf *
 Ruhnau
 Ruhnke *
 Dr. Ruhrländer
 Ruland *
 Runge
 Dr. Rutschke *

S

Sander (Bonn)
 Sander (Golmbach) *
 Schachtner
 Schaefer (Bocholt)
 Schäfer (Neuß)
 Schäfer (Saarbrücken)
 Dr. Schäfer (Tübingen) *
 Schäffer *
 Schäperkötter
 Frau Schanzenbach *

Scharnberg *	Schoenfeldt	Solke *
Scharnowski *	Schoettle *	Sommer
Frau Schaub	Scholz	Spiecker
Scheel *	Schoof	Spies (Brücken) *
Dr. Schellenberg *	Dr. Schranz *	Spies (Emmenhausen) *
Scheppmann *	Dr. Schreiber	Spitzmüller *
Scherber	Dr. Schröder (Düsseldorf) *	Stahl *
Dr. Scherf	Schröder (Lentförden)	Dr. Stammberger *
Scheuerlein	Schröder (Osterode) *	Dr. Starke *
Scheufelen	Schröter (Berlin) *	Stauch *
Scheuren *	Schroth	Dr. Stechmann
Schiffer	Schüttler *	Dr. Stecker *
Dr. Schild *	Frau Schütz (Berlin-Lichterfelde)	Dr. Steffan (München)
Schiller	Schütz (Berlin-Wilmersdorf) *	Dr. Stein
Schirpenbach	Schütz (München) *	Frau Dr. Steinbiß *
Schlee *	Schuhmann	Steinhoff
Schlichtinger	Schult (Eckernförde)	Frau Steinke
Schlick *	Schultz (Gaubischofsheim) *	Dr. Steinmetz *
Schlingmann	Schulze-Pellengahr *	Stelter
Schlömer	Schuster	Stenger *
Frau Schlüter	Schwarz (Frauenholz) *	Stephan (Dortmund)
Dr. Carlo Schmid (Frankfurt) *	Schwarz (Leubsdorf)	Stiefvater
Schmiedel	Dr. Schwarz (Nürtingen)	Stierle *
Schmiedke	Schwarz (Stuttgart)	Stiller *
Schmidt (Ewersbach)	Schwarzbach	Stingl *
Dr. Schmidt (Gellersen) *	Schwarze (Paderborn)	Stöckemann
Schmidt (Hachenburg)	Frau Dr. Schwarzhaupt *	Dr. Stoltenberg *
Schmidt (Hamburg) *	Dr. Schwinkowski	Frau Stommel
Frau Dr. Schmidt (Pfaffenhofen)	Dr. Schwörer *	Storch *
Dr. Schmidt (Wuppertal) *	Dr. Seebohm *	Dr. Storm (Duisburg) *
Rudi Schmitt (Frankfurt)	Dr. Seffrin *	Storm (Meischenstorf) *
Frau Schmitt (Fulda) *	Seidel (Fürth) *	Stracke
Schmitt (Rimbach)	Seidl (Dorfen) *	Sträter *
Schmitt (Vockenhausen) *	Seipp	Strauß *
Schmücker *	Seither *	Frau Dr. Strecker
Frau Schneider (Berlin)	Semprich	Striebeck *
Schneider (Bremerhaven) *	Dr. Serres *	Striek
Schneider (Hamburg) *	Seuffert *	Frau Strobel *
Dr. Schneider (Kassel)	Dr. Seume *	Dr. Strodthoff
Schneider (Konstanz)	Siebel (Freudenberg) *	Struve *
Dr. Schneider (Lollar) *	Frau Siegel (Rappershausen)	Dr. Stuckel
Dr. Schneider (Saarbrücken) *	Dr. Siemer *	Stübinger
Schneider (Wuppertal)	Siemen	Stücklen *
Schneier (Zeil)	Simonis	Stümer
Dr. Schober	Simpfendörfer *	Sühler *
Schoemer	Smektala	
Schöner	Soldmann	
Schönfelder		

T

Tegeler
Teriete *
Theis (Berlin)
Theis (Duisburg) *
Thies
Thomas
Thome
Thordsen
Thürmer
Frau Tillmanns
Tobaben *
Tölle
Tönges
Dr. Toussaint *
Treichel

U

Unertl *
Dr. Unshelm

V

Varelmann *
Verhar *
Verhoff
Vetter
Vitt
Vittinghoff
Voelker (Berlin)
Völker (Worms)
Vogel (Hamerz)
Dr. Vogel (Aalen) *
Vogt *
van Volxem
Dr. Vomfelde
Voos
Frau Vorwerg

W

Wacher (Hof) *
Wacker (Bendorf)
Dr. Wagner (Heppenheim)
Wagner (Günzburg)

Wagner (Ludwigshafen) *
Dr. Wagner (München)
Dr. Wahl *
Wallauer
Walpert *
Walter (Hamburg)
Walter (Wanfried) *
Walter (Wiesbaden)
Frau Dr. Walz
Frau Warnecke
Frau Dr. h. c Weber (Essen) *
Weber (Georgenau) *
Dr. Weber (Koblenz) *
Weber (Korbach)
Weber (Oedekoven)
Wedel (Burgthann)
Wedel (Groß Umstadt)
Wegener *
Wehking *
Dr. Wehmeier
Wehner *
Wehr (Bremerhaven) *
Wehr (Kempten)
Weigl
Weimer *
Weindl
Weinkamm *
Weise
Weiß
Welke *
Wellmann
Welslau *
Frau Welter (Aachen) *
Dr. Weltner (München)
Weltner (Rinteln) *
Wendelborn *
Dr. Werber *
Wertz
Frau Wessel *
Westenberger
Weyer
Frau Wicke
Wiedemeier
Frau Wieland (Heessen)
Wienand (Schladern) *
Wieninger *
Wiesmann
Wilhelm *

Dr. Wilhelmi *
Dr. Will *
Dr. Willeke *
Wilper
Windelen *
Wingendorf
Winkelheide *
Winkels
Dr. Winkler (Freiburg)
Winkler (Sulzbach)
Winter (Erkenschwick)
Dr. Winter (Fürth) *
Winter (Silixen)
Wirsching
Wischniewski *
Dr. Witten
Wittmann *
Wittmer-Eigenbrodt *
Wittrock (Kassel)
Wittrock (Wiesbaden) *
Dr. Wlaschek
Frau Woldering
Dr. Wolf (Bad Godesberg)
Wolf (Neustadt)
Frau Jeanette Wolff *
Frau Ida Wolff
Wolfskeil
Wolters
Worms *
Dr. Wuermeling *
Wullenhaupt *
Wurster
Wurz

Z

Zahn
Zettel
Dr. Ziersch *
Dr. Zimmer *
Frau Zimmermann (Brackwede)
Dr. Zimmermann (München) *
Zinnkann
Zoglmann *
Zoller
Zühlke *

Zusammensetzung nach Parteien

Parteien	Mitgl. d. Bundesvers., die Mitgl. des Bundestages sind	Mitgl. d. Bundesvers., die von den Volksvertretungen der Länder gewählt wurden*)	Insgesamt
CDU/CSU	279	238	517
SPD	181	205	386
FDP	44	38	82
DP	15	9	24
BP	-	6	6
GB/BHE	-	20	20
DPS	-	3	3
insgesamt:	519	519	1 038

*) Vgl. Artikel 54 Abs. 3 GG

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages

Zusammensetzung nach Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten

Länder	CDU/CSU		SPD		FDP		GB/BHE		
	MdL	Nicht-MDL insg.	MdL	Nicht-MDL insg.	MdL	Nicht-MDL insg.	MdL	Nicht-MDL insg.	
Baden-Württemberg	18	15	10	11	9	3	3	1	4
Bayern	-	44	13	15	1	2	3	7	7
Berlin	5	4	12	-	-	-	-	-	-
Bremen	1	-	4	-	-	-	-	-	-
Hamburg	3	3	8	2	1	-	-	-	-
Hessen	15	-	20	2	4	-	4	1	3
Niedersachsen	9	11	-	26	3	-	3	2	5
Nordrhein-Westfalen	36	41	38	21	4	7	11	-	-
Rheinland-Pfalz	17	-	10	2	3	-	3	-	-
Saarland	5	-	2	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	11	-	2	7	1	-	1	-	1
Insgesamt:	120	118	119	86	26	12	38	9	20

Fortsetzung
nächste Seite

–Fortsetzung–

Länder	BP		insg.		DP		insg.		DPS		insg.		Insgesamt		
	MdL	Nicht-MDL	MdL	Nicht-MDL	MdL	Nicht-MDL	MdL	Nicht-MDL	MdL	Nicht-MDL	MdL	Nicht-MDL	MdL	Nicht-MDL	
Baden-Württemberg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	40	30	70
Bayern	6	-	-	6	-	-	-	-	-	-	-	-	20	68	88
Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	4	21
Bremen	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-	5	1	6
Hamburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12	5	17
Hessen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	41	3	44
Niedersachsen	-	-	5	-	5	3	8	-	-	-	-	-	20	42	62
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	78	69	147
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30	2	32
Saarland	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	3	3	10	-	10
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15	7	22
Insgesamt:	6	-	5	6	5	4	9	3	3	-	3	3	288	231	519

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages

Stenographischer Bericht

Berlin, Mittwoch, den 1. Juli 1959¹⁾

Die Sitzung wird um 11 Uhr 1 Minute durch den Präsidenten D. Dr. Gerstenmaier eröffnet.

Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Die Bundesversammlung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie willkommen in Deutschlands Hauptstadt Berlin. Ich begrüße die Mitglieder der Bundesversammlung. Ich begrüße zahlreiche ausländische Gäste, unter ihnen die Botschafter und die Mitglieder der ausländischen Missionen. Ich begrüße die Bundesregierung und die Vertreter des Bundesrates. Ich begrüße alle anderen hier versammelten Vertreter der Länder der Bundesrepublik, unter ihnen die Regierung und das Abgeordnetenhaus von Berlin. Und schließlich grüße ich die vielen anderen, die hierhergekommen sind oder die am Bildschirm und Rundfunk Zeugen der freien Wahl des zweiten deutschen Bundespräsidenten sind.

Der Respekt vor der beschworenen Verfassung ist der einzige Grund, der das verehrte seitherige Haupt der Bundesrepublik Deutschland — gegen den Wunsch vieler — von seinem Amte Abschied nehmen läßt. Derselbe Respekt vor der Verfassung gebietet uns, heute seinen Nachfolger zu wählen.

Nach Art. 54 Abs. 3 des Grundgesetzes besteht die **Bundesversammlung** aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Die Bundesversammlung besteht somit aus 519 Mitgliedern des Bundestages und 519 von den Länderparlamenten Gewählten; das sind insgesamt 1038 Mitglieder. Es entsenden die Länder:

Baden Württemberg	70	Mitglieder,
Bayern	88	Mitglieder,
Berlin	21	Mitglieder,
Bremen	6	Mitglieder,
Hamburg	17	Mitglieder,
Hessen	44	Mitglieder,
Niedersachsen	62	Mitglieder,
Nordrhein-Westfalen	147	Mitglieder,
Rheinland-Pfalz	32	Mitglieder,
Saarland	10	Mitglieder,
Schleswig-Holstein	22	Mitglieder.

Ich stelle fest, daß die Parlamente der Bundesländer diese von ihnen in die Bundesversammlung entsandten Mitglieder ordnungsgemäß gewählt und bekanntgemacht haben. Der Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes bestimmt, daß zum Bundespräsidenten gewählt ist, wer in einem der beiden ersten Wahlgänge die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält oder wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Ich stelle fest, daß in den beiden ersten Wahlgängen einer der Bewerber mindestens 520 Stimmen auf sich vereinigen muß, um gewählt zu sein. Dabei ist zugrunde gelegt, daß die **Mitglieder des Landes Berlin** in dieser Wahl **volles Stimmrecht** haben.

(Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte dazu folgendes sagen, meine Damen und Herren. Das Grundgesetz gilt nach seinem Art. 23 auch im Lande Berlin. Für den Fall, daß die volle Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik Deutschland durch Eingriffe von außen gehindert würde, hat der Verfassungsgesetzgeber die Bestimmung des Art. 144 Abs. 2 in das Grundgesetz aufgenommen. Die Bestimmung lautet:

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 44. S. 1 -7.

Soweit die Anwendung dieses Grundgesetzes in einem der in Artikel 23 aufgeführten Länder oder in einem Teile eines dieser Länder Beschränkungen unterliegt, hat das Land oder der Teil des Landes das Recht, gemäß Artikel 38 Vertreter in den Bundestag und gemäß Artikel 50 Vertreter in den Bundesrat zu entsenden.

In einem Beschluß vom 21. Mai 1957 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt:

Berlin ist ein Land der Bundesrepublik. Das Grundgesetz gilt grundsätzlich auch in Berlin. Soweit der Vorbehalt der Drei Mächte reicht und aufrechterhalten wird, unterliegt allerdings die Anwendung des Grundgesetzes in Berlin Einschränkungen. Soweit der Vorbehalt der Drei Mächte nicht entgegensteht, müssen aus der grundsätzlichen Geltung des Grundgesetzes für Berlin alle Folgerungen gezogen werden.

Es blieb mir daher zu prüfen, meine Damen und Herren, ob sich der Vorbehalt der Drei Mächte auch auf die Bundesversammlung erstreckt und ob er aufrechterhalten wird. In dem Vorbehalt des Genehmigungsschreibens der Drei Mächte zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 ist die Bundesversammlung nicht erwähnt. Sie ist ein Verfassungsorgan anderer Art als Bundestag und Bundesrat, mit einer im wesentlichen anderen Aufgabe, als sie den gesetzgebenden Körperschaften im allgemeinen gestellt ist. Die Berliner Mitglieder haben bereits 1954 stimmberechtigt an der Bundesversammlung teilgenommen. Die Drei Mächte haben damals Einwendungen nicht erhoben. Inzwischen hat sich die Rechtslage insofern weiterentwickelt, als jene Vorbehaltsrechte im Deutschland-Vertrag von der Bundesrepublik bestätigt und mit unserem Willen Vertragsrecht geworden sind. In Art. 6 Abs. 2 des Deutschland-Vertrages hat sich die Bundesrepublik überdies verpflichtet, ihrerseits mit den Drei Mächten zusammenzuwirken, „um es ih-

nen zu erleichtern, ihren Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin zu genügen“. Es steht fest, auch in diesem Augenblick steht fest, daß die Drei Mächte nach wie vor die oberste Gewalt in Berlin ausüben. Ich hätte es demgemäß als meine Pflicht angesehen, Bedenken der Drei Mächte jederzeit zu respektieren. Solche Bedenken sind jedoch bis zur Eröffnung der Bundesversammlung nicht geltend gemacht worden. Ich halte mich deshalb in Übereinstimmung mit der zitierten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes für verpflichtet, das Stimmrecht der Berliner Mitglieder der Bundesversammlung uneingeschränkt anzuerkennen.

(Allgemeiner Beifall.)

Schließlich möchte ich, meine Damen und Herren, noch ein Wort zu der **Einberufung dieser Versammlung nach Berlin** sagen. Als ich diese Absicht am 14. Oktober 1958 ankündigte, gab es dafür keinen anderen Grund als heute. Daß wir hier zusammentreten, soll nichts anderes besagen als dies, daß wir der Einheit unserer Nation auch im Elend der Teilung treu bleiben wollen und daß wir den Teil unseres Volkes nicht allein lassen, der unter der Last und dem Erbe der dunklen Jahre unserer Geschichte in besonderer Weise leidet. Wir denken dabei vor allem an die 17 Millionen in der sowjetisch besetzten Zone, und wir denken an die tapferen Bürger dieser Stadt. Ich hielt es für unvertretbar, nach dem Bekanntwerden der sowjetrussischen Note vom 27. November 1958 irgend etwas zu tun, was unsere Beständigkeit darin in Zweifel gezogen hätte. In größter Geduld und in der fortdauernden Bereitschaft zu einer tragbaren Verständigung mit Sowjetrußland haben wir auch die Genfer Verhandlungen verfolgt. Ihr bisheriger Verlauf hat indes die meisten von uns davon überzeugt, daß es ganz nutzlos gewesen wäre, die Bundesversammlung in Berlin abzusagen. Selbstverständlich beabsichtigen wir damit niemand auf der ganzen Welt im mindesten zu provozieren. Uns schwer Geschlagenen ist es

um nichts mehr zu tun, als in der Gemeinschaft unseres ganzen Volkes frei zu leben und dankbar dem Frieden zu dienen. Dieses Recht wollen wir uns aber auch von niemand streitig machen lassen.

Wir würden vor uns selbst und der Welt ungläubhaft, wenn wir nicht das Unsere uneingeschränkt täten, um dieses Recht wahrzunehmen. Wir wären der Einsichten nicht wert, die uns in schweren Prüfungen zugewachsen sind, wenn wir im Anblick von Drohungen und von Ungemach zurückwichen und vergäßen, was wir der Treue zu den besonders Bedrückten und Bedrohten in unserem Volke schuldig sind. Ihnen, uns selber und der Welt schulden wir Deutschen, wo wir auch stehen, jene friedfertige, aber völlig entschlossene Beständigkeit, die die geläuterte Frucht eines schweren Schicksals ist. Nicht die Absicht, zu provozieren, nicht einmal der Zorn und der Unmut über die fortgesetzten Provokationen der Ulbricht und Genossen hat uns hierher gebracht, sondern allein die schlichte Treue zu dieser Stadt, zu unserem Volk im ganzen und zu unserer eigenen Geschichte.

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! In jener unheilvollen **Note der sowjetrussischen Regierung vom 27. November 1958**, der Note, in der die Freiheit dieser Stadt aufgekündigt und der Friede der Welt gefährdet wird, steht immerhin ein denkwürdiger Satz des Ministerpräsidenten Chruschtschow. Auf die Frage, warum wir hier sind, antworte ich in voller Übereinstimmung mit diesem Satz: Wir sind hier, weil wir uns, wie Herr Chruschtschow sagt, der Bedeutung voll bewußt sind, die Berlin „als historische Hauptstadt für das gesamte deutsche Volk besitzt“. Davon werden wir auch in der Zukunft nicht lassen.

(Erneuter allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zur **Konstituierung der Bundesversammlung**. Der § 8 des Gesetzes über die Wahl

des Bundespräsidenten vom 25. April 1959 bestimmt:

Der Präsident des Bundestages leitet die Sitzungen und Geschäfte der Bundesversammlung. Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Ich schlage vor, es bei dieser sinngemäßen Anwendung der Geschäftsordnung des Bundestages zu belassen. Ich frage, ob das Haus damit einverstanden ist. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Geschäftsordnung des Bundestages findet somit sinngemäße Anwendung.

Der § 49 der Geschäftsordnung des Bundestages bestimmt:

Der Bundestag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Sitzungssaal anwesend sind.

Meine Damen und Herren, es wird nicht bezweifelt — ein flüchtiger Blick genügt, um dies festzustellen —, daß ganz offensichtlich mehr als die Hälfte der Bundesversammlung hier im Sitzungssaale anwesend ist. Die Bundesversammlung ist somit beschlußfähig.

Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die Schriftführer, abweichend von der Geschäftsordnung des Bundestages, durch Zuruf zu wählen. Ist die Bundesversammlung damit einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen.

Als Schriftführer schlage ich Ihnen vor, die Herren Abgeordneten Berlin, Burgemeister, Faller, Giencke, Dr. Götz, Huth, Frau Abgeordnete Geisendörfer, die Herren Abgeordneten Janota, Josten, Junghans, Frau Kettig und Frau Krappe, die Herren Abgeordneten Dr. Küswetter, Lange (Essen), Lorenz, Matzner, Meyer (Berlin), Möhlmann, Ritzel, Frau Abgeordnete Rösch, die Herren Abgeordneten Rodemer, Dr. Rutschke, Sander, Seither, Dr. Sefrin, Siebel, Spies (Emmenhausen), Sühler

und Wullenhaupt. Besteht Einverständnis mit diesem Vorschlag? — Ich höre keinen Widerspruch. Die Schriftführer sind demgemäß gewählt.

Ich bitte nunmehr den Herrn Bundestagsabgeordneten Siebel zu meiner Rechten und die Frau Bundestagsabgeordnete Krappe zu meiner Linken als Schriftführer Platz zu nehmen.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Bundesversammlung konstituiert.

Der § 9 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt:

Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Präsidenten des Bundestages schriftlich einreichen. Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Die Wahlvorschläge dürfen nur die zur Bezeichnung des Vorgeschlagenen erforderlichen Angaben enthalten; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen ist beizufügen.

Schriftlich vorgeschlagen wurden:

von der Fraktion der CDU/CSU Dr. h. c. Heinrich **Lübke**, Mitglied des Bundestages und Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

von der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Professor Dr. Carlo **Schmid**, Vizepräsident des Bundestages,

von der Fraktion der Freien Demokratischen Partei Dr. Max **Becker**, Vizepräsident des Bundestages.

Der Sitzungsvorstand hat festgestellt, daß die Wahlvorschläge den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen. Die schriftlichen Zustimmungserklärungen der Vorgeschlagenen liegen vor.

Ich frage, ob noch weitere Wahlvorschläge eingereicht werden. — Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich mache darauf aufmerksam,

daß Wahlvorschläge nur schriftlich eingereicht werden können.

Gewählt werden können nur die vorgeschlagenen Kandidaten. Meine Damen und Herren, ich bitte das zu beachten. § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt:

Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten, sind ungültig.

Zum **Abstimmungsverfahren** stelle ich ferner fest: Nach § 9 Abs. 3 des eben genannten Gesetzes wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt. Die Verwendung anderer Stimmzettel macht die Stimme ungültig. Ich wiederhole: die Verwendung anderer Stimmzettel macht die Stimme ungültig. Das gleiche gilt, wenn ein Stimmzettel etwas anderes enthält als den Namen eines der vorgeschlagenen Kandidaten. Etwaige Zusätze oder Kommentare führen unweigerlich zur Ungültigkeit der Stimme.

Zur Erleichterung des Abstimmungs- und Auszählungsverfahrens habe ich Stimmzettel mit den Namen der Vorgeschlagenen drucken lassen. Sie finden daher in den Ihnen über das Tagungsbüro zugestellten Unterlagen Stimmzettel mit den Namen Dr. Becker, Dr. Lübke, Dr. Schmid. Ich bitte, diese Stimmzettel, zu benutzen. Die Mappe enthält auch weiße Stimmzettel, da Stimmenthaltung natürlich möglich bleibt. Sie ist nur durch Abgabe eines weißen Stimmzettels möglich.

Nach Art. 54 des Grundgesetzes wird der Bundespräsident ohne Aussprache gewählt. Ich kann daher weder vor noch nach der Abstimmung das Wort zur Sache erteilen.

Bei der Abstimmung wird wie folgt verfahren: Die Schriftführer zu meiner Rechten und Linken werden die Namen dem Alphabet nach aufrufen. Ich bitte Sie, den Namensaufruf an Hand der Mitgliederliste, die ihnen vorliegt, zu verfolgen und sich rechtzeitig in die Nähe der Urne zu begeben.

Ich frage nunmehr, ob alle Mitglieder der Bundesversammlung die Stimmkarten in Händen haben. — Ich höre keinen Einwand; es ist der Fall.

Da die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln erfolgen muß, bitte ich, die Stimmkarte in den beigegebenen Umschlag zu stecken. Ich bitte ferner, neben der Stimmkarte Ihre Sitzplatzkarte bereitzuhalten und beim Aufruf Ihres Namens „Hier“ zu rufen. Sodann bitte ich, dem Schriftführer an der Wahlurne, der die Platzkarten einsammelt, Ihre Platzkarte zu übergeben und schließlich ihre Stimmkarte selber in die Wahlurne zu stecken.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Abgabe der Platzkarte an die Stelle der Eintragung in die sonst übliche Anwesenheitsliste tritt. Durch Abgabe der Platzkarte wird daher ihre Anwesenheit nachgewiesen.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die Wahl. Ich bitte die Schriftführer, die den Dienst an der Wahlurne übernommen haben, ihre Plätze einzunehmen.

Der Wahlgang beginnt.

(Namensaufruf. — Bei der Stimmabgabe werden mit Beifall begrüßt Bundeskanzler Dr. Adenauer, Regierender Bürgermeister Brandt (Berlin), die Bundesminister Dr. von Brentano und Dr. Dr. h. c. Erhard, Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier, die Bundesminister Lemmer und Dr. h. c. Lübke, die Abg. Ollenhauer, Dr. Schmid (Frankfurt) und Steinhoff, die Bundesminister Strauß und Dr. Wuermeling. — Bei der Stimmabgabe des Bundesministers Dr. Schröder ertönen Pfliffe von links.)

Meine Damen und Herren! Ich frage, ob noch Mitglieder der Bundesversammlung im Saale sind, die ihre Stimmkarte nicht abgegeben haben. — Haben die Schriftführer ihre Stimmkarte abgegeben? — Sind noch Mitglieder der Bundesversammlung zugegen, die zwar aufgerufen sind, aber ihre Stimmkarte noch

nicht abgegeben haben? — Die Abstimmung ist geschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Während der Auszählung wird die Sitzung nicht unterbrochen, da die Auszählung wesentlicher Bestandteil der Wahlhandlung ist. Es steht den Mitgliedern selbstverständlich frei, inzwischen den Sitzungssaal zu verlassen. Ich bitte jedoch dafür Sorge zu tragen, daß Vertreter aller Fraktionen hier zugegen sind.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis der Abstimmung** bekannt. Für den Kandidaten Dr. h. c. Lübke sind 516 Stimmen abgegeben worden, für den Kandidaten Dr. Carlo Schmid sind 385 Stimmen abgegeben worden, und für den Kandidaten Dr. Becker (Hersfeld) sind 104 Stimmen abgegeben worden. Enthalten haben sich 25 Mitglieder der Bundesversammlung; keine ungültigen Stimmen. Gesamtstimmenzahl: 1030.

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, d. h. wer, wie ich schon vorhin erklärt habe, mindestens 520 Stimmen auf sich vereinigt.

Ich stelle fest: Keiner der vorgeschlagenen Kandidaten hat diese Mehrheit erreicht. Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes muß nunmehr ein **zweiter Wahlgang** stattfinden. Auch in diesem Wahlgang ist nach Art. 54 nur gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung, d. h. mindestens 520 Stimmen auf sich vereinigt.

Nach § 9 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten können für den zweiten Wahlgang neue Vorschläge eingebracht werden. Meine Damen und Herren, ich lege diesen Satz so aus, daß im zweiten Wahlgang die Wahlvorschläge, die für den ersten Wahlgang gemacht worden sind, aufrechterhalten bleiben, soweit sie nicht zurückgezogen werden, und daß zusätzlich neue Vorschläge gemacht werden können.

Für neue Wahlvorschläge gilt § 9 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten, d. h. Wahlvorschläge können von jedem Mitglied der Bundesversammlung schriftlich eingereicht werden. Auch hier sind somit mündliche Vorschläge nicht zulässig. Es gilt ferner § 9 Abs. 1 Satz 3, wonach die Wahlvorschläge nur die zur Bezeichnung des Vorgeschlagenen erforderlichen Angaben enthalten dürfen; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen muß beigelegt werden.

Ich frage, ob neue Wahlvorschläge eingereicht werden. — Unterbrechung der Sitzung wird nicht beantragt. — Wenn keine neuen Wahlvorschläge eingereicht werden, stelle ich fest, daß für den zweiten Wahlgang die Vorschläge gelten, die für den ersten Wahlgang eingereicht wurden. Es können somit im zweiten Wahlgang gewählt werden: Dr. h. c. Heinrich Lübke, Mitglied des Bundestages und Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Prof. Dr. Carlo Schmid, Vizepräsident des Bundestages, und Dr. Max Becker, Vizepräsident des Bundestages.

Für diesen Wahlgang gilt gleichfalls § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten: Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten, sind ungültig.

Ferner gilt wie im ersten Wahlgang, daß mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt werden muß. Die Verwendung anderer Stimmzettel macht die Stimmen ungültig. Ein Stimmzettel ist ferner ungültig, wenn er etwas anderes enthält als die Bezeichnung eines der vorgeschlagenen Kandidaten.

Die Mitglieder der Bundesversammlung erhalten nunmehr für den zweiten Wahlgang in einem Umschlag eine neue — gelbe — Platzkarte und Stimmkarten wie im ersten Wahlgang. Diese werden den Mitgliedern an ihren Plätzen ausgehändigt.

Ich ordne hiermit die Verteilung der Platzkarten und Stimmkarten an. Ich bitte die Her-

ren Schriftführer, sich demgemäß zu bemühen.

Meine Damen und Herren, ich frage, ob jedes Mitglied der Bundesversammlung im Besitz seiner Platzkarte und der Stimmkarten ist. — Ich höre keinen Widerspruch. Jedes Mitglied hat seine Platzkarte und die Stimmkarten.

Ehe ich den zweiten Wahlgang eröffne, teile ich mit, daß bei der nochmaligen Durchzählung der im ersten Wahlgang abgegebenen Karten eine weitere Stimme für Herrn Dr. Lübke ermittelt worden ist. Es sind somit 516 plus 1, also 517 Stimmen abgegeben worden. Am Ergebnis des ersten Wahlganges ändert es nichts.

Wir kommen zum zweiten Wahlgang. Ich eröffne den zweiten Wahlgang und bitte den Schriftführer zu meiner Rechten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf.)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Jaeger.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Meine Damen und Herren! Der Namensaufruf ist beendet. Ich frage: Sind noch Mitglieder der Bundesversammlung da, die nicht aufgerufen sind oder ihre Stimmkarte noch nicht abgegeben haben?

Ich frage nochmals, ob jemand seine Stimmkarte abzugeben wünscht.

Ich frage zum letzten Male: Sind noch Mitglieder der Bundesversammlung da, die nicht aufgerufen sind oder ihre Stimme nicht abgegeben haben? In diesem Falle bitte ich sie, sofort zur Wahlurne zu gehen. — Es meldet sich niemand. Ich stelle fest, daß alle anwesenden Mitglieder der Bundesversammlung im zweiten Wahlgang von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Meine Damen und Herren! Während der Auszählung dauert die Wahlhandlung an.

Wenn Sie jedoch den Saal verlassen wollen, können Sie das tun. Ich werde läuten lassen, bevor das Ergebnis bekanntgegeben wird.

(Vorsitz: Präsident D. Dr. Gerstenmaier.)

Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich gebe das **Ergebnis des zweiten Wahlganges** bekannt. Für den Kandidaten Dr. h. c. Lübke wurden 526 Stimmen abgegeben,

(anhaltender lebhafter Beifall)

für Herrn Professor Dr. Carlo Schmid wurden 386 Stimmen abgegeben, für Herrn Dr. Becker wurden 99 Stimmen abgegeben. Der Stimme enthalten haben sich 22 Mitglieder.

Herr **Dr. Lübke** hat damit im zweiten Wahlgang die nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes erforderliche Mehrheit erreicht. Herr Dr. Heinrich Lübke ist somit zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Nach § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten teile ich dem hier im Saal anwesenden Gewählten die Wahl mit und fordere ihn auf, binnen zwei Tagen zu erklären, ob er die Wahl annimmt. Wenn Herr Dr. Lübke schon heute bereit ist zu erklären, ob er die Wahl annimmt, dann darf ich ihn bitten, sich zu mir zu begeben.

(Bundesminister Dr. h. c. Lübke begibt sich unter lebhaftem Beifall zum Platz des Präsidenten.)

Herr Bundesminister Dr. Lübke, ich frage Sie, ob Sie die Wahl zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland annehmen?

Bundesminister Dr. h. c. Lübke: Werte Mitglieder der Bundesversammlung! Auf die Frage des Herrn Bundestagspräsidenten, ob ich die Wahl annehme, antworte ich: Ja, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall.)

Ich danke für das mir erwiesene Vertrauen und hoffe zuversichtlich, daß auch diejenigen,

die glaubten, mir heute ihre Stimme nicht geben zu können, auf die Dauer doch meiner Arbeit die Zustimmung nicht versagen werden.

Unser verehrter Bundespräsident Professor Dr. Heuss hat durch seine vorbildliche Amtsführung und durch seine von allen anerkannte Objektivität sich selbst und seinem Amt im In- und Ausland hohes Ansehen erworben. Auf den von ihm geschaffenen Grundlagen werde ich im Vertrauen auf Gottes Hilfe und auf die Mitarbeit aller lebendigen Kräfte in unserem Volke weiterarbeiten.

(Lebhafter Beifall.)

Sie wissen alle, daß ich am heutigen Tage weitere Erklärungen nicht abgeben kann. Aber ich möchte in dieser Stunde in unserer Hauptstadt Berlin eines aussprechen. Das Hauptanliegen aller Deutschen, das das Ziel unserer ganzen gemeinsamen Arbeit in sich schließt, ist: Ein auf Recht und Freiheit gegründetes, dem Frieden der Welt dienendes, wiedervereinigtes Deutschland.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß Herr Bundesminister Dr. Heinrich Lübke die Wahl der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland angenommen hat.

Ich spreche dem Herrn Bundesminister und künftigen zweiten Bundespräsidenten der Bundesrepublik die herzlichsten Glück- und Segenswünsche dieser Versammlung aus.

(Lebhafter Beifall.)

Bundesminister Dr. h. c. Lübke: Ich danke Ihnen, Herr Bundestagspräsident.

Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Ich wünsche ihm für seine Amtsführung alles Gute und Gottes Segen.

Meine Damen und Herren! Die Eidesleistung des neuen Bundespräsidenten wird nach der Vorschrift des Grundgesetzes vor dem

Bundestag und dem Bundesrat erfolgen. Ich berufe dazu den Bundestag ein auf den 15. September 1959, 11 Uhr vormittags.

Damit sind wir am Ende dieser Versammlung angelangt. Ich spreche den Dank der Bundesversammlung an Regierung und Stadt Berlin für die freundliche Aufnahme aus,

(allgemeiner lebhafter Beifall)

und ich spreche meinen herzlichen Dank allen Mitarbeitern aus, die das Ihre dazu beigetragen haben, daß diese Bundesversammlung ih-

ren ungestörten Ablauf nehmen konnte.

(Erneuter allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

Die Bundesversammlung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 16 Uhr 7 Minuten.)

Liste der beurlaubten Wahlmänner

Dr. Gülich

Dr. Hesberg

Jahn (Frankfurt)

Jaksch

Köhler

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 15. September 1959

Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Dr. h. c. Lübke

Deutscher Bundestag, 80. Sitzung, zugleich 209. Sitzung des Bundesrates, Bonn, 15. September 1959¹⁾ (Auszug)

Präsident D. Dr. Gerstenmaier: [...]

Herr Dr. Heinrich Lübke, ich übergebe Ihnen die Urschrift des Grundgesetzes zur Eidesleistung gemäß Artikel 56.

Bundespräsident Dr. h. c. Lübke: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Ich stelle fest, daß Herr Dr. Heinrich Lübke den nach Artikel 56 des Grundgesetzes vorgeschriebenen Amtseid geleistet hat.

Herr Bundespräsident, Gottes Segen und unser aller guter Wille geleite Sie in Ihrem Amt!

Bundespräsident Dr. h. c. Lübke: Ich danke Ihnen!

Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Das Wort hat der Herr Bundespräsident.

Bundespräsident Dr. h. c. Lübke: Sehr verehrter Herr Professor Heuss! Meine Herren Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates! Exzellenzen! Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages und Bundesrates! Liebe Mitbürger! Zunächst möchte ich dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Herrn Dr. Gerstenmaier, der mir in seiner Ansprache ein freundliches Willkommen geboten hat, meinen herzlichen Dank sagen. Seine Worte sind mir heute eine Freude und für die Zukunft eine Ermutigung.

In dieser Stunde übernehme ich das mir übertragene Amt aus den Händen eines Vorgängers, dessen Scheiden allgemein tief bedauert wird. Nur der Respekt vor der Verfassung war es, der den **Wechsel im Amte des Bundespräsidenten** bedingte.

Nach dem Grundgesetz ist die **Stellung des Bundespräsidenten** die einer neutralen Macht. Sie ist herausgehoben aus dem Bereich der Regierungsgeschäfte und an die Wahrung einer umgrenzten Anzahl von Funktionen gebunden. Die Ereignisse der vergangenen zehn Jahre haben gelehrt, daß die Pflichten des Bundespräsidenten sich nicht ohne weiteres im einzelnen festlegen lassen. Mein Herr Vorgänger hat allen aus der staatlichen Entwicklung anfallenden politischen Erfordernissen mit behutsamer und glücklicher Hand Rechnung getragen und damit bewiesen, daß menschliches Wirken auch im politischen Bereich bedeutsamer ist, als es Institutionen sind.

Im **Parlamentarischen Rat** sind die Grenzen, die das **Grundgesetz** für das Amt des Bundespräsidenten festgelegt hat, sehr eingehend diskutiert worden. Es herrschte volle Übereinstimmung, daß die **Machtbefugnisse des Bundespräsidenten** gegenüber der Zeit der Weimarer Republik beschränkt werden müßten. Die Erklärung dafür ist leicht zu finden, wenn wir uns vor Augen halten, daß unser Grundgesetz in seinem materiellen Inhalt die Folgerung aus den sehr schmerzhaften Lehren zieht, die uns der jüngste Abschnitt unserer Geschichte erteilt hat. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates wollten die Wiederholung von zwei Übeln vermeiden: die völlige Aufsplitterung der politischen Kräfte, die in der Weimarer

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 44, S. 4371 ff.

Republik zur Erschöpfung der Staatsautorität führte, und die Zusammenballung von großen Machtbefugnissen in einer Hand.

Weder totale Staatsmacht noch totale Auflösung der Staatsautorität ist die Erwartung, die an das Grundgesetz der Bundesrepublik in seiner praktischen Wirksamkeit geknüpft wird. Dabei sollte man aber nie vergessen, daß alle darauf gesetzten Hoffnungen enttäuscht werden können, wenn die Masse der Bürger kein inneres Verhältnis zu ihrem Staate findet.

Eine **demokratische Verfassung**, eine Verfassung eines sozialen Rechtsstaates, muß deshalb allen, die ein Stück **Staatsautorität verkörpern**, also ein öffentliches Amt innehaben, gleich einem unvergänglichen Siegel das Bewußtsein einprägen, daß sie eine dem Gemeinwohl dienende Funktion ausüben.

Ich möchte damit sagen: Ein Amt ist recht geführt, wenn diese Verpflichtung des Dienens dem einzelnen Staatsbürger, der Rat und Hilfe bei der Behörde sucht, klar erkennbar wird. Sein positiver Eindruck wird sich dann auf den Staat und die Staatsform übertragen.

Dieser Weg zur Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen **Bürger** und **Staat** wird um so erfolgreicher beschritten werden, je mehr gute Vorbilder vorhanden sind, denen der jugendliche Nachwuchs nacheifern kann.

Zehn Jahre haben wir im Amte des Bundespräsidenten ein Beispiel für ständig wachsende Autorität vor uns gehabt. Heute, am Tage des Ausscheidens unseres verehrten **ersten Bundespräsidenten** aus seinem Amte, möchte auch ich ihm herzlich danken, daß er mir durch seine vorbildliche **Amtsführung**, durch die von ihm geschaffene Tradition und durch die ritterliche Art seines Beistandes in den Tagen der Überleitung die Bewältigung der vor mir liegenden Aufgaben wesentlich erleichtert hat. Uns allen, besonders aber der Jugend, der selbstlose politische Arbeit vorgelebt werden muß, war er im uneigennütigen Dienst an der Gesamtheit ein leuchtendes Beispiel.

Gestatten Sie mir jetzt einige **persönliche Bemerkungen**.

Über mein bisheriges **Leben und Wirken** ist in den letzten Wochen viel geschrieben worden — sehr vieles, was mir selbst bis dahin völlig unbekannt war.

(Heiterkeit.)

Aber es ist heute nicht der Tag, an dem man sich mit Ungereimtheiten oder mit Schlimmerem auseinandersetzen könnte.

Aufgewachsen bin ich in einer ländlichen Welt mit ihrem einfachen, vielfach schweren Leben, aber auch ihren Schönheiten. Dieser Welt, mit der mich tiefe Liebe verbindet, habe ich einen großen Teil meiner bisherigen Lebensarbeit gewidmet. **Kindheit und Jugend** verbrachte ich in dem mir bis heute nahegebliebenen Dorf Enkhausen im westfälischen Sauerland in einem Elternhaus, in dem man auf tätiger Arbeit ein sparsames und unabhängiges Leben aufbaute. Die wirtschaftliche Basis eines gutgehenden handwerklichen Betriebes mit Landwirtschaft war gesund und bot mir sorglose Kinderjahre, auch nach dem frühen Tode meines Vaters. Neben meiner guten Mutter, die überall half, wo Not war, hatte mein ältester Bruder den größten Einfluß auf meine Entwicklung. In seiner für dörfliche Verhältnisse beachtlichen Bibliothek fand ich Anregung aus vielen Wissensgebieten. Er sorgte dafür, daß die **Ausbildung** in geordneter Weise erfolgte. Auch an den Abenden im Familienkreise wurde in Lesestunden mit nachfolgenden Diskussionen oder mit musikalischen Übungen sozusagen „spielend“ weitergelernt. So begann ich mit 18 Jahren nach dem Besuch der Gymnasien Werl und Brilon nach bestandnem Abitur meine eigentliche Berufsausbildung, die dann schon nach kurzem Anlauf durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen wurde. Am 1. August 1914 meldete ich mich als Kriegsfreiwilliger in Köln in der irigen Annahme, ich würde sonst zu spät an die Front kommen.

Erst nach Abschluß des Krieges konnte ich meine Studien fortsetzen, Examina machen und dann meine **praktische Arbeit** aufnehmen.

men. Seit 1926 war ich Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Bauernschaft, von 1931 bis 1933 Mitglied des Preußischen Landtages.

Am 1. April 1933 wurden alle landwirtschaftlichen Organisationen, natürlich auch unsere, aufgelöst, und ich wurde am gleichen Tage verhaftet und wieder freigelassen. Nach etwa 10 Monaten erfolgte die zweite Verhaftung, die mir mehr als 20 Monate Zeit gab, darüber nachzudenken, was Freiheit und Menschenwürde bedeuten. Im August 1944 sollte ich erneut verhaftet werden, aber man hat mich dann glücklicherweise vergeblich gesucht.

Nach meiner Entlassung aus der Haft im Herbst 1935 war ich bis nach dem Zweiten Weltkrieg im Bauwesen tätig. Im Januar 1947 übernahm ich als **Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** des Landes **Nordrhein-Westfalen** die Aufgabe, die durch Krieg und Kriegsfolgen schwer zurückgeworfene landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern und die Ernährung der Bevölkerung des dicht besiedelten Landes zu sichern. 1953 wurde ich — nach kurzer Tätigkeit beim Raiffeisenverband — **Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**.

Besonderen Einfluß auf meine Entwicklung hatten mein Elternhaus, der Erste Weltkrieg — so merkwürdig das auch klingen mag — und meine Tätigkeit als Minister. Im Elternhaus wirkten das Vorbild derer, die für mich sorgten, die Geborgenheit in der Familie und die Verwurzelung in der Heimat. Im Kriege und als Minister für Ernährung und Landwirtschaft lernte ich Verantwortung für Leben und Gesundheit anderer zu tragen und erkannte Sinn und Bedeutung der Verpflichtung des einzelnen für die Gesamtheit. — So viel über meine Entwicklung.

Meine Damen und Herren, in dieser Stunde drängt es mich, über die Lebensfrage unseres Volkes, die **deutsche Wiedervereinigung**, zu sprechen. In dieser Sorge sind wir alle verbun-

den, ungeachtet der Parteizugehörigkeit, der Konfession und des Berufes, aber auch in der Auffassung, daß wir Deutschen nur ein Deutschland kennen. Einem Teil unseres Vaterlandes, der in erzwungener Unfreiheit lebt, wird aber zur Zeit noch das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung und Heimat vorenthalten. Auf die Dauer wird es aber weder durch widersinnige Grenzen noch durch gewaltsame Unterbrechung der persönlichen Verbindung ausgeschlossen werden können. Denn es wäre ein unlösbarer Widerspruch, wenn diejenigen, die heute den asiatischen und afrikanischen Völkern ihr **Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung** zubilligen, uns Deutschen dieses natürliche Recht versagten.

Deshalb trägt jeder von uns — solange die Zerrissenheit unseres Landes anhält — eine persönliche Verantwortung für die deutsche Einheit. In der tapferen Bevölkerung jenseits des Eisernen Vorhanges muß die Hoffnung lebendig bleiben, daß der Tag des Zusammenschlusses kommen wird. Nach allem, was unsere Landsleute in Mittel- und Ostdeutschland an Leid, Unterdrückung und Enttäuschung in den vergangenen Jahren erlebt haben, sollte jede unserer Erklärungen durch Taten erhärtet werden, Taten, die aus dem Gefühl der natürlichen Zusammengehörigkeit und gegenseitiger Hilfsbereitschaft geboren sein müssen.

Allen Brüdern und Schwestern in Mittel- und Ostdeutschland möchte ich heute unseren Gruß entbieten und ihnen versichern, daß wir, die in Freiheit leben, uns in besonderem Maße verpflichtet fühlen, ein geeintes Deutschland zu schaffen. Die Welt soll erkennen, mit welcher Lebendigkeit und Strahlungskraft heute und in Zukunft die Gedanken um die Einheit und das Heimatrecht in unserem Volke wirksam sind. In dieser entscheidenden Frage wird unsere Standhaftigkeit und unsere Geduld nie erlahmen.

Bei solcher Gemeinsamkeit des Willens zur Einheit kann auch **Berlin** seinen unveräußerlichen Rang als politischer Mittelpunkt

Deutschlands erfolgreicher behaupten. Das Gefühl für die Bedeutung unserer **deutschen Hauptstadt** lebt in unserem Volke stärker denn je. Die dunklen Wolken, die vor wenigen Monaten über ihr auftauchten, haben die Gedanken und Energien aller Deutschen auf sie gerichtet. Deshalb war gerade in der Zeit der politischen Bedrängnis Berlins der Zusammenhalt mit der Bundesrepublik ganz besonders eng und herzlich. Daß das wirtschaftliche Leben unserer Hauptstadt damals in der westdeutschen Wirtschaft einen besonders starken Rückhalt fand, hat die Berliner Bevölkerung dankbar anerkannt. Man sieht daraus: Je schwerer die Bedrückung, desto stärker der Wille zur Freiheit und Einheit.

Am heutigen Tage treffen sich der Präsident der Vereinigten Staaten, **Eisenhower**, dessen freundschaftlicher Besuch in Bonn in unserer Erinnerung lebendig bleiben wird, und der Ministerpräsident der Sowjetunion, **Chruschtschow**. Den Besprechungen, in denen auch Deutschland und Berlin eine große Rolle spielen werden, wünschen wir im Interesse des Weltfriedens und der Freiheit aller Völker den besten Erfolg. Auch bei bescheidensten Erwartungen muß man sagen, daß durch persönliche Aussprachen verantwortlicher Männer eine **politische Entspannung** wenigstens erhofft werden kann.

Für die Verwirklichung der deutschen Wiedervereinigung sind wir auf die Unterstützung der freien Welt angewiesen. Wir können aber in unseren eigenen Anliegen nur dann auf Hilfe von außen rechnen, wenn auch wir der ungeheuren **Not** außerhalb unserer Grenzen, besonders **in den Entwicklungsländern**, aus menschlicher und christlicher Verpflichtung nach besten Kräften zu steuern suchen. Wir müssen deshalb unseren Idealismus sowie unseren Wiedergutmachungs- und Hilfswillen den übrigen Völkern durch eindrucksvolle Leistungen glaubhaft machen.

Die **Bekämpfung des Hungers in der Welt** ist dabei aus politischen und menschlichen Gründen das vordringlichste Problem. Sie alle wis-

sen, daß die Entwicklungsländer geradezu eine Bevölkerungsexplosion erleben und daß sich in diesem Punkt für die Entwicklung in der Welt nicht nur wir Deutsche, sondern auch viele andere interessieren. Es war mir sehr interessant, daß gerade auch der Präsident Eisenhower von uns Deutschen sehr nachdrücklich gefordert hat, bei der Lösung dieses Problems zu helfen.

Das unvermeidliche Heranwachsen von Milliarden hungernder Menschen, die leicht eine Beute kommunistischer Ideen werden können, ist die Schicksalsfrage unserer Zeit. Es ist klar, daß das Nebeneinander von satten Völkern, bei denen täglich Tausende von Tonnen Lebensmitteln verderben oder vernichtet werden, und hungernden, von Seuchen und grenzenloser Armut und Unwissenheit geplagten Menschenmassen auf die Dauer völlig unmöglich ist. So wie der Bruder gegenüber dem Bruder Verantwortung trägt, so haben auch die Völker füreinander einzustehen. Beachten wir dieses Gebot nicht, so wird das ungelöste Problem den Fortbestand unserer Zivilisation in Frage stellen.

Eine Sicherung unseres Lebens ist nur möglich durch allmähliche Eingliederung der Entwicklungsländer in unsere geistige und ökonomische Welt. Dafür Opfer zu bringen ist leicht, wenn man bedenkt, welche Summen allein in der Bundesrepublik jährlich für Tabak und alkoholische Getränke ausgegeben werden — ich nenne das nur als Beispiel —, während aus weiten Teilen der Welt der Jammer der Mütter um ihre hungernden Kinder zu uns dringt. Wollen wir uns diesem Ruf verschließen? Was wird sich ereignen, wenn die hungernden Massen, organisiert durch zerstörerische Ideologien, aufstehen und die wohlhabenden Völker zum Kampf um das Brot zwingen? Es ist eine überparteiliche gesamtdeutsche und darüber hinaus eine Aufgabe aller Industrieländer, auf die Dauer auch der Sowjetunion, hier gemeinsam zu helfen.

Wie Sie aus meinem Lebensbild ersehen konnten, habe ich meine bisherige Arbeit in großem Umfange der Entwicklung der Land-

Wirtschaft und damit der Sicherung der Ernährung und der Bekämpfung des Hungers gewidmet. Ich möchte mich auch im weltweiten Bereich in meinem neuen Amt im Zusammenwirken mit allen Bevölkerungskreisen und allen zuständigen Stellen um die Durchführung wirksamer Förderungsmaßnahmen zur Bekämpfung des Hungers in der Welt im Wege der „Hilfe zur Selbsthilfe“ bemühen. Das bedeutet praktisch, in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern deren eigene Nahrungsquellen zur vollen Ausnutzung zu bringen, damit sie aus eigener Kraft ihre Nahrungssorgen verringern können. Fassen wir diese Aufgabe richtig und in uneigennützigem Sinne an, dann helfen wir anderen, aber auch uns selbst.

Ich trete mein Amt mit dem Vorsatz an, mit allen meinen Kräften dem Wohle unseres Volkes und Vaterlandes zu dienen. Unser Volk und allen voran die Träger seines Willens bitte ich um Vertrauen und Mitarbeit.

4. Bundesversammlung

1. Juli 1964

Übersicht

Zusammensetzung nach Parteien

CDU/CSU	485
SPD	445
FDP	104
Sonstige	8
insgesamt	1 042

Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder¹⁾

Baden-Württemberg	73
Bayern	89
Berlin	20
Bremen	6
Hamburg	17
Hessen	45
Niedersachsen	61
Nordrhein-Westfalen	147
Rheinland-Pfalz	32
Saarland	10
Schleswig-Holstein	21

¹⁾ Bekanntmachung der Bundesregierung vom 22. April 1969 (BGBl. I S. 295, Nr. 20 vom 28. April 1964)

Tagungsort und Tagungsstätte: Berlin, Ostpreußenhalle

Präsident der Bundesversammlung: Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier

Wahlergebnis

	1. Wahlgang
Heinrich Lübke (Vorschlag CDU/CSU)	710
Ewald Bucher (Vorschlag FDP)	123
Enthaltungen	187
ungültig	4
abgegebene Stimmen insgesamt	1 024

Gewählt: Heinrich Lübke im 1. Wahlgang mit 710 Stimmen²⁾

– **Wiederwahl** –

²⁾ erforderliche Mehrheit: 522 Stimmen

Amtszeit: 13. September 1964 bis 30. Juni 1969

Verzeichnis der Mitglieder

A

Dr. Achenbach *
Adamzyk
Dr. Adenauer (Köln)
Dr. Adenauer (Rhöndorf) *
Adorno *
Dr. Aigner *
Frau Albertz *
Albrecht
Allmendinger
Dr. Althammer *
Dr. h. c. Altmeier *
Amrehn
Anders
Arendt (Wattenscheid) *
Arndgen *
Dr. Arndt (Berlin)
Arndt (Frankfurt) *
Dr. Arnold *
Dr. Artzinger *
Dr. Aschoff *
Dr. Atzenroth *
Auge *

B

Dr. Dr. h. c. Baade *
Bach (Berlin)
Bach (Siegen)
Bachmann
Bading *
Bäuerle *
Bäumer (Ennigloh)
Bäumer (Velbert) *
Frau Bahn
Baier (Mosbach) *
Baldauf *
Dr.-Ing. Balke *
Balkenhol *
Bals *
Barthold
Bartsch (Berlin) *

Bartsch (Mannheim)
Dr. Barzel *
Bauer (Wasserburg) *
Bauer (Würzburg) *
Bauknecht *
Baumgartner
Bausch *
Frau Bayer (Hildesheim)
Bazille *
Dr. Bechert *
Beckenbach
Dr. Becker
(Mönchengladbach) *
Becker (Pirmasens) *
Beermann
Behrendt *
Beier (Kiel)
Benda *
Benke
Berberich *
Berding
Berger
Frau Berger-Heise *
Bergmann (Essen) *
Berkhan (Hamburg) *
Frau Berkmann (Stuttgart)
Berlin *
Frau Berns
Dr. Besold *
Bessel
Dr. Best
Bettgenhäuser
Beuster *
Bewerunge *
Frau Beyer (Frankfurt) *
Biechele *
Biegler *
Dr. Bieringer *
Biermann *
Frau Bierschenk
Birkelbach *
Dr. Birkl
Dr. Birrenbach *

Fürst von Bismarck *
Blachstein *
Blank *
Bleil
Dr. Bleiß *
Frau Dr. Bleyler *
Blöcker *
Frau Blohm *
Blumenfeld *
von Bodelschwingh *
Dr. Boden
Boeck
Böhm (Bielefeld)
Dr. Böhm (Frankfurt) *
Böhm (Kiel)
Böhme (Hildesheim) *
Börger (Alsfeld)
Börner (Kassel) *
Bösel
Boljahn
Borm
Borsche
Dr. Bosse
Bost
Braams
Brand (Remscheid) *
Brandes
Brandt (Berlin)
Brandt (München)
Dr. h. c. Brauer *
Frau Brauksiepe *
Braun (Berlin) *
Braun (Wermelskirchen)
Bremen
Dr. Brenck *
Brenner
Dr. von Brentano *
Brese *
Bresgen
Breuer
Brinkmann
Brückner (Heidelberg)

* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Frau Dr. Brökelschen
 Brück (Köln) *
 Brünen *
 Bruns
 Bruse *
 Dr. Bucher *
 Buchholz
 Buchstaller *
 Bühler *
 Büsch
 Büttner *
 Burauen
 Burckardt (Solingen) *
 Dr. Burgbacher *
 Burgemeister *
 Burkamp (Heddinghausen)
 Burkhardt (Heilbronn)
 Burkhart (Vöhringen)
 Dr. Dr. Burlein
 Busch *
 Buschmann
 Busen
 Busse *

C

Caspar
 Cohrs
 Conrad (Homburg)
 Dr. Conring *
 Corterier *
 Cramer (Wilhelmshaven) *
 Cymara
 Dr. Czaja *

D

Dach (Berlin)
 Daffinger
 Dr. Dahlgrün *
 Damm
 Dannecker
 Dr. Danz *
 Dau
 Dr. Dehler *
 Deininger

van Delden *
 Deneke *
 Deringer *
 Frau Dessecker
 Dr. Dichgans *
 Dichtel
 Diebäcker *
 Diehl
 Diekmann *
 Frau Dr. Diemer-Nicolaus *
 Diermann
 Distler
 Dr. Dittrich *
 Dobmeier
 Frau Döhring *
 Dönhuber
 Dr. Dörinkel *
 Dr. Dollinger *
 Dopatka *
 Dorn *
 Dorner
 Dorow
 Drachsler *
 Draeger *
 Drechsel
 Dr. Dr. h. c. Dresbach *
 Drescher (Brilon)
 Dröscher (Kirn) *
 Drupp
 Dürr *
 Dufhues
 Durchholz

E

Eckström
 Dr. Effertz *
 Ehnes *
 Ehren (Bottrop)
 Ehrke (Berlin)
 Eichelbaum *
 Frau Eilers *
 Eisenmann *
 Dr. Elbrächter *
 Elfring
 Frau Dr. Elsner

Dr. Emde *
 Emig
 Emmrich
 Enders
 Engels
 Frau Engländer *
 Englberger
 Dr. Eppler *
 Dr. Erbe (Tübingen)
 Dr. Dr. h. c. Erhard *
 Erlebach
 Erler *
 Ermert
 Erny
 Ertl *
 Eschmann *
 Etzel *
 Dr. Even (Düsseldorf) *
 Even (Köln) *
 Dr. Eyrich

F

Falk (Hückelhoven)
 Falke (Ibbenbüren) *
 Falke (Schmallenberg)
 Faller *
 Fedde
 Feindt
 Felder *
 Fellermaier
 Frau Fera
 Figgen *
 Fischer (Augsburg), Josef
 Fischer (Augsburg), Leo
 Fischer (Eßlingen)
 Fischer (Konstanz)
 Fläming
 Dr. Flehinghaus
 Fleischmann
 Frau Dr. Flitz
 (Wilhelmshaven) *
 Folger *
 Frau Forster
 Frank (Furtwangen)
 Franke (Haldorf)

Franke (Hannover) *
 Franke (Osnabrück)
 Franken (Düsseldorf)
 Dr. Frankenfeld
 Dr. Franz *
 Franzen *
 Dr. Frede *
 Frehsee *
 Dr. Frerichs
 Dr. Frey (Bonn) *
 Frau Freyh (Frankfurt) *
 Freytag
 Frick
 Dr. Dr. h. c. Friedensburg *
 Friedrich
 Fritsch *
 Dr. Fritz (Ludwigshafen) *
 Fuchs (Mainz)
 Fuchs (Wiesbaden)
 Füllenbach
 Frau Funcke (Hagen) *
 Fundel
 Dr. Furler *

G

Gabert
 Gallonska
 Galuschka
 Gartner
 Gaßmann *
 Gaßner
 Gedat *
 Gefeller
 Gehring *
 Geiger *
 Geisel
 Frau Geisendörfer *
 Geisert
 Dr. Geißler
 Gelder
 Gerards
 Gerlach *
 Dr. Gerlich *
 D. Dr. Gerstenmaier *
 Gerstl

Gewandt *
 Gibbert *
 Giенcke *
 Frau Gies
 Gießner
 Dr. Gleissner *
 Glombig
 Glüsing (Dithmarschen) *
 Göth
 Frau Goettke
 Dr. Götz *
 Gontrum *
 Dr. Gossel *
 Gottesleben *
 Dr. Gradl (Berlin) *
 Gradl (Wenzenbach)
 Greve
 Grimm
 Gross (Bielefeld)
 Gross (Birkenfeld)
 Großmann
 Grosspeter
 Grote
 Gscheidle *
 Dr. h. c. Güde *
 Günther (Hannover)
 Günther (Köln) *
 Günther (Lindhorst)
 Gütlein
 Gutermuth
 Freiherr zu Guttenberg *

H

Haage (München) *
 Haas (Erlangen)
 Frau Haas (München) *
 Haase (Kassel) *
 Haase (Kellinghusen) *
 Haehser
 Härtl (Donauwörth)
 Härzschel (Schopfheim) *
 Häußler *
 Hagedorn
 Gräfin vom Hagen *
 Hahn (Bielefeld) *

Dr. Hahn (Heidelberg) *
 Hahn (Leichlingen)
 Dr. Haindl
 Hamacher *
 Dr. Hamm (Kaiserslautern) *
 Hammersen *
 Dr. von Haniel-Niethammer *
 Hannemann
 Hansen (Neuß)
 Hansing (Bremen) *
 Dr. Harm (Hamburg) *
 Harnischfeger *
 Frau Hartmann
 von Hassel
 Hasselbach
 Hauffe *
 Hauser (Bad Godesberg)
 Hauser (Krefeld)
 Dr. Hauser (Sasbach) *
 Dr. Haußmann
 Haxsen
 Dr. Heck *
 Heckel
 Heckmann
 Heidbüchel
 Heide (Arnsberg) *
 Heidenblut
 Heider (Abensberg)
 Heiland *
 Dr. Dr. Heinemann *
 Heinrichs
 Heix *
 Hellenbrock *
 Dr. Hellige *
 Helms
 Hennemann
 Herberts *
 Herbst
 Frau Herklotz *
 Hermsdorf *
 Herold *
 Herzberg
 Dr. Hesberg *
 Hesemann *
 Frau Dr. Heuser *
 von Heydebreck

Hilbert *
 Hilgenberg
 Hirsch *
 Höcherl *
 Dr. Höchst *
 Höhmann
 (Hessisch Lichtenau) *
 Höhne *
 Hölzle
 Hörauf *
 Hörmann (Freiburg) *
 Hörnemann (Gescher) *
 Hösl *
 Hoff
 Dr. Hoffmann (Saarbrücken)
 Dr. Hofmann (Aachen)
 Dr. Hofmann (Heilbronn)
 Hohmann (Geldern)
 Holkenbrink *
 Holthoff
 Dr. Holtzmann
 Hoogen *
 Frau Horn (Darmstadt)
 Horn (Frankfurt) *
 Horstmann
 Dr. Hoven *
 Frau Dr. Hubert *
 Hübner *
 Hufnagel *
 Hussong *
 Hutsteiner
 Dr. Huys *

I

Illerhaus *
 Dr. Imhoff
 Dr. Imle *
 Iven (Düren) *

J

Jacobi (Köln) *
 Dr. Jacobi (Marl)
 Frau Jacobi (Marl) *
 Jacobs *

Dr. Jaeger *
 Jahn *
 Dr. h. c. Jaksch *
 Frau Janßen
 Jensen
 Frau Jeschke
 Jochem
 Frau Joggerst
 Josten *
 Jürgens (Heide)
 Jürgensen (Hamburg) *
 Junghans *
 Dr. Jungmann *
 Dr. Jungmichel
 Junker *

K

Käber (Kiel)
 Kaeber (Wienhausen)
 Dr. Käfer (Siegdsdorf)
 Kaffka *
 Kahn-Ackermann *
 Kalbitzer *
 Frau Kalinke *
 Kalinowski
 Dr. Kanka *
 Kapp
 Kaptain
 Karl (Gräfenhausen)
 Dr. Kassmann
 Katzer *
 Kauermann
 Frau Kay
 Kemmer *
 Dr. Kempfler *
 Kerl (Freystadt)
 Frau Kettig *
 Frau Dr. Kiep-Altenloh *
 Frau Kilkowski
 Killat *
 Kinnigkeit
 Frau Kipp-Kaule *
 Klare
 Frau Klee *
 Frau Klein (Neuß)
 Klein (Saarbrücken) *
 Dr. Kleine (Münster)

Dr. Klenk
 Dr. Kliesing (Honnaf) *
 Klinker *
 Klose
 Knapper
 Knobloch *
 Knor (Scheer)
 Dr. Knorr (Coburg) *
 Knudsen
 Dr. Koch *
 Dr. Dr. h. c. Köchling
 Köllen
 Konen (Düsseldorf) *
 Koenen (Lippstadt) *
 König
 Kohl
 Kohlberger *
 Dr. Kohut *
 Kolo
 Konrad (Eutin)
 Konrad (Osnabrück)
 Dr. Kopf *
 Koppmann
 Kors
 Frau Korpeter *
 Kostorz
 de Kowa
 Kräcker
 Frau Kramer (München)
 Krampe gnt. Brügger
 Frau Krappe *
 Kraus *
 Kreitmeyer *
 Dr. Krengel
 Dr. Kreyszig *
 Kriedemann *
 Dr. Krone *
 Krüger (Neheim-Hüsten)
 Krüger (Olpe) *
 Dr. Krümmer *
 Krug *
 Krumkamp
 Kubitza *
 Frau Dr. Kuchtner *
 Dr. Kübler *
 Freiherr von Kühlmann-
 Stumm *
 Kühn (Hildesheim) *

Kühn (Köln) *
 Kühnholz
 Kufner
 Kuhlmann
 Kuhnгамberger
 Kulawig *
 Kuntscher *
 Kupper
 Kurlbaum *

L

Lachenmayr
 Laipold
 Lampersbach
 Lamprecht
 Lang (München) *
 Lange (Essen) *
 Langebeck *
 Lanius
 Lauk
 Dr. Lauritzen
 Dr. Lauscher
 Lautenschlager *
 Lauter
 Leber *
 Lebzelter
 Leicht *
 Dr. Lemke
 Lemmer (Berlin) *
 Lemmer (Düsseldorf)
 Lemmrich *
 Lemper *
 Lenz (Bremerhaven) *
 Lenz (Brühl) *
 Dr. Lenz (Köln)
 Lenz (Trossingen) *
 Lenze (Attendorf) *
 Leonhard *
 Lermer *
 Leukert *
 Leuninger
 Liedtke
 Liehr *
 Linsert
 Loderer
 Dr. Löbe *
 Löffler (Berlin)

Löffler (Dottingen)
 Löffler (Plochingen)
 Löher (Dortmund)
 Dr. Löhr (Bonn) *
 Frau Lösche *
 Dr. Loew
 Logemann *
 Dr. Lohmar *
 Lorang
 Lorenz (Berlin)
 Lorenz (Ludwigshafen)
 Lorenz (Weil)
 Dr. Lucas
 Dr. Luda *
 Dr. Ludwig
 Lücke (Bensberg) *
 Lücke (Osnabrück) *
 Lücker (München) *
 Lüken-Klaßen
 Luiken
 Lulay

M

Maag
 Dr. Mälzig *
 Maibaum *
 Maier (Mannheim) *
 Majonica *
 Manhart
 Maresch
 Margulies *
 Marquardt (Hemmingen) *
 Marquardt (Kulmbach)
 Dr. Martin (Gießen) *
 Martin (Heidenheim)
 Marx *
 Masuch
 Matthöfer *
 Mattick *
 Frau Matuschek
 Matzner *
 Maucher *
 Mauk (Lauffen) *
 Maurer
 Maus (Monschau)
 Frau Dr. Maxsein *
 Meents

Frau Meermann *
 Mehler
 Meinzer
 Meis *
 Meister
 Memmel *
 Dr. Mende *
 Mengelkamp *
 Menke *
 Dr. h. c. Menne (Frankfurt) *
 Mentz
 Mentzel *
 Dr. von Merkatz *
 Merten *
 Mertes *
 Merz
 Metter *
 Metzger *
 Meyer (Burgau)
 Dr. Meyer (Frankfurt) *
 Meyer (Schwelm)
 Meyer (Wanne-Eickel) *
 Dr. Meyers (Düsseldorf)
 Michels *
 Mick *
 Dr. Miessner *
 Dr. Mikat
 Milde
 Miltenberger
 Mirkes
 Mirlach
 Mischnick *
 Missbach *
 Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Möller *
 Dr. Mohr
 Mohrmann
 Molter
 Dr. Mommer *
 Moosbauer
 Dr. Morgenstern *
 Moser (Neunkirchen)
 Moster (Niefern)
 Freiherr von Mühlen *
 Müller (Aachen-Land) *
 Müller (Berlin) *
 Dr. Müller (Bruchsal)
 Müller (Erbendorf) *
 Müller (Habkirchen)

Müller (Kulmbach)
 Müller (München)
 Müller (Nordenham) *
 Müller (Ravensburg) *
 Müller (Remscheid) *
 Müller (Worms) *
 Müllerburg
 Dr. Müller-Emmert *
 Dr. Müller-Hermann *
 Müser *
 Murr *

N

Neemann
 Dr. Nehrling
 Nellen *
 Frau Nestle
 Neuburger
 Neumann (Allensbach) *
 Neumann (Berlin) *
 Nickels
 Nieberg *
 Niederalt *
 Niermann
 Dr. Nissen *
 Dr. Noltenius

O

Dr. Dr. Oberländer *
 Obermeier
 Oetzel *
 Frau Dr. Ohnesorge
 Frau Ollenhauer
 Ollesch *
 Opitz *
 Osswald
 Osterloh

P

Pankoke
 Frau Dr. Pannhoff *
 Paul (Bemerode)
 Paul (Eßlingen) *
 Paulig
 Peiter *

Dr. Person
 Peters (Norden) *
 Peters (Poppenbüll) *
 Dr. Pflaumbaum *
 Dr.-Ing. Philipp *
 Piedmont
 Pieper
 Pipke
 Pittinger
 Frau Pitz-Savelsberg *
 Frau Platiel
 Pleß
 Pöhler *
 Dr. Poepke *
 Dr. Pohlentz
 Porsch
 Porten *
 Porzner *
 Freiherr Poschinger von
 Frauenua
 Priebe *
 Frau Dr. Probst *
 Prüßner
 Pürsten
 Pütz

R

Rademacher *
 Radke
 Dr. Ramminger *
 Ramms *
 Rasner *
 Ratmann
 Rau
 Rauhaus *
 Raute
 Ravens *
 Rawe
 Regitz
 Regling *
 Rehs *
 Reichhardt (Stade)
 Reichmann *
 Reicholt
 Dr. Reinhard
 (Unterweisenborn) *
 Reinhardt (Siegen)

Dr. Reischl *
 Reister
 Reitz (Offheim)
 Reitz (Wetzlar) *
 Frau Renger *
 Reuter
 Richarts *
 Riecken (Hamburg)
 Riedel (Frankfurt) *
 Riegel (Göppingen) *
 Rieger (Düsseldorf)
 Dr. Rieger (Köln) *
 Dr. Riesebrodt
 Rimmelspacher (Ettlingen)
 Dr. Rinderspacher (Lahr) *
 Dr. Ringel
 Ritzel *
 Rodenstein
 Frau Roeger
 Roesch (Bergisch-Gladbach)
 Dr. Roesch (Fellbach) *
 Rösing
 Dr. Rösler
 Rohde *
 Dr. Rohloff
 Dr. Rohwedder
 Roller
 Rollmann *
 Rommerskirchen *
 Rosenberg
 Frau Roß
 Rost
 Roter
 Rothley
 Frau Rudoll *
 Rückstieß
 Ruf *
 Ruland *
 Runge
 Rupprecht
 Dr. Rutschke *

S

Sänger *
 Sander (Bonn)
 Sander (Golmbach) *
 Dr. Sauber

Saxler	Frau Schnell	Frau Siegel
Saxowski *	Schnipkoweit	Dr. Sieling
Schaap	Schock (Schorndorf)	Dr. Siemer *
Schäbler	Schöbel	Dr. Sinn *
Schäfer (Darmstadt)	Schöck (Ludwigsburg)	Smektala
Schäfer (Nienburg)	Schoettle *	Soetebier *
Dr. Schäfer (Tübingen) *	Scholtz (Langen)	Sohns
Frau Schanzenbach *	Scholz (Bottrop)	Spaethen
Frau Schardt	Schreiber	Spies *
Schattanik	Schrempp	Spillecke
Schauß	Frau Schroeder (Detmold) *	Spitzmüller *
Scheel *	Dr. Schröder (Düsseldorf) *	Stamm
Dr. Schellenberg *	Schröder (Osterode) *	Dr. Stammberger *
Schelten-Peterssen	Schröder (Sellstedt)	Stania
Scheppmann *	Dr. Schüler	Dr. Starke *
Scheuermann	Dr. Schütte	Stauch *
Scheuren (Köln) *	Schulhoff *	Dr. Stecker *
Scheurer (Braunschweig)	Schultz (Gau-Bischofsheim) *	Steen
Dr. Schieler	Dr. Schulz (Berlin)	Stein *
Schiestl	Schulze-Pellengahr	Steinhoff *
Schirpenbach	Schumertl	Steinle (Wangen)
Schlee *	Schuster (Ludwigshafen)	Steinmann
Schlick *	Schwabe (Lindenfels) *	Dr. Steinmetz *
Schlömer	Schwade (Lippstadt)	Steitz
Schlotter	Schwarz (Bonn) *	Stenger
Schmalz	Schwarz (Stuttgart)	Stephan (Dortmund) *
Schmandt	Schwarze (Paderborn)	Stephan (Neuß)
Schmeck	Frau Dr. Schwarzhaupt *	Stiefvater
Schmelter	Schweiger	Stiller *
Dr. Schmid (Frankfurt) *	Schweizer	Stingl *
Schmidt (Braunschweig) *	Dr. Schwörer *	Stock
Dr. Schmidt (Gellersen) *	Dr.-Ing. Seebohm *	Stößinger
Schmidt (Hamburg) *	Frau Seelbach	Dr. Stoltenberg *
Schmidt (Kempten) *	Dr. Seffrin *	Frau Stommel
Dr. Schmidt (Offenbach) *	Seibert *	Stoß *
Schmidt (Würgendorf) *	Seidel (Fürth) *	Storch (Bonn) *
Dr. Schmidt (Wuppertal) *	Seidl (München) *	Dr. Storch (Mainz)
Schmiedel	Seifriz *	Storm *
Schmitt-Vockenhausen *	Seigel (Fischingen)	Dr. Sträter
Schmitz	Seiler	Stranka
Schmude	Seither (Lustadt) *	Strathmann
Schmücker *	Seitner (Nürnberg)	Strauß *
Frau Schneider (Berlin)	Frau Seppi *	Striebeck *
Schneider (Gelsenkirchen)	Dr. Serres *	Frau Strobel *
Schneider (Hamburg) *	Seuffert *	Dr. Strodthoff
Dr. Schneider (Kassel)	Dr. Seume *	Strohmayr *
Dr. Schneider (Saarbrücken) *	Sichler	Struve *
Schneider (Wuppertal)	Sickert	Stücklen *

Stühler
Suck
Sühler *
Dr. Süsterhenn *
Dr. Supf *

T

Tacke
Dr. Tamblé *
Teriete *
Thape (Bremen)
Theis (Berlin)
Theis (Duisburg) *
Thiemann (Düsseldorf)
Thoma (Ottobrunn)
Thomas (Nienburg)
Tiemann (Neumünster)
Tobaben *
Többe-Schwegmann
Dr. Dr. h. c. Toussaint *
Trees

U

Übelhör
Ullrich
Unertl *
Urban *

V

Varelmann *
Vater
Verhoeven *
Viellieber
Vit (Aldenhoven)
Vittinghoff
Dr. Freiherr von
 Vittinghoff-Schell *
Dr. Völker
Vogel
Vogt (Aschaffenburg) *
Dr. Vogt (Pforzheim)
van Volxem
Vondano

W

Wächter *
Dr. Waffenschmidt
Wagner (Günzburg) *
Frau Wagner (Lindau)
Dr. Wahl *
Wallbrecht
Waller
Walter (Hamburg)
Walter (Wanfried) *
Frau Dr. Walz
Warstatis
Weber (Dinslaken)
Weber (Georgenau) *
Dr. Weber (Koblenz) *
Weber (Oedekoven)
Wegener *
Wehking *
Dr. Wehmeier
Wehner *
Weigl *
Weinkamm *
Weinzierl *
Weis (Leiwen)
Weiss (Hofheim)
Welke *
Wellmann *
Welslau *
Frau Welter (Aachen) *
Weltner (Rinteln) *
Wendelborn *
Dr. Weng
Wengler
Werner *
Frau Wessel *
Westernacher
Frau Wetzell
Weyer
Wichtermann
Wiedemeier
Wiefel
Frau Wieland (Heessen)
Wienand (Schladern) *
Frau Wienecke
Wieninger *

Dr. Wiesenthal
Wilhelm *
Dr. Wilhelmi *
Dr. Willeke *
Wilper
Windelen *
Winkelheide *
Winkels
Frau Winkelsträter
Dr. Winter *
Wirtz
Wischnowski *
Dr. Witten (Hamburg)
Wittmer-Eigenbrodt *
Wittwer
Wolf (Frankfurt)
Wolf (Lingen) *
Wolfskeil
Wolter-Peeksen
Wrede
Wünsche
Dr. Wuermeling *
Wullenhaupt *
Frau Wunsch
Wynands

Z

Zahn
Zeese
Zeidler (Dortmund)
Zeitler (Ismaning)
Ziegler *
Zielke (Iserlohn)
Dr. Zimmer *
Frau Zimmermann
 (Brackwede) *
Zimmermann (Cham)
Dr. Zimmermann (München) *
Zink (Erlangen)
Zink (Rüsselsheim)
Zinnkann (Wiesbaden)
Zinser
Zoglmann *
Zuber
Zühlke *
von Zworowsky

Zusammensetzung nach Parteien

Parteien	Mitgl. d. Bundesvers., die Mitgl. des Bundestages sind	Mitgl. d. Bundesvers., die von den Volksvertretungen der Länder gewählt wurden*)	Insgesamt
CDU/CSU	250	235	485
SPD	204	241	445
FDP/DVP	66	38	104
BP	-	3	3
GB/BHE	-	2	2
SVP	-	1	1
DPS	-	1	1
Unabhängige oder Fraktionslose	1	-	1
insgesamt:	521	521	1 042

*) Vgl. Artikel 54 Abs. 3 GG

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages

–Fortsetzung–

Länder	GDP/BHE		DPS		SVP		Insgesamt		
	MdL	Nicht-MDL insg.	MdL	Nicht-MDL insg.	MdL	Nicht-MDL insg.	MdL	Nicht-MDL insg.	
Baden-Württemberg	-	-	-	-	-	-	32	41	73
Bayern	-	-	-	-	-	-	15	74	89
Berlin	-	-	-	-	-	-	20	-	20
Bremen	-	-	-	-	-	-	6	-	6
Hamburg	-	-	-	-	-	-	14	3	17
Hessen	1	1	-	-	-	-	39	6	45
Niedersachsen	-	-	-	-	-	-	17	44	61
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	-	70	77	147
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-	26	6	32
Saarland	-	-	1	1	1	1	10	-	10
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	-	-	15	6	21
Insgesamt:	1	1	1	1	1	1	264	257	521

Zusammengestellt nach Unterlagen des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages

Stenographischer Bericht

Berlin, Mittwoch, den 1. Juli 1964¹⁾

Die Sitzung wird um 11 Uhr 1 Minute durch den Präsidenten D. Dr. Gerstenmaier eröffnet.

Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Die Bundesversammlung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie willkommen in Deutschlands Hauptstadt Berlin. Ich begrüße die Mitglieder der Bundesversammlung; ich begrüße zahlreiche ausländischen Gäste, unter ihnen die Botschafter und Mitglieder der ausländischen Missionen; ich begrüße die Bundesregierung und die Vertreter des Bundesrates sowie alle anderen hier versammelten Vertreter der Länder der Bundesrepublik, unter ihnen die Mitglieder der Regierung und des Abgeordnetenhauses von Berlin. Ferner grüße ich alle, die hierhergekommen sind oder die am Bildschirm und Rundfunk Zeugen der Wahl des deutschen Staatsoberhauptes sind.

Nach Art. 54 Abs. 3 des Grundgesetzes besteht die **Bundesversammlung** aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Die Bundesversammlung besteht also aus 521 Mitgliedern des Bundestages und 521 von den Länderparlamenten Gewählten, insgesamt 1042 Mitgliedern. Es entsenden die Länder:

Baden-Württemberg	73	Mitglieder,
Bayern	89	Mitglieder,
Berlin	20	Mitglieder,
Bremen	6	Mitglieder,
Hamburg	17	Mitglieder,
Hessen	45	Mitglieder,
Niedersachsen	61	Mitglieder,
Nordrhein-Westfalen	147	Mitglieder,
Rheinland-Pfalz	32	Mitglieder,

Saarland	10	Mitglieder,
Schleswig-Holstein	21	Mitglieder.

Ich stelle fest, daß die Parlamente der Bundesländer ihre in die Bundesversammlung entsandten Mitglieder ordnungsmäßig gewählt und bekanntgemacht haben.

Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes bestimmt, daß zum Bundespräsidenten gewählt ist, wer in einem der beiden ersten Wahlgänge die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält oder wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Demnach muß in den beiden ersten Wahlgängen einer der Bewerber mindestens 522 Stimmen auf sich vereinigen, um gewählt zu sein. Bei dieser Wahl — ich hebe dies hervor — haben in sinngemäßer, rechtlich unanfechtbarer Anwendung des Grundgesetzes die **Mitglieder des Landes Berlin** volles Stimmrecht. Ich habe dies in der Bundesversammlung am 1. Juli 1959 im einzelnen begründet. Es gibt weder neue Argumente noch Ereignisse, die diese Begründung in Frage stellen könnten.

(Allgemeiner Beifall.)

Das gleiche, meine Damen und Herren, gilt von unserem Recht, hier in Berlin zu tagen.

(Erneuter allgemeiner Beifall.)

Ich kann dazu heute nur das gleiche sagen wie vor fünf Jahren an dieser Stelle: „Nicht die Absicht, zu provozieren, nicht einmal der Zorn und der Unmut über die fortgesetzten Provokationen der Ulbricht und Genossen hat uns hierher gebracht, sondern allein die Treue zu dieser Stadt, zu unserem Volk im ganzen und zu unserer eigenen Geschichte.“

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 4. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 56, S. 1-8 vor S. 6663

In seiner **Note vom 27. November 1958** sprach der **Ministerpräsident der Sowjetunion** — ich zitiere — von „der Bedeutung, die **Berlin** als historische **Hauptstadt Deutschlands** für das ganze deutsche Volk hat“. Vor zwei Jahren aber hat derselbe Ministerpräsident geduldet, daß das Antlitz dieser Stadt geschändet wurde durch eine Mauer, die Mitteldeutschland zu einem Zwangslager machte. Und vor einigen Tagen hat die sowjetrussische Regierung es für richtig gehalten, bei unseren Verbündeten dagegen zu protestieren, daß wir heute hier zusammentreten. Ich hätte über diese Demonstration kein Wort verloren, wenn sie sich nicht zu der grotesken Behauptung verstiegen hätte, daß wir unsere Präsidentenwahl im Ausland abhielten.

Ich halte wenig von der politischen Polemik und gar nichts davon, auf den Ton einzutreten, der in Moskau so bedauerlich oft üblich ist. Aber diesem Wort muß entgegengetreten werden; denn es steht in einer amtlichen Note der Sowjetunion. Auch deshalb glaube ich für die ganze Bundesversammlung zu sprechen, wenn ich es mit Nachdruck zurückweise. Dieses Wort ist eine Schmähung des ganzen deutschen Volkes, und wir empfinden sie um so tiefer, als wir uns mehr denn je — um mit Chruschtschow zu sprechen — der Bedeutung bewußt sind, die Berlin als historische Hauptstadt Deutschlands für das ganze deutsche Volk besitzt.

(Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Es kann kein Schatten eines Zweifels darüber bestehen, daß „historisch“ in diesem Zusammenhang eben nicht allein die große Vergangenheit meint, sondern vor allem das geschichtlich Verbindliche und Aktuelle, das uns und die heranwachsenden Deutschen, wo sie auch sind, in die Zukunft hinein verpflichtet.

Ich weiß, daß nicht wenige unter dem Zweifel leiden, ob sie die **Wiederherstellung unserer Einheit** denn noch erleben werden. Die Sorge

ist begründet. Keiner sollte sich darüber Illusionen machen. Aber das Gegenstück zur Illusion ist nicht die Hoffnungslosigkeit, sondern jene nüchterne, wachsame Entschlossenheit, die die Kraft hat — wenn es sein muß —, auch längere Zeitabschnitte zu meistern, ohne das große Ziel je aus dem Auge zu lassen. Insofern ist die Freiheit und die Einheit der Deutschen tatsächlich auf unseren Willen gestellt und auf die Kraft der künftigen deutschen Generationen. Berlin mit seinem geschichtlichen Rang und den Wahrzeichen unserer gemeinsamen Geschichte, sie sollten und müssen das vornehmste Symbol dieses nationalen Willens bleiben. Aber mit der Huldigung vor Symbolen ist es nicht getan. Noch wichtiger ist die zähe Mühe, mit der wir in unserem Alltag, insbesondere in unserem politischen Alltag, dieser Aufgabe dienen. Ihr müssen die erforderlichen Mittel zugestanden werden, und die Meinungsverschiedenheiten in der Methode sollten ausgefochten werden, ohne die Gesinnung der Andersdenkenden zu verdächtigen.

In diesem Zusammenhang bin ich dieser Stadt, darüber hinaus aber dem ganzen deutschen Volk ein offenes Wort darüber schuldig, warum der **Bundestag** in den letzten Jahren nicht hier in **Berlin** auch zu Plenarsitzungen zusammgetreten ist. In Übereinstimmung mit dem ganzen Bundestag vertrete ich die Überzeugung, daß es das verfassungsmäßige Recht des Bundestages ist, hier in Berlin zu tagen, wann immer er das für richtig hält.

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Ich bin sicher, daß ich mich jedoch auch in Übereinstimmung mit allen Fraktionen des Bundestages befinde, wenn ich hinzufüge, daß wir nicht nur den Wunsch haben, formell korrekte Partner unserer Verbündeten zu sein, sondern auch ihre durch und durch loyalen Partner. Damit vor allem bekunden wir unsere Dankbarkeit für den Schutz, den die drei großen Westmächte der Freiheit dieser Stadt verbürgt haben.

(Allgemeiner Beifall.)

Diese Loyalität — und nichts anderes — verlangt von mir zwar nicht die Einholung einer formellen Zustimmung der drei Mächte, wohl aber eine angemessene Berücksichtigung ihres jeweiligen politisch begründeten Standpunktes auch in dieser Frage.

(Abg. Wehner: Hört! Hört!)

Es ist unberechtigt, darin eine Schwäche unseres nationalen Wollens oder gar so etwas wie einen stillschweigenden Verzicht auf Deutschlands Einheit zu sehen. Unsere Stärke liegt nicht im demonstrativen Alleingang oder gar in Worten, hinter denen schließlich nichts steht, sondern in der Bewährung einer großen verlässlichen Partnerschaft, in einer Bündnisgemeinschaft, die vom Brandenburger Tor bis in den Pazifischen Ozean reicht.

Die drei Mächte, die die Sicherheit Westberlins garantieren, haben auch den Schutz dieser Bundesversammlung übernommen, und sie haben die Proteste der Regierung der Sowjetunion sogleich und einhellig abgewiesen.

(Beifall.)

Ich spreche für die Bundesversammlung, wenn ich den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika dafür von dieser Stelle aus herzlich danke.

(Erneuter Beifall.)

Meine Damen und Herren, es ist die verfassungsmäßige Aufgabe der Bundesversammlung, den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu wählen. Ihr erster Präsident hat die Bundesrepublik einmal ein Transitorium genannt. Er wollte damit sagen, daß wir uns in einer Übergangsphase der deutschen Geschichte befinden, die uns von einem verhängnisvoll dunklen Abschnitt trennt und uns in eine große Epoche des Zusammenlebens in Freiheit und Friede, in Gerechtigkeit und Würde führen soll.

Der Anbruch dieser Epoche wird bis heute verhindert durch das Veto der Sowjetunion. Es verweigert dem deutschen Volk die Selbstbestimmung und das Zusammenleben, auf das

auch wir einen unabweisbaren Anspruch haben. Es ist ein haltloser Vorwurf, mit dem dieses Veto begründet wird. Denn wir Deutsche, jedenfalls wir Deutsche in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind weder Militaristen noch sind wir Revanchisten. Ich glaube, daß es ebenso wahr ist, daß das deutsche Volk diesen Zweiten Weltkrieg nicht gewollt hat, wie es wahr ist, daß es zu schwach gewesen ist, ihn zu verhindern. Auch wenn wir dessen wohlbewußt sind und darunter leiden, ist das jedoch keine Rechtfertigung für die Verewigung der Teilung Deutschlands. Es ist nicht nur unser geschichtliches, sondern es ist unser sittliches Recht, ja unsere Pflicht, für das ganze deutsche Volk auf der Gewährung der Rechte zu bestehen, die die Charta der Vereinten Nationen allen Völkern der Erde feierlich zugestanden hat. Wir haben niemals einen Zweifel daran gelassen, daß wir bereit sind, das **Selbstbestimmungsrecht Deutschlands** in einer Gesinnung des Friedens und des vernünftigen Ausgleichs, ja der Versöhnung auch mit unseren Nachbarvölkern im Osten zu verwirklichen.

Ich bin gewiß, daß ich damit auch für die überwältigende Mehrheit der Deutschen spreche, die hinter der Mauer und dem Eisernen Vorhang in Unfreiheit niedergehalten werden. Sie begehren doch nichts anderes, als mit uns vereint eine neue Epoche in dieser Gesinnung der Freiheit und der Versöhnung zu gestalten. Weil es so ist, deshalb ist es nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht, daß Bundespräsident, Bundestag und Bundesregierung für alle Deutschen das Wort führen und die Einheit der Nation und das Lebensrecht ganz Deutschlands vor der Welt vertreten.

(Allgemeiner Beifall.)

Wir danken den auswärtigen Mächten, die uns das erst vor kurzem wieder ausdrücklich bestätigt haben. Und wir grüßen in dieser Verbundenheit euch, die ihr hinter Mauer und Stacheldraht mit Gewalt daran gehindert werdet, die euch zustehenden Rechte und Pflichten als

freie deutsche Staatsbürger mit uns zusammen wahrzunehmen.

(Allgemeiner starker Beifall.)

Indem die Bundesversammlung hier in Berlin zusammentritt und in freier Wahl das deutsche Staatsoberhaupt wählt, möchte sie dieser Verbundenheit der Herzen und des Willens aller redlichen Deutschen über die Mauern und Drähte hinweg einen Ausdruck geben. Mit diesem Bekenntnis zu euch, die ihr hinter der Mauer duldet, mit diesem Bekenntnis zur Einheit Deutschlands und zu seiner Zukunft in Freiheit ist diese große Versammlung heute zusammengetreten in der Reichshauptstadt Berlin.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur **Konstituierung der Bundesversammlung**. Der § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten vom 25. April 1959 bestimmt:

Der Präsident des Bundestages leitet die Sitzungen und Geschäfte der Bundesversammlung. Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Ich schlage vor, es bei dieser Anwendung der Geschäftsordnung des Bundestages heute zu belassen. Ich frage, ob das Haus damit einverstanden ist. - Ich höre keinen Widerspruch; die Geschäftsordnung des Bundestages findet somit sinngemäße Anwendung.

Der § 49 der Geschäftsordnung des Bundestages bestimmt:

Der Bundestag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Sitzungssaal anwesend sind.

Meine Damen und Herren, es wird nicht bezweifelt — ein flüchtiger Blick genügt, um dies festzustellen —, daß ganz offensichtlich weit mehr als die Hälfte der Bundesversammlung

hier im Sitzungssaal anwesend ist. Die Bundesversammlung ist somit beschlußfähig.

Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die Schriftführer, abweichend von der Geschäftsordnung des Bundestages, durch Zuruf zu wählen. Ist die Bundesversammlung damit einverstanden? — Kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Als Schriftführer schlage ich vor die Abgeordneten Berlin, Frehsee, Giencke, Dr. Götz, Josten, Junghans, Frau Kettig, Frau Krappe, Lange, Ruf, Dr. Rutschke, Dr. Seffrin, Spies, Varelmann und Wullenhaupt.

Ich bitte nunmehr den Herrn Bundestagsabgeordneten Dr. Götz, zu meiner Rechten, und die Frau Bundestagsabgeordnete Krappe, zu meiner Linken als Schriftführer Platz zu nehmen.

Damit meine Damen und Herren, ist die Bundesversammlung konstituiert.

Der § 9 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt:

Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Präsidenten des Bundestages schriftlich einreichen. Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Die Wahlvorschläge dürfen nur die zur Bezeichnung des Vorgeschlagenen erforderlichen Angaben enthalten; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen ist beizufügen.

Schriftlich vorgeschlagen wurden:

von der Fraktion der CDU/CSU der seitherige Bundespräsident, Herr Dr. h. c. Heinrich **Lübke**,

von der Fraktion der Freien Demokratischen Partei Dr. Ewald **Bucher**, Mitglied des Bundestages und Bundesjustizminister.

Der Sitzungsvorstand hat festgestellt, daß die Wahlvorschläge den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen. Die schriftlichen Zu-

stimmungserklärungen der Vorgeschlagenen liegen vor.

Ich frage, ob noch weitere Wahlvorschläge eingereicht werden. — Keine Wortmeldungen, also keine weiteren Wahlvorschläge. Ich mache darauf aufmerksam, daß Wahlvorschläge nur schriftlich eingereicht werden können.

Gewählt werden können nur die vorgeschlagenen Kandidaten. Meine Damen und Herren, ich bitte, das zu beachten. § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt:

Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten, sind ungültig.

Zum Abstimmungsverfahren stelle ich ferner fest: Nach § 9 Abs. 3 des eben genannten Gesetzes wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt. Die Verwendung anderer Stimmzettel macht die Stimme ungültig. Ich wiederhole: die Verwendung anderer Stimmzettel macht die Stimme ungültig. Das gleiche gilt, wenn ein Stimmzettel etwas anderes enthält als den Namen eines der vorgeschlagenen Kandidaten. Etwaige Zusätze oder Kommentare führen unweigerlich zur Ungültigkeit der Stimme.

Zur Erleichterung des Abstimmungs- und Auszählungsverfahrens habe ich Stimmzettel mit den Namen der Vorgeschlagenen drucken lassen. Sie finden daher in den Ihnen über das Tagungsbüro zugestellten Unterlagen Stimmzettel mit den Namen Dr. Eübke, Dr. Bucher. Ich bitte, diese Stimmzettel zu benutzen. Die Mappe enthält auch weiße Stimmzettel, da Stimmhaltung natürlich jederzeit möglich bleibt. Sie ist aber nur durch Abgabe eines weißen Stimmzettels möglich.

Nach Art. 54 des Grundgesetzes wird der Bundespräsident ohne Aussprache gewählt. Ich kann daher weder vor noch nach der Abstimmung das Wort zur Sache erteilen.

Bei der Abstimmung wird wie folgt verfahren: Die Schriftführer zu meiner Rechten und Linken werden die Namen dem Alphabet nach aufgerufen. Ich bitte Sie, den Namensaufruf an Hand der Mitgliederliste, die Ihnen ebenfalls vorliegt, zu verfolgen und sich rechtzeitig an die Urne zu begeben.

Ich frage nunmehr, ob alle Mitglieder der Bundesversammlung die Stimmkarten in Händen haben. — Kein Einwand, kein Zuruf. Ich stelle fest, daß jedes Mitglied der Bundesversammlung seine Stimmkarte in Händen hat.

Da die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln erfolgen muß, bitte ich, die Stimmkarte in den beigegebenen Umschlag zu stecken. Ich bitte ferner, neben der Stimmkarte Ihre Sitzplatzkarte bereitzuhalten und beim Aufruf Ihres Namens „Hier“ zu rufen. Sodann bitte ich, dem Schriftführer an der Wahlurne, der die Platzkarten einsammelt, Ihre Platzkarte zu übergeben und schließlich Ihre Stimmkarte selber in die Wahlurne zu stecken.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Abgabe der Platzkarte an die Stelle der Eintragung in die sonst übliche Anwesenheitsliste tritt. Das ist eine Neuerung in unserer Technik. Ab und zu muß uns ja auch etwas Neues einfallen. Also die Abgabe der Platzkarte ersetzt die Eintragung in die sonst übliche Liste. Sie darf nicht vergessen werden; denn durch die Abgabe der Platzkarte wird Ihre Anwesenheit nachgewiesen.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die Wahl. Ich bitte die Schriftführer, die den Dienst an der Wahlurne übernommen haben, ihre Plätze einzunehmen. Meine Herren, sind alle Plätze bei den Schriftführern vorschriftsmäßig besetzt? — Meine Damen und Herren, der Wahlgang beginnt. Ich bitte, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

(Namensaufruf. — Während des Namensaufrufs übernimmt Vizepräsident
Dr. Jaeger den Vorsitz.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Meine Damen und Herren! Der Namensaufruf ist beendet. Ich frage, ob noch Mitglieder der Bundesversammlung hier im Saale sind, die ihre Stimmkarte nicht abgegeben haben. Wenn dies der Fall ist, bitte ich Sie, sich zur Urne zu begeben. — Haben die Schriftführer ihre Stimmkarten abgegeben? — Ich frage noch einmal, ob Mitglieder der Bundesversammlung im Saale sind, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben. — Das ist offenbar nicht der Fall; die Abstimmung ist geschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Sitzung wird während der Auszählung nicht unterbrochen. Es steht den Mitgliedern der Bundesversammlung frei, inzwischen den Sitzungssaal zu verlassen. Ich bitte jedoch, dafür zu sorgen, daß immer Vertreter der verschiedenen Fraktionen im Saale anwesend sind.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

(Vorsitz: Präsident D. Dr. Gerstenmaier.)

Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich gebe das **Ergebnis der Abstimmung** bekannt. Für Herrn Dr. h. c. Lübke sind 710 Stimmen abgegeben worden,

(lebhafter Beifall)

für Herrn Dr. Bucher sind 123 Stimmen abgegeben worden.

(Beifall.)

Enthalten haben sich 187 Mitglieder der Bundesversammlung. 4 Stimmen sind ungültig. Die Gesamtstimmzahl beträgt 1024. Nicht teilgenommen an der Wahl haben 3 Mitglieder der Bundesversammlung.

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, d. h. wer, wie ich schon vorhin erklärt habe, mindestens 522 Stimmen auf sich vereinigt.

Herr Dr. Lübke hat die nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes erforderliche Mehrheit erreicht.

(Lebhafter Beifall. — Bundespräsident Dr. h. c. Lübke tritt in Begleitung des Vizepräsidenten Dr. Schmid den Saal. Die Abgeordneten erheben sich und begrüßen den Bundespräsidenten mit lebhaftem Beifall.)

Herr Dr. Heinrich Lübke ist somit wiederum zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Nach § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten teile ich dem inzwischen hier im Saal erschienenen Gewählten die Wahl mit und fordere ihn auf, binnen zwei Tagen zu erklären, ob er die Wahl annimmt. Wenn Sie, Herr Dr. Lübke, schon heute bereit sind, zu erklären, daß Sie die Wahl annehmen, dann darf ich Sie bitten, das hiermit zu tun.

(Bundespräsident Dr. h. c. Lübke begibt sich zum Platz des Präsidenten.)

Ich frage Sie, ob Sie die erneute Wahl zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland annehmen.

Bundespräsident Dr. h. c. Lübke: Ich nehme die Wahl an.

(Anhaltender starker Beifall.)

Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß Herr Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke die Wahl der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland für seine zweite, am 13. September 1964 beginnende Amtsperiode angenommen hat. Ich spreche dem Herrn Bundespräsidenten die herzlichen Glückwünsche dieser Versammlung aus und spreche Ihnen, Herrn Bundespräsident, damit zugleich den Dank des Hauses für das aus, was Sie in Ihren seitherigen Bemühungen für Deutschland getan haben. Ich verbinde damit die herzlichen Wünsche der Bundesversammlung für Ihre weitere Amtsführung.

(Erneuter, starker Beifall.)

Das Wort hat der Herr Bundespräsident.

Bundespräsident Dr. h. c. Lübke: Herr Präsident! Verehrte Mitglieder der Bundesver-

sammlung! Für das Vertrauen, das Sie mir mit Ihrer Entscheidung bekundet haben, und Ihre herzlichen Glückwünsche danke ich Ihnen sehr. Ich werde auch künftig meine ganze Kraft einsetzen zum Wohle unseres Volkes. Dabei vertraue ich auf Gottes Hilfe und auf die Unterstützung aller Bürger und aller Gemeinschaften, die willens sind, mitzuwirken an dem weiteren Aufbau und Ausbau unseres freiheitlichen sozialen Rechtsstaates.

Die Autorität, die in einer demokratischen Republik vom **Staatsoberhaupt** ausgehen soll, muß von jedem Träger des Amtes aufs neue erworben werden. Nach den Festlegungen im Grundgesetz kann er sich dabei nicht auf sehr beachtliche Machtbefugnisse stützen. Er ist vielmehr angewiesen auf seine Argumente und auf seine Fähigkeit, Einfluß auszuüben, ohne Macht einzusetzen. Deshalb ist es von großer Bedeutung für ihn, daß er Unterstützung findet bei allen lebendigen Kräften unseres Volkes aus den Bereichen des staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Eine auf gegenseitiges Vertrauen aufgebaute Zusammenarbeit wird es ihm erleichtern, seinem Auftrag gerecht zu werden.

Welches ist seine wesentliche Aufgabe? Der Bundespräsident vertritt Deutschland — und zwar das ganze Deutschland — und alle seine Bürger nach innen und außen.

(Starker Beifall.)

In seinem Amt verkörpert sich der Wille unseres Volkes, über sein Geschick frei zu befinden und durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes die Einheit der Nation wieder herzustellen.

(Erneuter Beifall.)

In der Ausübung seines Amtes muß er sichtbar machen, daß über allem Trennenden, über allen Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätzen unser gemeinsames großes Ziel steht. Deshalb nannte ich, als ich vor fünf Jahren hier von der Bundesversammlung gewählt

wurde, als Ziel meiner Arbeit und unserer gemeinsamen Anstrengungen ein „**auf Recht und Freiheit gegründetes, dem Frieden der Welt dienendes, wiedervereinigtes Deutschland**“.

(Beifall.)

Wir alle wirken einmütig im Sinne dieser Verpflichtung; trotzdem wollen wir uns in dieser Stunde hier in der alten **Hauptstadt Berlin**, wo nach wie vor das Herz Deutschlands schlägt,

(Beifall)

wiederum feierlich zu diesem Auftrage bekennen.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Immer und überall wird es meine brennende Sorge sein, Opferbereitschaft, Leistungswillen und vor allem die Kraft der tätigen Liebe in unserem Volke zu wecken, damit unser Hoffen und Wirken Erfüllung findet.

Die Welt, in der wir leben, befindet sich in einem ständigen Wandel. Politische Kräfteverhältnisse und Machtzusammenballungen, die uns Deutschen wie den Europäern, ja der ganzen freien Welt heute noch schwere Sorgen bereiten, sind in einer Umschichtung begriffen. Der Drang nach Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit erfüllt die Herzen aller Völker. Die aus dieser Entwicklung strömende lebendige Kraft wird auch uns helfen, wenn wir einig sind und nicht durch ungerechtfertigtes und unmäßiges Streben nach materieller Wohlfahrt von unserem Ziel uns abdrängen lassen. Gleichzeitig müssen wir stets bereit sein, jede auftauchende Möglichkeit einer Verbesserung der menschlichen und politischen Situation unserer unterdrückten Landsleute zu nutzen.

(Beifall.)

Die Achtung, die **Deutschland heute in der Welt** genießt — ich habe das auf vielen Reisen feststellen können —, ist in erfreulichem Maße gewachsen, trotz allem, was geschehen ist. Sie hängt aber weitgehend ab von der geistigen

und materiellen Leistung unseres Volkes. Der Kampf um den politischen und wirtschaftlichen Einfluß im Leben des Staates muß deshalb mehr und mehr zu einem friedlichen Wettstreit werden, in dem die einander gegenüberstehenden Gruppen versuchen, mit besseren Argumenten und höheren Leistungen unserem Volke in seiner Gesamtheit zu dienen.

Je mühsamer und langwieriger die Durchsetzung unserer Vorhaben ist, um so stärker muß unser Wille sein, die Zukunft unseres Volkes zu sichern und es zu erreichen, daß alle Deutschen zusammenleben können in einem freien Staat, in einem freien Europa. Seien wir uns dieses Auftrags täglich und stündlich bewußt — im Denken, im Wort und in der entschlossenen Tat!

(Anhaltender starker Beifall.)

Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Ich danke dem Herrn Bundespräsidenten.

(Bundespräsident Dr. h. c. Lübke verläßt in Begleitung des Vizepräsidenten Dr. Schmid den Saal. Die Abgeordneten erheben sich.)

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der Bundesversammlung angekommen. Ich spreche zum Schluß den Dank der Bundesversammlung Ihnen, Herr Regierender Bürgermeister, und Ihrer Stadt für die freundliche Aufnahme aus, und ich spreche meinen herzlichen Dank allen Mitarbeitern aus, die das Ihre dazu beigetragen haben, daß diese Bundesversammlung ihren ungestörten Verlauf nehmen konnte.

(Allseitiger Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen allen.

Die Bundesversammlung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 14 Uhr 7 Minuten.)

5. Bundesversammlung

5. März 1969

Übersicht

Zusammensetzung nach Parteien

CDU/CSU	482
SPD	449
FDP	83
NPD	22
insgesamt	1 036

Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder¹⁾

Baden-Württemberg	75
Bayern	89
Berlin	18
Bremen	6
Hamburg	16
Hessen	46
Niedersachsen	60
Nordrhein-Westfalen	145
Rheinland-Pfalz	31
Saarland	10
Schleswig-Holstein	22

¹⁾ Bekanntmachung der Bundesregierung vom 28. Januar 1969 (BGBl. I S. 98, Nr. 10 vom 31. Januar 1969)

Tagungsort und Tagungsstätte: Berlin, Ostpreußenhalle

Präsident der Bundesversammlung: Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel

Wahlergebnisse

	1. Wahlgang	2. Wahlgang	3. Wahlgang
Gustav Heinemann (Vorschlag SPD)	514	511	512
Gerhard Schröder (Vorschlag CDU/CSU)	501	507	506
Enthaltungen	5	5	5
ungültig	3	-	-
abgegebene Stimmen insgesamt	1 023	1 023	1 023

Gewählt: Gustav Heinemann im 3. Wahlgang mit einfacher Mehrheit mit 512 Stimmen²⁾

²⁾ erforderliche Mehrheit: für den 1. und 2. Wahlgang: 519 Stimmen

Amtszeit: 1. Juli 1969 bis 30. Juni 1974

Verzeichnis der Mitglieder

A

Dr. Abelein *
Dr. Achenbach *
Adams *
Adelmann
Adorno *
Ahrens (Salzgitter) *
Dr. Aigner *
Alber
Frau Alberts *
Albrecht
Dr. Althammer *
Dr. h. c. Altmeier
Amrehn
Angstmann
Dr. Antwerpes
Dr. Apel *
Arendt (Wattenscheid) *
Dr. Arndt (Berlin) *
Dr. Arndt (Berlin/Köln)
Dr. Arndt (Hamburg) *
Dr. Arnold *
Dr. Artzinger *
Auge *

B

Baader
Bachmann
Bading *
Bäcker (Niederkirchen)
Bäuerle *
Bäumer
Baier *
Dr.-Ing. Dr. h. c. Balke *
Balkenhol *
Bals *
Baltes *
Barche *
Dr. Bardens *
Bargmann

Barthold
Bartsch *
Dr. Barzel *
Bassler
Bauer (Nürnberg)
Bauer (Wasserburg) *
Bauer (Würzburg) *
Bauknecht *
Baumann
Dr. Bayerl *
Prinz von Bayern *
Bazille *
Dr. Becher (Pullach) *
Dr. Bechert (Gau Algesheim) *
Beck
Dr. Becker (Kiel)
Becker (Pirmasens) *
Becker (Wildeshausen)
Beermann
Behrendt *
Benda *
Bender
Dr. Bender
Frau Benedix
Benke
Benz
Berberich *
Berding
Berendsen *
Berger *
Frau Berger-Heise *
Bergmann *
Bergmann (Hamburg)
Berkhan *
Berlin *
Bernrath
Dr. Besold *
Bessel
Dr. Best
Betz
Beuster *
Bewerunge *

Biechele *
Bielefeld
Biermann *
Binder
Dr. Birrenbach *
Blank *
Blechschmidt
Blodt
Blöcker *
Frau Blohm *
Blume *
Blumenfeld *
Böhm *
Böhm (Bielefeld)
Böhrnsen
Börger
Börner *
Freiherr von Boeselager
Dr. Böswald
Bötger
Borm *
Borsche
Frau von Bothmer
Bräuer
Brand (Wuppertal) *
Brandt (Berlin/Bonn) *
Brandt (Hamburg)
Frau Brauksiepe *
Braun
Bremer *
Dr. Brenck *
Brengelmann
Brenner
Brese *
Brömmelhaus
Bromme
Brück (Holz) *
Brück (Köln) *
Brückner (Hattingen)
Dr. Brückner (Heidelberg)
Brüggemann
Brügner (Wittershausen)

* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Brünen *
 Bruns
 Dr. Bucher *
 Buchstaller *
 Budde *
 Bühl
 Bühler *
 Bühling *
 Bühmann
 Büttner *
 Bugert
 Bulthaup
 Dr. Burgbacher *
 Bürgermeister *
 Bürger *
 Frau Busch
 Buschfort *
 Buschmann
 Busse (Herford) *

C

Claussen
 Collet *
 Conrad
 Dr. Conring *
 Corterier *
 Cramer *
 Dr. Cromme
 Curth
 Dr. Czaja *

D

Dach
 Dr. Dahlgrün *
 Damm *
 Dr. Daniels
 Decker
 Dehn
 Deimel
 Deimer
 Deininger
 van Delden *
 Deneke
 Denzer
 Derben

Deringer *
 Frau Dessecker
 Dichgans *
 Dichtel
 Diebäcker *
 Diekmann *
 Frau Dr. Diemer-Nicolaus *
 Distler
 Dr. Dittrich *
 Frau Dörzenbach
 Dohmann
 Doll
 Dr. Dollinger *
 Dorn *
 Draeger *
 Dr. Dregger
 Drescher
 Drewniak
 Dr. Drexelius
 Dreyer
 Dröscher *
 Drupp
 Dufhues
 Durchholz

E

Dr. Ebert
 Echternach
 Eck
 von Eckardt *
 Eckerland *
 Dr. Eckhardt *
 Ehnes *
 Dr. Eicher
 Frau Eilers *
 Dr. Elbrächter *
 Elfring
 Frau Dr. Eisner *
 Dr. Emde *
 Dr. Enders *
 Engel
 Enk *
 Frau Enseling *
 Entrup
 Dr. Eppler *
 Dr. Erhard *

Erhard (Bad Schwalbach) *
 Frau Erler
 Ermert
 Ernesti *
 Ernst
 Erpenbeck *
 Ertl *
 Eschmann *
 Essl
 Esters *
 Dr. Even *
 Exner *
 Ey

F

Falke *
 Faller *
 Dr. Fay
 Feitenhansl
 Felder *
 Feldhaus
 Feller
 Fellermaier *
 Ferner
 Feuring *
 Figgen *
 Dr. Filbinger
 Fischer
 Flämig *
 Dr. Flehinghaus
 Förster
 Folger *
 Dr. Folz
 Franke (Hannover) *
 Franke (Osnabrück) *
 Dr. Franz *
 Franzen *
 Fratzscher
 Frehsee *
 Dr. Freiwald *
 Frenzel
 Dr. Frerichs *
 Dr. Frey *
 Frau Freyh *
 Dr. Friderichs *
 Frieler *

Fritsch (Deggendorf) *
 Fritz (Welzheim) *
 Fritz (Wiesbaden) *
 Fröder
 Fuchs (Kempen)
 Fuchs (Mainz)
 Fürst
 Fuhlrott
 Frau Funcke *
 Dr. Furler *

G

Dr. Gaa
 Gabert
 Dr. Gaiser
 Dr. Gatzen
 Gefeller
 Gehrman
 Geiger *
 Frau Geisendörfer *
 Geisenhofer *
 Geiser
 Geldner *
 Freiherr von Gemmingen *
 Genscher *
 Dr. Gerdemann
 Gerken
 Gerlach *
 D. Dr. Gerstenmaier *
 Gertzen *
 Gewandt *
 Gierenstein *
 Frau Gies
 Giesen
 Dr. Giuliani *
 Dr. Gleissner *
 Glombig *
 Glüsing (Dithmarschen) *
 Gnauck
 Dr. Götz *
 Gomeringer
 Gottesleben *
 Graaff *
 Dr. Gradl *
 Grafberger
 Frau Griesinger *

Dr. Großkopf
 Grosspeter
 Grundmann
 Gscheidle *
 Dr. h. c. Güde *
 Dr. Gündisch
 Gütlein
 Freiherr
 von und zu Guttenberg *

H

Haage (München) *
 Haar (Stuttgart) *
 Dr. Haas *
 Haas (Lenzfried)
 Haase (Heimsheim)
 Haase (Kassel) *
 Haase (Kellinghusen) *
 von Hacht
 Dr. Häfele *
 Hachser *
 Härtl
 Härzschel *
 Häussler *
 D. Dr. Hahn
 Hahn (Bielefeld) *
 Dr. Haindl
 Haisch
 Hamacher *
 Hamer
 Dr. Hammans *
 Hannemann
 Hansing *
 Hanz (Dahlen) *
 Hardegen
 Graf von Hardenberg
 Harms
 Hartkopf
 von Hassel *
 Hauck *
 Hauenschild
 Hauff
 Hauffe *
 Dr. Haus
 Hauser (Bad Godesberg) *

Dr. Hauser (Sasbach) *
 Hausl
 Dr. Haußmann
 Dr. Heck *
 Heckmann
 Heckscher
 Hein
 Dr. Dr. Heinemann *
 Heinrichs
 Frau Heinz
 Heinze
 Hellenbrock *
 Dr. Hellige *
 Herberts *
 Hergenröder
 Hergt
 Frau Herklotz *
 Hermsdorf *
 Herold *
 Herrmannsdörfer
 Hertel
 Dr. Hesberg *
 Frau Dr. Heuser *
 Hilbert *
 Frau Hinsche
 Hintschik
 Hirsch *
 Höch
 Höcherl *
 Höchtl
 Högn
 Hoegner
 Höhmann
 (Hessisch Lichtenau) *
 Höhne *
 Höhne (Hamburg)
 Frau Hölters
 Hölzle *
 Hörauf *
 Hörmann (Freiburg) *
 Hörnemann (Gescher) *
 Hörter
 Hösl *
 Hoffmann (Münster)
 Dr. Dr. E. h. Hofmann
 (Aachen)

Hofmann (Kronach) *
 Dr. Hofmann (Mainz) *
 Hofmann (Zeil)
 Hofstetter
 Holthoff
 Frau Holzmeister *
 Homeier
 Dr. Horn
 Frau Horn
 Horstmeier *
 Horten *
 Frau Dr. Hubert *
 Dr. Hudak *
 Hufnagel *
 Hummel
 Dr. Huys *

I

Ilg
 Illerhaus *
 Dr. Ils *
 Dr. Imle *
 Frau Impertro
 Iven *

J

Jacobi (Köln) *
 Frau Jacobi (Marl) *
 Jäckle
 Dr. Jaeger *
 Dr. Jahn (Braunschweig) *
 Jahn (Marburg) *
 Jahnke
 Jannicke
 Jaroschowitz
 Jaschke *
 Dr. Jobst
 Frau Joggerst
 Johnen
 Josten *
 Jürgensen *
 Jung *
 Jung (Lörrach)
 Junghans *
 Junghans (Külsheim)

Dr. Jungmann *
 Junker *

K

Kaffka *
 Kahn-Ackermann *
 Kaiser
 Kaiser-Dieckhoff
 Kalbitzer
 Frau Kalinke *
 Kalinowski
 Karry
 Katzer *
 Kauermann
 Dr. Kempfler *
 Kern *
 Kiene
 Kiep *
 Dr. h. c. Kiesinger
 Killat *
 Dr. Kindler
 Kitzlinger
 Frau Klee *
 Klein *
 Frau Kleinert *
 Klenert
 Dr. Klepsch *
 Dr. Kliemt
 Dr. Kliesing (Honnef) *
 Dr. Klink
 Klinker *
 Klische
 Klocksin
 Klose (Hamburg)
 Dr. Klose (Korschenbroich)
 Klose (Neuß)
 Kluncker
 Knäpper
 Knobloch *
 Knoll
 Knorr
 Knudsen
 Dr. Koch *
 Koch (Kassel)
 Koch (Neustadt)
 Könen (Düsseldorf) *
 Koenen (Lippstadt) *

König
 Köppler *
 Dr. Kohl
 Kohl
 Kohlberger *
 Kohlmeier
 Konrad
 Dr. Kopf *
 Frau Korpeter *
 Dr. Kosiek
 Dr. Kotter
 Krammig *
 Krampe
 Frau Krappe *
 Dr. Kraske *
 Dr. Kreke
 Dr. Kreutzmann *
 Krey
 Kriedemann *
 Dr. Krone *
 Krüger (Lemgo)
 Krüger (Uelzen)
 Krug *
 Kubitza *
 Frau Dr. Kuchtner *
 Dr. Kübler *
 Dr. Kübler (Ravensburg)
 Freiherr von Kühlmann-
 Stumm *
 Kühlthau
 Kühn (Hildesheim) *
 Kühn (Köln)
 Kühner
 Kuhbandner
 Kuhlmann
 Kuhnt
 Kulawig *
 Kulle
 Kumpf
 Kunst
 Kuntscher *
 Kunze *
 Kurlbaum *
 Frau Kurlbaum-Beyer *
 Dr. Kurtz

L

Lagershausen
 Laipold

Lampersbach *
 Frau Landgraf
 Lange *
 Dr. Lange
 Langebeck *
 Frau Langner
 Lappas
 Latendorf
 Frau Laufer
 Lautenschlager *
 Leber *
 Lechner
 Lehlbach
 Leicht *
 Dr. Lemke
 Lemmer *
 Lemmer (Remscheid)
 Lemmrich *
 Lemp *
 Lemper *
 Lenders *
 Lensing
 Dr. Lenz (Bergstraße) *
 Lenz (Brühl) *
 Dr. Lenz (Köln)
 Lenze (Attendorf) *
 Leukert *
 Leuninger
 Leuser
 Liebhaber
 Liedtke *
 Liehr *
 Ließ
 Dr. Lindenberg *
 Linkner
 Frau Dr. Lipschitz
 Lober
 Löbber *
 Löffler
 Dr. Löhr *
 Frau Lösche
 Logemann *
 Dr. Lohmar *
 van de Loo
 Looft
 Lorenz
 Lotze *
 Dr. Luda *

Lücke (Bensberg) *
 Lücker (München) *
 Lukowiak
 Lund

M

Mack
 Mager
 Dr. Mahler
 Maibaum *
 Dr. Maier (Parsberg)
 Maier (Sulmingen)
 Dr. Maihofer
 Majonica *
 Marczy
 Marquardt *
 Dr. Martin *
 Dr. Marx (Kaiserslautern) *
 Marx (München) *
 Masselter
 Matthes *
 Matthöfer *
 Mattick *
 Maucher *
 Mauk *
 Frau Dr. Maxsein *
 May
 Dr. Mayer (Puchheim)
 Frau Meermann *
 Dr. Meinecke *
 Meinicke (Oberhausen)
 Meis *
 Meister *
 Memmel *
 Dr. Mende *
 Mendling
 Dr. h. c. Menne (Frankfurt) *
 Mentzel
 Dr. von Merkatz *
 Mertes *
 Merz
 Metzger *
 Meyer (Herold)
 Meyer (Schwelm)
 Dr. Meyers
 Michels *
 Michels (Köln)

Mick *
 Dr. Miessner *
 Milde
 Mischnick *
 Missbach *
 Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Möller *
 Möller
 Frau Mönikes *
 Moersch *
 Dr. Mommer *
 Moser
 Mühlbach
 Dr. Mühlhan *
 Frau Müller
 Müller (Aachen-Land) *
 Müller (Berlin) *
 Müller (Mülheim) *
 Dr. Müller (München) *
 Müller (Ravensburg) *
 Müller (Remscheid) *
 Müller (Scheinfeld) *
 Müller (Worms) *
 Dr. Müller-Emmert *
 Dr. Müller-Hermann *
 Müller-Link
 Müser *
 Dr. Müthling *
 Muhs
 Munzinger
 Mußnug

N

Nagel
 Nakaten
 Dr. Nann *
 Nawroth
 Neemann *
 Dr. Nehrling
 Nellen *
 van Nes Ziegler
 Netta
 Neubauer
 Neuber
 Dr. Dr. Neuberger
 Neuhaus
 Neumann (Berlin) *

Neumann (Stelle) *
 Dr. Nevermann
 Nickels
 Niederalte *
 Niermann
 Nieswandt
 Dr. von Nordenskjöld *
 Notz
 Nuhn
 Nuth

O

Frau Ollenhauer
 Ollesch *
 Opitz *
 Orgaß *
 Ott *
 Frau Ott
 Oxfort

P

Paul *
 Peiter *
 Dr. Peters (Münster)
 Peters (Norden) *
 Peters (Poppenbüll) *
 Petersen *
 Pettirsch
 Frau Pfeiffer
 Picard *
 Piedboeuf
 Frau Pieper
 Pieser *
 Frau Pitz-Savelsberg *
 Pöhler *
 Dr. Pöhlmann
 Pönitz
 Dr. Pohl (Köln)
 Dr. Pohle *
 Pohle (Minden)
 Dr. Pohlmeier
 Dr. Pollwein
 Popp *
 Porsch *
 Porten *

Porzner *
 Dr. Posser
 Pranke
 Dr. Prassler *
 Dr. Preiß *
 Dr. Preiß (Grafing)
 Prochazka *
 Pröll
 Prölb
 Prüßner
 Pürsten
 Pütz

R

Raffert *
 Rainer *
 Ramms *
 Rasche
 Rasner *
 Dr. Rau *
 Rau (Düsseldorf)
 Rauch
 Rauscher
 Raute
 Ravens *
 Rawe *
 Regitz
 Regling *
 Rehkop
 Rehs *
 Reichardt
 Reichmann *
 Dr. Reinhard *
 Reinhardt (Eiserfeld)
 Dr. Reischl *
 Reitz (Nauheim)
 Reitz (Offheim)
 Reitz (Wetzlar) *
 Frau Renger *
 Richarts *
 Richter *
 Richter (Nürnberg)
 Riedel (Frankfurt) *
 Riedl (Passau)
 Riegel (Göppingen) *
 Dr. Riesebrodt

Dr. Rinderspacher *
 Dr. Rinsche *
 Dr. Ritgen *
 Dr. Ritz *
 Rock *
 Röhl
 Frau Röhm
 Röhner *
 Röhr
 Röhrig
 Rösing *
 Rohde *
 Rohlmann (Frankfurt)
 Dr. Rohloff
 Rollmann *
 Rollwage
 Rommel
 Rommerskirchen *
 Roos
 Rosenberg
 Roser
 Roß *
 Dr. Rothemund
 Rothley
 Rudigier
 Rudloff
 Frau Rudoll *
 Rudolph
 Rühl
 Rühmkorf
 Rümmele
 Ruf *
 Ruhnau
 Rummel
 Rupertus
 Ruschke
 Russe (Bochum) *
 Dr. Rutschke *
 Ruttmann

S

Saam *
 Sänger *
 Salomon
 Sander *

Saxowski *	Schneider (Burgstall)	Frau Seppi *
Prinz zu Sayn- Wittgenstein-Hohenstein *	Dr. Schneider (Nürnberg)	Dr. Serres *
Schaaf	Frau Schnell	Dr. Seume *
Schade	Dr. Schober *	Sickert
Schäfer (Darmstadt)	Schöck	Siedler
Schaefer (Herten)	Schörner	Dr. Siemer *
Dr. Schaefer (Nordhorn)	Schoettle *	Dr. Sinn *
Schaffner	Scholz	Sinnecker
Schaller	Schonhofen *	Smektala
Frau Schanzenbach *	Schoof	Sperner
Scharnhorst	Dr. Schröder *	Spillecke *
Schedl	Frau Schroeder (Detmold) *	Spitzmüller *
Scheel *	Schröder (Hamburg)	Sprenger
Scheffler	Schröder (Sellstedt) *	Springorum *
Dr. Schellenberg *	Schröder (Solingen)	Stadelmaier
Schetter	Schrot	Stahlberg *
Scheu	Schütz (Berlin)	Dr. Stammberger *
Schiess	Schütz (Hannover)	Dr. Staratzke *
Schiestl	Schulhoff *	Dr. Stark (Nürtingen) *
Schilder	Schulte *	Dr. Starke (Franken) *
Dr. Schiller *	Schultz (Gau-Bischofsheim) *	Frau Starlinger
Frau Schimschok *	Dr. Schulz (Berlin) *	Dr. Stecker *
Schlagler *	Schulz (Eckernförde)	Frau Steffen
Schlee *	Dr. Schulze-Vorberg *	Steffen
Dr. Schlittmeier	Schumpp	Stehle
Schmelter	Frau Schuster	Stein (Gießen)
Dr. Schmid *	Schwab	Stein (Honrath) *
Schmid (Trossingen)	Schwabe *	Steinhoff *
Dr. Schmid-Burgk *	Schwade (Lippstadt)	Steinmann
Schmidhuber *	Schwarz	Dr. Steinmetz *
Schmidt (Braunschweig) *	Schwarze	Stender
Dr. Schmidt (Gellersen) *	Frau Dr. Schwarzhaupt *	Stenger
Schmidt (Hamburg) *	Dr. Schwarz-Schilling	Stephan *
Schmidt (Kempten) *	Schweitzer (Wirges)	Stiller
Dr. Schmidt (Offenbach) *	Schweizer (Stuttgart)	Stöckicht
Schmidt (Rohrsen)	Dr. Schwörer *	Dr. Stolle
Schmidt (Teningen)	Frau Seelbach	Dr. Stoltenberg *
Schmidt (Würgendorf) *	Seibert *	Stomberg
Dr. Schmidt (Wuppertal) *	Dr. Seibold	Frau Stommel *
Dr. Schmitt (Koblenz)	Seidel *	Stooß *
Schmitt (Lockweiler) *	Seifert	Dr. Storch
Schmitt-Vockenhausen *	Seifriz *	Storm *
Schmitz (Berlin)	Seiler (Ansbach)	Dr. Storm
Schmücker *	Seiler (Worms)	Strahtmann
Schneider (Brotdorf)	Seither *	Strauß *
	Sellmann	Streibl

Frau Strobel *
 Strohmayer *
 Struve *
 Stücklen *
 Stürtz
 Stuhldreher
 Dr. Süsterhenn *
 Susset

T

Tallert *
 Dr. Tamblé *
 Tandler
 Teriete *
 von Thadden
 Theis
 Thorwirth
 Tietje
 Tobaben *
 Tönjes *
 Topmann
 Dr. Dr. h. c. Toussaint *
 Trabalski
 Tuffentsammer

U

Ullrich
 Unertl *
 Urban *

V

Varelmann *
 Vater
 Vetter
 Vietheer
 Virnich
 Vit *
 Dr. Freiherr von
 Vittinghoff-Schell *
 van Vlodrop
 Voelker
 Vöth
 Vogel *

Frau Vogt
 Vogt *
 Voitell
 Vortisch

W

Wächter *
 Dr. Waffenschmidt
 Wagner (Günzburg) *
 Dr. Wagner (Heppenheim)
 Wagner (Michelbach)
 Dr. Wahl *
 Dr. Wallmann
 Walter *
 Frau Dr. Walz
 Dr. Warnke
 Warstatis
 Weber (Heidelberg)
 Weber (Korbach)
 Weber (Saarbrücken)
 Weber (Würzburg)
 Wedemeier
 Wegener
 Wehner *
 Weiberg
 Weich
 Dr. Weichmann
 Weigl *
 Weiland *
 Dr. Weimann
 Weimer *
 Weishäupl
 Frau Weiß
 Weiß (Hannover)
 Weiss (Monschau)
 Welke *
 Wellmann *
 Welslau *
 Wendelborn *
 Wenderoth
 Wendt *
 Wertz (Düsseldorf)
 Wertz (Saarburg)
 Frau Wessel *
 Frau Westphal

Westphal *
 Frau Wetzell
 Frau Dr. Wex *
 Weyer
 Weyrosta
 Frau Wicke
 Wiefel *
 Wienand *
 Wieninger *
 Wilde
 Wilhelm *
 Wilhelm (Hülzweiler)
 Dr. Wilhelmi *
 Will
 Windelen *
 Winkelheide *
 Winkels
 Frau Winkelsträter
 Winterstein
 Wischniewski *
 Dr. Witten
 Dr. Wörner *
 Wohlrabe
 Woitha
 Dr. Woitschell
 Frau Dr. Wolf *
 Wolf *
 Wolf (Neustadt)
 Wolfram
 Baron von Wrangel *
 Wübbena-Mecima
 Dr. Wuermeling *
 Dr. Wulff
 Wullenhaupt *
 Wurbs *
 Wuwer *

Z

Zebisch *
 Zeese
 Ziegler *
 Dr. Zimmermann *
 Zink *
 Zinser
 Zoglmann *

Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten

Länder	CDU/CSU			SPD			FDP			NPD			Insgesamt			
	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	
Baden-Württemberg	35	19	16	23	10	13	46	10	5	5	20	7	68	41	34	143
Bayern	49	9	39	30	19	16	65	7	-	-	7	6	86	34	55	175
Berlin	6	6	-	15	10	1	26	1	1	-	2	-	22	17	1	40
Bremen	2	2	-	3	2	2	7	-	-	-	-	-	5	4	2	11
Hamburg	7	5	-	9	7	3	19	1	1	-	2	-	17	13	3	33
Hessen	18	12	1	21	18	7	46	6	5	-	11	3	45	38	8	91
Niedersachsen	30	17	9	26 ¹⁾	13	14	53	6	3	-	9	4	62	37	23	122
Nordrhein-Westfalen	74	33	30	66	41	31	138	13	5	5	23	-	153	79	66	298
Rheinland-Pfalz	16	11	5	12	10	2	24	3	2	-	5	1	31	24	7	62
Saarland	4	5	-	4	4	-	8	-	-	1	1	-	8	9	1	18
Schleswig-Holstein	11	8	3	8	7	2	17	2	1	-	3	1	21	17	5	43
Insgesamt:	252	127	103	217 ¹⁾	141	91	449	49	23	11	83	22	518	313	205	1036
			230			232				34		22			518	

¹⁾ 1 Gast (GDP/BHE)

Zusammengestellt nach Unterlagen des Organisationstechnischen Parliamentsdienstes des Deutschen Bundestages

Stenographischer Bericht

Berlin, Mittwoch, den 5. März 1969¹⁾

Die Sitzung wird um 10.04 Uhr durch den Präsidenten von Hassel eröffnet.

Präsident von Hassel: Ich eröffne die 5. Bundesversammlung zur Wahl des dritten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie, die Mitglieder der Bundesversammlung, die Botschafter und Vertreter der ausländischen Missionen sowie die zahlreichen Gäste aus dem In- und Ausland, herzlich willkommen. Ich begrüße die Bundesregierung, die Vertreter des Bundesrates und der Länder der Bundesrepublik, unter ihnen die Mitglieder des Senates und des Abgeordnetenhauses von Berlin. Ich grüße alle, die hier im Saal und draußen im Rundfunk und im Fernsehen die Bundesversammlung verfolgen.

Die Bundesversammlung fühlt sich in dieser Stunde den Deutschen im anderen und verriegelten Teil unseres Landes herzlich verbunden.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Um ein zeitliches Zusammenfallen der Wahlen zum Bundestag mit der Bundesversammlung zu vermeiden, hat der Herr Bundespräsident am 14. Oktober 1968 erklärt, daß er sein Amt zum 30. Juni dieses Jahres niederlegen wird. Ich habe daher die Bundesversammlung vorzeitig auf den heutigen Tag einberufen.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns zum vierten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hier in der alten deutschen Hauptstadt Berlin zur Wahl des Bundespräsidenten versammelt. Die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten haben sich in diplomatischen Erklärungen gegen die **Einberufung nach Berlin** ausgesprochen. Die Sowjetunion und die Behörden im anderen Teil Deutschlands haben mit großen propagandisti-

schen Anstrengungen, mit der Ankündigung neuer Verkehrsbeschränkungen, mit Pressionen und einem verschärften Nervenkrieg versucht, unsere Anwesenheit hier in Berlin zu verhindern. Die deutsche und die ausländische Öffentlichkeit hat sich mit dem Für und Wider auseinandergesetzt. Ich selbst habe manchen Brief erhalten, in dem die Sorge um Berlin und um den Frieden in oftmals bewegten Worten ihren Ausdruck fand.

Vor der Einberufung der Bundesversammlung habe ich mich eingehend mit der Bundesregierung, mit den im Bundestag vertretenen Parteien und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin beraten. Ich darf als Ergebnis dieser Gespräche hier feststellen:

Wir sind heute in Berlin nicht aus Gründen des Prestiges oder der Rechthaberei.

Die 5. Bundesversammlung ist nicht zusammengetreten, um irgend jemanden zu provozieren. Wer uns dennoch Provokationen vorwirft, übersieht oder verschweigt, daß wir nichts beanspruchen, was uns nicht zusteht. Jeder, der guten Willens ist, wird mit mir darin übereinstimmen: es kann keine Provokation sein, wenn eine friedliche Versammlung einen Tag lang zusammentritt mit dem alleinigen Zweck, einen Bundespräsidenten zu wählen. Wir beeinträchtigen niemanden in seinen Rechten, wir können deshalb auch niemanden provozieren.

Ob, wann und in welcher Weise wir hier in Berlin zusammentreten und unsere Rechte wahrnehmen, das entscheiden wir alleine danach: Dient es der Freiheit und dem Lebensrecht Berlins und der Berliner?

Daß wir guten Willens sind, haben Bundesregierung und Berliner Senat hinlänglich be-

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 69, Anhang, S. 1-9.

wiesen. Sie waren bereit zu Verhandlungen und zur Verständigung, die — ohne Preisgabe unseres Rechtes — Berlin und den Berlinern überzeugend und dauernd zugute gekommen wären. Meine Damen und Herren, wir tagen in Berlin aus selbstverständlicher Verbundenheit mit dieser Stadt und den Berlinern. Und wir sind hier schon wie in der Vergangenheit in vollem Einvernehmen mit den drei Westmächten.

Im Namen der Bundesversammlung danke ich den Regierungen von Großbritannien, Frankreich und der Vereinigten Staaten von Amerika dafür, daß sie die Sicherheit und die Freiheit Westberlins solidarisch gewährleisten.

(Beifall.)

Daß Berlin nicht alleine steht, ist vor wenigen Tagen sichtbar geworden durch den eindrucksvollen Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hier in Berlin und kurz zuvor durch die Anwesenheit des britischen Ministerpräsidenten Wilson.

Meine Damen und Herren! Diese 5. Bundesversammlung befindet sich auch nicht auf „fremdem Territorium“. Wenn andere das behaupten, so stellen sie sich damit nicht nur in Gegensatz zu den Vier-Mächte-Vereinbarungen, sondern auch in Gegensatz zum Selbstverständnis aller Deutschen. Berlin, die Hauptstadt Deutschlands, ist für *keinen* Deutschen „fremdes Territorium“.

(Beifall.)

Für die Bundesversammlung stelle ich fest: indem wir uns hier versammeln, wird weder der Status quo angetastet, noch werden neue Rechte in Anspruch genommen. Der **Vier-Mächte-Status Berlins** ist eine der Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Friedens, solange die Deutschlandfrage ungelöst ist. Wir respektieren diesen Status und wollen ihn nicht in Frage stellen. Verletzt wird er nur im anderen Teil dieser Stadt.

In Berlin befindet sich keine Bundeswehreinheit. Hier gilt kein Wehrdienstgesetz der Bundesrepublik. Kein Berliner unterliegt der Wehrpflicht in der Bundeswehr. Demgegenüber müssen im anderen Teile dieser Stadt auch Berliner Dienst in der „Nationalen Volksarmee“ tun. Viele Einheiten und Verbände dieser Armee befinden sich entgegen dem Vier-Mächte-Status in Berlin und werden offen bei Militärparaden präsentiert. Die Mauer, die Berlin teilt, wird von dieser „Nationalen Volksarmee“ bewacht.

Jedermann weiß auch, daß in Westberlin keine Rüstungsgüter hergestellt werden. Wer etwas anderes behauptet, sucht nach Vorwänden, um die wirtschaftlichen Bindungen Westberlins zur Bundesrepublik Deutschland zu stören. Diese aber sind unerlässlich für die Lebensfähigkeit dieser Stadt, deren innerer Kreislauf unterbrochen ist. Die Bevölkerung Westberlins sieht in der Zugehörigkeit zum Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik Deutschland unter dem Schutze unserer Verbündeten die einzige Garantie für ihre Freiheit und ihre Zukunft.

Meine Damen und Herren, die Bundesversammlung ist ein Gremium frei gewählter Abgeordneter zur Wahl des neuen Bundespräsidenten. Sie bedroht nicht den Frieden. Der Friede in Europa wird vielmehr durch die seit mehr als zwei Jahrzehnten bestehenden Spannungen zwischen Ost und West gefährdet, die in dieser geteilten Stadt besonders sichtbar sind.

Der Weg zum Frieden in ganz Europa ist auch versperrt, weil Deutsche nicht frei sagen und entscheiden dürfen, in welcher Staats- und Gesellschaftsform sie leben wollen. Deshalb ist Berlin ein Prüfstein dafür, ob die Welt unter der furchtbaren Drohung des Atomkrieges beginnt, gründlicher und konsequenter als bisher über den Frieden nachzudenken und — mehr als das — auch für ihn zu handeln.

Die 5. Bundesversammlung will mit ihrer Anwesenheit im geteilten Berlin zum Ausdruck bringen, daß sie sich zum Frieden, zur Freiheit und zum Recht für alle Menschen in der ganzen Welt bekennt.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Nach Art. 54 Abs. 3 des Grundgesetzes besteht die Bundesversammlung aus den 518 Mitgliedern des Bundestages und aus einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Die Bundesversammlung besteht also insgesamt aus 1036 Mitgliedern. Es entsenden die Länder:

Baden-Württemberg	75	Mitglieder,
Bayern	89	Mitglieder,
Berlin	18	Mitglieder,
Bremen	6	Mitglieder,
Hamburg	16	Mitglieder,
Hessen	46	Mitglieder,
Niedersachsen	60	Mitglieder,
Nordrhein-Westfalen	145	Mitglieder,
Rheinland-Pfalz	31	Mitglieder,
Saarland	10	Mitglieder,
Schleswig-Holstein	22	Mitglieder.

Ich stelle fest, daß die Parlamente der Bundesländer ihre in die Bundesversammlung entsandten Mitglieder ordnungsgemäß gewählt und bekanntgemacht haben.

Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes bestimmt, daß zum Bundespräsidenten gewählt ist, wer in einem der beiden ersten Wahlgänge die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält oder wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Demnach muß in einem der beiden Wahlgänge, im ersten und notfalls im zweiten Wahlgang, einer der Bewerber mindestens 519 Stimmen auf sich vereinigen, um gewählt zu sein. Bei dieser Wahl haben die **Mitglieder des Landes Berlin** volles Stimmrecht. Es gibt keinerlei neue Argumente, die die in der Bundesversammlung am 1. Juli 1959 gegebene Begründung in Frage stellen könnten.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur **Konstituierung der Bundesversammlung**. Der § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten vom 25. April 1959 bestimmt:

Der Präsident des Bundestages leitet die Sitzungen und Geschäfte der Bundesversammlung. Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Ich schlage vor, es bei der Anwendung der Geschäftsordnung des Bundestages zu belassen. Ich nehme an, daß das Haus mit dieser Regelung einverstanden ist. — Ich höre keinen Widerspruch; dann ist so beschlossen.

§ 49 der Geschäftsordnung des Bundestages bestimmt:

Der Bundestag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Sitzungssaal anwesend sind.

Meine Damen und Herren, es kann nicht bezweifelt werden, daß offensichtlich weit mehr als die Hälfte der Bundesversammlung hier im Sitzungssaal anwesend ist. Die Bundesversammlung ist somit beschlußfähig.

Ich schlage nun vor, 15 **Schriftführer** zu wählen, und zwar jene Schriftführer, die auch im Deutschen Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Dies sind die Abgeordneten Berger, Berlin, Büttner, Folger, Frau Geisendörfer, Frau Griesinger, Josten, Frau Krappe, Kühn (Hildesheim), Lange, Marquardt, Frau Meermann, Ruf, Dr. Rutschke und Varelmann. —

Es erhebt sich kein Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Ich bitte nunmehr den Herrn Bundestagsabgeordneten Berlin und die Bundestagsabgeordnete Frau Griesinger hier oben zu beiden Seiten des Präsidenten Platz zu nehmen, Frau Griesinger zu meiner Rechten, Herr Berlin zu meiner Linken.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Bundesversammlung konstituiert.

§ 9 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt:

Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Präsidenten des Bundestages schriftlich einreichen. Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Die Wahlvorschläge dürfen nur die zur Bezeichnung des Vorgeschlagenen erforderlichen Angaben enthalten; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen ist beizufügen.

Ich werde die Briefe verlesen und darf darauf aufmerksam machen, daß auf Grund der Geschäftsordnung des Bundestages Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen seitens der Gäste auf den Tribünen nicht gestattet sind.

Meine Damen und Herren, von der Fraktion der CDU/CSU ist der Bundesminister **Dr. Gerhard Schröder** vorgeschlagen, von der Fraktion der SPD der Bundesminister **Dr. Gustav Heinemann**. Weitere schriftliche Vorschläge liegen mir nicht vor. Ich stelle also fest, daß im ersten Wahlgang nur diese beiden Kandidaten gewählt werden können.

Ich muß zunächst die Briefe meinen Schriftführern im Vorstand zeigen, damit sie sich von der ordnungsgemäßen Vorlage der schriftlichen Vorschläge und der Zustimmungserklärungen überzeugen können.

(Geschieht.)

Der Sitzungsvorstand stellt also fest, daß die beiden Genannten, Herr Bundesminister Dr. Schröder für die CDU/CSU und Herr Bundesminister Dr. Heinemann für die SPD, ordnungsgemäß vorgeschlagen wurden.

Ich stelle zum **Abstimmungsverfahren** kurz folgendes fest. Nach § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten wird mit

verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt. § 54 a der Geschäftsordnung bestimmt, daß in diesem Fall die Wahl geheim stattfindet. Er bestimmt weiter, daß die Stimmzettel erst vor Betreten der Wahlzelle ausgehändigt werden. Die aufgestellten Wahlzellen sind bei der Stimmabgabe zu benutzen. Die gekennzeichneten Stimmzettel sind in einem Wahlumschlag in die dafür vorgesehenen Wahlurnen zu legen. § 52 Abs. 6 Buchstabe a der Bundeswahlordnung gilt — so steht es in der Geschäftsordnung des Bundestages — entsprechend. Das heißt, ein Wahlmann muß zurückgewiesen werden, wenn er seinen Stimmzettel außerhalb der Wahlzelle gekennzeichnet oder außerhalb der Wahlzelle in den Wahlumschlag gelegt hat.

Meine Damen und Herren, zur Erleichterung des Abstimmungs- und des Auszählverfahrens habe ich Stimmkarten mit den Namen der vorgeschlagenen Kandidaten drucken lassen. Sie erhalten diese Stimmkarten an dem von Ihnen aus gesehen rechts befindlichen Tisch vor den Kabinen. Sie begeben sich mit dieser Stimmkarte gegen Vorlage Ihres Wahlausweises, eines weißen Wahlausweises für den ersten Wahlgang, den Sie in Ihren Unterlagen bekommen haben, bitte in die Wahlzelle, kreuzen den Namen des Kandidaten Ihrer Wahl an und legen den Stimmzettel in den Wahlumschlag. Wer sich der Stimme enthalten will, kann dies dadurch zum Ausdruck bringen, daß er keinen der beiden Namen ankreuzt. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, meine Damen und Herren, daß die Kennzeichnung der Stimmkarten oder das Einlegen der Stimmkarten in den Wahlumschlag außerhalb der Wahlzelle zur Zurückweisung des Wahlmannes führt. Er verliert damit allerdings nicht das Recht, seine Stimmabgabe vorschriftsmäßig zu wiederholen. Dagegen macht die Verwendung anderer als der amtlichen Stimmkarten die Stimme unweigerlich ungültig. Das gleiche gilt, wenn eine Stimmkarte den Namen eines nicht vorgeschlagenen Kandida-

ten oder sonstige Zusätze enthält. Von der Wahlzelle dort drüben begeben Sie sich bitte zur Wahlurne — die gläserne Urne steht hier vor Ihnen für alle sichtbar —, werfen nach Nennung Ihres Namens und Abgabe des Wahlausweises — des weißen Wahlausweises — Ihre Stimmkarte in die Urne. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Abgabe des Wahlausweises an die Stelle der Eintragung in die sonst übliche Anwesenheitsliste tritt. Die Abgabe des Wahlausweises darf also nicht vergessen werden, weil nur dadurch Ihre Anwesenheit nachgewiesen wird.

Die Schriftführer zu meiner Rechten und zu meiner Linken werden nunmehr die Namen nach dem Alphabet aufrufen. Ich bitte Sie, den Namensaufruf an Hand der Mitgliederliste, die Ihnen vorliegt, zu verfolgen und sich rechtzeitig zur Entgegennahme Ihrer Stimmkarten hierher nach vorn zu begeben. Mit Ausnahme der ersten Reihe sitzen in den einzelnen Fraktionsblocks alle Abgeordneten nach dem Alphabet. Die im Nachtrag zur Mitgliederliste aufgeführten Mitglieder der Bundesversammlung und die diensttuenden Schriftführer werden zum Schluß aufgerufen. Ich selbst werde als letzter die Stimme abgeben.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, die den Dienst an der Wahlurne übernommen haben, ihren Platz einzunehmen. Darf ich fragen, ob alle Plätze durch die Schriftführer eingenommen worden sind. — Wie ist es bei der Stimmkartenausgabe? — Die Plätze bei der Wahlurne sind besetzt.

Meine verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen, bevor ich jetzt beginne, noch folgendes bekanntmachen. Es findet keine Mittagspause statt. Sollte ein zweiter Wahlgang erforderlich werden, schließt er sich unmittelbar an den ersten an. Wer seine Stimmkarte im ersten Wahlgang abgegeben hat, möge den gelben Wahlausweis und bei einem eventuellen dritten Wahlgang den grünen Wahlausweis im Tagungsbüro in seinem Fach abholen.

Darf ich fragen, ob im Saal noch ein Wahlmann seine Unterlagen, nämlich den Wahlausweis, nicht hat. — Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann eröffne ich hiermit den Wahlgang und bitte, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

(Namensaufruf.)

Ich bitte nunmehr den Herrn Vizepräsidenten Schoettle, den Vorsitz so lange zu übernehmen, bis ich als letzter abgestimmt habe.

(Vorsitz: Vizepräsident Schoettle.)

Vizepräsident Schoettle: Meine Damen und Herren! Der Namensaufruf ist beendet. Ich frage, ob noch Mitglieder der Bundesversammlung im Saale sind, die ihre Stimmkarte nicht abgegeben haben. — Sind Mitglieder der Bundesversammlung im Saal, die nicht aufgerufen worden sind? — Das ist offenbar nicht der Fall.

Haben alle Damen und Herren Schriftführer ihre Stimmkarten abgegeben?

(Zurufe: Nein!)

Ich frage noch einmal, ob Mitglieder der Bundesversammlung im Saale sind, die ihre Stimmkarte noch nicht abgegeben haben.

(Zurufe: Ja!)

Sind jetzt noch Mitglieder der Bundesversammlung im Saal, die ihre Stimmkarte nicht abgegeben haben? — Das ist offenbar nicht der Fall. Die Wahl ist geschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Sitzung wird während der Auszählung nicht unterbrochen. Es steht den Mitgliedern der Bundesversammlung frei, inzwischen den Sitzungssaal zu verlassen. Ich bitte jedoch, dafür zu sorgen, daß immer Vertreter der Fraktionen im Saal anwesend sind.

Noch ein Hinweis: Der Zählstisch muß frei bleiben. Ich bitte die Saaldiener, den Zählstisch abzusperren.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Wer den Wahlausweis für einen möglichen zweiten oder dritten Wahlgang noch nicht abgeholt hat, muß ihn inzwischen seinem Postfach entnehmen. Die Postfächer befinden sich in den Räumen jenseits des Foyers.

(Vorsitz: Präsident von Hassel.)

Präsident von Hassel: Meine Damen und Herren! Ich gebe das vorläufige Ergebnis der ersten Abstimmung bekannt. Insgesamt sind 1021 Stimmen abgegeben worden. Für den Kandidaten Dr. Heinemann sind 514 Stimmen, für den Kandidaten Dr. Schröder 499 Stimmen abgegeben worden. Enthalten haben sich 6 Mitglieder. 2 Stimmen sind ungültig.

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, d. h. wer mindestens 519 Stimmen auf sich vereinigt.

Ich stelle fest, daß keiner der vorgeschlagenen Kandidaten diese Mehrheit erreicht hat.

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes muß nunmehr ein **zweiter Wahlgang** stattfinden. Auch in diesem zweiten Wahlgang ist nur gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der Mitglieder der Bundesversammlung, d. h. mindestens 519 Stimmen, auf sich vereinigt.

Nach § 9 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten können für den zweiten Wahlgang neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Meine Damen und Herren, ich lege diesen Satz so aus, daß im zweiten Wahlgang die Wahlvorschläge, die für den ersten Wahlgang gemacht worden sind, aufrechterhalten bleiben, soweit sie nicht zurückgezogen werden, und daß zusätzlich dazu neue Vorschläge gemacht werden könnten.

Darf ich die Frage stellen, ob neue Wahlvorschläge eingereicht werden. — Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß keine neuen Vor-

schläge eingereicht sind. Für den zweiten Wahlgang gelten daher die Vorschläge, die für den ersten Wahlgang eingereicht wurden. Somit können im zweiten Wahlgang gewählt werden die Herren Bundesminister Dr. Heinemann und Bundesminister Dr. Schröder.

Ich stelle zunächst die Frage, ob jeder von Ihnen in der Zwischenzeit im Tagungsbüro den gelben Wahlausweis abgeholt hat.

(Zurufe: Nein!)

— Ich habe mehrfach, vor dem ersten Wahlgang und zum Schluß des ersten Wahlganges, darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahlausweise drüben im Tagungsbüro abgeholt werden können. Ich darf Sie bitten, vorsorglich gleich beide Wahlausweise, nämlich den gelben für den zweiten Wahlgang und den grünen für einen etwaigen dritten Wahlgang, abzuholen. Sie erhalten die Wahlausweise in der Postverteilungsstelle. Ich unterbreche für ein paar Minuten. —

Darf ich im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens darum bitten, daß sich die Mitglieder der Bundesversammlung, deren Name mit den Buchstaben A und B beginnt, schon hinsetzen, damit feststellbar ist, ob wir mit der Wahl beginnen können. — Die Schriftführer Josten und Folger werden gebeten, ihre Plätze einzunehmen.

Meine Damen und Herren, wir fahren in unserer Wahlhandlung fort. Sie haben inzwischen zwei neue Wahlausweise bekommen. Gegen Vorzeigen des gelben Wahlausweises erhalten Sie eine gelbe Stimmkarte, und zwar wie beim ersten Wahlgang drüben an den Tischen neben den Wahlzellen. Dort wird Ihnen die gelbe Stimmkarte mit den Namen der beiden vorgeschlagenen Kandidaten ausgehändigt.

Auch für diesen Wahlgang gilt Abs. 3 Satz 2 des § 9 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten:

Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten, sind ungültig.

Sie müssen ein Kreuz machen und dürfen nicht einen der Namen durchstreichen.

Außerdem gilt wie im ersten Wahlgang, daß mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt werden muß. Die Verwendung anderer Stimmzettel macht die Stimmen unweigerlich ungültig. Ein Stimmzettel ist ferner ungültig, wenn er etwas anderes als die Bezeichnung eines der vorgeschlagenen Kandidaten enthält.

Ich weise noch einmal darauf hin, daß nach § 54 a der Geschäftsordnung des Bundestages die Stimmzettel erst vor dem Betreten der Wahlzelle drüben ausgehändigt werden dürfen, daß die Zeichnung in der Wahlzelle vollzogen wird und daß der Stimmzettel in den Umschlag gelegt wird. Die Schriftführer haben mich gebeten, darauf hinzuweisen, daß man den Briefumschlag nicht zukleben solle. Sonst ergibt sich nachher beim Auszählen sehr viel mehr Arbeit. Ich habe den Eindruck, daß die Abgeordneten, die keine Sekretärin haben, gewöhnt sind, Briefumschläge selber zuzukleben.

Ein Wahlmann, meine Damen und Herren, muß zurückgewiesen werden, wenn er seinen Stimmzettel außerhalb der Wahlzelle gekennzeichnet oder außerhalb der Wahlzelle in den Umschlag gelegt hat.

Darf ich jetzt fragen, ob jeder der Wahlmänner in den ersten Reihen seinen gelben Wahlausweis bekommen hat. — Ich darf bitten, daß die Schriftführer die Plätze an der Urne und an der Stimmzettelausgabe einnehmen. — Das ist geschehen.

Ich eröffne hiermit den zweiten Wahlgang und bitte die Schriftführerin zu meiner Rechten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf. — Während des Namensaufrufs übernimmt Vizepräsident Dr. Jaeger vorübergehend den Vorsitz.)

Darf ich bitten, daß jetzt die Damen und Herren Schriftführer und der bis jetzt amtierende Vizepräsident Dr. Jaeger ihre Stimme abgeben.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Jaeger.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Meine Damen und Herren! Der Namensaufruf ist beendet. Ich frage, ob noch Mitglieder der Bundesversammlung im Saal sind, die ihre Stimmkarte nicht abgegeben haben. Wenn das der Fall ist, bitte ich Sie, sich nach vorn zu begeben und ihre Stimmkarte abzugeben. Haben sich insbesondere alle Schriftführer gemeldet? — Das ist der Fall.

Ich frage noch einmal, ob Mitglieder der Bundesversammlung im Saal sind, die ihre Stimmkarte noch nicht abgegeben haben. Ich frage zum dritten und letzten Mal, ob Mitglieder der Bundesversammlung anwesend sind, die ihre Stimme nicht abgegeben haben. — Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Damit haben alle anwesenden Mitglieder der Bundesversammlung von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die eingeteilten Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Die Sitzung wird während der Auszählung nicht unterbrochen. Es steht den Mitgliedern der Bundesversammlung frei, den Sitzungssaal zu verlassen. Ich bitte jedoch, dafür zu sorgen, daß Vertreter jeder Fraktion im Sitzungssaal anwesend sind.

(Vorsitz: Präsident von Hassel.)

Präsident von Hassel: Meine Damen und Herren, ich muß zunächst bekanntgeben, daß das vorhin hier vorgetragene Ergebnis des ersten Wahlganges durch Mitarbeiter von mir nachgezählt worden ist. Dabei hat sich ein neues Ergebnis herausgestellt.

(Hört! Hört!)

Von 1023 abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang sind für den Kandidaten Dr. Heinemann 514 Stimmen und für den Kandidaten Dr. Schröder 501 Stimmen abgegeben worden. Enthaltene haben sich 5 Mitglieder. 3 Stimmen waren ungültig.

Sie werden Verständnis dafür haben, daß nach diesen Erfahrungen der Präsident das Ergebnis des zweiten Wahlganges durch seine Mitarbeiter noch einmal nachprüfen läßt, da nur eine geringe Differenz vorhanden ist. Es wird aber auf alle Fälle zu einem dritten Wahlgang kommen. Ich darf Sie um Verständnis dafür bitten, daß ich nachzählen lasse.

Unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gebe ich das vorläufige Ergebnis des zweiten Wahlganges bekannt, aber ich darf ausdrücklich sagen, vorbehaltlich der Nachzählung. Danach sind abgegeben worden 1023 Stimmen. Auf Herrn Dr. Heinemann entfielen 511 Stimmen, auf Herrn Dr. Schröder 507 Stimmen. Stimmenthaltungen 5, ungültig keine Stimme. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Nachzählung einen Augenblick. Ich darf Sie bitten, Platz zu behalten. —

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ergebnis ist, wie vorhin vorgetragen, 1023 abgegebene Stimmen, für Herrn Dr. Heinemann 511 Stimmen, für Herrn Dr. Schröder 507 Stimmen, Stimmenthaltungen 5. Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, also mindestens 519 Stimmen. Ich stelle fest, daß auch im zweiten Wahlgang keiner der vorgeschlagenen Kandidaten diese Mehrheit erreicht hat.

Daher muß nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ein dritter Wahlgang stattfinden. Im dritten Wahlgang ist der Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

Auch in diesem Wahlgang können nach § 9 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Hierfür gelten dann die gleichen Bestimmungen wie für den ersten und

den zweiten Wahlgang. Ich stelle die Frage, ob neue Vorschläge eingereicht werden. — Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß für den dritten Wahlgang die Vorschläge des ersten und zweiten Wahlganges gelten. Sonach können im dritten Wahlgang nur die Herren Bundesminister Dr. Heinemann und Bundesminister Dr. Schröder gewählt werden.

Für diesen Wahlgang gilt die gleiche Wahlordnung wie für die vorangegangenen Wahlgänge. Die Mitglieder der Bundesversammlung erhalten nun für den dritten Wahlgang einen neuen, grünen Ausweis, den Sie inzwischen abgeholt haben. Darf ich fragen, ob jemand den grünen Ausweis noch nicht besitzt. — Alle Wahlmänner scheinen im Besitz dieses grünen Wahlausweises zu sein. Der Vorgang ist genauso wie vorher: Sie gehen dort drüben nach rechts, bekommen dort den Stimmschein, gehen durch die Gardine in die Wahlzelle, um dann hier mit dem grünen Wahlausweis die Stimmkarte abzugeben.

Meine Damen und Herren, ich bin von mehreren Seiten gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß auch ein dritter Wahlgang möglicherweise keine Entscheidung bringt. Das heißt, daß nachher bei Stimmgleichheit nicht das Los gezogen wird, sondern sich ein vierter Wahlgang anschließt. Ich bitte daher, darauf zu achten, daß niemand vor Bekanntgabe des Ergebnisses dieses dritten Wahlganges aus Berlin wegfiegt oder auch nur die Ostpreußenhalle verläßt. Ich darf vielleicht bitten, daß Sie draußen in den Wandelhallen — vor allen Dingen jene Wahlmänner, die jetzt noch nicht aufgerufen werden, weil sie im Alphabet hinten anstehen — diese Mitteilung bekanntgeben. Ich wiederhole, bei Stimmgleichheit im dritten Wahlgang wird sich ein vierter Wahlgang anschließen.

Ich darf fragen, ob die Schriftführer ihre Plätze eingenommen haben. — Ich eröffne nun den dritten Wahlgang und bitte die Schriftführerin zu meiner Rechten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf. — Während des Namensaufrufs übernimmt Vizepräsident Dr. Mommer vorübergehend den Vorsitz.)

Darf ich bitten, daß, bevor die Schriftführer ihre Stimme abgeben, Herr Vizepräsident Dr. Mommer seine Stimme abgibt und mich danach wieder ablöst, damit ich meine Stimme abgeben kann.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Mommer.)

Vizepräsident Dr. Mommer: Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob Mitglieder der Bundesversammlung im Saale sind, die ihre Stimmkarte noch nicht abgegeben haben. — Darf ich fragen, ob die Damen und Herren Schriftführer ihre Stimmkarte abgegeben haben. — Das ist jetzt der Fall. Ich frage noch einmal, ob ein Stimmberechtigter seine Stimmkarte noch nicht abgegeben hat. — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich diesen Wahlgang.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung der Stimmen zu beginnen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

(Vorsitz: Präsident von Hassel.)

Präsident von Hassel: Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis des dritten Wahlgangs bekannt. Es sind abgegeben worden 1023 Stimmen. Für den Kandidaten Dr. Heinemann sind 512 Stimmen abgegeben worden, für den Kandidaten Dr. Schröder 506. Es haben sich enthalten 5 Mitglieder; ungültig ist keine Stimme.

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Nach dem soeben bekanntgegebenen Ergebnis hat Herr Bundesminister Dr. Heinemann die meisten Stimmen erhalten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der FDP. — Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Herr Dr. Heinemann ist somit zum dritten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Nach § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten teile ich dem hier im Saal anwesenden Gewählten die Wahl mit und fordere ihn auf, binnen zwei Tagen zu erklären — so sieht es das Gesetz vor —, ob er die Wahl annimmt. Herr Dr. Heinemann, wenn Sie bereit sind, schon heute zu erklären, daß Sie die Wahl annehmen, so bitte ich Sie, sich hierher zu mir zu begeben. — Herr Dr. Heinemann, nehmen Sie die Wahl zum Präsidenten der Bundesrepublik an?

Dr. Dr. Heinemann, Bundesminister der Justiz: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der FDP. — Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Präsident von Hassel: Ich darf Ihnen, Herr Bundesminister Dr. Heinemann, zu Ihrer Wahl zum künftigen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland die aufrichtigen Glückwünsche der Bundesversammlung übermitteln.

(Beifall.)

Ich erteile das Wort Herrn Bundesminister Dr. Heinemann.

Dr. Dr. Heinemann, Bundesminister der Justiz: Ich möchte all denen, die mich gewählt haben, für das Vertrauen danken, das sie mir entgegenbringen. Denen, die eine andere Wahlentscheidung getroffen haben, bekunde ich meinen vollen Respekt. Ich hoffe, daß es auch mit ihnen zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit bei der Gemeinsamkeit der Aufgaben, die uns allen gestellt sind, kommt. Gerne möchte ich zu diesem bewegenden, auch mich persönlich bewegenden Vorgang noch etliches sagen. Aber das ist jetzt nicht angebracht. Das muß auf den Zeitpunkt zurückgestellt werden, da der Amtswechsel stattfindet.

Ich danke Ihnen und grüße alle deutschen Bürger.

(Beifall bei der SPD und bei der
FDP sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU.)

Präsident von Hassel: Meine Damen und Herren, es bleibt mir noch ein vierfacher **Dank** zu sagen. Ich danke den Mitgliedern des Bundestages, die als Schriftführer die anstrengende Arbeit leisteten,

(Beifall)

und bitte ein wenig auch um Entschuldigung, daß ich vorhin im Zusammenhang mit der Auszählung nach der ersten Abstimmung ein bißchen grob zu ihnen war.

Ich danke im Namen aller den Dienststellen des Senats in Berlin für die tatkräftige Hilfe.

(Beifall.)

Im besonderen gilt der Dank den Angehörigen der Berliner Polizei.

(Lebhafter Beifall.)

Selbstlos und unermüdlich haben sie den reibungslosen Ablauf der Bundesversammlung sichergestellt.

Ich danke ferner in Ihrem Namen all denen, die für den technischen Ablauf der Bundesversammlung gesorgt haben,

(Beifall)

und sage einen besonderen Dank der Presse, die den heutigen Tag und die Tage vorher begleitet hat. Vor allem danke ich in Ihrer aller Namen den Fernseh- und den Rundfunkanstalten, ihren Redakteuren und Technikern dafür, daß sie vom frühen Morgen bis in diese frühen Abendstunden hinein den gesamten Ablauf der Bundesversammlung übertragen haben.

(Beifall.)

So konnten alle Deutschen die Wahl des neuen Bundespräsidenten verfolgen.

Die Bundesversammlung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 18.30 Uhr.)

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1969

Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten D. Dr. Dr. Heinemann

Deutscher Bundestag, 245. Sitzung, zugleich 341. Sitzung des Bundesrates, Bonn, den 1. Juli 1969¹⁾
(Auszug)

Präsident von Hassel: [...]

Herr Bundespräsident, die Bundesversammlung hat Sie nach den Vorschriften des Grundgesetzes am 5. März des Jahres 1969 in Berlin zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Sie haben vor der Bundesversammlung die Annahme der Wahl erklärt.

Ich bitte Sie, sich zur

Eidesleistung

neben mich zu stellen.

Herr Bundespräsident, ich übergebe Ihnen die Urschrift des Grundgesetzes zur Eidesleistung.

D. Dr. Dr. Heinemann, Bundespräsident: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident von Hassel: Ich stelle fest, daß Herr Dr. Gustav Heinemann nach Artikel 56 unseres Grundgesetzes den vorgeschriebenen Amtseid geleistet hat. Herr Bundespräsident, Gottes Segen und unser aller Wille begleiten Sie in Ihrem Amte.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Das Wort hat der Herr Bundespräsident.

D. Dr. Dr. Heinemann, Bundespräsident: Meine Herren Präsidenten! Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Mit dem hier geleisteten Eid trete ich in die Verantwortung des Amtes ein, für das mich die Bundesversammlung am 5. März gewählt hat.

Zunächst danke ich Ihnen, Herr Bundestagspräsident, für die Begrüßung und die guten Wünsche dieser Versammlung zu meinem heutigen Amtsantritt sowie Ihnen, Herr Dr. Lübke, für die überaus freundliche und hilfreiche Art, mit der Sie Ihr Amt auf mich überleiten.

Ich wiederhole, was ich damals in Berlin gesagt habe: ich danke allen, die mich gewählt haben, für das Vertrauen, das sie mir schenken. Ich respektiere, daß etliche eine andere Wahlentscheidung getroffen haben, in vollem Maße. Ich hoffe — so sagte ich am 5. März —, daß es auch mit ihnen zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit über die Gemeinsamkeit der uns gestellten Aufgaben kommt.

Als Bundespräsident habe ich keine Regierungserklärung abzugeben. Ich bin aus der Bundesregierung und aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden; ich habe alle Funktionen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands niedergelegt. Nach dem Willen des Grundgesetzes stehe ich fortan denen zur Seite, die die politischen Entscheidungen zu vollziehen und zu verantworten haben. Wohl aber steht dem Bundespräsidenten gerade in dieser Stunde ein **persönliches Wort** zu.

Meine Damen und Herren, ich trete das Amt in einer Zeit an, in der die Welt in höchsten **Widersprüchlichkeiten** lebt. Der Mensch ist im Begriff, den Mond zu betreten, und hat doch immer noch diese Erde aus Krieg und Hunger und Unrecht nicht herausgeführt. Der Mensch will mündiger sein als je zuvor und weiß doch auf eine Fülle von Fragen keine Antwort. Unsicherheit und Resignation mischen sich mit der Hoffnung auf bessere Ordnungen. Wird solche Hoffnung endlich erfüllt werden? Das ist eine Frage an uns alle, zu-

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 70, S. 13661 ff.

mal an uns hier, die wir kraft der uns erteilten Mandate Verantwortung für unsere Mitbürger tragen.

Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem **Frieden** zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.

24 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg stehen wir immer noch vor der Aufgabe, uns auch mit den östlichen Nachbarn zu verständigen. Das allseitige Gespräch über einen gesicherten Frieden in ganz Europa ist fällig und muß kommen. Mit dem deutschen Volk, dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung weiß ich mich einig in dem Willen zum Frieden. Ich appelliere an die Verantwortlichen in den Blöcken und an die Mächte, ihre Zuversicht auf Sicherheit nicht im Wettlauf der Rüstungen, sondern in der Begegnung zu gemeinsamer **Abrüstung** und Rüstungsbegrenzung zu suchen.

(Beifall.)

Abrüstung erfordert Vertrauen. Vertrauen kann nicht befohlen werden: und doch ist auch richtig, daß Vertrauen nur der erwirbt, der Vertrauen zu schenken bereit ist.

Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben unserer Politik, **Vertrauen** aufzuschließen. Dieser Aufgabe sind alle Machtmittel unterzuordnen — die zivilen und die militärischen.

Auch die **Bundeswehr** ist nicht Selbstzweck. Wir wissen, daß sie keine politischen Lösungen zu erzwingen vermöchte. Ihr Auftrag ist, zu verhindern, daß uns Gewaltlösungen von fremder Seite aufgezwungen werden. Darum setzen wir unsere Verteidigungsanstrengung fort. Darum gilt unsere Achtung allen denen, die sich dieser Aufgabe unterziehen.

(Beifall.)

Ich möchte alles, was ich tun kann, in den Dienst der Bemühungen um eine **Friedensrege-**

lung stellen, die unser ganzes Volk einschließt. Auf dem weiten Weg bis zu diesem Ziel gilt es, die Lebensverbundenheit der Menschen unseres Volkes zu stärken und zu verbessern.

Hilfreich wäre es, wenn auch wir der **Friedensforschung**, das heißt einer wissenschaftlichen Ermittlung nicht nur der militärischen Zusammenhänge zwischen Rüstung, Abrüstung und Friedenssicherung, sondern zwischen allen Faktoren, also z. B. auch den sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen, die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden würden.

Bei alledem geht es nicht nur um den Ost-West-Konflikt, sondern in steigendem Maße auch um den Nord-Süd-Konflikt. **Hunger und Elend in der Welt** rufen nach Hilfe. Die Industrienationen in allen Lagern dürfen sich dieser Hilfe nicht entziehen. Ich bin meinem Amtsvorgänger Herrn Dr. Lübke, dem wir alle und auch ich für vieles Dank schulden, besonders dankbar dafür, daß er uns diese Verpflichtung immer wieder — auch heute — ins Bewußtsein gerückt hat.

(Beifall.)

Unser Volk kann aus seiner Geschichte vieles aufweisen, was uns mit Freude und Selbstbewußtsein zu erfüllen vermag. Es ist nicht wenig, was wir zur Bereicherung der Menschheit beigetragen haben. Aber unter Mißbrauch des Namens unseres Volkes ist auch das Unheil des Zweiten Weltkrieges entfesselt worden. Nur wenn wir uns selber nicht aus der Frage entlassen, wie es zu dem schreckensvollen Kapitel des Nationalsozialismus kommen konnte, werden andere Völker dieses Kapitel nicht länger gegen uns hervorkehren können.

Diese **Vergangenheit** darf auch um derer willen nicht wiederkehren, die neben den Millionen Juden und den weiteren Millionen Kriegstoten in aller Welt aus unserem eigenen Volk zu den Opfern des nationalsozialistischen Terrors, des Krieges und schließlich der Vertreibung von Haus und Hof gehören. Als 1945 der Krieg endlich zu Ende war, als sich nach ei-

nem Wort von Theodor Heuss damals die Paradoxie ereignete, daß wir gleichzeitig erlöst und vernichtet waren, sollte das Geschehene zum Anlaß einer Erneuerung werden.

Auch nach allem materiellen Wiederaufbau und über allem fortschreitenden Generationswechsel hinweg bleibt die Aufhellung unserer eigenen Geschichte um unserer Zukunft willen geboten.

Meine Damen und Herren, wir stehen erst im Anfang der ersten wirklich freiheitlichen Periode unserer Geschichte. **Freiheitliche Demokratie** muß endlich das Lebenselement unserer Gesellschaft werden. Nur wenn das gelingt, begegnen wir der Widersprüchlichkeit unserer Zeit, die ich darin sehe, daß der Bereich dessen, was der einzelne gestalten kann, enger wird, zugleich aber die Selbstbestimmung des einzelnen Raum gewinnt. Was ich meine, ist dieses: In einem zuvor nie erlebten Tempo macht sich die Menschheit die Schöpfung bis in den Weltraum hinein Untertan. Der einzelne aber wird immer ohnmächtiger. Die Konzentration der Wirtschaft schreitet fort. Die ohnehin großen Bürokratien wachsen weiter. Was wird — so frage ich — aus dem freien Existenzraum der einzelnen? Ihr Anteil am Getriebe von Erzeugung und Verbrauch wird immer spurenloser, immer unpersönlicher, immer fremdbestimmter.

Ist es aber zugleich nicht auch so, daß wir eine neue Welle von Umbruch einer jahrhundertelangen **Fremdbestimmung des Menschen** in eine **verantwortliche Eigenbestimmung** erleben? Solcher Umbruch hat sich seit dem Ausgang des Mittelalters in verschiedenen Bereichen längst angebahnt. Er kommt aber jetzt in besonderer Breite und Intensität zu neuem Austrag.

Überall müssen **Autorität und Tradition** sich die Frage nach ihrer Rechtfertigung gefallen lassen. Weder die christlichen Kirchen mit ihren Glaubensaussagen und ihren Ordnungen noch der Staat mit seinen verfassungsmäßigen Organen wie etwa den Parlamenten noch Sitte

und Moral als solche oder in ihrem Verhältnis etwa zum Strafrecht oder zum Familienrecht noch die Sozialordnungen — zumal in den Bereichen von Ehe und Familie, des Eigentums oder der Arbeit — sind heute von bohrenden kritischen Fragen ausgenommen.

Generell wird man sagen müssen, daß ein Drang nach Freiheit von alten Bindungen und nach Mitbestimmung in allen Gemeinschaftsverhältnissen unsere Zeit erfüllt. Es geht um den Dialog, es geht um die Durchsichtigkeit der Geschehnisse und der Entscheidungen. Sind wir — so frage ich — bereit, dem Rechnung zu tragen? Ich meine, wir sind in der Lage, die große Wandlung aus obrigkeitlicher Fürsorge in Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu bestehen, ohne daß unser Zusammenleben aus den Fugen gerät.

Es kommt ja hinzu, daß der Mensch sich nicht nur in seiner Arbeit und in seinem Verbrauch einer Fremdbestimmung ausgeliefert sieht, sondern daß er auch als Staatsbürger einen realen Anteil an demokratischer Mitbestimmung fordert. In den Massengesellschaften der Industriestaaten kann es aber nur **repräsentative Demokratie** geben. Diese Bundesrepublik Deutschland ist daher bewußt als repräsentative Demokratie gestaltet. Ich halte ihre auf Menschenwürde und Menschenrecht begründete Ordnung als Grundlage und Rahmen für die beste in unserer bisherigen Geschichte.

(Lebhafter Beifall.)

Diese Ordnung ist aber nicht fertig.

Alle ihre Orientierungsmerkmale, als da sind: freiheitliche Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, bedürfen im Staat und in der Gesellschaft der fortwährenden Bemühung um täglich bessere Verwirklichung durch den mündig mitbestimmenden Bürger.

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß manche das nicht hören wollen. Einige hängen immer noch am Obrigkeitsstaat. Er war lange genug unser Unglück und hat uns zuletzt in das Verhängnis des Dritten Reiches geführt. Ande-

re halten unsere heutige Ordnung für eine besonders raffinierte Ablenkung und Unterdrückung, der mit der „großen Weigerung“ begegnet werden müsse. Sie verhalten sich so, als ob sich das Reich Gottes auf Erden verwirklichen oder das verlorene Paradies wiederherstellen ließe.

Wir bleiben in diesem unseren Leben an die relative Utopie einer verbesserten Welt gewiesen, die vernünftigerweise allein das Leitbild unseres Handelns sein kann.

(Beifall.)

Das Geheimnis auch der großen und umwälzenden Aktionen besteht darin, den kleinen Schritt herauszufinden, der zugleich ein strategischer Schritt ist, indem er weitere Schritte in Richtung einer besseren Wirklichkeit nach sich zieht. Darum hilft es nicht, das Unvollkommene heutiger Wirklichkeit zu höhnen oder das Absolute als Tagesprogramm zu predigen. Laßt uns statt dessen durch Kritik und Mitarbeit die Verhältnisse Schritt für Schritt ändern!

Ich verstehe den Unwillen über alle Trägheit in der menschlichen Gesellschaft bis in die Kirchen hinein. Zeit lebens bin ich selber ein ungeduldiger Mensch gewesen. Ich bin es immer noch. Das mag übrigens der Grund dafür sein, daß ich zur Unpünktlichkeit neige und zu Verabredungen gerne zu früh komme.

(Heiterkeit.)

In dieser meiner eigenen Ungeduld verstehe ich sogar die radikalen Gruppen der **unruhigen Jugend**. Aber gerade sie kann ich aus meiner eigenen Ungeduld nur zur Verstärkung derer rufen, die den langen Marsch der Reformen bereits vor ihnen angetreten haben und fortzusetzen entschlossen sind.

(Beifall.)

Als ein besonderes Mittel des Umsturzes haben sich z. B. einige Gruppen der Jugend die Verunsicherung der Bundeswehr durch Dienstverweigerungen ausgedacht. Jedermann weiß, daß ich mich in den vergangenen Jahren bis in

meine Zeit als Bundesjustizminister im kirchlichen Bereich sowohl als auch hier im Bundestag für eine faire praktische Ausgestaltung des Grundrechtes der **Kriegsdienstverweigerung** aus religiösen oder ethischen Gewissensgründen eingesetzt habe. Deshalb beklage ich es sehr, wenn dieses Recht mißbraucht wird.

(Beifall.)

Jeden leichtfertigen Umgang mit den elementaren Freiheiten unserer Ordnung sollten sich gerade die oppositionellen Gruppen versagen, die ja selber des Schutzes dieser Freiheiten teilhaftig sein wollen und sein sollen.

(Beifall.)

In unserer Gesellschaft verfolgen vielerlei Gruppen unterschiedliche Ziele und Auffassungen, von denen jede Gruppe wünscht, daß alle Bürger sie sich zu eigen machen sollten. Diese Vielfalt kann beschwerlich sein. Im Rahmen der Wertordnung unseres Grundgesetzes darf sie gleichwohl nicht erstickt werden. Sie ist eine Bereicherung menschlicher Existenz.

Unsere **freiheitliche Ordnung eines weltanschaulich neutralen Staates** ist ein großes Angebot. Sie regelt das Abstimmbare der praktischen Gemeinschaftsfragen durch Mehrheitsentscheidungen. Demokratischer Umgang miteinander erfordert dabei die Bereitschaft zum Kompromiß. Die Fragen des Guten, des Schönen, der Wahrheit, des Glaubens aber verweisen unsere Ordnung als nicht abstimmbar auf den Weg des Dialogs und in die Obhut der Toleranz.

(Beifall.)

Ich habe kürzlich an ein Wort von Emerson erinnert:

Gott bietet jedem die Wahl zwischen Wahrheit und Schlaf. Nimm, was Du möchtest. Beides kannst Du nicht haben.

Meine Damen und Herren, anläßlich meiner Wahl sind mir aus allen Schichten und Berufen, zumal aus der jungen Generation, in großer Fülle Briefe zugegangen, die mit meinem

Amtsantritt hohe, viel zu hohe Erwartungen verbinden. Ich nehme die Erwartungen ernst. Soweit sie sich auf persönliche Anliegen beziehen, sind es Hilferufe aus vielfältigen Bedrängnissen des täglichen Lebens, aus Not und Krankheit, Wohnungssorge, Strafhaft, aus Einsamkeit und Unrechtserleben. Solche Nöte sind offensichtlich größer, als unsere Wohlstandsgesellschaft gemeinhin annimmt. Aus vielen Zuschriften spricht aber auch eine Angst vor der Zukunft, Sorge um den Arbeitsplatz, die Furcht vor dem Altwerden.

In den letzten 24 Jahren ist vieles erreicht und geleistet worden; doch die Leistungen von gestern werden morgen schon nicht mehr zählen. Sie haben auch gestern nicht allem Genüge getan und werden es morgen vollends nicht tun, wenn wir sie nicht steigern. Der soziale Wandel schreitet fort. Deshalb sind wir alle gerufen, die Forderungen des Grundgesetzes nach dem **Ausbau der sozialen Demokratie** in steigender Bemühung zu verwirklichen. Wir werden erkennen müssen, daß die Freiheit des einzelnen nicht nur vor der Gewalt des Staates, sondern ebenso sehr vor ökonomischer und gesellschaftlicher Macht geschützt werden muß. Der Einfluß der Verbände und ihrer Lobbyisten steht oft genug im Gegensatz zu unserer Ordnung, in der Privilegien von Rechts wegen abgeschafft sind, aber in der sozialen Wirklichkeit noch weiter bestehen.

Wir müssen uns in einer Leistungs-, Aufstiegs- und Bildungsgesellschaft entwickeln, in der die Vision der Freiheit für alle dadurch verwirklicht wird, daß jeder seine konkrete und persönliche Chance erhält. Nicht weniger, sondern mehr Demokratie — das ist die Forderung, das ist das große Ziel, dem wir uns alle und zumal die Jugend zu verschreiben haben.

Es gibt schwierige Vaterländer. Eines davon ist Deutschland. Aber es ist unser Vaterland. Hier leben und arbeiten wir. Darum wollen wir unseren Beitrag für die eine Menschheit mit diesem und durch dieses unser Land leisten.

In solchem Sinne grüße ich auch von dieser Stelle alle deutschen Bürger.

(Lebhafter Beifall.)

6. Bundesversammlung

15. Mai 1974

Übersicht

Zusammensetzung nach Parteien

CDU/CSU	501
SPD	470
FDP	65
insgesamt	1 036

Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder¹⁾

Baden-Württemberg	74
Bayern	91
Berlin	17
Bremen	6
Hamburg	15
Hessen	46
Niedersachsen	62
Nordrhein-Westfalen	143
Rheinland-Pfalz	32
Saarland	10
Schleswig-Holstein	22

¹⁾ Bekanntmachung der Bundesregierung vom 11. Februar 1979 (BGBl. I S. 180, Nr. 14 vom 16. Februar 1974)

Tagungsort und Tagungsstätte: Bonn, Beethovenhalle

Präsident der Bundesversammlung: Bundestagspräsidentin Frau Annemarie Renger

Wahlergebnis

	1. Wahlgang
Walter Scheel (gemeinsamer Vorschlag SPD und FDP)	530
Richard von Weizsäcker (Vorschlag CDU/CSU)	498
Enthaltungen	5
abgegebene Stimmen insgesamt	1 033

Gewählt: Walter Scheel im 1. Wahlgang mit 530 Stimmen²⁾

²⁾ erforderliche Mehrheit: mindestens 519 Stimmen

Amtszeit: 1. Juli 1974 bis 30. Juni 1979

Verzeichnis der Mitglieder

A

Dr. Abelein *
Dr. Achenbach *
Adams *
Dr. van Aerssen
Ahlers *
Dr. Ahrens *
Dr. Aigner *
Alber *
Albrecht
von Alten-Nordheim *
Dr. Althammer *
Amling *
Amrehn *
Anbuhl *
Dr. Antwerpes
Dr. Apel *
Arendt (Wattenscheid) *
Arndt (Frankfurt)
Arning
Dr. Arnold *
Dr. Artzinger *
Augstein *
Augustin
Auschill

B

Baack *
Frau Dr. Bachl
Bäuerle *
Bäumer
Bahr *
Baier *
Dr. Bangemann *
Barche *
Dr. Bardens *
Dr. Dr. Barschel
Barwig
Dr. Barzel *
Batz *

Bauer
Baum *
Baumann
Baumgarten
Dr. Bayerl *
Dr. Becher (Pullach) *
Dr. Becker
(Mönchengladbach) *
Becker (Nienberge) *
Frau Beckmann
Dr. Beermann *
Beham
Behles
Behrendt *
Dr. Behrendt (Berlin)
Beier (Ganderkesee)
Frau Benedix *
Benz *
Frau Berger (Berlin) *
Berger *
Frau Dr. Berghofer-Weichner
Dr. Bergmann
Bergner
Berkhan *
Bernhardt (Kiel)
Bernrath (Wevelingshoven)
Bessel
Bewerunge *
Biechele *
Dr. Biedenkopf
Biehle *
Biermann *
Dr. Dr. h. c. Birrenbach *
Dr. von Bismarck *
Blank *
Dr. Blüm *
Blumenfeld *
von Bockelberg *
Böckmann
Dr. Böddrich
Dr. Böger *
Böhm (Kandel)

Böhm (Melsungen) *
Dr. Böhme (Freiburg) *
Börner *
Börner (Hof)
Bohl
Bopp
Bork
Frau von Bothmer *
Braick
Dr. Brand (Lemgo)
Brandt *
Brandt (Gauting)
Brandt (Grolsheim) *
Brandt (Hamburg)
Dr. Branner
Dr. Brans
Braun *
Braun (Ludwigshafen)
Bredl *
Breidbach *
Frau Breitenbücher
Bremer *
Bremm *
Brommelhaus
Brück *
Dr. Brüggemann (Bochum)
Brüggemann (Castrop-Rauxel)
Buchstaller *
Büchler (Hof) *
Büchner (Speyer) *
Bühling *
Bühmann
Bühringer
Dr. von Bülow *
Frau Bundschuh
Dr. Burgbacher *
Burger *
Busch
Buschfort *
Buschmann
Dr. Bußmann *

* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

C

Carstens (Emstek) *
 Dr. Carstens (Fehmarn) *
 de Chapeaurouge
 Christ *
 Frau Dr. Christians
 Clauss
 Clouth
 Cohrs
 Collet *
 Conrad (Homburg)
 Conradi *
 Coppik *
 Cordes
 Dr. Corterier *
 Dr. Cremer
 Croll
 Dr. Czaja *

D

Dach
 Frau Däubler-Gmelin *
 Damm *
 Dr. Daniels
 Dr. Dannecker
 Dr. Danz
 Darnstedt
 Deike
 Deimel
 Deiningner
 van Delden *
 Deneke
 Frau Dessecker
 Dewitz
 Dick
 Dr. Diederichs
 Diel
 Dierk
 Distler
 Dittmeier
 Diwo
 Dr. von Dohnanyi *
 Dr. Dollinger *
 Frau Donnepp
 Dr. Dregger *
 Drescher

Drexler
 Dreyer *
 Dröscher
 Dr. Dübber *
 Dürr *
 Dunkel
 Durchholz
 Dyga

E

Echternach
 Eckerland *
 Egert *
 Dr. Ehmke *
 Dr. Ehrenberg *
 Ehrke
 Eigen *
 Frau Eilers (Bielefeld) *
 Eilers (Wilhelmshaven) *
 Eisen
 Elfring
 Dr. Emmerlich *
 Dr. Enders *
 Endlein
 Engelbrecht-Greve
 Engelhard *
 Engelsberger *
 Engholm *
 Engler
 Entringer
 Entrup *
 Dr. Eppler *
 Erberich
 Dr. Erhard *
 Erhard (Bad Schwalbach) *
 Erkel (Boppard)
 Erlewein
 Ernesti *
 Ernst
 Erpenbeck
 Ertl *
 Esters *
 Dr. Evers *
 Evers (Rinteln)
 Evertz (Krefeld)

Ewen *
 Ey *
 Dr. Eyrich *

F

Dr. Farthmann *
 Faust
 Dr. Fay
 Fellermaier *
 Fellmann
 Ferrang *
 Feuerstein
 Fiebig *
 Figgen
 Dr. Filbinger
 Fink
 Freiherr von Fircks *
 Dr. Fischer *
 Fischer (Hamburg)
 Fischer (Niestetal)
 Frau Fitschen
 Dr. Flach
 Flämig *
 Frau Dr. Focke *
 Frank
 Dr. Franke (Bremen)
 Franke (Hannover) *
 Franke (Osnabrück) *
 Dr. Franz *
 Frehsee *
 Dr. Freiwald *
 Dr. Frerichs *
 Dr. Friderichs *
 Frau Friebe
 Friedrich
 Friedrich (Erlangen)
 Fritsch
 Dr. Früh *
 Dr. Fuchs *
 Frau Funcke *

G

Gabert
 Gaertner

Gallus *	Dr. Haak (Hagen)	Hermisdorf *
Gansel *	Haar *	Herold *
Geiger *	Haarmeyer	Herold (St. Ingbert)
Geis	Haase (Fürth) *	Herrmann
Dr. Geisel	Haase (Kassel) *	Heß
Geisenhofer *	Haase (Kellinghusen) *	von der Heydt
Geldner *	Häbe	Heyen *
Genscher *	Dr. Häfele *	Hillebrand
Gentner	Haehser *	Himmelsbach
Gerlach (Emsland) *	Dr. Haenschke *	Hintersberger
Gerlach (Oberнау) *	Härzschel *	Dr. Hirsch *
Gerster (Mainz) *	Hagemann	Höcherl *
Gerstl (Passau) *	Hahn	Höhmann *
Gertzen *	Halfmeier *	Hölscher *
Dr. Geßner *	Dr. Halstenberg	Hösl *
Geuenich *	Hamel	Hofer
Gewandt *	Dr. Hammans *	Hoffie *
Gierenstein *	Handlos *	Hoffmann (Hannover)
Giesen	Hannemann	Hofmann *
Frau Gimmler	Hansen *	Hofmann (Knetzgau)
Girgensohn	Hansen (Sindelfingen)	Holkenbrink
Glöckner	Harlander	Frau Hollung
Glombig *	Hartmann	Holthoff
Dr. Glotz *	Hartung	Dr. Holtz *
Dr. Glück	von Hassel *	Holzbauer
Gnädinger *	Hasselmann	Hoppe *
Dr. Gölter *	Hauck *	Horn *
Goerdeler	Dr. Hauff *	Dr. Horn (Hainstadt)
Görlach	Dr. Haus (Berlin)	Dr. Hornhues *
Gösel	Hauser (Bonn-Bad Godesberg) *	Horstmeier *
Dr. Götz *	Hauser (Krefeld) *	Frau Huber *
Graaff *	Dr. Hauser (Sasbach) *	Hüglin
Dr. Gradl *	Dr. Haußmann	Frau Hürland *
Frau Grevecke	Dr. Heck *	Dr. Hüsch
Grobecker *	Dr. Heimes	Huonker *
Groß *	Hein (Höxter)	Dr. Hupka *
Großhans	Heine (Karlsruhe)	Huppertz
Grüner *	Heinemann	Hussing *
Frau Grützmann *	Heinrich	Huth
Dr. Gruhl *	von Helden	Dr. Huys
Grundmann	Hellmann	
Grunenberg *	Hellwig (Steinau)	I
Dr. Gurk	Hellwig (Wanne-Eickel)	Ibel
Gushurst	Henke *	Ihle
H	Herbst	Immer *
Dr. Haack *	Frau Hermans	
Haag (Stuttgart)		

J

Dr. Jaeger *
 Jäger (Wangen) *
 Jagoda
 Dr. Jahn (Braunschweig) *
 Jahn (Marburg) *
 Dr. Jahn (Münster) *
 Jaschke *
 Jaunich *
 Dr. Jenninger *
 Dr. Jens *
 Dr. Jobst *
 Jörder
 Johnen
 Josten *
 Jung *
 Junghans *
 Junker *

K

Kähler
 Kaffka *
 Kahn-Ackermann *
 Kalbfleisch
 Kalkbrenner
 Kanther
 Karry
 Kasper
 Kater *
 Katzer *
 Dr. Kempfer *
 Kerl
 Kern *
 Dr. Kessler
 Kiechle *
 Kiep *
 Kierdorf
 Dr. h. c. Kiesinger *
 Kiesl
 Kindler
 Kirst *
 Kitzlinger
 Klein (Bad Windsheim)
 Klein (Dornstadt)

Dr. Klein (Göttingen) *
 Dr. Klein (Stolberg) *
 Kleinert *
 Dr. Klepsch *
 Dr. Kliensing *
 Klöß
 Klose (Hamburg)
 Dr. Klose (Korschenbroich)
 Kluger
 Frau Knake
 Koblitz *
 Koch (Kassel)
 Koch (Langenfeld)
 Dr. Köhler (Duisburg) *
 Dr. Köhler (Wolfsburg) *
 Köppler
 Köster *
 Dr. Kohl
 Kolb
 Konrad *
 Kopka
 Kopp
 Korn
 Kotschenreuther
 Krall *
 Kramer
 Krampe *
 Dr. Kraske *
 Kratz *
 Kraus (München)
 Krause (Bassum)
 Krause (Mannheim)
 Krautter
 Dr. Kreile *
 Dr. Kreutzmann *
 Krey
 Krockert *
 Frau Kröger
 Kroll-Schlüter *
 Krüger
 Kubel
 Frau Dr. von Kügelgen
 Freiherr von
 Kühlmann-Stumm *
 Kühlthau
 Kühn

Kühnle
 Kuhlmann
 Kuhn
 Kulawig *
 Kunz (Berlin) *
 Dr. Kunz (Weiden) *
 Frau Kuppe
 Dr. Kurtz

L

Läpple
 Lafontaine
 Lagershausen *
 Lakomy
 Labinus *
 Dr. Graf Lambsdorff *
 Lamers
 Lamott
 Lamparter
 Lampersbach *
 Landré
 Lang (Michelbach)
 Dr. Lang (Raunheim)
 Dr. Lang (Stuttgart)
 Lange *
 Lange (Langwedel)
 Langguth
 Frau Langner
 Latendorf
 Lattmann *
 Dr. Lauritzen *
 Lautenschlager *
 Leber *
 Lechner
 Lehlbach
 Leicht *
 Leicht (Pforzheim)
 Leinbach
 Leissner
 Dr. Lemke
 Lemmrich *
 Lemp *
 Lenders *
 Lengemann
 Dr. Lenz (Bergstraße) *

Dr. Lenz (Köln)
 Lenzer *
 Frau Dr. Lepsius *
 Letz
 Lex
 Liedtke *
 Linde
 Link *
 Link (Lauffen)
 Linkner
 Loderer
 Löbber *
 Löffler *
 Löher *
 Logemann *
 Dr. Lohmar *
 Lorenz (Berlin)
 Lorenz (Kiel)
 Dr. Lucas
 Dr. Luda *
 Dr. Ludwig
 Lücke (Bensberg)
 Lücker *
 Frau Lüdemann *
 Lütgert
 Lummer
 Lutz *
 Lutz (Wremen)

M

Frau Maaß
 Maatmann
 Mahlein ,
 Mahne *
 Dr. Dr. h. c. Maihofer *
 Frau Mangelberger
 Marczy
 Marquardt (Essen)
 Marquardt *
 Marschall *
 Dr. Marx *
 Matthiesen
 Matthöfer *
 Mattick *
 Maucher *
 Maurer
 Frau Meermann *

Meier (Raisdorf)
 Dr. Meinecke (Hamburg) *
 Meinike (Oberhausen) *
 Meister
 Memmler *
 Dr. Mende *
 Mentzel
 Merkel
 Mertens (Bönkhausen)
 Dr. Mertes (Gerolstein) *
 Mertes (Stuttgart) *
 Merz
 Metzger *
 Meyer (Freiburg)
 Meyer (Mardorf)
 Meyer (Salzburg)
 Meyer (Schwelm)
 Dr. Meyers
 Michels
 Mick *
 Mietzsch
 Dr. Mikat *
 Milde
 Dr. Miltner *
 Milz *
 Mischnick *
 Möhring *
 Möllemann *
 Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Möller *
 Möller (Lübeck) *
 Dr. Möllmann
 Moersch *
 Mohr
 Molter
 Moser
 Mühlbeyer
 Müller (Aystetten)
 Müller (Bayreuth) *
 Müller (Berlin) *
 Müller (Igelsdorf)
 Müller (Mülheim) *
 Dr. Müller (München) *
 Müller (Nordenham) *
 Müller (Puchheim)
 Müller (Remscheid) *
 Müller (Schweinfurt) *
 Dr. Müller-Emmert *
 Dr. Müller-Hermann *

Müntefering
 Müser
 Muhr
 Munzinger
 Mursch (Soltau-Harburg) *

N

Nagel *
 Nagel (Borken)
 Dr. Narjes *
 Nau
 van Nes Ziegler
 Neubauer
 Neuber
 Neuburger
 Neumann *
 Neumann (Bremen)
 Neumann (Heidelberg)
 Frau Dr. Neumeister *
 Neusel
 Nickels
 Niegel *
 Nieraad
 Niermann
 Niggemeier
 Frau Nill
 Dr. Nölling *
 Dr. Noller
 Nolte
 Nordlohne *

O

Frau Dr. Obermüller-Kochs
 Dr.-Ing. Oetting *
 Offergeid *
 Dr.-Ing. Oldenstädt *
 Ollesch *
 Opitz *
 Orgaß *
 Frau Dr. Orth *
 Osswald
 Frau Ostermeier
 Freiherr Ostman von der Leye *
 Ostrop
 Oxfort

P

Pankow
 Panther
 Paulig
 Pauls
 Pauly
 Pawelczyk *
 Pawelczyk (Leer)
 Peiter *
 Dr. Penner *
 Pensky *
 Peters
 Pfeffermann *
 Pfeifer *
 Picard *
 Pieroth *
 Frau Pieser *
 Dr. Pohl
 Pohle
 Pohlmann *
 Dr. Pohlmeier
 Polkehr *
 Dr. Pollwein
 Freifrau von Pölnitz
 Porzner *
 Dr. Posser
 Dr. Pottebaum
 Powitz
 Dr. Prassler *
 Prichta
 Dr. Probst *
 Prosch
 Frau Prottegeier
 Pürsten
 Pütz

Q

Quartier

R

Rainer *
 Rapp (Göppingen) *
 Rappe (Hildesheim) *

Rau
 Ravens *
 Rawe *
 Reddemann *
 Regenspurger
 Reinhard
 Frau Reinhardt
 Reinholz
 Reinke
 Reiser *
 Frau Reiter
 Reitmaier
 Reitz
 Frau Renger *
 Repnik
 Frau Rettenmaier
 Reuschenbach *
 Reventlow
 Richter *
 Frau Rickers
 Frau Dr. Riede (Oeffingen) *
 Frau Dr. Riedel-Martiny *
 Dr. Riedl (München) *
 Dr. Riemer
 Dr. Rinsche
 Dr. Ritgen *
 Dr. Ritz *
 Dr. Rödding
 Dr. Röder
 Röder (Ludwigsburg)
 Röhl
 Röhner *
 Röhrich
 Rösing
 Dr. Rösler (Bingen)
 Rösler (Herten)
 Rösler (Stein)
 Rohde *
 Rollmann *
 Rommerskirchen *
 Ronneburger *
 Rosenthal *
 Roser *
 Rosorius
 Roth
 Dr. Rothkegel

Rühe
 Rüssel
 Frau Ruggaber
 Ruhnau
 Russe *

S

Samuels
 Sander *
 van de Sandt
 Sauer (Salzgitter) *
 Sauter (Epfendorf) *
 Saxowski *
 Prinz zu Sayn-
 Wittgenstein-Hohenstein *
 Dr. Schachtschabel *
 Schadt
 Schäfer (Appenweier) *
 Schäfer (Nürnberg)
 Dr. Schäfer (Tübingen) *
 Dr. Schäuble *
 Schedl *
 Scheel *
 Scheer
 Scheffler *
 Dr. Schellenberg *
 Scherer
 Scheu *
 Dr. Scheuer
 Dr. Scheufelen
 Dr. Schieler
 Schiestl
 Frau Schimschok *
 Schinzel *
 Schirmer *
 Schlaga *
 Schlatter
 Frau Schlee
 Dr. Schlegelberger
 Frau Schlei *
 Frau Schleicher *
 Schleußer
 Schluckebier *
 Schmalz
 Schmid (Neumarkt)

Schmid (Straubing)	Dr. Schulze-Vorberg *	Sprenger
Schmidhuber *	Frau Schuster	Springorum *
Schmidramsl	Schwab	Dr. Sprung *
Dr. Schmidt (Gellersen) *	Schwabe *	Staaak (Hamburg) *
Schmidt (Hagen)	Schwarz (Düsseldorf)	Stadelmaier
Schmidt (Hamburg) *	Schwarz (Leubsdorf)	Stahl (Kempfen) *
Schmidt (Kempten) *	Schwedler *	Dr. Stark (Nürtingen) *
Schmidt (München) *	Dr. Schwefer	Dr. Starke (Franken) *
Schmidt (Niederselters) *	Dr. Schweitzer *	Graf Stauffenberg *
Schmidt (Rohrsen)	Schweitzer (Wirges)	Dr. Stavenhagen *
Schmidt (Wattenscheid) *	Schweizerhof	Stechele
Schmidt (Würgendorf) *	Dr. Schwencke *	Steen
Schmiedhoff	Frau Schwigon	Steffen
Schmitt (Lockweiler) *	Dr. Schwörer *	Stein
Schmitt (Memmingen)	Seefeld *	Steinbach
Dr. Schmitt-Vockenhausen *	Seibert *	Frau Steinhauer
Schmitz (Baesweiler) *	Seidel (Fürth)	Steinkühler
Schmitz (Berlin)	Dr. Seidl (München)	Steinmann
Schmitz (Südlohn)	Seiters *	Stephan
Schmöle *	Frau Seitz	Steschulat
Schmuck	Seitz	Stettner
Dr. Schmude *	Selle	Dr. Stienen *
Dr. Schneider *	Sellmann	Stöckl
Schneider (Regensburg)	Sewald	Dr. Stoltenberg
Schneier (Zeil)	Sick *	Frau Stommel *
Dr. Schöfberger *	Sickert	Stork
von Schoeler *	Sieglerschmidt *	Straßmeir *
Scholz	Dr. Sieling	Strauß *
Schonhofen *	Sierks	Ströbele
Freiherr von Schorlemer	Simelka	Strube
Dr. Schramm	Simon *	Stücklen *
Schreiber *	Simpfendörfer *	Stumpf
Frau Schroeder (Detmold) *	Dr. Skopp	Suck *
Dr. Schröder (Düsseldorf) *	Dr. Slotta *	Sund *
Schröder (Lüneburg) *	Soénius	Susset *
Schröder (Wilhelminenhof) *	Solke *	T
Frau Schuchardt *	Frau Sommer	Tandler
Dr. Schübeler	Sommer (Greiling)	Techtmeier
Schütz	Sommer (Nürnberg)	Tegeler
Schulte (Schwäbisch Gmünd)	Dr. Sperling *	Terlinden
Schulte (Unna) *	Dr. Freiherr Spies	de Terra *
Dr. Schulz (Berlin) *	v. Bülllesheim *	Thoma
Schulz (Eckernförde)	Spilker *	Thorwirth
Schulz (Hamburg)	Spillecke *	Thürk *
Schulz (Husum)	Spitzmüller *	Tiedemann
Schulze-Stapen	Spranger *	Tiemann

Tillmann *
 Frau Dr. Timm *
 Dr. Todenhöfer *
 Tönjes *
 Toetemeyer
 Tremmel
 Trettenbach
 Troeltsch
 Truschel
 Frau Tübler *

U

Ullrich
 Dr. Unland *
 Urban
 Urbaniak *

V

Vahlberg *
 Frau Vater
 Vater
 Vehar *
 Frau Verhülsdonk *
 Frau Verstegen
 Vetter (Düsseldorf)
 Frau Viehmeister
 Vietheer
 Vit *
 Vitt (Hüttental)
 Voelker
 Vogel (Ennepetal) *
 Dr. Vogel (München) *
 Dr. Vogel (Speyer)
 Vogelsang *
 Vogt *
 Dr. Vohrer *
 Volmer *
 Volz
 Vosen

W

Dr. Waffenschmidt *
 Dr. h. c. Wagner (Günzburg) *
 Dr. Wagner (Heppenheim)
 Wagner (Nürnberg)
 Wagner (Oberhausen)

Wagner (Saarbrücken)
 Dr. Wagner (Trier) *
 Dr. Waigel *
 Walkhoff *
 Wallbrecht
 Dr. Wallmann *
 Waltemathe *
 Walther *
 Frau Dr. Walz *
 Frau Warnecke
 Dr. Warnke *
 Wawrzik *
 Frau Weber
 Weber (Burghaun)
 Weber (Heideck)
 Weber (Heidelberg) *
 Dr. Weber (Köln) *
 Weber (Marbach)
 Weber (Osnabrück)
 Weber (Regen)
 Weber (Regensburg)
 Wech
 Wehner *
 Weick
 Dr. Weigelt
 Weishäupl
 Dr. Freiherr von Weizsäcker *
 Wende *
 Dr. Wendig *
 Wendt *
 Werner *
 Dr. Wernitz *
 Wertz
 Westphal *
 Frau Dr. Wex *
 Weyer
 Dr. Wichert *
 Wichtermann
 Frau Wicke
 Wiefel *
 Wienand *
 Wierschke
 Wiese
 Wilhelm *
 Frau Will-Feld *
 Frau Dr. Wilms
 Wimmer

Windelen *
 Winkels
 Winkler
 Wischniewski *
 Frau Dr. Wisniewski
 Wissebach *
 Wissmann
 Dr. de With *
 Withoit
 Dr. Wittmann (München) *
 Wittmann (Straubing) *
 Dr. Wörner *
 Wohlrabe *
 Frau Dr. Wolf *
 Wolf *
 Frau Wolff (Berlin)
 Wolfram *
 Dr. Worms
 Baron von Wrangel *
 Wrede *
 Wrobel
 Würth
 Würtz *
 Wüster *
 Dr. Wulff *
 Wurbs *
 Wurche *
 Wuttke *
 Wuwer *

Z

Zander *
 Zebisch *
 Dr. Zeitel *
 Zeitler *
 Zeitler (Ismaning)
 Zeller
 Zenz
 Zeyer *
 Ziegler *
 Dr. Zimmermann *
 Zink *
 Zoglmann *
 von Zworowsky
 Zywiets *

Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten

Länder	CDU/CSU			SPD			FDP			Insgesamt			
	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	
Baden-Württemberg	36	12	28	28	12	16	8	2	4	72	26	48	146
Bayern	48	17	39	33	16	15	5	1	3	86	34	57	177
Berlin	9	5	2	12	8	1	1	1	-	22	14	3	39
Bremen	1	2	-	3	4	-	-	-	-	4	6	-	10
Hamburg	5	7	-	9	4	3	2	-	1	16	11	4	31
Hessen	19	18	2	23	17	5	5	4	-	47	39	7	93
Niedersachsen	27	13	18	30	8	23	5	-	-	62	21	41	124
Nordrhein-Westfalen	61	38	32	75	38	30	12	3	2	148	79	64	291
Rheinland-Pfalz	15	10	7	14	11	2	2	1	1	31	22	10	63
Saarland	4	5	-	4	5	-	-	-	-	8	10	-	18
Schleswig-Holstein	9	10	2	11	5	5	2	-	-	22	15	7	44
Insgesamt:	234	137	130	242	128	100	42	12	11	518	277	241	1036
		267	501	228	470	65	23	518		518		518	

Zusammengestellt nach Unterlagen des Organisationstechnischen Parlamentarischen Dienstes des Deutschen Bundestages

Stenographischer Bericht

Bonn, Mittwoch, den 15. Mai 1974¹⁾

Beginn: 10 Uhr

Präsident Frau Renger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die sechste Bundesversammlung zur Wahl des vierten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie, die Mitglieder der Bundesversammlung, herzlich willkommen.

Ich begrüße die Botschafter und Vertreter der ausländischen Missionen, die Mitglieder des Bundesrates und die Vertreter der Länder der Bundesrepublik Deutschland sowie die zahlreichen Gäste aus dem In- und Ausland. Ich grüße alle, die hier in der Beethovenhalle und draußen in Rundfunk und Fernsehen den Ablauf der Bundesversammlung verfolgen.

Meine Damen und Herren, Artikel 54 unseres Grundgesetzes bestimmt, daß das Amt des Bundespräsidenten fünf Jahre dauert. Bundespräsident Dr. Dr. Heinemann hat sein Amt am 1. Juli 1969 angetreten. Sein Amt endet mit Ablauf des 30. Juni 1974. Aus diesem Grunde habe ich nach § 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten vom 25. April 1959 diese sechste Bundesversammlung zum heutigen Tage nach Bonn einberufen.

Meine Damen und Herren, mit der sechsten Wahl eines Bundespräsidenten kehrt die Bundesversammlung wieder an den Ort zurück, an dem vor 25 Jahren der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde. Dazwischen liegen die Jahre, in denen wir alle damit rechneten, daß Berlin nicht nur Symbol bleibt, sondern die lebendige Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands wird, ein Ziel, für das sich alle Parteien immer wieder einsetzen, ein Ziel, zu dem sich der Bundestag in gemeinsamen Erklärungen bekannte.

Ich sage dies deswegen, weil die **Rückkehr nach Bonn** gleichzeitig der **Weggang der Bundesversammlung von Berlin** ist und die Berliner nicht den Eindruck haben sollten, sie und ihre Aufgabe würden vergessen; sie werden nicht vergessen, und wir werden alles daransetzen, daß, wie es ja auch im Viermächteabkommen wörtlich heißt und von der Sowjetunion durch ihre Unterschrift akzeptiert ist, „die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden“.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, die Berliner und ihre Stadt, unser Berlin, werden uns an unsere Aufgabe erinnern, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden“.

(Beifall.)

Nach 25 Jahren sind wir allerdings noch nüchterner geworden, wenn es um die Einschätzung der Möglichkeiten zur Überwindung der Zweistaatlichkeit unserer Nation geht. Wir sollten aber bei aller Bereitschaft zur Normalisierung mit diesem Anspruch unbequem bleiben.

Dazu gehört, daß wir weiterhin am Ausbau des sozialen Rechtsstaates in der Bundesrepublik arbeiten, seine Erfolge selbstbewußt vertreten und uns zu seinen Einrichtungen, Formen und Möglichkeiten bekennen.

Die Betonung unserer **Verbundenheit mit Berlin** kann nicht die **Bedeutung Bonns** mindern. Schließlich ist Bonn der Sitz des Bundespräsidenten, der von der Bundesversammlung gewählt wird. Bonn ist der Sitz von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Wie könnten wir den politischen Gegebenheiten besser ge-

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlper., Stenogr. Berichte, Bd. 88, S. 1-7

recht werden, als Bonn zum Tagungsort der Bundesversammlung zu machen?

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Tatsache würdigen, daß sich Bonn unter gewiß nicht leichten Bedingungen im Verlaufe der vergangenen 25 Jahre zu einer Bundeshauptstadt mit internationalem Ansehen entwickelt hat. Dafür gebührt der Stadt und allen, die hieran mitgewirkt haben, Dank und Anerkennung.

Die bevorstehenden Gedenktage unserer Bundesrepublik Deutschland und ihrer Verfassungsorgane werden genügend Gelegenheit geben, sich die gemeinsamen Leistungen und Erfolge in Bund und Ländern vor Augen zu führen.

Ein wichtiges Glied im institutionellen Aufbau unseres Staates ist diese **Bundesversammlung**, zu der heute zum sechsten Male die Mitglieder des Bundestages und die von den Landesparlamenten Gewählten zusammentreten. Meine Damen und Herren, als Konsequenz aus den Erfahrungen von Weimar ist diese Institution 1949 geschaffen worden, um auch den Bundespräsidenten, das Staatsoberhaupt, durch ein repräsentatives parlamentarisches Organ und nicht unmittelbar vom Volk wählen zu lassen. Diese generelle Absage an plebiszitäre Entscheidungen hat, so glaube ich, wesentlich zur Stabilität unserer Demokratie beigetragen.

Wenn es zur politischen Realität gehört, daß sich die Parteien auf ihre Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten einigen, so entspricht dies der Intention unseres Grundgesetzes, daß in Artikel 21 den Parteien ausdrücklich die Aufgabe zuweist, bei der politischen Willensbildung mitzuwirken. Es widerspricht nicht dem Gebot der unabhängigen Amtsführung des zu wählenden Staatsoberhauptes, denn die Verpflichtung hierzu wird dem Bundespräsidenten durch die Verfassung auferlegt, an die er sich durch seinen Eid bindet.

Nicht zuletzt aber verkörpert die Bundesversammlung das föderalistische Prinzip, das Zu-

sammenwirken und die Machtverteilung zwischen Bund und den eigenstaatlichen, eigenverantwortlichen Bundesländern.

So repräsentiert die Bundesversammlung überzeugend Idee und Wirklichkeit unserer Verfassung. Hierauf, also nicht allein auf ihr formales Recht, gründet sich die Legitimität Ihrer Wahl, die Sie hier versammelt sind. Und wenn gesagt werden kann, daß die Bürger unseres Landes zu diesem Staat, zu dieser Verfassung stehen, so hat auch die Bundesversammlung hierzu beigetragen.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 54 Abs. 3 unseres Grundgesetzes besteht die Bundesversammlung aus den Mitgliedern des Bundestages — das sind zur Zeit 518 — und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Die Bundesversammlung besteht also insgesamt aus 1036 Mitgliedern; davon entsenden die Länder

Baden-Württemberg	74	Mitglieder,
Bayern	91	Mitglieder,
Berlin	17	Mitglieder,
Bremen	6	Mitglieder,
Hamburg	15	Mitglieder,
Hessen	46	Mitglieder,
Niedersachsen	62	Mitglieder,
Nordrhein-Westfalen	143	Mitglieder,
Rheinland-Pfalz	32	Mitglieder,
Saarland	10	Mitglieder,
Schleswig-Holstein	22	Mitglieder.

Ich stelle fest, daß die Parlamente der Bundesländer ihre in die Bundesversammlung entsandten Mitglieder ordnungsgemäß gewählt und bekanntgemacht haben.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur **Konstituierung der Bundesversammlung**. Der § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten vom 25. April 1959 bestimmt:

Der Präsident des Bundestages leitet die Sitzungen und Geschäfte der Bundesversammlung. Auf ihren Geschäftsgang

findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Ich schlage vor, es bei der Anwendung der **Geschäftsordnung** des Bundestages zu belassen, und nehme an, daß das Haus mit dieser Regelung einverstanden ist. — Ich höre keinen Widerspruch; dann ist das so beschlossen.

§ 49 der Geschäftsordnung des Bundestages bestimmt:

Der Bundestag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder im Sitzungssaal anwesend sind.

Meine Damen und Herren, es kann nicht bezweifelt werden, daß weit mehr als die Hälfte der Mitglieder der Bundesversammlung hier im Sitzungssaal anwesend sind. Ich stelle damit fest: Die Bundesversammlung ist beschlußfähig.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen weiter vor, 19 Schriftführer zu wählen, und zwar jene Schriftführer, die auch im Deutschen Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Das sind die Abgeordneten Anbuhl, Batz, Frau Benedix, Berger, Collet, Fiebig, Gnädinger, Dr. Hammans, Frau Huber, Josten, Kleinen, Marquardt, Müller (Berlin), Niegel, Frau Dr. Riede (Oeffingen), Frau Schlei, Frau Schleicher, Frau Stommel und Würtz. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall; dann ist es so beschlossen.

Ich bitte nunmehr die Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Riede, hier oben zu meiner Linken, und den Bundestagsabgeordneten Herrn Anbuhl, zu meiner Rechten Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, damit ist die Bundesversammlung konstituiert.

§ 9 Absatz 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt:

Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Präsidenten

des Bundestages schriftlich einreichen. Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingebracht werden. Die Wahlvorschläge dürfen nur die zur Bezeichnung des Vorgeschlagenen erforderlichen Angaben enthalten; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen ist beizufügen.

Meine Damen und Herren, mir liegen folgende **Wahlvorschläge** vor: Die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion schlagen Herrn Bundesminister **Walter Scheel** vor, die CDU/CSU-Fraktion schlägt Herrn Bundestagsabgeordneten **Dr. Richard von Weizsäcker** vor.

Beide Vorschläge darf ich hiermit meinen Schriftführern im Sitzungsvorstand zeigen, damit auch sie sich von der ordnungsgemäßen Vorlage der schriftlichen Wahlvorschläge und der beigefügten Zustimmungserklärungen überzeugen können. — Das ist damit geschehen.

Im Namen des Sitzungsvorstands stelle ich hiermit fest, daß die beiden Genannten, Herr Bundesminister Scheel und Herr Abgeordneter Dr. von Weizsäcker, ordnungsgemäß vorgeschlagen wurden. Weitere Wahlvorschläge liegen nicht vor. Ich stelle also fest, daß im ersten Wahlgang nur diese beiden Kandidaten gewählt werden können.

Nach Artikel 54 Absatz 6 Satz 1 des Grundgesetzes ist zum Bundespräsidenten gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, d. h. mindestens 519 Stimmen auf sich vereinigt.

Zum **Abstimmungsverfahren** muß ich Ihnen noch eine Reihe von Formalitäten mitteilen.

Nach § 9 Absatz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt. § 54 a der Geschäftsordnung bestimmt hierzu, daß in diesem Fall die Wahl geheim stattfindet. Er bestimmt ferner, daß die Stimmzettel erst vor Betreten der Wahlzelle ausgehändigt

werden. Die aufgestellten Wahlzellen sind bei der Stimmabgabe zu benutzen. Das heißt, ein Wahlmann — oder eine Wahlfrau — muß zurückgewiesen werden, wenn er seinen Stimmzettel außerhalb der Wahlzelle kennzeichnet oder außerhalb der Wahlzelle in den Wahlumschlag legt. Die gekennzeichneten Stimmzettel sind in einem Wahlumschlag — ich bitte Sie, diesen Wahlumschlag nicht zuzukleben — in die Wahlurne zu legen.

Meine Damen und Herren, zur Erleichterung des Abstimmungs- und des Auszählverfahrens habe ich Stimmzettel mit den Namen der beiden Vorgeschlagenen drucken lassen. Sie erhalten diese Stimmzettel nach Aufruf ihres Namens gegen Vorzeigen Ihres weißen Wahlausweises an dem — von Ihnen aus gesehen — links befindlichen Tisch vor den Wahlkabinen, also zu meiner Rechten. Mit diesem Stimmzettel und dem erhaltenen Wahlumschlag begeben Sie sich bitte in eine der aufgestellten Wahlzellen. Dort kreuzen Sie bitte den Namen des Kandidaten Ihrer Wahl an. Wer sich der Stimme enthalten will, kann dies dadurch zum Ausdruck bringen, daß er keinen der beiden Namen ankreuzt. Die Verwendung anderer als der hier ausgegebenen amtlichen Stimmzettel macht die Stimme unweigerlich ungültig. Das gleiche gilt, wenn ein Stimmzettel den Namen eines nicht vorgeschlagenen Kandidaten oder sonstige Zusätze enthält.

Ich darf nochmals darauf hinweisen, daß Sie den Stimmzettel in der Wahlkabine in den Wahlumschlag legen müssen, und nochmals darum bitten, die Wahlumschläge nicht zuzukleben.

Dann darf ich noch einmal betonen: Wer den Stimmzettel außerhalb der Wahlzelle kennzeichnet oder außerhalb der Wahlzelle in den Wahlumschlag legt, muß zurückgewiesen werden. Er verliert allerdings nicht das Recht, seine Stimmabgabe vorschriftsmäßig zu wiederholen.

Mit dem in den Wahlumschlag gelegten Stimmzettel begeben Sie sich bitte zu der hier

vorne aufgestellten gläsernen Urne und werfen nach Nennung Ihres Namens und Abgabe des weißen Wahlausweises Ihren Wahlumschlag in die Urne. Ich darf darauf hinweisen, daß die Abgabe des Wahlausweises an die Stelle der Eintragung in die sonst übliche Anwesenheitsliste tritt. Die Abgabe des Wahlausweises darf also nicht vergessen werden, weil nur dadurch Ihre Anwesenheit aktenkundig wird.

Die Schriftführer zu meiner Rechten und zu meiner Linken werden anschließend die Namen nach dem Alphabet aufrufen. Ich bitte Sie, den Namensaufruf anhand der Ihnen vorliegenden Mitgliederliste zu verfolgen und sich rechtzeitig zur Entgegennahme Ihres Stimmzettels und des Wahlumschlags hierher nach vorne zu begeben. Dabei benutzen Sie bitte die — von Ihnen aus gesehen — linke Treppe. Die im Nachtrag zur Mitgliederliste aufgeführten Mitglieder der Bundesversammlung werden zum Schluß aufgerufen. Die diensttuenden Schriftführer geben Ihre Stimme ab, nachdem alle anderen, auch die nicht gehfähigen Mitglieder, abgestimmt haben. Ich selbst werde als letzte die Stimme abgeben.

Nachdem Sie Ihren Wahlumschlag in die Urne gelegt haben, begeben Sie sich bitte über die — von Ihnen aus gesehen — rechte Treppe wieder in den Saal, damit hier oben kein Gedränge entsteht.

Ich bitte nunmehr die eingeteilten Schriftführer, ihre Plätze an der Wahlurne und an der Stimmzettelausgabe einzunehmen.

Nachdem die Schriftführer Platz genommen haben, muß ich leider, bevor mit dem Namensaufruf begonnen wird, noch auf einiges hinweisen.

Es findet keine Mittagspause statt. Sollte ein zweiter Wahlgang notwendig werden, wird er sich unmittelbar an den ersten anschließen. Das gleiche gilt für einen gegebenenfalls notwendig werdenden dritten Wahlgang. Um für diese Fälle vorbereitet zu sein, bitte ich Sie, nach Abgabe Ihres Stimmzettels und Ihres

weißen Wahlausweises in der Postverteilungsstelle die entsprechenden Unterlagen abzuholen. Das sind ein gelber Wahlausweis für den zweiten Wahlgang und ein grüner Wahlausweis für den dritten Wahlgang.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die Wahl und bitte, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

(Namensaufruf.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Meine Damen und Herren, der Aufruf ist beendet.

Ich frage: Ist noch ein Mitglied der Bundesversammlung da, das seine Stimme nicht abgegeben hat? Dann bitte ich, sich zu melden.

Ich wiederhole die Frage: Hat ein Mitglied der Bundesversammlung seine Stimme noch nicht abgegeben? Dann bitte ich, sofort nach vorne zu kommen.

Ich frage zum dritten und letzten Male: Gibt es ein Mitglied der Bundesversammlung, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? Dann bitte ich, nach vorne zu kommen — Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe die Wahl.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Die Sitzung der Bundesversammlung wird während der Auszählung nicht unterbrochen. Es steht jedoch ihren Mitgliedern frei, sich außerhalb des Saales zu begeben. Ich bitte nur darum, daß immer Vertreter der einzelnen Fraktionen im Saale sind.

Präsident Frau Renger: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis der Wahl** bekannt. In der Bundesversammlung am 15. Mai 1974 wurden im ersten Wahlgang insgesamt 1033 Stimmen abgegeben, davon für Herrn Walter Scheel 530 Stimmen,

(lebhafter Beifall bei der SPD
und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

für Richard von Weizsäcker 498 Stimmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD und der FDP.)

Es wurden 5 Stimmhaltungen abgegeben.

Meine Damen und Herren, damit hat Herr Bundesminister Walter Scheel die nach Artikel 54 Absatz 6 unseres Grundgesetzes erforderlichen Stimmen auf sich vereinigt und ist somit zum vierten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

(Beifall.)

Nach § 9 Absatz 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten teile ich dem hier im Saal anwesenden Gewählten die Wahl mit und fordere ihn auf, binnen zwei Tagen zu erklären — so sieht es das Gesetz vor —, ob er die Wahl annimmt. Wenn Herr Bundesminister Scheel bereit ist, schon heute diese Erklärung abzugeben,

(Heiterkeit)

so darf ich ihn bitten, an das Mikrofon zu treten.

(Abg. Dr. Freiherr von Weizsäcker gratuliert Bundesminister Scheel. — Beifall.)

Scheel, Bundesminister des Auswärtigen: Ja, Frau Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall.)

Erlauben Sie mir, daß ich einige Worte an die Mitglieder der Bundesversammlung richte.

Es ist für mich sehr bewegend, daß ich wenige Tage vor der 25. Wiederkehr des Tages der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gewählt werde, der Bundesrepublik Deutschland, an deren demokratischer Entwicklung ich von Anfang an als Parlamentarier mitgewirkt habe.

Ich danke aus tiefstem Herzen denjenigen, die mir heute ihre Stimme gegeben haben. Dieses Vertrauen überträgt mir eine hohe Verantwortung.

Meinem Mitbewerber, meinem geschätzten Kollegen Richard von Weizsäcker, möchte ich meinen besonderen Respekt bezeugen. Sinn

der Demokratie ist es, daß man zwischen mehreren Möglichkeiten auswählen kann. Dieser Sinn wird auch nicht entwertet, wenn mehr oder weniger feste Blöcke auf die Entscheidungen einwirken.

Diejenigen, die mir aus begreiflichen Gründen heute ihre Stimme nicht gegeben haben, erwarten aber doch, daß ich vom Tage der Amtsübernahme an der Bundespräsident für alle Bürger dieses Staates bin. Ich werde mich mühen, diesen Erwartungen gerecht zu werden.

Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall. — Die Mitglieder der Bundesversammlung erheben sich.)

Präsident Frau Renger: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich verstehe voll und ganz, daß Sie sehr schnell aus diesem heißen Saal hinaus möchten. Erlauben Sie mir dennoch, auch persönlich von diesem Tisch aus Herrn Scheel noch einmal sehr herzliche Glückwünsche zu sagen.

Ich darf auch noch einen sehr herzlichen Dank an Sie alle dafür richten, daß Sie in der Enge dieses Raumes so lange ausgeharrt und sie ertragen haben. Vielleicht gelingt es uns mit

Ihrer Hilfe, zu erreichen, daß in Bonn demnächst eine Kongreßhalle gebaut wird.

(Vereinzelter Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich möchte auch den Schriftführern danken, die hier eine schwere Arbeit geleistet haben. Ich danke im Namen der Bundesversammlung allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung. Es war eine gar nicht einfache Aufgabe. Ich danke auch den Bürgern, die hier in der Umgebung der Beethovenhalle wohnen, dafür, daß sie Verständnis für die Einschränkungen und Behinderungen aufgebracht haben, die mit der heutigen Bundesversammlung verbunden waren. Außerdem danke ich Presse, Fernsehen und Rundfunk, den Redakteuren und Technikern.

Abschließend darf ich diejenigen, die das nicht wissen, noch darauf hinweisen, daß die Eidesleistung des heute Gewählten am 1. Juli 1974 im Plenarsaal des Deutschen Bundestages stattfindet.

Ich darf mit einem Dank an alle die Versammlung schließen.

(Schluß: 13.26 Uhr.)

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1974

Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Walter Scheel

Deutscher Bundestag, 112. Sitzung, zugleich 408. Sitzung des Bundesrates, Bonn, den 1. Juli 1974¹⁾
(Auszug)

Präsident Frau Renger: [...]

Meine Damen und Herren, am 15. Mai dieses Jahres hat die Bundesversammlung Herrn Walter Scheel zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Vor den versammelten Mitgliedern der Bundesversammlung hat er die Wahl angenommen und mit dem heutigen Tage das Amt des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland angetreten.

Nach Artikel 56 unseres Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates den in unserer Verfassung vorgeschriebenen Eid. Herr Bundespräsident, ich darf Sie bitten, zur

Eidesleistung

zu mir heranzutreten.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Herr Bundespräsident, ich überreiche Ihnen die Urschrift des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und bitte Sie, den Eid zu sprechen.

Walter Scheel, Bundespräsident: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mit Gott helfe.

Präsident Frau Renger: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß der Herr Bundespräsident Walter Scheel den vorgeschriebenen Amtseid geleistet hat.

Herr Bundespräsident, im Namen der hier versammelten Mitglieder des Bundestages und

des Bundesrates spreche ich Ihnen die herzlichsten Glückwünsche für Ihr hohes Amt aus.

Herr Bundespräsident, ich darf Sie nunmehr bitten, das Wort zu ergreifen.

Walter Scheel, Bundespräsident: Frau Präsident! Herr Bundesratspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Eid, den ich soeben abgelegt habe, ist mir ernste Verpflichtung. Mit Ehrfurcht vor der Aufgabe und mit Liebe zu unserem Land will ich das Amt des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland ausfüllen.

Ihr freundliches Willkommen, Frau Präsident, zugleich im Namen meiner Kollegen — ich muß wohl sagen: meiner ehemaligen Kollegen — des Deutschen Bundestages, ermutigt mich.

Ich wäre nicht aufrichtig, wollte ich in dieser Stunde verschweigen, daß mir der Abschied aus diesem Hause schwerfällt. 21 Jahre hatte ich die Ehre, mitten unter Ihnen die Interessen meiner Wähler, die Interessen unseres Volkes zu vertreten. Hier habe ich mein politisches Rüstzeug erhalten. Der Bundespräsident der nächsten fünf Jahre ist ein Parlamentarier mit Leib und Seele.

Aber diese Jahrzehnte der Zusammenarbeit mit Ihnen haben auch viele **menschliche Bindungen über die Parteigrenzen hinweg** wachsen lassen. Die verehrten Kollegen mögen mir verzeihen, wenn ich hier nur einen Namen nenne. Ich meine den Mann, dessen Stellvertreter im Amt des Bundeskanzlers ich in den letzten viereinhalb Jahren gewesen bin; ich meine Willy Brandt.

Fünf Jahre Regierungszusammenarbeit mit der CDU/CSU, viereinhalb Jahre in Koalition mit der SPD und — nicht zu vergessen — fünf-

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlper., Stenogr. Berichte, Bd. 88, S. 7619 ff.

einhalb Jahre Vorsitzender der FDP: das wird die parteipolitische Neutralität des Bundespräsidenten zu dem werden lassen, was sie sein soll: eine Bindung, die nicht Ferne, sondern Nähe zu allen schafft.

Sie, verehrter Herr *Heinemann*, haben uns in den vergangenen fünf Jahren immer wieder aufgefordert, ein natürliches, entspanntes Verhältnis zum Staat und zu seinen Institutionen zu finden. Noch vor wenigen Tagen, am 25. Jahrestag des Grundgesetzes, haben Sie uns bleibende Wertungen und Mahnungen auf den Weg gegeben. Wir alle sind Ihnen dankbar dafür. Der **Dank für Ihr Werk** schließt die bedeutende Leistung Ihrer Gattin mit ein. Auf dem, was Sie, Herr *Heinemann*, und die ersten beiden Bundespräsidenten, *Theodor Heuss* und *Heinrich Lübke*, an ausgewogenem Staatsbewußtsein in diesem Lande geschaffen und gefördert haben, kann ich weiterbauen.

Nichts charakterisiert die Entwicklung der letzten Jahre augenfälliger als das Verhalten der jungen Menschen diesem Staat gegenüber. Am Ende der sechziger Jahre demonstrierten viele — und nicht nur Studenten — gegen den Staat. Heute gehen viele auf die Straße, um den 25. Jahrestag des Grundgesetzes zu feiern.

Wir alle brauchen diesen Staat. Groß sind die Leistungen der letzten 25 Jahre; noch größer sind die Probleme, die vor uns liegen. Eine neue Generation ist herangewachsen. Sie geht in ihren Erwartungen von dem aus, was heute ihre Lebenswirklichkeit ist. Sie hat nicht in die Abgründe der deutschen Geschichte geschaut, und vielen sagen ihre Höhepunkte nichts.

Wir leben in einem Gemeinwesen, das selbst in vielerlei Hinsicht ein solcher Höhepunkt ist. Sozialer Ausgleich und sozialer Friede sind Wirklichkeit. Wissenschaft und Kunst können sich mit den Leistungen anderer Völker messen. Die großen Freiheiten der Meinungsäußerung, der politischen Betätigung, der individuellen Entfaltung sind unbestritten. Die Einsicht in den Zusammenhang von Freiheit, innerem Frieden und wirtschaftlichem Wohlstand ist weit verbreitet. Millionen Deutsche

kennen heute Lebenschancen, von denen ihre Eltern nur träumen konnten.

Und dennoch: Wenn wir uns bei uns und in der Welt umsehen, entdecken wir Probleme von neuen, nie gekannten Dimensionen. Die technisch-wirtschaftliche Entwicklung hat uns an die Grenzen des Möglichen geführt und die Grenze des Vernünftigen an manchen Stellen bereits überschritten. Immer schwerwiegender wird die Gefährdung des Ganzen durch einseitige Expansion einzelner Zweige. Wirtschaftlicher Wohlstand kann in Raubbau umschlagen, der die Lebensgrundlage kommender Generationen gefährdet. Wir dürfen an einer solchen Entwicklung nicht mitschuldig werden.

Die **weltwirtschaftliche Lage** hat sich im letzten Jahr in erdbebenartigen Schockwellen nachhaltig verändert. Die abrupten Verschiebungen in den ohnedies gestörten Zahlungsbilanzen und die daraus resultierenden Gefahren für die internationale Handels- und Währungsordnung sind dabei nur die eine Seite der Medaille; die andere Seite ist die mit dieser globalen Umverteilung von Einkommen veränderte weltpolitische Konstellation. Wir sehen, daß es jetzt innerhalb der Entwicklungsländer eine neue Gruppe der plötzlich reichen Erdöl- und Rohstoffländer gibt, und wir müssen erkennen, daß immer mehr Länder — reich geworden oder arm geblieben — einen grundlegenden Wandel der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Ordnung anstreben. Weltwirtschaft und Weltpolitik bleiben nicht ohne Folge für Europa und für die Bundesrepublik in Europa. Einem Land, das der Leistung seiner Bürger, aber auch der Gunst mancher Umstände, eine vergleichsweise starke und widerstandsfähige Volkswirtschaft verdankt, kommt in der neuen Lage in der Welt eine besondere Verantwortung zu.

Wenn es uns bei den wirtschaftlichen Problemen von morgen mit all ihren weltweiten Abhängigkeiten nicht gelingt, die **wirtschaftspolitische Diskussion** über die Anwendung der geeigneten Mittel in diesem Lande zu **versachlichen**, werden wir die schweren Zeiten, denen wir entgegengehen, sicherlich nicht bewältigen.

Im Zentrum der wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen in unserem Lande steht der Ruf nach Stabilität. Das ist gut und richtig so. Innerer Friede und sozialer Fortschritt können auf Dauer nur auf der Grundlage einer stabilen Währung gedeihen. Stabilität ist aber mehr als Preisstabilität. Eine Volkswirtschaft kann auch bei geringen Preissteigerungen unausgeglichen sein. Wir müssen die **Ausgewogenheit aller wirtschaftlichen Daten** im Auge behalten — nicht zuletzt unser Verhältnis zu unseren Partnern auf den Weltmärkten. Maßgebend für die innere und äußere Stärke eines Staates ist letztlich seine wirtschaftliche und politische Stabilität. Beide sind untrennbar miteinander verbunden.

Es gibt neue Aufgaben. Die Menschen suchen ein neues Gleichgewicht. Dabei blicken sie auf den Staat. Er soll all das garantieren, was wir heute besitzen; er soll all das von uns fernhalten, was unser Wohlbefinden beeinträchtigen könnte. Den Staat, der dies zu leisten vermöchte, gibt es nicht. Aber wir haben schon einmal, gleich nach dem Kriege, vor Bergen von Schwierigkeiten gestanden. Auch wenn die neuen Fragen in mancher Hinsicht anders sind, ist es nützlich, sich darauf zu besinnen, wie wir damals damit fertig geworden sind. Den geistigen und moralischen Kräften, die unser Volk aus dem Chaos geführt haben, dürfen wir auch heute vertrauen.

Ich denke vor allem an zwei Dinge: Als der deutsche Arbeiter, statt am schwarzen Markt zu handeln, für wertloses Geld seinen Betrieb wiederaufgebaut hat, als der deutsche Unternehmer jede verdiente Mark in seinen Betrieb steckte und sich selbst mit einem bescheidenen Lebensstandard begnügte, sind sozialer Friede und soziale Partnerschaft bei uns begründet worden. Auch von daher rührt der moralische Anspruch der Arbeitnehmer auf ein Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht. Ein Recht, wie es alle im Bundestag vertretenen Parteien in der einen oder anderen Form gesetzlich verankern wollen.

Diese aus der Erfahrung gewachsene **Bereitschaft der Sozialpartner zur Zusammenarbeit** ist unser wichtigstes Kapital, um die Zukunft zu meistern. Ich setze mein volles Vertrauen in die Vernunft der deutschen Arbeiter und Unternehmer und in die Bereitschaft aller Menschen unseres Landes, den neuen Problemen unserer Zeit mit derselben Solidarität zu begegnen, die uns geholfen hat, bei aller Gegensätzlichkeit Gemeinsames zu schaffen.

Es gibt aber noch eine zweite Kraft und Erfahrung. In der Bundesrepublik hat die parlamentarische Demokratie zum erstenmal in der deutschen Geschichte die Probe bestanden. Ich glaube an die Weisheit und Wirksamkeit der freiheitlichen Institutionen und demokratischen Spielregeln. Man muß sie nur beachten. Durch sie werden wir auch in Zukunft den richtigen Weg finden. Das setzt allerdings voraus, daß wir in der Ordnung unserer sozialen und wirtschaftlichen Dinge den Grundsatz beherzigen, der zusammen mit der Solidarität der Menschen uns vorwärts gebracht hat: Wir wollen den **einzelnen Menschen** ermutigen, seine Möglichkeiten selbst zu suchen, seine Möglichkeiten selbst zu entfalten und sie einzubringen in das Ganze des Gemeinsamen. Nur die persönliche Freiheit vermag die schöpferischen Kräfte freizusetzen, die wir in den vor uns liegenden Jahren so sehr benötigen. Es kommt auf den einzelnen an, auf seine Initiative, seine Mitwirkung, seine Entfaltung.

Unsere demokratische Ordnung ist kein totes Organisationsprinzip mechanischer Kräfte. Sie regelt einen lebendigen Organismus, in dem Spannungen und Konflikte entstehen und ausgeglichen werden. Der Grad der Menschlichkeit in solchen Auseinandersetzungen wird durch die **Toleranz** bestimmt, mit der wir dem anderen und dem anders Denkenden begegnen.

Die Kirchen haben sich beim Aufbau unserer Gesellschaft nach dem Kriege als wirkende Kraft bewährt. Sie haben durch ihr Verhältnis zueinander das Bewußtsein für den Wert der Toleranz gestärkt.

Einer solchen Ordnung der Toleranz, des Verständnisses und des Ausgleichs haben die Väter des Grundgesetzes den staatlichen Rahmen gegeben. Nur eine solche Ordnung ermöglicht Gerechtigkeit und auch Freiheit unter den Menschen. Denn Freiheit muß auch für den Schwachen gewährleistet sein. Wer eine freiheitliche Demokratie will, muß den Staat wollen, in dem sie sich allein verwirklicht.

Wir verstehen uns zu Recht als ein **pluralistisches Staatswesen**. Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Organisationen und Gruppen bringen dem Staat gegenüber ihre Interessen zur Geltung. Das ist gut so. Darin darf sich der Pluralismus aber nicht erschöpfen. Die Würdigung der allgemeinen Zusammenhänge und die Suche nach übergeordneten Lösungen, die dem **Gesamtinteresse** dienen, müssen die Vertretung der Partikularinteressen bestimmen. Wer diesen Grundsatz mißachtet, richtet den freiheitlichen Staat mit seiner inneren Vielfalt zugrunde. Verzichten wir also in der Wirtschaft wie in der Politik auf demagogische Bekundungen! Gehen wir mit Solidarität und in Freiheit an die Lösung der Probleme!

Aus dem allem ergibt sich für uns die große Lehre: Miteinander, nicht gegeneinander! Und: Der freie Wille des einzelnen ist entscheidend. Also: Solidarität und Freiheit. Ich vertraue auf die Einsicht der Verantwortlichen in diesem Lande. Was ich als Bundespräsident dazu beitragen kann, durch Gespräch und Begegnung mehr staatsbürgerliche Gemeinsamkeit wachsen zu lassen und die Entfaltung des einzelnen zu fördern, das soll geschehen.

Es war immer die Verbindung von Bürgerfleiß und schöpferischer Leistung, die unser Land ausgezeichnet hat. Auch heute leistet die Bundesrepublik Deutschland einen stolzen Beitrag zur kulturellen Entwicklung Europas und der Welt. Die Vertreter der **Wissenschaften** und der **Künste** haben einen Anspruch auf Mitsprache. Lassen wir es nicht zu, daß manche deutsche Leistung im Ausland besser bekannt ist als bei uns!

Die Partnerschaft von Kapital und Arbeit und der Pluralismus im geistigen Leben sind zwei Säulen unserer ausgeglichenen Gesellschaft. Das Zusammenwirken von Bund und Ländern ist die dritte.

Kurzfristige Interessen sollten uns nicht den Blick verbauen für die historische Leistung des **föderalistischen Gedankens** in Deutschland. 1945 haben wir in den Gemeinden nicht gewartet und nicht warten können, bis eine Zentralregierung das Zeichen zum Wiederaufbau gab. Lebensmut und Lebensfähigkeit der kleineren Gebietseinheiten waren unzerstört. So haben wir uns da, wo wir standen, an die Arbeit gemacht. Das war angewandter Föderalismus, und nur als Bundesstaat konnte unser Vaterland sich neu erheben.

Aber auch heute, da die angestammte und festgewurzelte Eigenständigkeit der lokalen menschlichen Gemeinschaften immer mehr von den ausgreifenden Organisationsformen und den globalen Interessen von Wirtschaft und Technik verdrängt wird, bleiben Gemeinde, Kreise und Länder unersetzliche Entscheidungszentren und Zwischenglieder, die das Ganze erst lebendig werden lassen. Der demokratische Wille zur Selbstbehauptung in alten, gewachsenen Ordnungen darf im Bestreben nach durchaus erwünschter Rationalisierung nicht durch unnötige Übertreibungen untergraben werden.

Ich bekenne mich zum ausgewogenen Föderalismus. Er läßt sich nicht für eigensüchtige Zwecke mißbrauchen. Eigenständiges und aktives Glied zu sein für das große Ganze, das ist der tiefste Sinn des Föderalismus. Mehr denn je gilt für das Verhältnis von Bund und Ländern: Miteinander, nicht gegeneinander!

Wir Deutschen hatten es immer ein wenig schwer, zur äußeren Umwelt das rechte Verhältnis zu finden. Weltbürgertum und Verbrüderung sind immer wieder von Mißtrauen und Abkapselung abgelöst worden.

Ein ausgewogenes Verhältnis zur Umwelt wird noch schwieriger, wenn staatliche Macht und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auseinanderklaffen. Während wir handelspolitisch in weltweiten Maßstäben denken, gibt es in unserer Politik die **Gefahr provinzieller Genügsamkeit**. Wenn wir nur noch das für wichtig halten, was bei uns geschieht, werden wir bald für niemanden mehr wichtig sein.

Der Patriot dieses Jahrhunderts, in dem Millionen auf der Suche nach neuen Vaterländern zu Weltbürgern wurden, ist nicht der Gegenpart des Weltbürgers. Im Gegenteil, **Patriotismus**, der aus der Toleranz wächst, und **Weltbürgertum** schließen einander nicht aus — sie bedingen sich.

Es gilt, unsere Aufmerksamkeit und unser Gewissen zu schärfen für das, was in der Welt geschieht. Hunger, Krankheit und Armut sind weiter verbreitet denn je. Ich meine, das gesunde Eigeninteresse müßte uns vor dem Versuch bewahren, eine Insel von Privilegierten zu sein in einem Meer von Armut. Solidarität endet nicht an Staatsgrenzen.

Die **Teilung Deutschlands** hat dies alles nicht einfacher gemacht. Der Bundespräsident ist ein Staatsoberhaupt in Deutschland. Über das „Provisorium“ ist viel Falsches gedacht und gesagt worden. Ein Vierteljahrhundert hat manches geklärt.

Aber eines ist nicht provisorisch: Die politischen Kräfte in diesem Lande werden auch in Zukunft nicht darauf verzichten, einen Zustand des **Friedens in Europa** anzustreben, in dem das deutsche Volk auf der Grundlage des **Selbstbestimmungsrechtes** seine Einheit wiedererlangt.

(Beifall.)

Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, brauchen wir die Bundesrepublik Deutschland als Staat im vollen Sinne des Wortes. Wenn auch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes in historischen Dimensionen gedacht werden muß, so brauchen wir dafür doch ein

auf Dauer angelegtes Instrument. Dies ist unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland.

In wenigen Tagen werde ich **Berlin** besuchen. Ich tue dies nicht im Geiste einer Demonstration. Ich weiß, daß das Viermächte-Berlin-Abkommen eine Lage geschaffen hat, die uns einerseits praktische Erleichterungen bringt, andererseits aber den Zustand der Teilung noch deutlicher macht. Wenn der Bundespräsident Berlin besucht, so tut er es, um jene Bindungen zu entwickeln, von denen das Abkommen spricht.

Alle diese Gedanken und Ziele würden im Winde verwehen, wenn es nicht gelänge, unsere **Jugend** dafür zu gewinnen. Es bleibt eine Schicksalsfrage, ob sich die Jugend die Erfahrung der Älteren zunutze macht. Wenn die Aufbauarbeit eines Vierteljahrhunderts, wenn die Politik dieses Landes einen bleibenden Sinn haben soll, dann kann es nur der sein, unseren Kindern die Irrtümer und Fehler, die wir Älteren gemacht, erlebt und erlitten haben, zu ersparen. Denn wer aus der Geschichte nicht lernen will, muß sie wiederholen.

So laßt uns denn gemeinsam diese entscheidende Aufgabe anpacken. Laßt uns immer und immer wieder fragen, ob wir bei alledem, was wir tun, an die Zukunft unserer Jugend denken. Laßt uns die Mauern des Mißverständnisses und der Vorurteile niederreißen. Wenn es uns nicht gelingt, die Verantwortung rechtzeitig auf die junge Generation zu übertragen, dann war alle Arbeit umsonst.

Aber auch die Jugend hat ihren eigenen und besonderen Beitrag zur Lösung der gemeinsamen Aufgaben zu leisten. Ich sehe diesen vor allem darin, daß die jungen Menschen ihren Sinn für die **moralische Qualität des politischen Handelns** zum Maßstab des Urteils machen. In der Tat besteht ja ein Staatswesen nicht um seiner selbst oder um einer abstrakten Leistungsfähigkeit willen, sondern um den Menschen ein reicheres, befriedigendes Leben zu ermöglichen. Das kann der Staat nur tun, wenn seine Träger an sich und ihr Handeln die

höchsten Maßstäbe anlegen. Wohl dem Gemeinwesen, dem es gelingt, die Erfahrungen der Älteren zu verbinden mit dem Sinn der Jüngeren für Recht und Unrecht.

Die Vereidigung eines neuen Bundespräsidenten ist nur ein Pulsschlag im Leben unseres Volkes. Wir wissen nicht, was die Zukunft für uns bereithält. Aber wir wissen, was uns Kraft gibt: die Lehren aus unserer Geschichte, das Bild unserer Zukunft und die ungebrochene Schaffenskraft unseres Volkes.

Unser Weg führt uns zu einem Deutschland, das seinen Platz in der Welt als Teil Europas einnimmt. Ein **vereintes Europa** wird der Welt ein Beispiel geben: Ein Beispiel des friedlichen Zusammenwirkens der Völker, ein Beispiel der Solidarität und Gerechtigkeit, ein Beispiel der Freiheit, ja auch ein Beispiel der Macht ohne Anmaßung.

So verstehe ich auch die Worte des Amtseides, den ich vor Ihnen geleistet habe. Das Wohl des deutschen Volkes, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm abzuwenden — das ist nicht wenig! Meine Kraft ist gering, wenn nicht die Hilfe der Bürger hinzukommt.

Das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes werden uns den rechten Weg weisen. Laßt uns alle unsere Pflichten erfüllen und gegen jedermann Gerechtigkeit üben.

Damit unser Volk ohne Furcht in die Zukunft blicken kann, möge uns allen Gott helfen.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

7. Bundesversammlung

23. Mai 1979

Übersicht

Zusammensetzung nach Parteien

CDU/CSU	531
SPD	438
FDP	66
Sonstige	1
insgesamt	1 036

Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder¹⁾

Baden-Württemberg	75
Bayern	92
Berlin	16
Bremen	6
Hamburg	14
Hessen	46
Niedersachsen	63
Nordrhein-Westfalen	143
Rheinland-Pfalz	31
Saarland	9
Schleswig-Holstein	23

¹⁾ Bekanntmachung der Bundesregierung vom 23. Januar 1979 (BGBl. I S. 121) über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung.

Tagungsort und Tagungsstätte: Bonn, Beethovenhalle

Präsidenten der Bundesversammlung: Bundestagsvizepräsident Stücklen,
Bundestagsvizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen, Bundestagsvizepräsident Frau Funcke

Wahlergebnis

1. Wahlgang

Karl Carstens (Vorschlag der CDU/CSU)	528
Annemarie Renger (Vorschlag der SPD)	431
Enthaltungen	72
ungültig	1
abgegebene Stimmen insgesamt	1 032

Gewählt: Karl Carstens im 1. Wahlgang mit 528 Stimmen²⁾

²⁾ erforderliche Mehrheit: mindestens 519 Stimmen

Amtszeit: 1. Juli 1979 bis 30. Juni 1984

Verzeichnis der Mitglieder

A

Dr. Abelein *
Adams *
Dr. Dr. Aderhold
Dr. van Aerssen *
Ahlers *
Ahrens
Dr. Ahrens *
Dr. Aigner *
Alber *
Dr. Albrecht
Albrecht
Dr. Althammer *
Altmann
Amling *
Ammon
Amrehn *
Angermeyer *
Dr. Apel *
Arendt *
Arndt (Frankfurt)
Dr. Arnold *
Assmann
Augstein *

B

Baak *
Badeck
Bäumer
Bahr *
Baldauf
Dr. Bangemann *
Dr. Bardens *
Dr. Dr. Barschel
Dr. Barzel *
Batz *
Baum (Biberach)
Baum (Köln) *
Baumann (Berlin)
Baumann (Schwäbisch Hall) *
Baumgarten

Baumhauer
Dr. Bayerl *
Bayha *
Dr. Becher (Pullach) *
Becker (Düsseldorf)
Dr. Becker (Frankfurt) *
Dr. Becker (Kiel)
Becker (Nienberge) *
Dr. Becker (Saarbrücken)
Frau Beckmann
Frau Benedix *
Benz *
Frau Berger (Berlin) *
Berger (Herne) *
Berger (Lahnstein)
Frau Dr. Berghofer-Weichner
Frau Bering
Bernrath
Biechele *
Dr. Biedenkopf *
Biehle *
Frau Bienlein
Biermann *
Bihler
Bindig *
Birzele
Bischoff
Dr. von Bismarck *
Dr. Blanke
Blankenburg
Blaschke
Bleicher
Dr. Blinn
Dr. Blüm *
Blumenfeld *
Bobzien
Dr. Böddrich
Böhm (Melsungen) *
Dr. Böhme (Freiburg) *
Börner
Dr. Bötsch *
Bohl

Bosse
Frau von Bothmer *
Brandes
Brandt *
Brandt (Grolsheim) *
Brandt (Hamburg)
Frau Brauckmann
Frau Brauksiepe
Braun (Oberkirch)
Braun (Wermelskirchen) *
Breidbach *
Brinkert
Brinkmann
Brömmelhaus
Broll *
Brück *
Dr. Brüggemann
Brünger
Frau Brunn
Buchstaller *
Dr. Budell
Büchler (Hof) *
Büchner (Speyer) *
Frau Bühler
Bühler (Bruchsal) *
Bühling *
Dr. von Bülow *
Buggle
Dr. Bugl
Burger *
Buschfort *
Dr. Bußmann *

C

Carstens (Ernstek) *
Carstens (Fehmarn) *
Catenhusen
Frau Choitz
Frau Dr. Christians
Collet *
Conrad (Riegelsberg) *

* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Conradi *
Coppik *
Dr. Corterier *
Cremans
Cronenberg *
Curdts *
Dr. Czaja *
Frau Dr. Czempel *

D

Frau Dr. Däubler-Gmelin *
Dahlhof
Damm (Hamburg) *
Damm (Pinneberg)
Dr. Daniels
Dr. Dannecker
Daubertshäuser *
Daweke *
Demke
Dr. h. c. Deneke
Denkert
Denzer
Dewitz
Dick (München)
Dick (Ulm)
Dr. Diederich (Berlin) *
Diepgen
Dittrich (Bremen)
Döding
Dr. Döhner
Doerge
Döring
Dr. von Dohnanyi *
Dr. Dollinger *
Frau Donnepp
Dorn
Dr. Dregger *
Drescher
Dreßler
Dreyer (Löhne)
Dreyer (Stade) *
Dr. Dübber *
Dürr *
Duve

E

Echternach
Edelbrock
Egert *
Dr. Eggert
Dr. Ehmke *
Ehrbar
Dr. Ehrenberg *
Ehrke
Eickmeyer *
Frau Eilers (Bielefeld) *
Eimer (Fürth) *
Elfring
Frau Elstner
Freifrau von Elverfeldt
Dr. Emmerlich *
Dr. Enders *
Frau Dr. Engel
Engelhard *
Engelsberger *
Engholm *
Engler
Enneking
Erberich
Erhard (Bad Schwalbach) *
Erhard (Holzkirchen)
Frau Erler
Ermann
Ernesti *
Ertl *
Esters *
Dr. Evers *
Evertz
Ewen *
Ey *
Eymer (Lübeck) *

F

Dr. Farthmann
Faust
Dr. Fay
Feinendegen *
Fellermaier *
Frau Fera

Fiebig *
Dr. Dr. h. c. Filbinger
Fischer
Frau Fischer *
Dr. Fischer *
Flacke
Flämig *
Dr. Flath
Frau Dr. Fleck
Frau Dr. Focke *
Folda
Francke (Hamburg) *
Franke
Franke (Berlin)
Franke (Edermünde) *
Franke (Hannover) *
Franz
Fretschner
Fricke
Dr. Friedmann *
Friedrich (Elmshorn)
Friedrich (Würzburg) *
Dr. Früh *
Fuchs
Dr. Fuchs *
Frau Funcke *

G

Gärtner *
Gallus *
Gansel *
Ganz
Gattermann *
Gausmann
Gebhardt
Gehweiler
Frau Geier *
Frau Geiger
Geil
Geipel
Geisenhofer *
Geißinger
Dr. Geißler
Dr. von Geldern *
Genscher *

Dr. George *	Haas (Stuttgart)	Frau Hermans
Gerlach (Oberнау) *	Haase (Fürth) *	Herold
Gerstein *	Haase (Kassel) *	Hesse
Gerster (Mainz) *	Haberl *	Dr. Hesselbach
Gerstl (Passau) *	Häbe	Dr. Heubl
Gerstner (Rastatt)	Dr. Häfele *	von der Heydt
Gertzen *	Haehser *	Freiherr von Massenbach *
Dr. Geßner *	Hahn	Heyenn *
Gierenstein *	Haider	Hilfenhaus
Giesen	Hamer	Dr. Hinrichs
Girgensohn	Frau Dr. Hamm-Brücher *	Frau Hinz
Dr. Glaser	Dr. Hammans *	Dr. Hirsch
Glock	Handlos *	Hisserich
Glombig *	Hansen *	Hitzigrath
Glos *	Hanz *	Hochleitner
Dr. Glück	Hardt	Höffkes *
Gobrecht *	Harlander	Hölscher *
Frau Goede	Frau Dr. Hartenstein *	Höpfinger *
Göhner	Hartmann (Hersbruck) *	Hösl *
Göllner	Hartmann (Stuttgart)	Dr. Hoffacker *
Dr. Gölter	Hasinger *	Hoffie *
Goerdeler	von Hassel *	Hoffmann (Bad Schwartau)
Götz	von Hassel (Bremerhaven)	Frau Hoffmann (Hoya) *
Goldberg	Hasselmann	Hoffmann (Saarbrücken) *
Goldhammer	Hauck *	Hofmaier
Goll	Dr. Hauff *	Hofmann (Knetzgau)
Dr. h. c. Goppel	Hauser (Bonn-Bad Godesberg) *	Hofmann (Kronach)
Gorlas	Hauser (Krefeld) *	Holkenbrink
Dr. Gradl *	Dr. Haussmann (Reutlingen) *	Hollweg
Grätz	Dr. Haußmann (Stuttgart)	Dr. Holtz *
Greschkowitz	Heckmann	Dr. Hopmeier
Gries	Heiler	Hoppe *
Grobecker *	Dr. Heimes	Horn *
Grosspeter	Hein (Höxter)	Dr. Hornhues *
Grüner *	Hein (Saarlouis)	Horstmeier *
Dr. Gruhl *	Heinemann	Frau Huber *
Grundmann	Heinz (Hennef)	Huber
Grunenberg *	Hellwig	Dr. Hubrig *
Gscheidle *	Helmrich *	Hülsmann
Günther	Helmstädter	Hüper
	Helzer	Frau Hürland *
	Henke *	Dr. Hüscher *
	Henkel	Huonker *
	Henkelmann	Dr. Hupka *
	Dr. Hennig *	Huppertz
	Frau Herbst	Graf Huyn *

H

Dr. Haack (Erlangen) *
 Haag (Stuttgart)
 Dr. Haak (Hagen)
 Haar *
 Haas (Solingen)

I

Ibrügger *
 Ihle
 Ilg
 Immel
 Immer (Altenkirchen) *

J

Dr. Jaeger *
 Jaeger (Schliersee)
 Jäger (Wangen) *
 Dr. Jahn (Braunschweig) *
 Jahn (Marburg) *
 Dr. Jahn (Münster) *
 Jahn (Watzum)
 Dr. Janning
 Jansen (Mönchengladbach)
 Janßen (Wilhelmshaven)
 Jaunich *
 Dr. Jenninger *
 Dr. Jens *
 Dr. Jentsch (Wiesbaden) *
 Dr. Jobst *
 Dr. Jochimsen
 Josten *
 Jung *
 Junghans *
 Jungmann *
 Junker *
 Frau Junker

K

Kähler
 Kaffka *
 Kaiser
 Kanther
 Kaps
 Kaptain
 Karrenberg
 Karry
 Frau Karwatzki *
 Kasper
 Katzer *
 Frau Kerner

Keßler
 Kiechle *
 Kiep
 Dr. h. c. Kiesinger *
 Kiesel
 Kirschner (Oberndorf) *
 Kirschner (Vechelde)
 Kittelmann *
 Klapheck
 Klein (Andernach)
 Klein (Bad Windsheim)
 Klein (Dieburg) *
 Klein (Dornstadt)
 Dr. Klein (Göttingen) *
 Klein (München) *
 Kleinert *
 Dr. Klepsch *
 Klinke
 Klinker *
 Dr. Klose
 Kluncker
 Knipfer
 Knudsen
 Koblitz *
 Koch (Eschborn)
 Koch (Langenfeld)
 Köder
 Dr. Köhler (Duisburg) *
 Dr. Köhler (Wolfsburg) *
 König (Emmerthal)
 König (Trier)
 Köppler
 Köster *
 Dr. Kohl *
 Kolb *
 Konrad *
 Frau Kräft
 Kräuter
 Krampe *
 Dr. Kraske *
 Kratz *
 Kraus *
 Krause (Bassum)
 Krause (Bonn)
 Krautter
 Dr. Kreile *
 Kremer
 Kretkowski *

Frau Kretschmar
 Dr. Kreuzmann *
 Krey *
 Kriegel
 Krieger
 Krockert *
 Frau Kröpke
 Kroll-Schlüter *
 Frau Krone-Appuhn *
 Frau Kruse
 Kuckart
 Kühbacher *
 Kühle
 Kürten
 Kuhlwein *
 Kunz (Berlin) *
 Dr. Kunz (Weiden) *
 Kupfahl
 Frau Kurz

L

Lachenmeyer
 Läßle
 Dr.-Ing. Laermann *
 Lagemann
 Lagershausen *
 Lahmann
 Lambinus *
 Dr. Graf Lambsdorff *
 Lamers
 Lampersbach *
 Landré *
 Lang
 Lange *
 Dr. Langguth *
 Dr. Langner *
 Latendorf
 Lattmann *
 Dr. Laufs *
 Dr. Lauritzen *
 Lauterbach
 Leber *
 Leddin
 Lehlbach
 Leinbach
 Dr. Lemke
 Frau Lemmermann

Lemmrich *
 Lemp *
 Lemper
 Lenders *
 Lengemann
 Lennartz
 Dr. Lenz (Bergstraße) *
 Dr. Lenz (Köln)
 Lenzer *
 Frau Dr. Lepsius *
 Lerchenberger
 Frau Lewandowsky
 Lex
 Dr. Lichtenberg
 Liebermann
 Liedtke *
 Frau Linde
 Linde
 Dr. Linde *
 Link *
 Linkner
 Lintner *
 Löffler *
 Löher *
 Lösch
 Frau Lorenz
 Lorenz
 Dr. Luda *
 Ludewig *
 Lück
 Lücker *
 Lütgert
 Lummer (Berlin)
 Lummer (Bielefeld)
 Luster *
 Lutz *

M

Macho
 Mader
 Maedge
 Magin
 Männing *
 Mahne *
 Dr. Dr. h. c. Maihofer *
 Marquardt *
 Marschall *

Martin
 Frau Dr. Martiny-Glotz *
 Dr. Marx *
 Frau Matthäus-Maier *
 Matthesen
 Matthöfer *
 Mattick *
 Maucher
 Mayer (Dirlewang)
 Mayer (Eisenberg)
 Frau Mayer-Katz
 Meier (Stadthagen)
 Dr. Meinecke (Hamburg) *
 Meinike (Oberhausen) *
 Meininghaus *
 Meister
 Dr. Mende *
 Mendel
 Menzel *
 Merker *
 Mernizka
 Dr. Mertes (Gerolstein) *
 Metz *
 Meyer (Sankt Augustin)
 Dr. Meyer zu Bentrup *
 Dr. Meyers
 Michl
 Mihr
 Dr. Mikat *
 Milde
 Dr. Miltner *
 Milz *
 Mischnick *
 Möhring *
 Möllemann *
 Möller (Heringsdorf)
 Dr. Möller (Karlsruhe)
 Möller (Lage)
 Möller (Quakenbrück)
 Dr. Möller (Sankt Augustin) *
 Möslein
 Moning
 Moritz
 Dr. Morlok
 Dr. Müller *
 Müller (Bayreuth) *
 Müller (Berlin) *
 Müller (Mülheim) *

Müller (Nordenham) *
 Müller (Pirmasens)
 Müller (Puchheim)
 Müller (Remscheid) *
 Müller (Schweinfurt) *
 Müller (Wadern) *
 Dr. Müller-Emmert *
 Dr. Müller-Hermann *
 Müntefering *
 Muhr

N

Nämsch
 Nagel (Borken)
 Nagel (Eime)
 Nagel (Mannheim) *
 Frau Nagy
 Dr. Narjes *
 Naser
 Nehm
 van Nes Ziegler
 Neu
 Neuhaus (Lüdenscheid)
 Neuhaus (Schwetzingen) *
 Dr. Neuman (Eschweiler)
 Neumann (Bramsche) *
 Neumann (Bremen)
 Neumann (Stelle) *
 Frau Dr. Neumeister *
 Nickels
 Niegel *
 Noack (Buxtehude)
 Dr. Nöbel *
 Nordlohne *
 Nowack (Essen)

O

Oberle
 Oestmann
 Offergeld *
 Oldenburg
 Dr. Olderog
 Oostergetelo *
 Ortmann
 Frau Ostermeier
 Ostrop

P

Frau Pack *
 Paintner *
 Panther
 Paterna *
 Paulig
 Pawelczyk *
 Peiter *
 Dr. Penner *
 Pensky *
 Perschau
 Peter *
 Petersen *
 Pfeffermann *
 Pfeifer *
 Dr. Pfennig *
 Pfrang
 Frau Philippi
 Picard *
 Pieroth *
 Frau Pieser *
 Pietsch
 Dr. Pinger *
 Dr. Pöls
 Dr. Pohl
 Pohlmann *
 Dr. Pohlmeier
 Polkehn *
 Dr. Pollwein
 Porzner *
 Dr. Posser
 Prangenberg *
 Preu
 Preuss
 Dr. Probst *
 Prosch
 Prusko
 Pürsten

R

Rademaker
 Rainer *
 Rapp (Göppingen) *
 Rappe (Hildesheim) *

Rau
 Ravens
 Rawe *
 Reddemann *
 Regenspurger *
 Regler
 Rehm
 Reichold
 Dr. Reimers *
 Reinelt
 Reinhard
 Reitzner
 Remmers
 Rempis
 Frau Renger *
 Reuschenbach *
 Reuter
 Reutlinger
 Rheinländer
 Richert
 Frau Rickers
 Frau Dr. Riede
 (Oeffingen) *
 Dr. Riedl (München) *
 Dr. Riege
 Dr. Riemer
 Dr. Riesenhuber *
 Dr. Ritz *
 Röhner *
 Röhl
 Dr. Rössy
 Röttger
 Rohde *
 Rokitta
 Frau Rommel
 Ronneburger
 Dr. Rose
 Rosenthal *
 Roth *
 Ruder
 Rückin
 Frau Dr. Rüdiger
 Rühle *
 Rösenberg
 Rund
 Russe *

S

Saalfeld
 Sack
 Sander *
 Sauer (Salzgitter) *
 Sauter (Epfendorf) *
 Saxowski *
 Prinz zu Sayn-
 Wittgenstein-Hohenstein *
 Schaa
 Dr. Schachtschabel *
 Schäfer (Mainz) *
 Schäfer (Nürnberg)
 Schäfer (Offenburg) *
 Dr. Schäfer (Tübingen) *
 Schätzle
 Dr. Schäuble *
 Schardt
 Schartz (Trier) *
 Schedl *
 Scheffler *
 Scherer
 Schetter *
 Dr. Scheufelen
 Schiess
 Schirmer *
 Schlaga *
 Schlappner
 Schlatter
 Frau Schlei
 Frau Schleicher *
 Frau Schlenker
 Schlottmann
 Schluckebier *
 Frau Schmedt
 Schmelter
 Schmidhuber
 Schmidt (Braunschweig)
 Dr. Schmidt (Gellersen) *
 Schmidt (Hamburg) *
 Schmidt (Kempten) *
 Schmidt (München) *
 Schmidt (Niederselters)
 Schmidt (Wattenscheid) *
 Schmidt (Würgendorf) *

Schmidt (Wuppertal) *
 Frau Schmitt
 Dr. Schmitt-Vockenhausen *
 Schmitz (Baesweiler) *
 Schmitz (Berlin)
 Schmöle *
 Schmude
 Dr. Schmude *
 Dr. h. c. Schmücker
 Schnabel
 Dr. Schneider *
 Schneider (Bickenbach)
 Schneier (Zeil)
 Dr. Schneller
 Dr. Schnoor
 Dr. Schöfberger *
 von Schoeler *
 Dr. Scholl
 Dr. Schosser
 Schreiber *
 Dr. Schröder (Düsseldorf) *
 Dr. Schroeder (Freiburg)
 Schröder (Lüneburg) *
 Schröder (Wilhelminenhof) *
 Schröer
 Schrot
 Frau Schuchardt *
 Dr. Schulte
 (Schwäbisch Gmünd) *
 Schulte (Unna) *
 Schultz (Hamburg)
 Schulze (Berlin) *
 Schulze (Unna-Königsborn)
 Schulze-Stapen
 Frau Schuster
 Schuster
 Schwabe *
 Schwarz (Leubsdorf) *
 Schwarz (Reichertshofen)
 Dr. Schwarz-Schilling *
 Dr. Schwefer
 Schweizerhof
 Dr. Schwencke (Nienburg) *
 Dr. Schwenk (Stade) *
 Schwenke de Wall
 Schwier

Frau Schwigon
 Dr. Schwörer *
 Sedlmeir
 Seefeld *
 Dr. Seidl
 Seidl
 Seiler
 Seiters *
 Frau Seitz
 Selle
 Sick *
 Sickert
 Sieglerschmidt *
 Sieler *
 Sierks
 Frau Simonis *
 Simpfendörfer *
 Sommer
 Spaeth (Ostenfeld)
 Späth (Stuttgart)
 Spengler
 Sperner
 Dr. Sperling *
 Spielbauer
 Dr. Freiherr Spies
 von Büllesheim *
 Spilker *
 Spitzer
 Spitzmüller *
 Dr. Spöri *
 Spranger *
 Dr. Sprung *
 Stahl (Kempen) *
 Stahlberg *
 Dr. Stark (Nürtingen) *
 Dr. Starke (Franken) *
 Frau Starlinger
 Dr. Staudt *
 Graf Stauffenberg *
 Dr. Stavenhagen *
 Stechele
 Dr. Stecker
 Steen
 Dr. Steger *
 Steinberger
 Frau Steinhauer *
 Dr. Stercken *
 Stobbe

Frau Stocker
 Stockleben *
 Stöckel (Diespeck)
 Frau Stöckl
 Stöckl (Melsungen)
 Stöckl (Regensburg) *
 Dr. Stoiber
 Dr. Stoltenberg
 Stommel *
 Straßmeir
 Strauß
 Streibl
 Frau Dr. Streletz
 Ströbele
 Strube
 Stücklen *
 Sturmowski
 Stutzer *
 Süss
 Susset *
 Sybertz *
 Szymczak

T

Terlinden
 de Terra *
 Teufel
 Teyssen
 Thorwirth
 Thüsing *
 Tietjen
 Tietze
 Tillmann *
 Frau Dr. Timm *
 Titzck
 Dr. Todenhöfer *
 Tönjes *
 Topmann *
 Trabalski
 Frau Traupe *
 Frau Tübler *

U

Ueberhorst *
 Dr. Ueberschär
 Uhlenberg

Ullrich
Dr. Unland *
Urbaniak *

V

Van Vlodrop
Frau Verhülsdonk *
Frau Versteegen
Dr. Vetter
Vetter (Berlin)
Vetter (Mülheim/Ruhr)
Vitt
Völkel
Voelker (Berlin)
Völker (Eschweiler)
Vogel (Ennepetal) *
Dr. Vogel (München) *
Dr. Vogel (Speyer)
Vogelsang *
Vogt (Düren) *
Dr. Vohrer *
Voigt (Frankfurt) *
Voigt (Sonthofen) *
Volmer *
Volz
Dr. Voscherau
Dr. Voss *

W

Wacher
Frau Wachter
Dr. Waffenschmidt *
Frau Wagner
Dr. Wagner (Bensheim)
Dr. Wagner (Heppenheim)
Wagner (Oberhausen)
Wagner (Saarbrücken)
Dr. Wagner (Trier)
Dr. Waigel *
Walkhoff *
Dr. Wallmann
Waltemathe *
Walther *
Frau Dr. Walz *

Warnecke
Dr. Warnke *
Dr. von Wartenberg *
Watzke
Wawrzik *
Frau Weber
Weber (Heidelberg) *
Dr. Weber (Köln) *
Weber (Salzgitter)
Wehner *
Wehrenberg
Weich
Weigl
Weilandt
Weiskirch (Olpe) *
Weiss
Weisskirchen (Wiesloch) *
Dr. von Weizsäcker *
Frau Wendel
Dr. Wendig
Wendt *
Wendzinski
Wenning
Wenzel
Frau Werner
Werner (Kirchdorf)
Werner (Ulm) *
Dr. Wernitz *
Westphal *
Frau Dr. Wex *
Dr. h. c. Weyer
Widder
Wiefel *
Wilczok
Wilhelm *
Frau Will-Feld *
Dr. Willich
Frau Dr. Wilms *
Wimmer (Mönchengladbach) *
Wimmer (Neuötting) *
Windelen *
Wingendorf
Winkels
Winterstein
Wirth
Wirtz
Wischnewski *
Frau Dr. Wisniewski *

Wissebach *
Wissmann *
Dr. de With *
Dr. Wittmann (München) *
Wittmann (Straubing) *
Dr. Wörner *
Wohlrahe
Frau Wolf
Wolfgramm (Göttingen) *
Wolfram (Recklinghausen) *
Dr. Worms
Baron von Wrangel *
Wrede *
Wünsche
Würfel
Würtz *
Würzbach *
Wüster *
Dr. Wulff *
Wurbs *
Wuttke *
Wuwer *

X

Xhonneux

Z

Zander *
Zebisch *
Dr. Zeitel *
Zeitler *
Zeller
Zenz
Zeyer *
Ziegler (Maikammer)
Ziegler (Würzburg) *
Dr. Zimmermann *
Zimmermann (Leonberg)
Zink *
Dr. Zöpel
Dr. Zumpfort *
Zwack
Zywietz *

Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten

Länder	CDU/CSU			SPD			FDP			Sonstige			Insgesamt					
	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.	MdB	MdL	Nicht-MdL insg.			
Baden-Württemberg	38	21	24	26	7	18	51	7	3	2	12	-	-	-	71	31	44	146
Bayern	53	16	40	29	4	25	58	6	3	1	10	-	-	-	88	26	66	180
Berlin	11	5	3	10	5	2	17	1	1	-	2	-	-	-	22	11	5	38
Bremen	2	2	-	3	3	-	6	-	1	-	1	-	-	-	5	6	-	11
Hamburg	5	6	-	8	5	3	16	1	-	-	1	-	-	-	14	11	3	28
Hessen	21	19	3	22	14	7	43	4	1	2	7	-	-	-	47	34	12	93
Niedersachsen	27	15	19	29	7	22	58	5	-	-	5	-	-	-	62	22	41	125
Nordrhein-Westfalen	66	38	30	70	32	33	135	12	7	3	22	-	-	-	148	77	66	291
Rheinland-Pfalz	16	11	6	13	12	1	26	2	-	1	3	-	-	-	31	23	8	62
Saarland	4	5	-	4	4	-	8	-	-	-	-	-	-	-	8	9	-	17
Schleswig-Holstein	10	11	1	10	6	4	20	2	1	-	3	-	-	-	22	18	5	45
Insgesamt:	253	152	126	224	99	115	438	40	17	9	66	1	-	-	518	268	250	1036
		278	531	214	26	26										518		

* fraktionslos

Zusammengestellt vom Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages

Stenographischer Bericht

Bonn, Mittwoch, den 23. Mai 1979¹⁾

Beginn: 10.02 Uhr

Vizepräsident Stücklen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erkläre die 7. Bundesversammlung zur Wahl des fünften Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland für eröffnet und heiße die Mitglieder der Bundesversammlung, die Botschafter und Vertreter der ausländischen Missionen, die Gäste aus dem In- und Ausland sowie die Vertreter des Bundesrates und der Länder der Bundesrepublik recht herzlich willkommen. Ich begrüße auch alle Gäste, die heute hier in der Beethovenhalle an diesem Wahlakt teilnehmen. Ich begrüße vor allen Dingen auch alle diejenigen, die über Rundfunk und Fernsehen durch Hören und Sehen aus der Ferne mit an diesem Wahlakt teilnehmen können.

Wir bedauern, daß die derzeitigen politischen Verhältnisse es nicht ermöglichen, diese Bundesversammlung in **Berlin** abzuhalten.

(Anhaltender Beifall.)

Wir senden von dieser Stelle in aufrichtiger Verbundenheit und Herzlichkeit unsere Grüße nach Berlin und hoffen, daß uns die Geschichte die Gnade schenkt, daß die Stadt Berlin wieder einmal die Hauptstadt eines einigen und freien Deutschlands sein wird.

(Lebhafter Beifall.)

Die Bundesversammlung ist von unserer Verfassung allein und ausschließlich dazu bestimmt, das Staatsoberhaupt, den Bundespräsidenten, zu wählen.

Sie ist diesmal auf den **30. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes**, also auf einen Tag von geschichtlichem Symbolwert, einberufen worden. Heute vor 30 Jahren, am 23. Mai 1949, um 16 Uhr, begann hier in Bonn die

letzte Sitzung des Parlamentarischen Rates, auf der seine Präsidenten Adenauer, Schönfelder und Schäfer das von ihm am 8. Mai beschlossene und danach auch von den Volksvertretungen der Länder mit der erforderlichen Mehrheit angenommene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ausfertigten. Unmittelbar anschließend wurde es im Bundesgesetzblatt verkündet.

Die Bedeutung dieses Aktes läßt sich für uns heute aus der Erfahrung dieser 30 Jahre noch weit besser ermessen als aus der unmittelbaren Gegenwart des damaligen Tages. Dieser Tag der Verkündung des Grundgesetzes wurde zum Startzeichen für den Wiederbeginn des eigenstaatlichen Lebens, bei uns von der Öffentlichkeit begrüßt als die konkrete Aussicht auf schrittweise Rückkehr zur politischen Selbstbestimmung, als eine gute Chance, bei uns in Deutschland wieder die Demokratie einzubürgern mit ihren Attributen der politischen und bürgerlichen Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit, der Begrenzung und öffentlichen Kontrolle jeglicher politischer Macht, der Verhinderung staatlicher Willkür und der Erwartungen einer staatlichen Tätigkeit im Dienste einer Idee, der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs.

Was damals erst Gegenstand von Hoffnungen und Erwartungen war, ist längst alltägliche und selbstverständliche Praxis geworden. Niemand vermag zu bestreiten, daß unsere Verfassung nicht nur vom Anspruch her, sondern in ihrer lebendigen Wirklichkeit eine **Verfassung der Freiheit** ist,

(Beifall)

eine Verfassung der Freiheit, die keinen Vergleich mit den freiheitlichsten Verfassungsord-

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlper., Stenogr. Berichte. Bd. 110, Sonderdruck

nungen der Geschichte und der Gegenwart, welche man auch immer nehmen will, zu scheuen braucht.

(Erneuter Beifall.)

Was das **demokratische Leben** anbelangt, so hat sich hier auf den verschiedenen Ebenen der staatlichen und kommunalen Tätigkeit eine Mannigfaltigkeit an aktiver Teilnahme der Bürger entwickelt, die weit über das Maß hinausgeht, das man aus der bloßen Kenntnis des Textes unserer Verfassung erwarten konnte.

Die vom Grundgesetz geschaffene **institutionelle Ordnung**, ihre Aufteilung von Aufgaben und Kompetenzen auf die verschiedenen Organe der Verfassung hat sich bewährt und als leistungsfähig und stabil erwiesen.

Das bestehende **Spannungsverhältnis zwischen Bund und Ländern**, das sicher manche Reibungen und auch Reibungsverluste erzeugen mag, hat eine fruchtbare und konstruktive Wirkung gezeigt.

Schließlich aber ist auch die Übereinstimmung zu nennen, die die maßgebenden politischen Kräfte im Parlamentarischen Rat herausbildeten, zu denen im übrigen vor allem die **politischen Parteien** gehörten, die auch heute noch in Bund und Ländern die **Träger des politischen Lebens** sind.

Es ist das große Verdienst der Väter unserer Verfassung, die Verbindlichkeit dieser auf einem Grundkonsens beruhenden Wertbindung so deutlich in die Verfassung hineingeschrieben zu haben, daß es unmöglich war und auch in Zukunft nicht möglich sein kann, die von ihr gewährte Freiheit mit der bloßen Ungebundenheit und Bindungslosigkeit zu verwechseln.

Wirtschaft und Gesellschaft haben die Chance der Freiheit zu nutzen gewußt und zugleich die materiellen Grundlagen geschaffen für die Erfüllung des Anspruchs auf Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

Mit dieser Verfassung hat sich unser Land wieder der **Tradition und Lebenswelt Europas**

zugewandt, zu der es ja eigentlich immer gehört hat und aus der es nur gelegentlich, am radikalsten allerdings unter dem Nationalsozialismus, auszubrechen versuchte.

Kernelemente dieser Lebensordnung sind das Bekenntnis zu den Grund- und Menschenrechten, zu einem freien, vom einzelnen selbst zu bestimmenden und zu verantwortenden Leben, zur Freiheit des Geistes, des Glaubens und des Denkens.

Zu dieser Lebensordnung gehört allerdings auch, daß die Gemeinschaft in den für sie zu erbringenden Leistungen auf ein hohes Maß an Freiwilligkeit ihrer **Bürger** angewiesen ist. Es gibt aber keine Freiheit ohne die Bereitschaft zum Risiko, und es kann auch kein auf Freiwilligkeit beruhendes Gemeinwesen geben, dessen Bürger sich nicht auch ihrer **persönlichen Verantwortung für die Allgemeinheit**, für das Gemeinwohl bewußt sind.

Auch in unseren Tagen, in denen sich in den Augen mancher die Risiken der Zukunft allzu drohend aufzutürmen scheinen, sollte nicht versäumt werden, an diese einfachen Wahrheiten über die fundamentalen Bedingungen der Freiheit zu erinnern.

Die Aufgaben des Tages stellen sich aus den Problemen der Zeit, und sie erfordern wie in den drei zurückliegenden Jahrzehnten unsere Kraft, unsere Energie und unseren Einsatz. Vor allem aber erfordern sie Vertrauen zu uns selbst. Zu diesem Vertrauen aber berechtigt uns die Gewißheit, daß wir in den vergangenen drei Jahrzehnten den Platz in der Gemeinschaft der freien Völker Europas gemäß unserer geistigen Tradition und unserer Geschichte wiedergefunden haben. Es ist unsere Aufgabe, dieses Erbe zu sichern und zu erhalten — nicht für uns allein, sondern auch für den Teil unseres Volkes, unserer Nation, der, nicht aus eigener Schuld und eigenem Willen, noch heute davon ausgeschlossen ist.

(Lebhafter Beifall.)

Gerade angesichts dieser für uns schmerzhaften Tatsache der ungelösten nationalen Frage sollten wir uns den vor uns liegenden Aufgaben nicht ohne das Bewußtsein zuwenden, dankbar sein zu müssen für die uns geschenkten Jahrzehnte gesicherter Entwicklung in Freiheit und Frieden und in einer Gemeinschaft der freien Völker.

Mit Beharrlichkeit, mit Mut, mit Selbstvertrauen und mit Gottes Hilfe in eine friedvolle Zukunft!

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur **Konstituierung der 7. Bundesversammlung**, die aus den 518 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und derselben Zahl von Mitgliedern besteht, die von den Landesparlamenten gewählt worden sind. Nach den Mitteilungen der Präsidenten der Landesparlamente sind die 518 Mitglieder aus den Ländern rechtmäßig gewählt und benannt worden.

An Stelle des nach § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung zur Leitung bestimmten Bundestagspräsidenten habe ich in seiner Vertretung die Sitzungsleitung übernommen. Ich schlage vor, daß die **Geschäftsordnung** des Deutschen Bundestages sinngemäß auch bei der Durchführung dieser Bundesversammlung Anwendung findet. Ist das Haus damit einverstanden? — Ich sehe und höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen.

Zur **Beschlußfähigkeit** der Bundesversammlung ist die Anwesenheit von mindestens 519 Mitgliedern der Bundesversammlung erforderlich. Mein ungetrübt Auge stellt fest,

(Heiterkeit)

daß diese Zahl auf jeden Fall erreicht ist. Damit ist die Bundesversammlung also beschlußfähig.

Als Schriftführer schlage ich Ihnen die 19 Abgeordneten vor, die auch im Deutschen Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Es

sind die Abgeordneten Amling, Batz, Frau Benedix, Berger (Herne), Biehle, Collet, Dr. Hammans, Frau Dr. Hartenstein, Josten, Marquardt, Merker, Frau Pack, Frau Dr. Riede (Oeffingen), Frau Schleicher, Frau Traupe, Ueberhorst, Dr. Vohrer, Waltemathe und Werner. Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? — Ich sehe und höre keinen Widerspruch; auch dies ist so beschlossen. Ich bitte nunmehr die Schriftführer Frau Pack und Herrn Waltemathe, neben mir Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, die Bundesversammlung ist damit konstituiert.

Nach § 9 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung Wahlvorschläge beim Präsidenten des Deutschen Bundestages schriftlich einreichen, wobei die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen beizufügen ist.

Es wurden bislang folgende **Wahlvorschläge** eingereicht: Die Fraktion der CDU/CSU schlägt Herrn **Karl Carstens** vor.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

Die Fraktion der SPD schlägt Frau **Annemarie Renger** vor.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Ich bitte die beiden Schriftführer im Sitzungsvorstand, sich von der ordnungsgemäßen Vorlage der beiden Wahlvorschläge und der beigefügten Zustimmungserklärungen zu überzeugen. — Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf im Namen des Sitzungsvorstandes feststellen, daß die Vorschläge ordnungsgemäß vorgelegt worden sind und die Zustimmungserklärungen vorliegen.

Werden weitere Vorschläge aus der Bundesversammlung gemacht? — Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Meine Damen und Herren, nun kommen noch einige Regularien, an denen wir nicht vorbeikommen. Ich darf Ihre Aufmerksamkeit

keit also noch für einige Bemerkungen zum **Wahlverfahren** in Anspruch nehmen, damit die Wahl sowohl vorschriftsmäßig als auch möglichst rationell und — bei aller Sorgfalt — schnell durchgeführt wird.

Nach § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten wird mit verdeckten amtlichen Stimmkarten gewählt; das heißt, gemäß § 54 a der Geschäftsordnung, daß die Wahl geheim stattfindet. Sie finden die Vorschrift auf Seite 6 des Ihnen übersandten Faltblattes mit den Gesetzestexten.

Meine Damen und Herren, die allein gültige Stimmkarte erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens sowie nach Vorzeigen Ihres weißen Wahlausweises an dem Tisch neben den von mir aus gesehen rechts postierten Wahlzellen.

Sie dürfen — ich bitte, das ganz streng zu handhaben — Ihre Stimmkarte nur in der Wahlzelle ankreuzen und müssen auch in der Wahlzelle die Stimmkarte in den Wahlumschlag stecken. Die Schriftführer müssen deshalb einen Wähler zurückweisen, der seine Stimmkarte außerhalb der Wahlzelle gekennzeichnet oder sie außerhalb der Wahlzelle in den Wahlumschlag gelegt hat. Der betreffende Wähler kann aber, nachdem er zurückgewiesen worden ist, dann selbstverständlich ordnungsgemäß die Wahl vollziehen.

Noch ein Satz zur Stimmabgabe selbst: Eine Stimmkarte ist ungültig, wenn beide Namen angekreuzt sind oder die Stimmkarte einen anderen Namen oder sonstige Zusätze enthält. Wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt eben keinen Namen an. Den weißen Wahlausweis übergeben Sie bitte dem Schriftführer an der Wahlurne. Das ist insofern wichtig, als die Abgabe des Wahlausweises an die Stelle der Eintragung in die sonst übliche Anwesenheitsliste tritt.

Ich bitte nunmehr die eingeteilten Schriftführer, ihre Plätze an der Stimmkartenausgabe und an der Wahlurne einzunehmen. Eine Kontrolle, ob die Wahlurne leer ist, brauche

ich nicht durchzuführen; die Wahlurne ist durchsichtig, und Sie alle können sich davon überzeugen, daß sie tatsächlich leer ist. — Darf ich die Schriftführer bitten!

Die Schriftführer werden nun die Namen nach dem Alphabet aufrufen. Die im Nachtrag zur Ihnen vorliegenden Mitgliederliste aufgeführten Mitglieder werden zum Schluß aufgerufen. Verfolgen Sie bitte den Namensaufruf an Hand der Ihnen vorliegenden Mitgliederliste, und kommen Sie bitte rechtzeitig nach vorn zur Stimmabgabe. — Ich darf noch erwähnen, daß die Sitzung nicht für eine Mittagspause unterbrochen wird.

Aus der Bundesversammlung werden keine Bemerkungen gemacht. Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich den **Wahlgang** eröffnen. Ich bitte die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf — Während des Namensaufrufs übernehmen um 10.55 Uhr
Vizepräsident Frau Funcke und um
12 Uhr Vizepräsident Dr. Schmitt-
Vockenhausen den Vorsitz.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen:
Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben haben. — Das ist offensichtlich der Fall.

Ich schließe die Wahl und bitte die Damen und Herren Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Die Sitzung ist während der Auszählung nicht unterbrochen. Selbstverständlich können Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Saal wie bisher auch verlassen. Ich wäre nur dankbar, wenn je ein Parlamentarischer Geschäftsführer unmittelbar zur Verfügung stünde.

(Während der Auszählung übernehmen um
12.52 Uhr Vizepräsident Frau Funcke und
um 13.05 Uhr wieder Vizepräsident
Dr. Schmitt-Vockenhausen den Vorsitz.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis der Wahl** bekannt.

Die Zahl der Mitglieder der Bundesversammlung beträgt 1036. Es sind 1032 Stimmen abgegeben worden. Die vier fehlenden Stimmen betreffen vier erkrankte Mitglieder des Deutschen Bundestages; Herr Kollege Hofmann (Kronach) erlitt noch heute morgen einen Herzinfarkt und konnte deswegen an der Wahlhandlung nicht teilnehmen. Ich darf ihm im Namen der Versammlung die besten Grüße und Wünsche zur Genesung übermitteln.

(Beifall.)

Es wurden 1031 gültige Stimmen abgegeben, für Herrn Karl Carstens 528 Stimmen.

(Langanhaltender stürmischer Beifall bei der CDU/CSU — die CDU/CSU-Mitglieder der Bundesversammlung erheben sich — Vizepräsident Frau Renger und zahlreiche weitere Mitglieder der Bundesversammlung beglückwünschen Präsident Carstens zur Wahl.)

Für Frau Kollegin Renger wurden 431 Stimmen abgegeben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD.)

72 Mitglieder der Bundesversammlung haben sich der Stimme enthalten. Eine Stimme war ungültig.

Meine Damen und Herren, damit hat Herr Professor Karl Carstens die nach Art. 54 Abs. 6 Satz 1 des Grundgesetzes im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Bundesversammlung erhalten und wird somit der fünfte Präsident der Bundesrepublik Deutschland sein.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

Nach § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten teile ich Ihnen, Herr Professor Carstens, die Wahl hierdurch mit. Sie haben zwei Möglichkeiten: Sie können die Wahl innerhalb von zwei Tagen oder sofort

annehmen. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Carstens, Präsident des Deutschen Bundestages: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß Herr Professor Carstens die Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland angenommen hat. Ich beglückwünsche Sie im Namen der Bundesversammlung zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen alles Gute und Gottes Segen für Ihr künftiges Amt.

(Lebhafter Beifall.)

Wollen Sie das Wort ergreifen, Herr Präsident?

Carstens, Präsident des Deutschen Bundestages (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke zunächst Ihnen, Herr Präsident, für die Glückwünsche, die Sie mir zu meiner Wahl ausgesprochen haben. Ich danke allen Mitgliedern der Bundesversammlung, die mir ihre Stimme gegeben haben, und ich bekunde meinen Respekt vor den Mitgliedern der Bundesversammlung, die mir ihre Stimme nicht gegeben haben.

Ich bekunde meinen besonderen Respekt vor Frau Annemarie Renger. Ich habe mich — wenn ich das sagen darf, Frau Renger — nach unserer jahrelangen guten Zusammenarbeit im Präsidium des Deutschen Bundestages darüber gefreut, daß Ihre Fraktion Sie als Kandidatin nominiert hat. Ich danke auch Ihnen besonders für Ihre guten Wünsche, und ich danke allen Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesversammlung, die mir ihre guten Wünsche ausgesprochen haben.

Für mich beginnt mit diesem Tage ein neuer Lebensabschnitt. Das Grundgesetz weist dem Bundespräsidenten die Rolle, die Aufgabe zu, Präsident aller Bürger dieses Landes zu sein und sein Amt unparteiisch zu führen. Ich wer-

de mir Mühe geben, ich werde alles in meinen Kräften Stehende tun, um diesem hohen Anspruch gerecht zu werden.

(Beifall.)

Ich bitte alle Bürger unseres Landes, ich bitte aber insbesondere auch Sie alle, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesversammlung, mich bei der Erfüllung dieser Aufgabe zu unterstützen. Denn ich denke, bei allen Meinungsverschiedenheiten, die wir in der Vergangenheit untereinander ausgetragen haben, gibt es doch vieles, was uns alle miteinander verbindet. Wir alle sind der Meinung, daß das Grundgesetz, dessen 30. Geburtstag wir heute feiern, die beste Verfassung ist, die das deutsche Volk in seiner Geschichte jemals gehabt hat, und ich denke daher, daß wir auch darin übereinstimmen, daß es unsere gemeinsame Aufgabe ist, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, damit der soziale Bundesstaat, der freiheitliche Rechtsstaat dieses unseres Grundgesetzes weiter gefestigt und ausgebaut wird.

Ich möchte Sie bitten, mit mir zusammen für die nächsten Jahre diese Aufgabe in Angriff zu nehmen — zum Wohle unseres Landes, zum Wohle des deutschen Volkes und im Dienste des Friedens in Europa und in der Welt. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU —
Beifall bei den übrigen Mitgliedern der
Bundesversammlung — die Mitglieder der
Bundesversammlung erheben sich.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen:
Meine Damen und Herren, zum Schluß der 7.
Bundesversammlung möchte ich vielfach dan-

ken — wohl auch in Ihrem Namen — für die außergewöhnlich umsichtigen Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung der Bundesversammlung. Mein Dank gilt besonders den Schriftführern des Deutschen Bundestages, den Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung, der Stadt Bonn und vor allem den Angehörigen der Polizei, die in diesen Tagen besonders gefordert waren.

(Beifall.)

Nicht zuletzt danke ich Ihnen allen, die Sie hier in der Beethovenhalle in räumlicher Enge ausgeharrt haben. Ich danke auch Presse, Rundfunk und Fernsehen für ihre Mitarbeit. Ich danke vor allem den in der Nähe der Beethovenhalle wohnenden Bonner Bürgern für ihr Verständnis, mit dem sie unerläßliche Behinderungen im Zusammenhang mit der Bundesversammlung hingenommen haben.

Der Tag der Eidesleistung des künftigen Bundespräsidenten vor Bundestag und Bundesrat wird später bekanntgegeben.

Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele Mitglieder der Bundesversammlung an dem anschließenden Empfang des Bundestagspräsidenten teilnähmen, der ab 14.30 Uhr im Bundeshaus stattfindet.

Meine Damen und Herren, die Bundesversammlung ist beendet.

(Schluß: 13.21 Uhr.)

Liste der entschuldigter Wahlmänner

Frau Erler
Hofmann (Kronach)
Reichold
Frau Schlei

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1979

Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Karl Carstens

Deutscher Bundestag, 165. Sitzung, zugleich 475. Sitzung des Bundesrates, Bonn, den 1. Juli 1979¹⁾
(Auszug)

Präsident Stücklen: [...]

Meine Damen und Herren, am 23. Mai dieses Jahres hat die Bundesversammlung Herrn Karl Carstens zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Herr Carstens hat die Wahl vor der Bundesversammlung angenommen und mit dem heutigen Tage das Amt des Bundespräsidenten angetreten.

Nach Artikel 56 des Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates den vorgeschriebenen Eid. Herr Bundespräsident, ich darf Sie bitten, zur

Eidesleistung

zu mir zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Herr Bundespräsident, ich übergebe Ihnen die Urschrift des Grundgesetzes, verkündet am 23. Mai 1949, und bitte Sie, die Eidesformel zu sprechen.

Karl Carstens, Bundespräsident: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Stücklen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Bundespräsident Carstens hat den vorgeschriebenen Amtseid geleistet. Ich beglückwünsche ihn und wünsche ihm zu einer Amtsführung nochmals Gottes Segen.

(Anhaltender Beifall.)

Herr Bundespräsident, Sie haben das Wort.

Karl Cartens, Bundespräsident: Herr Präsident des Deutschen Bundestages! Herr Präsident des Bundesrates! Herr Bundespräsident Scheel! Verehrte Frau Dr. Scheel! Herr Bundeskanzler! Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei Ihnen, Herr Präsident des Deutschen Bundestages, und bei Ihnen, Herr Bundespräsident Scheel, sehr herzlich für die Glückwünsche und die guten Wünsche bedanken, die Sie mir heute bei Antritt meines neuen Amtes ausgesprochen haben.

Die Vereidigung des Bundespräsidenten findet, so will es das Grundgesetz, bei einer gemeinsamen Sitzung des Bundestages und des Bundesrates statt. Darin kommt die große Bedeutung zum Ausdruck, die unser Grundgesetz dem **föderativen Aufbau unseres Staates** beimißt. In der Tat erkennen wir immer deutlicher, daß diese bundesstaatliche Gliederung ungeachtet mancher Schwierigkeiten, die sie gewiß auch mit sich bringt, letzten Endes ein Vorzug unseres Gemeinwesens ist. Sie schafft ein Gegengewicht gegen eine ihrer Natur nach zu mehr Kompetenzen tendierende Zentralgewalt, und sie ist zugleich die Quelle einer kulturellen, wirtschaftlichen, landsmannschaftlichen und politischen Vielfalt und damit die Quelle eines geistigen Reichtums, um den uns viele unserer europäischen Nachbarstaaten beneiden.

Bevor ich meinen Blick auf die Gegenwart und die Zukunft lenke, drängt es mich, einige Worte des Dankes an die vier Bundespräsidenten zu richten, die mir im Amte vorausgegangen sind.

Theodor Heuss hat in seiner zehnjährigen Amtszeit während der Gründungsjahre unser

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlper., Stenogr. Berichte, Bd. 111, S. 13219 ff.

Verständnis von unserem Staat entscheidend mitgeformt. Zu den Schrecken der Vernichtungslager, zum Verhältnis zwischen Deutschen und Juden, über die Rolle der Bundeswehr, über die Freiheit der Bürger hat Heuss grundlegende, bis heute weiter wirkende Aussagen getan. Er knüpfte durch seine Auslandsreisen viele internationale Beziehungen nach dem Kriege wieder an, er hatte einen wichtigen Anteil an der erfolgreichen Entwicklung, die unser Staatswesen genommen hat.

Heinrich Lübke war der treue und redliche Sachwalter der Nation in den folgenden zehn Jahren. Er hat in vorbildlicher Weise unser Bewußtsein für die Not der Menschen in der Dritten Welt geschärft. Seine Reisen in zahlreiche Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind dort unvergessen. Zugleich hat er durch die häufigen Besuche, die er Berlin abstattete, einen wichtigen Beitrag zur Festigung der Bindungen zwischen Berlin und dem Bund geleistet.

Gustav Heinemann, an Lebensjahren der älteste aller bisherigen Bundespräsidenten, war von der Notwendigkeit der Reform unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens durchdrungen und hat dazu zahlreiche, wichtige Anstöße gegeben. Als ein aufrechter, integrierter Demokrat, als ein unerbittlicher Mahner, den Freiheitsraum zu nutzen, den unser Grundgesetz garantiert, steht er uns bleibend vor Augen.

Sie, Herr Bundespräsident **Scheel**, haben durch Form und Inhalt Ihrer Amtsführung eine ständig wachsende Zustimmung der Bürger unseres Landes gefunden. Weltoffen und den Menschen lebenswürdig zugewandt, waren Sie ein vorbildlicher Repräsentant unseres Staates. In zahlreichen Reden haben Sie über Grundfragen unseres Zusammenlebens gesprochen, besonders über die Notwendigkeit der Bewahrung der Freiheit in einer immer mehr technisierten Welt. Sie sind auch heute noch einmal auf diese Frage eingegangen. In den Tagen, als die Nation, erschüttert über die Untaten einer kleinen Gruppe fanatischer Ter-

roristen, den Atem anhielt, haben Sie tiefbewegende Worte der Trauer, des Trostes und der Zuversicht gefunden. Ich sehe es als meine gern übernommene Pflicht an, als meine erste Amtshandlung, Ihnen, Herr Scheel, den aufrichtigen und herzlichen Dank für all das auszusprechen, was Sie im Dienste unseres Landes geleistet haben.

(Lebhafter Beifall.)

Der Dank schließt ihre verehrte Gattin ein, die, anknüpfend — das darf ich wohl sagen — an die soziale und karitative Tätigkeit ihrer drei Vorgängerinnen, Frau Elly Heuss-Knapp, Frau Wilhelmine Lübke, Frau Hilda Heinemann, mit der **Deutschen Krebshilfe** eine höchst bedeutende Aktion zum besseren Erkennen und zur Verhütung dieser die Menschen bedrohenden Krankheit ins Leben gerufen hat. Herzlichen Dank dafür, Frau Dr. Mildred Scheel, und zugleich herzlichen Dank für die Erfüllung der vielen anderen Aufgaben, denen Sie sich an der Seite Ihres Gatten zum Wohle unseres Landes unterzogen haben!

(Beifall.)

Wir feiern in diesem Jahr den **30. Geburtstag unserer Bundesrepublik Deutschland**. In diesen 30 Jahren haben die in diesem Staat lebenden Deutschen ein Maß an Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand genossen wie niemals zuvor in einer gleich langen Epoche der jüngeren deutschen Geschichte. Wenn wir das sagen, verkennen wir nicht, daß auch in unserer Gesellschaft Not herrscht, daß es vom Schicksal benachteiligte Gruppen gibt, die unserer Fürsorge bedürfen. Der Appell an die Bereitschaft, denen zu helfen, die in Not sind, darf daher auch bei den Feiern der 30. Wiederkehr des Jahrestages der Gründung unseres Staates nicht fehlen.

(Beifall.)

Die wichtigste Folgerung, die wir aus dem historischen Rückblick ziehen sollten, ist unsere **Entschlossenheit und Bereitschaft**, die frei-

heitliche Ordnung, auf der diese Entwicklung beruht hat, **zu erhalten**. Dazu zählt das verfassungsgemäße Funktionieren der obersten Organe ebenso wie die Verwirklichung der Prinzipien der Menschenrechte und der Menschenwürde, wie sie in unserem Grundgesetz garantiert werden. Auch das Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft, das Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre bei uns eingeführt wurde, hat sich trotz sicherlich auch ihm anhaftender Mängel als ein Instrument zur Verwirklichung von Freiheit, Wohlstand und sozialer Sicherheit bewährt.

(Beifall.)

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist inzwischen gesicherter Bestandteil dieser Wirtschaftsordnung geworden.

Wenn wir diese durchaus positive Bilanz ziehen, dürfen und wollen wir doch unsere Augen nicht vor den Problemen verschließen, mit denen wir konfrontiert sind. Ich nenne drei.

Einmal müssen wir uns mit Zweifeln und Einwendungen befassen, die gegenüber der auf jährliche Zuwachsraten gerichteten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erhoben werden. Viele unserer Mitbürger sehen mit Sorge einen **Konflikt zwischen dem ökonomischen Ziel des Wachstums einerseits und dem Bedürfnis nach Erhaltung einer gesunden Umwelt** und nach einer sparsamen Verwendung der Rohstoffreserven andererseits. Die aktuelle weltweite Verknappung des Erdöls verschärft diese Problematik.

In besonderer Weise entzündet sich die Auseinandersetzung an der Frage des Baus von Kernkraftwerken und Autobahnen. Es kann nicht die Aufgabe des Bundespräsidenten sein, diese Fragen entscheiden zu wollen, aber ich meine, daß alle Beteiligten in der Diskussion stärker als bisher auf die Argumente der jeweils anderen Seite hören sollten, wie ich es denn überhaupt als ein entscheidendes Merkmal unserer Demokratie ansehe, daß wir einerseits in einer, wie man zu sagen pflegt, plurali-

stischen Gesellschaft unsere jeweiligen Standpunkte und Interessen nach Kräften zu vertreten suchen, wobei die politischen Parteien in ihrem Wettbewerb miteinander bestrebt sind, die Konturen ihrer Unterschiede so klar wie möglich herauszuarbeiten, aber andererseits für das Funktionieren eines freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens auch die Bereitschaft zum Gespräch — und das heißt: zum Anhören der Argumente des anderen — sowie schließlich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in den Lebensfragen der Nation unverzichtbar gehören.

(Beifall.)

Ich meine aber, daß wir trotz aller Sorge um die Erhaltung der Umwelt und die Bewahrung der natürlichen Lebensbedingungen doch nicht übersehen sollten, welche **Fülle landschaftlicher und kultureller Schönheiten** diese Bundesrepublik Deutschland uns immer noch bietet. Wie ich mit Freude feststelle, nimmt die Wanderbewegung bei uns wieder zu. Mehr und mehr Bürger, auch junge Bürger, entschließen sich, die Schönheiten der deutschen Landschaft ebenso wie die Schönheiten der großen Zeugnisse deutscher Kunst und Architektur sich als Wanderer zu erschließen. Ich möchte diese Bewegung auf das wärmste unterstützen. Meine Frau und ich haben uns vorgenommen, wenn unsere Kräfte dazu reichen, Deutschland vom Norden bis zum Süden, von der Ostsee bis an den Alpenrand zu Fuß zu durchwandern.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

— In Etappen, versteht sich!

(Erneute Heiterkeit.)

Das zweite Problem, das uns in dieser Zeit beschäftigt und über das wir miteinander diskutieren, betrifft wichtige Fragen der **Schul- und der Bildungspolitik**. Es beginnt mit dem Streit um die Frage „Gesamtschule oder herkömmliches, in Hauptschule, Realschule, Oberschule gegliedertes Schulsystem?“, setzt sich in der Diskussion über den an den Schulen

zu vermittelnden Lehrstoff fort und endet bei der Frage, ob die Schule die jungen Bürger erziehen soll und, wenn ja, welches die Ziele dieser Erziehung sein sollen. Ich möchte dazu nur ganz wenige Anmerkungen machen.

Meines Erachtens sollte stärker als bisher an den Schulen die **deutsche Kultur** und namentlich die **deutsche Geschichte** behandelt werden,

(Lebhafter Beifall)

die deutsche Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen und mit dem Ziel, zu zeigen, wie die deutsche Geschichte seit 30 Jahren mehr und mehr in eine gemeinsame europäische Geschichte einzumünden beginnt.

Ich plädiere dafür, daß an den Schulen unsere Verfassung, das **Grundgesetz**, eingehender behandelt wird und die Chancen aufgezeigt werden, die es den jungen Menschen für ihre Selbstentfaltung in Freiheit gibt. Zugleich sollten die freiheitlichen Ursprünge unseres Grundgesetzes: die Weimarer Verfassung und die Frankfurter Verfassung von 1849, aufgezeigt werden. Die großen Namen der wichtigsten Mitgestalter dieser Verfassungen sollten der jungen Generation vorgestellt werden, ebenso wie jedem jungen Amerikaner die Gründungsväter seines Landes bekanntgemacht werden.

(Beifall.)

Ziel der Erziehung sollte die Heranbildung von Staatsbürgern sein, die in eigener Verantwortung demnächst die Geschicke dieses Landes bestimmen werden. Dazu gehört auch die **Vermittlung bestimmter Wertüberzeugungen** wie Achtung vor der Menschenwürde, Toleranz, Hilfsbereitschaft, Gerechtigkeit und Frieden, ohne die kein freies Gemeinwesen gedeihen kann. Und dazu gehört, so meine ich, unabweisbar die Vermittlung der Einsicht, daß Freiheit ihr Gegenstück in der Verantwortung finden muß, in der Verantwortung jedes einzelnen für sich selbst und die Gestaltung seines eigenen Lebens, in der Verantwortung für die nächsten Mitmenschen in Familie, Nachbar-

schaft und Beruf, in der Verantwortung jedes Bürgers für das Ganze, für den Staat, die Nation, das Gemeinwesen und für die notleidenden Menschen in aller Welt.

Unser Grundgesetz spricht darüber hinaus von unserer Verantwortung vor Gott. Sie ist für viele unserer Mitbürger die höchste und letztlich entscheidende. Theodor Heuss hat in seiner Ansprache nach seiner Vereidigung vor 30 Jahren von dieser Stelle aus darauf verwiesen und seine Rede mit Worten geschlossen, die ich wiederholen möchte und die ich mir zu eigen mache. Er sagte:

Im Bewußtsein meiner Verantwortung vor Gott trete ich dieses Amt an. Indem ich es übernehme, stelle ich dieses Amt und unsere gemeinsame Arbeit unter das Wort des Psalmisten: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk.“

Das dritte Problem, auf das ich eingehen möchte und das mit dem zweiten in engem Zusammenhang steht, betrifft die **Entwicklung der Familie**, die uns Sorge bereitet. Wir müssen feststellen, daß vor allem Familien mit mehreren Kindern große wirtschaftliche und finanzielle Lasten auf sich nehmen müssen. Immer wieder wird gesagt, daß die Umwelt in der Bundesrepublik Deutschland nicht kinderfreundlich, ja daß sie kinderfeindlich sei. Es kann sein, daß dies eine der Ursachen für das starke Zurückgehen der Geburtenrate ist, die derzeit die niedrigste auf der Welt ist und die nicht ausreicht, um die Bevölkerungszahl unseres Landes auf die Dauer zu erhalten. Das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer Lösung dieses Problems ist in den letzten Jahren zweifellos gewachsen. Immer mehr politisch verantwortliche Kräfte unternehmen ernsthafte Anstrengungen, um die Familie materiell und ideell zu stärken.

Lassen Sie uns noch einen Blick über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus tun. Es ist klar, daß dieser Blick sich zunächst unseren deutschen Landsleuten zuwendet. Ich grüße die **Deutschen in aller Welt**, auch und besonders die Deutschen im anderen Teil Deutschlands.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Dieser Gruß ist der Ausdruck brüderlicher Verbundenheit, die viele Millionen Menschen in den getrennten Teilen unseres Landes und ungeachtet der schmerzhaften Trennung füreinander empfinden und gewiß auch weiterhin füreinander empfinden werden.

Uns hier in der Bundesrepublik verpflichtet unser Grundgesetz, das uns Mögliche zu tun, um **in Frieden die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden**. Darauf habe ich soeben den Eid geleistet. Wir sind uns einig, daß dieses Ziel untrennbar mit einer Friedenslösung für Europa verbunden ist — und jeder weiß, daß es bis dahin noch ein weiter Weg sein wird. In der Zwischenzeit gilt es, die Folgen der Teilung, soweit wir können, zu erleichtern.

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik war unter den ersten, die mir ihre Glückwünsche zu meiner Wahl zum Bundespräsidenten ausgesprochen haben. Ich habe ihm meinen besten Dank dafür gesagt. Möge darin, trotz aller noch bestehenden Schwierigkeiten, ein ermutigendes Zeichen für die weitere Entwicklung der Beziehungen im Interesse des Friedens und zum Wohle der Menschen liegen.

(Beifall.)

Die letzten zehn Jahre haben nicht nur eine Veränderung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten mit sich gebracht, sondern haben im Zuge der Entspannungspolitik auch ein vielfältiges Netz **bilateraler und multilateraler Vereinbarungen** zwischen der **Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Staaten** entstehen lassen. Auch diese Entwicklung ist zu begrüßen. Sie hat ihre Wurzeln in der Zeit vor 1969, aber sie ist seitdem bedeutend verstärkt worden. Die Besuche und Kontakte, die dadurch mit den Regierungen, mit den Parlamenten, mit einzelnen Menschen in der Sowjetunion, in Polen, in Ungarn, in Bulgarien, in Rumänien und in der Tschecho-

slowakei möglich geworden sind, ebenso wie der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen, stellen einen begrüßenswerten Fortschritt dar.

Diese Feststellung mindert allerdings nicht unsere Sorge um die **Spannungen**, die besonders als Folge der **Rüstungsentwicklung** fortbestehen, eine Sorge, die durch die Unterzeichnung des **SALT-II-Abkommens** in Wien hoffentlich gemindert, aber sicher nicht beseitigt wird.

Die freiheitliche Entwicklung und die ökonomische Stabilität in unserem Lande beruhen zu einem wesentlichen Teil auf den festen Bindungen, die wir mit unseren Partnern innerhalb der **Europäischen Gemeinschaft** eingegangen sind, mit Frankreich, Großbritannien, Italien, mit Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, mit Dänemark und Irland. Trotz erheblicher Schwierigkeiten, die sich der Lösung einzelner Fragen entgegenstellen, wachsen diese Staaten mehr und mehr zusammen. Ihre Politik ist schon jetzt in wichtigen Bereichen gleichgerichtet.

Mir liegt daran, an dieser Stelle ein besonders herzliches Wort des Grußes an unsere große westliche Nachbarnation, an **Frankreich**, zu richten, mit der wir vor 29 Jahren den Prozeß der europäischen Einigung begonnen haben und zu der heute vielfältige enge wirtschaftliche, politische und persönliche Verbindungen bestehen.

(Beifall.)

Unsere militärische Sicherheit beruht nach wie vor auf dem **Atlantischen Bündnis**, das die europäischen Staaten mit den USA und Kanada verbindet. Die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika war von Anfang an ein wesentliches Merkmal der Politik unseres Landes. Die Vereinigten Staaten tragen auch heute noch die schwerste Bürde bei der Abwehr von Gefahren für Frieden und Sicherheit. Ich möchte ihnen dafür auch ein herzliches Wort des Dankes sagen.

(Beifall.)

Ihnen, den **Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien** danke ich zugleich für ihr beständiges **Eintreten für Berlin**.

(Beifall.)

Wenn wir den Blick über die Grenzen unseres Landes in die Welt richten, so erschrecken wir über das Ausmaß an Leid, das in vielen Ländern herrscht. Nicht nur leiden Hunderte Millionen von Menschen Hunger und bitterste Not, viele werden verfolgt, gepeinigt und ihrer Menschenwürde und ihrer Menschenrechte beraubt. Massenvertreibungen ganzer Bevölkerungsgruppen — wir erleben das gerade wieder in diesen Tagen — sind ebenso an der Tagesordnung wie das willkürliche Töten von Menschen. Wir lesen von summarischen Gerichtsverfahren und Exekutionen, ohne daß die Mindestanforderungen des Rechts beachtet werden. Diskriminierung aus rassistischen Gründen wird weiter praktiziert. In vielen Staaten werden Selbstbestimmungsrecht und Meinungsfreiheit unterdrückt. Die Menschlichkeit ist von der Verwirklichung der hohen Ziele, die sie sich selbst in der UNO-Charta und in den Menschenrechtskonventionen gesetzt hat, weit entfernt.

Wir dürfen gegenüber diesem Unrecht und Leid nicht resignieren. Wo wir helfen können, müssen wir es nach besten Kräften tun; wo wir dazu keine Möglichkeit haben, sollten wir unsere Stimme erheben, die Leidenden unseres Mitgefühls versichern und die Verantwortlichen an ihre feierlich in internationalen Pakten übernommenen Verpflichtungen erinnern.

(Beifall.)

Unser **Engagement für Freiheit und Menschenrechte** sollte universell sein und um so stärker, je schwerer die Beeinträchtigung ist.

Mir sind in den letzten Wochen viele Tausende von Briefen zugegangen, einige kritische, die ich ebenfalls sorgfältig gelesen habe, aber in ihrer großen Mehrheit ermutigende Briefe, für die ich herzlich danke. Auch diese Briefe haben mir gezeigt, wieviel menschliche

und materielle Not noch immer bei uns herrscht. Zugleich aber habe ich einen starken Eindruck von der Intensität des moralischen und staatsbürgerlichen Engagements vieler unserer Mitbürger gewonnen. Sicher gibt es hemmungsloses Streben nach materiellem Genuß, gibt es Alkohol- und Drogenmißbrauch, gibt es Gewalttätigkeit, Haß und Ablehnung, die wir oft in den Medien sehen, auch in der Wirklichkeit. Die Frage ist, ob diese Szenen repräsentativ sind. Ich bezweifle das. Ich bin überzeugt, daß in unserem Volk starke Kräfte der Zuversicht, der positiven Hinwendung zum Leben, der Hilfsbereitschaft, auch der redlichen Bereitschaft — wenn es nötig ist —, Opfer zu bringen, vorhanden sind.

Auch die **Jugend unseres Landes** hat ebenso Ideale und ist ebenso bereit, Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, Nachteile zu tragen, Opfer zu bringen, um anderen Menschen zu helfen, wie die Jugend früherer Generationen. Man könnte denken, daß ihre Lage heute leichter sei. Die meisten von ihnen leiden keine materielle Not, anders als die Jugend vor 35 Jahren, die nach Krieg und Zusammenbruch mit nichts anfangen. Aber für die heutige Jugend stellen sich neue Probleme. Mehr noch als die Erwachsenen fragt sich die junge Generation, wie es weitergehen soll. Sie sucht nach einem Ausweg aus der Zwangslage, die sich als Folge einer weltweiten rapiden Bevölkerungszunahme, eines schnellen und weithin unkontrollierten technischen Fortschritts, abnehmender Ressourcen und politischer Spannungen zu entwickeln scheint.

Mit diesen Fragen müssen wir uns alle auseinandersetzen. Die Älteren möchte ich bitten, auf die Jüngeren zuzugehen. Den Jungen möchte ich sagen: Haltet an euren Idealen fest! Mit Klugheit, Verantwortungsgefühl, Mut, Solidarität und Geduld wird es möglich sein, gemeinsam die Lage zu meistern.

(Beifall.)

Zum Schluß grüße ich **Berlin**, diese tapfere und lebendige Stadt, für die unser Herz schlägt.

(Lebhafter Beifall.)

Ich werde alles tun, um die Bindungen zwischen Berlin und dem Bund im Rahmen der geltenden Vereinbarungen zu stärken und der Stadt jede nur mögliche Unterstützung zu geben.

In diesem Sinne bitte ich Sie, mir zu helfen, die Aufgaben, die mir für die nächsten fünf Jahre übertragen worden sind, so gut wie möglich zu erfüllen. Im Maße meiner Kräfte will ich allen Bürgern dienen: zum Wohle unseres Landes, unseres — trotz der schweren Bürden, die es trägt — geliebten Vaterlandes.

(Anhaltender lebhafter Beifall —
die Anwesenden erheben sich.)

Präsident Stücklen: Herr Bundespräsident, die Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Bundesrates haben sich durch Erheben und durch den Beifall für Ihre Ausführungen herzlich bedankt. Herzlichen Dank! [...]

8. Bundesversammlung

23. Mai 1984

Übersicht

Zusammensetzung nach Parteien

CDU/CSU	525
SPD	426
FDP	47
Die Grünen ¹⁾	39
Sonstige ²⁾	3
insgesamt	1 040

¹⁾ einschließlich Alternative Liste (AL) und Grün-Alternative Liste (GAL)

²⁾ Fraktionslose

Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder³⁾

Baden-Württemberg	77
Bayern	94
Berlin	15
Bremen	6
Hamburg	13
Hessen	46
Niedersachsen	64
Nordrhein-Westfalen	141
Rheinland-Pfalz	32
Saarland	9
Schleswig-Holstein	23

³⁾ Bekanntmachung der Bundesregierung vom 16. Januar 1984 (BGBl. I S. 96) über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung.

Tagungsort und Tagungsstätte: Bonn, Beethovenhalle

Präsidenten der Bundesversammlung: Bundestagspräsident Dr. Rainer Barzel

Wahlergebnis:

	1. Wahlgang
Richard von Weizsäcker (Vorschlag der CDU/CSU)	832
Luise Rinser (Vorschlag Die Grünen)	68
Enthaltungen	117
ungültige Stimmen	11
abgegebene Stimmen	1 028

Gewählt: Richard von Weizsäcker im 1. Wahlgang mit 832 Stimmen
(erforderliche Mehrheit 521)

Amtszeit: 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1989

Verzeichnis der Mitglieder

A

Dr. Abelein *
Frau Dr. Adam-Schwaetzer *
Dr. Dr. Aderhold
Frau Adler
Dr. Ahrens *
Aigner
Albers
Albert
Frau Albrecht
Dr. Albrecht
Alef
Frau Alfken
Dr. Althammer *
Amling*
Antretter *
Dr. Apel *
Arndt
Frau Augustin *
Austermann *

B

Bachmaier *
Bahr*
Bamberg *
Bantle
Frau Dr. Bard *
Dr. Barschel
Dr. Bartelt
Dr. Barzel *
Bastian *
Bauer
Baum *
Baumgärtel
Bayer (Sigmaringendorf)
Bayha *
Frau Beck-Oberdorf *
Dr. Beckel
Frau Becker
Dr. Becker (Frankfurt) *
Becker (Nienberge) *
Beckmann *
Beckmeyer

Frau Behnke
Frau Benedix-Engler
Benner
Berger *
Frau Berger (Berlin)*
Frau Berkmann
Berndt
Berninger
Bernrath *
Berschkeit *
Dr. Biedenkopf
Biehle *
Bindig *
Dr. Blank *
Dr. Blanke
Blaschke
Dr. Blens *
Dr. Blüm *
Dr. Blümmel
Frau Blunck *
Bobzien
Bodewig
Dr. Böddrich
Böhm (Melsungen) *
Böhme
Böhmken
Boehr
Börner (Hof)
Börner (Kassel)
Dr. Bötsch *
Bohl*
Bohlsen *
Bojak
Borchert *
Boroffka *
Bräuer (Lohmar)
Brandes
Brandt *
Brandt (Grolsheim)
Brandt (Hamburg)
Frau Brauckmann
Frau Braun
Braun (Donauwörth)
Braun (Wermelskirchen) *

Brechtken
Bredhorn *
Breit
Breitrainer
Breuer (Siegen) *
Broll *
Brück *
Dr. Brugger
Brunner *
Brunnhuber
Buckpesch *
Büchler (Hof) *
Büchner (Speyer) *
Frau Bühler
Bühler (Bruchsal) *
Bühler (Lindau)
Dr. von Bülow *
Büssow
Frau Büttner
Buggle
Dr. Bugl *
Burger
Burgmann *
Buschbom *
Buschfort *
Buwitt

C

Carstens (Emstek) *
Carstensen (Nordstrand) *
Catenhusen *
Clemens *
Collet *
Conrad (Riegelsberg) *
Conradi *
Cronenberg (Arnsberg) *
Curdt *
Dr. Czaja *
Frau Dr. Czempel *

D

Frau Dr. Däubler-Gmelin *
Dr. Dall'Asta

* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Dr. Dammeyer
 Dr. Daniels *
 Dr. Dannecker
 Daubertshäuser *
 David
 Daweke *
 Deininger
 Delorme *
 Demke
 Frau Dempwolf *
 Denzer
 Deres *
 Dieckhoff
 Dr. Diederich (Berlin) *
 Diel
 Diepgen
 Döding
 Dörflinger *
 Döring (Dortmund)
 Döring (Gieboldehausen)
 Dr. von Dohnanyi
 Dolata *
 Dr. Dollinger *
 Dollny
 Doppmeier
 Doss *
 Drabiniok *
 Dreesmann
 Dr. Dregger *
 Dreier (Wangen)
 Drescher
 Dreßler *
 Dreyer (Löhne)
 Droste
 Frau Düchting
 Frau Dütte
 Duve *
 Dyga

E

Eberle
 Echternach *
 Egert *
 Ehlers
 Dr. Ehmke (Bonn) *
 Dr. Ehmke (Ettlingen) *
 Ehrbar *

Dr. Ehrenberg *
 Eigen *
 Eimer (Fürth) *
 Einert
 Elfring
 Dr. Erinnerunglich *
 Dr. Enders *
 Engel
 Engelhard *
 Frau Engelhardt
 Engelsberger *
 Engholm
 Enneking
 Erhard (Bad Schwalbach) *
 Ernst
 Ertl *
 Esters *
 Evertz
 Ewen *
 Eylmann *

F

Falter
 Dr. Faltlhauser *
 Dr. Farthmann
 Faust
 Feilcke *
 Dr. Feldmann *
 Fellner *
 Ferlemann
 Feuerstein
 Fiebig *
 Frau Fischer *
 Dr. Fischer
 Fischer (Dortmund)
 Fischer (Frankfurt) *
 Fischer (Hamburg) *
 Fischer (Homburg) *
 Fischer (Osthofen) *
 Frau Dr. Fleck
 Fleischer
 Flessner
 Frau Flinner
 Flügel
 Fraas
 Francke (Hamburg) *
 Franke (Hannover) *

Franzke
 Dr. Franzmann
 Fraschka
 Freller
 Frau Friebe
 Dr. Friedmann *
 Frau Fritzen
 Fuchs (Bad Reichenhall)
 Frau Fuchs (Köln) *
 Fuchs (Mainz)
 Frau Fuchs (Verl) *

G

Gaerte
 Galinski
 Gallus *
 Gansäuer
 Gansel *
 Ganz (St. Wendel) *
 Gastinger
 Gattermann *
 Gatzmaga
 Gebhardt
 Frau Geiger *
 Geiger
 Geil
 Dr. Geißler *
 Dr. von Geldern *
 Genscher *
 Dr. George *
 Dr. Gerhardt
 Gerke
 Gerlach (Oberrau) *
 Dr. Gerritz
 Gerstein *
 Gerster (Mainz) *
 Gerstl (Passau) *
 Geuenich
 Geys
 Gilges *
 Ginnuttis
 Dr. Glaser
 Glombig *
 Glos *
 Dr. Glotz *
 Dr. Glück

Glup
Gobrecht *
Dr. Göhner *
Dr. Gölter
Goerdeler
Dr. Götz *
Götz (Pfullingen)
Dr. h.c. Goppel
Frau Gottwald *
Graef
Grätz
Frau Gravert
Grawe
Grünbeck *
Grüner *
Grundmann
Grunenberg *
Grunert
Günther *
Gürteler
Guhl

H

Dr. Haack (Erlangen) *
Dr. Haak (Hagen)
Haar *
Haas
Haase (Fürth) *
Dr. Hackel *
Dr. Häfele *
Haehser *
Hämmerle
Haerlin
Hahn
Hamer
Frau Dr. Hamm-Brücher *
von Hammerstein *
Handlos *
Hanz (Dahlen) *
Harbich
Hardt
Frau Harloff
Hartmann (Hersbruck) *
Heimann *
Dr. Heimes
Heinemann
Heinzel

Heißler
Heistermann *
Frau Dr. Hellwig *
Helmrich *
Henkelmann
Dr. Hennig *
Henning
Henze
Herbst
Herkenrath *
Herold
Herterich *
Frau Heß
Hesselbach
Hettling *
Heyenn *
Frau Heyer
Frau Dr. Hickel *
Hiersemann
Hilfenhaus
Hiller (Lübeck) *
Hinrichs *
Hinsken *
Hirche
Dr. Hirsch *
Hisserich
Hodapp
Höffkes *
Höhne
Hölscher
Hölzl
Höpfinger *
Dr. Hoffacker *
Hoffie *
Hoffmann (Bad Schwartau)
Hoffmann (Saarbrücken) *
Frau Hoffmann (Soltau) *
Holkenbrink
Hollwich
Dr. Holtz *
Holzapfel
Hoppe *
Horacek *
Horn *
Dr. Horn
Dr. Hornhues *

Hornung *
Hoss *
Dr. Hostert
Frau Huber *
Huber (Ichenhausen)
Huber (Stuttgart)
Hülsmann
Frau Hürland *
Dr. Hüsich *
Hüther
Huonker *
Dr. Hupka *
Huppertz
Hurrle
Graf Huyn *

I

Ibel
Ibrügger *
Ihle
Immer (Altenkirchen) *

J

Jaeger (Gelsenkirchen)
Jäger (Wangen) *
Jagoda *
Jahn (Bayreuth)
Jahn (Marburg) *
Dr. Jahn (Münster) *
Jahn (Watzum)
Dr. Janning
Dr. Jannsen *
Jansen *
Jaunich *
Dr. Jenninger *
Dr. Jens *
Dr. Jobst *
Jochem
Dr. Jochimsen
Jürgens
Frau Jung
Jung (Düsseldorf) *
Jung (Lörrach) *
Frau Jungfer
Junghans *

Jungmann *
Frau Junker

K

Kalisch *
Dr.-Ing. Kansy *
Kanter
Kaps
Kaptain
Frau Karwatzki *
Kaspar
Kastning *
Katzer
Kelber
Keller (Pirmasens)
Keller (Zellingen) *
Frau Kelly *
Kiechle *
Kiehm *
Kiesel
Kimmel
Kirschner *
Kirstein
Kischio
Kißlinger *
Kittelmann *
Kitzlinger
Klein (Andernach)
Klein (Bremen)
Klein (Dieburg) *
Klein (München) *
Kleinert (Hannover) *
Kleinert (Marburg) *
Dr. Klejdzinski *
Dr. Klepsch
Dr. Klink
Klose *
Dr. Klose
Koch (Coburg)
Koch (Eschborn)
Koch (Osterode)
Dr. Köhler (Duisburg) *
Dr. Köhler (Wolfsburg) *
Kölmel
Dr. Kohl *
Kohn*
Kolb*

Kolbow *
Kopka
Korbach
Korn
Koschnick
Krahmer
Kraus *
Dr. Krause
Krause (Bonn)
Krause (Mannheim)
Dr. Kreile *
Kretkowski *
Krey *
Kribben
Krings (Duisburg)
Krings (Solingen)
Frau Krinner
Krizsan *
Krömer
Kroll-Schlüter *
Frau Krone-Appuhn *
Dr. Kronenberg *
Dr. Krumsiek
Frau Kruse
Kruse
Dr. Kübler *
Kühbacher *
Kühn
Kuhlmann (Gelsenkirchen)
Kuhlmann (Gifhorn)
Kuhlwein *
Dr. Kunz (Weiden)
Kutscheid

L

Läpple
Dr.-Ing. Laermann
Lambinus *
Dr. Graf Lambsdorff *
Lamers *
Dr. Lammert *
Dr. Lampl
Landowsky
Landré *
Dr. Lang
Lang

Dr. Langner *
Latendorf
Lattmann *
Frau Lauer
Dr. Laufs *
Frau Dr. Laurien
Lauterwein
Lechner
Lechtenberg
Leeb
Lehners
Leinbach
Leinen
Dr. Lemke
Lemrich *
Lengemann
Lennartz *
Lenz
Lenzer *
Leonhart *
Frau Dr. Lepsius *
Lex
Lichtenfeld
Liedtke *
Link (Diepholz) *
Link (Frankfurt) *
Link (Hamburg)
Linsmeier *
Lintner *
Dr. Lippold *
Löffler *
Löher *
Lohmann (Lüdenscheid) *
Lohmann (Witten) *
Loos
Dr. h. c. Lorenz *
Lorenz (Ulm)
Louven *
Lowack *
Lütgert
Lummer
Lunte
Lutz (Nürnberg) *
Lutz (Wremen)
Frau Luuk *

M

Maaß *
Maatmann
Frau Männle *
Magin *
Marczy
Marschewski *
Marschner
Martin
Frau Dr. Martiny-Glotz *
Dr. Marx *
Frau Matthäus-Maier *
Matthiesen
Matthöfer *
Mayer (Dirlawang)
Mayr (Dreieich)
Meier (Celle)
Meininghaus *
Meinolf
Meister
Mengelkamp
Menrad
Menzel *
Dr. Mertens (Bottrop) *
Dr. Mertes (Gerolstein) *
Messinger
Metz *
Meuffels
Meyer (Hamm)
Meyer (Herold)
Dr. Meyer zu Bentrup *
Michels *
Mihl
Dr. Mikat *
Milde
Dr. Miltner *
Milz *
Mischnick *
Dr. Mitzscherling *
Möllemann *
Dr. Möller (Karlsruhe)
Dr. Möller (Sankt Augustin) *
Möslein
Dr. Moesta
Mötsch

Dr. Morlok
Moser
Dr. Müller *
Müller (Düsseldorf) *
Müller (Pirmasens)
Müller (Remscheid) *
Müller (Schweinfurt) *
Müller (Wadern) *
Müller (Wesseling) *
Dr. Müller-Emmert *
Müntefering *

N

Nagel (Borken)
Nagel (Lindlar)
Nagel (Mannheim) *
Nassauer
Nawarra
Neese
Nehm *
Neiderhell
Nelle *
van Nes Ziegler
Netzer
Neuburger
Neuhausen *
Neumann (Bramsche) *
Neumann (Bremen)
Frau Dr. Neumeister *
Frau Nickels *
Nickels
Niegel *
Dr. Noöbel *
Nolte
Nolzen

O

Frau Odendahl *
Oestmann
Offergeld *
Dr.-Ing. Oldenstädt *
Dr. Olderog *
Oostergetelo *
Ostrop
Otte

P

Paintner *
Paterna *
Pauli *
Dr. Peiner
Dr. Penner *
Perschau
Pesch *
Peter (Kassel) *
Frau Peters
Petersen *
Peuten
Pfaus
Pfeffermann *
Pfeifer *
Pfeifle
Pfister
Pfuhl *
Pietsch
Dr. Pinger *
Frau Pistorius
Pohlmann (Hameln) *
Pohlmann (Herne)
Dr. Pohlmeier *
Polkehn *
Dr. Poller
Pommerenke
Porzner *
Poß *
Dr. Posser
Frau Potthast *
Praml
Dr. Probst *
Proske
Purps *

Q

Quartier

R

Raasch
Radunski
Raff
Ramler
Rapp (Göppingen) *

Rappe (Hildesheim) *	Roth (Gießen) *	Schlags *
Rasch	Dr. Rothemund	Schlappner
Rasp	Rübesamen (Rutesheim)	Schlatter *
Dr. Raß	Rübsamen (Schliengen)	Schleußer
Rau	Rücker	Dr. Schlittmeier
Ravens	Frau Dr. Rüdiger	Schlottmann *
Rawe *	Rühe*	Schluckebier *
Rebhan	Rüsenberg	Schmalstieg
Rebsch	Rüssel	Frau Schmedt (Lengerich) *
Reddemann *	Dr. Rüttgers	Schmid (Heilsbronn)
Reents *	Ruf *	Schmid (Straubing)
Frau Reetz *	Frau Ruggaber	Schmidbauer *
Regenspurger *	Dr. Rumpf *	Schmidhuber
Rehkopf	Runde	Schmidramsl
Reimann *		Dr. Schmidt (Gellersen) *
Reitzel	S	Schmidt (Hamburg) *
Frau Renger *	Saalfeld	Schmidt (München) *
Repnik *	Sackmann	Frau Schmidt (Nürnberg) *
Reschke *	Sahner	Schmidt (Wattenscheid) *
Reuschenbach *	Sander *	Schmidt (Wetter)
Reuter *	Sandkämper	Schmitt (Wiesbaden) *
Reutlinger	Sanktjohanser	Schmitz (Baesweiler) *
Richert	Sauer (Salzgitter) *	Dr. Schmude *
Frau Rickers	Sauer (Stuttgart) *	von Schmude *
Frau Ridder-Melchers	Sauermilch *	Schnabel
Riedel	Saurin *	Frau Schneider
Dr. Riedl (München) *	Sauter (Epfendorf) *	Schneider (Berlin) *
Riehemann	Sauter (Ichenhausen) *	Schneider (Bickenbach)
Frau Ries-Augustin	Schaaf	Schneider (Idar-Oberstein) *
Frau Riesenbeck	Schadt	Dr. Schneider (Nürnberg) *
Dr. Riesenhuber *	Schäfer (Mainz) *	Schneider (Regensburg)
Ristock	Schäfer (Offenburg) *	Schnepel
Ritter	Dr. Schäuble *	Dr. Schnoor
Dr. Ritzer	Dr. Schaible (Feuerbach)	Dr. Schöfberger *
Rode (Wietzen) *	Schalk	Schöttle
Dr. Rödding	Frau Schaller	Schongen
Röhner	Schalwig	Frau Schoppe *
Frau Rönsch *	Schanz *	Freiherr von Schorlemer *
Dr. Rössy	Schartz (Trier) *	Frau Schrader
Röttger	Dr. Scheer *	Schreiber (Saarbrücken) *
Rohde (Hannover) *	Schemken *	Schreiber (Schwerte)
Frau Roitzsch (Quickborn) *	Schenk	Schreiner *
Ronneburger *	Scherer	Dr. Schröder
Dr. Rose *	Scheu *	Dr. Schroeder (Freiburg) *
Rosorius	Dr. Scheufelen	Schröder (Hannover) *
Rossmannith *	Schily *	Schröder (Mülheim) *
Roth*	Schimpl	Schröpf

Dr. Schübeler
Schütte
Schuh
Schulhoff *
Frau Schult
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) *
Schulte (Unna) *
Schultert
Schultz (Köln)
Schultz (Mainz)
Schulz (Hamburg)
Schulze (Berlin) *
Dr. Schwarz (Hoisdorf)
Schwarz (Leubsdorf) *
Dr. Schwarz (Nürtingen)
Dr. Schwarz-Schilling *
Dr. Schwefer
Schweitzer
Dr. Schwenk (Stade) *
Schwenninger *
Schwier
Dr. Schwörer *
Seehofer *
Seesing *
Dr. Seibold
Frau van Seil
Frau Seiler-Albring *
Seimetz
Seiters *
Frau Seitz
Seitz
Sielaff *
Sieler *
Sierks
Silvanus
Frau Simonis *
Simson
Frau Dr. Skarpelis-Sperk *
Dr. Soell *
Soénius
Dr. Solms *
Frau Sommer
Sommerfeld
von Soosten
Frau Späth
Späth

Dr. Sperling *
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim *
Spilker *
Dr. Spöri *
Spranger *
Dr. Sprung *
Stahl (Kempen) *
Frau Stamm
Stapfer
Dr. Stark (Nürtingen) *
Graf Stauffenberg *
Dr. Stavenhagen *
Dr. Steger *
Steiner *
Frau Steinhauer *
Steinmann
Dr. Stercken *
Dr. Steuer
Stichweh
Stief
Stiegler *
Stobbe *
Stockhausen *
Stockleben *
Dr. Stoltenberg *
Frau Stommel
Straßmeir *
Stratmann *
Dr. h. c. Strauß
Frau Dr. Streletz
Stroetmann
Strube *
Dr. Struck *
Stücklen *
Sturmowski
Stutzer *
Susset *
T
Tandler
Frau Terborg *
Terlinden
Teufel
Thiede
Frau Thoben
Thole

Thywissen
Tietjen *
Tietze
Tillmann *
Frau Dr. Timm *
Titzck
Dr. Todenhöfer *
Tölg
Toetemeyer *
Trabalski
Frau Traupe *
Treber
Troeltsch
von Trotha

U

Uhlenberg
Uhrig
Uldall *
Ullrich (Gladbeck)
Ulrich (Berlin)
von Unger
Dr. Unland *
Urbaniak *

V

Vahlberg *
Verheugen *
Verheyen (Bielefeld) *
Frau Verhülsdonk *
Frau Verstegen
Dr. Vetter (Ettlingen)
Vetter (Mülheim)
Dr. Vogel (Berlin) *
Vogel (Ennepetal) *
Dr. Vogel (Speyer)
Vogelsang *
Vogt (Düren) *
Vogt (Kaiserslautern) *
Voigt (Frankfurt) *
Dr. Voigt (Northeim) *
Voigt (Sonthofen) *
Dr. Volker
Vollhardt
Frau Dr. Vollmer *

Vollmer
Vomhof
Dr. Voscherau
Vosen *
Dr. Voss *

W

Frau Wächter
Dr. Waffenschmidt *
Frau Wagner
Dr. Wagner
Wagner (Oberhausen)
Dr. Waigel *
Graf von Waldburg-Zeil *
Dr. Wallmann
Waltemathe *
Walther *
Freiherr von Wangenheim
Dr. Warnke *
Dr. Warrikoff *
Dr. von Wartenberg *
Wartenberg (Berlin) *
Watzke
Weber
Wehmhörer
Weilandt
Weinhofer *
Weirich *
Frau Weise
Weiskirch (Olpe) *
Weiß (Hannover)
Weiss (Monschau)
Weiß (Otterbach) *
Weisskirchen (Wiesloch) *
Dr. von Weizsäcker
Wellein
Wendzinski
Dr. Weng *
Frau Wenzel
Werner *
Dr. Wernitz *
Westermann
Westernacher
Westphal *
Dr. Wetter (Stuttgart)
Frau Dr. Wex *
Frau Weyel *

Dr. Weyer
Widmann
Wieczorek (Duisburg) *
Wiefel *
von der Wiesche *
Wilhelm (Hülswailer)
Wilhelm (Mainz)
Wilke (Diemelsee)
Wilke (Ochtrup)
Frau Will-Feld *
Frau Dr. Wilms *
Wilz *
Wimmer (Neuötting) *
Wimmer (Neuss) *
Windelen *
Winkels
Winterstein
Wischnewski *
Frau Dr. Wisniewski *
Wissmann *
Dr. de With *
Dr. Wittmann *
Dr. Wörner *
Wolf (Essen)
Wolf (Kempten)
Wolfgramm (Göttingen) *
Wolfram (Recklinghausen) *
Dr. Worms
Wübbena-Mecima
Frau Wühl
Frau Wülfing
Würtz *
Würzbach *
Frau Dr. Wulf-Mathies
Dr. Wulff *
Wullenkord
Wurbs *

Z

Zabel
Frau Zakrzewski
Zander *
Zehetmair
Dr. Zehetmeier
Dr. Zeitler
Zeitler *
Zenz

Zeyer
Ziegler
Zierer *
Dr. Zimmermann *
Zingen
Zink*
Dr. Zöpel
Zuber
Frau Zutt *

Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten

Länder	CDU/CSU			SPD			FDP			Die Grünen /AL			Insgesamt					
	MdB	MdL	Kein MdL insg.	MdB	MdL	Kein MdL insg.	MdB	MdL	Kein MdL insg.	MdB	MdL	Kein MdL insg.	MdB	MdL	Kein MdL insg.			
Baden-Württemberg	39	15	28	23	7	18	48	7	3	3	13	5	3	8	74	25	52	151
Bayern	50	18	43	26	17	16	59	6	-	-	6	3*	-	3	88	35	59	182
Berlin	12	6	3	9	2	3	14	1	-	-	1	1	-	1	23	8	7	38
Bremen	2	2	-	3	3	1	7	-	-	-	-	-	-	-	5	5	1	11
Hamburg	5	4	1	7	3	4	14	-	-	-	-	1	-	1	13	7	6	26
Hessen	21	-	18	20	16	6	42	4	3	-	7	3	1	2	48	20	26	94
Niedersachsen	29	19	14	26	7	17	50	4	3	-	7	4	-	4	63	29	35	127
Nordrhein-Westfalen	65	36	31	63	36	38	137	10	-	-	10	8	-	8	146	72	69	287
Rheinland-Pfalz	16	13	5	12	11	3	26	2	-	-	2	1	-	1	31	24	8	63
Saarland	4	4	-	4	5	-	9	-	-	-	-	-	-	-	8	9	-	17
Schleswig-Holstein	10	10	2	9	4	7	20	1	-	-	1	1	-	1	21	14	9	44
Insgesamt:	253	127	145	202	111	113	426	35	9	3	47	30	1	11	520	248	272	1040
			272		224					12		12				520		

* fraktionslos

Zusammengestellt vom Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages

Stenographischer Bericht

Bonn, Mittwoch, den 23. Mai 1984¹⁾

Beginn: 10.00 Uhr

Präsident Dr. Barzel: Die Sitzung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen.

Mein besonderer Gruß gilt Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen, den Mitgliedern der 8. Bundesversammlung. Wir sind zusammengekommen, um den künftigen Bundespräsidenten zu wählen. Ich bin aber sicher, in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich einen Gruß in die Villa Hammerschmidt sende und den Bundespräsidenten Carstens und seine Frau Veronica grüße.

(Lebhafter Beifall)

Gerne, meine Damen und Herren, begrüße ich die Botschafter und Vertreter der ausländischen Missionen sowie alle Gäste aus dem In- und Ausland, die zu unserer Freude bei dieser Bundesversammlung zugegen sind.

(Beifall)

Ich grüße **Berlin**, die — wenn es nach uns geht — deutsche Hauptstadt.

(Lebhafter Beifall)

Mein Gruß gilt allen Deutschen — wo immer sie in Deutschland und in aller Welt leben.

(Beifall)

Ich grüße für die Bundesversammlung mit herzlichen Wünschen alle, die Not umgibt; die krank, gebrechlich oder einsam sind; die Sorgen haben; denen Arbeit oder Chancen fehlen. Ich bitte alle, die politisch zum Verzagen neigen, der immer wieder erneuernden Kraft unserer freien Gesellschaft und unserer parlamentarischen Demokratie zu vertrauen.

(Beifall)

Es gibt nichts Besseres als den **demokratischen, freiheitlichen, sozialen, parlamentarischen und föderalen Rechtsstaat**, der Kritik nicht nur erlaubt, sondern erbittet.

Herzlich grüße ich die Deutschen — ich sage das mit den Worten des Grundgesetzes —, denen hier „mitzuwirken versagt“ ist.

(Beifall)

Ich versichere Ihnen und aller Welt, daß wir uns unseres Rechtes wie unserer Pflicht bewußt sind, aufgefordert zu sein,, in **freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands** zu vollenden“,

(Beifall)

und verpflichtet zu sein, „als gleichberechtigtes Glied in einem **vereinten Europa** dem Frieden der Welt zu dienen“. Beides gilt.

Meine Damen und Herren, auch diese beiden Sätze, die nach dem Kriege alle als verbindlich anerkannten, bleiben für uns wichtig, gültig und verbindlich: **Von deutschem Boden darf nie mehr ein Krieg** ausgehen!

(Lebhafter Beifall)

Und das andere: **Auf deutschem Boden darf nie mehr** aus deutschem Willen **eine Diktatur** entstehen!

(Lebhafter Beifall)

Wir haben uns, meine Damen und Herren — wie schon die 7. Bundesversammlung — an unserem Verfassungstag versammelt. Heute vor 35 Jahren, am 23. Mai 1949, wurde das **Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland** ausgefertigt und verkündet. Es hat sich bewährt. Unser Volk hat es angenommen, in sich aufgenommen. So erweise ich unseren dankbaren Respekt den Schöpfern unserer Verfassung wie denen, die unsere Demokratie zuerst und erfolgreich durch politische Arbeit zur lebendigen Wirklichkeit haben werden lassen.

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 10. Wahlperiode, Band 128, Sonderdruck

Unser Grundgesetz verteilt nicht nur Zuständigkeiten, regelt nicht nur Verfahren. Es setzt verbindliche Ziele für die deutsche Politik. Diese Politik ist immer an der **Wertordnung des Grundgesetzes** zu messen. Diese Werte fordern die Politik heraus, sind ihr Maßstab — wie der Anspruch der Kultur an die Politik.

Unser Grundgesetz begründet, ordnet und teilt die staatliche Macht. Auch dabei läßt unsere Verfassung sich leiten von einer grundlegenden, verpflichtenden, dem Staat vorgegebenen geistigen Erkenntnis, die der Art. 1 unserer Verfassung so ausdrückt:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Dieser zentrale Gedanke bestimmte schon hundert Jahre zuvor die **Frankfurter Nationalversammlung**, die am 27. März 1849 eine Verfassung für Deutschland verabschiedete.

Wie wäre es — so frage ich mit Bedacht — um unser Vaterland, um Europa, wie um unsere Familien und Freunde bestellt, wenn schon seit damals von deutschem Boden, beharrlich und verlässlich, nichts anderes ausgegangen wäre als Recht und Gerechtigkeit, garantiert durch ein kraftvolles Parlament?

(Beifall)

Schon diese Frage und dieser Gedanke verpflichten, alles zu tun, damit der hohe und geschichtliche **Rang unserer freiheitlichen Ordnung** erhalten bleibt und sich zum Wohle der Deutschen wie der Nachbarn entfalten kann.

Mit dem Grundgesetz haben wir uns eindeutig für die **parlamentarische Demokratie** entschieden. Das wird heute durch die 8. Bundesversammlung deutlich, die zusätzlich den **föderativen Charakter unseres Staates** ausdrückt — wie es auch hier dank der Länderfahnen sichtbar ist.

Mehrheit und Minderheit, Meinungsstreit und Widerspruch, Demonstration und Kritik,

Ringen um politische Richtung und Mitarbeit im Parlament, das alles kennzeichnet unsere politische Wirklichkeit — wie auch die Unantastbarkeit der Menschenrechte, die Unabhängigkeit der Gerichte und, ich füge dies hinzu, die Kompetenz der Rechnungshöfe. Alle sind an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, alle. Hier ist Platz für Neues und Besseres. Hier ist kein **Platz für Gewalt** als Mittel der Politik.

(Beifall)

Wir alle stehen in der Pflicht, **Freiheit durch soziale Gerechtigkeit**, spürbar im Alltag, immer mehr für jeden zur erfahrbaren Wirklichkeit zu machen.

Wir alle haben die Chance, meine Damen, meine Herren, unsere Pflicht zu tun auf fröhliche Weise.

(Heiterkeit)

Nach einem beherzigenswerten Wort aus den USA gehören zur Demokratie Höflichkeit, Kompromißbereitschaft und Vertrauen.

In diesem Geist, den Sie zu meiner Freude aufnehmen, wollen wir uns an die Arbeit begeben und die Arbeit leisten, die wir heute zu leisten haben: Unseren Bundespräsidenten wählen, das Staatsoberhaupt unserer — ich sage das in dieser Lage und auch wegen der Lage, aber mit Blick auf unsere Geschichte und die Lage anderswo mit Bedacht, ich spreche es aus — bewährten und, wie ich sage, liebenswerten Republik, die stets zum Besseren offen ist.

(Lebhafter Beifall)

Für diese konkrete Arbeit werden wir nun ein wenig Geduld aufbringen müssen und vor allem auch um rechtliche Genauigkeit und Gründlichkeit bemüht sein. —

Wir kommen damit zur **Konstituierung** der 8. Bundesversammlung, die aus 520 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und derselben Zahl von Mitgliedern besteht, die von den Landesparlamenten gewählt worden sind.

Nach den Mitteilungen der Präsidenten der Landesparlamente sind die 520 Mitglieder aus den Ländern rechtmäßig gewählt und benannt worden.

Nach § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung findet die **Geschäftsordnung** des Bundestages auf den Geschäftsgang der Bundesversammlung sinngemäß Anwendung, sofern sich die Bundesversammlung nicht eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Vorschläge für eine eigene Geschäftsordnung liegen nicht vor.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich gehe deshalb davon aus, daß die Geschäftsordnung des Bundestages —

(Erneuter Widerspruch bei den GRÜNEN)

— Eine Sekunde! Wir haben noch keine Geschäftsordnung. Ich fasse die Wortmeldungen der Frau Kollegin auf als eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung und erteile ihr nach parlamentarischem Brauch für fünf Minuten das Wort.

Frau Dr. Hickel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gemäß § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung beantrage ich für meine Fraktion, für diese Versammlung nicht die **Geschäftsordnung** des Deutschen Bundestages zu übernehmen. Die Versammlung möge sich statt dessen eine eigene Geschäftsordnung geben. Es soll gelten:

Erstens. Jedem Mitglied der Bundesversammlung ist es gestattet, eine persönliche Erklärung von höchstens fünf Minuten abzugeben.

(Beifall bei den GRÜNEN — Lachen bei der CDU/CSU, der SPD und FDP — Glocke des Präsidenten)

— Ich nehme nicht an, daß sehr viele von Ihnen davon Gebrauch machen wollen.

Den Kandidaten wird zweitens gestattet, sich selber vorzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Soweit diese Geschäftsordnung nichts anderes vorsieht, gilt die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

Ich begründe diesen Antrag wie folgt. Es muß für die Wahlmänner und die Wahlfrauen möglich gemacht werden, sich ein Bild von den Kandidaten nicht nur aus der Presse zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Begründung stelle ich ferner fest: Wir alle wissen, in welcher Vertrauenskrise sich im Augenblick das Verhältnis zwischen den Bürgern und ihren Repräsentanten in unserem Staate befindet. Deshalb muß es die Möglichkeit geben, den Kandidaten der Regierungsparteien zu befragen, ob er in die Spendenaffäre verwickelt war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stellen unseren Antrag, um den Kandidaten Gelegenheit zu geben, sich zu erklären, um dann, wie Art. 54 des Grundgesetzes es vorsieht, ohne Aussprache zur Wahl zu schreiten. Die Bürger, meinen Damen und Herren, haben ein Recht darauf, eine über jeden politischen Zweifel erhabene und integre Persönlichkeit nach eigener Anschauung und eigenem Urteil zu wählen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Barzel: Meine Damen und Herren, Sie haben diesen Antrag zur Geschäftsordnung gehört.

Ich bin kraft Amtes verpflichtet, auf den Art. 54 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes, das uns alle bindet, hinzuweisen. Danach findet die Wahl des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland ohne Aussprache statt. Insofern sind die Ziffern 1 und 2 Ihres Antrags unzulässig.

Da ich eine andere Wortmeldung zur Geschäftsordnung nicht habe, frage ich die

Bundesversammlung, ob sie bereit ist, zuzustimmen, daß wir die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sinngemäß anwenden. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

Meine Damen! Meine Herren! Damit haben wir die Geschäftsordnung in Kraft gesetzt.

Zur **Beschlußfähigkeit** — das muß ich zunächst noch feststellen — ist die Anwesenheit von 521 Mitgliedern der Bundesversammlung erforderlich. Das ist offensichtlich der Fall. Die Bundesversammlung ist also beschlußfähig.

Als Schriftführer schlage ich Ihnen die Abgeordneten vor, die auch im Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Es sind dies die Abgeordneten Amling, Frau Fischer, Frau Geiger, Heyenn, Frau Hoffmann (Soltau), Krey, Krizsan, Lambinus, Michels, Paintner, Frau Schmidt (Nürnberg), Schulze (Berlin), Dr. Struck, Waltemathe, Werner, Frau Weyel, Frau Will-Feld und Zierer.

Wird diesen Vorschlägen widersprochen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführerin Frau Geiger und den Schriftführer Herrn Amling, neben mir Platz zu nehmen. Wenn sie Platz genommen haben werden, ist die **Bundesversammlung konstituiert**, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, nach § 9 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung **Wahlvorschläge** beim Präsidenten des Deutschen Bundestages schriftlich einreichen, wobei die Zustimmungserklärung des Vorgeschlagenen ebenfalls schriftlich beizufügen ist.

Es wurden bislang folgende Wahlvorschläge eingereicht: Die Fraktion DIE GRÜNEN schlägt Frau **Luise Rinser** vor. Die Fraktion der CDU/CSU schlägt Herrn **Richard von**

Weizsäcker vor. Ich heiße beide Bewerber hier herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich bitte der guten gesetzlichen Ordnung wegen die beiden Schriftführer, sich nun von der korrekten Vorlage beider Kandidaturen und der Zustimmungserklärungen zu überzeugen. — Im Namen des Sitzungsvorstandes stelle ich hiermit fest, daß Frau Luise Rinser und Herr Richard von Weizsäcker ordnungsgemäß vorgeschlagen worden sind.

Gibt es weitere Vorschläge? — Das ist nicht der Fall.

Ich muß nun leider, meine Damen, meine Herren, Ihre Aufmerksamkeit noch für einige wenige Bemerkungen zum **Wahlverfahren** in Anspruch nehmen.

Nach § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln gewählt; das heißt, das gemäß § 49 unserer Geschäftsordnung die Wahl geheim stattfindet. Den Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens sowie nach Vorzeigen Ihres weißen Wahlausweises an dem Tisch neben den — von mir aus rechts stehenden — Wahlzellen.

Sie dürfen — ich muß darauf hinweisen — Ihren Stimmzettel nur in der Wahlzelle ankreuzen und müssen in der Wahlzelle auch den Stimmzettel in den Wahlumschlag legen. Die Schriftführer müssen deshalb einen Wähler zurückweisen, der seinen Stimmzettel außerhalb der Wahlzelle gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt hat. Sollte sich jemand insoweit versehen, ist der Mangel heilbar durch spätere korrekte Stimmabgabe.

Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als ein Name angekreuzt ist oder wenn der Stimmzettel auf andere als die in den zugelassenen Wahlvorschlägen genannten Personen lautet oder wenn der Stimmzettel sonstige Zusätze enthält.

Den weißen Wahlausweis übergeben Sie bitte dem Schriftführer an der Wahlurne. Dadurch wird zugleich die Teilnahme am Wahlakt nachgewiesen.

Ich bitte nunmehr die eingeteilten Schriftführer, ihre Plätze an der Stimmzettelausgabe und an der Wahlurne einzunehmen. Es werden dann die Schriftführer abwechselnd zu meiner Rechten und zu meiner Linken den alphabetischen Namensaufruf durchführen.

Ich weise noch darauf hin, daß nachgerückte Mitglieder der Bundesversammlung, die nicht in dem Ihnen ausgehändigten Namensverzeichnis alphabetisch aufgeführt werden konnten, am Schluß aufgerufen werden.

Verfolgen Sie nun bitte den Namensaufruf an Hand der Ihnen vorliegenden Mitgliederliste, und erleichtern Sie durch rechtzeitiges Nachvorne-Kommen den zeitlichen Ablauf dieser Bundesversammlung.

Wir möchten noch darauf hinweisen, daß wir eine Mittagspause nicht vorgesehen haben.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die geheime Wahl und bitte die Schriftführerin Frau Geiger, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf — Während des Namensaufrufs übernehmen um 10.25 Uhr Vizepräsident

Frau Renger, um 11 Uhr Vizepräsident Wurbs, um 11.20 Uhr Vizepräsident Westphal und um 12.05 Uhr Vizepräsident Stücklen den Vorsitz)

Vizepräsident Stücklen: Meine Damen und Herren, ist noch ein Mitglied der Bundesversammlung anwesend, das nicht abgestimmt hat und die Absicht hat, abzustimmen? — Meine Damen und Herren, letzter Aufruf: Ist noch ein Mitglied der Bundesversammlung zugegen, das seine Stimme nicht abgegeben hat, jedoch die Absicht hat, an der Abstimmung teilzunehmen? — Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung. —

Während der Auszählung wird die Sitzung nicht unterbrochen. —

(Auszählung — Während der Auszählung übernehmen um 12.35 Uhr Vizepräsident Frau Renger, um 12.48 Uhr Vizepräsident Stücklen und um 13.04 Uhr Präsident Dr. Barzel den Vorsitz)

Präsident Dr. Barzel: Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis der Wahl** bekannt:

Mitgliederzahl der Bundesversammlung: 1040. Abgegebene Stimmen: 1028, abgegebene gültige Stimmen: 1017. Für Frau Luise Rinser wurden 68 Stimmen abgegeben,

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

für Herrn Richard von Weizsäcker 832 Stimmen.

(Anhaltender lebhafter Beifall — Frau Rinser gratuliert Dr. von Weizsäcker zu seiner Wahl)

Meine Damen und Herren, ich muß das Protokoll weiter verlesen. Es gab Enthaltungen: 117; ungültige Stimmen: 11.

Damit hat Herr Richard von Weizsäcker die nach Art. 54 Abs. 6 Satz 1 des Grundgesetzes im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Bundesversammlung erhalten.

Nach § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten teile ich Ihnen, Herr von Weizsäcker, die Wahl mit und fordere Sie auf, jetzt oder — was Sie nach dem Gesetz können — binnen zwei Tagen zu erklären, ob Sie die Wahl annehmen. Wenn Sie gleich bereit sind, die Wahl anzunehmen, bitte ich Sie um Ihre Erklärung hier oben am Mikrophon.

Dr. von Weizsäcker (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Barzel: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß Herr von Weizsäcker die Wahl zum Bundespräsidenten der

Bundesrepublik Deutschland angenommen hat. Herr von Weizsäcker, ich spreche Ihnen namens der Bundesversammlung die besten Wünsche aus, wünsche Ihnen Gottes Segen, Glück und Erfolg für unser Vaterland.

(Lebhafter Beifall)

Wenn Sie ein paar Worte sagen wollen, steht Ihnen das Mikrophon zur Verfügung.

Dr. von Weizsäcker (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Herr Präsident, für Ihre Wünsche möchte ich Ihnen herzlich danken und, wenn Sie erlauben, ein paar Worte hinzufügen.

Das Amt, in das mich die Bundesversammlung heute gewählt hat, geht zunächst aus demokratischer Auseinandersetzung hervor. Aber das Ergebnis der Wahl führt zu einer Aufgabe, die in der Verantwortung für alle wahrzunehmen ist.

Den Mitgliedern der Bundesversammlung, die sich an der Wahl beteiligt haben und die durch ihre Abstimmung die Aufgabe der Verantwortung für alle unterstrichen, die Verpflichtung bekräftigt, aber die Amtsführung dadurch auch erleichtert haben, möchte ich meinen aufrichtigen Dank sagen.

Ich möchte Ihnen, Frau Luise Rinser, aus Überzeugung und — wenn ich das hinzufügen darf — auch aus eigener Erfahrung mit dieser Aufgabe meinen Respekt für Ihre Kandidatur aussprechen.

(Beifall)

Für meine Amtsführung fühle ich mich verpflichtet, die Verantwortung auch im Interesse derer zu tragen und auszuführen, die mir ihre Stimme heute nicht gegeben haben.

In diesem Sinne möchte ich von hier aus alle unsere deutschen Landsleute grüßen und alle unsere Nachbarn auch.

(Anhaltender lebhafter Beifall — Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhebt sich)

Präsident Dr. Barzel: Herr von Weizsäcker, ich danke für Ihre Worte.

Meine Damen und Herren, wir singen nun gemeinsam die Nationalhymne.

(Die Nationalhymne wird gesungen)

Meine Damen und Herren, nur noch wenige Worte. Ich möchte Ihnen allen danken, die Sie als Mitglieder der Bundesversammlung zu einem zügigen und erfolgreichen Ablauf dieser Versammlung beigetragen haben.

Ich fühle mich von Ihnen allen ermächtigt, unserer Kollegin Frau Antje Huber zu ihrem heutigen 60. Geburtstag die herzlichsten Glück- und Segenswünsche auszusprechen.

(Beifall)

Mein Dank gilt den Vizepräsidenten und den Schriftführern des Deutschen Bundestages sowie vor allen Dingen der Botenmeisterei und den Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung.

(Beifall)

Der Stadt Bonn danke ich, daß wir hier tagen konnten. Der Stadtverwaltung, den Polizeidienststellen und allen, die sich um uns bemüht haben, danke ich für die umsichtigen Arbeiten zur Vorbereitung und zur Durchführung der Bundesversammlung. Ich danke der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen für ihre Mitarbeit. Ich danke herzlich den Kirchen beider Konfessionen, daß wir Gelegenheit hatten, an einer gemeinsamen christlichen Morgenfeier teilzunehmen. Die Bürger der Stadt Bonn, die hier in der Nähe der Beethovenhalle wohnen, haben heute und in den vergangenen Tagen mancherlei Behinderungen im Zusammenhang mit der Bundesversammlung hinnehmen müssen. Ich danke den Bürgern für das Verständnis für unsere Arbeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Eidesleistung des künftigen Bundespräsidenten vor dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat wird am 1. Juli 1984 stattfinden.

Ich würde mich freuen, wenn Sie anschließend zusammen mit dem Bundespräsidenten, dem gewählten künftigen Bundespräsidenten und auch dem früheren Bundespräsidenten Walter Scheel, dem Bundeskanzler und dem Bundesratspräsidenten uns die Freude machen würden, Sie im Bundestag begrüßen zu dürfen. Wir haben uns angestrengt, meine Damen und Herren. Ich freue mich, Sie wiederzusehen.

Die Bundesversammlung ist beendet.

(Schluß: 13.18 Uhr)

Liste der entschuldigter Mitglieder der Bundesversammlung

Bastian
Collet
Engelsberger
Hauck
Frau Kelly
Kiehm
Nagel
Polkehn
Porzner

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1984

Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Dr. Richard von Weizsäcker,

Deutscher Bundestag, 79. Sitzung, zugleich 538. Sitzung des Bundesrates, Bonn, Sonntag, den 1. Juli 1984¹⁾

Präsident Dr. Barzel: [...]

Meine Damen und Herren, am 23. Mai dieses Jahres hat die Bundesversammlung Herrn Richard von Weizsäcker zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Herr von Weizsäcker hat vor der Bundesversammlung diese Wahl angenommen und mit dem heutigen Tage das Amt des Bundespräsidenten angetreten.

Nach Art. 56 des Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates den vorgeschriebenen Eid. Ich bitte Sie Herr Bundespräsident — und ich bitte den Herr Präsidenten des Bundesrates —, zu mir hinzutreten und diese Eidesleistung vorzunehmen.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herr Bundespräsident, ich gebe Ihnen das Original des Grundgesetzes und bitte Sie, den Eid zu sprechen.

Dr. von Weizsäcker, Bundespräsident: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Barzel: Herr Bundespräsident, damit haben Sie den Eid geleistet. Ich spreche Ihnen die Glückwünsche des Deutschen Bundestages aus. Ich wünsche Ihnen Segen, eine glückliche Hand und Erfolg für unser Vaterland.

Das Wort hat der Herr Bundespräsident.

Dr. Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: Meine Herren Präsidenten! Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates! Herr Bundeskanzler! Exzellenzen! Liebe Mitbürger und Gäste! Mein erster Gedanke gilt heute dem Mann, aus dessen Hand ich mein Amt übernehme: **Karl Carstens.** Ich danke Ihnen für Ihren klugen und uneigennütigen Rat bei der Überleitung des Amtes. Sie sind Ihren Aufgaben stets und unbeirrbar überparteilich, aber nie mit neutraler Standpunktlosigkeit nachgegangen. Sie haben die Pluralität der Auffassungen in unserem Gemeinwesen stets geachtet. Dennoch haben Sie positiv hineingewirkt in eine Sphäre der Meinungs- und Bindungslosigkeit, die der Pluralismus gelegentlich erzeugt. Ihre Amtsführung war geprägt von der Geradlinigkeit Ihres Denkens und Handelns. Sie haben unser Land mit sicherem Stil und mit Würde vertreten. Dafür möchte auch ich Ihnen und Ihrer von uns allen verehrten Frau von Herzen danken.

(Beifall)

Unsere Verfassung spricht ausführlich von unseren Rechten als Bürger. Pflichten dagegen werden kaum erwähnt. In umgekehrter Weise behandelt das Grundgesetz das **Amt des Bundespräsidenten**, und zwar aus wohlwollenden Gründen. Von seinen Befugnissen ist nur spärlich die Rede. Dagegen werden seine **Pflichten** hervorgehoben, und sie werden an die höchsten Ziele gebunden. Denn was könnte es Größeres, aber auch Schwereres im Staat geben, als dem Wohl des Volkes zu dienen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden und Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben? Das sind die Ziele — wörtlich in der Verfassung vorgeschrieben —, auf die ich soeben meinen

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 10. Wahlperiode. Stenographischer Bericht. Bd. 128, S. 5791

Eid geleistet habe. An ihnen orientieren sich meine Pflichten. Sie sind es, die mich auch heute legitimieren, Ihnen aus Anlaß meiner Amtseinführung einige persönliche Gedanken vorzutragen.

Meine Kraft dem **deutschen Volk** zu widmen ist meine Aufgabe. Dem deutschen Volk? Wer ist gemeint? Stocken wir hier schon? Ich glaube nicht. In beiden deutschen Staaten lebt das deutsche Volk. Von ihm, von dem ganzen deutschen Volk, geht die Präambel unseres Grundgesetzes aus.

(Beifall)

Unmittelbar verpflichtet mich unsere Verfassung auf die Bundesrepublik Deutschland. In ihr und von ihr aus wollen wir unsere Beiträge für die Zukunft leisten, um nach innen und außen in Frieden zu leben, die Teilung zu überwinden, die Vereinigung Europas zu fördern und unserer Verantwortung in der Welt gerecht zu werden. Dazu müssen wir unsere heutige staatliche Gegenwart ernst nehmen. Die Bundesrepublik Deutschland muß eine handlungsfähige Einheit sein. Dies ist es, was auch die Deutschen in der DDR von uns erwarten. Europa wächst nicht aus verunsicherten Völkern, die auf der Flucht vor ihrer Gegenwart leben, sondern nur aus lebensfähigen, von ihren Bürgern getragenen Einheiten.

(Beifall)

Gewiß, wir haben unsere besonderen Schwierigkeiten mit unserem **Nationalgefühl**. Unsere eigene Geschichte mit ihrem Licht und ihrem Schatten und unsere geographische Lage im Zentrum Europas haben dazu beigetragen. Aber wir sind nicht die einzigen auf der Welt, die ein schwieriges Vaterland haben. Das sollten wir nicht vergessen. Nirgends sind zwei Nationen einander gleich. Jedes Nationalgefühl hat seine besonderen Wurzeln, seine unverwechselbaren Probleme und seine eigene Wärme. Unsere Lage, die sich von der der mei-

sten anderen Nationen unterscheidet, ist kein Anlaß, uns ein Nationalgefühl zu versagen. Das wäre ungesund für uns selbst, und es wäre nur unheimlich für unsere Nachbarn. Wir müssen und wir dürfen uns in der Bundesrepublik Deutschland zu unserem nationalen Empfinden bekennen, zu unserer Geschichte, zur offenen deutschen Frage, zur Tatsache, daß wir überzeugte Bündnis- und Gemeinschaftspartner sein können und doch mit dem Herzen auch jenseits der Mauer leben.

(Beifall)

Wir sind kein Volk verwirrter Gefühle oder romantischer Grübeleien. Wir sind auch keine wandernden Missionare zwischen den Welten. Wir sind Menschen wie andere auch. Unsere Nachbarn dürfen davon ausgehen, daß auch sie in unserer Lage ganz ähnlich empfinden würden.

Zwei Grunddaten sind es, die diese Lage kennzeichnen. Das eine ist die **Zugehörigkeit zum Westen**. Sie beruht auf unserer Entscheidung für die Grundwerte des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates. Sie ist endgültig und unwiderruflich. Es ist dieser geistige und humane Boden, auf dem unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis beruht. Nur weil die Partnerschaft auf gemeinsamen Überzeugungen von Menschenrecht und freier Gesellschaft gründet, kann sie Interessen ihrer Mitglieder schützen. Unser Wille zu dieser Partnerschaft ist keine opportunistische Episode von vorübergehender Dauer und schon gar kein Gegensatz zu unserer deutschen Identität, sondern vielmehr ihr unentbehrlicher Bestandteil. Wir haben länger als andere gebraucht und es nur unter größeren Schmerzen erreicht, zu dieser Lebensform zu kommen. Um so weniger werden wir sie je wieder preisgeben wollen.

Eine besondere Gemeinschaft verknüpft uns mit den **Deutschen im anderen deutschen**

Staat. Das ist das andere Grunddatum unserer Lage. Die Geschichte hat ihnen am Ende des Zeiten Weltkrieges den schwereren Teil als uns auferlegt. Um so mehr sollten wir sie spüren lassen, daß wir die Verantwortung für diese Geschichte mit ihnen ebenso teilen wie die Wurzeln unseres geistigen und sozialen Lebens, allen Systemunterschieden zum Trotz. Dies gilt nicht nur für die großen Zeugnisse aus der Vergangenheit, für die Dome in Naumburg, Erfurt und Güstrow, für den Geist aus Wittenberg und Weimar, für die Musik aus Leipzig und Dresden. Es kennzeichnet auch die heutige lebendige Wechselwirkung. Bewegend war etwa die Aufnahme, die die Berliner Philharmoniker im neuen Gewandhaus zu Leipzig gefunden haben. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Die Aussagen von Christa Wolf haben auch für uns im Westen eine bestimmende geistige Bedeutung. Man denke nur etwa an ihre Frankfurter Cassandra-Vorlesungen. So schön Teneriffa ist und so wichtig das Silicon Valley für unsere Entwicklung auch sein mag, der Neuaufbau der Semperoper in Dresden und das Leben der christlichen Gemeinden in der DDR berühren auch uns zutiefst.

(Beifall)

Uns Deutsche in Ost und West verknüpft eine elementare menschliche Zusammengehörigkeit. Erzwungene Abgrenzung und Zeitablauf haben sie nicht absterben lassen. Man denke nur an die Mauer. Die Absicht ihrer Erbauer war nur allzu klar und folgerichtig. Es galt, das eigene politische System zu konsolidieren. Die Bevölkerung der DDR sollte sich abfinden mit **Teilung und Trennung**. Aber fast noch deutlicher als vor 23 Jahren sehen wir heute, daß die Mauer dieses Ziel verfehlt. Wider Willen ist sie der überzeugende täglich frische Beweis, daß die Frage offen ist, die sie abschließend zu beantworten versuchte. Sie macht die Zusammengehörigkeit nur augenfälliger, die sie vergessen machen wollte.

Sorgen im Ausland über die Beständigkeit der deutschen Politik können wir um so glaub-

würdiger begegnen, wenn wir unbequeme Realitäten der deutschen Lage nicht verschweigen, denn sie gehören zur menschlichen Natur. Wiederum ist die **Mauer in Berlin** dafür Beispiel. Ich habe dort noch keinen Polen oder Franzosen, keinen Afrikaner oder Amerikaner erlebt, der in ihrem Angesicht nicht so empfunden hätte wie wir. Übrigens hat auch Chruschtschow sie eine „häßliche Sache“ genannt, die wieder weichen müsse, wenn die Gründe für ihren Bau entfielen. Und welche Gründe? Auf einer Synode in der DDR war davon unlängst eindrucksvoll die Rede: Die Menschen in der DDR fühlen sich ihrer Heimat verbunden. Sie wollen nicht weg. Heimat ist aber, so hieß es, nicht nur dort, wo man geboren ist. Heimat ist der Ort, wo man Verantwortung genommen wird und wo man verantwortlich sein kann. Mehr Mitsprache und Mitverantwortung einräumen — das nimmt das Gefühl von Heimatlosigkeit und macht Ausreiseträge und Abgrenzungen überflüssig.

(Beifall)

Was die Menschen in zwei deutschen Staaten miteinander verbindet, kann nur im Frieden gedeihen. Die Deutschen haben nicht mehr Angst oder mehr Friedensliebe als andere Völker auch. Aber ihre Zusammengehörigkeit über Paktgrenzen hinweg gibt ihnen besondere Impulse in Richtung auf den Frieden. Lebten wir ohne inneres Band gleichgültig nebeneinander in zwei Lagern, so wäre vielleicht unser **Engagement für den Frieden** weniger intensiv. Die Teilung ist ein großes Leid. Die Trennung von Menschen, die zusammengehören, erzeugt aber auch eine friedensstiftende Kraft, die uns besonders nachdrücklich nach Beiträgen zur Verständigung in der internationalen Lage suchen läßt.

Wir sind in beiden deutschen Staaten einig im Begriff der Verantwortungsgemeinschaft. Die Führungen auf beiden Seiten bekennen sich dazu, daß nie wieder Krieg vom deutschen Boden ausgehen soll. Das ist gut. Aber damit ist, wie jeder weiß, der Frieden noch nicht gesi-

chert. Unser Frieden hängt von der Lage zwischen Ost und West im ganzen ab. Auf sie, auf das Ganze einen friedlichen Einfluß zu suchen, darauf kommt es an. Nur so dienen wir unseren deutschen Interessen, nicht aber mit dem **Gaukelbild einer Neutralisierung**. Es gibt nur einen Ausstieg, nämlich den mit dem Kopf in den Sand.

Das Atlantische Bündnis, zu dem wir fest stehen, hat schon in den späten sechziger Jahren mit dem Harmel-Bericht die Richtung gewiesen, die auch heute gilt: **Verteidigung und Entspannung** als untrennbare Bestandteile unserer Politik gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten. Wir müssen und wir werden unsere Freiheit schützen. Daher lassen wir mit uns über unseren Platz im Bündnis und über seine Fähigkeit zur Verteidigung nicht verhandeln. Sicherheit ist erforderlich. Sie verlangt die Fähigkeit zum Selbstschutz auf möglichst niedrigem Niveau.

Wir wollen unseren vollen Anteil an der Verteidigung tragen. Wir tun es im Bewußtsein, daß die Verantwortung für den Frieden im atomaren Zeitalter fast übermenschlich groß ist. Allzuoft schon in der Geschichte sind die Völker in Kriege gegeneinander geraten, zumeist gegen ihren Willen, oft durch Pannen und Irrtümer. Die **Wirkung der heutigen Waffen** aber hat den Charakter eines Krieges verändert. Wenn die Menschheit überleben will, dürfen die Waffen nicht eingesetzt werden. Damit wird von uns eine ganz neue Kraft, eine ganz andere Qualität im Umgang mit Konflikten verlangt. Es gibt keinen unentrinnbaren Weg in die Katastrophe. Aber es gibt beileibe auch keinen zwingenden Grund zu Optimismus. Im Zeichen der Kernwaffen erlebt Europa heute eine seiner längsten Friedenszeiten, und wir sind dankbar dafür. Es wäre aber leichtfertig, zu glauben, daß uns nur deshalb auch eine friedliche Zukunft für immer sicher sei. Zahl und Perfektion der Waffen steigen von Jahr zu Jahr. Viele Menschen haben das Gefühl, daß dennoch oder vielleicht gerade darum die Sicher-

heit abnimmt. Jede Provokation, jedes Impo- niergehebe, jedes waffentechnische Überhol- manöver und auch jedes unbeabsichtigte Miß- verständnis können gefährlich sein.

Es ist mit den Waffen wie mit anderen Berei- chen der wissenschaftlichen und technischen Revolution auch. Der Mensch hat sich im Um- gang mit der Natur schier grenzenlose Mög- lichkeiten eröffnet. Nun stößt er an eine neue Grenze, nämlich die seiner eigenen herkömmli- chen Einsicht und Verantwortung. Da liegt die gewaltige Gefahr, aber auch die große und neue Chance. Weil die Kernwaffen die Menschheit auslöschen können, können sie keine Konflikte mehr lösen. Wir müssen um des Lebens willen zu einer neuen Einsicht und Verantwortung im Umgang mit Konflikten vorstoßen. Das ist die große Herausforderung vor uns.

(Beifall)

Werden wir diese Herausforderung bestehen? Werden wir denen, die die Hauptverantwor- tung tragen, helfen können, anstatt es ihnen zu erschweren? Werden wir zur Vertrauensbil- dung beitragen? Keinen Tag dürfen wir uns dem Druck dieser Fragen entziehen — keinen Tag in- mitten des Friedens, in dem wir dankbar leben.

Wir Deutschen wollen in Frieden auch mit un- seren **Nachbarvölkern des Warschauer Pak- tes** leben. Sie gehören einem fundamental an- deren System zu, aber mit uns sind sie durch gemeinsame Geschichte, Kultur und Friedens- willen verbunden. Sie sind Europäer wie wir, und das sollten wir nie vergessen.

(Beifall)

Friedliche Beziehungen zur Sowjetunion ha- ben für uns ein besonderes Gewicht. Dazu müssen wir die Realitäten ernst nehmen, wie sie sind. Kein Bündnis wird das andere mit ei- nem Rüstungswettlauf in die Knie zwingen. An den Verhandlungstisch wird die Sowjetuni- on kommen, wenn es gelingt, ihre eigenen In- teressen dafür zu mobilisieren. Zu einem in- neren Reformkurs wird sie sich durch Druck von außen nicht nötigen lassen. Es gilt, bei der

Sowjetunion, aber auch bei uns selbst, einem gegenseitigen allzu vereinfachten Weltbild entgegenzuwirken.

(Beifall)

Unzureichende Informationen und Vorurteile erzeugen wechselseitig unbegründete Angst, die nicht weniger gefährlich sein kann als Rüstung. Auch fördert es den Frieden nicht, die Welt in gut und böse einzuteilen.

(Beifall)

Wir verlieren unser Unterscheidungsvermögen zwischen Freiheit und Tyrannei keineswegs, wenn wir die Menschen in der Sowjetunion für so gut oder so böse halten wie uns selbst.

(Beifall)

Auch wenn wir alle Kraft auf eine besonnene und verantwortliche Sicherheitspolitik verwenden, so sollten sich doch die Ost-West-Beziehungen nicht in Sicherheitsfragen erschöpfen. Rüstung, Abrüstung, Rüstungskontrolle, kurz: der ganze Bereich der Sicherheitspolitik ist von großer Bedeutung, aber er ist die Rahmenbedingung der **Ost-West-Beziehungen**, dagegen nicht ihr eigentlicher Inhalt. Er darf, was die friedensstiftende Wirkung betrifft, nicht ein Monopol über unser Denken und Handeln annehmen. Denn diese friedensstiftende Wirkung, so lehrt historische Erfahrung, zeigt, daß in der Regel nicht Abrüstung den Weg zum Frieden ebnet, sondern friedliche Zusammenarbeit den Weg zur Abrüstung.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang kann es auch **deutsche Friedensbeiträge** geben. Wir sind keine Führungsmächte, wir verfügen nicht über Kernwaffen, aber wir haben eine Klimaverantwortung für das Ost-West-Verhältnis. Die Kontakte zwischen verantwortlichen Politikern beider deutscher Staaten sind zahlreicher geworden. Man spricht unbefangener miteinander als früher. Man verliert weniger Zeit mit propagandistischen Einleitungen. Nun gilt es, die

Substanz anzureichern. Wir wollen die anderen nicht gesundbeten, uns aber auch nicht ineinander verkrampfen.

Entscheidend ist die **Entspannung**, die sich nicht in Begegnungen der Politiker erschöpft, sondern von der Bevölkerung selbst am eigenen Leib erlebt werden kann. So können Klima und **Beziehungen der beiden deutschen Staaten** eine verklammernde Wirkung mit sich bringen, die sich gegen niemanden richtet, aber die dem Frieden in Europa nützen kann.

In diesem Sinne wäre ein Besuch des Generalsekretärs der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR bei uns zu begrüßen.

(Beifall)

Für mich hoffe ich auf eine Entwicklung der Verhältnisse für eine spätere Gelegenheit, in die DDR reisen zu können, mit deren Menschen ich mich tief verbunden fühle und die ich herzlich grüße.

(Lebhafter Beifall)

Ich komme aus **Berlin** in mein neues Amt. Die Geschichte dieser Stadt war immer geprägt von Weltoffenheit, Toleranz und Liberalität. Berlin wurde zum Zentrum des Deutschen Reichs. Es war nicht die Geburtsstätte, aber Machtmittelpunkt der nationalsozialistischen Herrschaft. So wurde Berlin auch Ausgangspunkt für Weltkrieg und schließlich für den Holocaust. Wir alle haften für unsägliches Leid, das im deutschen Namen geschehen ist.

Aber nicht nur Schrecken und Verbrechen verbreiteten sich von Berlin, sondern auch immer wieder und bis zuletzt tapfere und selbstlose Taten der Menschenhilfe und des Widerstandes. Wir werden ihrer am 20. Juli in Berlin gedenken.

Trotz Zerstörung, Teilung und isolierter Lage ist Berlin der Platz geblieben, der uns — wie kein anderer — Maßstäbe für unser Denken und Handeln gibt. Bald nach dem Krieg wurde die Stadt unter notvollem Druck von außen zum Symbol der Freiheitsliebe der Menschen.

Unter gegenseitigem Respekt wurden dort aus ehemaligen Kriegsgegnern Freunde. Dafür gilt heute unser Dank den Franzosen, den Briten und nicht zuletzt den Amerikanern, denen wir überall in Frieden herzlich verbunden sind.

(Beifall)

Und erlauben Sie mir bei diesem Anlaß als Vertreter des Kongresses der Vereinigten Staaten einen alten Freund der Deutschen, den Senator Mathias, herzlich zu grüßen.

(Beifall)

Von Berlin aus sind wir einander berechenbare und zuverlässige Partner geworden, und wir werden es bleiben.

In **Berlin** leben die wichtigsten Impulse der **Zusammengehörigkeit aller Deutschen**. Nirgends erklärt sich der notwendige Zusammenhang vom Schutz der Freiheit im Bündnis und von friedlicher Entspannung nach Osten so selbstverständlich wie in Berlin. In Berlin hat sich auch gezeigt, daß Ost und West sich auch dort über praktische Regelungen verständigen können, wo prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zur Zeit nicht überbrückbar sind.

In **Berlin** hat sich im vollen Bewußtsein der furchtbaren Vergangenheit wieder eine **jüdische Gemeinde** zusammengefunden, um einen neuen Anfang mit uns zu machen. Nicht verdrängen, sich erinnern hilft weiter. Daran hat sie sich gehalten. Inzwischen ist weit über Berlin hinaus im Judentum wieder Vertrauen gewachsen. Eine neue menschliche Brücke ist entstanden. Sie ist noch zart und anfällig. Aber sie trägt wieder, und sie darf nie wieder einstürzen.

(Beifall)

So erfüllt Berlin entscheidende nationale Aufgaben für alle Deutschen. Ich bin froh, auch im neuen Amt mit Herz und Verstand Berliner bleiben zu können.

(Beifall)

Die wichtigste Aufgabe für uns, die wir heute Verantwortung tragen, ist die **lebenswerte Zukunft für nachfolgende Generationen**.

Unsere Nachfahren werden nicht fragen, welche Zukunftsvisionen wir für sie bereithielten; sie werden wissen wollen, nach welchen Maßstäben wir unsere eigene Welt eingerichtet haben, die wir ihnen hinterlassen. Woraufhin also leben wir heute, in unserer Zeit?

Die Maßstäbe dafür kann niemand vorschreiben. Auf der Suche nach ihnen gibt es ständig Konflikte und Veränderungen. Jahrelang herrschte ein neuer, ein aufbruchartiger sozialer und kultureller **Fortschrittsglaube** vor. Das Zutrauen, daß wir die guten Dinge machen können, bestimmte die Diskussionen. Utopien folgten die Ernüchterung und Enttäuschung. Heute sind die Stimmungen von einem Zeitgeist geprägt, der zwischen Zukunftsangst und Optimismus hin- und herschwankt. Seine heftigen Ausschläge sind kein sehr stabiles Zeichen.

Nutzen mehren, Schaden abwenden — beides gilt dem uns allen anvertrauten Wohl. Worin sehen wir dieses Wohl?

Nach wie vor beschäftigen wir uns stark mit unserer **wirtschaftlichen Lebensgrundlage**, mit unserem materiellen Wohlergehen. Wir leben im Bestreben, weit vorn in der Weltrangliste von Wirtschaft und Technik zu stehen. In unserer Lage kann das auch gar nicht anders sein. Aber damit erfüllen wir den politisch humanen Begriff des Wohls nur sehr mager. Das Wohl, das uns anvertraut ist, weist auf das Dauernde im unaufhaltsamen Wandel hin, auf das, was es in der Natur der Welt und des Menschen zu bewahren gilt. Es zielt auf eine Sittlichkeit, die für sich in Anspruch nimmt, über den Tag und die Generation hinaus zu bestehen. Sie fragt nach einem humanen Maßstab für die Anwendung wissenschaftlicher und technischer Fähigkeiten. Sie betrifft die Kultur im Umgang von Menschen mit Menschen, mit Dingen und mit der Zukunft. Dafür kann ich nur Beispiele nennen. Es kommt meinem Amt zu, Fragen zu stellen und die Arbeit für Ant-

worten auf sie zu ermutigen, nicht aber Rezepte anzubieten.

Von den Gefahren immer neuer, wirkungsgenauerer Waffen war schon die Rede.

Den **Ertrag des Bodens** kurzfristig zu steigern, haben wir gelernt. Können wir aber auch verhindern, daß der Boden auf diese Weise langfristig abstirbt? Werden wir angesichts unserer angewachsenen Macht, die Zukunft schon heute zu verbrauchen, auch in unseren Enkeln unseren Nächsten erkennen lernen?

(Beifall)

Fragen wir uns unerbittlich genug, ob aus dem, was wir heute tun, keinem Nachgeborenen ein Schaden entsteht? Können wir uns aus der menschlichen Überheblichkeit befreien und **Rücksicht auf die Natur** um ihrer selbst willen lernen?

Die Produktionstechnologie macht sprunghafte Fortschritte. Sie macht schwere Arbeit leichter, und das ist human. Sie macht vielfach Arbeit überhaupt überflüssig, und mit den Folgen werden wir bislang nicht fertig. **Technischer Wandel** schafft zwar auch neue Arbeit, er verändert und verlagert sie. Die Übergänge aber sind es, die uns zu schaffen machen. Viel zu viele alte und junge Menschen suchen zur Zeit vergeblich Arbeit. Wir brauchen die Tarifautonomie; wir dürfen Arbeitskämpfe nicht ausweichen.

(Vereinzelt Beifall)

Auch ich möchte den Vermittlern im jetzigen Konflikt meinen herzlichen Dank sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Aber werden wir nach diesen schweren Monaten eine Neubesinnung auf eine **Sozialpartnerschaft** erleben, die wir dringender als je brauchen? Die Verbände haben große wirtschaftliche und soziale Macht, weit über ihre Mitglieder hinaus. Werden sie sich und werden wir alle uns mit ihnen im wirklich uneigennütigen Kampf zugunsten Dritter, nämlich derer bewähren, die Arbeit suchen?

Europa ist für uns und für die Zukunft von entscheidender Bedeutung. Die Stimme der Europäer und ihre Verantwortung in der Welt sind dringend gefragt. Die Notstände verlangen es gebieterisch: die Überbevölkerung, der Hunger, die sozialen Spannungen, die Zahlungsunfähigkeit. Wir kommen auf unserem steinigem Weg langsam vorwärts. Gerade jetzt sind wir für Fortschritte dankbar, die in Fontainebleau erzielt wurden. Aber Großes und Schweres bleibt zu tun. Junge Menschen z.B. werden wir für Europa erst gewinnen, wenn wir ein System überwinden, mit dem wir hier bei uns Ernährungsüberschüsse finanzieren, die dort nicht einsetzbar sind, wo Menschen Hungers sterben.

(Beifall)

In Australien haben Ärzte aus einem monatelang tiefgekühlten Embryo ein Kind entwickelt. Eine amerikanische Zeitschrift meinte dazu, die Embryos würden hier „mit ebensoviel Respekt wie gefrorene Erbsen“ behandelt. Verständlicherweise werden die besorgten und heftigen Fragen zunehmen. Was für wissenschaftlich entwickelte Wickelkinder wird es noch geben?

Was uns not tut, ist aber nicht die Emotionalisierung, sondern die gemeinsame sachliche und strenge Suche nach einer angemessenen Ethik. Auch die **Forschung am Menschen** ist Teil der freien Wissenschaft. Aber die Freiheit ist nicht schrankenlos.

(Lebhafter Beifall)

In vielen Bereichen haben wir genaue Vorschriften für den Umgang mit dieser Freiheit, z. B. beim Eigentum. Reicht für die **Forschung am Menschen** und ihre Anwendung die verantwortliche Selbstkontrolle der Wissenschaft aus? Oder müssen wir ihr nicht doch mit klareren Rahmenregeln helfen? Will sie es nicht in Wirklichkeit selbst?

Maßstäbe für den Umgang untereinander ergeben sich aus den Erfahrungen während der Kindheit. Maßgeblich dafür ist das Beispiel der

Älteren in den Familien, sind die Schulen, ist aber auch das Fernsehen.

Besonders viele Fragen richten sich an die **Entwicklung der elektronischen Medien**. Werden uns die Gründerjahre der neuen Medien, wie manche meinen, das neue Heil bringen? Werden wir mit ihnen beweisen können, daß wir dem technischen Fortschritt menschlich gewachsen sind? Oder werden sie eine Industrialisierung des Bewußtseins bringen, eine neue, tiefgehende Entfremdung? Werden sie uns die eigenen Erlebnisse rauben und sie durch vorgefertigte, standardisierte Erfahrungen ersetzen? Werden wir uns, wenn die Videofilme immer perfekter und zahlreicher Gewalttaten und Katastrophen elektronisch verbreiten, auch hier damit zufriedengeben, der Gebrauch der Freiheit kenne nun einmal keine Grenzen? Werden uns diese Medien also ungehemmt nahebringen, wie man gegeneinander lebt? Oder werden sie uns helfen, zu lernen, was viel schwieriger, aber auch viel wichtiger zu lernen ist, nämlich wie wir miteinander auskommen?

(Beifall)

Die Sehnsucht des menschlichen Herzens geht gewiß über eine Denver-Clan-Koexistenz hinaus.

(Lebhafter Beifall)

Aber wir dürfen uns nicht allein auf die Stärke der menschlichen Natur zur Selbstbehauptung verlassen. Es genügt auch nicht, auf die beruhigende Statistik zu bauen, wonach bisher nur 26 % aller Zuschauer beim Fernsehen noch nie eingeschlafen sind.

(Heiterkeit)

Ich gestehe, meine Damen und Herren, auch ich gehöre nicht zu dieser standhaft wachen Minderheit.

(Heiterkeit und Beifall)

Müssen wir nicht vielmehr die gewaltige, langfristige Problematik einfach noch viel ernster nehmen als bisher? Ich meine nicht nur

die Programmacher, sondern auch uns Zuschauer. Denn wir sind ja dieselben Menschen — hüben und drüben. Es ist erstaunlich, wie viele Forschungsgebiete der Staat seit Jahr und Tag fördert, wie stiefmütterlich er aber bisher die **Medienwirkungsforschung** behandelt hat.

(Beifall)

Es gab viel ideologischen Streit, Konflikte um vermeintliche parteipolitische Vorteile, aber wenig empirische Sozialforschung. Muß das so bleiben? Sollten wir uns nicht auch hier der Frage nach Regeln für den rechten Gebrauch dieser Freiheit stellen?

Den **Schulen** gilt die Frage, ob sie nicht nur Lehranstalt sind, sondern Lebensraum. Lernen die Kinder neben der notwendigen kritischen Fähigkeit, Konflikte zu führen, auch, Konflikte zu beenden? Das Beispiel der Erwachsenen ist da mitunter recht trübe. Lernen sie, etwas von sich zu verlangen und dadurch Selbstbewußtsein und Lebensmut zu gewinnen? Der Sport — Sie haben ihn schon erwähnt — ist dafür wertvoll; man kann dies vor allem beim Versehrtensport sehen. Freilich, die Erfahrung mit dem Sport gilt natürlich auch für Erwachsene, auch für Ältere. Die 680 000 Mitbürger, die im letzten Jahr das Sportabzeichen erworben haben, werden auch mir als gutes Beispiel dienen.

Welche Rolle spielt neben dem erlernbaren Wissen die Phantasie? Sie ist kein musischer Winkel für ein paar künstlerisch Begabte, sondern sie ist eine Lebenshilfe für jeden von uns in der technischen Welt. Ich bin kein sachverständiger Liebhaber aller Schöpfungen von Joseph Beuys. Aber ich bin beeindruckt von seinem pädagogischen Kunstbegriff und seinen Forderungen, daß wir uns nicht in Künstler und Nichtkünstler einteilen lassen dürften. Vielmehr sollten wir in jedem Menschen einen Mitgestalter von Leben und Zukunft und damit einen auf seine Weise künstlerisch tätigen Mitmenschen sehen.

(Beifall)

Kinder, die musisch erzogen werden und schon früh das Gefühl für Reim und Rhythmus bekommen, lernen später besser lesen. Wer gut lesen kann, versteht und verarbeitet überdies erwiesenermaßen das Fernsehen besser. Ich hoffe, mit Schülern aller Schulen möglichst oft zusammenzutreffen und sprechen zu können.

Jahrzehnte hindurch haben wir die **Lebensbedingungen der Familie** materiell und moralisch geschwächt. Das uns anvertraute Wohl nimmt dadurch schweren Schaden. Wie können wir ihn wenden? Wie begegnen wir dem Zusammenwirken von familienfeindlicher ökonomischer Struktur und menschlicher Bequemlichkeit? Wird uns die lebensnotwendige Korrektur eines Systems gelingen, welches den Gegenwartskonsum fördert, die Zukunftsvorsorge bestraft und damit den Wunsch nach Kindern entmutigt? Werden wir der viel zu weit gehenden, der unmenschlichen Isolierung alter Menschen wehren? Wird es gelingen, die Kinder während ihrer ersten Lebensjahre unter besseren Bedingungen im eigenen Elternhaus zu erziehen und damit frühkindliche Gesundheitsschäden zu vermeiden?

Was **Frauen** in unserer Zeit vor allem bewegt und was sie fragen, ist berechtigt und ist Ausdruck einer historischen Veränderung. Es ist in erster Linie an uns, an den Männern, zwar nicht immer die Antworten zu geben, aber sie möglich zu machen. Wenn Männer die Fragen der Frauen ernst nehmen, ohne sie auf dem Rücken der Familie zu beantworten, dann müssen sie zunächst sich selbst stärker den Familien zuwenden.

(Beifall)

Je mehr bloße Zweckbündnisse, vorübergehende Beziehungen unter Menschen entstanden sind, desto mehr wächst zugleich ein tiefes Verlangen nach Entschiedenheit, nach Verbindlichkeit und Dauer, nach etwas anderem als dem Management von Beziehungskrisen, nach Bindung, Wärme und Liebe. Es geht nicht um Partnerschaft als Eheersatz, sondern es geht um partnerschaftliche Ehe.

(Beifall)

Es gibt bei uns besondere Minderheiten. Ich denke an die bei uns lebenden **Ausländer**. Auch hier muß sich die Kultur im Umgang vom Menschen mit dem Menschen bewähren. Das erfordert große Anstrengungen auf beiden Seiten. Gelingen kann es nur, wenn die Zahl der Ausländer nicht weiter wächst. Die allermeisten von ihnen haben wir eingeladen, zu uns zu kommen. Das ist unsere Verantwortung. Sie erbringen ihre Leistungen, aber viele von ihnen leben in Spannungen und Zukunftssorgen. Soweit sie auf die Dauer bei uns bleiben wollen, müssen sie die Fähigkeit und den Willen entwickeln, mit uns allmählich zusammenzuwachsen. Unsere Aufgabe ist es, Lebensbrücken zu bauen und der kulturellen Eigenständigkeit der Ausländer Raum zu lassen.

Die beste Friedenserziehung für Kinder wird es, so glaube ich, sein, Ausländerkinder in deren Familien zu besuchen und ihnen dort zu helfen. Dann erwerben sie ganz von selbst ein Empfinden dafür, daß sich Deutsche und Ausländer gegenseitig achten und bereichern können.

(Beifall)

Dringend unserer Zuwendung bedarf der **Strafvollzug**. Das ist kein Problem der Ideologie, sondern der praktischen Verhältnisse, unter denen Insassen und Mitarbeiter im Vollzug leiden. Vor allem bei Jugendlichen und Erststraftätern sollte an ihre Zukunft gedacht werden.

Für das **Gnadenwesen** frage ich, wie wir verhindern können, daß es immer weiter verrechtlicht und abstrahiert wird. Seine Handhabung sollte daran erinnern, wo es herkommt. Das Recht ist ein wichtiger Maßstab für Gnade. Aber es darf nicht der einzige sein. Recht ist auf Gnade angewiesen: Gnade vor Recht.

Zehn Beispiele für Fragen nach einer lebenswerten Zukunft, die uns heute bewegen, habe ich genannt. Bei den Konflikten, die sie mit sich bringen, haben wir es mit einer Polarisierung quer durch Parteien, Schichten und Altersgrup-

pen hindurch zu tun. Die einen wollen die Gesellschaft mit radikalen Protestaktionen aufrütteln und auf Gefahren für die Zukunft aufmerksam machen. Andere sehen in der Radikalität von Protesten eine Gefahr für die freiheitliche Demokratie und damit einen Grund zur Sorge um die Zukunft. Ich glaube, wir müssen beide Ansätze ernst nehmen. Die Demokratie kann nur bestehen, wenn die langfristigen Überlebensfragen der Menschheit schonungslos erörtert und glaubwürdig beantwortet werden. Angesichts des gewaltigen Ausmaßes der Probleme kann dies nicht ohne Härte und Ungeduld abgehen.

Es ist fatal, wenn beim Bürger der Eindruck entsteht, auf ihn käme es gar nicht an, denn „die da oben“ machten ja doch, was sie wollten. In Wirklichkeit wissen doch wir Politiker oft selbst noch keine Lösung und sind dringend auf Mitberatung angewiesen. Ich meine, es ist ehrlicher und überzeugender, dies offen einzugestehen, statt zu glauben, wir Politiker — egal welcher Richtung — schuldeten dem Publikum nur einen ermutigenden Optimismus und dem Gegner die scharfe Konfrontation.

(Beifall)

Andererseits können wir die Überlebensfragen der Menschheit nirgendwo mit einer größeren Chance auf Erfolg behandeln als in der **Demokratie**. Sie ist offener und lernfähiger als jede andere Regierungsform. Auch wenn es oft nicht schnell genug geht und nicht immer auf Anhieb der richtige Weg gefunden wird, so ist doch die Demokratie am besten in der Lage, Fehler zur Sprache zu bringen, sich zu korrigieren, Einsichten und Vernunft im Widerstreit der Meinungen zu entwickeln.

Entscheidend ist die **Freiheit**. Sie allein macht es möglich, gemeinsam die Wahrheit, das richtige Ziel und die richtigen Mittel und Wege zu suchen.

Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die den stets notwendigen Weg zum Wandel in Frieden finden läßt. Damit dies möglich bleibt,

darf die Radikalität des Streitens niemals die Regeln des Rechts verletzen, denn diese sind die Bedingungen für die Freiheit und die Kraft zur Reform.

(Beifall)

Damit wir in dieser Freiheit zu Entscheidungen kommen können, muß es nach dem **Mehrheitsprinzip** gehen. Dabei wissen wir alle, daß die Mehrheit genauso wenig über die Wahrheit verfügt wie die Minderheit. Keiner darf für sich den Besitz der Wahrheit beanspruchen, sonst wäre er unfähig zum Kompromiß und überhaupt zum Zusammenleben; er würde kein Mitbürger, sondern ein Tyrann. Wer das Mehrheitsprinzip auflösen und durch die Herrschaft der absoluten Wahrheit ersetzen will, der löst die freiheitliche Demokratie auf.

(Beifall)

Deshalb können wir die Stimmen nur zählen, wir können sie nicht wägen.

Aber das genügt nicht. Von Mehrheiten und Minderheiten wird mehr verlangt, als zählen zu können. Die Minderheit muß der Mehrheit das Recht zur Entscheidung zugestehen. Die Mehrheit hat beim Umgang mit diesem Recht die Pflicht, sich in der offenen Suche nach Wahrheit besonders zu engagieren. Sie muß ihre Entscheidung auf Grundsätze stützen, die von allen eingesehen und als legitim empfunden werden können. Die Entscheidungen müssen zumutbar sein. Keiner soll sich durch sie in seiner Existenz bedroht oder ausgebürgert fühlen. Nur so ist ein **demokratischer Grundkonsens** möglich, den die Verfassung zwar nicht vorschreibt, ohne den aber die Demokratie auf die Dauer nicht leben kann. Nur so ist auch die Zustimmung der freien Bürger zu ihrem freien Staat zu gewinnen. Nur so wachsen ihre Mitarbeit und ihr Gemeinsinn.

Es gibt bei uns eine große **Aktivität der Bürger**. Man kann ein gestärktes Bürgerbewußtsein, verbunden mit einem geschwächten Staatsbewußtsein, beobachten. Aber heißt dies, daß sich die Bürger damit ganz grundsätz-

lich gegen den Staat wenden? Das glaube ich durchaus nicht.

Gewiß, die einzelnen und die Gruppen nehmen in erster Linie ihre eigenen Interessen wahr. Aber sie empfinden doch sehr deutlich, daß nicht jeder frei ist, durchzusetzen, was er will, sondern daß zur Vielfalt der Einzelinteressen die Einheit der **Gemeinwohentscheidung** treten muß. Das ist es, was die Bürger vom Staat erwarten. Wenn er sie darin enttäuscht, wenn er nur eine Dienstleistungsmaschine ist, wenn er seine ganz eigenständige Gemeinwohlaufgabe in der Gesellschaft nicht überzeugend durchzusetzen weiß, wenn er also am Ende bestenfalls ein bald beklatschter, bald ausgepiffener Schiedsrichter ist, wie will er dann seine Bürger binden und gewinnen? Wie kann er damit etwas anderes erzeugen als Verdrossenheit gegen sich selbst?

Und gibt es bei den Bürgern wirklich so wenig Gemeinsinn, wie man oft hören kann? Ist es wahr, was in Magazinen zu lesen ist, **Gemeinsinn und Selbstlosigkeit** lösten hierzulande nur hämische Mitbürgerglossen aus? Ich deute die Zeichen ganz anders. Es gibt viele — zumeist im stillen erbrachte — soziale Dienste aller Art in der Nachbarschaft. Junge und Alte sind daran beteiligt.

Und wenn junge Menschen eine Alternativkultur aufbauen, dann folgen sie damit zunächst einmal dem Wunsch jeder neuen Generation, nämlich dem, daß sie ihre Welt selbst in die Hand nehmen wollen und nicht einfach Museumswärter einer Welt ihrer Vorfahren sein wollen. Darüber hinaus aber suchen sie Aufgaben, die ihnen das Leben lohnend machen, die ihnen Gemeinschaft bringen, die sie spüren lassen, daß sie menschlich gebraucht werden. Mit unserem Staat werden sie sich um so eher identifizieren, je mehr er ihnen nicht nur das notwendige und willkommene soziale Netz bietet, sondern auch ein soziales Band, das sie vermissen.

Der Bürger — so sagte mir einer von ihnen — wird versorgt, er wird entsorgt, er kann unbesorgt sein. Aber kann er auch genügend mitsorgen, miterleben, mitarbeiten? Solche Fragen ernst nehmen, das halte ich für unsere Aufgabe. Sie mögen kritisch gesagt und gefragt sein, aber sie sind positiv zu verstehen. Manche Bürgerbewegung nimmt — vielleicht unbewußt — für einen Staat Stellung, der persönliche Verantwortung und mitmenschliche Verbindung nicht überflüssig macht, sondern ermutigt. Auch das gehört zur Gemeinwohlaufgabe des Staates.

Herr Bundespräsident Carstens und ich haben uns über unsere Ansprachen nicht verständigt, aber es ist doch kein Zufall, daß wir beide mit einem ganz ähnlichen Gedanken abschließen. Und so lassen Sie auch mich an den Anfang unserer Verfassung anknüpfen. Diese Verfassung beginnt, wie wir wissen, für das deutsche Volk mit den Worten: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“

Für die Berufung auf Gott gab es in der deutschen Verfassungsgeschichte keine feste Tradition. Der Parlamentarische Rat fand den Mut zu diesen Worten im Hinblick auf das Unheil des Nationalsozialismus und auf den Wahn, daß ein Volk oder der Mensch selbstmächtig, selbstherrlich, Herrenvolk, Herrenmensch sei.

Die Verantwortung vor Gott ist nicht dazu da, nachgeprüft zu werden. Vielen mag sie vielleicht nichts bedeuten. Wer weiß, ob sie heute Eingang fände, falls wir eine neue Verfassung zu schreiben hätten.

Die Verweltlichung aller Lebensverhältnisse ist fortgeschritten. Eindeutig klar bleibt nur das Bekenntnis des Grundgesetzes zur Pluralität weltanschaulicher Auffassungen, zur Neutralität gegenüber der Vielfalt religiöser oder areligiöser Leitlinien.

Dennoch ist es nicht müßig, an das **Verfassungsbekenntnis zur Verantwortung vor Gott** zu erinnern. Der Verweltlichung und Säkularisierung stehen neue, teilweise heftige

religiöse Zuwendungen und Ausschläge gegenüber. Aufklärung, Rationalität, naturwissenschaftliche Forschung — sie alle schaffen nicht nur tiefere Einsicht in die Komplexität, sie bringen auch von neuem die Erkenntnis hervor, daß nicht alles erklärbar ist.

Wir begegnen der Erfahrung, daß der Mensch nicht das Maß aller Dinge ist, daß er nicht alles deuten, nicht allem und nicht sich selbst den letzten Sinn geben kann. Wenn er aber in einer Welt leben soll, die ihm diese Erfahrung bestreiten und alles weltlich erklären will, dann reagiert er darauf oft mit einer Flucht; zuletzt flieht er in Sekten und in den Fanatismus. Dies ist nicht auf den christlich geprägten Teil der Welt beschränkt; wir finden es im Abendland und im Morgenland.

Was folgt für uns daraus? Ganz gewiß kein politischer Auftrag zu religiöser Verkündigung. Aber es geht uns alle etwas an, was die Wirklichkeit der Religion in der Gesellschaft bedeutet.

Jacob Burckhardt hat darauf hingewiesen, daß die Religion im neutralen Staat den Unterschied zwischen heilig und profan verdeutliche: Das Heilige, so sagt er, ist die Ehrfurcht vor Gott, die in die Welt vordringt, in die Ehrfurcht vor dem Menschen, vor seiner Einmaligkeit, seiner Würde, seiner unsterblichen Seele.

Dazu mag jeder seine eigenen Auffassungen haben. Schaden aber bringt es niemanden, sich immer wieder von neuem den Unterschied zwischen dem Letzten und dem Vorletzten klarzumachen, zwischen unserer Verantwortung und unseren Grenzen. Weder Naturwissenschaftler noch Geistes- und Sozialwissenschaftler können alles erklären, erst recht nicht wir Politiker.

Die **Verfassung** erinnert an die Verantwortung vor Gott. Sie überläßt jedem sein Gottesbild und sein Weltbild. Aber uns allen legt sie ein **Menschenbild** ans Herz, das uns entscheidend helfen kann. Gerade dort, wo uns unter den oft ausweglos erscheinenden Spannungen im Leben und in der Welt die Verzweigung

anfällt, gerade dort kann sie uns tiefe Zuversicht geben.

Es geht nicht um große Taten, die wir uns vornehmen, es geht um die Pflichten und Freuden eines jeden Tages. Der weise alte Berliner Moses Mendelssohn schrieb:

Auf dem dunklen Pfad, auf dem der Mensch hier auf Erden gehen muß, gibt es gerade soviel Licht, wie er braucht, um den nächsten Schritt zu tun.

Dieses Licht sucht der Mensch, und ich meine, er kann es finden.

Davon wollen wir uns leiten lassen im täglichen Leben und in unserer Arbeit. Was ich mit meinen Kräften dazu beitragen kann, soll geschehen. Jeder, der mithilft, ist willkommen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Barzel: Ich danke Ihnen, Herr Bundespräsident, und spreche Ihnen noch einmal die besten Wünsche aus. [...]

9. Bundesversammlung

23. Mai 1989

Übersicht

Zusammensetzung nach Parteien

CDU/CSU	479
SPD	419
FDP	71
Die Grünen ¹⁾	67
Sonstige ²⁾	2
insgesamt	1 038

¹⁾ einschließlich Alternative Liste (AL) und Grün-Alternative Liste (GAL)

²⁾ Fraktionsloser und Republikaner

Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder³⁾

Baden-Württemberg	77
Bayern	94
Berlin	16
Bremen	5
Hamburg	13
Hessen	46
Niedersachsen	63
Nordrhein-Westfalen	141
Rheinland-Pfalz	32
Saarland	9
Schleswig-Holstein	23

³⁾ Bekanntmachung der Bundesregierung vom 17. Januar 1989 (BGBl. I S. 90) über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung.

Tagungsort und Tagungsstätte: Bonn, Beethovenhalle

Präsidenten der Bundesversammlung: Bundestagspräsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth

Wahlergebnis:

	1. Wahlgang
Richard von Weizsäcker (Vorschlag der CDU/CSU, FDP und SPD)	881
Nein-Stimmen	108
Enthaltungen	30
ungültige Stimmen	3
abgegebene Stimmen	1 022

Gewählt: Richard von Weizsäcker im 1. Wahlgang mit 881 Stimmen
(erforderliche Mehrheit 520)

Amtszeit: 1. Juli 1989 bis 30. Juni 1994

Verzeichnis der Mitglieder

A

Dr. Abelein *
Abraham
Frau Dr. Adam-Schwaetzer *
Frau Adler *
Dr. Ahrens *
Aigner
Dr. Albrecht
Amling *
Andres (Berlin)
Andres (Hannover) *
Frau Angele
Aniol
Antretter *
Dr. Apel *
Arentz
Arnegger
Frau Augustin
Austermann *

B

Bachmaier *
Badeck
Bahr *
Bamberg *
Frau Baro
Dr. Barzel
Frau Bauer
Bauer *
Baum *
Baumgärtel
Baumgarten
Bayha *
Beck
Frau Beck-Oberdorf *
Becker (Düsseldorf)
Dr. Becker (Frankfurt) *
Becker (Langen)
Becker (Nienberge) *
Frau Becker-Inglau *
Frau Beckers
Beckmann *

Frau Beer *
Beer-Bercher
Dr. Begemann
Frau Berger (Berlin) *
Frau Dr. Berghofer-Weichner
Bernrath *
Frau Bickel
Frau Dr. Biebl
Dr. Biedenkopf *
Biehle *
Frau Bill
Bindig *
Bischoff
Frau Bischoff
Dr. Blank
Dr. Blanke
Blaschke
Frau Blask
Frau Blaul
Bleeker
Dr. Blens *
Bloemecke
Dr. Blüm *
Blumenberg
Frau Blunck *
Böhm (Melsungen) *
Dr. Böhme (Unna) *
Frau Böhmken
Börnsen (Bönstrup) *
Börnsen (Kiel)
Börnsen (Ritterhude) *
Dr. Bötsch *
Bogusch
Bohl *
Bohlsen *
Bojak
Borchert *
Dr. Born
Bräuer
Frau Bräunling
Brandt *
Brauer *

Frau Brauksiepe
Braun
Frau Braun
Bredehorn *
Breit
Breuer *
Dr. Briefs *
Frau Brinckmeier
Broschell
Brück (Frankfurt)
Brück (Holz) *
Brüderle
Brüseke
Frau Brunn
Bruns
Bub
Frau Bucher
Büchler (Hof) *
Büchner (Speyer) *
Frau Bühler
Bühler (Bruchsal) *
Dr. von Bülow *
Büssow
Frau Büttner
Buhmann
Frau Bulmahn *
Burger
Frau Burkei
Frau Busch
Buschbom *
Buschfort *

C

Frau Caim
Carstens (Emstek) *
Carstensen (Nordstrand) *
Catenhusen *
Frau Christians
Clauss
Claußen
Clemens *
Frau Conrad *

* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Conradi *
Cronenberg (Arnsberg) *
Dr. Czaja *

D

Frau Dr. Däubler-Gmelin *
Dahmen
Dr. Dammeyer
Dr. Daniels (Bonn) *
Dr. Daniels (Regensburg) *
Daubertshäuser *
Frau Daun
Daweke *
Frau Decking-Schwill
Deger
Frau Dempwolf *
Denzer
Deres *
Dieckvoß
Dr. Diederich (Berlin) *
Frau Diederichs
Dieppen
Diller *
Dörflinger *
Dr. Döring
Dr. Dollinger *
Doppmeier
Dorfner
Doss *
Dr. Dregger *
Drescher
Dreßler *
Dreyer
Frau Düchting
Dr. Dürr
Dunst
Duve *

E

Echternach *
Egert *
Ehlers
Ehlert
Dr. Ehmke (Bonn) *
Ehrbar *
Dr. Ehrenberg *

Ehrmann
Eich *
Frau Eichler
Frau Eid *
Eigen *
Eimer (Fürth) *
Einert
Frau Elstner
Dr. Emmerlich *
Engelhard *
Engelsberger *
Engholm
Frau Erdsiek-Rave
Erler *
Esters *
Ewen *
Eylmann *

F

Frau Faber
Dr. Faltlhauser *
Dr. Farthmann
Frau Faße *
Frau Fedder
Feilcke *
Dr. Feldmann *
Dr. Fell *
Fellner *
Frau Fiedler
Fiege
Frau Fischer (Bayreuth)
Fischer (Dortmund)
Fischer (Frankfurt)
Fischer (Hamburg) *
Fischer (Homburg) *
Fischer (München)
Fischer (Neuenkirchen) *
Fischer (Peine)
Frau Flinner *
Frau Fojut
Frau Folz-Steinacker *
Forster
Francke (Hamburg) *
Frey
Frau Fricke
Frau Friebe

Dr. Friedmann *
Dr. Friedrich *
Frau Frieb *
Fritz
Frau Fritzen
Dr. Fuchs
Frau Fuchs (Köln) *
Fuchs (Mainz)
Frau Fuchs (Verl) *
Fuchtel *
Frau Funcke
Fundis
Funk (Gutenzell) *
Funke *

G

Frau Gärtner
Dr. Galinski
Gallus *
Frau Ganseforth *
Gansel *
Ganz (St. Wendel) *
Frau Garbe (Lauenförde) *
Frau Garbe (Münster)
Gattermann *
Dr. Gautier *
Frau Geese
Frau Geiger *
Geil
Geis *
Dr. Geisel
Dr. Geißler *
Dr. von Geldern *
Gellersen
Genscher *
Dr. Gerhardt
Gerspacher
Gerstein *
Gerster (Mainz) *
Gerster (Worms) *
Frau Geschka
Giere
Gilges *
Girisch
Glos *
Dr. Glotz *

Glück
 Glup
 Göbel
 Dr. Göhner *
 Dr. Gölter
 Görlach
 Görlitz
 Frau Dr. Götte *
 Dr. Götz *
 Götz
 Golibrzuch
 Goll
 Frau Grabmair
 Grätz
 Graf *
 Graßl
 Frau Gravert
 Greulich
 Gries *
 Frau Grimm
 Gröbl *
 Großmann *
 Grünbeck *
 Grüner *
 Dr. Grünwald *
 Grunenberg *
 Dr. Günther
 Günther (Duisburg) *

H

Dr. Haack *
 Haack (Extertal) *
 Haag (Stuttgart)
 Haar *
 Haas
 Frau Haas
 Hackler
 Dr. Häfele *
 Häfner *
 Frau Hämmerle *
 Dr. Hänsch
 Frau Hamer
 Frau Dr. Hamm-Brücher *
 Hammerbacher
 Hardt
 Harries *

Frau Dr. Hartenstein *
 Hartmannsberger
 Hasenfratz *
 Frau Hasse
 Frau Hasselfeldt *
 Hasselmann
 Dr. Hauchler *
 Hauck
 Dr. Hauff *
 Haungs *
 Hauser (Esslingen) *
 Hauser (Krefeld) *
 Dr. Haussmann *
 Frau Hecht
 Hedrich
 Frh. Heereman von Zuydtwyck *
 Hegemann
 Heiler
 Heimann *
 Heinemann
 Heinrich (Augsburg)
 Heinrich (Neuenstein)
 Heinzel
 Heistermann
 Frau Held-Ingensbrand
 Frau Hellbach
 Hellberg
 Frau Heller
 Frau Dr. Hellwig *
 Helmrich *
 Dr. Hennig *
 Henning
 Frau Hensel *
 Herkenrath *
 Herold (Kirchheim)
 Herold (St. Ingbert)
 Hertle
 Heyenn *
 Frau Hieke
 Hiersemann
 Hildebrandt
 Hiller (Lübeck) *
 Hiller (Wolfsburg)
 Frau Hillerich *
 Dr. Hillermeier

Hinrichs *
 Hinsken *
 Hintze
 Dr. Hirsch *
 Dr. Hitschler *
 Frau Hochgrebe
 Hodapp
 Höffkes *
 Hölzl
 Frau Dr. Hönes
 Höpfinger *
 Hörster *
 Dr. Hoffacker *
 Hoffmann (Bad Schwartau)
 Frau Hoffmann (Soltau) *
 Hofmann (Knetzgau)
 Dr. Holtz *
 Holzapfel
 Hoppe *
 Horn *
 Dr. Hornhues *
 Hoss *
 Dr. Hoyer *
 Frau Huber
 Huber
 Frau Hüls
 Frau Hürland-Büning *
 Dr. Hüsch *
 Hüser *
 Frau Hummel
 Hungerbühler
 Huonker *
 Dr. Hupka
 Graf Huyn *

I

Ibel
 Ibrügger *
 Ihle
 Imhof
 Irmer *
 Issen

J

Jacoby
 Jäger (Bremen)

Jäger (Wangen) *
 Jahn (Bayreuth)
 Jahn (Marburg) *
 Dr. Jahn (Münster) *
 Jahn (Watzum)
 Dr. Janning
 Jaunich *
 Frau Jeltsch
 Dr. Jenninger *
 Dr. Jens *
 Jetz
 Dr. Jobst *
 Dr. Jochimsen
 Dr. Jung
 Jung (Düsseldorf) *
 Jung (Limburg) *
 Jung (Lörrach) *
 Jungmann (Frankfurt)
 Jungmann (Wittmoldt) *
 Frau Junker

K

Kaiser
 Kalb *
 Kalisch *
 Dr.-Ing. Kansy *
 Kanther
 Dr. Kappes *
 Karow
 Frau Karwatzki *
 Frau Kasimier
 Frau Kastner *
 Kastning *
 Katzer
 Katzy
 Keitel
 Kelber
 Keller
 Kellner
 Frau Kelly *
 Kiechle *
 Kiehm *
 Kiel
 Kielburger
 Kiesecker
 Kiesel

Dr.-Ing. Kirchhoff
 Kirschner *
 Kißlinger *
 Kittelmann *
 Klein (Dieburg) *
 Klein (München) *
 Kleinert (Hannover) *
 Kleinert (Marburg) *
 Frau Kleinke
 Kleist
 Dr. Klejdzinski *
 Klemm
 Dr. Klimke
 Dr. Klink
 Dr. Klippstein
 Dr. Klose
 Klose (Hamburg) *
 Dr. Klunzinger
 Dr. Knabe *
 Frau Knäpple
 Knauer
 Frau Knerr
 Frau Knoblich
 Dr. Köhler (Wolfsburg) *
 Kölmel
 Frau König
 Dr. König
 Dr. Kohl *
 Frau Kohlmeyer
 Kohn *
 Kolb *
 Kolbow *
 Koltzsch *
 Kompe
 Kopka
 Korn
 Koschnick *
 Kossendey *
 Kozłowski
 Kränzle
 Kraus *
 Frau Kraus
 Dr. Krause
 Dr. Kreile *
 Kretkowski *

Kretschmer
 Kreuzeder *
 Frau Kreuzer
 Krey *
 Kribben
 Kroll-Schlüter *
 Krollmann
 Kronawitter
 Dr. Kronenberg *
 Krug
 Dr. Krumsiek
 Kruse
 Kuckart
 Kuckelkorn
 Kuchler
 Kühbacher *
 Kuhlwein *
 Dr. Kunz (Weiden) *
 Kusz
 Kwiaton

L

Dr.-Ing. Laermann *
 Lafontaine
 Lambinus *
 Dr. Graf Lambsdorff *
 Lamers *
 Dr. Lammert *
 Frau Landgraf
 Lanfermann
 Frau Lange-Bauer
 Langenberger
 Dr. Langner *
 Lattmann *
 Frau Lauer
 Dr. Laufs *
 Frau Lazarus
 Leeb
 Frau Dr. Lehr
 Leidinger *
 Frau Leinemann
 Frau Leithäuser
 Lellek
 Lengemann
 Lennartz *
 Lenz

Lenzer *
Leonhart *
Frau Limbach *
Link (Diepholz) *
Link (Frankfurt) *
Linsmeier *
Dr. Linssen
Lintner *
Lipinski
Dr. Lippelt (Hannover) *
Dr. Lippold (Offenbach) *
Littbarski
Lohmann (Berlin)
Lohmann (Witten) *
Lorenz
Lorenzen
Louven *
Lowack *
Lüder *
Lummer *
Lutz (Gau-Algesheim)
Lutz (Nürnberg) *
Frau Luuk *

M

Maaß *
Frau Männle *
Magin *
Mahlberg
Dr. Mahlo *
Frau Maibaum
Mairose
Marschewski *
Martin
Frau Martini
Frau Matthäus
Frau Matthäus-Maier *
Maurer
Mauz
Mayer (Dirlewang)
Dr. Mechtersheimer *
Frau Mehl
Mehrlich
Meister
Meneses Vogl *
Menzel *

Dr. Merbold
Mernizka
Dr. Mertens (Bottrop) *
Metz
Meuffels
Meyenborg
Frau Meyer
Meyer (Dortmund) *
Meyer (Hamm)
Meyer (Schafflund)
Dr. Meyer zu Bentrup *
Michels *
Michl
Mihr
Milde
Mischnick *
Mock (Bierden)
Mölder
Möllemann *
Dr. Möller *
Möller (Gießen)
Möller (Marburg)
Möslein
Mogg (Bad Urach)
Mohr
Momper
Frau Morawietz
Morich
Dr. Müller *
Müller (Aystetten)
Müller (Düsseldorf) *
Müller (Kirchheim)
Dr. Müller (München)
Müller (Nürnberg)
Müller (Pleisweiler) *
Müller (Schweinfurt) *
Müller (Tostedt)
Müller (Wadern) *
Müller (Wesseling) *
Dr. Münch
Müntefering *
Muscheid

N

Nagel (Borken)
Nagel (Mannheim) *

Nannen
Nassauer
Nawarra
Nehm *
Nelle *
Nentwig
Frau Dr. Netzer
Neuhaus
Neuhausen *
Dr. Neuling *
Neumann (Bremen) *
Neumann (Obernkirchen)
Neumayr
Frau Nickels *
Nicola
Niegel *
Frau Dr. Niehuis *
Dr. Niese *
Niggemeier *
Frau Nill
Dr. Nobel *
Nolting *
Frau Nosthoff

O

Frau Odendahl *
Frau Oel
Frau Oerke
Oesinghaus *
Frau Oesterle-Schwerin *
Oestmann
Oettinger
Offergeid
Dr. Olderog *
Oostergetelo *
Opel *
Dr. Osswald *
Frau Osterloh
Oswald *

P

Frau Pack *
Pagels
Paintner *
Pakendorf
Paterna *

Pauli *
 Frau Paulina-Mürl
 Paus
 Frau Pausch-Gruber
 Dr. Penner *
 Perschau
 Pesch *
 Frau Dr. Peter
 Peter (Kassel) *
 Peters
 Petersen *
 Pfeffermann *
 Pfeifer *
 Pfeil
 Dr. Pfennig *
 Pflug
 Pföhler
 Pfuhl *
 Frau Philipp
 Dr. Pichlmayr
 Dr. Pick *
 Dr. Pinger *
 Plötz
 Pofalla
 Dr. Pohl
 Pohlmann
 Dr. Pohlmeier *
 Pommerenke
 Frau Portner
 Porzner *
 Poß *
 Dr. Posser
 Dr. Probst *
 Prochnow
 Frau Protoschill
 Pung
 Purps *

R

Radunski
 Rappe (Hildesheim) *
 Dr. Rau
 Rau
 Rauen *
 Frau Rauschnig
 Frau Rauterkus

Ravens
 Rawe *
 Rebhan
 Reddemann (Hagen) *
 Reddemann (Kirchzarten)
 Reding
 Frh. von Redwitz
 Regenspurger *
 Dr. Rehberger
 Reichel
 Reimann *
 Reitzel
 Frau Renger *
 Renner
 Repnik *
 Reschke *
 Reul
 Reuschenbach *
 Reuter (Bad Mergentheim)
 Reuter (Nidderau) *
 Richter *
 von Richthofen
 Frau Ridder-Melchers
 Dr. Riedl (München) *
 Riehemann
 Riehm
 Frau Ries
 Frau Riesenbeck
 Dr. Riesenhuber *
 Riester
 Rind *
 Dr. Rinsche
 Rippert
 Rist
 Rixe *
 Frau Rock *
 Röhner
 Frau Römer
 Frau Rönsch (Wiesbaden) *
 Dr. Rohde
 Rohde (Hannover)
 Rohe (Minden)
 Frau Roitzsch (Quickborn) *
 Romstöck
 Ronneburger *

Dr. Rose *
 Dr. Rosenbauer
 Frau Rosh
 Rossmanith *
 Dr. Rost
 Roth *
 Roth (Gießen) *
 Dr. Rothemund
 Rudolph
 Rühle *
 Rügenberg
 Rüssel
 Dr. Rüttgers *
 Ruf *
 Rumpf
 Ruppert
 Frau Rust *

S

Frau Saibold *
 Samland
 Sauer (Salzgitter) *
 Sauer (Stuttgart) *
 Sauter (Epfendorf) *
 Schaebler
 Schäfer (Mainz) *
 Schäfer (Offenburg) *
 Dr. Schäuble *
 Frau Schaller
 Schanz *
 Schaper
 Scharping
 Scharrenbroich *
 Schartz (Trier) *
 Schauerte
 Schaufuß
 Dr. Scheer *
 Schemken *
 Scherrer *
 Scheu *
 Scheuermann
 Frau Schilling *
 Schily *
 Schinzel
 Frau Schleicher
 Schleußer

Schlick	Frau Schweiger	Stich
Schlotmann	Schwichtenberg	Stiegler *
Schluckebier *	Schwickert	Stobbe *
Frau Schlumberger	Schwier	Stockmeir
Frau Schmidbauer	Dr. Schwörer *	Dr. Stölzl
Schmidbauer *	Seehofer *	Frau Stoll
Schmidt (Hamburg)	Seesing *	Dr. Stoltenberg *
Schmidt (Hamburg) *	Frau Dr. Segall *	Frau Stolterfoth
Schmidt (Hemmingen)	Seichter	Frau Stommel
Schmidt (München) *	Seidenthal *	Straßmeir *
Frau Schmidt (Nürnberg) *	Frau Seiler-Albring *	Stratmann-Mertens *
Schmidt (Salzgitter) *	Seiters *	Straub
Schmitz (Baesweiler) *	Seitz	Frau Strebl
Dr. Schmude *	Frau Seitz-Weinzierl	Frau Strobel
von Schmude *	Frau Seuster *	Strobl
Frau Schneider	Sieber	Ströbele
Schneider (Dortmund)	Sielaff *	Strube *
Dr. Schneider (Nürnberg)	Sieler (Amberg) *	Dr. Struck *
Schneier (Zeil)	Frau Sienknecht	Stüber
Dr. Schnoor	Singer *	Stücklen *
Schockemöhle	Frau Dr. Skarpelis-Sperk *	Stump
Dr. Schöffberger *	Schwester Slaby	Frau Sturm
Schöffler	Dr. Soell *	Sturmowski
Schön	Dr. Solms	Such *
Schoppe	Soltau	Frau Dr. Süßmuth *
Frau Schoppe *	Sondermann	Susset *
Frh. von Schorlemer *	Frau Dr. Sonntag-Wolgast *	T
Frau Dr. Schrapf	Späth	Frau Talhorst
Schreiber *	Dr. Sperling	Frau Terborg *
Schreiner *	Frau Speth	Terlinden
Dr. Schroeder (Freiburg) *	Spilker *	Frau Teubner
Schröder (Immensen)	Dr. Spöri	Teufel
Schröer (Mülheim) *	Spranger *	Frau Thoben
Schütz *	Dr. Sprung *	Dr. Thomae *
Schulhoff *	Stächele	Tiedemann
Frau Schulte (Hameln) *	Stahl (Kempfen) *	Tietjen *
Dr. Schulte (Schwab. Gmünd) *	Frau Stahmer	Tietze
Schultz (Köln)	Dr. Stark (Nürtingen) *	Tillmann *
Schulze (Berlin) *	Starzacher	Frau Dr. Timm *
Schumacher	Dr. Stavenhagen *	Timm *
Schwarm	Steffen	Dr. Todenhöfer *
Schwarz (Leubsdorf) *	Steiner *	Toetemeyer *
Schwarz (St. Ingbert)	Frau Steinhauer *	Trapp
Dr. Schwarz-Schilling *	Steinkühler	Frau Trezn *
Schwegler	Dr. Stercken *	Troeltsch

Trojan
Frau Tüns
Dr. Twenhöven

U

Dr. Uelhoff *
Uhlenberg
Uhrig
Uldall *
von Unger
Dr. Unland *
Frau Unruh *
Unterseher
Urbaniak *

V

Vahlberg *
Frau Varenkamp
Frau Vennegerts *
Verheugen *
Frau Verhülsdonk *
Frau Verstegen
Frau Vetter
Viehbacher
Dr. Vogel *
Vogel (Ennepetal) *
Vogel (Hamburg)
Vogt (Düren) *
Voigt (Frankfurt) *
Dr. Voigt (Northeim) *
Dr. Volkert
Frau Dr. Vollmer *
Vollmer (Schwaikheim)
Volmer (Gelsenkirchen) *
Dr. Vondran *
Dr. Voscherau
Vosen *
Dr. Voss *

W

Dr. Waffenschmidt *
Dr. Wagner
Frau Wagner
Wagner (Dortmund)
Wagner (Saarbrücken)

Frau Wagner-Pätzhold
Dr. Waigel *
Graf von Waldburg-Zeil *
Waldenberger
Waltemathe *
Walther *
Frau Walz *
Dr. Warnke *
Dr. Warrikoff *
Dr. von Wartenberg *
Wartenberg (Berlin) *
Frau Waschbüsch
Weber (Burghaun)
Weber (Regensburg)
Frau Dr. Wegner *
Weiermann *
Weilandt
Frau Weiler *
Weirich *
Weiß (Kaiserslautern) *
Weiss (Monschau)
Weiss (München) *
Weisskirchen (Wiesloch) *
Wellmann
Welteke
Wendzinski
Dr. Weng (Gerlingen) *
Wente
Werner (Ulm) *
Dr. Wernitz *
Westermann *
Westphal *
Wettstein
Wetzel *
Frau Weyel *
Dr. Weyrich
Dr. Wiczorek *
Wiczorek (Duisburg) *
Frau Wiczorek-Zeul *
Wieferspütz *
von der Wiesche *
Wilhelm
Dr. Wilhelm
Wilke
Frau Will-Feld *

Dr. Willich
Frau Dr. Wilms *
Frau Wilms-Kegel *
Wilz *
Frau Wimmer
Wimmer (Neuötting) *
Wimmer (Neuss) *
Windelen *
Wischnewski *
Frau Dr. Wisniewski *
Wissmann *
Dr. de With *
Wittich *
Dr. Wittmann *
Wohlraube *
Frau Woldering
Wolfgramm (Göttingen) *
Frau Wollny *
Wollscheid
Dr. Worms
Wübbena-Mecima
Frau Wülfing
Wüppesahl *
Frau Würfel *
Würtz *
Würzbach *
Frau Dr. Wulf-Mathies
Dr. Wulff *

Z

Zander *
Frau Zech
Zeitler *
Zeitlmann *
Zeller
Zenz
Zierer *
Dr. Zimmermann *
Zimmermann (Bad Rappenau)
Zimmermann (Rosenheim)
Zink *
Dr. Zöpel
Zumkley *
Zywietz *

Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten

	CDU/CSU			SPD			FDP			Die Grünen /AL			Sonstige			Insgesamt						
	MdB	Kein	insg.	MdB	Kein	insg.	MdB	Kein	insg.	MdB	Kein	insg.	MdB	Kein	insg.	MdB	Kein	insg.				
		MdL			MdL			MdL			MdL			MdL			MdL		MdL	MdL	MdL	MdL
Baden-Württemberg	36	23	18	77	22	11	15	48	9	4	-	13	7	-	6	13	-	-	74	38	39	151
Bayern	49	22	37	108	24	13	15	52	7	-	-	7	7	-	6	14	-	-	87	36	58	181
Berlin	11	1	6	18	7	3	3	13	2	-	-	2	2	-	2	4	-	1**	22	4	12	38
Bremen	2	1	-	3	3	3	-	6	1	1	-	2	1	-	-	1	-	-	7	5	-	12
Hamburg	5	6	-	11	6	3	3	12	1	1	-	2	2	-	-	2	-	-	14	10	3	27
Hessen	19	18	2	39	18	9	10	37	4	2	1	7	4	-	4	8	-	-	45	33	13	91
Niedersachsen	26	11	18	55	26	6	21	53	6	2	1	9	5	-	1	9	-	-	63	20	43	126
Nordrhein-Westfalen	58	30	25	113	62	41	37	140	12	3	5	20	11	-	-	11	-	-	143	74	67	284
Rheinland-Pfalz	15	12	4	31	12	9	4	25	3	2	-	5	2	1	-	3	-	-	32	24	8	64
Saarland	4	3	-	7	4	3	2	9	1	1	-	2	1	-	-	1	-	-	10	7	2	19
Schleswig-Holstein	9	8	-	17	9	7	8	24	2	-	-	2	1	-	-	1	-	1*	22	15	8	45
	234	135	110	479	193	108	118	419	48	16	7	71	43	7	17	67	-	1	266	253	253	1038
		245		226		226			23		24				24		1		519	519		

* fraktionslos

** Republikaner

Zusammengestellt vom Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages

Stenographischer Bericht

Bonn, Dienstag, den 23. Mai 1989¹⁾

Beginn: 11.00 Uhr

Präsidentin Dr. Süsmuth: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die 9. Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie alle herzlich willkommen. Ich begrüße die Mitglieder der Bundesversammlung, unter ihnen den Bundeskanzler und die Mitglieder der Bundesregierung, die Ministerpräsidenten, die Minister und Senatoren der Bundesländer. Stellvertretend für alle Bürger und Bürgerinnen unseres Landes grüße ich die Mitglieder des Bundestages und die von den Länderparlamenten gewählten Mitglieder der Bundesversammlung aus den verschiedenen Bereichen des politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens.

Auch an dieser 9. Bundesversammlung nehmen wieder zahlreiche Botschafter und Angehörige ausländischer Missionen teil. Ich danke Ihnen für Ihre Anwesenheit, beweist sie doch Ihre Verbundenheit mit uns an diesem für uns wichtigen Tag.

Schließlich gilt mein herzliches Willkommen den zahlreichen Gästen. Viele von Ihnen haben maßgeblich am Aufbau unserer Bundesrepublik Deutschland mitgewirkt.

Ein herzlicher Willkommensgruß gilt der Gattin des Bundespräsidenten und seiner Familie.

(Lebhafter Beifall)

Wir bedauern, daß diese Bundesversammlung nicht in **Berlin** stattfinden kann.

(Beifall)

Um so herzlicher begrüßen wir die Mitglieder der Bundesversammlung aus Berlin.

(Beifall)

Ich grüße alle Bürgerinnen und Bürger in beiden Teilen Deutschlands, die am Bildschirm oder

über den Hörfunk die freie Wahl des zukünftigen Bundespräsidenten mitverfolgen.

(Beifall)

Der heutige Tag, an dem vor 40 Jahren hier in Bonn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet wurde, erinnert uns auch daran, daß wir noch immer ein geteiltes Land und ein geteiltes Volk sind. Aber wir wissen auch, daß das Freiheitsstreben der Menschen nicht zu brechen ist

(Beifall)

und sich unaufhaltsam seinen Weg bahnen wird, bis der Auftrag unseres Grundgesetzes erfüllt ist, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, der Staatsaufbau unserer Verfassung nimmt seinen Ausgang bei der Gewaltenteilung, bei der Trennung der staatlichen Gewalten. Der **Bundespräsident**, der das höchste Amt in unserem Staat bekleidet, ist nach dem Grundgesetz und der Verfassungswirklichkeit keiner der drei staatlichen Gewalten zugeordnet, er nimmt vielmehr eine Sonderstellung ein.

Aufgabe des Präsidenten ist es, durch sein Wort und kraft seiner Persönlichkeit zu verdeutlichen, daß neben den geteilten Gewalten und unabhängig von den widerstreitenden Kräften in Regierung und Opposition in der Demokratie eine Basis der Gemeinsamkeit besteht, die alle verbindet. Deshalb kann und soll der Präsident klärend, versöhnend und friedensstiftend wirken. Er kann so Mittler im System der Gewaltenteilung sein.

Mit Amt und Person des Bundespräsidenten verbinden sich hohe Erwartungen. Das Amt lebt nicht allein von seinem Verfassungsauftrag, es wird geprägt durch die Person, die es wahrnimmt und aus-

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 11. Wahlperiode, Band 149, Sonderdruck

füllt. Das gilt für Theodor Heuss, Heinrich Lübke und Gustav Heinemann ebenso wie für Walter Scheel, Karl Carstens und Richard von Weizsäcker.

An den Bundespräsidenten richten sich jeweils auch **Erwartungen**, die auf den ersten Blick gegensätzlich, fast unvereinbar erscheinen. Er soll unseren Staat repräsentieren und volksnah sein, eine Persönlichkeit, die herausgehoben und zugleich „zum Anfassen“ ist, dabei überparteilich und nicht verwickelt in den politischen Tagesstreit, aber klar erkennbar in seinen ethischen und politischen Grundpositionen. Oder, auf eine Kurzformel gebracht: Er soll ganz oben stehen und zugleich mittendrin, ganz nah bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Es ist nicht primär die von der Verfassung zugeschriebene Macht, die das Amt des Bundespräsidenten machtvoll erscheinen läßt. Es ist die jeweils eingesetzte und ausgeübte persönliche Autorität, die moralische Integrität, es ist die gelebte politische Kultur, es ist die politische Persönlichkeit.

Der Bundespräsident repräsentiert unseren Staat, und er vertritt uns gegenüber den Völkern der Welt. Vor allem aber ermöglicht er die **Identifikation der Bürger und Bürgerinnen mit unserem Staat**.

Wir brauchen mehr als Symbole in Form von Ämtern, Hymnen und Flaggen. Solche Symbole wirken nur in Verbindung mit Persönlichkeiten, die Demokratie vorleben. In unserer Zeit muß Politik mehr als je zuvor für Wahrheiten auch Worte finden und auf Herausforderungen mit Taten antworten.

Mit der bloßen Errichtung und Fortentwicklung formaler demokratischer Strukturen ist es nicht getan. Bereits 1946 hat der spätere erste Bundespräsident Theodor Heuss in seinem Aufsatz „Um Deutschlands Zukunft“ gesagt – ich zitiere–:

Auch Demokratie ist keine Zauberformel für die Nöte der Welt; die gibt es auch in der Demokratie. Demokratie heißt auch nicht nur

Wählerstatistik und ist nicht nur ein Rechenverfahren, sondern im Elementaren die Anerkennung eines freien Menschentums, das auch im Gegner den Partner sieht, den Mitspieler.

Alle bisherigen Bundespräsidenten haben in diesem Sinne gewirkt und so demokratisches Verhalten erfahrbar gemacht. Uns daran in Dankbarkeit zu erinnern, haben wir heute, am 23. Mai 1989, allen Anlaß.

(Beifall)

In diesen Dank sollen auch die **Ehefrauen unserer Bundespräsidenten** eingeschlossen sein. Ihre Aufgaben sind nicht im Grundgesetz festgehalten, ihr Wirken und Mitgestalten sind jedoch im Bewußtsein unseres Volkes fest verankert.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur **Konstituierung** der Bundesversammlung. Die 9. Bundesversammlung besteht aus den 519 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und derselben Zahl von Mitgliedern, die von den Länderparlamenten gewählt worden sind.

Nach den Mitteilungen der Präsidenten der Länderparlamente sind die 519 Mitglieder aus den Ländern rechtmäßig gewählt und benannt worden.

Nach § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung findet die **Geschäftsordnung** des Bundestages auf den Geschäftsgang der Bundesversammlung sinngemäße Anwendung, sofern sich die Bundesversammlung nicht eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Können wir entsprechend verfahren? Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, zur **Beschlußfähigkeit** der Bundesversammlung ist die Anwesenheit von mindestens 520 Mitgliedern der Bundesversammlung erforderlich. – Das ist offensichtlich der Fall, wie ich sehe. Die Bundesversammlung ist also beschlußfähig.

Als **Schriftführer und Schriftführerinnen**

schlage ich Ihnen die 25 Abgeordneten vor, die auch im Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Da sie selten erwähnt werden, sollten sie wenigstens heute benannt werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Es sind die Abgeordneten Herr Max Amling, Herr Peter Harry Carstensen, Frau Gertrud Dempwolf, Herr Hans-Joachim Fuchtel, Frau Charlotte Garbe, Herr Dr. Walter Hitschler, Herr Ernst Kastning, Herr Franz Heinrich Krey, Herr Uwe Lambinus, Frau Doris Odendahl, Herr Eduard Oswald, Frau Doris Pack, Herr Bernd Reuter, Frau Hannelore Rönsch, Frau Hannelore Saibold, Herr Heinz Schemken, Herr Wolfgang Schulhoff, Herr Gerhard Schulze (Berlin), Herr Heinrich Seesing, Frau Lisa Seuster, Frau Waltraud Steinhauer, Frau Margitta Terborg, Herr Eugen von der Wiesche, Frau Uta Würfel und Herr Benno Zierer. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann ist auch dieses so beschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer Frau Abgeordnete Steinhauer und Herrn Abgeordneten Krey, neben mir Platz zu nehmen. –

Meine Damen und Herren, die Bundesversammlung ist damit konstituiert.

Für die Wahl zum Bundespräsidenten ist von den Vorsitzenden der Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP sowie vom Vorsitzenden der SPD Herr **Dr. Richard von Weizsäcker** vorgeschlagen worden. Er hat seine Bereitschaft zu einer erneuten **Kandidatur** erklärt. Ich stelle im Namen des Sitzungsvorstandes fest, daß der Wahlvorschlag den gesetzlichen Voraussetzungen entspricht.

Meine Damen und Herren, ich bitte nunmehr um Ihre Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum **Wahlverfahren**.

Nach § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten wird mit verdeckten amtlichen Stimmkarten gewählt. Das heißt, daß gemäß § 49 unserer Geschäftsordnung die Wahl geheim stattfindet. Die Stimmkarte erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens an den hier vorne aufgestellten zwei

Ausgabetischen. Für die Ausgabe der Stimmkarte halten Sie bitte Ihren weißen Wahlausweis bereit.

Ich weise darauf hin, daß Sie Ihre Stimmkarte in den Wahlkabinen ankreuzen müssen und daß Sie dort auch die Stimmkarte in den Wahlumschlag zu legen haben. Die Schriftführer müssen ein Mitglied der Bundesversammlung zurückweisen, das seine Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine kennzeichnet oder in den Wahlumschlag legt. In diesem Fall kann die Wahl aber vorschrittmäßig wiederholt werden.

Stimmkarten mit mehr als einem Kreuz oder sonstigen Zusätzen sind ungültig. Das gleiche gilt für Stimmkarten, die gar nicht gekennzeichnet sind.

Den weißen Wahlausweis übergeben Sie bitte den Schriftführern an der Wahlurne. Dadurch wird die Teilnahme an der Wahl nachgewiesen.

Ich bitte nunmehr die eingeteilten Schriftführer und Schriftführerinnen, ihre Plätze an den Stimmkartenausgaben und an den Wahlurnen einzunehmen. Die Schriftführer zu meiner Rechten und zu meiner Linken werden nun die Namen nach dem Alphabet aufrufen, für die Enttäuschten: leider noch einmal bei A beginnend.

Nachgerückte Mitglieder, die im Namensverzeichnis nicht mehr alphabetisch aufgeführt werden konnten, werden zum Schluß aufgerufen.

Verfolgen Sie bitte den Namensaufruf an Hand der Ihnen vorliegenden Mitgliederliste, und kommen Sie bitte rechtzeitig zur Stimmabgabe.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die **Wahl** und bitte die Schriftführer und Schriftführerinnen, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf – Während des Namensaufrufs übernehmen um 11.30 Uhr Vizepräsidentin Renger, um 11.50 Uhr Vizepräsident Stücklen, um 12.10 Uhr Vizepräsident Westphal und um 12.30 Uhr Vizepräsident Cronenberg den Vorsitz)

Vizepräsident Cronenberg: Meine Damen und Herren, darf ich Ihre Aufmerksamkeit kurz in

Anspruch nehmen. Ich habe zunächst zu fragen: Haben alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben? - Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich die Wahl und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Meine Damen und Herren, die Sitzung wird nicht unterbrochen. Wir hoffen, in 15 bis 20 Minuten das Ergebnis der Wahl bekanntgeben zu können.

(Auszählung)

Präsidentin Dr. Süßmuth: Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Die Mitgliederzahl lag bei 1038, die Zahl der abgegebenen Stimmen bei 1022. 1019 gültige Stimmen wurden abgegeben. Es wurden abgegeben für Herrn Dr. Richard von Weizsäcker 881 Stimmen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Nein-Stimmen 108, Enthaltungen 30, ungültige Stimmen 3.

Meine Damen und Herren, damit hat Herr Dr. Richard von Weizsäcker die nach Art. 54 Abs. 6 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Bundesversammlung erhalten.

(Anhaltender lebhafter Beifall - Die Mitglieder der Bundesversammlung erheben sich)

Herr Bundespräsident, die 9. Bundesversammlung hat Sie mit 881 Stimmen erneut zum Bundespräsidenten gewählt.

Das Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten verlangt von mir, Sie zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Bundespräsident Dr. von Weizsäcker: Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall)

Präsidentin Dr. Süßmuth: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß Herr Dr. von Weizsäcker die Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland angenommen hat.

Herr Bundespräsident, ich beglückwünsche Sie im Namen der Bundesversammlung zu Ihrer so

eindrucksvollen Wiederwahl. Stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben die Mitglieder der Bundesversammlung mit ihrem Votum zugleich auch den Dank für Ihre so überzeugende bisherige Amtsführung zum Ausdruck gebracht.

(Lebhafter Beifall)

In diesen Dank, Herr Bundespräsident, möchten wir ausdrücklich Ihre Frau Marianne einschließen.

(Beifall)

Für die vor Ihnen liegende Amtszeit wünsche ich Ihnen Glück und Segen.

Herr Bundespräsident, Sie haben das Wort.

Bundespräsident Dr. von Weizsäcker: Frau Präsidentin, für Ihre guten Wünsche möchte ich Ihnen von Herzen danken. Ich möchte den Mitgliedern der Bundesversammlung, die sich an der Wahl beteiligt haben, danken, und ich möchte denen, die ihre Stimme für mich abgegeben haben, für ihr Vertrauen danken.

Mein **Amt** ist für alle da. Ich bin wie bisher so in Zukunft dankbar und offen für Wünsche, Zuspruch und Kritik. Es allen recht zu machen ist nicht möglich. Das würde auch dem Sinn des Amtes widersprechen. Es ist ein Amt, das überparteilich, aber nicht neutral und nicht meinungslos zu führen ist.

Wir sind heute und morgen hier versammelt, um der Geburtsstunde unseres Grundgesetzes und unseres Staates zu gedenken. 40 Jahre ist er alt geworden. Im Schwabenland würde man sagen: Er ist erwachsen geworden.

Wir sollten aber nicht über unsere eigene Reife spekulieren, sondern denen danken, die diesen Staat bis heute geführt haben, und uns der Aufgaben verantwortlich annehmen, die auf uns warten. Es sind schwierige **Aufgaben**, und ich wünsche uns die Kraft, sie zu erkennen und zu meistern. Ich wünsche uns die Kraft, uns nicht von kleineren Fragen ablenken zu lassen von unserer Zuwendung zu dem wirklich Lebenswichtigen. Ich wünsche uns die Kraft, daß wir die vorhandenen wirklichen

Chancen für große Entwicklungen zur rechten Zeit erkennen und unseren Beitrag zu ihnen leisten.

(Beifall)

Die engagierte Auseinandersetzung unter Demokraten über den besten Weg hierzu ist notwendig und immer lohnend – auf der Grundlage des Bewußtseins dessen, was wir gemeinsam zu schützen haben.

Dazu will ich von meinem Amt aus, so gut ich es kann, beitragen.

Ich grüße von hier aus alle unsere Landesleute in der Nähe und in der Ferne.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Präsidentin Dr. Süßmuth: Herr Bundespräsident, wir danken für Ihre Worte.

Bevor ich die Bundesversammlung schließe, möchte ich allen Mitgliedern der Bundesversammlung dafür danken, daß sie zu einem so zügigen und erfolgreichen Ablauf dieser Versammlung beigetragen haben. Mein Dank gilt auch den Vizepräsidenten sowie den Schriftführern und Schriftführerinnen des Deutschen Bundestages.

Den Kirchen beider Konfessionen danke ich dafür, daß wir Gelegenheit hatten, an einer gemeinsamen christlichen Morgenfeier teilzunehmen.

Die Stadt Bonn hat es uns ermöglicht, hier in der Beethovenhalle zu tragen. Ich danke allen, die an der Vorbereitung und Durchführung der Bundesversammlung beteiligt waren. Ich begrüße die ausführliche Berichterstattung von Presse, Rundfunk und Fernsehen über die heutige Bundesversammlung.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß der Bundesversammlung singen wir unsere Nationalhymne. Ich bitte Sie, danach wieder kurz Platz zu nehmen, da unserem wiedergewählten Bundespräsidenten von Kindern gratuliert werden soll. Die Achtung der Menschenwürde fängt ja bei den Kleinen an; machen Sie ihnen nachher also noch Platz.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir singen nun gemeinsam, begleitet vom Buccina-Ensemble, unsere Nationalhymne.

(Die Nationalhymne wird gesungen – anschließend überbringt eine Gruppe von Kindern, mit Beifall begrüßt und vom Gesang eines Jugendchors begleitet, dem wiedergewählten Bundespräsidenten Glückwünsche)

Den Kindern und dem Jugendchor ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Dadurch, daß während des Gesangsvortrags ein Luftballon geplatzt ist, hatten wir einen zwar unfreiwilligen, aber um so pfiffigeren Salutschuß. Er galt dem Bundespräsidenten!

(Erneuter Beifall und Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, während die Kinder noch gratulieren, beenden wir unsere Versammlung. Wir treffen uns jetzt draußen auf den Fahrgastschiffen, wozu alle Ehefrauen herzlich eingeladen sind.

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe)

– Dieser Nachtrag war notwendig, weil viele nicht sicher waren, ob die Ehefrauen mit eingeladen sind.

(Erneute Heiterkeit)

– Entschuldigung, ich habe vor lauter Frauen die Männer vergessen! Jedenfalls sehen wir uns bei dem Empfang gleich wieder.

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme!
Die Bundesversammlung ist damit geschlossen.

(Schluß: 13.16 Uhr)

10. Bundesversammlung

23. Mai 1994

Übersicht

Zusammensetzung nach Parteien

CDU/CSU	620
SPD	502
FDP	112
Bündnis 90/Die Grünen	43
PDS	34
Sonstige ¹⁾	13
insgesamt	1 324

¹⁾ Fraktionslose, REP, Fraktion Unabhängiger Abgeordneter (FUA), Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder²⁾

Baden-Württemberg	79
Bayern	96
Berlin	28
Brandenburg	22
Bremen	5
Hamburg	13
Hessen	46
Mecklenburg-Vorpommern	16
Niedersachsen	63
Nordrhein-Westfalen	141
Rheinland-Pfalz	32,
Saarland	9
Sachsen	41
Sachsen-Anhalt	25
Schleswig-Holstein	23
Thüringen	23

²⁾ Bekanntmachung der Bundesregierung vom 29. Dezember 1993 (BGBl. 1994 I S. 71) über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung.

Tagungsort und Tagungsstätte: Berlin, Reichstagsgebäude

Präsident der Bundesversammlung: Bundestagspräsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth

Wahlergebnis:

	1. Wahlgang	2. Wahlgang	3. Wahlgang
Roman Herzog (Vorschlag CDU/CSU)	604	622	696
Johannes Rau (Vorschlag SPD)	505	559	605
Hildegard Hamm-Brücher (Vorschlag FDP)	132	126	-
Jens Reich (Vorschlag Bündnis 90/Die Grünen)	62	-	-
Hans Hirzel (Vorschlag REP)	12	11	11
Enthaltungen	2	-	7
ungültige Stimmen	2	1	1
abgegebene Stimmen	1 319	1 319	1 320

Gewählt: Roman Herzog im 3. Wahlgang mit 696 Stimmen
(erforderliche Mehrheit für den 1. und 2. Wahlgang: 663 Stimmen)

Amtszeit: 1. Juli 1994 bis 30. Juni 1999

Verzeichnis der Mitglieder

A

Dr. Karl Abshagen
Dr. Else Ackermann *
Ulrich Adam *
Brigitte Adler *
Ina Albowitz *
Hans Albrecht
Frank M. Allies
Dr. Walter Altherr *
Gisela Altmann
Gerd Andres *
Jürgen Angelbeck
Robert Antretter *
Roland Appel
Hermann-Josef Arentz
Christine Arlt-Palmer
Michael Auditor
Anneliese Augustin *
Heinrich Augustin (Buxtehude)
Jürgen Augustinowitz *
Dietrich Austermann *

B

Dr. Gisela Babel *
Hermann Bachmaier *
Rolf-Dieter Backhaus
Georg Badeck
Bärbel Ballhorn
Angelika Barbe *
Hermann Bardenhagen
Heinz-Günter Bargfrede *
Klaus Bartl
Holger Bartsch *
Dr. Birgit Bauer (Arnstadt)
Dr. Wolf Bauer *
Gerhart Rudolf Baum *
Brigitte Baumeister *
Kurt Beck
Helmuth Becker (Nienberge) *
Ingrid Becker-Inglau *
Gabriele Behler
Doris Behrendt
Prof. Dr. Berthold Beitz

Meinrad Belle *
Birgitt Bender (Stuttgart)
Christoph Bender (Erfurt)
Dr. Wilhelm Bender (Frankfurt)
Dr. Peter Bendixen
Hans Berger *
Heidi Berger (Essen)
Dr. Christine Bergmann
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Dr. Christoph Bergner
Hans Gottfried Bernrath *
Friedhelm Julius Beucher *
Ole von Beust
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf
Hans-Dirk Bierling *
Rudolf Bindig *
Walburga Binniwersi
Sonja Bintig
Karl-Heinz Binus
Wolfgang Birthler
Frieder Birzele
Sabine Bischoff
Prof. Dr. Lothar Bisky
Dr. Xaver Bittl
Hans-Dieter Blaese
Petra Bläss *
Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank *
Renate Blank *
Iris Blaul
Beate Blechinger
Dr. Heribert Blens *
Peter Bleser *
Gerhard Bletschacher
Paul Bloem
Dr. Norbert Blüm *
Lieselott Blunck (Uetersen) *
Dr. Michaela Blunk (Lübeck) *
Prof. Dr. Teresa Bock (Viersen)
Thea Bock *
Manfred Böcker
Brigitte Bödeker
Wilfried Böhm (Melsungen) *
Dr. Ulrich Böhme (Unna) *

Dr. Maria Böhmer *
Dr. Wolfgang Böhmer (Wittenberg)
Christoph Böhr
Annemarie Böll
Jacqueline Börner
Arne Börnsen (Ritterhude) *
Gert Börnsen
Wolfgang Börnsen (Bönstrup) *
Dietrich H. Boesken
Dr. Wolfgang Bötsch *
Friedrich Bohl *
Wilfried Bohlsen *
Ursula Bolte
Alexander Bonde
Peter Bonitz
Jochen Borchert *
Prof. Dr. Gernot Born
Volker Bouffier
Klaus Brähmig *
Anni Brandt-Elswieier *
Dr. Eberhard Brecht *
Günther Bredehorn *
Prof. Anita Breithaupt
Christiane Bretz
Paul Breuer *
Martin Brick
Prof. Dr. Ulrich Briefs *
Reinhard Briese
Karl Peter Bruch
Monika Brudlewsky *
Rainer Brüderle
Wilhelm Brunkhorst
Anke Brunn
Georg Brunnhuber *
Ilse Brusis
Ignatz Bubis
Hans Büchler (Hof) *
Peter Büchner (Speyer) *
Klaus Bühler (Bruchsal) *
Dr. Andreas von Bülow *
Hans-Jürgen Büssov
Hans Büttner (Ingolstadt) *
Hartmut Büttner (Schönebeck) *

* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.

Heinrich Buhmann
 Edelgard Bulmahn *
 Bettina Bundszus
 Ursula Burchardt *
 Norbert Burger
 Hans Martin Bury *
 Dankward Buwitt *

C

Manfred Carstens (Emstek) *
 Peter H. Carstensen (Nordstrand) *
 Marion Caspers-Merk *
 Wolf-Michael Catenhusen *
 Armin Clauss
 Joachim Clemens *
 Wolfgang Clement *
 Peter Conradi *
 Edda Contentius
 Wilhelm Cordes
 Dieter-J. Cronenberg (Arnsberg) *

D

Dr. Karl-Heinz Daehre
 Dr. Herta Däubler-Gmelin *
 Wolfgang Daffinger
 Keyvan Dahesch
 Prof. Dr. Eberhard Dall'Asta
 Prof. Dr. Manfred Dammeyer
 Dr. Hans Daniels
 Klaus Daubertshäuser *
 Leo Dautzenberg
 Wolfgang Dehnel *
 Friedrich Deike
 Gertrud Dempwolf *
 Gerhard Denef
 Dr. Diether Deneke
 Karl-Josef Denzer
 Karl Deres *
 Albert Deß *
 Ulrich Deuschle
 Hans Hermann Dieckvoß
 Prof. Dr. Nils Diederich (Berlin) *
 Helmut Diegel
 Dr. Stefan Diekwisch
 Renate Diemers *
 Eberhard Diepgen

Paul Diethel
 Karl Diller *
 Regina van Dinther
 Dr. Marliese Dobberthien *
 Prof. Dr. Jürgen Doeblin
 Werner Dörflinger *
 Axel Doering
 Martin Döscher
 Dr. Werner Dollinger
 Inge Donnepf
 Wolfram Dorn
 Hansjürgen Doss *
 Dr. Alfred Dregger *
 Rudolf Dreßler *
 Dr. Thea Dücker
 Freimut Duve *

E

Sigrid Ebeling-Jeske
 Eike Ebert *
 Jürgen Echternach *
 Dr. Peter Eckardt *
 Wolfgang Ehlers *
 Prof. Dr. Horst Ehmke (Bonn) *
 Udo Ehrbar *
 Dr. Herbert Ehrenberg
 Ludwig Eich *
 Hans Eichel
 Maria Eichhorn *
 Norbert Eimer (Fürth) *
 Günther Einert
 Ernst Eisenmann
 Dr. Konrad Elmer *
 Günter Elste
 Hans A. Engelhard *
 Walter Engelhardt
 Wolfgang Engelmann *
 Havva Engin
 Dr. Horst Engstler
 Dr. Dagmar Enkelmann *
 Rainer Eppelmann *
 Dr. Erhard Eppler
 Mahmut Erdem
 Ute Erdsiek-Rave
 Gernot Erler
 Wolfgang Erler (Waldbrunn) *
 Dieter Ernst

Jörg van Essen *
 Helmut Esters *
 Herbert Ettengruber
 Carl Ewen *
 Dr. Walter Eykmann
 Horst Eylmann *
 Anke Eymer *

F

Petra Faderl
 Dr. Heino Falcke
 Ilse Falk *
 Dr. Kurt Faltlhauser *
 Prof. Dr. Friedhelm Farthmann
 Dr. Klaus-Dieter Feige *
 Jochen Feilcke *
 Josef Felder
 Dr. Olaf Feldmann *
 Dr. Karl H. Fell *
 Josef Feneberg
 Elke Ferner *
 Dr. Rüdiger Fikentscher
 Dr. Hans Filbinger
 Prof. Dr. Klaus Finkelburg
 Anneliese Fischer (Bayreuth)
 Birgit Fischer (Bochum)
 Dirk Fischer (Hamburg) *
 Evelin Fischer (Gräfenhainichen) *
 Helmut Fischer (München)
 Joseph Fischer (Wiesbaden)
 Dr. Klaus-Diedrich Fischer
 (Drispeth)
 Leni Fischer (Unna) *
 Lothar Fischer (Homburg) *
 Dr. Ursula Fischer *
 Steffen Flath
 Winfried Fockenberg *
 Heidrun Förster
 Hannelore Fojut
 Dr. Gottfried Forck
 Norbert Formanski *
 Klaus Francke (Hamburg) *
 Winfried Frank
 Klaus Franke
 Dora Frankemöller
 Herbert Frankenhauser *
 Manfred Freiheit

Hans Frey
Ingeborg Friebe
Paul Friedhoff *
Dr. Gerhard Friedrich *
Horst Friedrich *
Rudolf Friedrich (Frankfurt)
Erich G. Fritz *
Anke Fuchs (Köln) *
Gunda Fuchs (Nürnberg)
Jockel Fuchs (Mainz)
Katrín Fuchs (Verl) *
Dr. Ruth Fuchs *
Hans-Joachim Fuchtel *
Meinhard Füllner
Dr. Annette Fugmann-Heesing
Arne Fuhrmann *
Rainer Funke *
Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink *
Prof. Dr. Reinhard Furrer

G

Prof. Kurt Alexander Gaede
Georg Gallus *
Jürgen Gansäuer
Jörg Ganschow *
Prof. Monika Ganseforth *
Norbert Gansel *
Johannes Ganz (St. Wendel) *
Anne Garbe
Dr. Fritz Gautier *
Dr. Peter Gauweiler
Claudia Gehlfuß
Michaela Geiger *
Dr. Sissy Geiger (Darmstadt) *
Jutta Geikler
Karl August Geimer
Norbert Geis *
Dr. Alfred Geisel
Dr. Hans Geisler
Dr. Heiner Geißler *
Dr. Wolfgang von Geldern *
Hans-Dietrich Genschler *
Florian Gerster
Johannes Gerster (Mainz) *
Otti Geschka
Erich Josef Geßner
Asghedet Ghirmazion

Horst Gibtner *
Konrad Gilges *
Iris Gleicke *
Gerhard Glogowski
Michael Glos *
Dr. Peter Glotz *
Alois Glück
Dr. Reinhard Göhner *
Dr. Georg Gölter
Dr. Regina Görner
Dr. Rose Götte
Martin Göttsching *
Peter Götz *
Dr. Wolfgang Götzer *
Gaby Gorcitz
Verena Gotzes
Reinhard Grätz
Barbara Graf (Stuttgart)
Günter Graf *
Dr. Dietrich Graichen
Franz Gratwohl
Prof. Dr. Norbert Greinacher
Joachim Gres *
Ekkehard Gries *
Annemarie Griesinger
Kurt-Dieter Grill
Margret Grimm
Elisabeth Grochtmann *
Hermann Gröhe
Wolfgang Gröbl *
Wolf-Dietrich Großer
Achim Großmann *
Claus-Peter Grotz *
Josef Grünbeck *
Martin Grüner *
Dr. Joachim Grünewald *
Friedel Grützmacher
Traute Grundmann
Horst Günther (Duisburg) *
Joachim Günther (Plauen) *
Klaus Günther
Dr. Karlheinz Guttmacher *
Dr. Gregor Gysi *

H

Karl-Hermann Haack (Extertal) *
Dr. Dieter Haak

Gerda-Maria Haas
Prof. Dr. Hans-Herbert Haase
Heinrich Haasis
Martin Habermann
(Lübbenau)
Michael Habermann *
Prof. Jürgen Habermas
Heinz-Dieter Hackel *
Hans-Joachim Hacker *
Sandra Hackethal
Georg Hackl
Erhard Hackler
Dr. Hans-Peter Häfner
Dr. Fritz Hähle
Gerlinde Hämmerle *
Prof. Dr. Klaus Hänsch
Klaus Häßler
Ingrid Häußler
Karin Hagemann
Horst Hager
Jörg-Uwe Hahn
Dr. Roland Hahnemann
Prof. Dr. Fritz Halstenberg
Georg Hamburger
Hildegard Hamm-Brücher
Carl-Detlev Freiherr
v. Hammerstein *
Marina Hammes
Manfred Eugen Hampel *
Dr. Winfried Hampel (Berlin)
Christel Hanewinkel *
Cornelia Hanisch
Dirk Hansen *
Heinz Hardt
Christa Harrer
Klaus Harries *
Dr. Liesel Hartenstein *
Carola Hartfelder
Klaus Hartmann
Gottfried Haschke
(Großhennersdorf) *
Udo Haschke (Jena) *
Klaus Hasenfratz *
Gerda Hasselfeldt *
Wilfried Hasselmann
Dr. Ingomar Hauchler *
Rainer Haungs *

Hansgeorg Hauser
 (Rednitzhembach) *
 Hansheinz Hauser
 Otto Hauser (Esslingen) *
 Dr. Helmut Haussmann *
 Annedore Havemann
 Klaus-Jürgen Hedrich *
 Lothar Hegemann
 Hermann Heinemann
 Ulrich Heinrich *
 Manfred Heise *
 Dieter Heistermann *
 Dr. Renate Hellwig *
 Dieter Helm
 Rita Henke
 Bernd Henn *
 Dr. Ottfried Hennig
 Dr. h.c. Adolf Herkenrath *
 Thomas Hermsdorfer
 Albrecht Herold
 Dr. Norbert Herr *
 Klaus Herrmann
 Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer *
 Günther Heyenn *
 Edda Heymel
 Maria Anna Hiebing *
 Dr. Günter Hielscher
 Karl-Heinz Hiersemann
 Dr. Regine Hildebrandt
 Reinhold Hiller (Lübeck) *
 Stephan Hilsberg *
 Ernst Hinsken *
 Peter Hintze *
 Dr. Burkhard Hirsch *
 Hans Hirzel
 Dr. Walter Hitschler *
 Bärbel Höhn
 Dr. Barbara Höll *
 Dr. Reinhard Höppner
 Heinz-Adolf Hörsken *
 Joachim Hörster *
 Magdalene Hoff
 Dr. Paul Hoffacker *
 Barbara Hoffmann
 Monika Hohlmeier
 Josef Hollerith *
 Werner Hollwich

Helmut Holter
 Prof. Dr. Uwe Holtz *
 Hartmut Holzapfel
 Renate Holznagel
 Birgit Homburger *
 Dr. Fritz Hopmeier
 Claus Hopp
 Erwin Horn *
 Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues *
 Siegfried Hornung *
 Dr. Axel Horstmann
 Dr. Sigrid Hoth *
 Dr. Werner Hoyer *
 Dr. Friedrich-Theodor Hruska
 Erwin Huber
 Hubert Hüppe *
 Gunter Huonker *
 Prof. Dr. Klaus Husemann

I

Lothar Ibrügger *
 Erich Iltgen
 Eike Immel
 Ulrich Irmer *
 Roland Issen
 Gabriele Iwersen *

J

Hans Jaax
 Peter Jacoby
 Claus Jäger *
 Renate Jäger *
 Susanne Jaffke *
 Dr. Friedrich-Adolf Jahn
 (Münster) *
 Dr. Heinz Janning
 Georg Janovsky *
 Fasia Jansen (Oberhausen)
 Heinz Jansen (Meppen)
 Ilse Janz *
 Dr. Ulrich Janzen *
 Prof. Dr. Gotthard Jasper
 Horst Jaunich *
 Ulla Jelpke *
 Karin Jeltsch *
 Prof. Dr. Uwe Jens *
 Prof. Dr. Walter Jens (Tübingen)

Dr. Dionys Jobst *
 Prof. Dr. Dr. h.c. Reimut
 Jochimsen
 Dr.-Ing. Rainer Jork *
 Prof. Dr. Egon Jüttner *
 Dr. Franz Josef Jung (Eltville)
 Michael Jung (Limburg) *
 Volker Jung (Düsseldorf) *
 Hedda Jungfer
 Ulrich Junghanns *
 Horst Jungmann (Wittmoldt) *
 Karin Junker

K

Christian Käs
 Dr. Harald Kahl *
 Reinhard Kahl (Allendorf)
 Bartholomäus Kalb *
 Steffen Kampeter *
 Jerzy Kanal
 Dr.-Ing. Dietmar Kansy *
 Manfred Kanther
 Dr. Georg Karl
 Irmgard Karwatzki *
 Karl Kast
 Susanne Kastner *
 Ernst Kastning *
 Hans Katzer
 Volker Kauder *
 Dr. Klaus Keitel
 Andrea Keller (Bautzen)
 Dr. Dietmar Keller *
 Ilka Keller (Swisttal)
 Peter Keller *
 Claudia Kemmerich
 Hans-Peter Kemper *
 Hedwig Keppelhoff-Wiechert
 Wolfgang Kern
 Mahmoud Khalil
 Ignaz Kiechle *
 Veronika Kiekheben-Schmidt-
 Winterstein
 Friedrich-Wilhelm Kiel
 Helga Killinger
 Dr. Klaus Kinkel
 Birgit Kipfer
 Klaus Kirschner *

- Werner Kirschner (Ilse)de)
 Werner Kirstein
 Peter Kittelmann *
 Marianne Klappert *
 Günter Klein (Bremen) *
 Hans Klein (München) *
 Detlef Kleinert (Hannover) *
 Alfons Kleinhenz
 Dr. Karl-Heinz Klejdzinski *
 Siegrun Klemmer *
 Sabine Klenke
 Reinhard Klimmt
 Ilse Klingner
 Dr. Dieter Klink
 Ulrich Klinkert *
 Gerda Klocke
 Hans-Ulrich Klose *
 Dr. Hans-Ulrich Klose
 (Korschenbroich)
 Dr. Ekkehard Klug
 Dr. Hans-Hinrich Knaape *
 Gerhard Kneib
 Franz-Josef Kniola
 Dr. Herbert Knoblich
 Roland Koch
 Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz) *
 Johanna Köhler
 Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg) *
 Udo Köneke
 Carmen König (München)
 Lothar König (Dobel)
 Ingrid Köppe *
 Fritz Rudolf Körper *
 Gyde Köster (Braderup)
 Dr. Helmut Kohl *
 Eugen Kohlenbach
 Bettina Kohlrausch
 Roland Kohn *
 Prof. Gabriele Kokott-
 Weidenfeld
 Dr. Heinrich L. Kolb *
 Manfred Kolbe *
 Regina Kolbe *
 Walter Kolbow *
 Rolf Koltzsch *
 Jürgen Koppelin *
 Walter Korn
 Eva-Maria Kors *
 Hans Koschnick *
 Hartmut Koschyk *
 Thomas Kossendey *
 Bernd Kränzle
 Clemens-August Krapp
 Rudolf Kraus *
 Ursula Kraus (Wuppertal)
 Prof. Dr. Günther Krause
 (Börgerende) *
 Joachim Krause
 Dr. Rudolf Karl Krause
 (Bonese) *
 Wolfgang Krause (Dessau) *
 Volkmar Kretkowski *
 Dieter Kretschmer
 Franz Heinrich Krey *
 Arnulf Kriedner *
 Heinz-Jürgen Kronberg *
 Dr.-Ing. Paul Krüger *
 Dr. Rolf Krumsiek
 Heinrich Kruse (Bocholt)
 Rolf Kruse (Hamburg)
 Dr. Dr. Werner Krusche
 Reiner Krziskewitz *
 Horst Kubatschka *
 Leonhard Kuckart
 Peter Kudella
 Dr. Klaus Kübler *
 Wilhelm Kücklich
 Lilly Künzel
 Josef Kürten
 Hinrich Kuessner *
 Dr. Uwe Küster *
 Eckart Kuhlwein *
 Ursula Kulscher
 Dr. Karl-Heinz Kunckel
 Peter Kunert
 Dr. h.c. Reiner Kunze
 Wolfgang Kupke
 Dr. Gerlinde Kuppe
 Rolf Kurz
 Rolf Kutzmutz
L
 Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann *
 Oskar Lafontaine
 Uwe Lambinus *
 Dr. Otto Graf Lambsdorff *
 Karl Lamers *
 Dr. Norbert Lammert *
 Helmut Johannes Lamp *
 Katharina Landgraf
 Klaus Landowsky
 Heinz Lanfermann
 Brigitte Lange *
 Dr. Werner Langen
 Detlev von Larcher *
 Harald Lastovka
 Herbert Lattmann *
 Dr. Paul Laufs *
 Karl Josef Laumann *
 Dr. Hanna-Renate Laurien
 Bernhard Lechner
 Andrea Lederer *
 Dr. Hinrich Lehmann-Grube
 Klaus-Heiner Lehne *
 Prof. Dr. Ursula Maria Lehr *
 Dr. Berthold Leibinger
 Robert Leidinger *
 Albert Leifert
 Inge Lemmermann
 Stefan Lennardt
 Klaus Lennartz *
 Christian Lenzer *
 Dr. Elke Leonhard-Schmid *
 Dr. Albrecht Leonhardt
 Dr. Michael Lersow
 Sabine Leutheusser-
 Schnarrenberger *
 Prof. Dr. Immo Lieberoth *
 Ursula Lietz
 Wilhelm Lieven
 Editha Limbach *
 Elisabeth Lingner
 Walter Link (Diepholz) *
 Dr. Helmut Linssen
 Eduard Lintner *
 Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach) *
 Dr. Manfred Heinz Lischewski *
 Margaretha Lochner
 Ludwig Löffler
 Christa Lörcher *
 Sigrun Löwisch *

Klaus Lohmann (Witten) *
 Wolfgang Lohmann
 (Lüdenscheid) *
 Elisabeth Losert
 Erwin Loßmann
 Julius Louven *
 Ortwin Lowack *
 Dr. Christine Lucyga *
 Wolfgang Lüder *
 Helga Lüdtko
 Uwe Lühr *
 Hedwig Lülldorf
 Heinrich Lummer *
 Dr. Michael Luther *

M

Dieter Maaß (Herne) *
 Erich Maaß (Wilhelmshaven) *
 Patricia Alejandra Maass Cruzat
 Prof. Ursula Männle *
 Theo Magin *
 Heinz Dieter Mahlberg
 Dr. Dietrich Mahlo *
 Lothar de Maiziere
 Jasna Malkoc
 Irmhild Mannsfeld
 Claire Marienfeld *
 Erwin Marschewski *
 Günter Marten *
 Dr. Wilhelm Martens
 Hans Martin
 Dorle Marx *
 Ulrike Mascher *
 Katja Mast
 Christoph Matschie *
 Dietmar Matteredne *
 Ingrid Matthäus-Maier *
 Klaus Matthiesen
 Heide Mattischeck *
 Ulrich Maurer
 Dr. Robert Maus
 Conny Mayer
 Dr. Martin Mayer
 (Siegertsbrunn) *
 Markus Meckel *
 Wolfgang Meckelburg *
 Ulrike Mehl *

Klaus Meier
 Rudolf Horst Meinel *
 Herbert Meißner *
 Susanne Melior
 Ural Memet
 Dr. Bruno Menzel *
 Dr. Angela Merkel *
 Loke Mernizka
 Dr. Franz-Josef Mertens
 (Bottrop) *
 Dr. Horst Metz
 Uwe-Jens Mey
 Friedrich Meyer (Westerkappeln)
 Prof. Dr. Jürgen Meyer (Ulm) *
 Karl Otto Meyer (Schafflund)
 Laurenz Meyer (Hamm)
 Wolfram Meyer (Karlsruhe)
 Dr. Reinhard Meyer zu Bentrup *
 Gabi Michael
 Maria Michalk *
 Hans Michelbach
 Meinolf Michels *
 Ernst Michl
 Gottfried Milde (Griesheim)
 Horst Milde (Oldenburg)
 Dr. Klaus Gerhard Mildner *
 Wolfgang Mischnick *
 Dr. Hans Modrow *
 Prof. Dr. Renate Möhrmann
 Jürgen W. Möllemann *
 Franz-Josef Möllenberg
 Klaus Peter Möller (Gießen)
 Dr. Franz Möller *
 Siegfried Möslein
 Thomas Molnar *
 Hans-Dieter Moritz
 Siegmund Mosdorf *
 Albrecht Müller (Pleisweiler) *
 Alfons Müller (Wesseling) *
 Christian Müller (Zittau) *
 Elmar Müller (Kirchheim) *
 Dr. Gottfried Müller (Jena)
 Dr. Günther Müller *
 Hans Werner Müller (Wadern) *
 Herbert Müller (Memmingen)
 Jutta Müller (Völklingen) *
 Michael Müller (Düsseldorf) *

Rudolf Müller (Schweinfurt) *
 Dr. Wolfgang Müller (München)
 Franz Müntefering
 Nazih Musharbash

N

Manfred Nagler
 Hartmut Nassauer
 Engelbert Nelle *
 Franz Neubauer
 Friedel Neuber
 Dr. Christian Neuling *
 Adolf Neumann (Gräfenroda)
 Bernd Neumann (Bremen) *
 Gerhard Neumann (Gotha) *
 Volker Neumann (Bramsche) *
 Max Neumayr
 Erhard Niedenthal *
 Dr. Edith Niehuis *
 Dr. Rolf Niese *
 Horst Niggemeier *
 Johannes Nitsch *
 Ulrich Nölle
 Claudia Nolte *
 Günther Friedrich Nolting *
 Günter Nooke

O

Doris Odendahl *
 Günter Oesinghaus *
 Günther H. Oettinger
 Cem Özdemir
 Taifun Oezen
 Paul Oldenburg
 Dr. Rolf Olderog *
 Wolfgang Ontijd
 Jan Oostergetelo *
 Manfred Opel *
 Maria Theresia Opladen
 Dr. Rainer Ortleb *
 Alois Ortner
 Friedhelm Ost *
 Adolf Ostertag *
 Heinrich Ostrop
 Eduard Oswald *
 Hinnerk Ottens

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) *
Dr. Helga Otto *
Norbert Otto (Erfurt) *

P

Detlef Paepke
Dr. Gerhard Päselt *
Johann Paintner *
Kurt Palis *
Gabriele Palme
Ute Pape
Detlef Parr *
Peter Paterna *
Jochen Patzschke
Gerda-Beatrix Paul
Ruth Paulig
Heinz Paus (Detmold)
Marianne Paus (Bielefeld)
Rita Pawelski
Dr. Peter Paziorek *
Charlotte Pelka
Dr. Willfried Penner *
Hartmut Perschau
Hans-Wilhelm Pesch *
Horst Peter (Kassel) *
Eva Peters (St. Michaelisdonn)
Lisa Peters *
Ulrich Petzold *
Prof. Dr. Martin Pfaff *
Anton Pfeifer *
Angelika Pfeiffer *
Dr. Gero Pfennig *
Dr. Friedbert Pflüger *
Johannes Pflug
Wolfgang Pföhler
Albert Pfuhl *
Beatrix Philipp
Ingeborg Philipp *
Prof. Dr. Eckhart Pick *
Wilhelm Piecyk
Prof. Dr. Winfried Pinger *
Rupert von Plottnitz
Ronald Pofalla *
Dr. Eva Pohl
Dr. Hermann Pohler *
Siegfried Pommerenke
Gerd Poppe *

Prof. Dr. Peter Porsch
Joachim Poß *
Dr. Diether Posser
Bernd Poulheim
Rainer Prachtl
Dirk Praetorius
Prof. Dr. Fritz Preuss
Claudia Preuß-Boehart
Rosemarie Priebus *
Dr. Albert Probst *
Dr. Bernd Protzner *
Dieter Pützhofen *
Rudolf Purps *
Heinz Putzrath

R

Thomas Rachel
Ludwig-Martin Rade
Karin Radermacher
Dr. Manfred Ragati
Susanne Rahardt-Vahldieck *
Hans Raidel *
Dr. Peter Ramsauer *
Klaus Rapp
Hermann Rappe (Hildesheim) *
Brigitte Rasinski
Dr. h.c. Johannes Rau
Rolf Rau *
Hans-Joachim Rauch
Peter Harald Rauen *
Willi Rausch
Marita Rauterkus
Wilhelm Rawe *
Hans-Joachim Reck
Gerhard Reddemann *
Otto Regenspurger *
Eckhardt Rehberg
Steffen Reiche
Andreas Reichel
Klaus Reichenbach *
Manfred Reimann *
Dr. Bertold Reinartz *
Egbert Reinhard
Erika Reinhardt *
Gudrun Reinhardt (Siegen)
Dr. Werner Remmers
Dieter Rempfel

Margot von Renesse *
Dr. h.c. Annemarie Renger
Renate Rennebach *
Dr. Friedhelm Repnik (Rottenburg)
Hans-Peter Repnik *
Otto Reschke *
Herbert Reul
Peter W. Reuschenbach *
Bernd Reuter *
Hilde Ribbe
Manfred Richter (Bremerhaven) *
Manfred Frhr. von Richthofen
Ilse Ridder-Melchers
Prof. Dr. Norbert Rieder *
Dr. Erich Riedl (München) *
Klaus Riegert *
Dr. Heinz Riesenhuber *
Hermann Rind *
Werner Ringkamp *
Dr. Harald Ringstorff
Dr. Berthold Rink
Barbara Rincke
Winfried Rippert
Karl Hermann Ritter
Dr. Burkhard Ritz
Günter Rixe *
Helmut Rode (Wietzen) *
Dr. Klaus Röhl *
Rita Röhl
Helmut Röhrs
Hannelore Rönsch (Wiesbaden) *
Dr. Achim Rohde
Ingrid Roitzsch (Quickborn) *
Prof. Eleonore Romberg
Franz-Xaver Romer *
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Dr. Klaus Rose *
Hans Rosner
Kurt Rossmannith *
Dr. Sieghard Rost
Adolf Roth (Gießen) *
Dr. Helmut Rothemund
Heinz Rother *
Dr. Helmut Rotsch
Jeanette Rott
Dr. Christian Ruck *
Robert Ruder

Hans Rückert
 Volker Rühle *
 Antonius Rösenberg
 Elsbeth Rütten
 Dr. Jürgen Rüttgers *

S

Markus Sackmann
 Krista Sager
 Detlev Samland
 Helmut Sauer (Salzgitter) *
 Roland Sauer (Stuttgart) *
 Helmut Sauter
 Dr. Aloys Schaefer
 Harald B. Schäfer (Stuttgart) *
 Helmut Schäfer (Mainz) *
 Liesel Schäfer (Ludwigshafen)
 Ortrun Schätzle *
 Dr. Wolfgang Schäuble *
 Gudrun Schaich-Walch *
 Dieter Schanz *
 Jürgen Scharf
 Wilfried Scharnagel
 Rudolf Scharping
 Günther Schartz (Trier) *
 Hartmut Schauerte
 Jürgen Schaufuß
 Walter Scheel
 Dr. Hermann Scheer *
 Beate Scheffler (Bochum)
 Siegfried Willy Scheffler *
 Manfred Schell *
 Heinz Schemken *
 Christina Schenk *
 Jürgen Schenk (Asendorf)
 Anja Scherer
 Gerhard Scheu *
 Monika Scheuffler
 Marko Schiemann
 Otto Schily *
 Georg Schirmbeck
 Rezzo Schlauch
 Dietmar Schlee
 Irene Schlempp
 Heinz Schleusser
 Edda Schliepack
 Dr. Rolf Schlierer

Dieter Schloten *
 Günter Schluckebier *
 Ulrich Schmalz *
 Cornelia Schmalz-Jacobsen *
 Dr. Albert Schmid (Laaber)
 Erich Schmid (München)
 Rupert Schmid (Nittendorf)
 Bernd Schmidbauer *
 Horst Schmidbauer (Nürnberg) *
 Andreas Schmidt (Mülheim) *
 Arno Schmidt (Dresden) *
 Dr. Christa Schmidt *
 Christian Schmidt (Fürth) *
 Helmut Schmidt
 Dr.-Ing. Joachim Schmidt
 (Halsbrücke) *
 Renate Schmidt (Nürnberg) *
 Trudi Schmidt (Spiesen) *
 Ulla Schmidt (Aachen) *
 Ulrich Schmidt (Wetter)
 Wilhelm Schmidt (Salzgitter) *
 Willi Schmidt
 Regina Schmidt-Zadel *
 Dr. Jürgen Schmieder *
 Helma Schmitt
 Lilli Schmitt-Fichtner
 Hans Peter Schmitz (Baesweiler) *
 Dr. Jürgen Schmude *
 Michael von Schmude *
 Karl Schnabel
 Dr. Werner Schnappauf
 Georg Adolf Schnarr
 Alfred Schneid
 Angela Schneider (Chemnitz)
 Hellmut Schneider (Sibbesee)
 Ingrid Schneider
 Norbert Schneider
 Dr. Oscar Schneider (Nürnberg) *
 Heinrich Schneier
 Dr. Emil Schnell *
 Gerlinde Schnell
 Birgit Schnieber-Jastram
 Prof. Dr. Christoph Schnittler *
 Dr. Herbert Schnoor
 Dr. Andreas Schockenhoff *
 Dr. Rudolf Schöfberger
 Walter Schöler *

Joachim Graf von Schönburg-
 Glauchau *
 Gerhard Schöne
 Renate Schönebeck
 Franz Schönhuber
 Ventur Schöttle
 Prof. Dr. Rupert Scholz *
 Hermann Schoppe
 Reinhard Freiherr
 von Schorlemer *
 Dr. Erich Schosser
 Peter Schowtka
 Dr. Annemarie Schraps
 Ottmar Schreiner *
 Günter Schrempp
 Prof. Dr. Dieter Schröder
 (Rostock)
 Gerhard Schröder
 Fritz Schröter (Altenburg)
 Gisela Schröter *
 Karl-Heinz Schröter *
 Martina Schubert
 Gerhard Schüßler *
 Dietmar Schütz *
 Elfriede Schütz (Leverkusen)
 Otto Schuhmann
 Peter Schuler
 Wolfgang Schulhoff *
 Brigitte Schulte (Hamel) *
 Dr. Dieter Schulte
 (Schwäbisch Gmünd) *
 Walter Schultheiß
 Volkmar Schultz
 Annetrin Schulz (Ilmenau)
 Ingrid Schulze
 Gerhard Schulz (Leipzig) *
 Werner Schulz (Berlin) *
 Werner Schulz (Hirschau)
 Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) *
 Friedhelm Schuricht
 Hans Schuster *
 Dr. R. Werner Schuster (Idstein) *
 Jörg Schwäblein
 Albert Schwägerl
 Dr. Irmgard Schwaetzer *
 Clemens Schwalbe *
 Ernst Schwanhold *

Rolf Schwanitz *
Dr. Gisela Schwarz (Warmbad)
Stefan Schwarz *
Renate Schwarze
Dr. Christian Schwarz-Schilling *
Alexander Graf von Schwerin
Hans Schwier
Dr. Hermann Schwörer *
Max Sedlmeir
Horst Seehofer *
Heinrich Seesing *
Kurt Segner
Marita Sehn *
Wilfried Seibel *
Bodo Seidenthal *
Josef Seidl
Dr. Ilja Seifert *
Dr. Peter Seifert (Chemnitz)
Prof. Dr. Gerhard Seiler
Ursula Seiler-Albring *
Dr. Berndt Seite
Rudolf Seiters *
Erwin Seitz
Katja Seizinger
Dr. Sigrid Semper *
Lisa Seuster *
Horst Sielaff *
Jürgen Sikora *
Erika Simm *
Heide Simonis
Johannes Singer *
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk *
Werner Skowron *
Dr. Hartmut Soell *
Dr. Hermann Otto Solms *
Hans-Klaus Solterbeck
Horst Sommerfeld
Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast *
Ines Lucia Sono Muriel
Wieland Sorge *
Bärbel Sothmann *
Dr. h.c. Lothar Späth
Dr. Dietrich Sperling *
Brigitte Speth
Helga Spielberger
Karl-Heinz Spilker *
Dr. Dieter Spöri

Carl-Dieter Spranger *
Paul Sprotte
Dr. Rudolf Sprung *
Angela Stachowa *
Dr. Ditmar Staffelt
Barbara Stamm
Prof. Dr. Jürgen Starnick *
Karl Starzacher
Ingo Stawitz
Werner Steck
Antje-Marie Steen *
Ute Steiger
Erwin Stein
Erika Steinbach-Hermann *
Heinz-Alfred Steiner *
Horst Steinmann
Dr. Hans Stercken *
Carola Stern
Prof. Dr. Wolfgang Freiherr
von Stetten *
Ludwig Stiegler *
Josef Stock
Karl Stockhausen *
Dr. Edmund Stoiber
Erhard Stollberg
Dr. Manfred Stolpe
Dr. Gerhard Stoltenberg *
Klaus Strehl
Dr. Haidi Streletz
Karl-Ernst Strothmann
Hans-Gerd Strube *
Dr. Peter Struck *
Dr. h.c. Richard Stücklen
Michael Stübgen *
Prof. Dr. Rita Süßmuth *
Egon Susset *
Dorothea Szwed *

T

Joachim Tappe *
Dr. Cornelia von Teichman *
Margitta Terborg *
Gerd Teßmer
Gottfried Teubner
Erwin Teufel
Bärbel Tewes-Heiseke
Dr. Gerald Thalheim *

Ernst Theilen
Melanie Theisen
Carl-Ludwig Thiele *
Wolfgang Thierse *
Christa Thoben
Dr. Dieter Thomae *
Marianne Thomann-Stahl
Antje Tietz
Ferdinand Tillmann *
Jürgen Timm *
Uta Titze-Stecher *
Beate Tönsing
Prof. Dr. Klaus Töpfer *
Hans Günther Toetemeyer *
Hans Tränkle
Horst Trageiser
Reinhold Trinius
Gottfried Tröger
Dr. Ingrid Tschirch
Jürgen Türk *
Dr. Jörg Twenhöven

U

Dr. Klaus-Dieter Uelhoff *
Horst Uhlemann
Eckhard Uhlenberg
Gunnar Uldall *
Günter Ullmann (Greiz)
Dr. Wolfgang Ullmann *
Brigitte Unger-Soyka
Hans-Eberhard Urbaniak *

V

Inge Veite
Siegfried Vergin *
Günter Verheugen *
Rainer Verhoeven
Roswitha Verhülsdonk *
Dr. Michael Vesper
Astrid Vockert
Wolfgang Völz
Dr. Bernhard Vogel
Friedrich Vogel (Ennepetal) *
Dr. Hans-Jochen Vogel *
Irmgard Vogelsang
Wolfgang Vogt (Düren) *

Dr. Hans-Peter Voigt (Northeim) *
 Karsten D. Voigt (Frankfurt) *
 Dr. Heinz Peter Volkert
 Lisa Vollmer
 Angelika Volquartz
 Dr. Ruprecht Vondran *
 Dr. Wilhelm Vorndran
 Hans Vorpeil
 Kläre Vorreiter
 Dr. Henning Voscherau
 Josef Vosen *
 Christa Vosschulte

W

Dr. Horst Waffenschmidt *
 Dr. Christean Wagner (Lahntal)
 Erika Wagner (Eschwege)
 Hans-Georg Wagner *
 Ruth Wagner (Darmstadt)
 Dr. Theodor Waigel *
 Alois Graf von Waldburg-Zeil *
 Dr. Georg Frhr. von Waldenfels
 Dr. Wolfgang Waldner
 Dr. Walter Wallmann
 Hans Wallow *
 Hans-Martin Walsken
 Ernst Waltemathe *
 Ralf Walter (Cochem) *
 Rudi Walther (Zierenberg) *
 Ingrid Walz *
 Dr. Jürgen Warnke *
 Dr. Alexander Warrikoff *
 Gerd Wartenberg (Berlin) *
 Rita Waschbüsch
 Ignaz Wasserle
 Beate Weber (Heidelberg)
 Christine Weber (Zschopau)
 Josef Weber (Burghaun)
 Wolfgang Weber (Berlin)
 Ruth Weckenmann
 Klaus Wedemeier
 Dr. Konstanze Wegner *
 Wolfgang Weiermann *
 Anton Weilandt
 Barbara Weiler *
 Gerd Weimer
 Reinhard Weis (Stendal) *

Matthias Weisheit *
 Prof. Dr. Armin Weiß (München)
 Gerald Weiss (Rüsselsheim)
 Konrad Weiß (Berlin) *
 Dr. Manfred Weiß (Roth)
 Gunter Weißgerber *
 Gert Weisskirchen (Wiesloch) *
 Prof. Dr. Ernst Ulrich von
 Weizsäcker
 Jochen Welt *
 Gerd Wendzinski
 Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen) *
 Franz Xaver Werkstetter
 Dietmar Werner
 Herbert Werner (Ulm) *
 Petra Wernicke
 Dr. Axel Wernitz *
 Hildegard Wester *
 Heinz Westphal
 Lydia Westrich *
 Inge Wettig-Danielmeier *
 Kersten Wetzel *
 Dr. Margrit Wetzel *
 Gudrun Weyel *
 Kurt Weyh
 Gabriele Wiechatzek *
 Helmut Wieczorek (Duisburg) *
 Dr. Norbert Wieczorek *
 Heidemarie Wieczorek-Zeul *
 Dieter Wiefelspütz *
 Franz Wieser
 Petra Wiesner-Holtzmann
 Hans-Otto Wilhelm
 Christian Will
 Dr. Martin Willich
 Dr. Dorothee Wilms *
 Bernd Wilz *
 Brigitte Wimmer
 Hermann Wimmer (Neuötting) *
 Willy Wimmer (Neuss) *
 Heinrich Windelen
 Richard Winkels
 Hermann Winkler
 Dr. Gabriele Wirth
 Bärbel Wischermann
 Hans-Jürgen Wischniewski
 Prof. Dr. Roswitha Wisniewski *

Matthias Wissmann *
 Dr. Hans de With *
 Heinz-Hermann Witte
 Berthold Wittich
 Wolfgang Wittkowsky
 Dr. Fritz Wittmann
 Simon Georg Wittmann
 (Tännesberg) *
 Verena Wohlleben *
 Jürgen Wohlrabe *
 Marie-Luise Woldering
 Hanna Wolf *
 Torsten Wolfram (Göttingen) *
 Agnes Wolf-Hofmann
 Vera Wollenberger *
 Marianne Wonnay
 Michael Wonneberger *
 Dr. Bernhard Worms
 Elke Wülfing *
 Marianne Würdinger
 Uta Würfel *
 Peter Kurt Würzbach *
 Christian Wulff
 Monika Wulf-Mathies

Y

Cornelia Yzer *

Z

Anneliese Zachow
 Uta Zapf *
 Hans Zehetmair
 Wolfgang Zeitlmann *
 Alfons Zeller
 Hermann Zenz
 Fritz Ziegler
 Benno Zierer *
 Dr. Friedrich Zimmermann
 Dr. Ingo Zimmermann
 Wolfgang Zöllner *
 Dr. Christoph Zöpfel *
 Brigitte Zschoche
 Burkhard Zurheide *
 Dr. Theo Zwanziger
 Klaus Zwickel
 Werner Zywiets *

Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Landesparlamenten

Länder	CDU/CSU			SPD			FDP			Bündnis 90/Grüne			PDS			Sonstige			Insgesamt					
	MdB	Kein MdB	insg.	MdB	Kein MdB	insg.	MdB	Kein MdB	insg.	MdB	Kein MdB	insg.	MdB	Kein MdB	insg.	MdB	Kein MdB	insg.	MdB	Kein MdB	insg.			
Baden-Württemberg	39	15	21	75	24	12	14	50	10	2	1	13	-	-	-	-	5	3	8 ¹	73	36	43	152	
Bayern	50	25	36	111	26	11	16	53	9	2	1	12	-	-	-	-	-	-	1	86	39	57	182	
Berlin	12	10	3	25	9	5	4	18	3	2	-	5	1	2	3	3	-	-	-	28	17	11	56	
Brandenburg	8	5	1	14	7	6	4	17	2	-	1	3	2	3	1	3	7	-	-	22	13	9	44	
Bremen	2	2	-	4	3	3	-	6	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	6	5	-	11	
Hamburg	6	4	-	10	6	3	4	13	2	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	14	8	5	27	
Hessen	22	15	4	41	20	13	7	40	6	2	1	9	-	-	-	-	-	-	-	48	32	14	94	
Mecklenburg-Vorpommern	8	4	4	16	4	2	3	9	1	-	1	2	1	-	1	2	1	4	-	16	7	9	32	
Niedersachsen	31	25	3	59	27	13	16	56	7	1	2	10	-	-	-	-	-	-	-	65	40	23	128	
Nordrhein-Westfalen	63	29	24	116	65	41	32	138	17	6	2	25	-	-	-	-	-	-	-	146	80	61	287	
Rheinland-Pfalz	17	12	1	30	13	7	8	28	4	2	-	6	-	-	-	-	-	-	-	34	22	10	66	
Saarland	4	3	-	7	6	3	3	12	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	11	6	3	20	
Sachsen	21	15	10	46	8	4	4	16	5	2	-	7	2	-	2	4	4	-	-	40	25	16	81	
Sachsen-Anhalt	12	8	2	22	6	3	4	13	5	1	1	7	1	-	1	2	2	1	5	26	15	10	51	
Schleswig-Holstein	11	9	-	20	10	7 ³	5	22	3	1	-	4	-	-	-	-	-	-	-	24	18	5	47	
Thüringen	12	8	4	24	5	2	4	11	3	-	2	5	1	-	1	2	2	1	4	-	23	11	12	46
Insgesamt	318	189	113	620	239	135	128	502	79	21	12	112	8	12	23	43	17	8	9	662	374	288	1324	
			302			263				33		35								1			662	
																				13			1324	
																							662	

1 REP
 2 1 Fraktion-unabhängiger Abgeordneter (FUA) und 1 Fraktionsloser
 3 Davon 1 SSW
 4 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Stenographischer Bericht

Bonn, Dienstag, den 23. Mai 1994¹⁾

Beginn: 11.00 Uhr

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 10. Bundesversammlung zur Wahl des siebten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie alle herzlich willkommen.

Ich begrüße die Mitglieder der Bundesversammlung, unter ihnen Bundeskanzler Helmut Kohl,

(Beifall)

die Mitglieder der Bundesregierung, die Ministerpräsidenten, Minister und Senatoren der Bundesländer.

Lassen Sie mich aus den Reihen der Parlamentarier zwei Mitglieder besonders ansprechen: Josef Felder, den einzigen ehemaligen Reichstagsabgeordneten,

(Beifall)

und Richard Stücklen, als einziger seit 1949 bei allen Bundesversammlungen dabei.

(Beifall)

Ein herzliches Willkommen gilt auch den Mitgliedern des Bundestages und der 16 Landtage sowie den Einzelpersonlichkeiten aus dem politischen, kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Leben.

Mit ganz besonderer Freude begrüße ich alle Mitglieder aus den neuen Bundesländern, unter ihnen viele, die aktiv dazu beigetragen haben, daß wir heute den Präsidenten im vereinten Deutschland wählen können.

(Beifall)

Den Botschaftern und Angehörigen ausländischer Missionen danke ich für ihr Kom-

men. Wir freuen uns, daß Sie an diesem Ereignis hohes Interesse haben.

Mein Willkommen gilt den zahlreichen Gästen, die unserer Einladung gefolgt sind, und ich schließe all jene ein, die diese Wahl an den Rundfunk- und Fernsehgeräten verfolgen.

Von dieser Stelle aus möchte ich unserem Bundespräsidenten, Richard von Weizsäcker, und seiner Frau Marianne von Weizsäcker unsere herzlichsten Grüße in den Berliner Amtssitz übermitteln

(Beifall)

und ihnen danken für ihren hohen Einsatz, für die von uns allen hochgeachtete Arbeit für unser Land.

(Beifall)

Heute sind wir hier zusammengekommen, um zum ersten Mal nach der Vereinigung Deutschlands den Bundespräsidenten aller Deutschen zu wählen. Das ist ein Ereignis, das uns besonders bewegt.

Pfingsten und Verfassungstag – welcher geeigneteren Tag könnte es für die Wahl unseres Bundespräsidenten geben? Das ist ein Tag der Demokratie. In diesem **Reichstagsgebäude**, das in diesem Jahr 100 Jahre alt wird, wird zum ersten Mal in unserer parlamentarischen Geschichte der Bundespräsident aller Deutschen im ungeteilten Berlin und geeinten Deutschland gewählt.

(Beifall)

Die Feinde und Gegner der Weimarer Republik wollten, daß dieses Haus nie wieder ein Haus der Demokratie sein sollte. Sie haben alles Parlamentarische verhöhnt, geschmäht und vernichtet. Und genau an diesem Ort nehmen

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 12. Wahlperiode. Stenographischer Bericht. Bd. 175, S. 3-16.

wir Parlamentarier aus Bund und Ländern gemeinsam mit weiteren Bürgerinnen und Bürgern aus der Mitte unseres Volkes diese Wahl vor. Der Parlamentarische Rat hatte sich nach intensiver Debatte für eine betont parlamentarische Ausrichtung des Wahlverfahrens, für die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung, entschieden.

Nach 1949 haben Parlament und Regierung die Wahl des Bundespräsidenten viermal in Berlin durchgesetzt, um sich zu dieser Stadt und zur Einheit Deutschlands zu bekennen, zuletzt 1969. Danach war es politisch nicht mehr durchsetzbar. Die Bundesversammlung durfte nach dem Viermächteabkommen nicht mehr in Berlin zusammentreten. Inzwischen hat sich viel verändert. Heute sind die Gegner von damals längst auf dem Weg zur Partnerschaft. Wir sind vereint, friedlich, mit der Zustimmung aller unserer Nachbarn.

Wäre uns am 23. Mai 1989 bei der damaligen Wahl des Bundespräsidenten in Bonn gesagt worden, den nächsten Bundespräsidenten wählen wir im Reichstagsgebäude im freien und geeinten Berlin, wer von uns hätte das geglaubt?

Aber noch im selben Jahr, unweit von diesem Ort, fiel am Abend des 9. November 1989 die Mauer, Jahrzehnte Inbegriff von Trennung und Leid. An dieser Stelle, vor und in diesem Haus durften wir in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 die **deutsche Einheit** feiern. Ein Traum hat sich erfüllt.

Und heute, am 23. Mai 1994, erleben wir hier die erste gesamtdeutsche Wahl des Bundespräsidenten, an der unsere Bürgerinnen und Bürger engagiert Anteil nehmen. Das Amt des Bundespräsidenten bedeutet ihnen sehr viel. Sie verbinden mit ihm hohe Erwartungen, weil es – wie unser Bundespräsident in diesen Tagen selbst noch einmal gesagt hat – ein unabhängiges, ein überparteiliches, aber keineswegs ein unpolitisches Amt ist.

Im heutigen Wahlvorgang drückt sich auch unser Staats- und Demokratieverständnis aus. Wir sind jetzt wieder ein Volk, das gemeinsam seinen Präsidenten und ersten Bürger bzw. erste Bürgerin des Staates wählt.

Keiner kann sich in unserem Land für dieses Amt selbst vorschlagen. Stellvertretend für das ganze Volk vergibt die Bundesversammlung dieses Amt an eine Frau oder einen Mann. Darin liegt die demokratische Legitimation.

Alle Bundespräsidenten haben dieses Amt auf ihre ganz persönliche, unverwechselbare Art nach innen und nach außen wahrgenommen. Wir wollten uns stets mit unseren Präsidenten identifizieren, wünschten uns gleichzeitig, daß sie Maßstäbe setzen und Orientierung geben.

Der Präsident oder die Präsidentin soll einer von uns sein und doch zugleich herausgehoben, ein wachsamer und kritischer Präsident, der dazu beiträgt, unsere Vision vom einigen und glücklichen Deutschland in einem größer gewordenen und geeinten Europa mehr und mehr zu verwirklichen. Diese Aufgabe ist in den letzten Jahren nicht einfacher geworden, aber auch nicht weniger lohnend.

Wir haben gegenwärtig häufig ein zu großes Auge für das noch nicht Erreichte und oftmals einen zu kleinen Blick für das Außergewöhnliche, das bereits im Einigungsprozeß geleistet wurde. In diesem schwierigen Prozeß des Zusammenwachsens schwanken wir bisweilen heftig zwischen Selbstvertrauen und Selbstzweifeln, zwischen Zuversicht und Kleinmut.

Sind wir uns eigentlich bewußt, was seit 1989 in Deutschland erreicht und geschaffen wurde? Empfinden wir noch die menschliche Nähe und Dankbarkeit, wie wir sie in Berlin und überall in Deutschland im November und Dezember 1989 erlebt haben? Machen wir uns doch gerade an einem Tag wie heute wieder bewußt, was die Menschen in der

ehemaligen DDR errungen, was uns gemeinsam geschenkt und als Auftrag verpflichtend in unsere Hände gelegt wurde!

Es sind nicht anonyme Mächte, sondern Menschen, die Geschichte machen, festgefahrene Zustände verändern, neue Realitäten formen. Nichts geschieht von selbst, nach vorgegebenen Eigengesetzlichkeiten, sondern durch bewußtes oder spontanes Tun, durch Mut und Tatkraft, Vertrauen zur Zukunft, durch Entschlossenheit, den Geist der Erneuerung durchzuhalten, auch in schwierigen Tagen.

Die Wiedervereinigung haben wir vielen zu verdanken. Dazu bedurfte es neuen Denkens, ungewöhnlich mutiger und zukunftsbezogener Entscheidungen. Ohne Politiker wie Michail Gorbatschow, George Bush, Helmut Kohl und ihre politischen Mitstreiter könnten wir uns heute hier nicht versammeln.

(Beifall)

Politische Einheit ist noch nicht Einigkeit im Innern. Das erfordert weitere Anstrengungen und viel Geduld. Leider sind wir modernen Menschen großen Aufgaben gegenüber oftmals viel zu hastig. Wir bilden uns ein, morgens einen Apfelbaum zu pflanzen lohne sich nur, wenn wir abends bereits die ersten Äpfel ernten können. Diese Ungeduld müssen wir in uns bekämpfen. Sonst werden wir nach und nach unfähig für die zeitaufwendigen notwendigen großen Projekte und müssen unsere Hast mit Rückschritt bezahlen.

Wir sollten auch bedenken, daß die **innere Einheit Deutschlands** zuallererst etwas Menschliches ist, dann erst etwas Nationales. Sie muß sich zuerst im einzelnen, im Persönlichen ereignen, von ihm ausgehen, muß sich in Offenheit und Zuwendung, in Achtung und Beachtung des anderen, in menschlicher Wärme ausdrücken.

Wir wissen aber auch, daß nur der menschlich und somit auch frei leben kann, der sich vor Gewalttätigkeit anderer nicht fürchten

muß und der selbst jede Neigung zur Gewalt aus sich verbannt und nicht wegschaut, wenn andere Gewalt anwenden.

(Beifall)

Polizei und Justiz allein reichen für die wehrhafte Demokratie nicht aus. Unverzichtbar sind wache und aktive Demokraten. Mit Intoleranz und Gewalttätigkeit, mit Menschenverachtung kann nur zerstört, nichts aufgebaut werden.

Innere Einheit kann nicht wachsen, wo Menschlichkeit verletzt wird, wo sich Gewalttätigkeit ausbreitet, gleich gegen wen: Ausländer, Behinderte, Alte oder Obdachlose. Dort, wo Brutalität und Unmenschlichkeit wüten, kann unser Deutschland nicht sein.

(Beifall)

In dieser Demokratie ist kein Platz für Gewalt und Gewalttäter. Es ist Platz für konstruktive Kritik und Kreativität. Es ist Platz für Mitarbeit und Zivilcourage.

Wir brauchen freie und verantwortungsbeußte Menschen, selbständig denkend, mutig und Mut machend, wache und aufmerksame Bürger und Bürgerinnen, sensibel für Probleme und Schicksale, die Menschenwürde achtend und so unsere Verfassung lebend.

Nicht Verfassungsorgane, sondern nur Menschen können die Grundwerte der Demokratie lebendig erhalten – Menschen, die in unserer Zeit stehen, die Zugang haben zu Hoffnungen und Ängsten, Stärken und Schwächen, Freude und Verdruß.

Nichts braucht soviel Anstrengung und harte Arbeit wie die gelebte Demokratie. Sie muß unbeugsam sein und verlangt tägliche Einübung in unseren Familien, in der Erziehung, in Schulen und Universitäten, in den Betrieben – an jedem Ort, in dem wir miteinander leben.

Die Präsidentin oder der Präsident, den wir heute wählen, soll uns dabei unterstützen, un-

sere Kräfte für dieses Ziel einzusetzen, soll unseren Glauben an eine menschlich lebenswerte Zukunft stärken, ja beflügeln, ohne dabei über das hinwegzusehen, was uns schadet und schwächt: Selbstüberschätzung und Egoismus. Beide sind noch längst nicht besiegt.

Wenn wir uns selbst genug abverlangen, fest an uns glauben, einander wechselseitig bestärken, wenn wir aus der bisher begonnenen und geleisteten Erneuerung und Verwandlung unseres Landes Zuversicht schöpfen, dann ist das das Beste, womit wir den von uns Gewählten in seinem hohen Amt begleiten und unterstützen können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur **Konstituierung** der 10. Bundesversammlung. Die Bundesversammlung besteht aus 662 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Zahl von Mitgliedern, die von den Länderparlamenten gewählt worden sind. Die Präsidentinnen und Präsidenten der Länderparlamente haben mir mitgeteilt, daß die 662 Mitglieder aus den Ländern rechtmäßig gewählt wurden.

Nach § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung findet die Geschäftsordnung des Bundestages auf den Geschäftsgang der Bundesversammlung sinngemäß Anwendung, sofern sich die Bundesversammlung nicht eine eigene Geschäftsordnung gibt. Das Mitglied der Bundesversammlung Dr. Rolf Schlierer hat sich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

Ich erteile das Wort für fünf Minuten. Bitte sprechen Sie vom Saalmikrofon.

Dr. Rolf Schlierer (Republikaner): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens meiner Gruppe beantrage ich gemäß § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten, dieser 10. Bundesversammlung folgende Geschäftsordnung zu geben:

§ 1

Den zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten wird gestattet, sich der Bundesversammlung vorzustellen.

§2

Im übrigen finden die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages Anwendung.

Ich will dies kurz begründen.

Erstens glaube ich, daß man den Wahlfrauen und Wahlmännern dieser Bundesversammlung die Gelegenheit geben sollte, sich aus eigener Erfahrung und Ansicht ein Bild von den Kandidaten zu machen und sich nicht nur über die Medien informieren zu müssen.

Zum zweiten, meine Damen und Herren, glaube ich, daß es der Chancengerechtigkeit aller Kandidaten entspricht, wenn sie sich hier vorstellen können. Ich möchte dem von uns vorgeschlagenen Kandidaten Hans Hirzel, dem vom Volksgerichtshof unter Freisler verurteilten Mitglied der Weißen Rose, die Möglichkeit geben, sich Ihnen hier heute vorzustellen. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

(Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Dr. Rita Süsmuth: Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag gehört. Sie wissen, daß ich kraft Amtes verpflichtet bin, auf Art. 54 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes hinzuweisen, das uns alle bindet. Danach findet die Wahl des Bundespräsidenten ohne Aussprache statt. Deswegen komme ich unmittelbar zur Abstimmung.

Wenn jemand der Meinung ist, daß diesem Antrag stattgegeben werden soll, möge er das Handzeichen geben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Deshalb findet, wie das Gesetz es vorsieht, die Geschäftsordnung des Bundestages sinn-

gemäß Anwendung. – Ich stelle fest: Die Bundesversammlung ist damit einverstanden.

Zur Beschlußfähigkeit der Bundesversammlung ist die Anwesenheit von mindestens 663 Mitgliedern erforderlich. Das ist offensichtlich der Fall. Die Bundesversammlung ist also beschlußfähig.

Als Schriftführer und Schriftführerinnen schlage ich Ihnen die 35 Abgeordneten vor, die auch im Deutschen Bundestag diese Aufgabe wahrnehmen. Es sind dies die Abgeordneten Brigitte Adler, Monika Brudlewsky, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Gertrud Dempwolf, Maria Eichhorn, Anke Eymer, Hans-Joachim Fuchtel, Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink, Horst Friedrich (Bayreuth), Elisabeth Grochtmann, Dr. Sigrid Hoth, Karin Jeltsch, Franz Heinrich Krey, Uwe Lambinus, Dr. Dietrich Mahlo, Alfons Müller (Wesseling), Dr. Rolf Niese, Doris Oden Dahl, Dr. Hermann Pohler, Rosemarie Priebus, Hans Raidel, Bernd Reuter, Ortrun Schätzle, Heinz Schemken, Trudi Schmidt (Spiesen), Regina Schmidt-Zadel, Bodo Seidenthal, Lisa Seuster, Wieland Sorge, Antje-Marie Steen, Joachim Tappe, Dr. Cornelia von Teichman, Hans-Günther Toetemeyer, Verena Wohlleben und Benno Zierer. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann ist das so beschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer Franz Heinrich Krey und Uwe Lambinus, neben mir Platz zu nehmen.

Die 10. Bundesversammlung ist damit konstituiert.

Meine Damen und Herren, bis gestern lagen folgende **Vorschläge** für die Wahl zum Bundespräsidenten vor, die ich in alphabetischer Reihenfolge bekanntgebe.

Frau Staatsministerin a. D. **Dr. Hildegard Hamm-Brücher.**

(Beifall)

Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts Professor **Dr. Roman Herzog.**

(Beifall)

Herr Ministerpräsident **Dr. Johannes Rau.**

(Beifall)

Herr Professor **Dr. Jens Reich.**

(Beifall)

Gestern abend spät: Herr **Hans Hirzel.**

(Vereinzelt Beifall)

Das sind die Namen der Kandidaten.

Die Vorgeschlagenen haben gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten schriftlich ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt. Im Namen des Sitzungsvorstandes stelle ich fest, daß die Wahlvorschläge den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

Meine Damen und Herren, ich bitte nunmehr um Ihre Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum **Wahlverfahren**. Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist zum Bundespräsidenten gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, d. h. wer mindestens 663 Stimmen auf sich vereinigt.

§ 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten sieht vor, daß mit verdeckten amtlichen Stimmkarten gewählt wird. Die Wahl ist deshalb gemäß § 49 unserer Geschäftsordnung geheim.

Ich weise darauf hin, daß Sie Ihre Stimmkarte in einer der Wahlkabinen hinter mir in der Westhalle ankreuzen und in der Wahlkabine auch in den Wahlumschlag legen müssen. Die Schriftführer sind verpflichtet, Mitglieder der Bundesversammlung zurückzuweisen, die ihre Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder außerhalb der Wahlkabine in den Wahlumschlag gelegt haben. In diesem Fall kann die Wahl jedoch vorschriftsmäßig wiederholt werden.

Stimmkarten mit mehr als einem Kreuz oder sonstigen Zusätzen sind ungültig. Das

gleiche gilt für Stimmkarten, die überhaupt nicht angekreuzt sind oder auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten.

Die Schriftführer zu meiner Rechten und zu meiner Linken werden gleich die Namen nach dem Alphabet aufrufen. Nachgerückte Mitglieder, die nicht mehr im Namensverzeichnis alphabetisch aufgeführt werden konnten, werden zum Schluß aufgerufen.

Verfolgen Sie bitte den Namensaufruf und begeben Sie sich erst in die Westhalle, wenn der Aufruf Ihres Namens unmittelbar bevorsteht. Die Schriftführer händigen Ihnen an den Ausgabebischen in der Westhalle Ihre Stimmkarte nur in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Aufruf Ihres Namens aus. Für die Ausgabe der Stimmkarte halten Sie bitte Ihren weißen Wahlausweis bereit.

Nachdem Sie die Stimmkarte ausgefüllt haben, kommen Sie bitte in den Plenarsaal zurück und werfen dann Ihre Stimmkarte im Umschlag in eine der hier rechts und links von mir aufgestellten Wahlurnen.

Den weißen Wahlausweis übergeben Sie bitte den Schriftführern an den Wahlurnen. Dadurch wird Ihre Teilnahme an der Wahl nachgewiesen.

Ich eröffne nunmehr die Wahl und bitte die Schriftführer, die Plätze an den Tischen zur Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen einzunehmen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Vo r s i t z : Vizepräsident Helmuth Becker)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, haben alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben? – Nein. Dann bitte ich Sie, das zu tun.

Meine Damen und Herren, ich frage noch einmal: Haben alle Mitglieder der Bundesver-

sammlung ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Sitzung wird während der Auszählung nicht unterbrochen.

Ich will Sie noch auf folgendes aufmerksam machen: Die Auszählung wird etwa 30 bis 40 Minuten dauern. Wenn das Ergebnis bekanntgegeben ist, werden wir uns überlegen müssen, ob die Sitzung möglicherweise unterbrochen wird. Ich bitte deswegen alle, im Saal zu bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Damen und Herren Schriftführer haben außerordentlich schnell und korrekt gearbeitet.

(Beifall)

Das Ergebnis liegt vor. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

(Vo r s i t z : Präsidentin Dr. Rita Süßmuth)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Meine Damen und Herren! Ich weiß, Sie sind bis aufs äußerste gespannt. Trotzdem habe ich noch etwas nachzuholen. Nichts läuft fehlerfrei.

Ich möchte ganz herzlich in unserer Mitte den Alt-Bundespräsidenten Walter Scheel

(Beifall)

und den Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt begrüßen.

(Beifall)

Nun komme ich zu dem Ergebnis des ersten Wahlgangs: Abgegebene Stimmen 1319, ungültige Stimmen 2, gültige Stimmen 1317, Enthaltungen 2.

Es entfallen auf Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher 132 Stimmen,

(Beifall)

Herrn Roman Herzog 604 Stimmen,

(Beifall)

Herrn Hans Hirzel 12 Stimmen,

(Vereinzelt Beifall)

Herrn Johannes Rau 505 Stimmen

(Beifall)

und Herrn Jens Reich 62 Stimmen.

(Beifall)

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, d.h. wer mindestens 663 Stimmen auf sich vereinigt. Das ist bisher nicht erreicht.

Mir liegt vor ein Wunsch, daß nach diesem Ergebnis bis 14.00 Uhr eine Unterbrechung stattfindet. Bitte begeben Sie sich in Ihre Fraktionssäle.

(Unterbrechung: 13.01 bis 14.00 Uhr)

Vizepräsident Hans Klein: Die unterbrochene Sitzung ist wiedereröffnet.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in den zweiten Wahlgang ein. Auch im zweiten Wahlgang sind für die Wahl des Bundespräsidenten die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erforderlich, also 663 Stimmen.

Mir ist mitgeteilt worden, daß Herr Professor **Reich** für den zweiten Wahlgang nicht mehr zur Verfügung steht.

Es stehen demnach folgende Kandidaten zur Wahl:

Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher,

(Beifall)

Herr Professor Dr. Roman Herzog,

(Beifall)

Herr Hans Hirzel,

(Vereinzelt Beifall)

Herr Ministerpräsident Johannes Rau.

(Beifall)

Die moderne Technik hat es uns erlaubt, sofort neue Stimmkarten mit den Namen der jetzt zur Wahl stehenden Kandidaten herzustellen.

Das Wahlverfahren ist bekannt. Auch der zweite Wahlgang erfolgt per Namensaufruf. Für die Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen halten Sie dieses Mal bitte Ihren blauen Wahlausweis bereit. Verfolgen Sie bitte wieder den Namensaufruf und begeben Sie sich erst in die Westhalle, wenn der Aufruf Ihres Namens unmittelbar bevorsteht. Die Schriftführer händigen Ihnen an den Ausgabebüscheln in der Westhalle Ihre Stimmkarte nur in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Aufruf Ihres Namens aus.

Meine Damen und Herren, mein Hinweis auf die moderne Technik war eine Spur zu optimistisch. Es wird noch wenige Minuten dauern, bis die neugedruckten Stimmkarten vorliegen. Sobald ich diese Meldung erhalte, beginnen wir dann mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf)

Haben alle Mitglieder des Hauses ihre Stimme abgegeben? – Offenbar haben alle ihre Stimme abgegeben. Dann schließe ich die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir werden die Sitzung während der Auszählung nicht unterbrechen.

(V o r s i t z :

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Meine Damen und Herren! Ich möchte das Ergebnis des zweiten Wahlgangs zur Wahl des Bundespräsidenten bekanntgeben. Abgegebene Stimmen: 1319, ungültige Stimmen: 1, gültige Stimmen: 1318.

Es entfielen auf Frau Hildegard Hamm-Brücher 126 Stimmen und auf Herrn Roman Herzog 622 Stimmen,

(Beifall)

Herr Hans Hirzel erhielt 11 Stimmen

(Vereinzelt Beifall)

und Herr Johannes Rau 559 Stimmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit ist die erforderliche Mehrheit nicht erreicht. Die Fraktionen haben mir mitgeteilt, daß sie nunmehr eine Unterbrechung der Sitzung wünschen. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, daß in 90 Minuten

(Zurufe)

die Bundesversammlung wieder zusammentritt.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von 15.22 Uhr bis
17.01 Uhr)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Meine sehr geehrten Herren und Damen, die unterbrochene Sitzung ist wiedereröffnet.

Wir werden jetzt den dritten Wahlgang durchführen. Im dritten Wahlgang ist nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes zum Bundespräsidenten gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

Mir ist mitgeteilt worden, daß Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher für den dritten Wahlgang nicht mehr zur Verfügung steht. Deshalb stellen sich jetzt zur Wahl: Herr Professor Dr. Roman Herzog, Herr Hans Hirzel und Herr Ministerpräsident Johannes Rau.

Die Stimmkarten sind bereits gedruckt. Wir können also beginnen.

Ich habe noch eine ganz herzliche Bitte: Sie erleichtern die Arbeit derer, die die Stimmen auszählen haben, deutlich, wenn Sie den Umschlag mit Ihrer Stimmkarte nicht zukleben.

(Heiterkeit)

Es tut mir leid, Ihnen das sagen zu müssen. Es ist aber so, daß die jetzt in zwei

Wahlgängen in erheblicher Zahl zugeklebt worden sind.

Das Verfahren zur Wahl ist in der Zwischenzeit bekannt. Auch der dritte Wahlgang findet mit Namensaufruf statt. Für die Ausgabe der Stimmkarte und an den Wahlurnen halten Sie dieses Mal bitte Ihren gelben Wahlausweis bereit.

Ich eröffne nunmehr die Wahl und bitte die Schriftführer, die Plätze an den Tischen zur Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen einzunehmen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Darf ich fragen, ob alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben haben. – Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Sitzung wird während der Auszählung nicht unterbrochen. Wir können davon ausgehen, daß spätestens in 30 Minuten die Auszählung abgeschlossen sein wird.

(V o r s i t z : Präsidentin Dr. Rita Süßmuth)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Meine Damen und Herren! Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Abgegebene Stimmen: 1320, ungültige Stimmen: 1, gültige Stimmen: 1319, Enthaltungen: 7. Es entfallen auf Herrn Roman Herzog 696 Stimmen,

(Anhaltender Beifall)

auf Herrn Hans Hirzel 11 Stimmen und auf Herrn Johannes Rau 605 Stimmen.

(Anhaltender Beifall)

Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist im dritten Wahlgang zum Bundespräsidenten gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Herr Roman Herzog ist somit zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Nach dem Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten habe ich die Aufgabe und Pflicht, den Gewählten mitzuteilen und ihn zu fragen, ob er die Wahl annimmt.

Ich bitte Sie, Herr Professor Herzog, sich zu mir zu begeben und mir darauf zu antworten. – Herr Professor Dr. Roman Herzog, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Roman Herzog: Ja, Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an.

(Anhaltender Beifall)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist eine bewegende Stunde für mich. Es ist in den letzten Tagen immer wieder daran erinnert worden, wie sich die letzte Bundespräsidentenwahl, die hier in Berlin im Reichstag stattgefunden hat, im März 1969 abgespielt hat.

Vielleicht wissen es viele von Ihnen nicht: In dieser Zeit waren meine Frau und ich Bürger von West-Berlin. Wir haben miterlebt, wie damals die Regierung der DDR – für einige Stunden wenigstens, aber niemand wußte, wie lange es dauern würde – die Zufahrtswege zu Lande abgesperrt hat. Wir haben es nie für möglich gehalten, daß eine solche Stunde wie diese noch zu unseren Lebzeiten möglich sein würde. Es ist ein Wunder, das wir erleben, und wir sind Ihnen allen – vor allem ich –, Ihnen allen, denen, die mich jetzt gewählt haben, und denen, die mich nicht wählen konnten, herzlich dafür dankbar, daß das möglich geworden ist. Ich sage es bewußt auch an diejenigen, die mir ihre Stimme aus guten Gründen nicht geben konnten. Ich werde mich bemühen, das Amt so zu führen, daß sie es am Ende bereuen, mich nicht gewählt zu haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Lassen Sie mich ein Wort an meine Mitbewerber richten. Wir sind über viele Monate viel in unserem Kreis gewesen; wir haben immer wieder untereinander Kontakte gehabt;

Es war ein gutes Verhältnis. Ich will nicht behaupten, daß ich die Mehrheit nicht hätte bekommen wollen, aber ich hätte sie jedem von den drei anderen gegönnt. Das ist jetzt keine Attitüde; das meine ich wirklich so. Ich bedanke mich auch für die Art, wie wir in den letzten Monaten miteinander umgehen konnten. Ich glaube schon, das war ein gutes Stück Demokratie, wie wir es vorgemacht haben. Es ist nie verkehrt, wenn das in einem Staat wie unserem so läuft.

Meinen herzlichen Dank, meinen Respekt für Sie alle.

Ich werde alles daransetzen – obwohl das nur eine Formel ist, wie Sie wissen –, der Bundespräsident aller Deutschen zu sein.

(Beifall)

Es gibt in unserem Staat, es gibt in unserer Gesellschaft viele Grenzen, die zwischen uns hindurchgehen, Grenzen der Überzeugung, Grenzen der Landsmannschaft, Grenzen der historischen Erfahrung, Grenzen auch des ökonomischen Interesses. Aber, meine Damen und Herren, es gibt unendlich viel, was uns allen gemeinsam ist, was in dem Streit der Parteien, in dem Streit der großen Verbände so nicht immer deutlich wird, was aber deutlich sein muß, damit dieser Staat und diese freiheitliche Gesellschaft fortexistieren und handlungsfähig sein können. Ich werde alles daransetzen, dieses Einende, das, was uns alle in diesem Saale hier und die von uns Vertretenen einig macht, zu betonen.

Unser Weg in die Zukunft ist unsicherer, als er es noch vor fünf oder zehn Jahren war. Die Zukunft, in die wir hineingehen, ist schwierig; sie ist nicht ohne weiteres mehr kalkulierbar, so wie das einige Jahrzehnte in der Vergangenheit war. Aber, meine Damen und Herren, wir Deutschen haben die Kraft, wir Europäer haben die Kraft, diesen Weg zu finden und diesen Weg dann auch zu gehen. Daran sollten wir nie zweifeln, und das sollten wir auch nie verschweigen. Es gehört zu

unserem Leben dazu. Hätten wir diese Hoffnung nicht mehr, dann könnten wir den Weg, der vor uns liegt, auch nicht gehen.

Das sage ich insbesondere in die Irritationen hinein, die sich heute aus den Schwierigkeiten im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung ergeben. Ich sage es den Bürgern der früheren Bundesrepublik, die jetzt viele Opfer bringen müssen. Meine Damen und Herren, ich kann es Ihnen nicht ersparen, immer wieder zu sagen: Das ist der Ausgleich für eine Ungerechtigkeit der Weltgeschichte, die durch Zufall an der Elbgränze gelegt worden ist.

(Beifall)

Diesseits und jenseits der alten Mauer haben Deutsche gelebt. Diesseits und jenseits der alten Mauer haben fleißige, phantasievolle, kreative Menschen gelebt. Die einen sind schneller vorangekommen, die anderen nicht. Die einen sind deswegen vorangekommen, weil ihnen die Amerikaner geholfen haben, die wir in dieser Stunde nicht vergessen wollen,

(Beifall)

und weil sie ein politisches System hatten, das die Früchte ihres Fleißes gefördert, nicht immer wieder zunichte gemacht und gehindert hat. Das ist eine Ungerechtigkeit der Geschichte gewesen. Diejenigen, die im Rahmen dieser Ungerechtigkeit bevorzugt waren, haben die moralische Pflicht, jetzt den Ausgleich zu schaffen. Ich sage den Menschen in den neuen Bundesländern: Sie müssen begreifen, daß Sie für uns keine Last, sondern daß Sie für uns ein Gewinn sind.

(Beifall)

Sie bringen unendlich viel an Erfahrungen ein, die wir im Westen nicht hatten, in einer ganz anderen Welt, in der vieles auch humaner als bei uns gewesen ist, in der vieles ganz anders war. Sie bringen Erfahrungen aus Ihrem beruflichen Bereich ein. Da liegen

Schätze brach, die wieder gehoben werden müssen und auf die sich diese Menschen stützen und verlassen können. Wir müssen froh sein – ich bin froh –, daß sie wieder bei uns sind.

(Beifall)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich will Deutschland in den nächsten fünf Jahren so repräsentieren, wie dieses Deutschland wirklich ist: friedliebend, freiheitsliebend, leistungsstark, um Gerechtigkeit zumindest bemüht, zur Solidarität bereit, tolerant, weltoffen und – was mir fast das Wichtigste erscheint – unverkrampft.

(Beifall)

Wir Deutschen waren nicht immer unverkrampft; das wird man nicht behaupten können. Wir haben es einigermaßen geschafft, die Verkrampfung der späten Nation abzulegen. Meine größte Sorge ist heute, daß das wieder eintreten könnte. Dem müssen wir – vielleicht auch durch manche Eleganz in der Formulierung, durch manches lockere Wort – entgegenwirken. Dieses Deutschland muß in der Welt seine Rolle spielen, aber unverkrampft und ohne gefletschte Zähne. Das ist das Allerwichtigste, was wir in diese nächsten Jahrzehnte hineinbringen müssen.

So wie ich mit einer persönlichen Remineszenz begonnen habe, will ich auch mit einer persönlichen Remineszenz zum Ende kommen: Ich habe vor fast 30 Jahren in dieser Stadt, in West-Berlin, wie es damals hieß, meine berufliche Laufbahn begonnen. Ich bin dann 25 Jahre unterwegs gewesen. Jetzt hat mich Ihr Votum wieder in diese Stadt, die zu lieben ich nie aufgehört habe, zurückgeholt.

Ich bedanke mich bei Ihnen. – Berlin, ich bin wieder hier!

(Anhaltender Beifall)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Meine Damen und Herren, die Eidesleistung des neuen Bundespräsidenten wird nach der Vor-

schrift des Grundgesetzes vor den versammelten Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates erfolgen, und zwar am 1. Juli 1994 hier in Berlin, im Reichstagsgebäude.

Bevor ich die Bundesversammlung schließe, möchte ich allen Kandidaten, die sich zur Verfügung gestellt, die hier mitgewirkt haben, ganz herzlich im Namen der Bundesversammlung danken. Ich danke darüber hinaus allen Schriftführern, daß sie zu einem zügigen und so erfolgreichen Ablauf beigetragen haben.

(Beifall)

In diesen Dank möchte ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung sowie der Berliner Polizei einbeziehen.

(Beifall)

Herzlich möchte ich auch der Familie Professor Kleinschroth danken, die hier im Saale auf der Bundesratsbank gleich das Deutschlandlied intonieren wird. Ich danke den jungen Musikern des Canisius-Kollegs in Berlin-Tiergarten und der Erich-Höppner-Oberschule in Berlin-Charlottenburg, die im Anschluß an die Bundesversammlung in der Osthalle spielen werden. In ihrer aller Namen gilt mein Dank schließlich dem Thomanerchor aus Leipzig, der unter Leitung seines Kantors, Professor Georg Christoph Biller, in der Osthalle gleich den neugewählten Bundespräsidenten und Sie alle musikalisch begrüßen möchte.

Wir singen nun unser Nationallied, „Einigkeit und Recht und Freiheit“.

(Nationalhymne)

Meine Damen und Herren, ich erkläre die Bundesversammlung für beendet und wünsche uns jetzt noch ein gutes Beisammensein beim Empfang.

(Beifall)

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1994

Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Roman Herzog

Deutscher Bundestag, 239. Sitzung, zugleich 671. Sitzung des Bundesrates, Berlin, den 1. Juli 1994¹⁾
(Auszug)

Präsidentin Dr. Rita Süsmuth: [...]

Meine Damen und Herren, am 23. Mai dieses Jahres hat die Bundesversammlung Herrn Professor Dr. Roman Herzog zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Herr Roman Herzog hat vor der Bundesversammlung diese Wahl angenommen und mit dem heutigen Tag das Amt des Bundespräsidenten angetreten.

Nach Art. 56 des Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates den vorgeschriebenen Eid. Ich bitte Sie, Herr Bundespräsident – und ich bitte den Herrn Präsidenten des Bundesrates –, zu mir zu kommen, um den Eid zu leisten.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herr Bundespräsident, ich übergebe Ihnen das Original des Grundgesetzes und bitte Sie, den Eid zu sprechen.

Bundespräsident Dr. Roman Herzog: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe!

Präsidentin Dr. Rita Süsmuth: Herr Bundespräsident, Sie haben den Eid geleistet. Ich möchte Ihnen im Namen aller hier Versammelten Glück wünschen. Alles Gute, Gottes Segen und eine erfolgreiche Hand in diesem Amt für unser Land!

Bundespräsident Dr. Roman Herzog:

Danke schön.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Rita Süsmuth: Das Wort hat der Herr Bundespräsident.

Bundespräsident Dr. Roman Herzog: Frau Präsidentin des Deutschen Bundestages! Herr Präsident des Bundesrates! Herr Bundespräsident von Weizsäcker! Verehrte Frau von Weizsäcker! Herr Bundeskanzler! Frau Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts! Meine Damen und Herren! Vor allem möchte ich mich bei ihnen, Frau Präsidentin des Deutschen Bundestages, und bei Ihnen, Herr Bundespräsident von Weizsäcker, aufs herzlichste für die guten Wünsche bedanken, die Sie mir soeben ausgesprochen haben.

In Stunden wie dieser wendet sich der Blick fast automatisch zurück, vor allem natürlich auf die Gestalten der bisherigen Bundespräsidenten, die alle, jeder auf seine Weise, unserem Staat in eindrucksvoller Weise gedient und dem Amt des **Bundespräsidenten** ihren jeweils ganz besonderen Charakter aufgeprägt haben: **Theodor Heuss, Heinrich Lübke, Gustav Heinemann, Walter Scheel, Karl Carstens, Richard von Weizsäcker.**

Ich will nicht alle diese Männer vor dieser hohen Versammlung zu würdigen versuchen. Ihnen aber, verehrter Herr von Weizsäcker, gilt mein ganz besonderer Dank und mein Respekt, und man kann es in diesen Tagen ja mit Händen greifen: Es ist der Dank und der Respekt aller Deutschen, der sich mit dem meinen verbindet und den ich – gewissermaßen erstmals in meiner neuen Funktion – nur brennglasartig zusammenzufassen und auszudrücken brauche.

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 12. Wahlperiode. Stenographischer Bericht. Bd. 175, S. 21147-21161.

Zehn Jahre lang haben Sie das Amt des Bundespräsidenten – zusammen mit Ihrer Frau, die ich in diese Danksagung gleich mit einbeziehen möchte – in bewunderungswürdiger und unnachahmlicher Weise geführt. Sie haben zuerst die alte Bundesrepublik und sodann das wiedervereinigte Deutschland in der Welt so repräsentiert, wie es heute ist und wie es repräsentiert zu werden verdient. Sie haben den Deutschen in Ost und West Weg und Richtung gewiesen, Sie sind Vorbild für viele gewesen, und Sie sind nicht müde geworden, dort, wo es Ihnen nötig erschien, auch deutliche Kritik zu üben und zu mahnen. Das ist Aufgabe und Recht jedes guten Bundespräsidenten, und Sie sind beidem in wahrhaft glanzvoller Weise gerecht geworden. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Bundespräsident hat keine Regierungserklärungen abzugeben, am allerwenigsten am Tage seines Amtsantritts. Er braucht nicht alle Probleme zu erwähnen, die im Augenblick seines Amtsantritts vorhanden sind,

(Beifall)

und er braucht sie auch nicht gleich noch einer Lösung zuzuführen. Aus der Tatsache, daß er das eine oder andere Problem, die eine oder andere Institution nicht erwähnt, darf noch weniger als bei einer Regierungserklärung geschlossen werden, daß er damit nicht vertraut sei oder dazu vielleicht nicht einmal etwas zu sagen habe.

(Beifall)

Ich sage das gleich zu Anfang meiner Rede, um Mißverständnissen vorzubeugen.

(Heiterkeit)

Und ich meine es auch nicht böse, meine Damen und Herren, es geht eben nicht alles in einer guten halben Stunde.

Aber unser Volk und Sie vor allem, meine Damen und Herren des Deutschen Bundesta-

ges und des Bundesrates, haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie ich in den entscheidenden Fragen unserer Zeit denke und welche Grundsätze ich daher meiner Arbeit zugrunde zu legen beabsichtige.

Ich will mit der Außenpolitik beginnen, mit der Stellung des **wiedervereinigten Deutschland** in der Welt.

Es ist ja kein Geheimnis, daß diesem wiedervereinigten Deutschland, wenn es seine inneren Schwierigkeiten erst einmal überwunden haben wird, in Europa nach Bevölkerungszahl und Sozialprodukt besondere Bedeutung zukommen wird und daß auch seine Verantwortung in der Weltpolitik zunehmen wird. Deshalb ist in den jüngstvergangenen Jahren da und dort der Argwohn aufgekommen, es könnte sich nunmehr allmählich aus der Westbindung der vergangenen 40 Jahre lösen und auf die alten wilhelminischen Pfade zurückkehren. Ich spreche das so offen aus, weil ich der felsenfesten Überzeugung bin, daß es meist schon die halbe Antwort auf eine Frage ist, wenn man die Frage nicht vornehm umschreibt, sondern eben ganz offen, frontal anspricht.

(Beifall)

Wenn es nach mir geht, meine Damen und Herren, darf sich diese Befürchtung mancher unserer Nachbarn nicht einen Augenblick und nicht einen Zentimeter realisieren.

(Beifall)

Deshalb ist es meines Erachtens unerlässlich, daß dieses neue und zunächst nur vermeintlich stärker gewordene Deutschland zusammen mit den anderen westeuropäischen Partnern unermüdlich an der Erweiterung und an der Vertiefung der **Europäischen Union** mitarbeitet.

(Beifall)

Deshalb ist die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika im Rahmen der **Nordatlantischen Allianz**, aber auch außerhalb dieses Rahmens so wichtig. Deshalb brauchen wir die Intensivierung der **deutsch-**

französischen Freundschaft weit über den Kreis der Amts- und Funktionsträger hinaus in allen gesellschaftlichen Bereichen. Und deshalb brauchen wir die Stärkung der Vereinten Nationen, auch durch verstärkte deutsche Mitarbeit – wobei ich die Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts auch nicht thematisch gestreift haben möchte.

(Heiterkeit und Beifall)

Sowohl die innere Sicherheit als auch die Überlebensfähigkeit der Menschheit hängen davon ab, ob es uns in unserer Lebensspanne gelingt, in Bereichen wie Friedenssicherung, wie Umweltschutz, Artenschutz, Rohstoffverbrauch und Ernährung zu Lösungen zu kommen, die den Namen einer **Weltinnenpolitik** wenigstens in Ansätzen verdienen.

Besondere Verantwortung haben wir Deutschen für die Zukunft der frei gewordenen Völker östlich von uns.

(Beifall)

Dazu drängt uns nicht nur unser eigenes politisches Interesse, meine Damen und Herren, sondern auch die Vergangenheit, die unser Verhältnis zu vielen dieser Völker immer noch belastet. Was an mir liegt, soll geschehen, daß diese Last Stück für Stück abgetragen oder doch wenigstens gemildert wird und daß die Deutschen dort als das erscheinen, was sie schon immer hätten sein sollen: als friedliche, hilfsbereite und – vor allem im Politischen – auch der Uneigennützigkeit fähige Nachbarn.

(Beifall)

Aus der Hilfe, die wir diesen Völkern anbieten, darf auch nicht der Hauch einer politischen Präponderanz entstehen; schon deshalb brauchen wir übrigens die Vertiefung der Europäischen Union.

(Beifall)

Und es darf auch durch diese Hilfe nicht der Schein eines deutschen Sonderweges entstehen. Ich bin im übrigen sicher, daß er gar

nicht entstehen kann, meine Damen und Herren. In der 40jährigen Geschichte der europäischen Einigung ist bisher noch jede Erweiterung mit einer Vertiefung einhergegangen.

(Beifall)

Aber wenn wir uns das alles vornehmen, dann müssen wir auch unserer selbst etwas sicherer werden, als wir das im Augenblick sind. Sie ahnen, was jetzt kommt: die Frage der **deutschen Nation**, die wir aus guten Gründen lange Jahre ganz tief gehängt haben, die wir jetzt aber nicht irgendwelchen Rattenfängern überlassen dürfen.

(Beifall)

Ich habe zu dieser Frage schon in meiner Rede zum 17. Juni 1988 im Bonner Wasserwerk Stellung bezogen. Was ich damals gesagt habe, gilt unverändert fort und kann nachgelesen werden. Aber ein paar wesentliche Punkte will ich hier doch wenigstens wiederholen.

Ich habe mich damals zur deutschen Nation bekannt und will das auch in dieser Stunde wieder tun. Der **Nationalstaat** aber als alleinige Form politischer Gestaltung, der hat sich überlebt; das erfahren wir an allen Ecken und Enden.

(Beifall)

Aber ob wir es wollen oder nicht, ob wir Deutsche, Franzosen, Amerikaner oder Türken sind, wir alle sind nun einmal – so wie die Dinge heute liegen – in eine Nation hineingeboren oder hineinversetzt. Jede Nation hat ihr eigenes historisches Erbe. Dazu gehört auch, daß die deutsche eine lange, reiche und vergleichsweise friedliche Geschichte hatte, ehe sie – später als andere – zum Nationalstaat wurde. Wir können auch diesen Teil unseres Erbes nicht ausschlagen.

Aber wir Deutschen haben allen Grund, uns in dieser Frage sehr, sehr vorsichtig zu bewegen. Dazu sollten uns schon die

Schandtaten veranlassen, die in deutschem Namen begangen worden sind, genauso aber auch die Erfahrung, daß unser Volk, vielleicht mehr als andere, sowohl in der Niedergeschlagenheit als auch im Jubel zur Übertreibung neigt und daraus wieder neues Unheil und neues Unrecht entstehen könnte.

(Beifall)

Ich rate uns aus allen diesen Gründen, meine Damen und Herren, die Liebe zu unserem Land nicht einen Augenblick zu verschweigen, uns dabei aber, wie ich vor sechs Jahren schon sagte, ausgesprochen leiser Töne zu befeißigen. Nationales Trara, Fanfaren und Tschinellen sind das letzte, was wir dabei brauchen können.

(Beifall)

Ich pflege in diesem Zusammenhang meist einen Satz des politisch gewiß unverdächtigen **Kurt Tucholsky** zu zitieren, der genau zum Ausdruck bringt, was ich jetzt meine. 1929 hat er geschrieben:

In allen Gegensätzen steht – unerschütterlich, ohne Fahne, ohne Leierkasten, ohne Sentimentalität und ohne gezücktes Schwert – die stille Liebe zu unserer Heimat.

In diesem Zusammenhang sind dann natürlich auch einige Worte zum Umgang mit unserer Geschichte nötig. Das Thema ist aus Gründen, die ich hier weder analysieren noch beurteilen möchte, immer noch schwierig, und es ist in letzter Zeit sogar wieder schwieriger geworden, weil es zu viele zwar geistvolle, aber eben auch irreführende neue Formeln dazu gegeben hat. Mit Formeln wie „Die Nachkriegszeit geht zu Ende“ oder „Nach Auschwitz gibt es keine Geschichte mehr“ ist der Sache, die uns alle umtreibt, meine Damen und Herren, nicht gedient.

(Vereinzelter Beifall)

Wichtig ist etwas ganz anderes: der ungeschminkte, offene Blick auf die historische

Wahrheit und die Bereitschaft, diese historische Wahrheit weder umzuschminken noch wegzuinterpretieren. Nichts weglassen und nichts hinzufügen!

Es ist historische Wahrheit, daß in den unseligen zwölf Jahren vom deutschen Boden ein Angriffskrieg ausgegangen ist, der die ganze Welt in Brand gesteckt hat, daß Millionen von Juden und Hunderttausende aus anderen Minderheiten ermordet worden sind, daß es KZs und Vernichtungslager gegeben hat, so wie es historische Wahrheit ist, daß unter den Folgen dieses verbrecherischen Systems auch ungezählte Deutsche gelitten haben, und wie es Wahrheit ist, daß auf den selbstverschuldeten Ruinen nachher ein freiheitlicher und demokratischer Staat aufgebaut worden ist und daß sich der Teil unseres Volkes, der dieses Glück und diese Chance zunächst nicht hatte, in einer unblutigen Revolution selbst befreit hat.

(Beifall)

Nur, meine Damen und Herren, auch wenn wir das alles nicht verschweigen können und nicht verschweigen wollen: Aufrechnungen sind hier genausowenig möglich. Man kann nicht Hitler gegen Beethoven aufrechnen oder Himmler gegen Robert Koch oder Hilde Benjamin gegen Grundgesetz und Rechtsstaat. So können wir und so dürfen wir unsere Geschichte nicht betreiben; das würde wieder einmal alles schraffieren und alles verwischen, was wir aus ihr zu lernen haben.

Ebensowenig kann man historische Lasten der eigenen Nation gegen Lasten anderer Nationen, Verbrechen des einen Unrechtsregimes gegen die des anderen, Hitler gegen Stalin, Dresden gegen Coventry, Bautzen gegen Dachau aufrechnen. Der Gleichheitsgrundsatz gilt nicht im Unrecht.

(Beifall)

An der historischen Einmaligkeit des Grauens von Auschwitz ist nun einmal nicht zu deuteln. Daß es eine historische Einmalig-

keit bleibt, ist nicht ein Thema für streitende Historiker, meine Damen und Herren, sondern es ist Verantwortung und Pflicht für uns alle.

(Beifall)

Denn natürlich haben wir aus den schlimmen Teilen unserer Geschichte am meisten zu lernen; das ist immer so im menschlichen Leben.

Nur hat sich durch den **Zeitablauf** – auch das will ich in aller Deutlichkeit sagen, weil ich es als eine Grundaufgabe meiner Amtszeit betrachte – auch die Struktur dieser Aufgabe zu verändern begonnen. Je mehr Zeit ins Land geht, desto weniger Sinn macht es, nach persönlicher Schuld einzelner Personen zu suchen, so sehr ich dafür bin, auch noch den letzten KZ-Schinder bis an sein Lebensende zu verfolgen.

Lassen Sie mich aber persönlich sagen: Als der Krieg zu Ende war, war ich elf Jahre alt, und schon da kann man zwar von Scham und Verantwortung für die Zukunft, schlecht aber von persönlicher Schuld reden. Von meinen Söhnen kann ich noch weniger verlangen, daß sie solche individuelle Schuld empfinden. Aber das kann man von uns verlangen: daß wir aus der Geschichte des Volkes, in das wir hineingeboren sind, lernen, daß wir uns engagiert damit auseinandersetzen und daß wir mit vollem Einsatz dagegen antreten, wenn sich in diesem Land wieder totalitäre und menschenverachtende Tendenzen zeigen.

(Beifall)

Totalitarismus, meine Damen und Herren, den bekämpft man nicht, wenn er schon die Macht an sich gerissen hat; denn dann ist es für den einzelnen, für den kleinen Mann zu spät. Man bekämpft Totalitarismus, wenn er zum erstenmal sein Haupt erhebt, und schon dann mit aller Entschiedenheit.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang will ich gleich ein paar Worte zu den kriminellen Taten sagen, unter denen gegenwärtig die in Deutsch-

land lebenden **Ausländer** zu leiden haben. Meine Damen und Herren, ich bin gern bereit, mich an Diskussionen darüber zu beteiligen, ob es nicht in der Ausländerpolitik Fehler und Versäumnisse gegeben hat und ob es nicht eine Perspektivlosigkeit gibt, unter der wenigstens die Jugendlichen unter den Tätern leiden, auch darüber, ob es mehr die Schulen und die Medien sind, die hier zu wenig entgegengewirkt haben, oder vielleicht nicht doch auch die Elternhäuser.

Aber das will ich auch hier mit aller Klarheit sagen – das werden Sie vielleicht einem früheren Innenminister nachsehen –: Hier sind auch Polizei und Strafgerichte gefordert. Wer es selbst nicht weiß, daß man lebendige Menschen nicht in Brand steckt, daß man sie nicht zusammenschlägt und daß man sie nicht durch Städte jagt, meine Damen und Herren, dem muß das eben auch mit den Machtmitteln des Rechtsstaates klargemacht werden.

(Beifall)

Es ist üblich geworden, in diesem Zusammenhang unsere Mitbürger zur **Zivilcourage** aufzurufen, zur beherzten Nothilfe. Das will ich auch von dieser Stelle aus und in allem Ernst tun. Meine Damen und Herren, wir müssen alle wissen, daß es hier auch um unser Ansehen im Ausland geht, daß es aber vor allem darum geht, ob in Deutschland eine politische **Atmosphäre** erhalten bleibt, in der man gern und frei lebt, in der jeder von uns gern und frei lebt, und daß schließlich auch unser eigenes Schicksal, das Schicksal jedes deutschen Bürgers, zur Debatte steht. Denn die Verbrecher, von denen ich hier rede, werden, wenn erst einmal eine Atmosphäre der Gewalt entstanden ist, bei den Ausländern eben nicht haltmachen.

(Vereinzelter Beifall)

Heute sind die Ausländer dran, morgen dann wieder einmal die Juden, dann die Behinderen, die Katholiken und die Protestanten, die Gläubigen und die Ungläubigen – um nur einige Beispiele zu nennen. Ich will das nicht

im einzelnen ausführen. Aber in diesen Fragen werden nicht nur unser Ansehen und die Atmosphäre, in der wir leben, es wird auch unser Lebensrecht gefährdet.

(Beifall)

Das deutsche Volk lebt – bei allen Problemen und allen Ungerechtigkeiten, die ich keinen Augenblick übersehe – in Verhältnissen, wie sie im Weltmaßstab exzeptionell sind, und das gilt sowohl von der inneren Verfassung unseres demokratischen **Rechtsstaates** her als auch von dem Wohlstand dessen wir uns erfreuen.

Man braucht sich das nur vorzustellen: 200 Jahre – wenn überhaupt – von 6000 Jahren Menschheitsgeschichte gibt es demokratische Rechtsstaaten. Schauen Sie sich den Globus an, schauen Sie sich an, wie groß der Anteil der demokratischen Rechtsstaaten im Verhältnis zur bewohnten Erdoberfläche ist! Viele von uns nehmen das als selbstverständlich. Aber, meine Damen und Herren, es ist nicht selbstverständlich. Ein Blick auf den Globus und auf die Geschichte zeigt, daß wir uns seit je in einer Ausnahme-situation befinden, die sich immer wieder aufs neue bewähren und vor allem verdient werden muß, und zwar nicht nur auf dem Feld der Wirtschaft und der Technik, sondern – damit auch das gleich gesagt wird – auch auf den Feldern der **Humanität** und der **sozialen Solidarität**.

(Beifall)

Ich kann in der Kürze der Zeit nicht im einzelnen darstellen, was das alles bedeuten könnte. Wieder müssen einige Hinweise genügen, und der wichtigste davon scheint mir zu sein, daß wir in sehr, sehr vielen Fragen einfach werden umdenken müssen, auch wenn unsere bisherigen Lösungen noch so erfolgreich gewesen sein mögen.

Das beginnt schon in unserem **Verhältnis zu Wirtschaft und Technik**. Wir werden es uns auf die Dauer nicht leisten können, mit

beidem so umzugehen, wie wir es bisher getan haben. Weder haben wir Anlaß, die beiden Bereiche so absolut zu setzen, wie es im Überschwang vergangener Wohlstandsepochen mitunter der Fall war, noch können wir es uns auf die Dauer leisten, auf jene Kuh einzuprügeln, von deren Milch wir leben. Wir werden einfach ein realistischeres Verhältnis zu Wirtschaft und Technik entwickeln müssen, als es sich bisher im Hin und Her zwischen Technologiebegeisterung und Zivilisationskritik gezeigt hat.

Dann werden wir auch unsere jungen Leute wieder zu Leistung und zu Lust an der Leistung bringen. Denn diese jungen Menschen spüren zutiefst, daß hier Fragen bestehen, auf die es bisher nur widersprüchliche und vor allem auf allen Seiten festgefärrte Antworten gibt. Diese junge Generation ist zu Realismus und Leistung bereit, wenn man ihr einerseits die Chance des Erfolgs nicht wegdiskutiert und wenn man ihr andererseits die Möglichkeit läßt, die fortschreitende und fast unvermeidliche Technisierung mit ihren selbstverständlichen Humanitätsbedürfnissen halbwegs in Einklang zu bringen. Ich wiederhole: Das verlangt Umdenken in vielen Bereichen. Aber die Jungen, so wie ich sie kenne, sind dazu bereit. Und – ich sage das mit allem Ernst, nicht um eines Gags willen – sie werden uns Ältere vor der Zeit ablösen, wenn wir uns weiterhin in **Situationsanalysen** erschöpfen.

(Beifall)

Eine so hochentwickelte technische Zivilisation behält ihr Lebensrecht aber auf die Dauer nur, wenn sie Raum für Humanität läßt, ja wenn sie diesen Raum recht eigentlich schafft. **Technischer Fortschritt** darf, um nur einige Beispiele zu nennen, nicht dazu führen, daß andere, weniger entwickelte Wirtschaften dadurch völlig aus der Bahn geworfen werden. Sie müssen umgekehrt in einem System vernünftiger **internationaler Arbeitsteilung** weiter leben können. Technischer Fortschritt darf nicht zur weiteren Ver-

nichtung der Umwelt führen, sondern er muß Schritt für Schritt – und zwar in kräftigen Schritten – zum pfleglichen Umgang mit der Natur, zu ihrer Wiederherstellung verwendet werden. Technischer Fortschritt muß uns gewiß im Weltmaßstab konkurrenzfähig erhalten, aber er darf nicht zugleich im eigenen Land zur Verdrängung des Menschen aus dem Produktionsprozeß führen.

Ich halte das für eines der bedrängendsten Probleme der nächsten Zukunft, und da ich oft genug darüber öffentlich gesprochen habe, will ich mich auch hier auf das Nötigste beschränken.

Es ist eine Tatsache, daß sich der Arbeitsmarkt in letzter Zeit zumindest teilweise von der konjunkturellen Entwicklung abzukoppeln beginnt. Die Prognosen sagen es ja auch deutlich, daß im Augenblick zwar die Konjunktur wieder anspringt, daß das aber nicht ohne weiteres zu einem Schwinden der Arbeitslosigkeit führen wird. Man kann das nicht einfach als Sachverhalt abtun,

(Beifall)

selbst wenn das soziale Netz Arbeitslose nach wie vor auffängt. Aber **Arbeit** ist mehr als eine Geldquelle. Sie ist zugleich eine Quelle von Selbstwertgefühl, von Sozialprestige, von innerer Zufriedenheit. Wenn das einer relevanten Anzahl von Menschen auf längere Dauer oder gar für immer vorenthalten wird, wird eine solche Gesellschaft ganz einfach inhuman.

(Beifall)

Aus der Lektüre Hunderter von Verfassungsbeschwerden in den letzten Jahren weiß ich, daß auch das noch nicht alles ist. Je komplizierter unser Leben, unsere Wirtschaft, aber auch unsere Rechtsordnung und unser soziales System geworden sind, desto mehr Menschen gibt es auch, die damit ganz einfach nicht mehr fertig werden, die sich darin nicht mehr zu rechtfinden.

Ich habe heute kein Patentrezept dafür anzubieten. Aber auch diese Form der **Unbehaustheit** kann kein Dauerzustand in unserer Gesellschaft sein. Damit möchte ich mich nicht abfinden, gleichgültig wie sie sich äußert: als Obdachlosigkeit, als Stadtstreichertum, als Drogenabhängigkeit, als allgemeine Antriebslosigkeit oder was sonst.

Damit keine Mißverständnisse auftreten, will ich hinzufügen: Ich bin natürlich weit davon entfernt, diese Unbehaustheit als den alleinigen oder auch nur als den Hauptgrund von Obdachlosigkeit und Drogenkonsum anzusehen. Einen Zugang zu diesen Problemen gibt es aber auch von hier aus.

Diese selbstverständliche **soziale Verpflichtung** gilt auch im Verhältnis zwischen den Volkswirtschaften. Sowenig ein Rechtsstaat eine rein machiavellistische Außenpolitik treiben kann, sowenig kann sich eine soziale Marktwirtschaft nach außen benehmen, als ob wir noch im Zeitalter des Manchester-Liberalismus lebten.

Es ist gewiß eine Utopie, wenn ich hier das Bild einer sozialen Weltwirtschaft an die Wand male. Aber ich glaube, solche Idealvorstellungen braucht der Mensch, gerade wenn er weiß, daß sie zu seinen Lebzeiten nicht zu erreichen sind. Deshalb habe ich vorher an die Notwendigkeit einer humaneren internationalen Arbeitsteilung erinnert, und deshalb will ich hier – kurz, aber doch in aller Eindringlichkeit – auf die Notwendigkeit einer entschiedenen Entwicklungshilfepolitik hinweisen.

(Beifall)

Die internationale **Solidarität**, an die ich erinnere, beginnt übrigens auch hier im Inneren unseres Landes: bei den Ausländern, die mit uns und unter uns leben. Das Amt, das ich heute angetreten habe, verbietet es mir, hier in die Details zu gehen, zumal ich aus eigener jüngster Erfahrung weiß, daß jede Silbe, die man nicht nach allen Seiten absichert, zu den größten publizistischen Katastrophen führen kann.

(Heiterkeit und Beifall)

Deshalb will ich hier auch nur an das Grundsätzliche erinnern, und das beginnt schon bei der Klarheit der Vorstellungen und Begriffe. Wie sollen wir eigentlich über Deutschland als Einwanderungsland und wie über eine **multikulturelle Gesellschaft** reden und entscheiden, wenn sich jeder etwas anderes darunter vorstellt?

(Beifall)

Wie sollen wir über eine geregelte Einwanderung diskutieren, wenn nicht klar ist, ob wir sie jetzt eigentlich aus humanitären Gründen wollen oder nur zur Korrektur unserer eigenen demographischen Kalamitäten?

(Beifall)

Ich sage es so ungeniert: Hier bringt uns nur eine faire, offene Diskussion weiter, und um die sollten wir uns nicht länger mit Schlagworten herumdrücken.

(Beifall)

Über zwei Eckpunkte müßte aber in jedem Falle Einigkeit bestehen: Die ausländischen Arbeiter, die wir selbst geholt und die unsere Wirtschaft mit vorangebracht haben, müssen ihr **Gastrecht** behalten können; das gehört in die ganz primitive Kategorie der menschlichen Dankbarkeit, um nicht zu sagen der Kollegialität. Und die Angehörigen der zweiten und dritten Ausländergeneration, die in Deutschland zu Hause sind, müssen hier **Heimatrecht** haben, wie immer das dann rechtlich ausgestaltet werden mag.

(Beifall)

Dazu werden Sie von mir keine weitere Silbe mehr hören. Meine Damen und Herren, wir haben als Deutsche gerade das Heimatrecht zu beharrlich betont, als daß wir es ihnen gegenüber in Abrede stellen dürften.

(Beifall)

Lassen Sie mich nun noch ein paar Worte zur **inneren Einheit** zwischen den Deutschen

sagen. Die staatliche Einheit ist erreicht; unter uns aber ist seit einiger Zeit weniger vom Glück dieser Einheit die Rede als von den Problemen und den Kosten des Zusammenwachsens.

Ich kann es gut verstehen, wenn die Stimmung in den sogenannten neuen Bundesländern mitunter gedrückt ist. Die meisten Menschen dort erleben Erfolg und Scheitern in einem. Sie erfahren nie geahnte Möglichkeiten und zugleich den Verlust bisheriger Berechenbarkeiten.

Wenn man es nicht am eigenen Leibe erlebt, kann man wahrscheinlich gar nicht ermessen, was es heißt, wenn von heute auf morgen ein ganzes Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtssystem ausgewechselt wird, was es heißt, sich auf ganz neue Methoden der sozialen Sicherung einstellen zu müssen, und was es heißt, über Nacht eine völlige Veränderung der Lebensperspektiven, den Verlust eines sicher geglaubten Arbeitsplatzes, den Verlust erworbener Qualifikationen und Ansprüche, das Wertloswerden von Erfahrungs- und Orientierungswissen verkraften zu müssen.

Ich kann das alles, wie gesagt, nur ahnen. Aber gerade deshalb bewundere ich die Umstellungsleistungen, die dort immer noch erbracht werden, Tag für Tag.

(Beifall)

Deshalb sage ich den Menschen in den alten Ländern: Machen Sie sich klar, wie privilegiert Sie 40 Jahre lang waren und wie privilegiert Sie heute noch sind, trotz aller Kosten und Opfer des Wiederaufbaus in den neuen Bundesländern!

(Beifall)

Und dann das ganz andere, was ich überhaupt nicht verstehe: Unter uns Deutschen macht sich Erstaunen breit, daß wir auch geistige und mentalitätsmäßige Unterschiede feststellen. Dieses Erstaunen zeigt, wie wenig wir in den letzten Jahrzehnten wirklich voneinander gewußt haben und wie weit wir

uns voneinander entfernt haben. Das böse Wort von der „Mauer in den Köpfen“ geht um.

Aber haben wir denn im Ernst annehmen können, wir wären nach 40 Jahren der Trennung, der unterbundenen oder zumindest sehr erschwerten Information, der unterschiedlichen Lebenserfahrungen und dazu noch nach zweimaligem Generationenwechsel sowohl westlich als auch östlich der Mauer wirklich noch dieselben – wohlge-merkt, dieselben, von denen uns unsere Großel-tern erzählt haben? Das kann doch nicht sein, und es ist auch nicht so. Aber, meine Damen und Her-ren, damit muß sich doch fertig werden lassen, zumindest dann, wenn man nichts Unmögliches verlangt. Hinter dem Wort von der „Mauer in den Köpfen“ steckt die Idee des **Einheitsdeutschen**, und das ist etwas in jedem Sinne des Wortes Un-mögliches.

(Beifall)

Es trifft zu: Deutschland ist am 3. Oktober 1990 nicht nur größer und bevölkerungsreicher geworden, es ist auch bunter, widersprüchlicher und sogar konfliktreicher geworden. Aber ist das eigentlich ein Schaden?

(Vereinzelter Beifall)

Uniformität ist noch nie das Wesensmerkmal unseres Landes gewesen, so gern das manche Stromlinienförmigen unter uns gehabt hätten. Unser Reichtum waren immer Vielfalt und Viel-gestaltigkeit. Daraus ist unsere Kultur und wahr-scheinlich auch unsere Kreativität entstanden. Da kann es doch nur von Nutzen sein, daß beide Teile unseres Volkes jetzt mit ganz neuen, ihnen bis-her fremden Ideen und Erfahrungen konfrontiert werden. Was neu hinzugekommen ist – im Wes-ten wie im Osten –, ist zwar vielleicht mühsam, aber es regt an, es muß anspornen, und es kann uns ohne weiteres zum Segen werden, wenn wir es nur zu nutzen verstehen.

(Beifall)

Ich spreche jetzt nicht nur von den berufli-chen Fähigkeiten der Ostdeutschen, von ihren

Sprachkenntnissen und ihren Beziehungen zu Osteuropa, die wir eines Tages noch bitter nötig haben werden,

(Vereinzelter Beifall)

sondern ich spreche vor allem von ihrer politi-schen Leistung, die heute hinter einer Wolke von Irritationen zu verschwinden droht: von der Wie-dererlangung der deutschen **Einheit in Frei-heit**. Denn diese Freiheit, die Freiheit von 1989, ist durch das Volk selbst erkämpft worden. Die Westdeutschen haben beim Aufbau ihrer Demo-kratie bestimmt viel geleistet, aber viele haben es zunächst auf Grund einer totalen Niederlage und unter dem Drängen der Siegermächte getan. Die Ostdeutschen dagegen haben ihre Demokra-tie selbst erkämpft.

Ich finde – und ich sage dies auch auf die Ge-fahr hin, daß ich Protestschreiben aus Frankfurt und Neustadt an der Weinstraße bekomme –: Das ist mehr als Hambacher Fest und Paulskir-che zusammen; denn sie sind, so bedauerlich das ist, letzten Endes gescheitert. 1989 ist gelungen.

(Beifall)

Darauf kann man doch stolz sein. „Stolz“ ist ein Wort, das ich ganz ungern in den Mund neh-me, das hier aber wirklich einmal berechtigt ist.

(Beifall)

Und das wird, wenn ich recht sehe, weder im Westen noch im Osten bisher ausreichend ge-würdigt. Deshalb sage ich den Mitbürgern in den neuen Ländern: Bringen Sie Ihre Frei-heitserfahrungen in den politischen Prozeß mit ein! Gestalten Sie Ihre Länder, Ihre Gemeinden nach diesen Erfahrungen, und geben Sie damit auch ein Beispiel für den Westen! Sie wissen doch am besten, wie schwer es ist, ohne Freiheit zu le-ben. Vergessen Sie das nicht, auch nicht unter den Belastungen, die diese Freiheit jetzt mitunter mit sich bringt! Vielleicht springt davon sogar etwas auf die kleinnütigen Westdeutschen über.

(Beifall)

Die Westdeutschen aber frage ich noch einmal, ob sie sich wirklich darüber klar sind, wie privilegiert sie 40 Jahre lang waren, und ich frage sie weiter, wie willkommen ihnen die Menschen in den neuen Ländern nun eigentlich wirklich sind. Können sie ins Haupthaus ziehen, oder sollen sie in einem Anbau Ost wohnen bleiben? Wird akzeptiert, daß sie nach ihren eigenen Erfahrungen und Überzeugungen leben und mitbestimmen wollen, oder dürfen sie vielleicht nur mitspielen, wenn sie sich an die Spielregeln des Westens halten? Meine Damen und Herren, die Antwort auf diese künstlich gestellten Fragen kann doch nicht eigentlich problematisch sein. Aber dann ziehen wir doch auch die Konsequenzen daraus, so un bequem sie mitunter sein mögen!

Die Deutschen haben es mit ihrer Einheit nie leicht gehabt. Oft wurde diese Einheit nicht erreicht, weil die Opfer dafür zu groß waren oder doch wenigstens als zu groß empfunden wurden. Oft war es genau umgekehrt: Der äußere Nutzen der Einheit war groß und begann die Geister zu blenden. Zwischen Scylla und Charybdis hat sich folglich das deutsche Schicksal vollzogen.

Heute stehen wir wieder einmal an einer solchen Wegmarke. Wir haben keinen Grund, die Schwierigkeiten, die noch vor uns liegen, gering einzuschätzen. Aber wir haben auch keinen Grund, uns von ihnen überwältigen zu lassen. Unsere Großeltern und Eltern haben ganz andere Probleme bewältigt, meine Damen und Herren. Sorgen wir dafür, daß auch wir das zustande bringen! Wir haben alle Möglichkeiten. Es liegt an uns, was wir aus dem Geschenk des Jahres 1989 machen.

(Anhaltender Beifall)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Ich danke Ihnen, Herr Bundespräsident, und spreche Ihnen noch einmal die besten Wünsche für Ihr Amt aus.

11. Bundesversammlung

23. Mai 1999

Übersicht

Zusammensetzung nach Parteien

SPD	565
CDU/CSU	547
Bündnis 90/Die Grünen	96
FDP	56
PDS	65
Sonstige	9
insgesamt	1 338

Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder

Baden-Württemberg	82
Bayern	98
Berlin	27
Brandenburg	23
Bremen	5
Hamburg	13
Hessen	47
Mecklenburg-Vorpommern	16
Niedersachsen	65
Nordrhein-Westfalen	143
Rheinland-Pfalz	33
Saarland	9
Sachsen	39
Sachsen-Anhalt	24
Schleswig-Holstein	23
Thüringen	22

Tagungsort und Tagungsstätte: Berlin, Reichstagsgebäude

Präsident der Bundesversammlung: Bundestagspräsident Wolfgang Thierse

Wahlergebnis:

	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Johannes Rau (Vorschlag SPD)	657	690
Uta Ranke-Heinemann (Vorschlag PDS)	69	62
Dagmar Schipanski (Vorschlag CDU/CSU)	588	572
Enthaltungen	17	8
ungültige Stimmen	2	1
abgegebene Stimmen	1 333	1 333

Gewählt: Johannes Rau im 2. Wahlgang mit 690 Stimmen
(erforderliche Mehrheit für den 1. und 2. Wahlgang: 670 Stimmen)

Amtszeit: 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2004

Verzeichnis der Mitglieder

A

Ulrich Adam *
 Marie-Theres Aden
 Brigitte Adler*
 Hannelore Adler
 Hilde Adolf
 Ilse Aigner *
 Ahmet Akkaya
 Bernd Althusmann
 Peter Altmaier *
 Gila Altmann (Aurich) *
 Karsten Amann
 Gerd Andres *
 Roland Appel
 Jutta Appelt
 Johanna Arenhövel
 Hermann-Josef Arentz
 Rainer Arnold *
 Bülent Arslan
 Dr. Klaus Asche
 Holger Astrup
 Helmut Aurenz
 Dietrich Austermann *

B

Hans-Hermann Baas
 Evrim Baba
 Hermann Bachmaier *
 Ernst Bahr *
 Christiane Bainski
 Monika Balt *
 Doris Barnett *
 Dr. Hans-Peter Bartels *
 Eckhardt Barthel (Berlin) *
 Klaus Barthel (Starnberg) *
 Norbert Barthle *
 Dr. Dietmar Bartsch *
 Holger Bartsch
 Monika Bartsch
 Hans-Artur Bauckhage
 Dr. Wolf Bauer*
 Günter Baumann *
 Brigitte Baumeister *
 Margarete Bause
 Kurt Beck

Marieluise Beck (Bremen) *
 Volker Beck (Köln) *
 Gerhard Becker
 Karl Eugen Becker
 Ingrid Becker-Inglaue *
 Angelika Beer *
 Gabriele Behler
 Wolfgang Behrendt *
 Dr. Fritz Behrens
 Prof. Dr. h.c. Berthold Beitz
 Meinrad Belle *
 Birgitt Bender
 Dr. Axel Berg *
 Heidi Berger
 Dr. Christine Bergmann
 Dr. Sabine Bergmann-Pohl *
 Manfred Bergner
 Christa Bernbacher
 Dr. Otmar Bernhard
 Otto Bernhardt *
 Matthias Berninger *
 Hans-Werner Bertl *
 Dr. Alfred Beth
 Friedhelm Julius Beucher *
 Ole von Beust
 Walter Bieber
 Susann Biedefeld
 Prof. Dr. Kurt Biedenkopf
 Erika Biehn
 Hans-Dirk Bierling *
 Josef Bierschneider
 Petra Bierwirth *
 Anselm Bilgri
 Rudolf Bindig *
 Lothar Binding (Heidelberg) *
 Frieder Birzele
 Franz Josef Bischel
 Prof. Dr. Lothar Bisky
 Petra Bläss *
 Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank *
 Renate Blank *
 Dr. Heribert Blens *
 Peter Bleser *
 Dr. Norbert Blüm*
 Antje Blumenthal *
 Arno Bock
 Kurt Bodewig *

Manfred Böcker
 Dr. Jürgen Böddrich
 Klaus Böger
 Johann Böhm
 Dr. Maria Böhmer *
 Prof. Dr. Wolfgang Böhmer
 Christoph Böhr
 Gerhard Bökel
 Holger Börner
 Wolfgang Börnsen (Bönstrup) *
 Dr. Wolfgang Bötsch *
 Maritta Böttcher *
 Friedrich Bohl *
 Ursula Bolte
 Sylvia Bonitz *
 Hans Bookmeyer
 Jochen Borchert *
 Wolfgang Bosbach *
 Dr. Gerhard Botz
 Volker Bouffier
 Klaus Brähmig *
 Tanja Brakensiek
 Klaus Brandner *
 Anni Brandt-Elsweiler *
 Willi Brase *
 Dr. Ralf Brauksiepe *
 Elmar Braun
 Hildebrecht Braun (Augsburg) *
 Dr. Eberhard Brecht *
 Rainer Brechtken
 Paul Breuer *
 Bernhard Brinkmann (Hildesheim) *
 Rainer Brinkmann (Detmold) *
 Ulrich Brinkmann
 Elmar Brok
 Karl Peter Bruch
 Hans-Günter Bruckmann *
 Manfred Bruckschen
 Monika Brudlewsky *
 Bettina Brück
 Rainer Brüderle *
 Hannelore Brüning
 Monika Brunert-Jetter
 Anke Brunn
 Thomas Brunner
 Georg Brunnhuber *
 Anne Bruns

* = Die mit einem Stern versehenen Mitglieder der Bundesversammlung sind Mitglieder des Bundestages.
 vorläufige Fassung, Stand: 29.04.2009

Renate Brunswicker
 Ilse Brusis
 Waltraud Buchholz
 Katrin Budde
 Klaus Bühler (Bruchsal) *
 Dr. Michael Bürsch *
 Jürgen Büssow
 Hans Büttner (Ingolstadt) *
 Hartmut Büttner (Schönebeck) *
 Eva-Maria Bulling-Schröter *
 Edelgard Bulmahn *
 Annelie Buntenbach *
 Ursula Burchardt *
 Ernst Burgbacher *
 Dr. h.c. Norbert Burger
 Hans Martin Bury *
 Jan Busch
 Bernd Busemann
 Werner Buß
 Dankward Buwitt *

C

Cajus Caesar *
 Peter Caesar
 Dr. Walter Caroli
 Manfred Carstens (Emstek) *
 Peter H. Carstensen (Nordstrand) *
 Marion Caspers-Merk *
 Wolf-Michael Catenhusen *
 Bodo Champignon
 Dr. Holger Christier
 Hansjörg Christmann
 Safter Cinar
 Roland Claus *
 Armin Clauss
 Christine Clauß
 Wolfgang Clement

D

Dr. Herta Däubler-Gmelin *
 Alfred Dagenbach
 Prof. Dr. Eberhard Dall'Asta
 Prof. Dr. Manfred Dammeyer
 Dr. Peter Wilhelm Danckert *
 Dorothee Danner
 Leo Dautzenberg *

Eberhard David
 Dr. Michael Daxner
 Vera Dedanwala
 Heide Degen
 Manfred Degen
 Wolfgang Dehnel *
 Christel Deichmann *
 Hubert Deittert *
 Ekin Deligöz *
 Alfred Dellheim
 Gerhard Denef
 Albert Deß *
 Bernhard Deubig
 Ulrich Deuschle
 Margrit Deuter
 Peter Deutschland
 Bärbel Dieckmann
 Renate Diemers *
 Eberhard Diepgen
 Karl Diller *
 Adolf Dinkel
 Hermann Dinkla
 Regina van Dinther
 Joachim Dirschka
 Uschi Disl
 Jörg Döpper
 Thomas Dörflinger *
 Dr. Walter Döring
 Marie-Luise Dött *
 Erika Dollensky
 Dr. Werner Dollinger
 Ursula Doppmeier
 Hansjürgen Doss *
 Richard Drautz
 Dr. Alfred Dregger
 Burkhard Drescher
 Peter Dreßen *
 Rudolf Dreßler *
 Herbert Droste
 Dr. Thea Dückert *
 Detlef Dzembitzki *
 Dieter Dzewas *

E

Dr. Peter Eckardt *
 Sebastian Edathy *

Alfred Eggers
 Beate Eggert
 Claus Ehlers
 Heidemarie Ehler *
 Jürgen Ehret
 Ludwig Eich *
 Hans Eichel
 Maria Eichhorn *
 Franziska Eichstädt-Bohlig *
 Dr. Uschi Eid *
 Egon Einfeldt
 Irene Ellenberger
 Marga Elser *
 Gunther Emmerlich
 Peter Enders *
 Wolfgang Engel
 Irmtraut Engeldinger
 Lothar Englert
 Rainer Eppelmann *
 Hermann Eppers
 Gernot Erler *
 Dr. Cornelia Ernst
 Petra Ernstberger *
 Catharina Erps
 Jörg van Essen *
 Mechthild Esser
 Natalie Etzien
 Hans Eveslage
 Dr. Walter Eykmann
 Anke Eymer *

F

Georg Fahrenschon
 Ilse Falk *
 Prof. Dr. Kurt Faltlhauser
 Annette Faße *
 Marie-Luise Fasse
 Dr. Hans Georg Faust *
 Hans-Josef Fell *
 Dr. Rüdiger Fickentscher
 Dr. Ingrid Fickler
 Prof. Dr. Hans Filbinger
 Franz Fink
 Prof. Dr. Heinrich Fink *
 Ulf Fink *
 Ingrid Fischbach *
 Andrea Fischer (Berlin) *

Anneliese Fischer
 Axel E. Fischer
 (Karlsruhe-Land) *
 Birgit Fischer
 Dieter Fischer
 Dirk Fischer (Hamburg) *
 Joseph Fischer (Frankfurt) *
 Kurt Fischer
 Lothar Fischer (Homburg) *
 Ute Fischer
 Ulrike Flach *
 Steffen Flath
 Erika Fleuren
 Heidrun Förster
 Gabriele Fograscher *
 Wolfgang Folger
 Iris Follak *
 Norbert Formanski *
 Rainer Fornahl *
 Hans Forster *
 Klaus Francke *
 Christine Frank
 Herbert Frankenhauser *
 Ingrid Franzen
 Dietmar Franzke
 Dagmar Freitag *
 Hans Frey
 Prof. Gisela Frick *
 Paul K. Friedhoff *
 Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen) *
 Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) *
 Horst Friedrich (Bayreuth) *
 Dr. Ingo Friedrich
 Lilo Friedrich (Mettmann) *
 Peter Friedrich (Altenburg) *
 Rudolf Friedrich
 Harald Friese *
 Erich G. Fritz *
 Jenny Fröchtenicht
 Irene Fröhlich
 Jochen-Konrad Fromme *
 Andreas Fuchs
 Anke Fuchs (Köln) *
 Dr. Ruth Fuchs *
 Hans-Joachim Fuchtel *
 Dr. Annette Fugmann-Heesing
 Arne Fuhrmann *
 Rainer Funke *

G
 Karl-Heinz Gärtner
 Matthias Gärtner
 Prof. Monika Ganseforth *
 Norbert Gansel
 Anne Garbe
 Wolfgang Gartzke
 Gisela Gebauer-Nehring
 Fred Gebhardt *
 Torsten Geerds
 Dr. Volker Geers
 Dr. Jürgen Gehb *
 Wolfgang Gehrcke-Reymann *
 Norbert Geis *
 Dr. Hans Geisler
 Dr. Heiner Geißler *
 Angelika Gemkow
 Dr. Wolfgang Gerhardt *
 Alfons Gerling
 Eberhard Gienger
 Konrad Gilges *
 Georg Girisch *
 Iris Gleicke *
 Gerhard Glogowski
 Michael Glos *
 Günter Gloser *
 Alois Glück
 Dr. Horst Glück
 Diana Gnorski
 Dr. Reinhard Göhner *
 Uwe Göllner *
 Dr. Georg Gölter
 Katrin Göring-Eckardt *
 Peter Götz *
 Dr. Wolfgang Götzer *
 Hans-Michael Goldmann *
 Udo Goldmann
 Heinz Goll
 Dr. Thomas Goppel
 Gaby Gorcitza
 Ulrike Gote
 Renate Gradistanac *
 Reinhard Grätz
 Angelika Graf (Rosenheim) *
 Günter Graf (Friesoythe) *
 Angelika Gramkow
 Alice Graschtat

Dieter Grasedieck *
 Dr. Klaus Grehn *
 Maffhias Griebel
 Monika Griefahn *
 Gudrun Grieser
 Rita Griebhaber *
 Kurt-Dieter Grill *
 Hermann Gröhe *
 Lissy Gröner
 Brigitte Große
 Gerrit Große
 Achim Großmann *
 Wolfgang Grotthaus *
 Dr. Katrin Grüber
 Manfred Grund *
 Edith Grupp
 Joachim Günther (Plauen) *
 Ravindra Gujjula
 Hans-Günter Gutberlet
 Dr. Karlheinz Guttmacher *
 Dr. Gregor Gysi *

H

Karl-Hermann Haack (Extertal)*
 Walter Haas
 Prof. Dr. Herwig E. Haase
 Barbara Hackebeil
 Dr. Wolfgang Hackel
 Hans-Joachim Hacker *
 Dr.-Ing. Fritz Hähle
 Margret Härtel
 Klaus Hagemann *
 Dr. André Hahn
 Jörg-Uwe Hahn
 Hako Haken
 Georg Hamburger
 Prof. Dr. Bernd Hamer
 Helga Hammer
 Klaus Hammer
 Carl-Detlev Freiherr
 von Hammerstein *
 Marina Hammes
 Manfred Hampel *
 Christel Hanewinkel *
 Ilse Hansen
 Heinz Hardt
 Rebecca Harms

Alfred Hartenbach *
 Anke Hartnagel *
 Kurt Hartz Gottfried Haschke
 (Großhennersdorf) *
 Klaus Hasenfratz *
 Gerda Hasselfeldt *
 Nina Hauer *
 Jutta Haug
 Klaus Haupt *
 Hansgeorg Hauser
 (Rednitzhembach) *
 Hansheinz Hauser
 Norbert Hauser (Bonn) *
 Dieter Hausold
 Dr. Helmut Haussmann *
 Ursula Haußmann
 Lothar Hay
 Ursula Hecht
 Klaus-Jürgen Hedrich *
 Lothar Hegemann
 Hubertus Heil *
 Dr. Rosemarie Hein
 Willi Heineking
 Ursula Heinen *
 Ulrich Heinrich *
 Hans Heinz
 Manfred Heise *
 Siegfried Helias *
 Reinhold Hemker *
 Frank Hempel *
 Rolf Hempelmann *
 Dr. Barbara Hendricks *
 Hans Jochen Henke *
 Rita B. Henke
 Rudolf Henke
 Meta Hensen
 Frieda Hensmann
 Winfried Herrmann *
 Rüdiger Hermanns
 Antje Hermenau *
 Michael Herrmann
 Prof. Dr. Dr. Wolfgang Herrmann
 Marc Herter
 Gustav Herzog *
 Petra Heß
 Dr. Otmar Hesse
 Monika Heubaum *

Gerd Heuß
 Kristin Heyne *
 Melanie Hiddemann
 Uwe Hiksich *
 Henrike Hilbert
 Dr. Regine Hildebrandt
 Silvia Hillenbrand
 Reinhold Hiller (Lübeck) *
 Stephan Hilsberg *
 Ernst Hinsken *
 Peter Hintze *
 Priska Hinz
 Walter Hirche *
 Wolfgang Hoderlein
 Gerd Höfer *
 Ulrike Höfken *
 Bärbel Höhn
 Dr. Barbara Höll *
 Dr. Reinhard Höppner
 Joachim Hörster *
 Klaus Hofbauer *
 Christel Hoffmann
 Hans-Hermann Hoffmann
 Iris Hoffmann (Wismar) *
 Jelena Hoffmann (Chemnitz) *
 Walter Hoffmann (Darmstadt) *
 Frank Hofmann (Volkach) *
 Friedrich Hofmann
 Wilhelm Hogrefe
 Monika Hohlmeier
 Martin Hohmann *
 Klaus Holetschek *
 Josef Hollerith *
 Helmut Holter
 Ingrid Holzhüter *
 Renate Holznagel
 Birgit Homburger *
 Dieter Hooge
 Dr. Hans Horn
 Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues *
 Siegfried Hornung *
 Dr. Axel Horstmann
 Eva Hosemann
 Eike Hovermann *
 Dr. Werner Hoyer *
 Erwin Huber
 Andrea Hubrig
 Carsten Hübner *

Otti Hüls
 Hubert Hüppe *
 Christel Humme *
 Heinz Hunger
 Dr. Rainer Hungershöfer
 Thomas Hunsteger-Petermann
 Prof. Dr. Klaus Husemann
 Michaelae Hustedt *

I

Lothar Ibrügger *
 Erich Iltgen
 Barbara Imhof *
 Cosima Ingenschay
 Brunhilde Irber *
 Eberhard Irlinger
 Ulrich Irmer *
 Roland Issen
 Gabriele Iwersen *

J

Peter Jacoby *
 Renate Jäger *
 Prof. Dr. Wolfgang Jäger
 Susanne Jaffke *
 Ernst-Henning Jahn
 Angelika Jahns
 Eda Jahns
 Dr. Peter Jahr
 Georg Janovsky *
 Jann-Peter Janssen *
 Ilse Janz *
 Ulla Jelpke *
 Prof. Dr. Uwe Jens *
 Jürgen Jentsch
 Kirsten Jöhnck
 Henrike John
 Dr.-Ing. Rainer Jork *
 Sabine Jünger *
 Gerhard Jüttemann *
 Dr. Franz Josef Jung
 Dr. Thomas Jung
 Volker Jung (Düsseldorf) *
 Thomas Jurk

K

Ursula Kähler
 Dr. Harald Kahl *
 Johannes Kahrs *
 Dr. Heinz Kaiser
 Bartholomäus Kalb *
 Witold Kaminski
 Steffen Kampeter *
 Dieter Kannegießer
 Martin Kannegießer
 Dr.-Ing. Dietmar Kansy *
 Manfred Kanther *
 Jamal Karsli
 Filiz Karsligil
 Norbert Kartmann
 Irmgard Karwatzki *
 Helmut Kasimier
 Ulrich Kasparick *
 Hans Kasper
 Sabine Kaspereit *
 Susanne Kastner *
 Volker Kauder *
 Frank-Peter Kaufmann
 Henning Kaul
 Martin Kayenburg
 Prof. Birgit Keil
 Dr. Klaus Keitel
 Josef Keller
 Emma Kellner
 Claudia Kemmerich
 Hans-Peter Kemper *
 Dr. Herbert Kempfler
 Josefa Kendzia
 Dr. Evelyn Kenzler *
 Kai Kerkhof
 Gerd Kettler
 Annelie Kever-Henseler
 Ekkehard Kiesswetter
 Dr. Klaus Kinkel *
 Birgit Kipfer
 Dr. Jochen F. Kirchhoff
 Prof. Dr. Bärbel Kirsch
 Klaus Kirschner *
 Eckart von Klaeden *
 Marianne Klappert *
 Dr. Birgit Klaubert
 Dr. Christine Klaus

Anneliese Klein
 Wolfgang Klein
 Siegrun Klemmer *
 Reinhard Klimmt
 Ulrich Klinkert *
 Dr. Hans-Ulrich Klose
 Hans-Ulrich Klose *
 Dr. Heidi Knake-Werner *
 Monika Knoche *
 Roland Koch
 Christian Köckert
 Elisabeth Köhler
 Eckehard Kölbel
 Lothar König
 Norbert Königshofen *
 Fritz Rudolf Körper*
 Dr. Angelika Köster-Loßack *
 Hannelore Kohl
 Dr. Helmut Kohl*
 Dilek Kolat
 Dr. Heinrich L.Kolb*
 Manfred Kolbe *
 Walter Kolbow *
 Fritz Kollorz
 Heidemarie Konzack
 Gudrun Kopp *
 Jürgen Koppelin *
 Eva-Maria Kors *
 Karin Kortmann *
 Hartmut Koschyk *
 Thomas Kossendey *
 Jochen Kowalski
 Gregor Krabbe
 Bernd Kränzle
 Hedi Kraft
 Anette Kramme *
 Emmi Kraus
 Rudolf Kraus *
 Richard Krebs
 Joseph Krekeler
 Nicolette Kressl *
 Winfried Kretschmann
 Uwe Kretschmar
 Wolfram Krisch
 Volker Kröning *
 Dr. Martina Krogmann *
 Dr. Paul Krüger *
 Angelika Krüger-Leißner *

Robert Krumbein
 Horst Kubatschka *
 Wolfgang Kubicki
 Werner Kubitzka
 Ernst Küchler *
 Helga Kühn-Mengel *
 Dr. Hermann Kues *
 Dr. Uwe Küster *
 Jörg Kuhbier
 Manfred Kuhmichel
 Werner Kuhn *
 Ute Kumpf *
 Dr. Karl-Heinz Kunckel
 Konrad Kunick *
 Fritz-Dieter Kupfernagel
 Dr. Gerlinde Kuppe
 Rolf Kutzmutz *

L

Werner Labsch *
 Klaus-Jürgen Lais
 Christine Lambrecht *
 Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) *
 Karl Lamers *
 Dr. Norbert Lammert *
 Klaus Landowsky
 Ernst-Maria Lang
 Ulrich Lang
 Brigitte Lange *
 Christian Lange (Backnang) *
 Karl-Wilhelm Lange
 Günter Langen
 Detlev von Larcher *
 Dr. Paul Laufs *
 Karl-Josef Laumann *
 Dr. Hanna-Renate Laurien
 Dr. Karl Lautenschläger
 Hermann Leeb
 Christine Lehder *
 Dr. Uwe Lehmann-Brauns
 Waltraud Lehn *
 Wilhelm Leichtle
 Robert Leidinger *
 Albert Leifert
 Steffi Lemke *
 Wilfried Lemke
 Vera Lengsfeld *

Ina Lenke *
 Dr. Hans-Albert Lennartz *
 Klaus Lennartz
 Werner Lensing *
 Aloys Lenz
 Friedhelm Lenz
 Dr. Elke Leonhard *
 Peter Letzgus *
 Sabine Leutheusser-
 Schnarrenberger *
 Eckhart Lewering *
 Peggy Liebscher
 Ursula Lietz *
 Dr. Jürgen Linde
 Jürgen Linden
 Walter Link (Diepholz) *
 Dr. Helmut Linssen
 Eduard Lintner *
 Dr. Helmut Lippelt *
 Frieder Lippmann
 Heidi Lippmann *
 Dr. Klaus W. Lippold
 (Offenbach) *
 Dr. Manfred Lischewski *
 Manfred List
 Monica Lochner-Fischer
 Sylvia Löhrmann
 Christa Lörcher *
 Monika Löschner
 Ursula Lötzer *
 Götz-Peter Lohmann
 (Neubrandenburg) *
 Wolfgang Lohmann
 (Lüdenscheid) *
 Frank Lortz
 Prof. Dr. Wolfgang Loschelder
 Dr. Reinhard Loske *
 Erika Lotz *
 Julius Louven *
 Dr. Christine Lucyga *
 Christa Ludewig
 Barbara Ludwig
 Anton Lücht
 Wilhelm Lüke
 Heidemarie Lüth *
 Prof. Dr. Christa Luft *
 Dr. Michael Luther *
 Helga Lutz

M

Dieter Maaß (Herne) *
 Erich Maaß (Wilhelmshaven) *
 Roland Mack
 Prof. Ursula Männle
 Winfried Mante *
 Dirk Manzewski *
 Manuela Marheineke
 Tobias Marhold *
 Lothar Mark *
 Angela Marquardt *
 Erwin Marschewski *
 Siegfried Martsch
 Ulrike Mascher *
 Christoph Matschie *
 Ingrid Mattern
 Ingrid Matthäus-Maier *
 Detlef Matthiessen
 Dr. Marcus Mattis
 Heide Mattischeck *
 Hermann Maucher
 Ulrich Maurer
 Dr. Martin Mayer
 (Siegersbrunn) *
 Gerhard Mayer-Vorfelder
 Markus Meckel *
 Wolfgang Meckelburg *
 Ulrike Mehl *
 Dr. Michael Meister *
 Dr. Beate Merk
 Dr. Angela Merkel *
 Loke Mernizka
 Ulrike Merten *
 Angelika Mertens *
 Joachim Mertes
 Friedrich Merz *
 Dr.-Ing. Horst Metz
 Reinhard Metz
 Oswald Metzger *
 Franz Meyer
 Prof. Dr. Jürgen Meyer (Ulm) *
 Laurenz Meyer
 Maria Michalk
 Hans Michelbach *
 Meinolf Michels *
 Ernst Michl
 Renate Mölbitz

Jürgen W. Möllemann *
 Antje Möller
 Klaus Peter Möller
 Ursula Mogg *
 Walter Momper
 Ursula Monheim
 Christoph Moosbauer *
 Natalie Morawietz
 Edgar Moron
 Siegmar Mosdorf *
 Herbert Moser
 Hermann Mühlbeyer
 Bernward Müller (Jena) *
 Christian Müller (Zittau) *
 Christine Müller
 Elmar Müller (Kirchheim) *
 Dr. Gerd Müller *
 Herbert Müller
 Hildegard Müller
 Jutta Müller (Völklingen) *
 Kerstin Müller (Köln) *
 Klaus Wolfgang Müller (Kiel) *
 Manfred Müller (Berlin) *
 Michael Müller (Düsseldorf) *
 Peter Müller
 Dr. Rolf Müller
 Willi Müller
 Franz Müntefering *
 Peter Muschalla

N

Winfried Nachtwei *
 Gisela Nacken
 Ilse Nagel
 Andrea Nahles *
 Kersten Naumann *
 Dr. h.c. Friedel Neuber
 Anne Neuendorf
 Rosel Neuhäuser *
 Bernd Neumann (Bremen) *
 Gerhard Neumann (Gotha) *
 Volker Neumann (Bramsche) *
 Christa Nickels*
 DirkNebel*
 Dr. Edith Niehuis *
 Margot Nienkämper
 Dr. Rolf Niese *

Dietmar Nietan *
Henry Nitzsche
Claudia Nolte *
Günther Friedrich Nolting *
Günter Nooke *
Dr. Dirk Notheis

O

Franz Obermeier *
Thomas Oelmayer
Günter Oessinghaus *
Karl-Dieter Oestmann
Günther H. Oettinger
Cem Özdemir *
Eckhard Ohl *
Dr. Wolfgang Ohler
Prof. Dr. Jan Hendrik Olbertz
Brigitte Oltmanns
Helga Oltrogge
Leyla Onur *
Manfred Opel *
Holger Ortel *
Gerhart Orth
Siegbert Ortmann
Friedhelm Ost *
Hans-Jürgen Ostermann
Adolf Ostertag *
Christine Ostrowski *
Eduard Oswald *
Hans-Joachim Otto (Frankfurt) *
Norbert Otto (Erfurt) *

P

Kurt Palis *
Ute Pape
Albrecht Papenroth *
Detlef Parr *
Petra Pau *
Hartmut Paul
Judith Pauly-Bender
Heinz Paus
Rita Pawelski
Sieghard Pawlik
Dr. Peter Paziorek *
Dr. Wolfgang Peiner
Dr. Willfried Penner *

Renate Pepper
Hartmut Perschau
Eva Peters
Ulrich Petzold
Hildegard Pfaff
Prof. Dr. Martin Pfaff *
Georg Pfannenstein *
Anton Pfeifer *
Ernst Pfister
Dr. Friedbert Pflüger *
Johannes Pflug *
Beatrix Philipp *
Prof. Dr. Eckhart Pick *
Cornelia Pieper *
Dr. Frank-Michael Pietzsch
Ronald Pofalla *
Ruprecht Polenz *
Ramona Pop
Ulrike Poppe
Prof. Dr. Peter Porsch
Jennifer Portwig
Joachim Poß *
Dr. Diether Posser
Christos Prassas
Marlies Pretzlaff *
Annette Preuß
Reiner Priggen
Simone Probst *
Herbert Prochazka
Kirsten Pröving
Dr. Bernd Protzner *
Prof. Dr. Dieter Puchta
Dieter Pützhofen *

R

Rosemarie Raab
Jürgen Raber
Thomas Rachel *
Karin Radermacher
Hans Raidel *
Franz Rampelmann
Dr. Peter Ramsauer *
Klaus Rapp
Helmut Rau
Dr. h.c. Johannes Rau
Helmut Rauber *
Peter Rauen *

Karl Ravens
Heribert Rech
Bernhard Recker
Eckhardt Rehberg
Karin Rehbock-Zureich *
Klaus Rehder
Otto Rehhagel
Christa Reichard (Dresden) *
Katherina Reiche *
Steffen Reiche
Clemens Reif
Erika Reinhardt *
Prof. Dr. Wolfgang Reinhart
Thomas Reiter
Rudolf Reith
Margot von Renesse *
Renate Rennebach *
Hans-Peter Repnik *
Adolf Retz
Herbert Reul
Bernd Reuter *
Dr. Günter Rexrodt *
Dr. Edelbert Richter *
Hermann-Josef Richter
Manfred Freiherr von Richthofen
Ilse Ridder-Melchers
Theresia Riedmaier
Klaus Riegert *
Prof. Dr. Heinz Riesenhuber *
Roswitha Riess
Walter Riester
Dr. Harald Ringstorff
Dr. Berthold Rink
Barbara Rinke
Franz Riscop
Ludwig Ritter
Dr. Helmut Ritzer
Reinhold Robbe *
Christa Röder
Katharina Röhl
Paul Röhner
Norbert Römer
Hannelore Rönsch (Wiesbaden) *
Ursula Röper
René Rösper *
Dr. Uwe-Jens Rössel *
Norbert Röttgen *
Edeltraud Rogée

Jürgen Rohde
 Arthur Rohlfing
 Franz Romer *
 Heinrich-Wilhelm Ronsöhr *
 Gudrun Roos *
 Dr. Klaus Rose *
 Kurt J. Rossmann *
 Dr. Ernst Dieter Rossmann *
 Adolf Roth (Gießen) *
 Birgit Roth (Speyer) *
 Claudia Roth (Augsburg) *
 Michael Roth (Heringen) *
 Petra Roth
 Dr. Helmut Rothemund
 Sibylle Rothkegel
 Erika Rothstein
 Dr. Christian Ruck *
 Gerhard Rübenkönig *
 Helmut Rueck
 Volker Rühle *
 Brunhilde Rühl
 Antonius Rösenberg
 Dr. Jürgen Rüttgers *
 Dr. Martin Runge
 Marlene Rupprecht *
 Brigitte Russ-Scherer

S

Jannis Sakellariou
 Detlev Samland
 Thomas Sauer *
 Alfred Sauter
 Peter Schaar
 Anita Schäfer *
 Dr. Hansjörg Schäfer *
 Wolfgang Schaefer
 Petra Schäuble
 Dr. Wolfgang Schäuble *
 Ingrid Schafranski
 Gudrun Schaich-Walch *
 Hans Schaidinger
 Rudolf Scharping *
 Harald Schartau
 Hartmut Schauerte *
 Herrmann Schaufler
 Dr. Annette Schavan
 Christine Scheel *

Bernd Scheelen *
 Dr. Hermann Scheer *
 Siegfried Scheffler *
 Gerd Scheffold
 Doris Scheibe
 Heinz Schemken *
 Christina Schenk *
 Karl-Heinz Scherhag *
 Gerhard Scheu *
 Irmgard Schewe-Gerigk *
 Marko Schiemann
 Dr. Dieter Schiffmann
 Horst Schild *
 Dr. Etta Schiller
 Otto Schily *
 Franz Schindler
 Norbert Schindler *
 Silke Schindler
 Prof. Dr. Dagmar Schipanski
 Winfried Schittges
 Erika Schlatter
 Rezzo Schlauch *
 Dietmar Schlee *
 Heinz Schleusser
 Dr. Rolf Schlierer
 Dieter Schloten *
 Volker Schlotmann
 Cornelia Schmalz-Jacobsen
 Georg Schmid
 Irmgard Schmid
 Bernd Schmidbauer *
 Horst Schmidbauer (Nürnberg) *
 Albert Schmidt (Hitzhofen) *
 Andreas Schmidt (Mülheim) *
 Christian Schmidt (Fürth) *
 Dagmar Schmidt (Meschede) *
 Hans-Peter Schmidt
 Dr.-Ing. Joachim Schmidt
 (Halsbrücke) *
 Karin Schmidt
 Renate Schmidt
 Silvia Schmidt (Eisleben) *
 Ulla Schmidt (Aachen) *
 Ulrich Schmidt
 Wilhelm Schmidt (Salzgitter) *
 Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig *
 Regina Schmidt-Zadel *
 Angelika Schmitt

Dieter Schmitt
 Heinz Schmitt (Berg) *
 Ingo Schmitt
 Hans-Peter Schmitz (Baesweiler) *
 Michael von Schmude *
 Brigitte Schmück
 Wolfgang Schmülling
 Monika Schnaitmann
 Angela Schneider
 Carsten Schneider *
 Dr. Oscar Schneider
 Dr. Emil Schnell *
 Birgit Schnieber-Jastram *
 Steffie Schnoor
 Dr. Andreas Schockenhoff *
 Walter Schöler *
 Jörg Schönbohm
 Karl Schönewolf
 Karsten Schönfeld *
 Fritz Schösser *
 Gabriele Schöttler
 Olaf Scholz*
 Prof. Dr. Rupert Scholz *
 Alexander Schonath
 Reinhard Freiherr von Schorlemer *
 Ottmar Schreiner *
 Gerhard Schröder *
 Gisela Schröter *
 Dr. Klaus Schubert
 Dr. Mathias Schubert *
 Prof. Dr. Erika Schuchardt *
 Dr. Gerd Schuchardt
 Gerhard Schüßler *
 Dietmar Schütz (Oldenburg) *
 Diethard Schütze (Berlin) *
 Richard Schuhmann (Delitzsch) *
 Peter Schuler
 Prof. Wolfgang Schullhoff *
 Brigitte Schulte (Hameln) *
 Reinhard Schultz (Everswinkel) *
 Volkmar Schultz (Köln) *
 Werner Schulz (Leipzig) *
 Klaus Schumacher
 Ilse Schumann *
 Gustav-Adolf Schur*
 Ewald Schurer *
 Dr. R. Werner Schuster *
 Dr. Irmgard Schwaetzer *

Clemens Schwalbe *
Dr. Angelica Schwall-Düren *
Ernst Schwanhold *
RolfSchwanitz *
Andreas Schwarz
Dr. Gisela Schwarz
Dr. Christian Schwarz-Schilling *
Michael Schwarzkopf
Rita Schweiger
Rosely Schweizer
Wilhelm-Josef Sebastian *
Horst Seehofer *
RolfSeel
Marita Sehn *
Bodo Seidenthal *
Josef Seidl
Dr. Ilja Seifert *
Heinz Seiffert *
Rudolf Seiters*
Bernd Sibler
Dr. Walter Sieber
Bernd Siebert *
Bernd Siegel
Hannelore Siegel
Werner Siemann *
Erika Simm *
Christian Simmert *
Camilla Simon
Heide Simonis
Johannes Singhammer *
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk *
Dr. Markus Söder
Dr. Hermann Otto Solms *
Brigitte Somfleth
Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast *
Wieland Sorge *
Bärbel Sothmann *
Margarete Späte *
Dr. Lothar Späth
Wolfgang Spanier *
Brigitte Speth
Paul Spiegel
Dr. Margrit Spielmann *
Jörg-Otto Spiller *
Hans Spitzner
Anke Spoorendonk
Carl-Dieter Spranger *
W. Ludger Staby

Dr. Max Stadler *
Prof. Klaus Staeck
Dr. Ditmar Staffelt *
Gustav Starzmann
Christine Stavenhagen
Antje-Marie Steen *
Barbara Steffens
Wolfgang Steiger *
Erika Steinbach *
Peer Steinbrück
Horst Steinkühler
Christel Steitz
Christian Sterzing *
Prof. Dr. Wolfgang
Freiherr von Stetten *
Ludwig Stiegler *
RolfStöckel*
Dorothea Störr-Ritter *
Dr. Edmund Stoiber
Dr. Manfred Stolpe
Dr. Gerhard Stoltenberg
Barbara Stolterfolth
Andreas Storm *
Evelin Stotz
Johannes Straßer
Dagmar Strastil von Strassenheim
Peter Straub
Max Straubinger *
Rita Streb-Hesse *
Matthäus Strebl *
Klaus Strehl
Peter Strieder
Thomas Stritzl
Thomas Strobl *
Hans-Christian Ströbele *
Dr. Peter Struck *
Michael Stübgen *
Dr. h.c. Richard Stücklen
Joachim Stünker *
Prof. Dr. Rita Süßmuth *
T
Anita Tack
Elke Talhorst
Joachim Tappe *
Jörg Tauss *
Eva-Maria Tempelhahn

Jella Teuchner *
Erwin Teufel
Dr. Gerald Thalheim *
Dietrich Thiele
Carl-Ludwig Thiele *
Wolfgang Thierse *
Christa Thoben
Franz Thönnies *
Dr. Dieter Thomae *
Hanns Thomä-Venske
Ise Thomas
Renate Thon
Prof. Dr. Susanne Tiemann *
Dr. Berthold Tillmann
Uta Titze-Stecher *
Edeltraut Töpfer *
Reinhold Trinius
Jürgen Trittin *
Gottfried Tröger
Adelheid Tröscher *
Jürgen Türk *
Mariano Turano
Dr. Jörg Twenhöven

U

Christian Ude
Filiz Üstbas
Dr. Hans-Peter Uhl *
Eckhard Uhlenberg
Gunnar Uldall *
Hans-Eberhard Urbaniak *

V

Arnold Vaatz *
Franziska Veit
Rüdiger Veit *
Inge Velte
Günter Verheugen *
Dr. Michael Vesper
Dr. Erwin Vetter
Jörg Vierkant
Hans Vilsmeier
Simone Violka *
Astrid Vockert
Horst Vöge
Dr. Bernhard Vogel

Dr. Hans-Jochen Vogel
 Ute Vogt (Pforzheim) *
 Wolfgang Vogt
 Dr. Antje Vollmer *
 Dr. Ludger Volmer *
 Angelika Volquartz *
 Bärbel Vopel
 Hans Vorpeil
 Kläre Vorreiter
 Sylvia Ingeborg Voß *
 Andrea Voßhoff*

W

Gustav Wabro
 Dr. Christean Wagner
 Hans Georg Wagner *
 Ruth Wagner
 Joachim Wahnschaffe
 Dr. Theodor Waigel *
 Dr. Georg Freiherr von
 Waldenfels
 Dr. Walter Wallmann
 Ernst-Martin Walsken
 Birgit Walter
 Marlies Wanjura
 Prof. Dr. Johanna Wanka
 Rita Waschbüsch
 Gerhard Wattenberg
 Christine Weber
 Andreas Wecker
 Hedi Wegener *
 Dr. Konstanze Wegner *
 Greta Wehner
 Kurt Weidmann
 Wolfgang Weiermann *
 Brigitte Weigert
 Dr. Adolf Weiland
 Gerd Weimer
 Viola Weinert
 Reinhard Weis (Stendal) *
 Dr. Gerhard Weiser
 Matthias Weisheit *
 Gerald Weiß (Groß-Gerau) *
 Dr. Manfred Weiß
 Peter Weiß (Emmendingen) *
 Dr. Jürgen Weißbach
 Gunter Weißgerber *

Prof. Gert Weisskirchen
 (Wiesloch) *
 Barbara Weitzel
 Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker *
 Jochen Welt *
 Dr. Rainer Wend *
 Johanna Werner-Muggendorfer
 RolfWernstedt
 Ellen Werthmann
 Hildegard Wester *
 Dr. Guido Westerwelle *
 Lydia Westrich *
 Inge Wettig-Danielmeier *
 Karl-Peter Wettstein
 Dr. MargritWetzel*
 Annette Widmann-Mauz *
 Helmut Wiczorek (Duisburg) *
 Jürgen Wiczorek (Böhlen) *
 Dr. Norbert Wiczorek *
 Heidemarie Wiczorek-Zeul *
 Dieter Wiefelspütz *
 Heino Wiese (Hannover) *
 Heinz Wiese (Ehingen) *
 Klaus Wiesehügel *
 Joachim Wiesensee
 Karl-Heinz Wildmoser
 Hans-Otto Wilhelm (Mainz) *
 Helmut Wilhelm (Amberg) *
 GertWillner*
 Klaus-Peter Willsch*
 Anna-Maria Wilms
 Dr. Dorothee Wilms
 Brigitte Wimmer (Karlsruhe) *
 Willy Wimmer (Neuss) *
 Richard Winkels
 Hermann Winkler
 Veronika Winterstein
 Claus Wissner
 Matthias Wissmann *
 Engelbert Wistuba *
 Heinz-Hermann Witte
 Barbara Wittig *
 Werner Wittlich*
 Simon Wittmann
 Dr. Wolfgang Wodarg *
 Dagmar Wöhrl *
 Verena Wohlleben *
 Aribert Wolf*

Hanna Wolf (München) *
 Helmut Wolf
 Margareta Wolf (Frankfurt) *
 Dr. Winfried Wolf *
 Waltraud Wolff (Zielitz) *
 Dr. Bernhard Worms
 Heidemarie Wright *
 Brigitte Wucherpfennig
 Edeltraud Wucherpfennig
 Elke Wülfing *
 Peter Kurt Würzbach *
 Christian Wulff
 Prof. Dr. Otto Wulff
 Gert Wunderlich

Z

Undine Zachlot
 Gerhard Zambelli
 Uta Zapf*
 Irmgard Zecher
 Hans Zehetmair
 Wolfgang Zeitlmann *
 Norbert Zeller
 Benno Zierer *
 Wolfgang Zöllner *
 Dr. Christoph Zöpel *
 Walter Zuber
 Peter Zumkley *
 Helge Zychlinski

Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Landesparlamente

	SPD		CDU/CSU		Bündnis 90/Die Grünen		FDP		PDS		Sonstige		Insgesamt															
	MdB	Kein MdB	MdB	Kein MdB	MdB	Kein MdB	MdB	Kein MdB	MdB	Kein MdB	MdB	Kein MdB	MdB	Kein MdB														
Baden-Württemberg	30	8	51	32	19	18	69	8	4	6	18	7	5	2	14	1	-	-	1	-	7	-	7	78	48	34	160	
Bayern	34	18	14	66	47	34	107	6	5	1	12	5	-	-	-	5	1	-	-	1	-	-	-	93	49	49	191	
Berlin	10	-	7	17	7	-	19	3	-	4	7	1	-	-	-	1	4	-	-	4	-	-	-	-	25	-	27	52
Brandenburg	12	-	14	26	5	-	9	1	-	-	1	1	-	-	-	1	4	-	-	5	-	-	-	-	23	-	23	46
Bremen	3	-	2	5	1	-	3	1	-	1	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	5	10
Hamburg	7	2	4	13	4	3	2	9	1 ¹	1	3	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	13	6	7	26
Hessen	21	1	19	41	17	16	6	39	4	3	-	7	4	2	-	6	1	-	-	1	-	-	-	-	47	22	25	94
Mecklenburg-Vorpommern	7	2	4	13	4	2	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	2	2	8	-	-	-	-	15	8	8	31
Niedersachsen	35	3	32	70	24	-	26	50	4	-	4	8	4	-	-	4	1	-	-	1	-	-	-	-	68	3	62	133
Nordrhein-Westfalen	72	46	24	142	52	32	26	110	11	6	9	26	11	-	-	11	2	-	-	2	-	-	-	-	148	84	59	291
Rheinland-Pfalz	15	9	5	29	14	9	5	28	2	1	4	3	3	-	-	6	-	-	-	-	-	-	-	-	34	22	11	67
Saarland	5	4	1	10	3	2	2	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	6	3	17
Sachsen	12	-	7	19	13	12	14	39	2	-	2	2	-	-	-	8	5	1	14	-	-	-	-	-	17	22	76	
Sachsen-Anhalt	13	6	4	23	6	3	3	12	1	-	1	1	-	-	-	1	5	3	3	11	-	2 ²	-	-	26	14	10	50
Schleswig-Holstein	11	6	5	22	9	8	1	18	2	2	-	4	2	1	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	24	17	6	47
Thüringen	11	4	3	18	7	7	4	18	1	-	1	1	-	-	-	1	5	-	4	9	-	-	-	-	25	11	11	47
Insgesamt	298	114	153	565	245	141	161	547	47	22	27	96	43	11	2	56	36	10	19	65	-	9	-	9	669	307	362	1338

¹ REP ² GAL ³ DVU

Stenographischer Bericht

Bonn, Sonntag, den 23. Mai 1999

Beginn: 12.00 Uhr

Präsident Wolfgang Thierse: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 11. Bundesversammlung zur Wahl des achten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie herzlich willkommen. Ich wünsche uns allen ein frohes Pfingstfest.

Ich begrüße die Mitglieder der Bundesversammlung, unter ihnen Bundeskanzler Gerhard Schröder und die Mitglieder der Bundesregierung, die Ministerpräsidenten, Minister und Senatoren der Bundesländer.

Ich begrüße die Mitglieder des Bundestages und der Landtage sowie alle Persönlichkeiten aus dem politischen, kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Leben. Seien Sie herzlich willkommen!

Unser Dank gilt den Botschaftern und Angehörigen ausländischer Missionen für ihr Kommen. Wir wissen es zu schätzen, daß Sie an diesem großen Ereignis Interesse zeigen.

Schließlich grüße ich neben den zahlreichen Gästen, die unserer Einladung gefolgt sind, auch jene sehr herzlich, die diese Wahl an den Rundfunk- und Fernsehgeräten verfolgen – in unserem Land, aber ebenso in anderen Teilen Europas und der Welt.

Von dieser Stelle aus und in Ihrer aller Namen möchte ich unserem Bundespräsidenten Roman Herzog und seiner Frau Christiane unsere besten Wünsche und herzlichen Grüße in den Berliner Amtssitz, Schloß Bellevue, übermitteln.

(Beifall)

Beiden gilt unser Dank für ihren langjährigen und unermüdlichen Einsatz, den sie gemeinsam für unser Land geleistet haben. Die Bürgerinnen

und Bürger unseres Gemeinwesens wissen, auf welch vorbildliche Weise Roman Herzog das höchste Amt in unserem Staat in den vergangenen fünf Jahren ausgefüllt hat und wie sehr das Ansehen unserer parlamentarischen Demokratie im In- und Ausland durch seine Arbeit gemehrt worden ist. Dafür sagen wir Ihnen, Herr Bundespräsident, unseren nachdrücklichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Morgen wird unser Land, **die Bundesrepublik Deutschland**, 50 Jahre alt. Dieses **Jubiläum** können wir Deutschen in Ost und West gemeinsam feiern. Vier Jahrzehnte geteilt, leben wir nun seit fast zehn Jahren wieder gemeinsam in einer parlamentarischen Demokratie. Vergessen wir nicht: In diesen Wochen und Monaten begannen vor zehn Jahren, im Frühjahr 1989, mit dem Einspruch gegen die gefälschten Kommunalwahlen in der DDR, mit den Botschaftsflüchtlingen in Ungarn und der damaligen Tschechoslowakei jene Veränderungen, die erst ermöglichten, daß wir Deutschen gemeinsam das 50jährige Bestehen unseres demokratischen Rechtsstaates feiern können.

Heute sind wir hier im Berliner Reichstagsgebäude zusammengekommen, um im Namen aller Deutschen den achten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu wählen. Diese Stadt und dieses Gebäude waren bereits in der Vergangenheit mehrfach Gastgeber der Bundesversammlung. Viermal konnten Parlament und Regierung nach 1949 die Wahl des Bundespräsidenten in Berlin durchsetzen. Auf Grund des Viermächteabkommens war das später nicht mehr möglich. Dieser Blick zurück verdeutlicht, wieviel sich seitdem in Deutschland und Europa verändert hat: Aus den Gegnern von einst sind Nachbarn, Partner, Freunde geworden, die die Wahl unseres nächsten Staatsoberhauptes in Sympathie und Verbundenheit verfolgen.

Bereits zum zweitenmal nach der Vereinigung Deutschlands kommt die Bundesversammlung hier im Reichstagsgebäude zusammen. Dennoch ist mit der heutigen Bundesversammlung eine Besonderheit verbunden: Der von uns zu wählende Bundespräsident wird der erste sein, der vom Amtsantritt an seinen Sitz in Berlin einnehmen wird. Und noch wichtiger: Dieser Umstand ist für uns alle fast schon eine Selbstverständlichkeit geworden. Das ist gut so, denn es drückt Wichtiges darüber aus, wie wir in unserer Bürgergesellschaft mit dem Verhältnis von Veränderungen und Kontinuität umgehen.

Diese Bundesversammlung findet statt inmitten des **Umzugs von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin**, den der Deutsche Bundestag im Jahr 1991 beschlossen hat. Vor gut einem Monat haben wir den Einzug des Deutschen Bundestages in dieses Gebäude begangen. Nach der Sommerpause wird unser Parlament hier seine alltägliche Tätigkeit aufnehmen. Das Bundeskanzleramt und die nach Berlin wechselnden Ministerien werden ebenfalls so bald wie möglich ihre Arbeit in der Bundeshauptstadt beginnen.

Dies alles sind Veränderungen, die im Ausland, aber auch bei unseren Bürgerinnen und Bürgern aufmerksam beobachtet werden. Die einen wie die anderen fragen, welche Auswirkungen der Wechsel vom Rhein an die Spree mit sich bringen wird, in welche Richtung – mit Thomas Mann gesprochen – „Deutschland und die Deutschen“ künftig steuern werden. In einer solchen Situation ist es wichtig und richtig, nach innen wie nach außen die Konstanten unserer parlamentarischen Demokratie ins Gedächtnis zu rufen. Deshalb sei noch einmal betont: Der Umzug von Bonn nach Berlin bedeutet für die deutsche Politik keinen Bruch. Im Gegenteil: Die politischen Grundkoordinaten aus fünf Jahrzehnten bleiben gültig. Unsere parlamentarische Demokratie wird sich in einem Europa der Völker auch künftig für Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.

(Beifall)

Über diese Grundwerte gab es in 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland stets Konsens, und hieran soll sich auch künftig nichts ändern. Im Gegenteil: Wir sind aufgerufen, uns weiter nachdrücklich für diese Ziele zu engagieren. In der immer enger zusammenwachsenden einen Welt werden sie uns künftig mehr denn je fordern.

(Beifall)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Worte von Thomas Mann. Angesichts der Nazi-diktatur hat er aus dem Exil bereits 1938 vom „kommenden Sieg der Demokratie“ gesprochen und diese Auffassung damit begründet, daß die Demokratie mehr als jede andere Staatsform „von dem Gefühl und Bewußtsein der Würde des Menschen“ inspiriert wird.

Welches Amt in unserem Gemeinwesen wäre geeigneter, diesen Grundkonsens aller Demokraten zum Ausdruck zu bringen, als das des Staatsoberhauptes? An das höchste Amt in unserer parlamentarischen Demokratie richten sich besondere Erwartungen. Der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin, den bzw. die wir heute wählen, repräsentiert in besonderer Weise das, was uns Deutsche verbindet, und wie wir in der Welt wahrgenommen werden. Er bzw. sie drückt aus, was uns als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jenseits aller Unterschiede gemeinsam ist.

Dennoch ist das **Amt des Bundespräsidenten** keinesfalls ein rein repräsentatives oder gar unpolitisches. Im Gegenteil: Alle unsere Bundespräsidenten haben in ihrer Amtsführung deutlich gemacht, wie man auch und gerade als Staatsoberhaupt politische Akzente setzt und politisches wie gesellschaftliches Handeln einfordert.

Theodor Heuss, Heinrich Lübke, Gustav Heinemann, Walter Scheel, Karl Carstens, Richard von Weizsäcker und Roman Herzog wußten – jeder auf seine eigene, unverwechselbare Weise – immer wieder Probleme in unserem Gemeinwesen beim Namen zu nennen und konstruktive Impulse in den politischen Meinungsbildungsprozeß ein-

zubringen. Ebenso nachdrücklich sind sie stets für eine aktive, zivile Bürgergesellschaft eingetreten, haben sie soziales Engagement, Gemeinwohlorientierung und politische Beteiligung eingefordert. Nicht zuletzt wurde von ihnen stets an die globalen Aufgaben erinnert, die wir haben: an den Kampf gegen Hunger, Leid, Krankheit und Umweltzerstörung. Dies sind keinesfalls nur Aufgaben der Politik. Zu ihnen kann und soll jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin Beiträge leisten.

Kurz vor der Jahrtausendwende stehen wir in Deutschland und Europa vor großen politischen Aufgaben und Herausforderungen. Um sie zu bewältigen, sind in der Bürgergesellschaft die Beiträge jedes einzelnen unverzichtbar. Die parlamentarische Demokratie stellt die Würde des Menschen in den Mittelpunkt allen staatlichen Handelns. Gerade deshalb braucht sie den aktiven Einsatz, setzt sie das kritische Engagement des mündigen Individuums in der Bürgergesellschaft voraus. An der Spitze eines so verstandenen Gemeinwesens steht unser Staatsoberhaupt – eine Persönlichkeit aus unserer Mitte, die für uns spricht, unsere gemeinsamen Überzeugungen zum Ausdruck bringt, zugleich verbindend und kritisch unter uns wirkt und unsere parlamentarische Demokratie nach innen wie nach außen vertritt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Liebe Mitglieder der Bundesversammlung, wir sind heute im Reichstagsgebäude zusammengekommen, um unseren nächsten Bundespräsidenten zu wählen. Lassen Sie uns nun gemeinsam unseres Verfassungsauftrages walten! Ich bitte Sie in diesem Zusammenhang um ein wenig Geduld und Aufmerksamkeit für die nun folgenden Formalitäten und Erläuterungen zum Wahlverfahren.

Wir kommen zur **Konstituierung der 11. Bundesversammlung**. Die Bundesversammlung besteht aus 669 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Zahl von Mitgliedern, die von den Länderparlamenten gewählt worden sind.

Die Präsidenten der Länderparlamente haben mir mitgeteilt, daß die 669 Mitglieder aus den Ländern rechtmäßig gewählt wurden.

Nach § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung findet die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages auf den Geschäftsgang der Bundesversammlung sinngemäß Anwendung, sofern sich die Bundesversammlung nicht eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Es liegt ein **Antrag** des Mitglieds der Bundesversammlung Helmut Wolf **zur Geschäftsordnung** vor. Der Antrag ist darauf gerichtet, die Bewerberinnen und Bewerber für das Amt des Bundespräsidenten durch eine Ergänzung der Geschäftsordnung zu verpflichten, gegenüber der Bundesversammlung zu erklären, daß sie frei von Belastungen mittelbarer oder unmittelbarer Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR sind. Nach Art. 54 Abs. 1 des Grundgesetzes wird der Bundespräsident ohne Aussprache gewählt. Es können deshalb auch keine Erklärungen zur Person der Kandidaten abgegeben werden. Damit ist der Antrag offensichtlich unzulässig. Folglich kann nicht über ihn abgestimmt werden. Daher entfällt auch eine Begründung des Antrags.

Weitere Anträge zur Geschäftsordnung liegen nicht vor. Deshalb findet – wie im Gesetz vorgesehen – die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sinngemäß Anwendung.

Zur Beschlußfähigkeit der Bundesversammlung ist die Anwesenheit von mindestens 670 Mitgliedern erforderlich. – Das ist offensichtlich der Fall. Die Bundesversammlung ist also beschlußfähig.

Als Schriftführer schlage ich Ihnen die 42 Abgeordneten vor, die diese Aufgabe auch im Deutschen Bundestag wahrnehmen. Es sind dies die Abgeordneten: Brigitte Adler, Ilse Aigner, Wolfgang Bosbach, Dr. Michael Bürsch, Wolfgang Dehnel, Christel Deichmann, Ekin Deligöz, Hubert Deittert, Peter Dreßen, Hans-Josef Fell, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Hans-

Joachim Fuchtel, Jelena Hoffmann, Frank Hofmann (Volkach), Klaus Holetschek, Ingrid Holzhüter, Christel Humme, Barbara Imhof, Jann-Peter Janssen, Ina Lenke, Werner Lensing, Christa Lörcher, Rosel Neuhäuser, Dr. Rolf Niese, Marlies Pretzlaff, Erika Reinhardt, Bernd Reuter, Dr. Uwe-Jens Rössel, Marlene Rupprecht, Heinz Schemken, Irmgard Schewe-Gerigk, Regina Schmidt-Zadel, Marita Sehn, Bodo Seidenthal, Heinz Seiffert, Bärbel Sothmann, Joachim Tappe, Jürgen Türk, Angelika Volquartz, Gert Willner, Lydia Westrich und Heidemarie Wright. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer Bernd Reuter und Marlies Pretzlaff, neben mir Platz zu nehmen. – Die 11. Bundesversammlung ist damit konstituiert.

Meine Damen und Herren, es liegen folgende **Vorschläge** für die Wahl zum Bundespräsidenten vor, die ich in alphabetischer Reihenfolge bekanntgebe:

Frau Professor

Dr. Uta Ranke-Heinemann.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Ministerpräsident a. D.

Dr. h.c. Johannes Rau.

(Beifall)

Frau Professor

Dr. Dagmar Schipanski.

(Beifall)

Die Vorgeschlagenen haben gemäß § 9 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung schriftlich ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt. Ich stelle fest, daß die Wahlvorschläge den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesversammlung, ich bitte nunmehr um Ihre Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum **Wahlverfahren**. Nach

Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist zum Bundespräsidenten gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, das heißt, wer mindestens 670 Stimmen auf sich vereinigt.

§ 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung sieht vor, daß mit verdeckten amtlichen Stimmkarten gewählt wird. Die Wahl ist deshalb gemäß § 49 unserer Geschäftsordnung geheim.

Sie müssen Ihre Stimmkarten in einer der Wahlkabinen hinter dem Adler in der Osthalle ankreuzen. Sie müssen also links oder rechts durch die Glastüren zu den Wahlkabinen hinausgehen, vor denen Sie die Stimmzettel erhalten. Die Stimmzettel müssen in der Wahlkabine in den Wahlumschlag gegeben werden. Die Schriftführer sind verpflichtet, Mitglieder der Bundesversammlung zurückzuweisen, die ihre Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt haben. Die Wahl kann jedoch vorschriftsmäßig wiederholt werden.

Stimmkarten mit mehr als einem Kreuz oder sonstigen Zusätzen sind ungültig. Das gleiche gilt für Stimmkarten, die überhaupt nicht angekreuzt sind oder auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten. Die Schriftführer zu meiner Rechten und Linken werden nachher die Namen nach dem Alphabet aufrufen.

Nachgerückte Mitglieder, die nicht mehr im Namensverzeichnis alphabetisch aufgeführt werden konnten, werden zum Schluß aufgerufen.

Verfolgen Sie bitte den Namensaufruf, und begeben Sie sich erst dann in die Osthalle, wenn der Aufruf Ihres Namens unmittelbar bevorsteht. Die Schriftführer händigen Ihnen an den Ausgabefischen in der Osthalle Ihre Stimmkarte und den amtlichen Wahlumschlag erst nach dem Aufruf Ihres Namens aus. Für den Empfang der Stimmkarte halten Sie bitte Ihren weißen Wahlausweis bereit.

Nachdem Sie Ihre Stimmkarte in der Wahlkabine ausgefüllt und in den Wahlumschlag gesteckt haben, kommen Sie bitte durch die Mitteltür – unter dem Adler – zurück in den Plenarsaal, und werfen Sie Ihre Stimmkarte im Wahlumschlag in eine der hier vorne aufgestellten Wahlurnen. Den weißen Wahlausweis übergeben Sie bitte den Schriftführern an den Wahlurnen. Dadurch wird Ihre Teilnahme an der Wahl nachgewiesen.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze an den Tischen zur Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen einzunehmen. Meine Damen und Herren, ich eröffne die Wahl und bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, haben alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben, auch die Schriftführer? – Das ist offensichtlich der Fall.

Ich schließe die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Auszählung wird etwa 30 Minuten dauern. Die Sitzung wird während dieser Zeit nicht unterbrochen. –

Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis des ersten Wahlgangs** bekannt: Abgegebene Stimmen 1333, ungültige Stimmen 2, Enthaltungen 17, gültige Stimmen 1331. Es entfallen auf Frau Uta Ranke-Heinemann 69 Stimmen,

(Beifall)

auf Johannes Rau 657 Stimmen,

(Beifall)

auf Dagmar Schipanski 588 Stimmen.

(Anhaltender Beifall)

Nach § 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, das heißt, wer mindestens 670 Stimmen auf sich vereinigt. Ich stelle fest, daß keiner der vorgeschlagenen Kandidaten die für den ersten Wahlgang vorgeschriebene absolute Mehrheit erreicht hat. Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes muß deshalb ein zweiter Wahlgang stattfinden.

Die Fraktionen der F.D.P. und der PDS haben eine Unterbrechung der Sitzung beantragt. Ich unterbreche damit die Sitzung für etwa 20 bis 30 Minuten. Der Wiederbeginn der Sitzung wird rechtzeitig durch Klingelzeichen bekanntgegeben.

(Unterbrechung von 14.16 bis 14.49 Uhr)

Präsident Wolfgang Thierse: Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in den **zweiten Wahlgang** ein. Auch im zweiten Wahlgang ist für die Wahl des Bundespräsidenten die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Bundesversammlung erforderlich, das heißt also mindestens 670 Stimmen. Für den zweiten Wahlgang kandidieren erneut Frau Professor **Dr. Uta Ranke-Heinemann**,

(Vereinzelt Beifall)

Herr Ministerpräsident a. D. Dr. h. c. Johannes Rau

(Beifall)

und Frau Professor Dr. Dagmar Schipanski.

(Beifall)

Das Wahlverfahren ist bekannt. Auch der zweite Wahlgang erfolgt per Namensaufruf. Für die Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen halten Sie dieses Mal bitte Ihren blauen Wahlausweis bereit. Verfolgen Sie bitte wieder den Namensaufruf, und begeben Sie sich erst dann zu den Ausgabestischen in der Osthalle, wenn der Aufruf Ihres Namens unmittelbar bevorsteht. Die Schriftführer händigen Ihnen Ihre Stimmkarte erst nach dem Aufruf Ihres Namens aus.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze an den Tischen zur Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen einzunehmen. – Ich eröffne die Wahl und bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf – Während des Namensaufrufs übernehmen um 15.04 Uhr Vizepräsidentin Anke Fuchs und um 15.17 Uhr Präsident Wolfgang Thierse den Vorsitz)

Präsident Wolfgang Thierse: Meine Damen und Herren, haben alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe diesen Wahlgang und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Auszählung wird etwa 30 Minuten dauern. Die Sitzung wird während dieser Zeit nicht unterbrochen.

Meine Damen und Herren, ich gebe das **Ergebnis der Wahl** bekannt: Abgegebene Stimmen 1333, ungültige Stimmen 1, also gültige Stimmen 1332, Enthaltungen 8. Es entfallen auf Frau Uta Ranke-Heinemann 62 Stimmen.

(Beifall)

Auf Herrn Johannes Rau entfallen 690 Stimmen.

(Sehr lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ich möchte mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses fortfahren. Auf Frau Dagmar Schipanski entfallen 572 Stimmen.

(Beifall – Dr. h. c. Johannes Rau nimmt Glückwünsche von Mitgliedern der Bundesversammlung entgegen)

Meine Damen und Herren, nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung, das heißt, wer mindestens 670 Stimmen auf

sich vereinigt. Ich stelle fest, daß Herr Johannes Rau die erforderliche Mehrheit der Stimmen erhalten hat und somit zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt ist.

(Beifall)

Herr Rau, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland an?

Dr. h. c. Johannes Rau: Ich nehme die Wahl an, Herr Präsident.

(Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß Herr Johannes Rau die Wahl zum Bundespräsidenten angenommen hat. Ich spreche dem künftigen Präsidenten der Bundesrepublik die Glückwünsche der Bundesversammlung aus. Alles Gute, Herr Rau!

(Beifall)

Dr. h. c. Johannes Rau: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke ganz herzlich allen, die mich gewählt haben und bekunde auch denen meinen Respekt, die sich für die Mitbewerberinnen entschieden haben, denen ich meinen Respekt nicht versage. In diesen Tagen habe ich gelegentlich gesagt: An dem Wort Familienbande ist viel Wahres dran.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber ich sage jetzt: Es ist für mich nicht nur eine selbstverständliche Pflicht, sondern auch eine persönliche Verpflichtung, von dem Tag an, an dem ich das Amt des Bundespräsidenten wahrnehme, über alle Grenzen und über alle Unterschiede hinweg der **Bundespräsident aller Deutschen** zu sein und der Ansprechpartner für alle Menschen, die ohne einen deutschen Paß bei uns leben und arbeiten.

(Beifall)

Am 9. November – der Herr Bundestagspräsident hat heute morgen daran erinnert – denken wir an den Tag vor zehn Jahren, an dem die Mauer gefallen ist. Wir werden uns, wir müssen uns daran erinnern, daß wir das denen zu verdanken haben, die sich mit Kerzen, Demonstrationen, Liedern und Gebeten von einem System freigemacht haben, in dem sie nicht mehr leben wollten. Aber wir dürfen nicht vergessen: Daß ihnen das gelungen ist, das haben wir Menschen in Warschau, in Prag, in Budapest und in vielen anderen Ländern zu verdanken, ohne die die deutsche Bürgerrechtsbewegung ihren Erfolg nicht hätte haben können.

(Beifall)

Wir wollen daran erinnern und wir wollen daraus lernen, daß die **deutsche Einheit und der europäische Einigungsprozeß** zwei Seiten einer Medaille sind. Es ist in unserem eigenen und im europäischen Interesse, daß wir unsere Anstrengungen fortsetzen, damit die Menschen in allen 16 Ländern der Bundesrepublik gleiche Lebenschancen haben.

Heute vor 50 Jahren – morgen werden wir in einer besonderen Veranstaltung daran denken – ist das Grundgesetz in Kraft getreten. Ich wünsche mir, daß wir uns, bei allen Kontroversen über einzelne Sachfragen und bei allem politischen Streit, den es gibt und geben muß und immer geben wird, immer wieder neu darauf besinnen, daß wir in unserer Verfassung etliches unaufgebbar festgeschrieben haben: daß die Würde des Menschen unantastbar ist – da steht nicht: die Würde der Deutschen, sondern da steht: die Würde des Menschen –,

(Beifall)

daß Frauen und Männer gleiche Chancen und gleiche Rechte haben sollen,

(Beifall)

daß das private Eigentum zugleich dem Allgemeinwohl dienen soll.

(Beifall)

Es hat – auch unter uns – eine lange Diskussion gegeben: über das Grundgesetz und seine Chancen, über das Verhältnis von Vaterlandsliebe, **Patriotismus** und Nationalismus. Ich glaube, daß Nationalismus und Separatismus Geschwister sind. Ich will nie ein Nationalist sein, aber ein Patriot wohl. Ein Patriot ist jemand, der sein Vaterland liebt; ein Nationalist ist jemand, der die Vaterländer der anderen verachtet. Wir aber wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, in Europa und in der Welt.

(Beifall)

Wir leben in einem Zustand des Krieges, der durch Menschenrechtsverletzungen und durch schreckliche Verfolgung hervorgerufen worden ist. Ich hoffe und wünsche, daß dieser Krieg nicht lange dauern muß, und ich hoffe, daß dann, wenn ich mein Amt antrete, die diplomatischen Bemühungen – denen ich, Herr Bundeskanzler, mit ganzem Herzen zustimme – Erfolg gehabt haben, damit möglichst schnell Friede ist und Friede sein kann in Deutschland und in Europa.

(Beifall)

Ich danke allen herzlich, die mir ihr Vertrauen gegeben haben, und ich bitte alle, ob sie mich gewählt haben oder nicht: Nehmen Sie mich so an, wie ich bin. Haben Sie Geduld mit meinen Schwächen, und suchen Sie ein bißchen mit nach meinen Stärken.

So sage ich: Ich grüße alle Deutschen, ich grüße unsere Nachbarn, und ich grüße unsere Freunde überall in der Welt.

(Anhaltender Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Meine Damen und Herren, die Eidesleistung des neuen Bundespräsidenten wird nach der Vorschrift des Grundgesetzes vor den versammelten Mitgliedern des

Deutschen Bundestages und des Bundesrates erfolgen, und zwar am 1. Juli 1999 in Bonn.

Bevor ich die Bundesversammlung schließe, möchte ich allen Mitgliedern der Bundesversammlung – vor allem auch den Schriftführerinnen und Schriftführern – dafür danken, daß sie zu einem reibungslosen Ablauf beigetragen haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nun gemeinsam unsere Nationalhymne singen.

(Nationalhymne)

Meine Damen und Herren, ich erkläre die 11. Bundesversammlung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 16.32 Uhr)

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1999

Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Dr. h. c. Johannes Rau

Deutscher Bundestag, 51. Sitzung, zugleich 740. Sitzung des Bundesrates, Bonn, den 1. Juli 1999
(Auszug)¹⁾

Präsident Wolfgang Thierse: [...]

Meine Damen und Herren, am 23. Mai dieses Jahres hat die Bundesversammlung Herrn Johannes Rau zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Herr Johannes Rau hat vor der Bundesversammlung diese Wahl angenommen und mit dem heutigen Tag das Amt des Bundespräsidenten angetreten.

Nach Art. 56 des Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates den vorgeschriebenen Eid. Ich bitte Sie, Herr Bundespräsident, zu mir zu kommen, um den Eid zu leisten. Dazu bitte ich auch den Herrn Präsidenten des Bundesrates.

(Die Anwesenden erheben sich)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich reiche Ihnen die Originalausgabe des Grundgesetzes und bitte Sie, den vorgeschriebenen Amtseid zu leisten.

Bundespräsident Dr. h. c. Johannes Rau: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Wolfgang Thierse: Ich stelle fest: Der Herr Bundespräsident hat den vorgeschriebenen Amtseid geleistet. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Amt und wünsche Ihnen alles Gute und Gottes Segen für Sie und für unser Vaterland.

(Beifall)

Das Wort hat nun der Herr Bundespräsident.

Bundespräsident Dr. h. c. Johannes Rau: Herr Bundestagspräsident! Meine Damen und Herren! Ich danke für die guten Wünsche, die ich heute von dieser Stelle aus mit auf den Weg bekommen habe. Ich empfinde sie ebenso als Ansporn und Ermutigung wie die große Mehrheit der vielen Briefe, die mich seit dem 23. Mai erreicht haben. Ich freue mich über das große Vertrauen, das viele in mich setzen. Das ist mir genauso ernsthafte Verpflichtung, wie ich für die kommenden Jahre kritische Wegbegleitung erbitte.

Mein besonderer Dank gilt heute dem Mann, dessen Mitbewerber ich vor fünf Jahren war und dem ich heute nachfolge: Professor Dr. Roman Herzog. Lieber Herr Herzog, fünf Jahre lang haben Sie unser Land in aller Welt repräsentiert. Sie haben das auf Ihre unverwechselbare Art und Weise und mit Ihrem Temperament getan: mit klarer Sprache, direkt, ohne Schnörkel und unverblümt. Jeder konnte spüren, was Ihnen wichtig war, und auch, daß Sie sich selber nicht für am wichtigsten hielten. Dazu haben Sie mit Ihrem Witz und Ihrer Selbstironie beigetragen, auch heute wieder – Eigenschaften, die deutschen Hochschullehrern, zumal der Jurisprudenz, durchaus nicht allgemein nachgesagt werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Das, was Sie zur jüngeren deutschen und europäischen Geschichte gesagt haben, und auch, daß Sie zur richtigen Zeit und am richtigen Ort geschwiegen haben, hat das Vertrauen in unser Land gestärkt. Dafür danke ich Ihnen. Vor Ihnen liegen jetzt Jahre, in denen Sie sich wieder der Wissenschaft widmen wollen. Da darf man ge-

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 14. Wahlperiode. Stenographische Berichte. Bd. 196, S. 4363-4368.

spannt sein: Welche Konsequenzen werden die praktischen Erfahrungen des Bundespräsidenten Roman Herzog für den Grundgesetz-Kommentar des Staatsrechtlers Roman Herzog haben? Zuletzt haben Sie 1986 den Art. 54 unseres Grundgesetzes kommentiert, der die Aufgaben des Bundespräsidenten beschreibt. Ob wir mit einer baldigen Neukommentierung im Lichte eigener Erfahrungen rechnen dürfen?

Herzlichen Dank sage ich auch Ihnen, liebe Frau Herzog. Ihnen ist es neben all den Aufgaben als Frau des Bundespräsidenten gelungen, mit großem Einsatz öffentliche Aufmerksamkeit für eine Krankheit zu wecken, die viele vorher nicht gekannt hatten, und dadurch vielen kranken Menschen zu helfen.

Ganz besonders grüße ich von dieser Stelle aus auch zwei meiner Vorgänger im Amt des Bundespräsidenten: Richard von Weizsäcker, dem ich seit Jahrzehnten freundschaftlich verbunden bin, und meinen bergischen Landsmann Walter Scheel, der in der kommenden Woche seinen 80. Geburtstag feiern kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, heute in sechs Monaten schreiben wir den 1. Januar 2000. Das Jahr 2000 gewinnt in manchen öffentlichen Diskussionen einen Stellenwert, der ans Unwirkliche grenzt. Das gilt in anderer Weise auch für den Gebrauch des Begriffs Globalisierung. Wenn von Globalisierung die Rede ist, dann klingt das manchmal wie die Verheißung eines neuen Goldenen Zeitalters, manchmal aber auch, als würden alle Übel der Welt auf einen Begriff gebracht.

Beides scheint mir falsch zu sein. Die Globalisierung bietet uns Deutschen und aller Welt große Chancen – wenn wir sie recht verstehen und richtig gestalten. Tatsächlich ist Globalisierung ja nichts anderes als die Einsicht, daß wir in unserer Welt stärker denn je voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind. Kein Land kann

heute mehr sicher sein, daß eigene Fehler oder Fehler anderer nur deshalb ohne Folgen bleiben, weil es weit genug entfernt liegt, weil es wirtschaftlich leistungsfähiger, politisch einflußreicher oder militärisch stärker als andere ist. Weil uns das, was andere tun, selber mittelbar oder unmittelbar betrifft, kann es uns heute weniger denn je gleichgültig lassen, was in der Welt geschieht.

Freilich: Nicht jedes Land hat politisch und auch nicht jedes Unternehmen hat wirtschaftlich das gleiche Gewicht. Einige können stärker dazu beitragen, daß alle Vorteile oder Nachteile haben. Man braucht kein Kenner und kein Liebhaber der Chaostheorie zu sein, um zu wissen, daß kleinste Veränderungen an einer Stelle ganz unvermutete und oft große Folgen an anderer Stelle haben.

Die Globalisierung der Wirtschaft hat besondere Bedeutung. Sie stellt an uns alle die Frage nach dem richtigen Verhältnis zwischen privat bestimmtem wirtschaftlichen Handeln und demokratisch bestimmtem öffentlichen Handeln. Verantwortliche Politik muß dieses Verhältnis neu ordnen und muß die Frage beantworten, welche öffentlichen Aufgaben regional, welche national und welche nur international erfolgreich gelöst werden können.

Dabei will, soweit ich sehe, niemand alte Schlachten schlagen. Daß der Markt als Mechanismus des Wirtschaftslebens allen anderen Prinzipien überlegen ist, wird nirgendwo und von niemandem mehr ernsthaft bestritten. Ganz unterschiedliche Auffassungen gibt es aber darüber, was der Markt kann, welchen Rahmen er braucht und welche Grenzen ihm politisch gesetzt werden müssen. Genau darum – um nicht weniger und um nicht mehr – geht der wesentliche gesellschaftspolitische Streit nicht nur bei uns in der Bundesrepublik Deutschland. Darüber streiten Wissenschaftler und Politiker, Gewerkschafter, Unternehmer und Intellektuelle in Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika genauso wie in Japan und Großbritannien.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von den politischen Parteien Antworten darauf, wie privates Wirtschaften und öffentliche Verantwortung in Zeiten der Globalisierung im Interesse aller in ein neues Gleichgewicht gebracht werden können. Die Frage, wie das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bei uns zu Hause und im Weltmaßstab gelöst werden soll, muß in ungezählten praktischen Fällen immer wieder neu beantwortet werden. Maßstäbe dafür bieten weder die Betriebswirtschaftslehre noch die Volkswirtschaftslehre. Es kommt darauf an, welches Bild vom Menschen und welches Bild vom Zusammenleben der Menschen wir haben. Das ist eine Frage, die jeden einzelnen angeht und die – bewußt oder unbewußt – unser Handeln prägt. Die Politik darf dieser Frage nicht ausweichen, weder durch Flucht in weltfremde Ideologien noch durch das Verstecken hinter angeblichen Sachzwängen.

(Beifall)

In der Politik geht es nicht um letzte Wahrheiten, sondern um richtige Lösungen. Der politische Streit sollte jeweils um die Frage gehen, welcher Vorschlag der beste im Interesse aller oder im Interesse der vielen ist. Nur dann kann etwas von dem aufscheinen, was Hannah Arendt in die Worte gefaßt hat: „Politik ist angewandte Liebe zur Welt.“

(Beifall)

Wir politisch Verantwortlichen müssen die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Wir dürfen sie weder in Angst und Schrecken versetzen noch in falscher Sicherheit wiegen. Sie wollen wissen, woran Sie sind. Sie haben Anspruch darauf zu erfahren, was die Politik will und worin sich die politischen Parteien unterscheiden. In der Demokratie ist es unerläßlich, daß die politischen Parteien deutlich machen: Es gibt Wege in die Zukunft, auch ganz unterschiedliche Wege, jenseits von Beliebigkeit und Prinzipienreiterei. In der Demokratie geht es nur in extremen Ausnahmefällen um „alles oder nichts“. Darum ist es bei aller Grundsatztreue besser, kleine Schritte wirk-

lich zu gehen, als darüber zu klagen, daß sich die Menschen für den großen Wurf nicht begeistern können.

Das bedeutet nicht, auf weitgesteckte Ziele zu verzichten. Im Gegenteil: Weil der Weg zu einem politischen Ziel oft um viele Ecken und über viele Umwege führt, sind Weitsicht und Vorausdenken besonders wichtig. Stärker denn je müssen wir daran denken, welche Folgen politische Entscheidungen von heute für das Leben künftiger Generationen haben. Es gibt einen Egoismus des Gegenwärtigen zu Lasten der Zukunft, den ich für nicht erlaubt halte,

(Beifall)

für den wir alle aber Beispiele kennen.

Wenn wir die Chancen der Globalisierung nutzen wollen, dann muß die Politik sie aktiv gestalten. Das gilt für die soziale und für die ökologische Dimension wirtschaftlichen Handelns genauso wie für die Gestaltung des technischen Fortschritts. Diesen Rahmen kann am besten eine demokratische und soziale Rechtsordnung setzen, die über den Nationalstaat hinausreicht. Wir müssen die politischen Konsequenzen aus der wirtschaftlichen Globalisierung ziehen.

Die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe bleibt nach meiner Überzeugung, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen. Die Politik muß für Angebot und Nachfrage den richtigen Rahmen setzen und die richtigen Impulse geben. Neue Arbeitsplätze entstehen nicht auf Knopfdruck, und es gibt für sie kein Patentrezept. Wir brauchen ein Bündel von Initiativen, damit alle, die arbeiten können, ihren Lebensunterhalt auch tatsächlich selber erarbeiten können. Wir brauchen mehr Gründungen, mehr Spitzentechnik und mehr Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Wir brauchen intelligente Arbeitszeitregelungen, die auch längere Betriebszeiten mit kürzeren Arbeitszeiten verbinden. Wir brauchen geringere Lohnnebenkosten und weniger Überstunden. Keine Diskussion um

das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ kann und darf verdecken, daß es für die allermeisten Menschen – aus finanziellen, aber auch aus sozialen Gründen – keine Alternative zur Erwerbsarbeit gibt.

(Beifall)

Für unsere Zukunft wird entscheidend sein, daß wir die Arbeit so organisieren und fortentwickeln, daß die Bedürfnisse der Menschen mit den Erfordernissen des Wirtschaftens in Übereinstimmung gebracht werden. Die Arbeit dient dem Lebensunterhalt. Das gibt ihr unmittelbar einen Wert. In ihr – das gibt ihr einen weiteren Wert – entfalten sich aber auch menschliche Fähigkeiten. Darum hat Hans Küng recht, wenn er sagt: „Ohne sinnvolle Arbeit geht ein Stück Menschenwürde verloren.“

(Beifall)

Darum ist es alles andere als eine akademische Betrachtung, auf den Wert der Arbeit für das Selbstwertgefühl von Menschen und für den Zusammenhalt von Staat und Gesellschaft hinzuweisen. Wer in der Arbeit nur einen reinen Kostenfaktor sieht, dessen Preis soweit wie möglich gedrückt werden muß – so wichtig der Anteil der Löhne am wirtschaftlichen Prozeß auch ist –, der hantiert mit sozialem Sprengstoff und rüttelt an den Grundfesten unserer westlichen Zivilisation – ob ihm das bewußt ist oder nicht.

(Beifall)

Es mag sein, daß wir auf lange Sicht eine neue Einstellung zur Arbeit bekommen. Bei tendenziell sinkender Arbeitszeit könnten mehr Menschen mehr Zeit finden für aktive Nachbarschaftshilfe, für ehrenamtliches Wirken in Vereinen, aber auch für die Pflege der Städte und die Bewahrung und Förderung von Kultur und Kunst, mehr Zeit auch für Eigenarbeit. Das wäre eine Gesellschaft, die einen stärkeren inneren Zusammenhalt haben könnte, als sie ihn zur Zeit hat, eine Gesellschaft, in der Gemeinsinn und Solidarität wieder einen höheren Stellenwert hätten. Wer mich kennt, weiß, daß ich dabei auch an die sinnstiftende

Arbeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften denke.

Zehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und nach dem Fall der Mauer sind wir immer noch auf der Suche nach einer neuen Ordnung in Europa und weltweit. Es gibt die beiden Militärblöcke nicht mehr, die sich feindlich gegenüberstanden. Wir haben aber noch nicht die gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung schaffen können, die notwendig wäre, damit Krieg jedenfalls in Europa kein Mittel der Politik mehr ist. Von einer neuen Weltfriedensordnung, die das Leitbild der globalen nachhaltigen Entwicklung aufnähme, sind wir noch weit entfernt.

Vor 14 Wochen begann in Jugoslawien, was kaum jemand am Ende dieses Jahrhunderts noch für möglich und nötig gehalten hatte. Die NATO setzte zum erstenmal seit ihrer Gründung vor 50 Jahren militärische Mittel in Europa ein, die Bundeswehr nahm an den Kampfeinsätzen teil. Seit zwei Wochen schweigen die Waffen. Deutsche Soldaten wurden im Kosovo als Befreier begrüßt.

Ich bin froh darüber, daß die Hoffnung auf ein Ende des Krieges, die ich am 23. Mai dieses Jahres geäußert hatte, in Erfüllung gegangen ist und daß es jetzt um dauerhafte Stabilität in Südosteuropa geht. Jetzt wird sich zeigen, daß der Friede der Ernstfall ist.

(Beifall)

Über die rechtlichen, politischen, militärischen und moralischen Maßstäbe für die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland am Militäreinsatz gegen Serbien gab es eine ungewöhnlich ernsthafte Diskussion, in der dem jeweils Andersdenkenden weder Moral noch Vernunft bestritten worden sind. Ich gehöre zu denen, die mit zerrissenem Herzen gesagt haben: Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn mitten in Europa Terror und Vertreibung Platz greifen. In einem solchen extremen Ausnahmefall ist auch der Einsatz militärischer

Gewalt gerechtfertigt. Das ist eine außergewöhnliche Belastung für die betroffenen Soldaten und für die politische und militärische Führung. Wie diese Verantwortung wahrgenommen wurde und wird, das hat das Ansehen unseres Landes in der Welt gemehrt.

(Beifall)

Ich grüße die deutschen Soldaten, und ich grüße die Angehörigen der Hilfsorganisationen, die jetzt im Kosovo dafür arbeiten, daß Menschenwürde und Menschenrechte überall und für alle gelten, für Kosovaren und Serben, für Christen und Muslime.

(Beifall)

Was können und was müssen wir aus der heutigen Situation im ehemaligen Jugoslawien für die künftige Politik lernen? Für mich lautet die wichtigste Lehre: Wir müssen durch vorbeugende Politik die falsche Alternative, daß wir Schuld auf uns laden durch Wegschauen oder daß wir Schuld auf uns laden durch den Einsatz militärischer Mittel, der auch völlig Unschuldige trifft, zu vermeiden suchen.

(Vereinzelt Beifall)

Eine solche Politik für das friedliche Zusammenleben der Menschen in ganz Europa muß mit Nachdruck für die Menschenrechte eintreten, bevor sie durch Vertreibung, Terror oder Mord mißachtet werden.

(Beifall)

Wir brauchen eine Politik, die heute nicht Waffenlieferungen zuläßt, gegen deren Einsatz morgen interveniert werden muß.

(Beifall)

Wir brauchen eine unmißverständliche Absage an alle Spielarten des Nationalismus. Nationalismus und Separatismus sind Zwillinge.

Nationalismus hat nichts mit Vaterlandsliebe zu tun, sondern ist der Haß auf die Vaterländer anderer. Wozu dieser Haß führt, das erleben wir nicht erst in den vergangenen Monaten und nicht nur im ehemaligen Jugoslawien.

Ich habe am 23. Mai an die Worte von Willy Brandt erinnert, daß wir ein Volk guter Nachbarn sein wollen. Wer hätte 1969 gedacht, daß wir uns heute darüber freuen können, mit allen unseren Nachbarn in einem Zustand zu leben, wie er meinen Vorstellungen von wirklicher Nachbarschaft entspricht? Diese Entwicklung ist wahrlich nicht allein deutsches Verdienst. Wir haben Grund, vielen dafür zu danken. Wir tun das am besten dadurch, daß wir weiter eine treibende Kraft im europäischen Einigungsprozeß sind.

Gute Nachbarschaft – das ist heute europäische Innenpolitik. Gute Nachbarschaft brauchen wir aber auch im eigenen Land: zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher kultureller Traditionen und Glaubensüberzeugungen. Toleranz, meine Damen und Herren, ist kein Schwächeanfall der Demokratie, sondern ihr Lebensinhalt.

(Beifall)

Mein Vorgänger, Herr Professor Herzog, hat dazu beigetragen, daß die Bildungspolitik wieder zu einem Thema geworden ist. Ich will das aufnehmen und kann dabei an vieles anknüpfen aus den Erfahrungen meiner früheren Arbeit. In der bildungspolitischen Diskussion geht es um ganz unterschiedliche Themen: um Klassenstärken und Lehrerversorgung, um Flexibilität und mehr Handlungsmöglichkeiten für die einzelnen Schulen, um Studentafeln und die technische Ausstattung. All das ist wichtig, und ich verstehe gut, mit welchem Engagement darüber diskutiert und gestritten wird. Über all diese wichtigen Fragen, von der Organisation bis zu den materiellen Ressourcen, sollten wir aber das Wesentliche nicht aus dem Blick verlieren: Was sollen unsere Kinder lernen? Wie können wir die jungen Menschen heute am besten darauf vorbereiten und dazu befähigen, die Welt von morgen mitzugestalten?

ten und sich in ihr zurechtzufinden? Welches Wissen brauchen sie? Welche Fertigkeiten müssen sie beherrschen? Welche Einsichten und welche Orientierungsmaßstäbe brauchen sie für ein erfülltes Leben? Das sind Fragen, die noch zu selten gestellt werden, vielleicht auch deshalb, weil sie schwer zu beantworten sind.

Keiner von uns weiß, wie die Welt von morgen aussehen wird. Wir wissen nur, daß vieles ganz anders sein wird als heute. Wir wissen aber nicht, was die Welt von morgen den Menschen abverlangen wird. Manche glauben, das seien vor allem technische und naturwissenschaftliche Kenntnisse; dafür gibt es gute Argumente. Andere fordern statt dessen eine Renaissance der Geistes- und der Sozialwissenschaften. Sie weisen darauf hin – ich glaube, daß sie recht haben –, daß Bildung etwas anderes ist als Fachwissen allein und daß Informationen allein noch nicht Einsicht vermitteln. Wenn das richtig ist, dann sollten wir mehr über die Ziele sprechen, die wir in unseren Schulen erreicht sehen wollen, und erst danach über die Instrumente, die dafür am besten geeignet sind.

(Beifall)

Wir sollten an dem Konsens festhalten – oder ihn neu begründen –, daß ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland nur dann im Interesse aller erfolgreich sein kann, wenn wir in die Bildung, in die Ausbildung und in die Qualifikation der Menschen investieren. Investitionen in die Köpfe bringen dann die höchsten Erträge, wenn nicht auf kurze Sicht gerechnet und nicht nur auf bestimmte Segmente gesetzt wird.

So wie vor 20 Jahren niemand in der Lage war, den genauen Bedarf an Ingenieuren oder Softwareentwicklern vorauszusagen, so wenig ist es heute möglich, vergleichbare Prognosen für die nächsten zwei Jahrzehnte zu machen. Wir wissen nur eines: Die intellektuellen Anforderungen, die fachlichen und die überfachlichen, werden nicht geringer werden, sondern weiter zunehmen. Auf diese absehbaren Veränderungen müssen wir die

jungen Menschen von heute in unseren Schulen vorbereiten.

Bildung und Wissen sind aber mehr als eine Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Wissen läßt sich büffeln, aber Begreifen braucht Zeit. Hubert Markl, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, den viele von uns kennen und schätzen, hat einmal zu Recht gefragt, was uns denn Wissensriesen hülfe, wenn sie die Gemüter von Zwergen hätten.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, je schnellebiger die Zeiten, um so wichtiger werden Orientierung und die Fähigkeit, zu unterscheiden zwischen dem, was früher war und heute überholt ist, und dem, was heute wie gestern gilt, weil es zeitlos ist. Wenn wir Werte und Tugenden einklagen oder den Mangel an Werten und Tugenden beklagen, dann leiden solche Diskussionen nach meiner Erfahrung häufig an zu hoher Abstraktion. Wo es um Prinzipien oder um noch Höheres geht, neigen wir dazu zu vergessen, wie wir leben, was uns prägt, was uns ermutigt oder entmutigt. Eine Gesellschaft, in der es schick ist, von allem den Preis zu kennen und von nichts den Wert, macht in Wirklichkeit Verluste.

(Beifall)

Erhobene Zeigefinger und Moralpredigten können fehlende Vorbilder nicht ersetzen. Wenn wir unser Zusammenleben so gestalten, daß die Ehrlichen den Eindruck bekommen, sie seien die Dummen, dann ist es müßig, den Werteverlust auf Akademieveranstaltungen zu beklagen.

(Beifall)

Wir sollten auch nicht von Werteverlust sprechen, wenn nicht Werte verlorengehen, sondern wenn sich nur die für uns gewohnte Form ändert, wie sie gelebt werden. Wir sollten das, was gesellschaftlich zu ordnen und zu regeln ist, so ordnen und regeln, daß wir Freiheit, Gerechtigkeit und

Solidarität fördern. Eine Gesellschaft, in der alle nur ihre eigenen egoistischen Interessen verfolgen, mag auf Sicht erfolgreich sein; überlebensfähig ist sie nicht.

(Beifall)

Eine Gesellschaft ist ja etwas anderes als die zufällige Ansammlung von Individuen, die ihrer Wege gehen. Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe, Solidarität – das sind Haltungen und Verhaltensweisen, die das Fundament jeder Gesellschaft sind und kein schmückendes Beiwerk. Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe und Solidarität sind nicht käuflich, aber sie sind unbezahlbar und weder durch Gesetz noch durch Verordnung zu erzwingen. Sie müssen praktisch gelebt werden.

(Beifall)

Das soll niemanden an Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung hindern. In den vergangenen Jahrzehnten ist der Lebensweg einer wachsenden Zahl von Menschen in unserem Land nicht mehr vom stummen Zwang der Verhältnisse bestimmt worden. Sie konnten die Chance nutzen, ihren eigenen Weg zu gehen. Das ist ein großer Fortschritt. Freie Entfaltung der Persönlichkeit ist aber etwas ganz anderes als eine Ego-Gesellschaft, die in die Selbstisolierung führt.

Die Menschen wollen etwas leisten, und die Gesellschaft sollte Leistungen fordern und fördern. Aber man darf Menschen nicht überfordern. Das gilt in besonderer Weise für alle, die aus unterschiedlichen Gründen nichts, noch nichts, nur wenig oder nichts mehr leisten können. Kinder und Alte gehören ebenso dazu wie geistig und körperlich behinderte Menschen.

Wenn wir von Leistung sprechen, sollten wir auch die nicht vergessen, die oft ganz viel leisten, deren Leistung aber in keiner Bilanz erscheint und nicht in den Größen des Bruttoinlandsprodukts ausgedrückt werden kann. Jede Gesellschaft braucht möglichst viele, die leistungsfähig und leistungswillig sind. Jede Gesellschaft braucht

auch besondere Leistungsträger. Wenn wir der Vielfalt der tatsächlichen Leistungen gerecht werden wollen, brauchen wir einen breit angelegten Leistungsbegriff.

Dann wird deutlich: Erfolgreiche Existenzgründer sind genauso gesellschaftliche Leistungsträger wie ehrenamtliche Jugendtrainer. Chefärzte sind genauso gesellschaftliche Leistungsträger wie Krankenschwestern. Innovative Forscher sind genauso gesellschaftliche Leistungsträger wie engagierte Betriebsräte. Künstler und Schriftsteller, die unseren Blick schärfen und unseren Horizont erweitern, sind genauso gesellschaftliche Leistungsträger wie Wissenschaftler, die unseren medizinischen und technischen Blick erweitern.

Meine Damen und Herren, manche von Ihnen werden wissen, daß ich als junger Mensch Anfang der 50er Jahren in die Politik gegangen bin, weil ich mich mit der deutschen Teilung nicht abfinden wollte. Gemeinsam mit Gustav Heinemann und Helene Wessel, mit Diether Posser, Erhard Eppler und vielen anderen war ich damals in der – nicht gerade erfolgreichen – Gesamtdeutschen Volkspartei. Dies Thema hat mich mein ganzes Leben lang nicht losgelassen; es hat mich weit über die politischen Aufgaben hinaus begleitet.

Ich habe es darum als besonderes Glück empfunden, daß ich an dem Tag, als die Mauer fiel, am 9. November 1989, in Berlin und in Leipzig war. Ich habe am Abend des 9. November und in den beiden Tagen danach ganz unmittelbar das ungläubige Staunen, die unbeschreibliche Freude der Menschen über die neu gewonnene Freiheit, für die viele von ihnen Woche für Woche auf die Straße gegangen waren, miterleben können. Nach meiner Erfahrung tut es auch der Politik gut, wenn wir Verantwortliche das Staunen nicht verlernen.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich ungeheuer viel verändert. Die Menschen in Brandenburg und in Sachsen, in Sachsen-Anhalt, in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern haben Grund, stolz zu sein auf große Erfolge beim Aufbau. Nicht jedes offenkundige Defizit und

nicht jeder Mangel, nicht jedes große Problem, vor dem wir immer noch stehen, kann man als fehlende innere Einheit im vereinten Deutschland bezeichnen. Das ist ein Begriff, der zu Mißverständnissen verleiten kann. Unsere Aufgabe ist es nicht, daß sich die 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland möglichst schnell möglichst ähnlich werden. Sie sollen sich nicht nach einer zentral vorgegebenen Norm entwickeln. Wir sollten vielmehr den Föderalismus lebendig erhalten und weiter stärken, weil aus der Vielfalt eine Stärke erwächst, von der alle Länder profitieren können.

Worum es geht, das sind gleiche Lebenschancen für alle Frauen und Männer – unabhängig davon, ob sie im Norden oder Süden, im Westen oder Osten Deutschlands aufwachsen und leben. In unserer modernen Gesellschaft sind gleiche Lebenschancen für alle der Kern der Freiheitsfrage. Die kulturellen, die landsmannschaftlichen Unterschiede sollen bleiben, weil die Vielfalt uns reicher macht; aber die in 40 Jahren gewachsenen Nachteile der neuen Länder müssen ausgeglichen und überwunden werden. Wir brauchen im vereinten Deutschland genauso wie im europäischen Einigungsprozeß die Vielfalt in der Einheit. Dabei sollten wir auch zehn Jahre nach dem Fall der Mauer nicht vergessen, daß die Deutschen in der DDR ohne eigenes Verschulden die weitaus schwereren Lasten aus der deutschen Geschichte zu tragen hatten. Sie waren nicht dümmer und nicht fauler als die Deutschen im Westen, aber unter den gegebenen Bedingungen konnte ihre Leistungsfähigkeit und ihre Leistungsbereitschaft nicht die gleichen Früchte tragen.

Vor wenigen Wochen haben wir an den 50. Jahrestag unseres Grundgesetzes erinnert. Wir sagen zu Recht, daß es die beste Verfassung ist, die sich die Deutschen je gegeben haben. Das gilt aber nur, wenn wir das Grundgesetz jeden Tag neu mit Leben erfüllen. Es ist Wegweiser und Maßstab für das politische Handeln aller. In den vergangenen Jahren sind wichtige Teile des Grundgesetzes verändert worden, weil sich die gesellschaftliche Wirklichkeit geändert hatte. Vielen sind diese Veränderungen schmerzlich, manchen sind sie zu weit gegangen.

Um so weniger dürfen wir vergessen, daß es viele Felder gibt, in denen wir die Wirklichkeit noch entschlossener verändern müssen, damit sie sich dem annähert, was wir im Grundgesetz als unsere Ziele festgeschrieben haben: Die tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern gehört genauso dazu wie der nachhaltige Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Auftrag, unsere Gesellschaft als soziale Demokratie zu gestalten. Gustav Heinemann hat immer noch recht, daß das Grundgesetz ein großes Angebot und keine Fessel ist.

Jeder meiner Vorgänger hat in seiner Zeit dem Amt des Bundespräsidenten eine eigene Prägung gegeben. Das war so bei Theodor Heuss und bei Heinrich Lübke, bei Gustav Heinemann und Walter Scheel, bei Karl Carstens und Richard von Weizsäcker und bei Ihnen, lieber Herr Bundespräsident Herzog. Jeder hat seine besonderen Fähigkeiten und Gaben in das Amt einzubringen versucht, und doch waren sie alle Repräsentanten des ganzen Deutschlands.

Ich sehe heute für das Amt des Bundespräsidenten eine doppelte Aufgabe: Er muß für die Deutschen sprechen, und er muß Minderheiten zur Sprache verhelfen. Ich will das mit meinen Gaben und auf meine Weise tun. Jeder soll wissen, daß ich Zuversicht und Kraft aus dem christlichen Glauben schöpfe und daß ich Respekt vor allen habe, die ihr Leben auf andere Fundamente gründen. Ich will zuhören, damit niemand ungehört bleibt. Ich will Gesprächsfäden neu knüpfen, wo sie abgerissen sind, zwischen Ost und West, zwischen Jung und Alt. Ich will zur Öffentlichkeit verhelfen, was in die gesellschaftliche Debatte gehört. Ich will alle – in Betrieben und Verwaltungen, in Hochschulen und Parteien, in Akademien und Bürgerinitiativen, in den Medien und Verbänden –, die an der Zukunft unseres Landes arbeiten, ermutigen.

Ich wünsche mir, daß wir Deutsche unsere Zukunft in Europa und in der einen Welt gemeinsam mit unseren Nachbarn und Partnern zuver-

sichtlich und mutig gestalten – nicht kleinmütig und nicht übermütig. Das wird gelingen, wenn wir Selbstvertrauen und Verantwortung zusammenbringen und wenn alle die eigenen Chancen so nutzen, daß auch das allgemeine Wohl gemehrt wird.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich danke Ihnen, Herr Bundespräsident. Wir singen nun gemeinsam unsere Nationalhymne.

(Die Anwesenden erheben sich und stimmen die Nationalhymne an)

Mit den besten Wünschen für Sie und für Deutschland schließe ich die gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat. Wir sehen uns wieder in Berlin.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall)

12. Bundesversammlung

23. Mai 2004

Übersicht

Zusammensetzung nach Parteien

CDU/CSU	539
SPD	459
FDP	83
Bündnis 90/Die Grünen	90
PDS	31
Sonstige	3
insgesamt	1 205

Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder

Baden-Württemberg	75
Bayern	90
Berlin	24
Brandenburg	20
Bremen	5
Hamburg	12
Hessen	43
Mecklenburg-Vorpommern	13
Niedersachsen	60
Nordrhein-Westfalen	129
Rheinland-Pfalz	30
Saarland	8
Sachsen	34
Sachsen-Anhalt	20
Schleswig-Holstein	21
Thüringen	19

Tagungsort und Tagungsstätte: Berlin, Reichstagsgebäude

Präsident der Bundesversammlung: Bundestagspräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

Wahlergebnis:

	1. Wahlgang
Gesine Schwan (Vorschlag SPD)	589
Horst Köhler (Vorschlag CDU/CSU; FDP)	604
Enthaltungen	9
ungültige Stimmen	2
abgegebene Stimmen	1 204

Gewählt: Horst Köhler im 1. Wahlgang mit 604 Stimmen (erforderliche Mehrheit 603 Stimmen)

Amtszeit: 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2009

Verzeichnis der Mitglieder

A

Ulrich Adam *
 Doris Ahnen
 Ilse Aigner *
 Dr. Lale Akgün *
 Dieter Althaus
 Bernd Althusmann
 Peter Altmaier *
 Tarek Al-Wazir
 Kerstin Andreae *
 Gerd Andres *
 Michael Ankermann
 Hermann-Josef Arentz
 Ingrid Arndt-Brauer *
 Rainer Arnold *
 Holger Astrup
 Dietrich Austermann *

B

Hermann Bachmaier *
 Dr. Wieland Backes
 Sabine Bätzing *
 Daniel Bahr (Münster) *
 Ernst Bahr (Neuruppin) *
 Thomas Bareiß
 Doris Barnett *
 Dr. Hans-Peter Bartels *
 Eckhardt Barthel (Berlin) *
 Klaus Barthel (Starnberg) *
 Norbert Barthle *
 Sören Bartol *
 Hans-Artur Bauckhage
 Prof. Thomas Bauer
 Dr. Wolf Bauer *
 Prof. Dr. Walter Bauer-Wabnegg
 Günter Baumann *
 Rosemarie Bechthum
 Ernst-Reinhard Beck
 (Reutlingen) *
 Kurt Beck
 Marieluise Beck (Bremen) *
 Melanie Beck

Volker Beck (Köln) *
 Uwe Beckmeyer *
 Dr. Günther Beckstein
 Nicola Beer
 Cornelia Behm *
 Karsten Behr
 Dr. Fritz Behrens
 Ernst Behringer
 Veronika Bellmann *
 Birgitt Bender *
 Klaus Uwe Benneter *
 Dr. Axel Berg *
 Ute Berg *
 Dr. Christoph Bergner *
 Dr. Otmar Bernhard
 Otto Bernhardt *
 Matthias Berninger *
 Christian Bernreiter
 Heiderose Berroth
 Hans-Werner Bertl *
 Grietje Bettin *
 Ole von Beust
 Dr. Thomas Beyer
 Udo Beyer
 Cedric Bickel
 Prof. Dr. Kurt Biedenkopf
 Petra Bierwirth *
 Peter Biesenbach
 Dr. Uwe Biester
 Friedhelm Biestmann
 Prof. Dr. Rolf Bietmann *
 Rudolf Bindig *
 Lothar Binding (Heidelberg) *
 Clemens Binninger *
 Dr. Dietrich Birk
 Frieder Birzele
 Werner Bischoff
 Prof. Dr. Lothar Bisky
 Renate Blank *
 Beate Blechinger
 Peter Bleser *
 Karl-Heinz Bley
 Rainer Bliesener
 Antje Blumenthal *

Reinhold Bocklet
 Heike Bockmann
 Kurt Bodewig *
 Manfred Böcker
 Johann Böhm
 Prof. Dr. Maria Böhmer *
 Prof. Dr. Wolfgang Böhmer
 Dr. Christoph Böhr
 Gerhard Bökel
 Wolfgang Börnsen (Bönstrup) *
 Dr. Wolfgang Bötsch *
 Gerd Friedrich Bollmann *
 Ursula Bolte
 Alexander Bonde *
 Jochen Borchert *
 Wolfgang Bosbach *
 Volker Bouffier
 Klaus Brähmig *
 Klaus Brandner *
 Willi Brase *
 Dr. Ralf Brauksiepe *
 Andreas Braun
 Helge Braun *
 Martin Braxenthaler
 Rainer Brechtken
 Carla Bregenzer
 Susanne Breit-Kessler
 Andreas Breitner
 Dr. Carmina Brenner
 Michael Breuer
 Bernhard Brinkmann
 (Hildesheim) *
 Tina Brinkmann
 Franz-Josef Britz
 Dr. Ulrich Brocker
 Elmar Brok
 Hans-Günter Bruckmann *
 Rainer Brüderle *
 Hannelore Brüning
 Monika Brüning *
 Angelika Brunkhorst *
 Anke Brunn
 Helmut Brunner
 Georg Brunnhuber *

Marco Bülow *
 Dr. Michael Bürsch *
 Reinhard Bütikofer
 Hans Büttner (Ingolstadt) *
 Hartmut Büttner (Schönebeck) *
 Jens Bullerjahn
 Edelgard Bulmahn *
 Ulla Burchardt *
 Ernst Burgbacher *
 Hans Martin Bury *
 Bernd Busemann
 Verena Butalikakis *

C

Cajus Julius Caesar *
 Manfred Carstens (Emstek) *
 Peter H. Carstensen (Nordstrand) *
 Marion Caspers-Merk *
 Hansjörg Christmann
 Roland Claus
 Christine Clauß
 Gitta Connemann *

D

Dr. Karl-Heinz Daehre
 Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin *
 Prof. Dr. Manfred Dammeyer
 Dr. Peter Danckert *
 Helga Daub *
 Leo Dautzenberg *
 Walter Dech
 Hubert Deittert *
 Ekin Deligöz *
 Renan Demirkan
 Gerhard Denef
 Albert Deß *
 Bärbel Dieckmann
 Jochen Dieckmann
 Helmut Diegel
 Karl Diller *
 Adolf Dinglreiter
 Hermann Dinkla
 Regina van Dinther
 Alexander Dobrindt *

Renate Dodell
 Thomas Dörflinger *
 Dr. Walter Döring
 Martin Dörmann *
 Marie-Luise Dött *
 Marianne Dohmen
 Sabine Doht
 Bernd Doll
 Prof. Dr. Gudrun Doll-Tepper
 Andrea Dombois
 Vera Dominke *
 Dr. Ute Dreckmann
 Peter Dreßen *
 Wolfgang Drexler
 Elvira Drobinski-Weiß *
 Dr. Thea Dückert *
 Jutta Dümpe-Krüger *
 Dr. Sepp Dürr
 Garrelt Duin
 Hans Jörg Duppré
 Detlef Dzembritzki *

E

Ingrid Eckel
 Sebastian Edathy *
 Hans-Heinrich Ehlen
 Siegmund Ehrmann *
 Hans Eichel *
 Maria Eichhorn *
 Peter Eichstädt
 Franziska Eichstädt-Bohlig *
 Dr. Uschi Eid *
 Holger Ellerbrock
 Marga Elser *
 Petra Enders
 Horst Engel
 Dr. Dagmar Enkelmann
 Rainer Eppelmann *
 Rolf Erb
 Gernot Erler *
 Dr. Cornelia Ernst
 Petra Ernstberger *
 Jörg van Essen *
 Marc Jan Eumann
 Karin Evers-Meyer *
 Prof. Dr. Walter Eykmann
 Anke Eymer (Lübeck) *

F

Nancy Faeser
 Georg Fahrenschon *
 Ilse Falk *
 Cornelia Falken
 Prof. Dr. Kurt Faltlhauser
 Annette Faße *
 Dr. Hans Georg Faust *
 Jürgen Feddersen
 Albrecht Feibel *
 Dr. Hans-Uwe Feige
 Hans-Josef Fell *
 Markus Ferber
 Enak Ferlemann *
 Elke Ferner *
 Thomas Fettback
 Eva Feußner
 Dr. Ingrid Fickler
 Prof. Dr. Hans Filbinger
 Bodo Finger
 Monika Fink
 Ingrid Fischbach *
 Axel E. Fischer
 (Karlsruhe-Land) *
 Birgit Fischer
 Dirk Fischer (Hamburg) *
 Ernst Fischer
 Günter Fischer
 Hartwig Fischer (Göttingen) *
 Joseph Fischer (Frankfurt) *
 Klaus Fischer
 Krimhild Fischer
 Ottfried Fischer
 Michael Fischer-Art
 Ulrike Flach *
 Dr. Maria Flachsbarth *
 Steffen Flath
 Dr. Thomas Flierl
 Klaus-Peter Flosbach *
 Dr. Linus Förster
 Gabriele Fograscher *
 Rainer Fornahl *
 Horst Frank
 Herbert Frankenhauser *
 Gabriele Frechen *
 Ulrich Freese

Angela Freimuth
Dr. Frank Freimuth
Dagmar Freitag *
Dr. Michael Freytag
Otto Fricke *
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) *
Horst Friedrich (Bayreuth) *
Dr. Ingo Friedrich
Lilo Friedrich (Mettmann) *
Uwe Friedrichsen
Erich G. Fritz *
Jochen-Konrad Fromme *
Dr. Michael Fuchs *
Hans-Joachim Fuchtel *
Rainer Funke *

G

Reinhold Gall
Maria Gangloff
Jürgen Gansäuer
Peter Gasse
Stephan Gatter
Hartwig Gauder
Dr. Peter Gauweiler *
Oda-Gerlind Gawlik
Torsten Geerds
Dr. Jürgen Gehb *
Norbert Geis *
Dr. Hans Geisler
Katalin Gennburg
Hans-Dietrich Genscher
Dr. Wolfgang Gerhardt *
Alfons Gerling
Roland Gewalt *
Shanta Ghosh
Eberhard Gienger *
Helga Gießelmann
Georg Girisch *
Franz Glaser
Iris Gleicke *
Michael Glos *
Günter Gloser *
Alois Glück
Ralf Göbel *
Dr. Reinhard Göhner *
Uwe Göllner *

Tanja Gönner *
Josef Göppel *
Katrin Göring-Eckardt *
Helmut Göschel
Peter Götz *
Dr. Wolfgang Götzer *
Hans-Michael Goldmann *
Dr. Thomas Goppel
Frank Gotthardt
Renate Gradistanac *
Dr. Inge Gräßle
Angelika Graf (Rosenheim) *
Ingrid Graf
Ute Granold *
Dieter Grasedieck *
Uwe Greve
Monika Griefahn *
Kerstin Griese *
Kurt-Dieter Grill *
Reinhard Grindel *
Hermann Gröhe *
Gabriele Groneberg *
Michael Groschek
Evelin Groß
Michael Grosse-Brömer *
Wolfgang Große Brömer
Achim Großmann *
Wolfgang Grotthaus *
Markus Grübel *
Dr. Stefan Grüll
Bernhard von Grünberg
Rosa Grünstein
Stefan Grüttner
Manfred Grund *
Brigitte Grunert
Joachim Günther (Plauen) *
Karl-Theodor Freiherr von
 und zu Guttenberg *
Olav Gutting *
Dr. Karlheinz Guttmacher *
Dr. Gregor Gysi

H

Karl-Hermann Haack (Extertal) *
Dr. Thomas Haack
Walter Haas

Hans-Dieter Haase
Heinrich Haasis
Heike Habermann
Martin Habermann
Hans-Joachim Hacker *
Dr. Fritz Hähle
Bettina Hagedorn *
Klaus Hagemann *
Dr. André Hahn
Jörg-Uwe Hahn
Holger Haibach *
Anja Hajduk *
Rita Haller-Haid
Helga Hammer
Dieter Hanitzsch
Peter Hans
Dr. Christel Happach-Kasan *
Heinz Hardt
Rebecca Harms
Alfred Hartenbach *
Christoph Hartmann (Homburg) *
Michael Hartmann
 (Wackernheim) *
Dr. Peter Hartz
Gerda Hasselfeldt *
Britta Haßelmann
Nina Hauer *
Peter Hauk
Klaus Haupt *
Hansheinz Hauser
Rudolf Hausmann
Dieter Hausold
Ursula Haußmann
Dr. Pia Heckes
Klaus-Jürgen Hedrich *
Peter Heesen
Lothar Hegemann
Helmut Heiderich *
Jürgen W. Heike
Hubertus Heil *
Dr. Rosemarie Hein
Karsten Heineking
Ursula Heinen *
Monika Heinold
Ulrich Heinrich *
Gunter Heise
Elisabeth Heister-Neumann

Siegfried Helias *
 Uda Carmen Freia Heller *
 Reinhold Hemker *
 Rolf Hempelmann *
 Dr. Barbara Hendricks *
 Frank Hengstenberg
 Rudolf Henke
 Ulrich Henke
 Michael Hennrich *
 Dorothea Henzler
 Birgit Herdejürgen
 Winfried Hermann *
 Rüdiger Hermanns
 Antje Hermenau *
 Joachim Herrmann
 Jürgen Herrmann *
 Anja Hertel
 Gustav Herzog *
 Petra Heß *
 Liane Hesselbarth
 Peter Hettlich *
 Monika Heubaum *
 Bernd Heynemann *
 Ruth Hieronymi
 Gisela Hilbrecht *
 Dr. Karl Hillermeier
 Gabriele Hiller-Ohm *
 Jörg Hillmer
 Stephan Hilsberg *
 Werner Hilse
 Ernst Hinsken *
 Peter Hintze *
 Priska Hinz
 Walter Hirche
 Robert Hochbaum *
 Grudrun Hock
 Wolfgang Hoderlein
 Gerd Höfer *
 Klaus Hofbauer *
 Volker Hoff
 Iris Hoffmann (Wismar) *
 Jelena Hoffmann (Chemnitz) *
 Walter Hoffmann (Darmstadt) *
 Ulrike Höfken *
 Bärbel Höhn
 Manfred Hölzlein

Dr. Henning Höppner
 Joachim Hörster *
 Frank Hofmann (Volkach) *
 Peter Hofmann
 Monika Hohlmeier
 Martin Hohmann *
 Birgit Homburger *
 Dierk Homeyer
 Thilo Hoppe *
 Ernst-August Hoppenbrock
 Dr. Axel Horstmann
 Nina Hoss
 Eike Hovermann *
 Dr. Werner Hoyer *
 Erwin Huber
 Klaas Hübner *
 Hubert Hüppe *
 Christel Humme *
 Dr. Dieter Hundt
 Michael Hustedt *
 Claus Peter Hutter

I

Lothar Ibrügger *
 Alexander Iljinskij
 Erich Iltgen
 Brunhilde Irber *
 Gerd Itzek

J

Ralf Jäger
 Renate Jäger *
 Susanne Jaffke *
 Jost de Jager
 Dr. Peter Jahr *
 Jann-Peter Janssen *
 Jürgen Jentsch
 Klaus-Werner Jonas *
 Jette Joop
 Heinrich Jürgens
 Prof. Dr. Egon Jüttner *
 Werner Jostmeier
 Herbert Jullien
 Dr. Franz Josef Jung
 Margit Jung
 Peter Jung

Karl Jungbeck
 Hans Georg Junginger
 Thomas Jurk

K

Reinhard Kahl
 Johannes Kahrs *
 Dr. Heinz Kaiser
 Bartholomäus Kalb *
 Steffen Kampeter *
 Martin Kannegießer
 Norbert Kartmann
 Irmgard Karwatzki *
 Ulrich Kasparick *
 Dr. Bernhard Kasperek
 Kerstin Kassner
 Jörg Kastendiek
 Bernhard Kaster *
 Dr. Susanne Kastner *
 Gregor Kathstede
 Michael Kauch *
 Siegfried Kauder
 (Bad Dürkheim) *
 Volker Kauder *
 Frank-Peter Kaufmann
 Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann
 Gerlinde Kaupa *
 Martin Kayenburg
 Ulrich Kelber *
 Ilka Keller
 Hans-Peter Kemper *
 Kevin Kerney
 Helmut Kiefl
 Gerda Kieninger
 Katja Kipping
 Dr. Jochen Kirchhoff
 Alptekin Kirci
 Klaus Kirschner *
 Anne Kißling
 Eckart von Klaeden *
 Karl-Heinz Klare
 Johann Klarmann
 Horst Klee
 Wolfgang Klein
 Heidi Kleinau
 Dieter Kleinmann

Jürgen Klimke *
Julia Klöckner *
Hans-Ulrich Klose *
Dr. Hans-Ulrich Klose
Astrid Klug *
Dr. Heidi Knake-Werner
Dr. Herbert Knoblich
Roland Koch
Dr. Heinz Köhler (Coburg) *
Prof. Dr. Horst Köhler
Kristina Köhler (Wiesbaden) *
Brigitte Kölsch
Norbert Königshofen *
Petra Köpping
Fritz Rudolf Körper *
Stefan Körzell
Marlies Kohnle-Gros
Dr. Heinrich L. Kolb *
Manfred Kolbe *
Walter Kolbow *
Gudrun Kopp *
Jürgen Koppelin *
Dr. Angelika Kordfelder
Karin Kortmann *
Hartmut Koschyk *
Thomas Kossendey *
Bernd Kränzle
Hannelore Kraft
Rolf Kramer *
Anette Kramme *
Wilfried Kramps
Ernst Kranz *
Rudolf Kraus *
Constanze Krehl
Nicolette Kressl *
Winfried Kretschmann
Michael Kretschmer *
Thomas Kreuzer
Gunther Krichbaum *
Dr. Günter Krings *
Volker Kröning *
Dr. Martina Krogmann *
Andrea Krueger
Dr. Hans-Ulrich Krüger *
Angelika Krüger-Leißner *
Heinrich Kruse
Theo Kruse

Horst Kubatschka *
Wolfgang Kubicki
Ernst Kuchler *
Eva Kühne-Hörmann
Helga Kühn-Mengel *
Joachim Kümmeritz
Renate Künast *
Dr. Hermann Kues *
Thomas Kufen
Manfred Kuhmichel
Fritz Kuhn *
Werner Kuhn
Werner Kuhn (Zingst) *
Ute Kumpf *
Frank Kupfer
Markus Kurth *
Undine Kurth (Quedlinburg) *
Markus Kurze
Wolfram Kuschke
Dr. Uwe Küster *

L

Irene Laepple
Christine Lambrecht *
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) *
Dr. Norbert Lammert *
Helmut Lamp *
Bernd Lange
Christian Lange (Backnang) *
Barbara Lanzinger *
Karl-Josef Laumann *
Sibylle Laurischk *
Prof. Dr. Hans Lauter
Gerhard Lawrentz
Christine Lehder *
Waltraud Lehn *
Harald Leibrecht *
Willi Leichtle
Thomas Leimbach
Erhard Lelle
Vera Lengsfeld *
Ina Lenke *
Werner Lensing *
Aloys Lenz
Friedhelm Lenz
Dr. Elke Leonhard *

Martina Leßnig
Peter Letzgas *
Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger *
Roger Lewentz
Eckhart Lewering *
Hans Ley
Christine Lieberknecht
Stefan Liebich
Ursula Lietz *
Hans-Peter Lindlar
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner
Walter Link (Diepholz) *
Dr. Helmut Linsen
Eduard Lintner *
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach) *
Patricia Lips *
Götz-Peter Lohmann *
Sylvia Löhrmann
Markus Löning *
Gabriele Lösekrug-Möller *
Dr. Gesine Löttsch *
Frank Lortz
Dr. Reinhard Loske *
Erika Lotz *
Dr. Christine Lucyga *
Heidi Lück
Anna Lührmann *
Rainhard Lukowitz
Thomas Lunacek
Dr. Michael Luther *

M

Heiko Maas
Prof. Ursula Männle
Franz Maget
Thomas Mahlberg
Dr. Ernst G. Mahrenholz
Dr. Klaus Mangold
Erika Mann
Dorothee Mantel *
Dirk Manzewski *
Tobias Marhold *
Lothar Mark *
Dr. Helmuth Markov

Caren Marks *
 Erwin Marschewski
 (Recklinghausen) *
 Christoph Matschie *
 Angelika Matt-Heidecker
 Hilde Mattheis *
 Prof. Dr. Klaus-Jürgen Matthes
 Heinz Maurus
 Dr. Conny Mayer (Baiersbronn) *
 Dr. Martin Mayer
 (Siegertsbrunn) *
 Stephan Mayer (Altötting) *
 David McAllister
 Markus Meckel *
 Wolfgang Meckelburg *
 Ulrike Mehl *
 Walter Meinhold
 Dr. Michael Meister *
 Hermann Memmel
 Dr. Beate Merk
 Dr. Angela Merkel *
 Petra-Eveline Merkel *
 Ulrike Merten *
 Angelika Mertens *
 Friedrich Merz *
 Prof. Dr. Wolfgang Methling
 Albert Meyer
 Doris Meyer (Tapfheim) *
 Laurenz Meyer (Hamm) *
 Maria Michalk *
 Hans Michelbach *
 Prof. Dr. Georg Milbradt
 Hans-Peter Milles
 Klaus Minkel *
 Philipp Mißfelder
 Rosi Mittermaier-Neureuther
 Gernot Mittler
 Claus Möller
 Franz-Josef Möllers
 Hartmut Möllring
 Ursula Mogg *
 Katrin Mol Kentin
 Wolfhard Mol Kentin
 Jerzy Montag *
 Hans-Dieter Moritz
 Edgar Moron
 Marlene Mortler *

Manuela Mucke
 Bernward Müller (Gera) *
 Christian Müller (Zittau) *
 Edith Müller
 Dr. Gerd Müller *
 Herbert Müller
 Hildegard Müller *
 Kerstin Müller (Köln) *
 Michael Müller
 Michael Müller (Düsseldorf) *
 Peter Müller
 Dr. Rolf Müller
 Stefan Müller (Erlangen) *
 Dr. Werner Müller
 Dr. Wolfgang G. Müller
 Franz Müntefering *
 Dr. Rolf Mützenich *
 Gesine Mulhaupt *
 Heidemarie Mundlos
 Dietmar Muscheid

N

Christa Naab
 Winfried Nachtwei *
 Jens Nacke
 Veronika Netzhammer
 Bernd Neumann (Bremen) *
 Volker Neumann (Bramsche) *
 Daniela Neumayer
 Christa Nickels *
 Dirk Niebel *
 Dr. Angelika Niebler
 Christian Nienhaus
 Dietmar Nietan *
 Henry Nitzsche *
 Michaela Noll *
 Claudia Nolte *
 Günther Friedrich Nolting *
 Günter Nooke *
 Dr. Georg Nüßlein *

O

Dr. Erika Ober *
 Franz Obermeier *
 Bilkay Öney

Günther H. Oettinger
 Aydan Özoguz
 Heinz Onnertz
 Wolfgang Ontijd
 Helma Orosz
 Holger Ortel *
 Dr. Robert Orth
 Melanie Oßwald *
 Friedrich Ostendorff *
 Eduard Oswald *
 Eberhard Otto (Godern) *
 Hans-Joachim Otto (Frankfurt) *

P

Manfred Palmen
 Markus Pannermayr
 Detlef Parr *
 Petra Pau *
 Hartmut Paul
 Heinz Paula *
 Rainer Paulenz
 Rita Pawelski *
 Jarka Pazdziora-Merk
 Dr. Peter Paziorek *
 Claudia Pechstein
 Renate Pepper
 Hartmut Perschau
 Ingrid Petzold
 Ulrich Petzold *
 Hildegard Pfaff
 Daniela Pfeiffer
 Dr. Joachim Pfeiffer *
 Sibylle Pfeiffer *
 Ernst Pfister
 Werner Pfisterer
 Dr. Friedbert Pflüger *
 Johannes Pflug *
 Beatrix Philipp *
 Cornelia Pieper*
 Dr. Frank-Michael Pietzsch
 Gisela Piltz *
 Prof. Dr. Andreas Pinkwart *
 Matthias Platzeck
 Dr. Hans-Gert Pöttering
 Ronald Pofalla *
 Filiz Polat

Ruprecht Polenz *
Ingeborg Pongratz
Prof. Dr. Peter Porsch
Joachim Poß *
Dr. Wilhelm Priesmeier *
Reiner Priggen
Simone Probst *
Dr. Clemens Prokop
Florian Pronold *
Dr. Manfred Püchel
Wiebke Puls

Q

Henriette Quade
Lothar Quanz

R

Daniela Raab *
Dr. Sascha Raabe *
Peter Rabe
Thomas Rachel *
Hans Raidel *
Bodo Ramelow
Dr. Peter Ramsauer *
Christof Rasche
Helmut Rauber *
Prof. Peter Raue
Peter Rauen *
Norbert Raulin
Mechthild Rawert
Hans-Joachim Reck
Bernhard Recker
Klaus Rehberger
Karin Rehbock-Zureich *
Beate Reich
Christa Reichard (Dresden) *
Prof. Dr. Bruno Reichart
Katherina Reiche *
Steffen Reiche
Gerold Reichenbach *
Clemens Reif
Dr. Carola Reimann *
Corinna Reinecke
Bernd Reinert
Johannes Rimmel

Silke Renk
Hans-Peter Repnik *
Hans Hermann Reschke
Herbert Reul
Dr. Günter Rexrodt *
Michael Riedel
Theresia Riedmaier
Bernd Riege
Klaus Riegert *
Wolfgang Riemann
Christel Riemann-Hanewinkel *
Prof. Dr. Heinz Riesenhuber *
Walter Riester *
Dr. Harald Ringstorff
Dr. Berthold Rink
Friedrich-Otto Ripke
Reinhold Robbe *
Berndt Röder
Hannelore Roedel *
Sabine Röhl
Norbert Römer
Günther Rösch
Marietta Rösler
Dr. Philipp Rösler
René Röspel *
Tabea Rößner
Dr. Norbert Röttgen *
Wolfgang Röttger
Georg Rohleder
Heinz Rolfes
Dr. Stefan Romberg
Franz Romer *
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr *
Dr. Klaus Rose *
Dr. Josef Rosenbauer
Kurt J. Rossmann *
Dr. Ernst Dieter Rossmann *
Claudia Roth (Augsburg) *
Karin Roth (Esslingen) *
Michael Roth (Heringen) *
Petra Roth
Gerhard Rübenkönig *
Dr. Christian Ruck *
Dr. Karsten Rudolph
Volker Rühle *
Kathrin Rühl
Antonius Rüsenberg

Berthold Rüth
Dr. Jürgen Rüttgers
Barbara Rütting
Manfred Ruge
Karl-Heinz Rummenigge
Reinhard Rumprecht
Ortwin Runde *
Dr. Martin Runge
Adelheid Rupp
Albert Rupprecht (Weiden) *
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach) *
Peter Rzepka *

S

Markus Sackmann
Krista Sager *
Hans-Heinrich Sander
Rainer Sass
Thomas Sauer *
Alfred Sauter
Anton Schaaf *
Anita Schäfer (Saalstadt) *
Axel Schäfer (Bochum) *
Ute Schäfer
Maria-Elisabeth Schaeffler
Dr. Wolfgang Schäuble *
Gudrun Schaich-Walch *
Jürgen Scharf
Maria Scharfenberg
Rudolf Scharping *
Harald Schartau
Manfred Schaub
Hartmut Schauerte *
Dr. Annette Schavan
Christine Scheel *
Bernd Scheelen *
Dr. Hermann Scheer *
Siegfried Scheffler *
Karl-Heinz Scherhag
Andreas Scheuer *
Irmingard Schewe-Gerigk *
Marianne Schieder
Marko Schiemann
Horst Schild *
Otto Schily *

Norbert Schindler *	Brigitte Schulte (Hameln) *	Wolfgang Spanier *
Prof. Dr. Dagmar Schipanski	Bernhard Schulte-Drüggelte *	Prof. Dr. Lothar Späth
Georg Schirmbeck *	Karl Schultheis	Brigitte Speth
Rezzo Schlauch *	Reinhard Schultz (Everswinkel) *	Viviane Spethmann
Klaus Schlie	Martin Schulz	Paul Spiegel
Volker Schlotmann	Swen Schulz (Spandau) *	Dr. Margrit Spielmann *
Horst Schmidbauer (Nürnberg) *	Werner Schulz (Berlin) *	Jörg-Otto Spiller *
Bernd Schmidbauer *	Jutta Schumann	Hans Spitzner
Albert Schmidt (Ingolstadt) *	Uwe Schummer *	Anke Spoorendonk
Andreas Schmidt (Mülheim) *	Uwe Schünemann	Prof. Dr. Adolf Spotka
Christian Schmidt (Fürth) *	Stefan Schuster	Friede Springer
Dagmar Schmidt (Meschede) *	Dr. Angelica Schwall-Düren *	Dr. Max Stadler *
Frithjof Schmidt	Dr. Martin Schwanholz *	Dr. Ditmar Staffelt *
Dr. Martin Schmidt	Rolf Schwanitz *	Barbara Stamm
Silvia Schmidt (Eisleben) *	Gisela Schwarz	Dr. Dorothee Stapelfeldt
Ulla Schmidt	Peter Schweickard	Erwin Staudt
Ulla Schmidt (Aachen) *	Harald Schweitzer	Rainer Steenblock *
Ulrich Schmidt	Prof. Bernhard Schwichtenberg	Barbara Steffens
Wilhelm Schmidt (Salzgitter) *	Wilhelm Josef Sebastian *	Dr. Hans-Jochem Steim
Regina Schmidt-Kühner	Horst Seehofer *	Erika Steinbach *
Dieter Schmitt	Silva Seeler	Peer Steinbrück
Heinz Schmitt (Landau) *	Kurt Segner *	Christian Freiherr von Stetten *
Heinz-Hermann Schnabel	Matthias Sehling *	Ingo Steuer
Dr. Werner Schnappauf	Marion Seib *	Michael Stich
Carsten Schneider *	Heinz Seiffert *	Rainer Stickelberger
Dr. Oscar Schneider	Petra Selg *	Ludwig Stiegler *
Siegfried Schneider	Frank Sichau	Dr. Rainer Stinner *
Dr. Andreas Schockenhoff *	Bernd Siebert *	Andreas Stockmeier
Walter Schöler *	Britta Siebert	Rolf Stöckel *
Jörg Schönbohm	Gunther Sieg	Dr. Edmund Stoiber
Christiane Schönefeld	Anne-Hanne Siepenkothen	Silke Stokar von Neuforn *
Karsten Schönfeld *	Gabriele Sikora	Gero Storzjohann *
Evelin Schönhut-Keil	Thomas Silberhorn *	Andreas Storm *
Fritz Schösser *	Erika Simm *	Christoph Strässer *
Olaf Scholz *	Heide Simonis	Max Straubinger *
Theresa Schopper	Johannes Singhammer *	Rita Streb-Hesse *
Christian Schramm	Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk *	Matthäus Strebl *
Daniel Schranz	Dr. Markus Söder	Klaus Strehl
Dr. Annemarie Schrapf	Jan Söffing	Franka Strehse
Wilfried Schreck *	Dr. Hermann Otto Solms *	Thomas Stritzl
Ottmar Schreiner *	Michael Sommer	Hans-Christian Ströbele *
Dr. Esther Schröder	Kathrin Sonnenholzner	Thomas Strobl (Heilbronn) *
Gerhard Schröder *	Gerd Sonnleitner	Lena Strothmann *
Dr. Ole Schröder *	Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast *	Dr. Peter Struck *
Franz Schuhmacher	Ursula Sowa *	Michael Stübgen *
Bernd Schulte	Jens Spahn *	Joachim Stünker *

T

Cornelia Tausch
Jörg Tauss *
Silke Tesch
Jella Teuchner *
Erwin Teufel
Blasius Thätter
Dr. Gerald Thalheim *
Diemut Theato
Carl-Ludwig Thiele *
Monika Thiemen
Wolfgang Thierse *
Christa Thoben
Dr. Dieter Thomae *
Marianne Thomann-Stahl
Franz Thönnies *
Ursula Thümler
Gloria Fürstin
 von Thurn und Taxis
Barbara Tillemann
Antje Tillmann *
Rosemarie Tinius
Edeltraut Töpfer *
Simone Tolle
Karl Traub
Jürgen Trittin *
Marianne Tritz *
Gottfried Tröger
Jürgen Türk *

U

Hans-Jürgen Uhl *
Dr. Hans-Peter Uhl *
Eckhard Uhlenberg
Michael Uhrmann
Hubert Ulrich *

V

Arnold Vaatz *
Rahima Valena
Rüdiger Veit *
Sabine Verheyen
Dr. Michael Vesper
Simone Viola *
Horst Vöge
Dr. Bernhard Vogel
Volkmar Uwe Vogel *
Jörg Vogelsänger *
Dr. Antje Vogel-Sperl *
Ute Vogt (Pforzheim) *
Rainer Volkman
Dr. Marlies Volkmer *
Dr. Antje Vollmer *
Dr. Ludger Volmer *
Andrea Astrid Voßhoff *

W

Siegfried Wack
Georg Wacker
Gerhard Wächter *
Dr. Christean Wagner
Hans Georg Wagner *
Ruth Wagner
Sabine Wagner
Dr. Theodor Waigel
Gisela Walsken
Jürgen Walter
Marco Wanderwitz *
Frank Warnecke
Marion von Wartenberg
Thomas Webel
Beate Weber
Herbert Weber
Ruth Weckenmann
Klaus Wedemeier
Hedi Wegener *
Andreas Weigel *
Dr. Adolf Weiland
Karlheinz Weimar
Hubert Weinzierl
Petra Weis *
Reinhard Weis (Stendal) *
Christian Weisbrich
Gerald Weiß (Groß-Gerau) *
Dr. Manfred Weiß
Peter Weiß (Emmendingen) *
Jens Weißflog
Gunter Weißgerber *
Prof. Gert Weisskirchen
 (Wiesloch) *

Prof. Dr. Ernst Ulrich
 von Weizsäcker *
Ingo Wellenreuther *
Jochen Welt *
Dr. Rainer Wend *
Dr. Wolfgang Weng
Jörg Wenghöfer
Hans Joachim Werner
Wolfgang Werner
Johanna Werner-Muggendorfer
Dr. Guido Westerwelle *
Lydia Westrich *
Inge Wettig-Danielmeier *
Dr. Margrit Wetzel *
Andrea Wicklein *
Annette Widmann-Mauz *
Jürgen Wieczorek (Böhlen) *
Heidmarie Wieczorek-Zeul *
Dr.-Ing. Wendelin Wiedeking
Dr. Dieter Wiefelspütz *
Kati Wilhelm
André Willms
Klaus-Peter Willsch *
Brigitte Wimmer (Karlsruhe) *
Willy Wimmer (Neuss) *
Clemens Winckler
Hermann Winkler
Josef Philip Winkler *
Georg Winter
Dr. Claudia Winterstein *
Peter Wintruff
Dr. Volker Wissing *
Matthias Wissmann *
Engelbert Wistuba *
Barbara Wittig *
Oliver Wittke
Werner Wittlich *
Simon Wittmann
Dr. Wolfgang Wodarg *
Dagmar Wöhrl *
Monika Wörmer-Zimmermann
Verena Wohlleben *
Harald Wolf
Dr. Ingo Wolf
Margareta Wolf (Frankfurt) *
Karin Wolff
Waltraud Wolff (Wolmirstedt) *

Marianne Wonnay
Dr. Bernhard Worms
Klaus Woweroit
Heidi Wright *
Carl Herzog von Württemberg
Christian Wulff
Prof. Dr. Otto Wulff
Elke Wülfing *

Y

Emine Yilmaz
Andrea Ypsilanti

Z

Manfred Zapatka
Uta Zapf *
Hans Zehetmair
Birgit Zeimet-Lorz
Wolfgang Zeitmann *
Alfons Zeller
Joachim Zeller
Theodor Zellner
Richard Zieglmeier
Nicolas Zimmer
Traudel Zimmermann
Wolfgang Zöllner *
Manfred Zöllmer *
Dr. Christoph Zöpel *
Walter Zuckerer
Julia Zwehl
Willi Zylajew *

Zusammensetzung nach Parteien und Ländern sowie nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Landesparlamente

	SPD		CDU/CSU		Bündnis 90/Die Grünen		FDP		PDS		Sonstige		Insgesamt									
	MdB	Kein MdB	MdB	Kein MdB	MdB	Kein MdB	MdB	Kein MdB	MdB	Kein MdB	MdB	Kein MdB	MdB	Kein MdB								
Baden-Württemberg	27	14	13	34	14	23	71	9	5	14	6	3	3	12	-	-	-	76	31	44	151	
Bayern	26	-	20	46	58	32	30	120	7	8	15	4	-	4	-	-	-	95	32	58	185	
Berlin	9	-	8	17	6	-	6	12	3	2	5	2	2	4	2 ¹	6	8	22	-	24	46	
Brandenburg	10	-	8	18	4	-	6	10	1	-	1	1	-	1	-	5	5	1	16	-	20	36
Bremen	2	-	3	5	1	-	2	3	1	-	1	-	-	-	-	-	-	4	-	5	9	
Hamburg	5	-	5	10	4	-	6	10	2	1	3	1	-	1	-	-	-	12	-	12	24	
Hessen	18	-	13	31	16	-	22	38	5	4	9	4	-	4	8	-	1	44	-	43	87	
Mecklenburg-Vorpommern	5	2	4	11	4	2	3	9	-	-	-	1	-	1	2	2	-	10	4	9	23	
Niedersachsen	31	7	14	52	22	-	30	52	5	4	9	5	-	5	10	-	-	63	7	53	123	
Nordrhein-Westfalen	60	36	21	117	49	30	20	99	12	5	21	13	12	1	26	-	-	134	82	47	263	
Rheinland-Pfalz	12	9	6	27	13	10	2	25	2	-	1	3	2	-	5	-	-	30	21	9	60	
Saarland	4	-	8	3	-	4	7	1	-	1	1	-	-	1	-	-	-	9	-	8	17	
Sachsen	12	1	3	16	13	12	10	35	3	-	3	2	-	2	4	4	8	30	17	17	64	
Sachsen-Anhalt	10	3	1	14	6	2	7	15	1	-	1	1	1	2	4	1	3	18	7	13	38	
Schleswig-Holstein	10	5	5	20	8	8	-	16	2	1	3	2	1	-	3	-	-	22	16	5	43	
Thüringen	9	2	2	13	6	3	8	17	1	-	1	1	-	1	1	3	4	17	6	13	36	
Insgesamt	250	79	130	459	247	113	179	539	55	6	29	90	47	19	17	83	2	602	224	379	1205	

¹ Fraktionslos ³ CDU-Parteimitglied, jedoch nicht Mitglied der CDU/CSU Bundestagsfraktion

² DVU ⁴ SSW

Stenographischer Bericht

Berlin, Sonntag, den 23. Mai 2004

Beginn: 12.00 Uhr

Präsident Wolfgang Thierse: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 12. Bundesversammlung zur Wahl des neunten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und heiße Sie alle dazu sehr herzlich willkommen.

Ich begrüße die Mitglieder der Bundesversammlung, unter ihnen den Bundeskanzler und die Mitglieder der Bundesregierung, die Ministerpräsidenten, Minister und Senatoren der Bundesländer. Ich begrüße die Mitglieder des Bundestages und der Landtage sowie alle Persönlichkeiten aus dem politischen, kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Leben. Seien Sie herzlich willkommen!

Ich danke den Botschaftern und den Angehörigen ausländischer Missionen für ihr Kommen.

(Beifall)

Auf der Ehrentribüne haben die früheren Bundespräsidenten Walter Scheel und Richard von Weizsäcker Platz genommen. Auch Ihnen gilt unser herzlicher Gruß.

(Beifall)

Ich begrüße neben den Gästen, die unserer Einladung gefolgt sind, auch alle Bürgerinnen und Bürger sehr herzlich, die diese Wahl über die Medien verfolgen.

(Beifall)

Nicht zuletzt möchte ich in unser aller Namen herzliche Grüße, verbunden mit den besten Wünschen, unserem **scheidenden Bundespräsidenten Johannes Rau** und seiner Frau Christina übermitteln.

(Beifall)

Angesichts aller Herausforderungen und Anstrengungen, die der Prozess der deutschen Einheit und der europäischen Einigung für die Men-

schen in unserem Lande mit sich brachte und bringt, ist es dem Bundespräsidenten und seiner Frau gelungen, unseren Blick immer wieder neu dafür zu schärfen, welche Bereicherung die Einheit unseres Landes und das Zusammenwachsen Europas für uns bedeutet. Dafür danken wir Ihnen, Herr Bundespräsident Rau, besonders nachdrücklich.

(Beifall)

Die Mitglieder der Bundesversammlung, die Mitglieder des Deutschen Bundestages und die Delegierten der Länderparlamente, sind heute zusammengetreten, um gemäß unserer Verfassung den Bundespräsidenten bzw. die Bundespräsidentin zu wählen. Im Vorfeld dieser Bundesversammlung ist darüber diskutiert worden, ob es nicht besser sei, die Wahl durch die Bundesversammlung durch eine **direkte Wahl des Staatsoberhauptes durch das deutsche Volk** zu ersetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Dem nur mit dem Vorwurf des Populismus zu begegnen greift zu kurz,

(Vereinzelt Beifall)

bringen die Befürworter einer Direktwahl doch durchaus ernst zu nehmende Argumente vor. So weisen sie darauf hin, dass die politischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger hierdurch gestärkt würden und das Amt des Bundespräsidenten ein zusätzliches Maß an demokratischer Legitimation erführe. Im Verständnis vieler Bürger verschaffte eine Direktwahl des Bundespräsidenten dem Staatsoberhaupt eine Zuschreibung von Machtbefugnissen, die das Amt aber nach unserem Grundgesetz gar nicht hat und aus historischen Gründen nicht haben soll. Ein Verfahren aber, das derartige Missverständnisse provoziert, kann man nach meiner Überzeugung nicht ohne weiteres befürworten.

(Vereinzelt Beifall)

An dieser Stelle mag eine Beobachtung nützlich sein: Die Bundesversammlung ist das wohl einzige Verfassungsorgan, dessen Entscheidungen bisher immer spontan oder binnen aller kürzester Zeit einhellige Zustimmung in der Bevölkerung gefunden haben. Die Bundesversammlung hat eben bisher immer eine gute Wahl getroffen.

(Vereinzelt Beifall)

Kein Amt unseres Gemeinwesens kann die Rolle des Interpreten und des Mittlers so verkörpern wie das des Bundespräsidenten. Verständigung braucht einen Grundkonsens. Respekt und Vertrauen in die demokratischen Institutionen und das Interesse für die öffentlichen Angelegenheiten sind grundlegende Elemente unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und sie müssen es bleiben. Dem neu vereinigten Europa eine Seele zu geben ist nicht nur eine außenpolitische Aufgabe, sondern auch eine Herausforderung für die Innenpolitik. Die gewaltigen Zukunftsaufgaben, vor denen Deutschland steht, verlangen jedem Einzelnen viel ab. Uns dabei zu ermutigen und immer wieder zusammenzuführen wird zu den Aufgaben des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin gehören.

Sie, verehrte Mitglieder der Bundesversammlung, haben die verantwortungsvolle Aufgabe, unsere Gesellschaft zu repräsentieren, sie gewissermaßen abzubilden in der Wahl unseres neuen Staatsoberhauptes.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Wir kommen nun zur **Konstituierung der 12. Bundesversammlung**. Die 12. Bundesversammlung besteht aus den 602 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 603 Mitgliedern, die von den Länderparlamenten gewählt worden sind. Die Präsidenten der Landesparlamente haben mir mitgeteilt, dass die 603 Mitglieder aus den Ländern rechtsgültig gewählt wurden.

Nach § 8 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten findet die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages auf den Geschäftsgang der Bundesversammlung sinngemäß Anwendung, sofern sich die Bundesversammlung nicht eine eigene Geschäftsordnung gibt.

Anträge für eine eigene Geschäftsordnung bei der Bundesversammlung liegen nicht vor. Deshalb findet – wie im Gesetz vorgesehen – die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sinngemäß Anwendung. – Ich stelle fest, die Bundesversammlung ist damit einverstanden.

Zur Beschlussfähigkeit der Bundesversammlung ist die Anwesenheit von mindestens 603 Mitgliedern erforderlich. – Das ist offensichtlich der Fall. Die Bundesversammlung ist also beschlussfähig.

Als Schriftführer schlage ich Ihnen die 42 Abgeordneten vor, die diese Aufgabe auch im Deutschen Bundestag wahrnehmen. Es sind dies die Abgeordneten Peter Altmaier, Sabine Bätzing, Cornelia Behm, Ute Berg, Antje Blumenthal, Klaus Brähmig, Monika Brüning, Alexander Dobrindt, Marie-Luise Dött, Peter Dreßen, Karin Evers-Meyer, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Hans-Joachim Fuchtel, Wolfgang Grotthaus, Klaus Hagemann, Michael Hartmann (Wackernheim), Uda Carmen Freia Heller, Jürgen Herrmann, Petra Heß, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Jann-Peter Janssen, Ulrich Kasparick, Michael Kauch, Julia Klöckner, Ernst Kückler, Undine Kurth (Quedlinburg), Sibylle Laurischk, Gabriele Lösekrug-Möller, Maria Michalk, Melanie Oßwald, Sibylle Pfeiffer, Hannelore Roedel, Marlene Rupperecht (Tuchenbach), Andreas Scheuer, Dr. Ole Schröder, Petra Selg, Dr. Margrit Spielmann, Rita Streb-Hesse, Simone Violka, Lydia Westrich, Josef Philip Winkler und Dr. Claudia Winterstein. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer Lydia Westrich und Hans-Joachim Fuchtel, neben mir Platz zu nehmen. – Die 12. Bundesversammlung ist damit konstituiert.

Meine Damen und Herren, es liegen folgende **Vorschläge** für die Wahl zum Bundespräsidenten vor, die ich in alphabetischer Reihenfolge bekannt gebe:

Herr **Professor Dr. Horst Köhler**,

(Beifall)

Frau **Professor Dr. Gesine Schwan**.

(Beifall)

Die Vorgeschlagenen, also Herr Professor Dr. Horst Köhler und Frau Professor Dr. Gesine Schwan, haben gemäß § 9 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung schriftlich ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt. Ich stelle fest, dass die Wahlvorschläge den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesversammlung, ich bitte nunmehr um Ihre Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum **Wahlverfahren**. Nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist zum Bundespräsidenten gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, das heißt, wer mindestens 603 Stimmen auf sich vereinigt.

§ 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung sieht vor, dass mit verdeckten amtlichen Stimmkarten gewählt wird. Die Wahl ist deshalb gemäß § 49 unserer Geschäftsordnung geheim.

Sie müssen Ihre Stimmkarte in einer der Wahlkabinen hinter dem Adler in der Osthalle ankreuzen. Ich bitte Sie, dazu hier oben links oder rechts durch eine der Glastüren hinauszugehen. Vor den Wahlkabinen erhalten Sie dann Stimmkarte und Wahlumschlag. Die Stimmkarten müssen in einer Wahlkabine angekreuzt und in den Wahlumschlag gelegt werden. Die Schriftführer sind verpflichtet, Mitglieder der Bundesversammlung zurückzuweisen, die ihre Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt haben. Die Wahl kann jedoch vorschriftsgemäß wiederholt werden.

Stimmkarten mit mehr als einem Kreuz oder sonstigen Zusätzen sind ungültig. Das Gleiche gilt für Stimmkarten, die überhaupt nicht angekreuzt sind oder die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten. Die Schriftführer zu meiner Rechten und Linken werden nachher die Namen der Mitglieder der Bundesversammlung in alphabetischer Reihenfolge aufrufen.

Nachgerückte Mitglieder, die nicht mehr im Namensverzeichnis alphabetisch aufgeführt werden konnten, werden zum Schluss aufgerufen.

Verfolgen Sie bitte den Namensaufruf und geben Sie sich erst dann in die Osthalle, wenn Sie aufgerufen sind oder der Aufruf Ihres Namens unmittelbar bevorsteht. Die Schriftführer händigen Ihnen an den Ausgabetischen in der Osthalle Ihre Stimmkarte und den amtlichen Wahlumschlag erst nach dem Aufruf Ihres Namens aus. Für den Empfang der Stimmkarte zeigen Sie bitte dem Schriftführer am Ausgabetisch Ihren blauen Wahlausweis.

Nachdem Sie Ihre Stimmkarte in der Wahlkabine ausgefüllt und in den Wahlumschlag gelegt haben, kommen Sie bitte durch die Mitteltür – unter dem Adler – zurück in den Plenarsaal und werfen Sie Ihre Stimmkarte im Wahlumschlag in eine der drei hier vorne aufgestellten Wahlurnen. Den blauen Wahlausweis übergeben Sie bitte einem der Schriftführer an den Wahlurnen. Dadurch wird Ihre Teilnahme an der Wahl nachgewiesen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze an den Tischen zur Ausgabe der Stimmkarten und an den Wahlurnen einzunehmen.

Ich eröffne die Wahl und bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss die Frage stellen, ob alle Mitglieder der Bundesversammlung ihre Stimme abgegeben haben. Bitte versichern Sie sich auch, dass Sie Ihren

blauen Wahlausweis einem Schriftführer übergeben haben. Er dient zum Nachweis Ihrer Teilnahme an der Wahl. Dies ist wichtig für das Auszählen, damit die Zahlen übereinstimmen.

Ich habe den Eindruck, dass alle ihre Stimme abgegeben haben. Gilt das auch für die Schriftführer? – Ich schließe die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Auszählung kann circa 20 bis 30 Minuten dauern. Ich bitte Sie deshalb, im Saal oder in der näheren Umgebung zu bleiben.

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Abgegebene Stimmen 1204, ungültige Stimmen 2, gültige Stimmen 1202, Enthaltungen 9. Es entfallen auf Herrn Horst Köhler 604 Stimmen.

(Sehr lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Prof. Dr. Horst Köhler nimmt Glückwünsche von Mitgliedern der Bundesversammlung entgegen)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, noch einmal Platz zu nehmen, damit ich das vollständige Ergebnis mitteilen kann. Es entfallen auf Herrn Horst Köhler 604 Stimmen, auf Frau Gesine Schwan 589 Stimmen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach Art. 54 Abs. 6 des Grundgesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält, das heißt, wer mindestens 603 Stimmen auf sich vereinigt. Ich stelle fest, dass Herr Professor Horst Köhler die erforderliche Mehrheit der Stimmen erhalten hat und somit zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt ist.

(Anhaltender Beifall)

Herr Köhler, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland an?

Prof. Dr. Horst Köhler: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich stelle fest, meine Damen und Herren, dass Herr Professor Horst Köhler die Wahl zum Bundespräsidenten angenommen hat. Ich spreche dem künftigen Bundespräsidenten die Glückwünsche der ganzen Bundesversammlung aus.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Eidesleistung des neuen Bundespräsidenten wird nach der Vorschrift des Grundgesetzes vor den versammelten Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates erfolgen, und zwar am 1. Juli 2004.

Ich möchte allen Mitgliedern der Bundesversammlung, vor allem auch den Schriftführerinnen und Schriftführern, dafür danken, dass sie zum reibungslosen Ablauf beigetragen haben.

Meine Damen und Herren, bevor wir die Nationalhymne singen, will ich dem neu gewählten Bundespräsidenten die Gelegenheit geben, das Wort zu ergreifen.

(Beifall)

Prof. Dr. Horst Köhler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allen Mitgliedern der Bundesversammlung, die mich gewählt haben, danke ich für ihr Vertrauen. Und diejenigen, die mir ihre Stimme nicht gegeben haben, will ich durch meine Arbeit überzeugen.

(Beifall)

Ich möchte **Bundespräsident aller Deutschen** sein und ein Präsident für alle Menschen, die hier leben.

(Beifall)

Aus gutem Grund ist das höchste Amt in einem demokratischen Staat niemandem in die Wiege gelegt. Für mich persönlich ist die Entscheidung der Bundesversammlung ein wirklich sehr bewegendes Augenblick.

Nach sechs Jahren im Ausland kehre ich mit einem Gefühl von Freude und Dankbarkeit in meine Heimat zurück. Deutschland hat mir viel gegeben. Davon möchte ich etwas zurückgeben. Ich liebe unser Land.

(Beifall)

Wahrscheinlich erwarten jetzt alle von mir, dass ich von Reformen spreche. Tatsächlich halte ich eine grundlegende **Erneuerung unseres Landes** für notwendig und überfällig.

(Beifall)

Als gelernter Ökonom – das werde ich auch weiterhin nicht verstecken – kann ich Ihnen die Feststellung nicht ersparen, dass ich mir Sorgen um den Zustand der deutschen Wirtschaft, die Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit in unserem Lande mache. Ich sehe neue, inakzeptable Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Viele von Ihnen erwarten vermutlich auch, dass ich etwas zur **Globalisierung** sage. Globalisierung bestimmt mehr und mehr unser Leben. Sie bedarf – das ist meine feste Überzeugung, hierin stimme ich mit Johannes Rau überein – der politischen Gestaltung. Wenn wir es richtig anpacken, kann Deutschland aus der Globalisierung weiterhin großen Nutzen ziehen.

Aber wir müssen auch besonders dafür arbeiten, dass die Globalisierung den Armen dieser Welt zugute kommt.

(Beifall)

Dies wird nur gelingen, wenn sich die Industrieländer, also auch Deutschland, in ihrem Verhalten ändern und vor allem ihre Märkte für die Entwicklungsländer öffnen.

(Beifall)

Doch das heißt dann eben auch, dass wir Wettbewerb und Strukturwandel annehmen müssen. Herr Präsident, meine Damen und Herren, tatsächlich befindet sich die Welt in einem tiefen Umbruch. Wir müssen uns der Wirklichkeit stellen. Deutschland muss um seinen Platz in der Welt des 21. Jahrhunderts kämpfen.

Ich denke, wir alle werden deshalb auch mit meiner Mitbewerberin, Frau Professor Gesine Schwan, darin übereinstimmen, dass es gerade in Umbruchphasen auf **Vertrauen als Sozialkapital** ankommt. Und der Begriff Sozialkapital wird sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der Wirtschaftswissenschaft benützt. Sehr zu Recht hat Bundespräsident Johannes Rau das Thema Vertrauen und Verantwortung in den Mittelpunkt seiner letzten Berliner Rede gestellt. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen, sehr verehrte Frau Schwan, für Ihr Engagement um das höchste Amt im Staate danken. Der Wettbewerb von uns beiden Seiteneinsteigern hat dem Land insgesamt sicher nicht geschadet.

(Anhaltender Beifall)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ja, ich werde in meinem Amt zu mehr Entschlossenheit, Tatkraft und auch Stetigkeit bei wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen drängen. Doch ich hoffe, ich enttäusche heute niemanden, wenn ich eine ganz andere Frage voranstelle, nämlich: Was will Deutschland im 21. Jahrhundert sein, was kann es sein und wo will dieses Land hin?

Mit Recht betonen viele in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, vor allem Bildung und Innovation zu stärken. Deutschland ist mir zu langsam auf seinem Weg in die Wissensgesellschaft. Mein Traum geht aber noch weiter. Deutschland soll ein **Land der Ideen** werden. Im 21. Jahrhundert bedeutet das mehr als das Land der Dichter und Denker, mehr als Made in Germany, mehr als typisch deutsche Tugenden. Das ist ganz sicher etwas anderes als Großmannsucht und Selbstüberschätzung.

Deutschland – ein Land der Ideen: Das ist nach meiner Vorstellung Neugier und Experimentieren. Das ist in allen Lebensbereichen Mut, Kreativität und Lust auf Neues, ohne Altes und Alte auszugrenzen. Das sind neue Gründerjahre. Das ist die Kraft, auch mit Rückschlägen umzugehen und wieder neu anzufangen. Das sind Ideen auch für Europa.

Deutschland – ein Land der Ideen: Das ist für mich zuerst und vor allem ein **Land für Kinder**.

(Beifall)

Wie kommt es, dass wir in Deutschland immer weniger Kinder haben? Glauben wir nicht mehr an unsere Zukunft? Kinder bedeuten Neugier, Kreativität und Zuversicht. Kinder sind Brücken in die Welt von morgen. Wir müssen uns alle anstrengen, eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft zu werden.

(Beifall)

Dazu brauchen wir konkrete Antworten auf bestimmte Fragen, zum Beispiel: Wie schaffen wir es, Elternarbeit anzuerkennen? Wie kann es gelingen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren? Was sind uns Kinder wert? Wir müssen auf diese Fragen konkrete Antworten finden.

Aber genauso müssen wir auch eine konkrete Antwort auf die Frage finden, was uns ältere Menschen wert sind. Um die Zukunft zu gewinnen, brauchen wir auch deren Erfahrung und Weisheit. Wir müssen an der **Freundschaft zwischen den Generationen** schon jetzt arbeiten.

(Beifall)

Deutschland muss sich verändern, das ist wahr. Aber wir sollten uns dabei auch unserer kulturellen und religiösen Wurzeln bewusst sein. Wie schaffen wir es, das abstrakte Wort „Werte“ aus Politikerreden in Alltagsgespräche und Alltagsverhalten zu bringen und so lebendig zu machen? Wie schaffen wir es, uns im größer werdenden Europa unserer nationalen Identität zu vergewissern – und zugleich eine europäische Identität zu gewinnen? Ich habe, meine Damen und Herren,

übrigens die Erfahrung gemacht: **Patriotismus und Weltoffenheit** sind keine Gegensätze.

(Beifall)

Sie bedingen einander. Nur wer sich selbst achtet, achtet auch andere.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der heutige 55. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes ist ein guter Tag, uns wieder auf unsere Stärken zu besinnen. Deutschland hat die Kraft, sich zu verändern. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Diese Kraft liegt in den Menschen. Ihre Ideen sind der Reichtum unseres Landes. Damit sich diese Kraft entfalten kann, müssen wir Angst überwinden und **Selbstvertrauen** zurückgewinnen.

Wir können in Deutschland vieles möglich machen. Aber dazu müssen erst einmal wir uns selbst mehr zutrauen. Und: Wir müssen wieder mehr auf die **Kraft der Freiheit** vertrauen.

(Beifall)

Es war diese Kraft, mit der vor 15 Jahren die Menschen im Osten unseres Vaterlandes die scheinbar unüberwindliche Mauer zum Einsturz gebracht haben – einer der großartigsten Momente unserer Geschichte und auch eine stetige Verpflichtung für uns, die innere Einheit zu verwirklichen.

(Beifall)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Kraft der Freiheit stärken, darauf achten, dass es gerecht zugeht in Deutschland, und dazu beitragen, dass wir ein Land der Ideen werden – dafür will ich eintreten und dazu bitte ich um das Mitmachen aller.

Ich grüße alle Landsleute nah und fern, unsere Nachbarn in Europa und unsere Freunde in der Welt. Gott segne unser Land!

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Präsident Wolfgang Thierse: Herr Professor Köhler, ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Worte.

Meine Damen und Herren, wir singen nun die Nationalhymne.

(Nationalhymne)

Meine Damen und Herren, ich erkläre die 12. Bundesversammlung für geschlossen.

(Schluss: 14.12 Uhr)

Liste der entschuldigten Mitglieder der Bundesversammlung

Hagemann

Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 2004

Eidesleistung und Ansprache des Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler

Deutscher Bundestag, 117. Sitzung, zugleich 801. Sitzung des Bundesrates, Berlin, den 1. Juli 2004
(Auszug)¹⁾

Präsident Wolfgang Thierse: [...]

Meine Damen und Herren, am 23. Mai dieses Jahres hat die Bundesversammlung Herrn Professor Dr. Horst Köhler zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Herr Professor Dr. Horst Köhler hat vor der Bundesversammlung die Wahl angenommen und mit dem heutigen Tage das Amt des Bundespräsidenten angetreten.

Nach Art. 56 des Grundgesetzes leistet der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates den vorgeschriebenen Eid. Ich bitte Sie, Herr Bundespräsident, zu mir zu kommen, um den Eid zu leisten. Dazu bitte ich auch den Herrn Präsidenten des Bundesrates.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herr Bundespräsident, ich halte die Urschrift des Grundgesetzes und bitte Sie, den nach Art. 56 vorgeschriebenen Eid zu leisten.

Bundespräsident Professor Dr. Horst Köhler: Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Wolfgang Thierse: Herr Bundespräsident, Sie haben den vorgeschriebenen Eid geleistet. Ich gratuliere Ihnen und wünsche Ihnen alles Gute und Gottes Segen für Sie und unser Vaterland.

(Anhaltender Beifall)

Das Wort hat der Herr Bundespräsident.

Bundespräsident Professor Dr. Horst Köhler:

Herr Präsident des Deutschen Bundestages! Herr Präsident des Bundesrates! Herr Bundespräsident Rau! Sehr verehrte Frau Rau! Herr Bundeskanzler! Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Meine Damen und Herren! Ich danke ganz herzlich für die freundlichen Worte und guten Wünsche. Darüber freue ich mich. Sie sind mir Ansporn und Ermutigung für mein Amt.

Ihnen, sehr verehrter Herr Bundespräsident Rau, ist gedankt und Sie sind gewürdigt worden. Ich erinnere mich gern an unsere Diskussion über die Globalisierung. Wir waren uns einig, dass die Globalisierung Chancen bietet, dass sie aber auch der politischen Gestaltung bedarf. Für Sie, lieber Herr Rau, ist es immer der einzelne Mensch in seiner unverwechselbaren Würde, der im Zentrum Ihres Denkens und Handelns steht. Und es ist Ihr christlicher Glaube, der Ihr Menschenbild prägt. So haben Sie das Vertrauen der Menschen gewonnen. So waren Sie im besten Sinne ein Bürgerpräsident. So bleiben Sie uns Vorbild. Lieber Herr Rau, wir danken Ihnen heute dafür. Wir danken Ihnen für Ihren großen Dienst an unserem Land.

(Beifall)

Sie sagten einmal: „Ohne meine Frau hätte ich dieses Amt nicht ausfüllen können.“ Ich bin überzeugt: Auch mir wird es nicht anders gehen.

(Beifall)

Umso mehr, liebe Frau Rau, gebühren auch Ihnen heute Respekt und Anerkennung. Mit Ihrem zupackenden Einsatz vor allem für Kinder in Not und dabei besonders für Straßenkinder haben Sie Herzen geöffnet und gewonnen. Sie haben gezeigt: Not und Bedürftigkeit sind nicht anonym.

¹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 15. Wahlperiode. Stenographische Berichte. Bd. 222, S. 10695-10701.

Dahinter stehen Namen, Namen von Menschen, mit deren Schicksal man sich nicht abfinden darf. Sie haben viel Gutes getan, liebe Frau Rau. Danke dafür!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen zunächst von etwas berichten, was mich in dieser Form schon etwas verwundert hat. Seit dem 23. Mai, dem Tag der Bundesversammlung, werde ich immer wieder gefragt: „Was genau lieben Sie an Deutschland?“ oder „Warum lieben Sie denn Deutschland?“ Wenn ich dann auf die Landschaften, die Dialekte, die Literatur, die Musik verweise, sagen die Leute: „Na ja, das ist sicher richtig.“ Aber sie sagen auch: „Das allein kann es ja wohl nicht sein.“

Und tatsächlich: Landschaft, Sprache, Musik – ist das wirklich alles? Zumal in einer Zeit, in der nicht wenige Menschen in Deutschland große Sorgen haben, in der unser Land unüberschaubar in wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist, in der sich neue Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft bemerkbar machen. Spaltungen, wie sie es in dieser Form vor zwei oder drei Jahrzehnten noch nicht gab.

Damit meine ich nicht allein Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Ich meine die Unterschiede, die mitten durch unsere Gemeinschaft gehen: Menschen, die Arbeit haben, und diejenigen, die ohne Aussicht auf Arbeit leben; Gutverdienende ohne Kinder und Familien mit Kindern oder Alleinerziehende ohne geregeltes Einkommen und Perspektive. Ich meine die dramatische Alterung der Bevölkerung mit drohenden Konflikten zwischen Alt und Jung. Und ich meine auch die Gefahr der Entwicklung von Parallelgesellschaften in unseren Städten, ausgelöst dadurch, dass die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion nicht klappt.

Meine Damen und Herren, wahr ist aber auch: Die Schönheit unseres Landes, die Geschichte unseres Landes, die Probleme unseres Landes – das alles ist und bleibt Deutschland. Das ist un-

ser Land – wir haben kein anderes Land –, das ist unsere Heimat. Und wahr bleibt auch: Trotz aller Schwierigkeiten, Probleme und Krisen, die unser Land zurzeit durchläuft, geht es uns Deutschen weit besser als drei Vierteln der Menschheit.

(Beifall)

Wissen wir eigentlich, was es heißt, von weniger als 2 Euro am Tag leben zu müssen – wie über 3 Milliarden Menschen auf diesem Planeten?

Doch ich will diesem Argument auch keinen falschen Zungenschlag geben. Dass es anderen in der Welt schlechter geht, ist sicherlich kein Trost für diejenigen bei uns, die ihren Cent dreimal umdrehen müssen.

Dennoch: Unser Land sollte uns etwas wert sein. Trotz aller aktuellen Schwierigkeiten stehen das Grundgesetz und die soziale Marktwirtschaft für eine besonders glückliche und friedliche Phase unseres Landes; Bundespräsident Rau hat darauf hingewiesen. Ich selber bin Teil einer Generation, die die Geschichte der Bundesrepublik als einzigartige Erfolgsgeschichte miterlebt hat, von der Aussöhnung mit unseren Nachbarn über das Wirtschaftswunder bis zur Wiedervereinigung. All dies sind große historische Leistungen und gute Gründe, uns selbst zu vertrauen, uns etwas zuzutrauen. Es sind für mich gute Gründe, unser Land, unsere Heimat, zu lieben. Und deshalb frage ich: Kann es uns egal sein, ob unser Land wächst und gedeiht oder im globalen Wettbewerb weiter zurückfällt? Kann es uns egal sein, ob einer der Motoren Europas immer mehr ins Stottern gerät, wie manche sagen? Ich denke, nicht. Warum? Erstens, weil unsere Partner in Europa und in der Welt auf uns schauen und zu Recht viel von uns erwarten. Wir sind 80 Millionen Menschen im Herzen Europas und wir haben gar keine andere Wahl, als Verantwortung zu übernehmen. Deutschland muss ein Land sein, das Ideen zur politischen Gestaltung hat und zum Ausgleich fähig ist, das souverän ist und gleichzeitig weiß, dass es seine Partner dies- und jenseits des Atlantik braucht.

Vor wenigen Wochen wurden wir daran erinnert, dass andere Völker – im Besonderen die Vereinigten Staaten von Amerika – dafür gekämpft haben, dass wir Deutsche in Freiheit leben können. Das sollten wir nie vergessen.

(Beifall)

Für mich ist Freiheit der wichtigste Wert, der Europa und Amerika dauerhaft verbindet, und ich sehe Amerika weiterhin als Hort der Freiheit. Es ist wahr: Die Amerikaner haben ihre Fehler gemacht, wir Europäer die unsrigen. Klar ist für mich aber auch: Niemandem kann an einem Zerrbild Amerikas in der Welt gelegen sein. Das schadet allen, die auf dieser Welt für Freiheit und Demokratie eintreten. Wir Deutsche sollten uns um eine gute Partnerschaft und einen neuen Dialog mit Amerika bemühen – selbstbewusst und auch fähig zur Kritik unter Freunden, mit denen uns gemeinsame Werte und Interessen verbinden.

(Beifall)

Gemeinsame Werte und gemeinsame Interessen – das trägt mehr und weiter als nur Dankbarkeit.

Viele Menschen unseres Landes leisten bereits jeden Tag in vorbildlicher Weise ihren Beitrag für Freiheit und internationale Stabilität. Ich möchte unseren Soldaten, der Polizei, dem Bundesgrenzschutz, dem Technischen Hilfswerk, den karitativen Organisationen und den vielen Nichtregierungsorganisationen danken. Sie leisten in aller Welt einen großartigen Dienst und sind exzellente Botschafter für Deutschland.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Deutschlands Schicksal entscheidet sich vor allem in Europa. Versöhnung und Zusammenarbeit in Europa haben uns Freiheit, Frieden und Wohlstand gesichert. Wer hätte vor 50 Jahren all dies zu glauben gewagt? Die Erweiterung der Europäischen Union und die Einigung der Staats- und Regierungschefs auf den Verfassungsvertrag sind weitere Meilensteine auf dem Weg zu einem vereinten Europa, einer Wertegemeinschaft.

Deutschland sollte diesen Weg weiter mit Festigkeit und auch Geduld gehen.

Aber es muss uns nachdenklich stimmen, dass kaum mehr als vier von zehn Deutschen bei der diesjährigen Europawahl wählen gingen. Zu viele Bürger verstehen Europa offensichtlich nicht. Lassen Sie uns gemeinsam Europa besser erklären. Ich möchte als Bundespräsident dazu beitragen, das Gefühl der europäischen Identität zu stärken. Sie verdrängt die nationale Identität ja nicht. Transparenz, demokratische Entscheidungsprozesse und eine klare Zuordnung der Kompetenzen – das wird den Menschen das Gefühl nehmen, einer anonymen Bürokratie in Europa ausgeliefert zu sein, und daran wird die neue Verfassungswirklichkeit gemessen werden.

Die deutsch-französische Freundschaft ist in über vier Jahrzehnten von einer Vision zu gelebter Wirklichkeit geworden. Sie war entscheidend für die Einigung Europas. Eine neue historische Phase für Europa hat mit der Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 begonnen. Ich empfinde diese Phase gerade angesichts meiner eigenen Biografie als Auftrag und Verpflichtung.

(Beifall)

Deshalb werde ich mich für persönliche Begegnungen Deutscher mit den Menschen in den neuen Mitgliedsländern einsetzen, insbesondere für Begegnungen zwischen jungen Menschen. Und deshalb wird mich meine erste Auslandsreise nach Polen und nach Frankreich führen.

(Beifall)

Ich wünsche mir allerdings auch ein Europa, das die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten vorbildlich unterstützt, konkret durch weitere Öffnung der Märkte für die armen Länder und auch durch mehr öffentliche Entwicklungshilfe.

(Beifall)

Bei meiner Arbeit für den Weltwährungsfonds habe ich Hunger und unermessliche Not gesehen, vor allem bei Frauen und Kindern. Doch ich habe

auch gesehen, dass gezielte Entwicklungszusammenarbeit viel Gutes tun kann.

Für mich entscheidet sich die Menschlichkeit unserer Welt am Schicksal Afrikas.

(Beifall)

Ist es nicht eine Frage der Selbstachtung Europas, sich mit Blick auf unsere eigenen Fundamente, unsere Werte und Geschichte in Afrika ehrlich und großzügig zu engagieren?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es gibt einen zweiten, noch wichtigeren Grund, warum wir uns nicht einfach mit dem derzeitigen Zustand unseres Landes abfinden sollten: Wir haben die Verantwortung, die schöpferischen Kräfte der Menschen zu wecken und zur Entfaltung kommen zu lassen. Aus ureigenem Interesse braucht Deutschland einen neuen Aufbruch. Wir müssen die Spaltungen in unserer Gesellschaft überwinden. Das werden wir aber nur schaffen, wenn wir ihre Ursachen bekämpfen und nicht nur Symptome beschreiben und wenn wir unser Land so sehen, wie es ist. Wir haben Stärken, aber wir haben auch Schwächen. Es kommt darauf an, die Stärken zu bewahren und auszubauen. Aus den Schwächen gilt es zu lernen. Ich bin sicher, wir haben alle notwendigen Talente. Was uns fehlt, sind die richtigen Rahmenbedingungen, das richtige Klima, damit sich diese Talente entfalten können. Wir sollten uns nicht selber einreden, wir könnten das nicht packen.

(Beifall)

Bundespräsident Roman Herzog hat schon 1997 gesagt: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen.“ Er hatte Recht. Nur haben wir seitdem viel Zeit verloren. Warum bekommen wir den Ruck noch immer nicht hin? Weil wir alle immer noch zu sehr darauf warten, dass er passiert.

(Heiterkeit und Beifall)

Was braucht man für einen Ruck? Nun, man braucht vor allen Dingen Ideen, die verwirklicht werden. Jeder Einzelne hat Ideen, Sie und ich.

Aber wir kämpfen nicht genug um ihre Verwirklichung. Wir alle warten.

(Beifall)

Das gilt auch für die Parteien. Die Agenda 2010 weist in die richtige Richtung.

(Beifall)

Was wir jetzt brauchen, ist Konsequenz und Stetigkeit bei der Fortsetzung dieses Weges.

(Beifall)

Deshalb sage ich der Mehrheit im Bundestag und der Mehrheit im Bundesrat: Wir können uns trotz aller Wahlen kein einziges verlorenes Jahr für die Erneuerung Deutschlands mehr leisten.

(Beifall)

Wir brauchen den Mut der Bundesregierung zu Initiativen, die den Weg der Erneuerung konsequent fortschreiben, und wir brauchen den Mut der Opposition, ihre Alternativen umfassend und vollständig klar zu machen.

(Beifall)

Wir brauchen noch etwas: die Fähigkeit zu konstruktiven Kompromissen. Die Einigung über das Zuwanderungsgesetz und das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zur Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zeigen, dass Deutschland in Bewegung kommt. Ich begrüße das.

(Beifall)

Auch die überparteiliche Diskussion zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung – Herr Bundesratspräsident Althaus hat darauf hingewiesen – macht mich zuversichtlich. Derzeit erfordern zu viele Gesetze des Bundestages die Zustimmung des Bundesrates.

(Beifall)

Das Ergebnis sind Kompromisse, hinter denen die Menschen nicht mehr erkennen können, wer wofür verantwortlich ist.

(Beifall)

Ich wünsche mir, dass die Politik die Kraft findet, ihre Zuständigkeiten in Bund, Ländern und

Gemeinden klar zu trennen und zu ordnen und Wettbewerb für die bessere Politik zu ermöglichen.

(Beifall)

Nicht zuletzt wünsche ich mir mehr politischen Spielraum für die Verwirklichung von Ideen auf kommunaler Ebene; denn dort droht uns einiges wegzubrechen.

(Beifall)

Wenn wir in diesen Fragen weiterkommen, ist für die Reformfähigkeit unseres Landes viel gewonnen.

Meine Damen und Herren, wenn wir wissen, wo wir hinwollen, ist auch ein mühsamer Weg erträglich. Überall wird gesagt, dass wir Reformen brauchen. Ich selbst habe das auch gesagt. Viele Menschen können das Wort Reform aber schon nicht mehr hören. Es ist uns offensichtlich nicht gelungen, das Ziel der Reformen zu erklären. Dieses Ziel zu erklären ist unsere Verpflichtung.

(Vereinzelt Beifall)

Was ist denn unser Ziel? Nun, ich sage es ganz einfach: Wir wollen aus Deutschland wieder ein erfolgreiches Land machen, ein Land, in dem Menschen gerne leben, vor allen Dingen ein Land, in dem Menschen Arbeit finden und ihre Ideen entfalten können, ein zuversichtliches Land, ein zupackendes Land, ein Land der Ideen. Das sollten wir erreichen und das können wir erreichen.

(Beifall)

Unsere deutsche Geschichte ist gespickt mit ideenreichen Köpfen. Genau heute, am 1. Juli, vor 358 Jahren wurde Gottfried Wilhelm Leibniz geboren. Dieser Universalgelehrte dachte nicht nur über die mittlerweile sprichwörtliche „beste aller Welten“ nach, sondern hatte dafür auch ganz praktische Ideen, zum Beispiel die Nutzung des Windes zur Grubenentwässerung im Harzbergbau.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist Ihnen nicht zukunftsfruchtig genug?

(Heiterkeit und Beifall)

Leibniz hat auch, unabhängig von Newton, die Differenzialrechnung erfunden und das binäre Zahlensystem mit den Ziffern 1 und 0 eingeführt, auf dem die moderne Computertechnik fußt – vor über 300 Jahren.

Ideen müssen aber zu Taten werden. Sie müssen es werden können. Warum sind wir dennoch in den letzten Jahrzehnten bei Ideen und Innovationen zurückgefallen? Es gibt unzählige Beispiele dafür, wo Ideen in Deutschland entstanden sind, die Arbeitsplätze aber anderswo, zum Beispiel die braunsche Röhre, Konrad Zuses erster Computer oder – ganz aktuell – die MP3-Technik. Ich erkläre jedem nach der Sitzung, was MP3-Technik ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist etwas ganz Modernes. – Diese Dinge wurden bei uns erfunden. Aber weiterentwickelt und wirtschaftlich ausgewertet wurden sie vor allen Dingen anderswo. Ähnliches droht derzeit bei der Nano- und Biotechnologie zu passieren. Hier müssen wir etwas ändern, damit wir nicht zum Brachland der Ideen werden.

(Beifall)

Von der Globalisierung hat Deutschland als Exportnation gerade in den letzten 50 Jahren profitiert wie kaum ein anderes Land der Welt. Wahr ist aber auch, dass uns aktuell immer mehr Länder überholen. Heute heißt es eben in der ganzen Welt mit Respekt zunehmend „Made in China“ oder „Made in Malaysia“. Unsere Antwort kann nicht Abschottung sein, sondern nur die kreativeren Ideen „Made in Germany“.

(Beifall)

An diesem Punkt gibt es für uns Deutsche sogar eine gute Nachricht von der Fußballeuropameisterschaft.

(Heiterkeit)

Der offizielle Ball der EM wird zwar in Asien produziert. Sein aufwendiges Know-how, also der darin enthaltene Wissensanteil, stammt aber

aus Deutschland und sichert bei uns Arbeitsplätze. Anders als sein bleischweres, vom Regen voll gesogenes Vorgängermodell beim „Wunder von Bern“ 1954 hat der EM-Ball 2004 eine nahtlose Oberfläche; das ist eine Spitzenleistung deutscher Materialforschung.

(Heiterkeit und Beifall)

Das zeigt: Vor allem mit Innovationen und Wissensvorsprung können wir einen Weg finden, auch in der Globalisierung Arbeitsplätze bei uns zu sichern. Dazu gehört noch mehr, aber das ist ein wichtiger Teil. Es gibt heute noch unternehmerische Erfolgsgeschichten in Deutschland, zum Beispiel bei der Softwareentwicklung oder im Maschinenbau. Hier gibt es auch deutsche Technologie- und Weltmarktführer. Aber wir haben zu wenige solcher Unternehmen. Wir brauchen mehr davon.

Auch im sozialen Bereich brauchen wir noch mehr Ideen, Ideen wie die der Berliner Stadtmission. Diese hat vor fünf Jahren gemeinsam mit privaten Spendern und Firmen das „Zentrum Lehrter Straße“ gegründet. Eine Anlaufstation für Wohnungslose und Strafgefangene ist dort entstanden, ein Jugendgästehaus und gesellschaftliches Forum zugleich. Ohne auf den Staat zu warten, haben sich hier Bürger zusammenschlossen, um anderen Bürgern in Not tatkräftig zu helfen. Sie waren mutig, kreativ, risikobereit. Sie haben nicht gewartet. Solche Beispiele gibt es noch mehr in Deutschland und wir brauchen auch noch mehr. Auch das sind Ideen „Made in Germany“; auch das lässt mich hoffen und macht mich zuversichtlich.

(Beifall)

Warum tun wir uns aber momentan noch so schwer mit der Erneuerung? Von all den vielen möglichen Antworten möchte ich zwei herausgreifen: Zum einen klammern wir uns schlicht zu sehr an dem fest, was wir haben. Zum anderen leben wir zu sehr in der Angst zu scheitern.

Der Sozialstaat ist für mich eine zivilisatorische Errungenschaft, auf die wir stolz sein können.

(Beifall)

Aber der Sozialstaat heutiger Prägung in Deutschland hat sich übernommen. Das ist bitter, aber wahr.

(Beifall)

Wir haben es vor allen Dingen nicht geschafft, den Sozialstaat rechtzeitig auf die Bedingungen einer alternden Gesellschaft und einer veränderten Arbeitswelt einzustellen. Weitere Staatsverschuldung ist auch kein Ausweg, weil die hohen Schulden schon jetzt die Zukunft unserer Kinder belasten.

(Beifall)

Wir brauchen einen Mentalitätswandel in unserem Land, eine neue Balance von Eigenverantwortung und kollektiver Absicherung. Wir müssen auch die Sozialpolitik nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit gestalten, also bei allen Entscheidungen, allen Gesetzesvorhaben immer auch die Auswirkungen auf zukünftige Generationen, unsere Kinder, berücksichtigen. Das haben wir zu lange vernachlässigt.

(Beifall)

Uns allen muss dabei bewusst sein: Der Umbau des Sozialstaates verlangt schon jetzt vielen Menschen in Deutschland vieles ab. Es gibt soziale Härten, weil Einschnitte Menschen treffen, die ohnehin nicht viel haben. Ich weiß das und wir alle sollten das wissen. Niemand kann seriös bereits nach kurzer Zeit neue Verteilungsspielräume versprechen. Umso mehr müssen wir darauf achten, dass alle Verantwortung tragen und Opfer bringen, und zwar entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit.

(Beifall)

Wir brauchen eine „Entwicklungspolitik für ein entwickeltes Land“, wie es die deutschen katholischen Bischöfe formuliert haben. Wohlweis-

lich: Entwicklung, nicht Abriss oder Abbau; Entwicklung als Umbau.

Dazu brauchen wir auch die Kraft, Lager denken in unserer Gesellschaft zu überwinden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft – wir sitzen alle in einem Boot. Jeder kann Verantwortung für das Wohl des Landes übernehmen. Jeder kann Vorbild sein, zum Beispiel der Krankenpfleger, die Lehrerin, der Jugendtrainer im Sportverein, die Journalistin, der Unternehmer. Die meisten Unternehmer in Deutschland leisten Vorbildliches in schwieriger Zeit. Diesen Unternehmern ist klar, dass gerade in der Wissensgesellschaft motivierte und leistungsbereite Mitarbeiter das größte Kapital eines Unternehmens sind. Ich wünsche mir, dass Führungspersonlichkeiten der Wirtschaft gerade in dieser schwierigen Zeit in Deutschland eine Kultur der Verantwortung und der Mäßigung vorleben.

(Beifall)

Ein zweiter Grund, warum wir uns in Deutschland mit der Erneuerung so schwer tun, ist – ich habe das bereits erwähnt – die Angst zu scheitern. Rückschläge und Irrtümer sind aber Teil des menschlichen Tuns. Wichtig ist, sich nicht aufzugeben, immer wieder Neues anzufangen und sich nicht hängen zu lassen. Denken Sie an die Leipziger Olympiabewerbung! Ich möchte die Probleme und Fehler Einzelner dabei nicht herunterspielen. Dennoch: In Leipzig wurde Neues, Großartiges angepackt. Leipzig wagte es, mit Städten wie New York, London oder Paris in Wettbewerb zu treten. Es hat am Ende nicht gereicht. Aber ich bin mir ganz sicher: Die Erfahrung wird die Leipziger und übrigens auch die Rostocker stärker machen.

(Beifall)

Menschen mit Mut, Ideen und Verantwortungsbewusstsein fallen nicht vom Himmel. Sie werden geprägt: in der Familie, in der Schule, im Wohnviertel. Deshalb sind Bildung und Erziehung der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Bildung und Er-

ziehung – das bedeutet, Kreativität zu fördern, Ideen zu wecken und Werte zu vermitteln. Das gelingt nur denen, die Vorbilder schaffen und Ideale selbst vorleben und an denen sich junge Menschen orientieren oder auch reiben können. Hier haben wir aus meiner Sicht möglicherweise den größten Handlungsbedarf. Bildung heißt, in Herzen, aber auch in Köpfe zu investieren. Wir brauchen ein Bildungswesen, das Leistung fördert, Freude am Lernen vermittelt und selbst als lernendes System kreativ und entwicklungs-fähig ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe das Gefühl, in unserer Gesellschaft entwickelt sich eine Renaissance der Familie. Das spüre ich und das gibt mir Zuversicht. Diese Entwicklung muss gestärkt und gefördert werden. Über Familie und Kinder habe ich vor kurzem einen bemerkenswerten Satz gelesen: Kinder sind die einzig unkündbare Beziehung.

(Beifall)

Deshalb kommt es darauf an, dass sich die Eltern wieder ihres Erziehungsauftrags bewusst werden. Das heißt vor allem: Sie müssen Vorbild sein. Wir wissen: Vater und Mutter zu sein ist einer der schwierigsten Berufe, zumal heute, in einer Zeit, in der junge Menschen um Arbeitsplätze und soziale Anerkennung ganz anders kämpfen müssen als meine Generation: Sie haben es heute schwerer.

Bildung und Familie müssen auch deshalb zusammen und neu gedacht werden, weil uns die rapide Alterung unserer Gesellschaft vor gewaltige Probleme stellt. Ohne Kinder hat unser Land keine Zukunft. Daher ist es so wichtig, dass Deutschland als Land der Ideen vor allem ein Land für Kinder wird.

(Beifall)

Deutschland muss zu einem Land werden, in dem wir es nicht zulassen, dass Kinder verwahrlosen können, in dem es kein Schild mit der Aufschrift „Spielen verboten“ mehr gibt

(Beifall)

und in dem Kinderlärm kein Grund für Gerichtsurteile ist.

(Beifall)

Dabei sollte klar sein: Kinder sind nicht allein Frauensache, sondern Elternsache.

(Beifall)

Die Mehrheit der jungen Menschen wünscht sich die Vereinbarkeit von Kind und Beruf. Aber da ist noch ein weiterer, sehr wichtiger Punkt: Wir müssen zu einem Land werden, in dem die Gleichberechtigung von Frau und Mann selbstverständlich ist.

(Beifall)

Und das gilt nicht zuletzt für Führungspositionen von Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft. Deutschland gehört hier zu den Entwicklungsländern. Das kann ich Ihnen aufgrund meiner internationalen Erfahrung berichten.

(Beifall)

Wir Männer müssen uns klar machen: Es geht dabei nicht einmal so sehr um das Thema Kinder und Familien. Es geht vielmehr um die Kreativität und die Kompetenz der Frauen. Wir brauchen sie dringend.

(Beifall)

Wir müssen die Kraft haben, Familiengründungen auch parallel zu Ausbildung, Berufstätigkeit und Aufbau einer Existenz möglich zu machen. Ich appelliere an Politik und Wirtschaft, an Verbände und Verwaltung, vor allen Dingen an die Selbstverwaltungseinrichtungen: Schaffen Sie schneller bessere Bedingungen! Helfen Sie mit, dass Frauen und Männer die Entscheidung für eine berufliche Karriere frei treffen können, ohne sich deshalb gegen Kinder entscheiden zu müssen!

(Beifall)

Wir brauchen mehr Kindertagesstätten und bessere Arbeitszeitmodelle, die es möglich machen, Beruf und Zuhause zu verbinden.

(Beifall)

Gleichzeitig ist es mir ganz wichtig, zu sagen: Auch die Mütter, die sich zu Hause für ihre Familien engagieren wollen, sollten in unserer Gesellschaft stärker Anerkennung finden, sichtbar und handfest.

(Beifall)

Einen besonderen Appell möchte ich an die jungen Menschen in Deutschland richten. Das 21. Jahrhundert ist euer, ist Ihr Jahrhundert! Bei der Erneuerung Deutschlands geht es vor allem um Ihre Zukunft, um die der jungen Menschen. Es geht um Ihre Ideen, Ihren Einsatz. Sie haben so viel Freiheit, so viele Chancen! Nehmen Sie das 21. Jahrhundert in die Hand! Und – auch das ist ganz wichtig – werfen Sie nicht die Erfahrung der Alten. Sie ist wertvoll und hilfreich. Natürlich, meine Damen und Herren: Unsere Gesellschaft wird immer älter. Aber auch hier gibt es eine gute Nachricht: Für Ideen und Engagement ist man nie zu alt.

(Beifall)

Das ist mein Appell an die Älteren: Gehen Sie auf die Jungen zu! Sie werden gebraucht! Die neue Gemeinschaft zwischen Alt und Jung ist eine große Chance für uns und unser Land der Ideen im 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Ja, meine Damen und Herren, wir müssen diesen Umbruch bei uns und in der Welt als Chance begreifen und nutzen. Wir haben in der Vergangenheit in Deutschland erfahren, dass die Kraft der streitigen Debatte, die Kraft zur Überwindung von Gegensätzen und die Kraft der Freiheit zu Gutem geführt haben: Westbindung, Wirtschaftswunder, auch die 68er mit ihren Impulsen und Auswüchsen,

(Heiterkeit)

die deutsche Einheit, die europäische Einigung.

Trotz vieler, oftmals bitterer Auseinandersetzungen haben wir Brücken gebaut, Gegensätze überwunden, Lösungen gefunden. Mut zur Zu-

kunft sollte uns nicht zuletzt die Erinnerung daran machen, was vor 15 Jahren in Deutschland geschah: Den Menschen in Ostdeutschland gelang eine friedliche Revolution. Ihr Mut und ihre Veränderungsereifahrung sind wertvoll für uns alle.

(Beifall)

Wir sind jetzt als *ein* Volk gefordert.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass ich hier und heute nicht alles und alle Gruppen in unserem Land angesprochen habe. Ich mache mir keine Illusionen, dass einige, die sich nicht wiederfinden, enttäuscht sein werden. Besonders denen möchte ich sagen, aber nicht drohen: Mit der heutigen Rede ist ja nicht das letzte Wort gesprochen.

(Heiterkeit und Beifall)

Dabei will ich zugleich einräumen: Niemand hat auf die vielen offenen Fragen in dieser Zeit bereits alle Antworten. Wir müssen mit Offenheit leben. Wichtig ist, dass wir als Individuen und als Gesellschaft dialog- und lernfähig bleiben.

Meinen Amtseid verstehe ich als Verpflichtung, zur Erneuerung Deutschlands beizutragen. Als Bundespräsident werde ich hinschauen, nachfragen, auch hinterfragen. Persönlicher Kompass ist mir dabei mein christliches Menschenbild und das Bewusstsein, dass menschli-

ches Tun am Ende immer vorläufiges Tun ist. Ich bin Optimist.

Von Goethe stammt der Satz:

Niemand weiß, wie weit seine Kräfte gehen, bis er sie versucht hat.

Lassen Sie uns unsere Ideen und unsere Kräfte versuchen! Wir können in Deutschland vieles möglich machen. Dazu brauchen wir zugleich mehr Freiheit und mehr Gemeinschaft. Ich bin sicher: Wir werden es schaffen. Ich glaube an dieses Land, weil ich an seine Menschen glaube.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall –
Die Anwesenden erheben sich)

Präsident Wolfgang Thierse: Herr Bundespräsident, ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Rede.

Nun singen wir gemeinsam unsere Nationalhymne.

(Die Anwesenden erheben sich und stimmen die Nationalhymne an)

Mit den besten Wünschen für Sie schließe ich die gemeinsame Sitzung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates.

[...] Die Sitzung ist geschlossen.

Tabellarische Übersichten, Literatur- und Abkürzungsverzeichnis

1.–12. Bundesversammlung (1949–2004)

Partei	Mitglieder	Bundesversammlung											
		1949	1954	1959	1964	1969	1974	1979	1984	1989	1994	1999	2004
CDU/CSU	Bundestag	140 (+2) ¹	250	279	250	252	234	253	253	234	318	245	247
	Länder	140 (+2)	181	238	235	230	267	278	272	245	302	302	292
	insgesamt	280 (+4)	431	517	485	482	501	531	525	479	620	547	539
SPD	Bundestag	131 (+5)	162	181	204	217	242	224	202	193	239	298	250
	Länder	148 (+4)	185	205	241	232	228	214	224	226	263	267	209
	insgesamt	279 (+9)	347	386	445	449	470	438	426	419	502	565	459
Die Grünen ²	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	27	43	8	47	55
	Länder	-	-	-	-	-	-	-	12	24	35	49	35
	insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	39	67	43	96	90
FDP ³	Bundestag	52 (+1)	52	44	66	49	42	40	35	48	79	43	47
	Länder	35 (+2)	60	38	38	34	23	26	12	23	33	13	36
	insgesamt	87 (+3)	112	82	104	83	65	66	47	71	112	56	83
PDS	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	36	2
	Länder	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	29	29
	insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	34	65	31
DP	Bundestag	17	15	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	11	-	9	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	28	15	24	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BP	Bundestag	17	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	17	15	6	3	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	34	15	6	3	-	-	-	-	-	-	-	-
Zentrum	Bundestag	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	11	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	21	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KPD	Bundestag	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	25	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	40	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
WAV	Bundestag	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	24	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
DRP	Bundestag	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	6	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SSW	Bundestag	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1
	insgesamt	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1
GB/BHE	Bundestag	-	28	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	33	20	2	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	-	61	20	2	-	-	-	-	-	-	-	-
HB	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	-	9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
DPS	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	-	3	1	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	-	-	3	1	-	-	-	-	-	-	-	-
SVP	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
NPD	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	-	-	-	22	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	-	-	-	-	22	-	-	-	-	-	-	-

¹ Die Zahlen in runden Klammern geben die Anzahl der Mitglieder der Bundesversammlung aus Berlin wieder.

² Kurzform für die am 17. Januar 1993 aus dem Zusammenschluss der Partei „Die Grünen“ in der alten Bundesrepublik und der Bürgerrechtsbewegung Bündnis 90 in der DDR hervorgegangen ist. Auf Länderebene sind für diese Partei zum Teil andere Bezeichnungen gebräuchlich, so in Berlin (AL - Alternative Liste) und Hamburg (GAL).

³ In Baden-Württemberg FDP/DVP; im Saarland FDP (DPS).

1.–12. Bundesversammlung (1949–2004)

Partei	Mitglieder	Bundesversammlung											
		1949	1954	1959	1964	1969	1974	1979	1984	1989	1994	1999	2004
DVU	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1
	insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1
BDV	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
REP	Bundestag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Länder	-	-	-	-	-	-	-	-	1	8	7	-
	insgesamt	-	-	-	-	-	-	-	-	1	8	7	-
Unabhängige und Fraktionslose	Bundestag	1	2	-	1	-	-	1	3	1	1	-	1
	Länder	-	2	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-
	insgesamt	1	4	-	1	-	-	1	3	1	5	-	1
Mitglieder insgesamt	Bundestag	402 (+8)	509	519	521	518	518	518	520	519	662	669	602
	Länder	402 (+8)	509	519	521	518	518	518	520	519	662	669	603
	insgesamt	804 (+16)	1018	1038	1042	1036	1036	1036	1040	1038	1324	1338	1205

Ergebnisse der Bundespräsidentenwahlen 1.–12. Bundesversammlung (1949-2004)

Bundesversammlung	Kandidaten	1. Wahlg., 2. Wahlg., 3. Wahlg.	gewählt	Amtszeit
1. Bundesversammlung Bonn, Bundeshaus 12. September 1949 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 804 Präsident d. Bundesvers.: Bundesstagspräsident <i>Dr. Erich Köhler</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Theodor Heuss</i> (FDP) <i>Kurt Schumacher</i> (SPD) Sonstige Enthaltungen ungültige Stimmen	803 800 377 416 311 312 37 32 76 37 2 3	Prof. Dr. Theodor Heuss im 2. Wahlgang mit 416 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 403 Stimmen)	13. September 1949 bis 12. September 1954
2. Bundesversammlung Berlin, Ostpreußenhalle 17. Juli 1954 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1018 Präsident d. Bundesvers.: Bundesstagspräsident <i>D. Dr. Hermann Ehlers</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Theodor Heuss</i> (FDP) Sonstige Enthaltungen ungültige Stimmen	987 871 18 95 3	Prof. Dr. Theodor Heuss (Wiederwahl) im 1. Wahlgang mit 871 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 510 Stimmen)	13. September 1954 bis 12. September 1959
3. Bundesversammlung Berlin, Ostpreußenhalle 1. Juli 1959 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1038 Präsident d. Bundesvers.: Bundesstagspräsident <i>D. Dr. Eugen Gerstenmaier</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Heinrich Lübke</i> (CDU/CSU) <i>Carlo Schmid</i> (SPD) <i>Max Becker</i> (FDP) Enthaltungen	1031 1033 517 526 385 386 104 99 25 22	Dr. h.c. Heinrich Lübke im 2. Wahlgang mit 526 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 520 Stimmen)	13. September 1959 bis 12. September 1964
4. Bundesversammlung Berlin, Ostpreußenhalle 1. Juli 1964 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1042 Präsident d. Bundesvers.: Bundesstagspräsident <i>D. Dr. Eugen Gerstenmaier</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Heinrich Lübke</i> (CDU/CSU) <i>Ewald Bucher</i> (FDP) Enthaltungen ungültige Stimmen	1024 710 123 187 4	Dr. h.c. Heinrich Lübke (Wiederwahl) im 1. Wahlgang mit 710 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 522 Stimmen)	13. September 1964 bis 30. Juni 1969

Bundesversammlung	Kandidaten	1. Wahlg., 1023	2. Wahlg., 1023	3. Wahlg., 1023	gewählt	Amtszeit
5. Bundesversammlung Berlin, Ostpreußenhalle 5. März 1969 Zahl d. Miagl. d. Bundesvers.: 1036 Präsident d. Bundesvers.: Bundesstagspräsident <i>Karl-Uwe von Hassel</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Gustav W. Heinemann</i> (SPD) 514 <i>Gerhard Schröder</i> (CDU/CSU) 501 Enthaltungen 5 ungültige Stimmen 3	514 501 5 3	511 507 5 -	512 506 5 -	D. Dr. Dr. Gustav W. Heinemann im 3. Wahlgang mit einfacher Mehrheit mit 512 Stimmen (erforderliche Mehrheit für den 1. und 2. Wahlgang: 519 Stimmen)	1. Juli 1969 bis 30. Juni 1974
6. Bundesversammlung Bonn, Beethovenhalle 15. Mai 1974 Zahl d. Miagl. d. Bundesvers.: 1036 Präsident d. Bundesvers.: Bundesstagspräsidentin <i>Annamarie Renger</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Walter Scheel</i> (FDP) 530 <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) 498 Enthaltungen 5	1033 530 498 5			Walter Scheel im 1. Wahlgang mit 530 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 519 Stimmen)	1. Juli 1974 bis 30. Juni 1979
7. Bundesversammlung Bonn, Beethovenhalle 23. Mai 1979 Zahl d. Miagl. d. Bundesvers.: 1036 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagsvizepräsidenten <i>Richard Stücklen</i> , <i>Dr. Hermann Schmitt-Fockenhausen</i> , <i>Liselotte Funke</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Carl Carstens</i> (CDU/CSU) 528 <i>Annamarie Renger</i> (SPD) 431 Enthaltungen 72 ungültige Stimmen 1	1032 528 431 72 1			Prof. Dr. Karl Carstens im 1. Wahlgang mit 528 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 519 Stimmen)	1. Juli 1979 bis 30. Juni 1984
8. Bundesversammlung Bonn, Beethovenhalle 23. Mai 1984 Zahl d. Miagl. d. Bundesvers.: 1040 Präsident d. Bundesvers.: Bundestagspräsident <i>Dr. Rainer Barzel</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) 832 <i>Luise Rinser</i> (parteilos) 68 Enthaltungen 117 ungültige Stimmen 11	1028 832 68 117 11			Dr. Richard von Weizsäcker im 1. Wahlgang mit 832 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 521 Stimmen)	1. Juli 1984 bis 30. Juni 1989

Bundesversammlung	Kandidaten	1. Wahlg., 2. Wahlg., 3. Wahlg.	gewählt	Amtszeit
9. Bundesversammlung Bonn, Beethovenhalle 23. Mai 1989 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1038 Präsidentin d. Bundesvers.: Bundesstagspräsidentin <i>Prof. Dr. Rita Stüssmuth</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Richard von Weizsäcker</i> (CDU/CSU) Nein-Stimmen Enthaltungen ungültige Stimmen	1022 881 108 30 3	Dr. Richard von Weizsäcker (Wiederwahl) im 1. Wahlgang mit 881 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 520 Stimmen)	1. Juli 1989 bis 30. Juni 1994
10. Bundesversammlung Berlin, Reichstagsgebäude 23. Mai 1994 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1324 Präsidentin d. Bundesvers.: Bundesstagspräsidentin <i>Prof. Dr. Rita Stüssmuth</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Roman Herzog</i> (CDU/CSU) <i>Johannes Rau</i> (SPD) <i>Hildegard Hamm-Brücher</i> (FDP) <i>Jens Reich</i> (parteilos) <i>Hans Hirzel</i> (REP) Enthaltungen ungültige Stimmen	1319 1319 604 622 505 559 605 132 126 62 - 12 11 11 7 2 - 1 1 1	Prof. Dr. Roman Herzog im 3. Wahlgang mit 696 Stimmen (erforderliche Mehrheit für den 1. und 2. Wahlgang: 663 Stimmen)	1. Juli 1994 bis 30. Juni 1999
11. Bundesversammlung Berlin, Reichstagsgebäude 23. Mai 1999 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1338 Präsident d. Bundesvers.: Bundesstagspräsident <i>Wolfgang Thierse</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Uta Ranke-Heinemann</i> (parteilos) <i>Johannes Rau</i> (SPD) <i>Dagmar Schipanski</i> (CDU/CSU) Enthaltungen ungültige Stimmen	1333 1333 69 62 657 690 588 572 17 8 2 1	Dr. h. c. Johannes Rau im 2. Wahlgang mit 690 Stimmen (erforderliche Mehrheit für den 1. und 2. Wahlgang: 670 Stimmen)	1. Juli 1999 bis 30. Juni 2004
12. Bundesversammlung Berlin, Reichstagsgebäude 23. Mai 2004 Zahl d. Mitgl. d. Bundesvers.: 1204 Präsident d. Bundesvers.: Bundesstagspräsident <i>Dr. h. c. Wolfgang Thierse</i>	abgegebene Stimmen insgesamt davon für: <i>Horst Köhler</i> (CDU/CSU) <i>Gesine Schwan</i> (SPD) Enthaltungen ungültige Stimmen	1204 1204 604 604 589 589 9 2	Prof. Dr. Horst Köhler im 1. Wahlgang mit 604 Stimmen (erforderliche Mehrheit: 603 Stimmen)	1. Juli 2004 bis 30. Juni 2009

Literaturverzeichnis

Braun, Beate: Die Bundesversammlung, Frankfurt/Main 1993.

Burkiczak, Christian: Die Aufhebung der Immunität von Mitgliedern der Bundesversammlung, in: Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg. Zeitschrift für öffentliches Recht u. öffentliche Verwaltung 27 (2006), S. 90-94.

Burkiczak, Christian: Die Bundesversammlung und die Wahl des Bundespräsidenten: rechtliche Grundlagen und Staatspraxis, in: Juristische Schulung: Zeitschrift für Studium und Referendariat 44 (2004), S. 278-282.

Decker, Frank: Hände weg vom Präsidenten!, in: Berliner Republik 6 (2004), S. 12-16.

Diemert, Dörte: Direktwahl des Bundespräsidenten? Anmerkungen zur Funktion von Wahlverfahren, in: Recht und Politik: Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik 41 (2005), S. 108-113.

Fischer, Markus: Die verfassungswidrige Wahl des Bundespräsidenten, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht; vereinigt mit Verwaltungsrechtsprechung 24 (2005), S. 416-418.

Fromme, Friedrich Karl: Die Volkswahl des Bundespräsidenten ist kein Risiko, in: Recht und Politik: Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik 40 (2004), S. 18-22

Henkel, Joachim/Kunz, Gerhard: Der Bundespräsident – „Macht und Ohnmacht“ der Staatsoberhäupter, in: Politik – kurz und aktuell. Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, Berlin 1974, S 1-35.

Ipsen, Jörn: Volkswahl des Bundespräsidenten? in: Hufen, Friedhelm (Hrsg.): Verfassungen – zwischen Recht und Politik, Baden-Baden 2008, S. 197-209.

Jäckel, Eberhard (Hrsg.): Von Heuss bis Herzog. Die Bundestagspräsidenten im politischen System der Bundesrepublik, Stuttgart 1999.

Jesse, Eckhard: Soll der Bundespräsident direkt gewählt werden? in: Liberal: Vierteljahreshefte der Friedrich-Naumann-Stiftung für Politik und Kultur 46 (2004), S. 16-18.

Jesse, Eckhard: Die Wahlen zum Bundespräsidenten 1949 bis 2004, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik: Sozialwissenschaften für politische Bildung 53 (2004), S. 143-154.

Kessel, Wolfgang: Die Bundesversammlung, in: Schneider, Hans-Peter/Zeh, Wolfgang (Hrsg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Berlin 1989, S. 1599-1618.

Köhne, Michael: Direktwahl des Bundespräsidenten?, in: Recht und Politik: Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik 44 (2008), S. 95-99.

Landgraf, Henning: Reichspräsident – Bundespräsident. Aus den Debatten 1919 und 1948/49 über den Wahlmodus, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 26 (1978), S. 601-651.

Lange, Erhard H. M.: Die Diskussion um die Stellung des Staatsoberhauptes 1945-1949 mit besonderer Berücksichtigung der Erörterung im Parlamentarischen Rat, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 26 (1978), S. 601-651.

Oppelland, Torsten: (Über-)Parteilich?: Parteipolitische Konstellationen bei der Wahl des Bundespräsidenten und ihr Einfluss auf die Amtsführung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 11 (2001), S. 551-572.

Pflüger, Friedbert: Der Bundespräsident ist mehr als ein Staatsnotar, in: Die neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte 41 (1994), S. 312-323.

Rausch, Heinz: Der Bundespräsident. Zugleich eine Darstellung des Staatsoberhauptes in Deutschland seit 1919. 2. Aufl. München 1984.

Schlaich, Klaus: Die Bundesversammlung und die Wahl des Bundespräsidenten, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: Demokratische Willensbildung – Die Staatsorgane des Bundes, Heidelberg 1987, S. 523-528.

Scholz, Günther/Süskind, Martin E.: Die Bundespräsidenten. Biographien eines Amtes, 4. neu durchgesehene, überarbeitete und ergänzte Ausgabe, Stuttgart 2003.

Wagner, Wolfgang: Die Bundespräsidentenwahl 1959, Mainz 1972.

Wellkamp, Ludger: Die Volkswahl des Bundespräsidenten, in: Bayerische Verwaltungsblätter. Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung. NF. 48 (2002), S. 267-270.

Winkelmann, Helmut: Die Immunität der Mitglieder der Bundesversammlung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 39 (2008), S. 61-69.

Abkürzungsverzeichnis der Parteien bzw. Wählergemeinschaften

AL	=	Alternative Liste
BDV	=	Bremer Demokratische Volkspartei
BHE	=	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BP	=	Bayernpartei
CDP	=	Christlich Demokratische Partei, Rheinland
CDU	=	Christlich Demokratische Union
CSU	=	Christlich-Soziale Union
DKP	=	Deutsche Kommunistische Partei
DP	=	Deutsche Partei
DPS	=	Demokratische Partei Saar
DRP	=	Deutsche Reichspartei
DVP	=	Deutsche Volkspartei
DVU	=	Deutsche Volksunion
FDP	=	Freie Demokratische Partei
GAL	=	Grün-Alternative Liste
GB/BHE	=	Gesamtdeutscher Block/BHE
GDP	=	Gesamtdeutsche Partei Deutschlands
GRÜNE	=	Die Grünen bzw. Bündnis 90/Die Grünen
HB	=	Hamburg Block
KPD	=	Kommunistische Partei Deutschlands
NPD	=	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSU	=	Niedersächsische Union
PDS	=	Partei des Demokratischen Sozialismus
REP	=	Die Republikaner
SPD	=	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSW	=	Südschleswiger Wählerverband
SVP	=	Saarländische Volkspartei
WAV	=	Wirtschaftliche Aufbauvereinigung
Z	=	Zentrum (Deutsche Zentrumspartei)